

Wahied Wahdat-Hagh

**Iran: Eine islamistische Diktatur
Über Menschenrechtsverletzungen, Anti-Bahaismus,
Antisemitismus, Anti-Amerikanismus, über das
Raketen- und Atomprogramm und über Terrorismus
Eine Dokumentation von Medienanalysen und
Übersetzungen aus der persischen Sprache
(2008-2011)**



Inhalt:

Einleitung.....	3
I. Islamistische Diktatur.....	4
II. Iran und seine Nachbarn	84
Iran und seine arabischen Nachbarn	98
III. Islamistische Wirtschaftspolitik und Öl.....	134
IV. Das iranische Raketen- und Atomprogramm und Terrorismus	187
V. Menschenrechte.....	282
VI. Geschlechtsspezifische Apartheid	423
VII. Antiamerikanismus	442
VIII. Antisemitismus	470

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. - Göttingen: Cuvillier, 2019

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2019
Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen
Telefon: 0551-54724-0
Telefax: 0551-54724-21
www.cuvillier.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

1. Auflage, 2019

Gedruckt auf umweltfreundlichem, säurefreiem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

eISBN 978-3-7369-6107-4



In meiner Dissertation habe ich die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus beschrieben. Diese dritte Form der totalitären Herrschaft erweist sich indessen als nicht reformierbar. Im Folgenden werden Texte dokumentiert, die Übersetzungen und Analysen iranischer sekundär Literatur darstellen. Die Texte sind alle online erschienen und erscheinen hiermit in einem dritten Band im Cuvillier Verlag.

Wahied Wahdat-Hagh



Islamistische Diktatur

Iran: Die Fiktion von Wahlen ¹

Am 14. März 2008 sollen in Iran „Wahlen“ des islamistischen „Parlaments“ stattfinden, dabei ist das Kalifat das Staatsmodell für die „Islamische Republik Iran“. Die innerislamistischen Diskussionen haben begonnen. Konflikte sind vorprogrammiert, denn ob Reformkräfte zu den Wahlen zugelassen werden, ist ungewiss.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Am 31. Dezember 2007 zitierte Farsnews den „großen Führer der islamischen Revolution, Ayatollah Ali Khamenei.“ Er sagte, es sei wichtig, dass das iranische Volk weiß, dass die „Wahlen eine göttliche Prüfung“ seien. Ayatollah Ali Khamenei erläuterte die islamische Herrschaft mit Blick auf die Urgeschichte des Islam: „Die Ernennung der Imame durch den Propheten des Islam, kommt in Wirklich ihrer Wahl durch den erhabenen Gott gleich.“ Dies zeige, dass „aus der Sicht des Islam, die islamische Herrschaft im Sinne der Imamat ist und beschränkt sich daher nicht auf die bloße Verwaltung der Bevölkerung.“

Damit gibt Khamenei die Staatsdoktrin des Iran wieder, so wie diese von Ayatollah Khomeini deklariert wurde. Demnach steht die Herrschaft des Klerus heute in der Tradition des Kalifats. Der Klerus sei legitimiert zu herrschen, bis der 12. Imam, der im 10. Jahrhundert verschwand, wieder erscheine.

Khamenei betonte, dass die schiitische Herrschaft sich von allen anderen Herrschaftsformen unterscheide. Er plädierte dafür, dass die Schiiten auch heute das „Imamat von Imam Ali als Vorbild“ nehmen. Das Kalifat, die Herrschaft von Imam Ali, sei das „Modell“ auch für die heutige islamische Herrschaft. O-Ton des Revolutionsführers: „Das iranische Volk genießt in der heutigen islamischen Welt die stärkste Logik, das heißt die Logik der Welayat (Herrschaft der Kleriker) und des Imamat.“ Er rief zu einer „Einheit der Sunniten und der Schiiten“ auf, damit die „Mächte der Arroganz nicht mehr zwischen ihnen intrigieren.“ Er warnte die Iraner mit Blick auf die kommenden Wahlen vor den Feinden, die das islamische Volk spalten wollen.

Die Furcht der Reformislamisten

Die reformislamistischen Gruppierungen lassen sich nach der reformislamistischen Zeitung Kargozaran wie folgt einteilen: Die „Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution“, die von Mohammad Salamati geführt wird. Und die „Partei

¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061645/Iran-Die-Fiktion-von-Wahlen.html> 04.01.08



des nationalen Vertrauens“, geführt von Rasul Montakhabnia. Hinzu kommt die „Versammlung der islamischen Frauen“ geführt von Fateme Karubi, ferner die „Versammlung der kämpfenden Geistlichkeit“ geführt von Hadi Qaffari, sowie die „Front zur Festigung von Demokratie“, geführt von Hojatoleslam Qayyumi. Schließlich gibt es noch die nationalreligiösen Kräfte, die sich als Organisation schon seit Jahren gar nicht aufstellen dürfen. Laut Kargozaran ist die eigentliche Sorge der „Reformer, die Art und Weise, wie die Kandidaten zu Wahlen zugelassen werden.“ Man geht davon aus, dass Reformislamisten kaum zugelassen werden.

Unter den Reformislamisten gibt es dennoch ein breites Spektrum. Ibrahim Yasdi von den Nationalreligiösen spricht sich für ein Bündnis der Reformkräfte aus. Er warnt, der Wächterrat könnte alle Reformkräfte disqualifizieren. Dies würde das Land in große Konflikte stürzen. Er kritisierte den Wächterrat direkt, der eine Politik des „Alles oder Nichts“ verfolge. Yasdi befürchtet ein hartes Vorgehen des Wächterrates. In einem Interview sagte er: „Erst wenn alle Reformer als Gruppe die Änderung der Mitglieder des Wächterrates oder die Änderung von dessen Politik zur Bedingung für die Wahlen machen,“ gäbe es eine Chance, dass die Reformkräfte zum Zuge kämen.

Anders argumentiert Mohammad Sare Fimani, der zwischen den falschen und „wahren Reformer“ unterscheidet. „Wahre Reformer“ seien die Anhänger der „Linie des Imam Khomeini“, die seinerzeit auch Präsident Khatami an die Macht verholpen hätten. „Wahre Reformer“ würden niemals jenseits der Verfassung argumentieren.

Reformislamisten für Partizipation an der Diktatur

Mohamad Salamati bezeichnete es als eine „Pflicht der Reformfront dafür zu sorgen, dass viele Menschen an den Wahlen teilnehmen.“ Und der Reformislamist Qaffari erklärte, dass Ayatollah Khomeini immer davon ausgegangen sei, dass die „Regierung mit Unterstützung des Volkes“ bestimmt werden müsse. Der Revolutionsführer Khomeini ging davon aus, dass der Klerus gegenwärtig der legitime Vertreter Gottes auf Erden sei. Das gläubige Volk müsse dies letztlich erkennen und sich für diejenigen Kandidaten, die vom Wächterrat abgesegnet werden, entscheiden. Damit geht das khomeinistische Verständnis der Wahlen prinzipiell eher von einer Beipflichtung der Wähler zum „göttlichen Willen“ aus - vermittelt durch die totalitären Organe des Wächterrates - , als von einem objektiven Volkswillen. Und genau damit verleihen die Reformislamisten den Schein-Wahlen im Iran eine pseudodemokratische Legitimität.

Dennoch stehen die Reformisten unter Druck. Salamati geht davon aus, dass die „Bedingungen für die Zulassung der Reformer an den Wahlen viel härter geworden sind.“ Nur eine hohe Wahlbeteiligung könne den Druck auf die Reformer senken. Dies macht ferner die Absurdität der Wahlen in Iran deutlich. Einerseits sägt die Diktatur immer mehr an den eigenen Ästen, andererseits versucht der reformislamistische Flügel mit aller Gewalt der Diktatur eine Legitimität zu verleihen.



Die Siegesgewissheit der „Prinzipientreuen“

Zwar berufen sich auch die Reformislamisten auf den ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, aber die „Osulgaran“ pochen mehr auf das Führerprinzip und die Rolle des Führers als Vertreter Gottes auf Erden. Mohammadreza Bahonar, Vorsitzender der einflussreichen Organisation der „islamischen Gesellschaft der Ingenieure“, ist der Meinung, dass die „Prinzipientreuen“ bei den letzten Wahlen „keine Einheit herstellen konnten.“ Aber dank des „göttlichen Willens“ sei Ahmadinedschad gewählt worden. Dies habe die revolutionären Ziele von 1979 wieder belebt.

Anders als die Reformislamisten, die massive Disqualifizierungen des Wächterrates befürchten, sind sich die „Prinzipientreuen“ siegessicher. Bahonar geht davon aus, dass nicht mehr wie in der Vergangenheit nur 60 bis 70 Prozent der Kandidaten qualifiziert, das heißt zugelassen werden, sondern 90 bis 95 Prozent der vorgeschlagenen Kandidaten aufgestellt werden würden, berichtet Kargozaran.

Über die Atompolitik sagte Bahonar: „Wir haben große Erfolge auf dem Gebiet der Atompolitik erzielt, aber nun ist die Rede von einer dritten Resolution des UN-Sicherheitsrates. Es ist aber wahrscheinlich, dass die dritte Resolution verschoben wird oder gar nicht verabschiedet wird. Wir müssen aber mit der Bevölkerung reden und ihr sagen, dass wir mehr gewinnen als verlieren werden. Es ist möglich, dass der Preis mancher Waren infolge einer Resolution steigt. Es kann sein, dass die Versicherungen teurer werden oder dass sie uns manche Waren nicht mehr verkaufen. Aber was wir dennoch bekommen werden ist viel wertvoller, als was wir verlieren.“

Bahonar meint damit das Urananreicherungsprogramm, das viel „wertvoller“ sei als „Krankenversicherungen, die teurer“ würden. Tatsächlich will der Iran auf das Urananreicherungsprogramm nicht verzichten. Damit erhält der Iran das technologische Potential des Baus einer Atombombe. Denn 99 Prozent des Weges zur Atombombe ist identisch mit einem zivilen Atomprogramm, wenn Urananreicherung angestrebt wird.

Viele Iraner haben Angst vor den Folgen einer potentiellen Atombombe. Viele kennen den Bericht des US-amerikanischen Wissenschaftlers Anthony Cordesman. Daraus geht hervor, dass im Falle eines Krieges der Iran unvorstellbare Verluste erleiden werde. Daher wächst der Widerstand gegen die iranische Atombombe. Ein Bündnis gegen das iranische Vernichtungsprogramm fordert beispielsweise die Einstellung der „Geschäfte mit den Mullahs.“ An der international durchgeführten Unterschriftenaktion „Stop the Bomb“ beteiligen sich auch immer mehr Exiliraner.



Keine Demokratie mit dem Wächterratt

Hassan Yousefi Eshkevari darf nach der berühmt gewordenen Berlin-Konferenz der Heinrich Böll-Stiftung im April 2000 nicht mehr den Beruf eines Geistlichen ausüben. Dabei hatte er denselben religiösen Rang wie Ex-Präsident Mohammad Khatami. Eshkevari war selbst ein Mitglied des ersten islamistischen „Parlaments“.

Eshkevari sagte in einem Interview mit der Exilzeitung Rooz, dass aus der „Urne des Wächterrates keine Demokratie erwächst.“ Dennoch spricht er sich gegen einen Boykott der Wahlen aus. Zwar haben Eshkevari zufolge die Machthaber im Iran alles dafür getan, dass die demokratischen Kräfte nichts bewirken können. Er sagte: „In Wirklichkeit halten sie alle in einem Zustand des Todes, so dass die Menschen mit einem Fieber zufrieden sind.“ Weder habe die Partizipation an den Wahlen etwas geholfen noch habe ein Boykott weiter geholfen. Er sagt: „Wenn überhaupt ein wenig Hoffnung existiert, dass sich die Lage bessert, gibt es keine andere Lösung als an den Wahlen teilzunehmen und die Reformkandidaten zu wählen“.

Tatsächlich ist nicht klar, wie viele Reformislamisten überhaupt vom Wächterratt zur Wahl aufgestellt werden.

Dissidenten wie Akbar Ganji riefen schon vor zwei Jahren dazu auf, nicht an der politischen Diktatur zu partizipieren und die Wahlen zu boykottieren. Im Iran existieren keine freien Wahlen und freie Parteien sind nicht zugelassen. Im Iran spricht man von Majless, der Versammlung des islamischen Rates. Das Majless ist mit einem Parlament kaum zu vergleichen. Das Volk darf nicht die eigenen Vertreter wählen, sondern Kandidaten, die vom totalitären Organ des Wächterrates erst „qualifiziert“ werden müssen. Schon seit spätestens 1982 wurden alle nicht-islamistischen Parteien und Organisationen verboten. Demokratische Wahlen sind im Iran eine Fiktion.

Iran: Die Wahlen zum Pseudoparlament ²

Bei den achten Wahlen zum iranischen Pseudoparlament, Madschless, wurden die meisten Reformislamisten disqualifiziert. Sogar zwanzig Mitglieder des gegenwärtig noch arbeitenden Madschless dürfen nicht mehr kandidieren.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Vorweg: Im Iran wählt das Volk nicht seine Abgeordneten, sondern die vom Wächterratt als absolut loyal eingestuften Kandidaten. Die Souveränität des Volkes wurde vor 29 Jahren vollends aufgehoben. Der Staatsklerus instrumentalisiert das Pseudo-Parlament für sein Ziel der Alleinherrschaft.

² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061653/Iran-Die-Wahlen-zum-Pseudoparlament.html>
08.02.08



Von den gegenwärtig 288 Mitgliedern des islamistischen „Parlaments“, haben sich rund 19 Mitglieder des gegenwärtigen siebten Madschless nicht mehr um eine neue Kandidatur beworben. Rund 60 gegenwärtige Mitglieder des Madschless wurden im Vorfeld der Entscheidung des Wächterrates von vorgeschalteten Kontrollorganen disqualifiziert. Sie beschwerten sich beim Wächterrat. 20 der vorab disqualifizierten Parlamentsmitglieder wurden endgültig vom Wächterrat abgelehnt. Über die weiteren 40 Mitglieder entscheidet der Wächterrat in einer weiteren Runde.

„Einheitsfront“ der Prinzipialisten

Der Sprecher des „Jamee-ye Rohaniat-e Mobarez“, (Gesellschaft der kämpfenden Geistlichkeit) ist Qolamreza Mesbahi Moqaddam. Vorsitzender dieser Hardliner-Organisation ist Ayatollah Mahdawi Kani. Es ist noch nicht entschieden, ob sich die sogenannten Prinzipialisten, „Osulgara“ genannt, in kleine Schismen aufspalten, oder ob sie sich auf einer gemeinsamen Liste zur Wahl stellen.

Qolamreza Mesbahi Moqaddam hatte auf einer Veranstaltung der „Issargaran-e Enqelab-e Eslmai“, (Die Freigiebigen der islamischen Revolution) die „Einheitsfront“ der „Hardliner“ gefordert. Es gibt innerhalb dieser Front taktische Differenzen zwischen professionellen islamistischen Politikern und Klerikern.

Dennoch hegt eine islamistische Nicht-Kleriker-Faktion die Absicht sich zu verselbständigen: Ali Laridschani (Atomunterhändler), Mohammad Baqer Qalibaf (Bürgermeister von Teheran) und Mohssen Reszai (Ex-General der Revolutionsgarden), die als „moderate“ Prinzipialisten gelten, haben eine eigene Liste für die Wahlen zum achten Madschless gebildet. Ali Laridschani war kurz vorher von Ayatollah Yasdi, der der Jamee-ye Modaressin (Gesellschaft der Lehrenden) angehört, gefragt worden, ob er für ihre Liste kandidiert, schreibt die reformislamistische Zeitung Etemaad. Ali Laridschani hat sich noch nicht entschieden, ob eine gemeinsame Liste der Prinzipialisten nicht „logischer“ wäre. Ayatollah Yasdi hat ihn in das Klerikerzentrum Qom eingeladen, um ihn von einer gemeinsamen Liste zu überzeugen. **Ex-Präsidentschaftskandidat spricht von Machtmonopolisierung**

Mostafa Moin zählte bei den neunten Präsidentschaftskandidaten zu den aussichtsreichsten Kandidaten, aber Ahmadinedschad gewann die Wahlen vom Juni 2005. Nun erklärte Moin, dass er sich gar nicht um ein Amt im achten Parlament bewerben werde. Moin schreibt über die andere islamistische Faktion von Ahmadinedschad: „Sie sind fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass sich die Erfahrung der Wahlen vom Mai 1997, die der Reformregierung und des sechsten Madschless nicht mehr wiederholen. Daher war es vorauszusehen, dass gerechte Bedingungen, die eine Konkurrenz bei den Wahlen erlauben würden, um jeden Preis verhindert werden sollen.“



Moin glaubt an die Islamische Revolution, sagt jedoch, dass eine die „Grundlagen der Revolution in Brand steckende Bedrohung, das System und die Revolution gefährde.“ Er sagt, wenn das Problem der „Machtmonopolisierung“ nicht gelöst werde, dann würden einige der „wichtigsten Errungenschaften der Revolution gefährdet werden.“

Moin unterschlägt hierbei, dass auf der Grundlage der totalitären Verfassung der Islamischen „Republik“ des Iran schon zu Beginn der Revolution alle säkularen Kräfte, ebenso wie liberale, nationalbürgerliche, sozialistische, kommunistische und später sogar nationalreligiöse Kräfte, von den Wahlen ausgeschlossen wurden. Nun zeigt sich, dass der totalitäre Staat sogar in der Lage ist, die „unruhigen“ reformislamistischen Kräfte aus den eigenen Reihen zumindest teilweise vom Parlament fern zu halten.

Tatsächlich ist lediglich die Gruppe um Mehdi Karrubi, als eine als „moderat“ geltende reformislamistische Gruppe als Konkurrent zu den Hardlinern vom Wächterrat „abgesegnet“ worden. Karrubi, der vom deutschen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse so hofiert wurde, distanzierte sich inzwischen von den anderen Reformern. Die um Karrubi sich versammelnden „moderaten“ Reformislamisten stellen das letzte Feigenblatt dar, das die totalitäre Diktatur legitimieren soll. Es erweist sich als ein fataler historischer Fehler, dass die auch hierzulande proislamistische Annäherung und Unterstützung, die die Reformislamisten als Garanten eines „demokratischen Prozesses“ bewertete, weder zu Reformen noch zur Demokratisierung des Herrschaftsapparats führt.

Idealisten der Diktatur

Issa Saharkhis ist ein Journalist, der die Frage aufwirft, was mit der „demokratischen Front und den Menschenrechten“ passiert sei, die vor drei Jahren von dem Präsidentschaftskandidaten Moin gefordert wurden. Er kritisiert die Vorstellung derjenigen, die gemeinsam mit und neben den „Machtmonopolisten“, gemeint sind die Prinzipialisten, die Demokratie im Iran einführen wollen. Abstrakt fordert Saharkhis politische, rechtliche, soziale und kulturelle Rechte für alle Iraner.

Für Saharkhis sind die Universellen Menschenrechte eine Grundlage für die Verwirklichung demokratischer Rechte. Er lehnt auch die „Monopolisierung der Macht“ ab. Im Teufelskreis der Diktatur verschwinden seine abstrakten Vorstellungen von einer Welt „ohne Gewalt, Krieg und Terror und einer friedlichen Koexistenz.“ Solche Forderungen verklingen in der Dunkelheit einer totalitären Diktatur, die die staatsklerikalen Reformislamisten und ihre Technokraten nicht abschaffen wollen und idealistische Reformintellektuelle wie Saharkhis nicht abschaffen können.

Es ist eine Tatsache, dass das gesamte islamistische Spektrum, Reformislamisten und Prinzipialisten alle zu den verschiedenen Faktionen des fundamentalistisch



Staates gehören. Nach 29 Jahren wird der totalitäre Wille zur Alleinherrschaft der Islamisten in einer theokratischen Herrschaft immer deutlicher.

Iran: Das sultanistische Regime ³

Der Dissident Akbar Gandschi bezeichnet das politische System des Iran als sultanistisch. Der „Führer“ herrsche wie ein Sultan. Dieser habe die Trennung der drei Gewalten im Staat abgeschafft. Die drei Gewalten seien in seiner Funktion als Sultan vereinigt. Auch das Pseudoparlament, Madschless, werde sultanistisch regiert.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Dissident Akbar Gandschi stellt in einer sozialwissenschaftlichen Analyse fest, dass in einem historischen Prozess das politische System des Iran sich zunehmend von einem charismatischen Führerstaat in einen militarisierten Führerstaat verwandelt hat. Den „Führerstaat“ bezeichnet er als sultanistisch.

Gandschi vergleicht die drei Regierungsphasen von Rafsandschani, Khatami und Ahmadinedschad. In den letzten dreißig Jahren habe sich das Wesen der Verfassung und des „sultanistischen“ Führerstaates nicht verändert, auch wenn die Regierungen ein unterschiedliches Verhältnis zu Führer und Volk hatten. Alle drei Regierungen wollten weder eine Änderung des politischen Systems im Iran noch beabsichtigten sie jemals das politische System zu demokratisieren, so Akbar Gandschi.

Sultanistisches Madschless

Gandschi liefert zunächst ein innenpolitisches Beispiel: Ali Khamenei habe das Madschless unter der Regierung von Khatami kritisiert: „Die allgemeine Stimme des sechsten Madschless widerspricht vielen Interessen unseres Systems.“ Der „Führer“ habe einige Reformer als zu „amerikanisch“ bezeichnet. Manche Reformer hätten „dem Feind grünes Licht gegeben.“ Aber das siebte Madschless unter Ahmadinedschad sei viel mehr im Sinne des sultanistischen Führers.

Auch die politische Unterdrückung sei in den drei Perioden unterschiedlich gewesen. Die Wahlen bezeichnet Gandschi als „gefälschte Pseudowahlen“ [Shebhe Entekhabat Taqalobi]. Die politischen Gegner haben prinzipiell kein Recht an den Wahlen teilzunehmen. Gandschi schreibt: „Die Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, müssen an die islamische Verfassung, an den Islam, an das Prinzip des Welayate Faqih, an Herrn Khomeini und Khamenei glauben.“ Zwar organisiere das

³ <https://spme.org/boycotts-divestments-sanctions-bds/boycotts-divestments-and-sanctions-bds-news/wahied-wahdat-hagh-iran-das-sultanistische-regime/4590/>
<https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061656/Iran-Das-sultanistische-Regime.html> 15.02.08



Staatsministerium die Wahlen, aber der Wächterrat habe die Macht, betont Gandschi. Schon bei früheren Wahlen habe der Wächterrat regelmäßig politisch unliebsame Kandidaten disqualifiziert.

Beispielsweise habe der Wächterrat die meisten „linken“ Mitglieder des dritten Madschless nicht mehr für das vierte Madschless qualifiziert. Hier muss hinzugefügt werden, dass die islamistische „Linke“, deren Mitglieder auch als Reformer bekannt wurden, nie Reformen durchgesetzt haben. Auch unter der Khatamiregierung habe der Wächterrat mehr als 3500 Kandidaten disqualifiziert. Bei den Wahlen unter Khatami sei so umfangreich gefälscht worden, dass sogar Rafsandschani und Karrubi sich beschwert haben. Mostafa Tadschzadeh, ehemaliger hoher Mitarbeiter des Staatsministeriums, habe, als 3500 „linke“ Islamisten disqualifiziert wurden, von einem „parlamentarischen Putsch“ gesprochen. Im Vorfeld der achten Madschlesswahlen am 14. März wurden 31 Prozent der „linken Reformer“ disqualifiziert. Gandschi meint, dass sich „Herr Khamenei ein sultanistisches Madschless“ wünsche. Der Sultan gehe davon aus, dass es sich lohne die „Unruhe von ein zwei Monaten auszuhalten, um vier Jahre Ruhe zu haben.“

Hinrichtungen von Andersdenkenden im In- und Ausland haben Tradition

Einen weiteren Aspekt, den Gandschi für alle drei Regierungen untersucht, ist die politische Unterdrückung. Die schlimmsten Unterdrückungen habe es im ersten Jahrzehnt unter dem charismatischen Führer Khomeini gegeben. Ali Khamenei, der gegenwärtige Führer, war von 1981-1989 Präsident des Iran. Schon in seiner Präsidentschaftszeit seien im Sommer 1988 auf Befehl von Khomeini Tausende hingerichtet worden, wobei hinzugefügt werden müsste, dass die Tausenden von Hinrichtungen, ohne jeglichen Prozess, die in den ersten Jahren der Revolution (1979 – 1988) begangen wurden, genauso wenig zu legitimieren sind.

Unter der Präsidentschaft von Rafsandschani habe der iranische Geheimdienst unter der Führung von Ali Fallahian Dutzende Gegner im Ausland erschießen lassen. Und unter Khatami habe der Geheimdienst Dutzende Intellektuelle und Politiker im Iran umgebracht. Die Morde wurden als Kettenmorde bekannt. Khatami habe damals, dem Befehl des Sultans folgend, ausgerechnet einen „Hardliner“ als Verantwortlichen für die Verfolgung der Mörder ernannt.

Linksislamistische Organisationen und Intellektuelle sollen ihre Kritik unter Ahmadinedschad zwar verstärkt haben, aber sie würden dafür auch einen hohen Preis zahlen, den der Disqualifizierungen seitens des Wächterrates. Bekannt sind aber auch die Zerschlagung der Studenten-, Lehrer-, und Frauendemonstrationen und die öffentlichen Hinrichtungen. Zwar gäbe es inzwischen bessere Gefängnisse als vor dreißig Jahren im Iran, dennoch sei die „soziale Unterdrückung“ immens.



Populistische Politik iranischer Politiker

Akbar Gandschi stellt fest, dass alle Politiker der Islamischen Republik in den letzten Jahren eine vollständig populistische Politik betrieben haben. Ahmadinedschad spräche die Sprache der Straße. Aber nicht nur Ahmadideschad habe den Iranern versprochen, dass die Bevölkerung auch etwas von den Petrodollars bekommen würde. Während der Revolution sei ebenfalls der Bevölkerung versprochen worden, dass nicht mehr Amerika und die Schahfamilie vom Öl profitieren werden, sondern die gesamte Bevölkerung. Ahmadinedschad habe lediglich dafür gesorgt, dass die staatlichen Banken kurzfristige Kredite vergeben haben, die die Inflation angeheizt haben.

Gandschi betont, dass die Proteste der Bevölkerung dennoch nicht abgenommen haben. Die Regierung setze die Repressionen fort. Beispielsweise sei sogar der Direktor der Teheraner Universität infolge der Studentendemonstrationen abgesetzt worden. Unter der Regierung von Khatami hätten viele der heutigen Kader der verschiedenen unterdrückten Protestbewegungen mit der politischen Arbeit angefangen.

Der Oberste Nationale Sicherheitsrat

Gandschi schreibt, dass es zwar richtig sein mag, dass Ahmadinedschad sich ohne die Zustimmung des „Führers“ gegen manche „moderate Hardliner“ wie Ali Laridschani gestellt habe, aber schon Präsident Khatami habe einen Hardliner, Dori Nadschafabadi zum Geheimdienstminister ernannt.

Gandschi vergleicht auch die Funktion des „Obersten nationalen Sicherheitsrates“ in den letzten drei Jahrzehnten. Dieser „Rat“ stehe vollständig unter dem Befehl des „Führers“. Sowohl unter Rafsandschani, als auch unter Khatami und Ahamdinedschad habe dieser „Rat“ die Medien hart zensiert. Auch Khatami habe als Vorsitzender des „Obersten nationalen Sicherheitsrates“ seinen Beitrag zur Stärkung dieses Organs geleistet. Beispielsweise schreibe dieser „Rat“ den Medien vor, worüber sie nicht berichten dürften. Verschiedene Themen können davon betroffen sein, von Problemen des Atomprogramms bis zu Unruhen in Kurdistan oder in der arabischen Provinz.

Die Militarisierung

Das politische System habe sich nach Gandschi in den letzten dreißig Jahren immer stärker militarisiert. Militärs der Bassidschi und der Revolutionsgarden haben immer mehr Ämter in der Wirtschaft übernommen und seien immer politischer geworden. Da der erste Revolutionsführer Ayatollah Khomeini ein charismatischer Führer gewesen sei und sich seiner Macht gewiss war, sei er gegen die Beteiligung von Militärs in direkter Staatspolitik gewesen. Aber Ali Khamenei sei von Anfang an militaristisch gepolt gewesen. Er habe schon unter der provisorischen Regierung von



Basargan, zu Beginn der Revolution, Khomeini im Verteidigungsministerium vertreten. Als Präsident habe er durchgesetzt, dass das Geheimdienstministerium vom Präsidenten kontrolliert werden müsse. Ali Khamenei, den Gandschi als Sultan bezeichnet, sei schon immer für das Erregen von Furcht und Angst in der Gesellschaft gewesen und habe dies religiös begründet. So lässt sich auch erklären, warum Khamenei eine Reihe von alt gedienten Revolutionsgarden in die Leitung der staatlichen Medien oder bereits in das siebte Madschless befördert habe. Gandschi meint auch, dass die Revolutionsgarden dem Befehl des „Sultans“ ausgesetzt sind und alleine nicht handeln dürfen. Unter Ahmadinedschad sei zudem das Staatsbudget für den Militärapparat im Vergleich zum Budget der Khatamiregierung verdoppelt worden. Die Revolutionsgarden würden inzwischen sogar mit Regierungen und Unternehmen anderer Staaten Verträge im Ölgeschäft unterzeichnen. Staatliche Häuserbauprojekte seien für Militärs und Sicherheitsbeamte forciert worden. Kürzlich habe ein General der Revolutionsgarden, Hassan Firuzabadi, davor gewarnt, dass amerikafreundliche Personen staatliche Ämter besetzen könnten.

Der Dissident Gandschi schreibt, dass es im „sultanistischen Regime“ nicht die drei getrennten Gewalten der Judikative, der Exekutive und der Legislative gebe: Er schreibt: „Der Sultan hat es geschafft die drei Gewalten zu vereinheitlichen.“

Die Militarisierung der Wahlorganisation in Iran ⁴

Der ehemalige Geheimdienstminister des Iran, Ali Yunessi, kritisiert die Militarisierung der Wahlorganisation des iranischen Pseudo-Parlaments, Madschless. Auch die linksislamistische „Organisation der Mojahedine Enqelabe Eslami“ bezweifelt die Richtigkeit der Wahlergebnisse zum achten Madschless.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Nachdem die erste Runde der Wahlen am 14. März zu keinem endgültigen Ergebnis führte, gewann das zerstrittene Lager um den Präsident Ahmadinedschad in der zweiten Wahlrunde am 25. April die meisten Sitze.

In den ersten Jahren nach der islamischen Revolution von 1979 wurden bereits alle linken und rechten säkularen Kräfte im Iran und bald auch die Nationalreligiösen verboten. Inzwischen werden mehr und mehr sogenannte linksislamistische „Reformkräfte“ vom Zirkel der Macht ausgeschlossen. Die islamistischen Reformer, die bisher kaum Reformen durchsetzen konnten, schwören dabei vergeblich auf den ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini und auf die islamische Revolution.

⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061675/Die-Militarisierung-der-Wahlorganisation-in-Iran.html> 09.05.08



Die Kritik des Ex-Geheimdienstministers

Kein Geringerer als der Ex-Geheimdienstminister Ali Yunessi beispielsweise beklagt die ungerechte Prozedur der Wahlen. Rund 70 Prozent der Wähler in den Großstädten seien frustriert und hätten deswegen nicht an den Wahlen teilgenommen, meint Yunessi in einem Interview mit der Zeitung Etemaad am 7. Mai.

Der Ex-Geheimdienstminister weiß, dass die Massendiktatur ohne die Masse immer schwächer wird. Daher kritisiert er die Politik, die ein solches Ergebnis in den Großstädten des Iran gezeitigt habe. Diese Politik richte sich gegen die Sicherheit des Staates, denn das Ziel der islamischen Revolution sei ursprünglich die Partizipation an den Wahlen gewesen. Er fragt, warum man sogar Muslimen, die sich dem Führer und der islamischen Revolution verpflichtet fühlen, disqualifiziere. Sogar hochrangige Richter, Gouverneure und Kleriker seien als Kandidaten disqualifiziert worden, obwohl sie schon heute sehr sensible Ämter bekleiden. Eine solche Politik entspräche nicht den nationalen Interessen und sei schädlich.

Yunessi, der Ex-Geheimdienstminister, vergleicht den innerislamistischen Streit und den Ausschluss der sogenannten islamischen Reformer der Diktatur mit den Methoden, die Kommunisten oder terroristische Organisationen verfolgt haben. Er spricht von einer „unmoralischen Krankheit, einer politischen Intoleranz.“ Diese Haltung sei inzwischen ein „herrschendes Prinzip, ein akzeptierter Diskurs“. Er schreibt von einer „schmutzigen Methode“, wenn politische Gegner bei den Wahlen zerstört werden.“ Offenbar „schmutzig“ weil inzwischen auch Islamisten der ersten Stunde ausgeschlossen werden.

Yunessi schreibt: „Gegenwärtig fühlen sich die Führungskräfte nicht sicher.“ Zudem würde sich „niemand, in keinem Amt mehr sicher fühlen.“ Sogar beim Freitagsgebet werden „Schlammschlachten“ ausgetragen.

Er kritisiert ferner, die „vorher nie so stark dagewesene Präsenz von Militärs.“ Diese haben die Wahlorganisation durchgeführt und sie gleichzeitig kommentiert. Ein Militärangehöriger, den Yunessi nicht nennen wollte, habe beispielsweise gesagt, dass Pasdaran und Militärs sich im Krieg eingemischt hätten und sich selbstverständlich auch bei den Wahlen einmischen würden. Dies sei eine revolutionäre Tat.

Yunessi kritisierte dagegen, die Armee dürfe sich nicht in solche politischen Angelegenheiten einmischen, sonst würde sie sich kraft politischen Streits selbst schwächen.

Linksislamisten sprechen von Wahlmanipulation

Die iranische Zeitung Norooz veröffentlichte am 5. Mai eine Erklärung der linksislamistischen Organisation der „Mojahedine Enqelabe Islami“, der „Kämpfer der Islamischen Revolution“.



Der Erklärung der „Mojahedine Enqelabe Islami“ zufolge seien diese „Wahlen ohne Zweifel beispiellos gewesen.“ Möglicherweise müsse man inzwischen auch von einem „neuen Kapitel im Verhältnis zwischen Herrschaft und Volk“ sprechen.

Den Angaben des Wächterrates zufolge haben sich 7597 Kandidaten, unter ihnen rund 900 Reformer angemeldet. In einer ersten Runde seien 5000 Kandidaten von regionalen Wahlkommissionen des Wächterates anerkannt worden, d.h. rund 33 Prozent der ursprünglichen Kandidaten seien disqualifiziert worden. In einer zweiten Runde seien weitere 2000 Kandidaten disqualifiziert worden. In einer abschließenden Runde habe dann der Wächterrat einige der Disqualifizierten wieder qualifiziert und einige neu disqualifiziert, so dass 4755 Kandidaten an den Wahlen teilnahmen.

Mehr als 1/3 der Kandidaten seien vom Wächterrat abgelehnt worden. Für nur 50 der 290 Madschles-Sitze sei eine wirkliche politische Konkurrenz möglich gewesen. Daher seien die Wahlen im Vorfeld schon entschieden worden. Die Autoren dieser Erklärung schreiben, dass viele Reformkandidaten im Vorfeld gewarnt worden seien, sich erst gar nicht aufstellen zu lassen, da sie ohnehin abgelehnt würden. Viele seien daher erst gar nicht angetreten. Offiziell sei erklärt worden, wer sich im sechsten Madschless an Protesten der Reformer beteiligt habe, unter anderem wegen der damaligen Disqualifizierung von Kandidaten, werde nun endgültig selbst disqualifiziert. In der Erklärung wird kritisiert, dass 150 Sitze für das zerstrittene Lager um Ahmadinedschad reserviert worden waren, bevor die Wahlen überhaupt begonnen hatten.

Die „Mojahedine Enqelabe Islami“ kritisieren auch die angewandten Methoden bei der Durchführung der Wahlen. Auf verschiedenen Ebenen sei die Rolle der Pasdaran und der Bassidschi gestärkt worden. Zudem wird kritisiert, dass die Wahllokale hauptsächlich von Vertretern der „herrschenden Faktion“ - gemeint ist das in sich zerstrittene Umfeld von Ahmadinedschad - besetzt wurden. Viele Reformer wurden aus den Wahllokalen entlassen, heißt es in der Erklärung. Daher sei es sehr einfach gewesen, die Auszählungen zu manipulieren. Es sei ferner ignoriert worden, dass einflussreiche Personen, unter anderem Ex-Präsident Khatami, eine erneute Auszählung der Stimmzettel gefordert haben. Auf jeden Fall seien die Veranstalter und Beobachter der Wahlen dieselben Kreise gewesen.

Kritisiert wird auch die Tatsache, dass junge Wähler von der Wahl ausgeschlossen wurden: Den Angaben des Staatsministeriums zufolge sei die Anzahl der Wahlberechtigten ab achtzehn 43.700.000 Personen gewesen. Im Jahr 2006 sei jedoch vom Staatsministerium angegeben worden, dass 49.431.245 Iraner im November 2006 siebzehn Jahre alt gewesen seien. Auch wenn man die Zahl der Verstorbenen und der ins Exil gegangenen jungen Menschen berücksichtige, könne die Zahl nicht weniger als rund 48 Millionen betragen. Zwar sei das Wahlberechtigungsalter 2007 von 15 wieder auf 18 erhöht worden, aber dies spiele bei diesen Zahlen keine Rolle. Zudem habe der Staatsminister bekannt gegeben,



dass sich 25 Millionen Menschen an den Wahlen beteiligt haben, und er habe von einer 60prozentigen Wahlbeteiligung gesprochen. Diese Angaben können nicht richtig sein, heißt es in der Erklärung.

Das Staatsministerium habe nach der ersten Wahlrunde erklärt, dass sich 40 Prozent der Teheraner Wahlberechtigten an den Wahlen beteiligt haben. Insgesamt waren 1.909.562 Stimmen abgegeben worden. Wenn diese Angaben stimmen würden, müssten 4,8 Millionen Wahlberechtigte in Teheran leben. Dabei hatte das Staatsministerium zuvor angegeben, dass 6,5 Millionen Wahlberechtigte in Teheran lebten. Tatsächlich dürften sich bestenfalls 30 Prozent der Teheraner an den Wahlen beteiligt haben, schreiben die „Mojahedine Enqelabe Islami“.

Dieser Erklärung der linksislamistischen Organisation zufolge entsprächen die letzten Wahlen nicht den „hohen Zielen der Islamischen Revolution“. Die Autoren der Erklärung fordern, dass diese Mängel bis zu den kommenden Präsidentschaftswahlen behoben werden müssen.

Ahmadinejad fordert die Einheit des Volkes und des Klerus⁵

Die paramilitärischen Bassiji-Einheiten werden inzwischen als Einheiten eingesetzt, die für Ruhe Ordnung sorgen sollen. Dabei sollen sie lediglich helfen, mit Gewalt die islamische Gesetzgebung wie z.B. die Kleiderordnung für Frauen umzusetzen.

von Wahied Wahdat-Hagh

Am Montag, dem 10. November meldete Farsnews, dass die Teheraner Polizei an diesem Tag mit einem „Manöver“ begonnen habe, das sechs Tage dauern solle. Es findet unter dem Motto „Manöver für Sicherheit und Ruhe“ statt. Das „Manöver“ ist immerhin unter anderem vom stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für nationale Sicherheit, Rasawi, und dem Oberstaatsanwalt der Revolutionsgerichte, Ahmadi-Moqadam eröffnet worden.

Morteza Tamadon, Gouverneur von Teheran, sagte dazu: „Je mehr wir die Sicherheit des Landes gewährleisten und je mehr wir auf diesem Wege erfolgreich sein werden, um so mehr wird die Meinung der Bevölkerung in Hinblick auf die Sicherheit positiv sein.“

Ferner soll ein neues Gremium gegründet werden, das sich „Rat zur Gewährleistung der Sicherheit“ nennt. Tamadon sagte, dass der Begriff Sicherheit eine klare Bedeutung innerhalb des Herrschaftssystems habe und alle Iraner müssten sich an der Stabilisierung der gesellschaftlichen Sicherheit beteiligen. Er sagte: „Alle Teile der Bevölkerung, die Bassiji, die gesellschaftlichen Institutionen und der

⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061696/Ahmadinejad-fordert-die-Einheit-des-Volkes-und-des-Klerus.html?wtrid=amp.article.free.comments.button.more> 15.11.08



Staatsapparat müssten sich einigen, um eine wirkliche gesellschaftliche Sicherheit herzustellen.“

Zu den Zielen der Manöver zählte der Oberbefehlshaber der „Ordnungskräfte“ die Bekämpfung von sozialen Krisen. Zu den Manöverübungen gehöre der schnelle Transport von Polizisten aus den Provinzen in die Hauptstadt Teheran, meldete Roozonline.

Auch Bassiji-Einheiten sorgen für Ordnung in den Straßen

Schon vor etwa zweieinhalb Jahren begann die Umsetzung des staatlichen „Planes zur gesellschaftlichen Ordnung und zum Kampf gegen schlechte Kopfbedeckung“. Seit etwa zwei Wochen sind in verschiedenen Bezirken der iranischen Städte Bassiji-Einheiten unterwegs, berichtet Shahram Rafisadeh in Roozonline am 10. November. Kein Geringerer als Präsident Ahmadinejad hatte im iranischen Fernsehen in Hinblick auf Frauen, die sich „unislamisch“ kleiden, gesagt: „Solche Personen müssen mit der Wurzel ausgerottet werden.“ Frauen, die sich nach offizieller Doktrin unislamisch kleiden, sollen also entwurzelt werden. Ist es nicht eine Vernichtungsdrohung für all die iranischen Frauen, die Kopftücher als eine Last wahrnehmen?

Vor seiner Wahl hatte Ahmadinejad immer wieder betont, dass unter seiner Präsidentschaft die Regierung nicht so stark auf die Haartracht der jungen Männer oder auf die Kleidung der Frauen schaue, es sei ein Nebenproblem, das Hauptproblem sei die Wirtschaft und die sozialen Probleme. Im selben Sommer 2007 als das Benzin im Iran rationiert worden ist, wurden unter dem Motto „gesellschaftliche Sicherheit“ allein in Teheran 16 Menschen hingerichtet. Rafisadeh schreibt in Roozonline, dass am 4.7.2007 Ahmadinejad im iranischen Fernsehen seine Freude über die Umsetzung des Programms der „gesellschaftlichen Sicherheit“ äußerte.

Bassiji-Einheiten stellen eine Abteilung der iranischen Revolutionsgardisten, Pasdaran, dar. Diese Einheit nennt sich „Sepahe Mohammad Rassul al-allah“, übersetzt, die „Armee des Propheten Gottes, Mohammad“. Diese Abteilung, die von Abdollah Araqi geführt wird, hat nach der Umstrukturierung der Pasdaran die Aufgabe des „Schutzes der Sicherheit“ in der Hauptstadt Teheran. Laut Araqi sind die Bassiji-Einheiten seit 28.10.2008 in „Kooperation mit Ordnungskräften und Justizbeamten im Einsatz, um die „Sicherheit“ in den Stadtteilen zu garantieren, schrieb Farsnews am 31. Oktober.

Tatsächlich sind die Bassiji seit der Gründung der Islamischen „Republik“ aktiv. Nun wird ihre Rolle aber noch mehr institutionalisiert und sie sollen das öffentliche Leben nun systematischer bestimmen, will heißen systematischer die ideologische Interpretation des islamischen Gesetzes mit Gewalt durchsetzen.



Volk und Herrschaft des Klerus

Die islamisch sich legitimierende Diktatur im Iran rüstet eindeutig gegen das eigene Volk auf, gegen die Jugend, gegen die Frauen, gegen Andersdenkende, gegen religiöse und ethnische Minderheiten. Die Unterdrückung lässt sich am besten durch die Ideologie der Einheit des Volkes mit der Herrschaft kaschieren.

Der iranische Präsident Ahmadinejad spricht aber nach wie vor von „Gerechtigkeit“. Bis kommenden März würden rund 42 Millionen Iraner staatliche Unterstützung bekommen, was für den Präsidenten ein Beweis für seine Politik der Gerechtigkeit ist. Der iranische Präsident spricht im Namen des Volkes, das sich gegen fremde Mächte wehren werde. Ahmadinejad sagte: „Solange das Volk einen untrennbaren Bund mit dem „Velayat“, dem herrschenden Klerus, besitzt, wird keine Macht dessen Ehre antasten können.“

Erst vor wenigen Tagen haben rund 60 in Iran arbeitende Wirtschaftswissenschaftler die Subventionspolitik der iranischen Regierung kritisiert, die zu Inflation und Bankrott führen werde, zumal die Ölpreise sinken und nicht steigen. Die Regierungspolitik habe zu einer Aufblähung der iranischen Geldmenge und zu einer Inflation von 29,4 Prozent im September 2008 geführt.

Iranische Politiker fordern die „nationale Einheit“⁶

Der Vorsitzende des iranischen „Parlaments“ Ali Larijani fordert eine „nationale Einheit“. Feinde des Iran könnten die Machteliten spalten.

von Wahied Wahdat-Hagh

Larijani betont, es gebe Differenzen innerhalb der Gruppe der „Prinzipialisten“, so nennt sich eine Gruppe der islamistischen Hardliner im Iran. Nicht alle „Prinzipialisten“ unterstützen die Wirtschaftspolitik der Regierung von Ahmadinejad. Larijani hebt hervor, er wolle den Präsidenten Ahmadinejad bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Juni 2009 nicht übergehen. Vielmehr schaue er als Vorsitzender des Parlaments auf Gemeinsamkeiten der verschiedenen Gruppierungen, denn die Lage sei „sensibel“.

Es gebe trotz aller Differenzen auch Gemeinsamkeiten unter den Prinzipialisten im „Parlament“. Larijani sagt, es gebe einen „Pluralismus und Meinungsvielfalt“ und seine Gruppe fordere nicht einfach die Hinrichtung für jemanden, der eine andere Einschätzung habe.

⁶ <https://amp.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061699/Iranische-Politiker-fordern-die-nationale-Einheit.html> 05.12.08



Zyniker und Machtpolitiker Larijani

Tatsächlich spricht hier der Zyniker und Machtpolitiker Larijani, der lediglich die innerislamistische Meinungsvielfalt unter Hardlinern und Anhängern des islamistischen Flügels von Ex-Präsident Khatami anspricht.

Larijani ist ferner der Meinung, bei innenpolitischen Themen könnten unterschiedliche Meinungen der verschiedenen Gruppen zur Lösung mancher Probleme beitragen. Dennoch sei es wichtig, wenn einheitlich vorgegangen werde.

Larijani fordert eine nationale Einheit, die einher gehe mit unterschiedlichen Meinungen - allerdings nur unter Islamisten, muss an dieser Stelle ergänzt werden.

Ohne eine solche Einheit werde der „Feind versuchen eine politische und gesellschaftliche Spaltung herbeizuführen.“ Daher sei die nationale Einheit sowohl für die Prinzipialisten, aber auch für Anhänger des Ex-Präsidenten Khatami, eine positive Option.

Keine gemeinsame Organisation

Larijani räumt ein, er habe bei den letzten Präsidentschaftswahlen Mohammed Baqer Qalibaf und Mohssen Rezai nahe gestanden, betont aber keine gemeinsame Organisation mit ihnen zu vertreten. Dies gelte auch für die Zukunft. Qalibaf, Rezai und Larijani gelten als machtorientierte pragmatische Hardliner, die ihre Differenzen mit dem gegenwärtigen Präsidenten Ahmadinejad aussprechen. Larijani betont, er habe auch Kontakte mit Hashemi Rafsanjani oder Ex-Präsident Khatami oder eben zum Büro des „großen Führers“ Khamenei. Larijani begrüßt auch, wenn Ahmadinejad sich wieder als Kandidat für die im nächsten Jahr anstehende Präsidentschaftswahl aufstellt, geht aber davon aus, dass sich nicht mehrere sogenannte Reformkandidaten, wie Khatami, Karrubi oder Mir Hussein Moussawi gemeinsam aufstellen. Daher begrüßt er auch, wenn bei den nächsten Wahl weniger Kandidaten aufgestellt werden, damit die Wahl übersichtlicher werde.

Wahlen im Iran ⁷

Mir Hossein Moussavi wird am 12. Juni 2009 als Präsidentschaftskandidat und Rivale von Ahmadinejad bei den iranischen „Wahlen“ auftreten. Unter Khomeini, im Krieg gegen den Irak war Moussavi Ministerpräsident. Kritiker sagen die iranischen Wahlen böten überhaupt keine wirkliche Wahlmöglichkeit.

von Wahied Wahdat-Hagh

Mir Hossein Moussavi Khamene, so ist sein vollständiger Name, erwartet, dass Obama die USA ändert. Er selbst will weiterhin an den Zielen der islamischen

⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061715/Wahlen-im-Iran.html> 10.04.09



Revolution festhalten. Mir Hossein Moussavi ist kein unbekannter Politiker im Iran. Er war von 1981 bis 1989 Ministerpräsident des Iran. Er gilt als ein resoluter Politiker, der sich in der Zeit des Krieges gegen den Irak unter dem Präsidenten Ali Khamenei als Ministerpräsident bewährt hat.

Mit dem Ende seiner Amtszeit wurde die Position eines Ministerpräsidenten abgeschafft. Er gilt als ein Khomeinist der ersten Stunde. In den 80er Jahren war er Mitglied des Zentralkomitees der Islamisch-Republikanischen Partei und verantwortlicher Direktor des Hauptorgans dieser Partei, die von Khomeini verboten wurde, weil dort zu viel diskutiert worden ist. Seitdem gibt es Gruppierungen, die sich um bestimmte islamistische Persönlichkeiten in Gruppen und Organisationen scharen. Nach zwanzig Jahren will nun Moussavi in die Politik zurückkehren und an den zehnten Präsidentschaftswahlen im Iran teilnehmen.

Moussavi will mehr Markt

In einer Pressekonferenz am 6. April 2009 wurde der Präsidentschaftskandidat Moussavi gefragt, ob er wieder wie in den 80er Jahren den Konsum mit Kaufscheinen, mit sogenannten Coupons, rationieren wolle.

Er antwortete, dass diese Maßnahme damals dazu gedient habe, dass niemand in der Kriegszeit hungere. Da die heutigen Verhältnisse aber nicht vergleichbar seien mit der damaligen Zeit, als der Iran einen achtjährigen Krieg gegen den Irak führte, sei es unwahrscheinlich, dass heute wieder der Konsum rationiert werden würde. Er wolle jedenfalls die Privatwirtschaft ankurbeln, den Markt entwickeln und die Arbeitslosigkeit und die Inflation bekämpfen. Moussavi sprach sich in der Pressekonferenz für Meinungsfreiheit innerhalb der islamischen Verfassung aus. Insgesamt will Moussavi eine entspanntere Staatsführung als Ahmadinejad. Ob es ihm gelingt, ist sehr fraglich. Er sprach sich für eine Entschärfung der harten Kontrollen auf den Straßen bezüglich Kleidervorschriften und im Namen der „sozialen Sicherheit“ aus.

Moussavi ist im Hinblick auf einen Dialog mit den USA nicht euphorisch

Im Bezug auf die iranisch-US-amerikanischen Beziehungen äußert sich Moussavi sehr zurückhaltend. Zwar habe sich der Ton des neuen US-amerikanischen Präsidenten Obama im Vergleich zu Bush verändert, aber er wolle abwarten, ob auch die „Handlungen der Amerikaner sich ändern werden.“ Er zitierte Ayatollah Khomeini, der schon zu seinen Lebzeiten gesagt habe, falls die US-Politiker sich wie „anständige Menschen“ benähmen, seien Beziehungen mit den USA durchaus vorstellbar. Moussavi kritisierte die Ausführungen von Präsident Obama in Prag am 5. April 2009. Obama hatte in Prag gesagt, dass solange die iranische Drohung existiere, die USA die Entwicklung eines Raketenverteidigungssystems in Polen und in der tschechischen Republik fortsetzen werden. In Bezug auf das iranische Atomprogramm ist Moussavi der Meinung, dass der „Westen stets eine destruktive



Rolle“ gespielt habe. Das „ganze politische System des Iran“ habe sich für die Atomtechnologie entschieden und es werde „keinen Rückschritt“ geben. Die Frage des Atomprogramms müsse von militärischen Rüstungsfragen getrennt werden.

Moussavi hat Anhänger sowohl bei den fundamentalistischen Hardlinern als auch bei den fundamentalistischen Reformern

Moussavi positionierte sich zwischen den beiden islamistischen Lagern. Er sagte: „Ich bin ein Reformler, der sich stets an die Prinzipien hält.“ Zuvor hatte er betont, dass er sich streng an den Zielen der islamischen Revolution orientiere. In Bezug auf die Bassiji-Einheiten sagte Moussavi: „Die Bassiji haben sehr schöne Parolen, auf die wir uns stützen müssen.“ Ähnlich wie Ahmadinejad stellte er auf die Frage, was er von der Holocaustleugnung halte, die Rückfrage, was die Palästinenser eigentlich mit den Verbrechen zu tun haben, die damals geschehen seien. Warum müssten die Palästinenser am Ende den Preis der Verbrechen zahlen. Damit vergleicht auch er wie unter Islamisten üblich die israelische Politik mit der der Nazis und setzt die Lage der Palästinenser mit den Opfern des Nationalsozialismus gleich. Auf die Frage, ob Iran unter seiner Führung Israel innerhalb der Grenzen von 1967 anerkenne, gab er eine diffuse, aber bekannte Antwort. Die Wahl der Bevölkerung müsse diese Frage entscheiden. Auch Reformler wie Khatami fordern die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge und eine Befragung aller Palästinenser, ob sie den Staat Israel anerkennen. Das iranische Regime setzt damit auf eine Mehrheit der Islamisten unter den Palästinensern. Iran wolle zwar Mitglied auch der Welthandelsorganisation werden, könne aber gegenwärtig auch viele positive Gelegenheiten als Nicht-Mitglied nutzen.

ILNA, Iranian Labour News Agency, berichtete von einer statistischen Befragung der staatlichen Arbeitervereinigung „Khaneye Kargar“, „Haus des Arbeiters“. Demnach würden 52 Prozent der befragten staatlich organisierten Arbeiter Moussavi wählen und 36 Prozent Ahmadinejad. Für den Kandidaten Mehdi Karoubi haben die befragten Arbeiter kaum Sympathie: Nur 8 Prozent würden ihn wählen.

Moussavi ist ein Reformler

Frau Azar Manssouri, Mitglied des Zentralkomitees der „Partizipationspartei“, sagte in einem Interview mit Roozonline, ihre Partei werde Moussavi unterstützen, zumal er in den vergangenen Jahren auf eine Kandidatur verzichtet habe. Zwar wollte die „Partizipationspartei“ Mohammad Khatami vorschlagen, aber dieser habe auf die Kandidatur verzichtet. Frau Manssouri meint, dass die meisten „Parteien“ ihre Stimmen für Moussavi geben werden.

Moussavi selbst streitet die Existenz von Parteien ab. Er sagte wörtlich: „Eines unserer Probleme ist die Nicht-Existenz echter Parteien.“ Dies würde sogar zu Problemen bei Wahlen führen.



Moussavi ist kein Reformier

Kein Geringerer als Ex-Präsident Khatami sagte über Moussavi: „Wir haben nie behauptet, dass er die Manifestation der Reformen ist und deswegen in die Politikszene gekommen ist.“ Vielmehr benötige die Gesellschaft einen Wechsel und deswegen sei der Wechsel die wichtigste und dringendste Aufgabe, die gelöst werden müsse.

Es gibt zwar Wahlen, aber keine Wahlmöglichkeit

Hassan Yussefi Eshkevari war einer der Teilnehmer der Berliner Iran-Konferenz der Heinrich Böll-Stiftung im April 2000. Er hatte sich u.a. gegen Kopftuchzwang ausgesprochen. Als er wieder in den Iran zurückkehrte, wurde er zunächst zum Tode, später zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Gegenwärtig lebt er in Italien und schreibt ein Geschichtsbuch über den Iran. In einem Interview mit Roozonline am 7 April 2009 meinte Eshkevari, dass gemäß der Verfassung und der Ideologie der politisch Verantwortlichen im Iran Wahlen durchgeführt werden. „Aber von Auswahlmöglichkeit kann nicht die Rede sein.“

Verbittert sagt Eshkevari, er habe gegenwärtig keine Neigung an den Wahlen teilzunehmen. Aber wenn er wählen müsste, würde er den Präsidentschaftskandidat Hojatoleslam Mehdi Karoubi wählen. Eshkevari war wie Ex-Präsident Khatami und wie Mehdi Karoubi ein Kleriker vom Rang eines Hojatoleslam. Eshkevari hat jedoch den Turban als Zeichen für die Funktion eines Klerikers abgelegt. Er wollte nicht mehr zu den Funktionären des iranischen Staatsklerus gehören. Seit langer Zeit glaube er ständig überlistet und betrogen zu werden, wenn er an den Wahlen teilnehme, sagt der Ex-Kleriker. Angesichts der anstehenden Wahlen sagte er bitter-ironisch: „Vielleicht gibt es keinen anderen Weg, als dass wir solange betrogen werden, bis die Betrüger selbst an ihren Machenschaften verzweifeln und dann die Plattform verlassen.“ Erst dann könnten Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und die Entwicklung des Landes gewährleistet werden.



Das nationale Schweigen im Iran ⁸

Ex-General Mohssen Rezai weiß, dass bei den letzten Wahlen im Iran mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten den Gang zu den Wahlurnen boykottiert hat. Er spricht von einem „nationalen Schweigen“, das er nun brechen will.

von Wahied Wahdat-Hagh

Mohssen Rezai ist Ex-General der iranischen Revolutionsgardisten und gegenwärtig Sekretär der Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen, euphemistisch auch Schlichtungsrat genannt. Die Aufgaben dieses Organs sind die Regierungspolitik zu beaufsichtigen, dem „Führer“ Politikvorschläge zu machen und bei Konflikten zwischen dem Wächterrat und dem islamischen „Parlament“ zu schlichten.

Mohssen Rezai trat am 16.4.2009 auf einem Kongress der „Partei der Entwicklung und der Gerechtigkeit des islamischen Iran“ in Teheran auf. Es gäbe eine große staatliche Korruption und Geldverschwendung, beklagt Rezai. 55 Prozent des jährlichen Staatsbudgets würden verschwendet werden. Der Ex-General weiß also, dass mehr als die Hälfte des Staatsbudgets im Sumpf der Korruption versinkt. Der Ex-General kennt auch die Gründe: Es nütze gar nichts die Verantwortung bei Einzelnen zu suchen. Geldverschwendung und Korruption seien ein Managementproblem.

Das Schweigen des Volkes und die Parolen der Diktatur

Mehr als vier Millionen Menschen würden unter Drogensucht leiden, betont der Ex-General. Diese Drogenabhängigen würden im Grunde mindestens drei weitere Menschen in Mitleidenschaft ziehen, so dass rund 15 Millionen Menschen ständig unter Drogenproblemen zu leiden hätten. Von Prostitution, Frauenhandel und von obdachlosen Kindern hat er dort nicht gesprochen.

Rezai gibt auch zu, dass es unterschiedliche Angaben über die Zahl der Wahlberechtigten im Iran gibt. Staatliche Stellen würden von 46 Millionen Wahlberechtigten ausgehen, Experten jedoch von 52 Millionen. Fakt sei auf jeden Fall, dass sich nur 25 Millionen Einwohner an den Wahlen beteiligen würden. Dieses „nationale Schweigen“ müsse gebrochen werden. Er fügte hinzu: „Genauso wie dieses Schweigen im Krieg und während der Revolution gebrochen worden ist.“

Auch Rezai verwendet Parolen, die Ex-Präsident Khatami gerne einsetzte, um die Forderungen der Zivilgesellschaft ideologisch zu neutralisieren.

⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061716/Das-nationale-Schweigen-im-Iran.html>
17.04.09



Für Freiheit, Unabhängigkeit und Volksherrschaft

Rezai spricht sich für „politische Institutionen“ aus, die doch nur ein Beweis für die „Errungenschaften der islamischen Revolution“ seien. Er tritt auch für „Freiheit, Unabhängigkeit und Volksherrschaft“ ein. Parteien und Medien würden den Staat stärken.

Rezai meint, das iranische Volk wolle vom nächsten Präsidenten wissen, wie die Konfrontation mit den USA in den nächsten vier Jahren aussehen werde. Eine Regierung müsse genau zusehen, wie sie ihre Chancen nutzt und die Bedrohungen überwindet.

Das Problem ist, dass seit der Islamischen Revolution von 1979 keine freien Medien und Parteien und politischen Institutionen im Iran existieren. Geblieben ist die ideologische Propaganda der Diktatur.

Konkurrenzwirtschaft ohne freien Markt

Schon am 7.4.2009 hatte sich Mohssen Rezai in einem Interview für eine „freie Wirtschaft“ ausgesprochen. Er geht davon aus, dass Konkurrenz Profitmaximierung ermögliche, und kritisiert die staatliche Monopolisierung der iranischen Wirtschaft.

Der Ex-General kann dennoch keinen freien Fluss von westlichen Waren in den Iran befürworten. Beispielsweise kann die islamische Diktatur Barbiepuppen nicht gutheißen, Bikinis für Damen auch nicht, worauf er selbstverständlich nicht eingeht.

Dem Ex-General geht es zu langsam mit dem technologischen Fortschritt im Iran. Er bemängelt die „fehlende nötige Geschwindigkeit“. Der Iran brauche ein modernes Managementsystem, das nicht auf „trial and error“ beruhe. Die wirtschaftlichen Interessen des Landes müssen erkannt und durchgesetzt werden. Ein neues Wirtschaftsmanagement werde benötigt. Es gäbe eine Kluft zwischen den Wirtschaftspraktikern und Wirtschaftsexperten, die aufgehoben werden müsse. Es müsse eine Brücke zwischen dem Erfahrungswissen der letzten 30 Jahre und der klassischen Wirtschaftswissenschaft hergestellt werden.

Koalitionsregierung aller Islamisten

Rezai will eine Koalitionsregierung, in der beide islamistischen Flügel präsent sind, die sogenannten Hardliner und die sogenannten Reformer, die die islamistische Diktatur mit unterschiedlichen Taktiken stabilisieren wollen.

Der Ex-General meint damit nicht eine Koalitionsregierung zwischen linken oder rechten säkularen Kräften, auch nicht zwischen sozialdemokratischen und nationalbürgerlichen oder nationalreligiösen Kräften, ganz zu schweigen von den verschiedenen Schattierungen der Royalisten und der Sozialisten. Denn all diese politischen Kräfte sind in der „Islamischen Republik Iran“ verboten.



Rezai meint eine Regierungskoalition zwischen den zerstrittenen islamistischen Flügeln, die alle zusammen in den 80-er Jahren in der Islamisch-Republikanischen Partei versammelt waren.

Rezais Koalitionsregierung strebt eine Einheitsregierung aller khomeinistischen Splittergruppen an. Er kritisiert tatsächlich, dass die Regierungen seit 30 Jahren mehr oder weniger von charismatischen Persönlichkeiten abhängig gewesen seien. Dies habe negative Einflüsse auf die Politik gehabt.

Das Ziel einer Koalitionsregierung sei eine stabilere Wirtschaft. Übersetzt heißt dies, wenn alle islamistischen Flügel sich einigten, könne die Wirtschaft sich erholen.

Mohssen Rezai über die beiden islamistischen Flügel

Mohssen Rezai analysiert die beiden existierenden islamistischen Flügel, den reformistischen und den prinzipientreuen wie folgt: Beide Gruppen seien Produkte eines von Sicherheitspolitik geprägten Irans. Daher haben beide Flügel kein besonders stark ausdifferenziertes Wirtschaftsprogramm, meint Rezai. Dabei habe die iranische Gesellschaft inzwischen die sicherheitspolitischen Probleme überwunden, meint der Ex-General optimistisch.

Rezai betont, er habe in den letzten zehn Jahren erfolglos für eine solche einheitliche Koalition gekämpft.

Wer regiert im Iran?

Rezai erklärt, in welchen Gremien die Politik geplant wird: Zunächst würden Expertengruppen der Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen Vorlagen liefern, die in deren Fachkommissionen, von denen es zehn verschiedene gibt, diskutiert und überarbeitet werden. Zudem würden alle Forschungsinstitute des Landes zu bestimmten Themen befragt werden. In der Hauptversammlung dieses Organs würden die vorbereiteten Entwürfe diskutiert und erneut überarbeitet werden, bevor sie schließlich dem Führer, Ali Khamenei, als Vorschlag vorgelegt werden. Ali Khamenei entscheidet dann endgültig über die politischen Ziele und über den politischen Kurs.

Rezai erklärt weiter, dass die Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen meist in Aktion trete, nachdem die Regierung ihre Vorschläge dem islamischen „Parlament“ vorgelegt habe. Falls ein Beschluss den „Grundsätzen“ der politischen Linien des Systems nicht entspreche, würde der Wächterrat darüber entscheiden. Notfalls müsse das „Parlament“ neue Entwürfe machen, falls der Wächterrat Einwände äußere.

Manche seien der Meinung, sagt Rezai, dass die Regierung die Stoßrichtung der Politik bestimmen müsse. Es sei auch nichts dagegen einzuwenden. Wenn eine



Regierung aber kaum etwas unternehme, würde die Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen dem Führer Vorschläge unterbreiten.

Damit wird deutlich, dass der jeweilige Präsident, über die politischen Ziele des Iran nicht wirklich entscheidet. Ahmadinejad stand in den letzten Jahren mit seinen Meinungen nicht gänzlich alleine. Auch der nächste Präsident wird keine von den wichtigen totalitären Organen des Staates unabhängige Politik machen können. Mohssen Rezai jedenfalls hat sich noch nicht entschieden, ob er als Präsidentschaftskandidat die politische Bühne der Diktatur betritt.

Militarisierung der Präsidentschaftswahlen⁹

Der innerislamistische Kampf um die zehnten Präsidentschaftswahlen ist voll im Gange. Den freiwilligen paramilitärischen Bassiji-Einheiten und den Revolutionsgardisten wird seit Jahren vorgeworfen die ohnehin auf Islamisten beschränkten Wahlen zu manipulieren. Gemeinsam mit der radikalislamistischen Organisation der Ansare Hisbollah greifen diese Kräfte die Konkurrenten des gegenwärtigen Präsidenten Ahmadinejad an.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die Bassiji-Einheiten wurden im Jahre 1979 vom ersten „Revolutionsführer“ des Iran Ayatollah Khomeini gegründet. Bassij bedeutet Mobilisierung. Im achtjährigen Krieg gegen den Irak wurden Zehntausende Kinder und Jugendliche für Himmelfahrtskommandos mobilisiert und in den Krieg geschickt. Die Bassiji sind heute teilweise im militärischen Apparat der Revolutionsgardisten, auch Pasdaran genannt, organisiert.

Die Bassiji sind personell mit der Organisation der Ansare Hisbollah verbunden. Die Ansare Hisbollah sind wiederum dem Revolutionsführer Ali Khamenei verpflichtet und unterstehen seinem Befehl. Die Ansare Hisbollah treten meist in ziviler Bekleidung auf. Sie haben bei der Zerschlagung der iranischen Studentenbewegung und bei der Zwangsdurchsetzung der islamischen Kleiderordnung für iranische Frauen eine wichtige und besonders aggressive Rolle gespielt.

Inzwischen greifen die Bassiji, die Ansare Hisbollah und die Revolutionsgardisten gemeinsam die Konkurrenten des gegenwärtigen Präsidenten Ahmadinejad an.

⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061720/Militarisierung-der-Prasidentschaftswahlen.html> 15.05.09



Karroubi kritisierte die Revolutionsgardisten

Mehdi Karroubi kritisierte den General Jafari, Oberbefehlshaber der iranischen Revolutionsgardisten, der erklärt hatte, dass die nicht militärisch organisierten Bassiji sich durchaus an den Wahlen beteiligen dürfen, berichtete die im Iran erscheinende Zeitung Entekhab am 9. Mai.

Zwar gibt es im Iran keine freien Wahlen, denn alle säkularen und gar nationalreligiösen Organisationen und Parteien dürfen nicht an den Wahlen teilnehmen, aber Karroubi spricht hier einen innerislamistischen Konflikt an.

Karroubi beruft sich auf Ayatollah Khomeini, der den militärischen Einheiten untersagt hatte sich an den islamistischen Wahlen zu beteiligen. Entekhab berichtete, Karroubi habe gesagt, er selbst sei seit 48 Jahren ein Bassiji. Vor 48 Jahren sei der gegenwärtige General Jafari noch ein Kind gewesen, sagte Karroubi. Jafari war im Krieg gegen den Irak selbst ein Bassij und wurde schon 1981 Mitglied der Pasdaran.

Tatsächlich wurden die Bassiji als Organisation erst vor rund 30 Jahren von Ayatollah Khomeini gegründet, Karroubi will offenbar bekunden, dass er stets im Geiste der Bassiji zu den Islamisten der ersten Stunde gehört habe.

Inzwischen wurde Karroubi, der selbst einer der Begründer der Gruppe der „kämpfenden Geistlichkeit“ ist von den Ansare Hisbollah, die vom iranischen Revolutionsführer Khamenei geführt werden, direkt gewarnt. Karroubi solle sich von den Zielen der islamischen Revolution nicht entfernen, berichtete Aftabnews am 14. Mai.

Revolutionsgardisten stellen sich hinter die Bassiji-Einheiten.

Am 12. Mai veröffentlichten die Revolutionsgardisten des Iran auf ihrer Website Sepahnews eine offizielle Erklärung über die Einmischung der Bassiji in die Wahlen und stellten sich eindeutig hinter sie.

In der Erklärung warnen die Revolutionsgardisten vor der negativen Stimmungsmache gegen die freiwilligen Einheiten der Bassiji und gegen die Revolutionsgardisten. Die wichtige Rolle der militärischen Kräfte wird mit äußeren Gefahren begründet: Die zehnten Präsidentschaftswahlen der Islamischen Republik Iran würden in einer Zeit stattfinden, zu der die „amerikanischen Feldzüge in der Region scheitern und das zionistische Regime immer schwächer wird und das iranische Volk und die Herrschaft von neuen Gefahren bedroht werden.“

Die Revolutionsgardisten gehen davon aus, dass die Partizipation der Bevölkerung an den Wahlen die „Niederlage der westlichen Strategie“ herbeiführen werde. Die „revolutionären Pasdaran und die kämpferischen Bassiji“ würden stets unter Führung



des Oberbefehlshabers der Armee Ayatollah Khamenei den Zielen der Revolution dienen.

Wie der „große Führer der islamischen Revolution“ Ayatollah Khomeini es zu seinen Lebzeiten stets betont habe, zähle jeder, der dem „Land und der Revolution“ diene, zu den Bassiji.

Eine 20 Millionen Mann starke Bassiji-Armee

In der Erklärung wird hervorgehoben, dass jede Person, die sich als „Freiwillige“ den Revolutionsgardisten unterordnet, um das Ziel einer 20 Millionen Mann starken Armee zu erreichen, Bassiji genannt werden wird. Die Bildung einer solchen Armee wurde tatsächlich von Ayatollah Khomeini zu Beginn der Revolution formuliert.

Die Revolutionsgardisten teilen die Bassiji-Einheiten in drei Gruppen ein: Die „einfachen“ Bassiji, die Mitglied dieser Reservearmee seien und im Ernstfall aktiv werden. Die „aktiven“ Bassiji, die in gesellschaftlichen Gruppen aktiv seien, z.B. in Schüler- und Studentengruppen, in Bassiji-Ärzte-Gruppen, in Arbeitergruppen, unter Professoren, Künstlern, Sportlern, etc.. Zu der dritten Gruppe zählen die militärischen Einheiten, die als Sondereinheiten innerhalb der Revolutionsgardisten organisiert sind und „Ehren-Pasdaran“ genannt werden.

Mit Ausnahme der dritten Gruppe der militärisch organisierten „Ehren-Pasdaran“ würden die anderen Gruppen der Bassiji „nicht als militärisches Personal“ gelten. Nur die „Ehren-Pasdaran“ würden eine volle militärische Ausbildung bekommen. In der Erklärung wird eingeräumt, dass das rein militärische Personal, unter diesem auch die „Ehren-Pasdaran“, nicht Mitglied einer politischen Gruppierung werden dürfe.

In der Erklärung betonen die Revolutionsgardisten, dass sich die nicht direkt im Militärapparat der Pasdaran mobilisierten Bassiji-Einheiten durchaus aktiv bei der Unterstützung von politischen Gruppen, die nicht genannt werden, beteiligen dürfen.

Es wird betont, dass Ayatollah Khomeini, aber auch der gegenwärtige Führer Ayatollah Khamenei stets hervorgehoben hätten, dass der Iran eine „20 Millionen Mann starke Bassiji-Einheit“ brauche und sogar „Dutzende Millionen Mann starke Bassiji-Einheiten“ seien vonnöten, wenn die Zahl der Bevölkerung wachse. Und gerade bei Wahlen, wenn es um das Schicksal der islamischen Revolution gehe, würde die Bedeutung der Bassiji steigen.

Die Revolutionsgardisten rufen in der Erklärung zur „Einheit als ein Rätsel des Erfolgs des iranischen Volkes in den letzten 30 Jahren seit der Revolution und der Errichtung des islamischen Systems“ auf. Der zukünftige Präsident werde die „nationale Macht von innen stärken und die Feinde zur Verzweiflung bringen.“



Militarisierung der Wahlen ohne internationale Aufsicht und das Schachspiel mit einem Gorilla

Der Reformintellektuelle Alireza Alavitabar, der sich für den Kandidaten Moussavi stark macht, warnte vor einer Militarisierung der Wahlen und sagte: „Wir haben nichts gegen die Militärs oder gegen die Macht des Militärapparates, besonders dann nicht, wenn die gesamte Region militarisiert ist. Aber manchmal wollen sie die Politik und die Regierung dem Militär unterordnen. In den letzten vier Jahren hat sich diese Methode [der Militarisierung] entwickelt. Die Verwaltung der Gesellschaft hat heute Ähnlichkeiten mit der Verwaltung einer Kaserne, und zwar in einem noch stärkeren Ausmaß als zu Kriegszeiten.“ Weiterhin sagte er über die Erfolgchancen einer Reformpolitik im Iran: „Im Iran hat die Reformpolitik Ähnlichkeiten mit einem Schachspiel gegen einen Gorilla,“ berichtete Roozonline am 11. Mai.

Zwar fordern iranische Reformislamisten wie Karroubi und Moussavi ein „Komitee zum Schutz der Stimmen“, weil Wahlfälschung befürchtet wird. BBC berichtete aber schon am 27. April, dass der Wächterrat entschieden habe, solche Komitees würden nie „autorisiert“ werden.

Einige Autoren und Wissenschaftler im Iran fordern nun eine internationale Aufsicht der Wahlen. Eine solche Kontrolle der Wahlen werde aber kategorisch von der Regierung ausgeschlossen, berichtete Roozonline am 5. Mai.

Säkulare Kritik der iranischen Präsidentschaftswahl¹⁰

Zwei säkulare republikanische Autoren haben sich mit dem iranischen Wahlsystem beschäftigt. Sie kritisieren die anstehende Präsidentschaftswahl als eine Show des iranischen Regimes.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die Wahlen in der Islamischen „Republik“ Iran seien von Anbeginn der Gründung der Islamischen „Republik“ nicht demokratisch gewesen, schreiben Mashallah Salimi und Manuchehr Maqsdunia.

Stets habe das Regime die Partizipation und die Wahl der Andersdenkenden verhindert. Die säkularen Andersdenkenden wurden meist verhaftet und hingerichtet oder sie flohen ins Ausland.

¹⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061723/Saekulare-Kritik-der-iranischen-Prasidentschaftswahl.html> 05.06.09



Ein System von "Scheinwahlen"

Nur die Personen seien in den letzten 30 Jahren als Kandidaten für Wahlen aufgestellt worden, die als Verteidiger des Regimes gelten. Der Klerus und an deren Spitze Ayatollah Khomeini haben keine Notwendigkeit für Wahlen gesehen, denn das neue politische System erhalte seine Legitimität angeblich von Gott. Gemäß Artikel 4 der Verfassung des Iran müssen alle zivilgesellschaftlichen Regelungen und Gesetze auf islamischen Prinzipien beruhen.

In der Phase der Revolution von 1979 sei es die Gesellschaft gewesen, die dem Klerus die Wahlen überhaupt aufgezwungen habe, weil die Gesellschaft schon 1979 in ihren demokratischen Ansprüchen weiter gewesen sei als der an die Macht gekommene neue Staatsklerus. Das Regime habe daher ein System von „Schein-Wahlen“ eingeführt.

Der Präsident werde von nicht gewählten Organen gelenkt

Der Präsident spiele in der islamischen „Republik“ lediglich die Rolle eines Verwalters. Alle staatlichen Entscheidungen würden von Organen getroffen werden, die nicht von der Bevölkerung gewählt werden können. Vielmehr würden die wichtigsten Entscheidungen in erster Instanz vom „Führer“ selbst getroffen werden. Diese nicht wählbare übergeordnete Macht habe ein Vetorecht und könne daher jede Gesetzesvorlage, die eine Änderung auf unterschiedlichen Gebieten anstrebe, verhindern.

Wer darf Präsident werden?

In Artikel 115 der iranischen Verfassung ist die Sprache nur von Männern, die kandidieren dürfen, deren Qualitäten, unter anderem als muslimisch und loyal beschrieben werden.

Angehörige nicht islamischer anerkannter Religionen wie Zoroastrier, Christen oder Juden dürfen nicht kandidieren. Auch nicht-schiitische Muslime, die Sunniten beispielsweise, dürfen nicht kandidieren. Selbstverständlich dürfen auch säkulare Muslime, die eine Trennung von Staat und Religion verfechten nicht an solchen Wahlen teilnehmen, betonen Salimi und Maqsudnia.

Ein Gros der Iraner besitze beispielsweise kein Recht auf eine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen. Die Wahlen in der Islamischen „Republik“ seien nur eine „Show“.

Eine Islamistin wurde als Kandidatin abgelehnt

Rafat Bayat ist eine treue Anhängerin und Verteidigerin der Islamischen „Republik“ Iran. Sie kandidierte für die Präsidentschaftswahl und wurde vom Wächterrat abgelehnt.



Die Menschenrechtlerin und Juristin Mehrangiz Kar schreibt, dass Frau Rafat Bayat ihren Schleier immer ordentlich getragen habe und Mitglied des Majless, des islamistischen „Parlaments“ gewesen sei. Kar erinnert daran, dass der Sprecher des Wächterrates noch im März dieses Jahres in einem Interview gesagt habe, dass der Wächterrat bisher niemanden wegen des Geschlechts als Präsidentschaftskandidaten abgelehnt habe. Auch wenn in Artikel 115 nur von männlichen Kandidaten die Rede ist.

Nun fragt Kar, ob Frau Rafat Bayat eine konterrevolutionäre Vergangenheit habe? Sicher nicht. Sie fragt, hat sie prowestliche Propaganda betrieben? Sicherlich nicht. Sie werde auch nicht mit der sogenannten „samtenen Revolution“ in Verbindung gebracht. Ihr könne auch nicht vorgeworfen werden an der zivilgesellschaftlichen Kampagne „1 Million Signatures Demanding Changes to Discriminatory Laws“ teilgenommen zu haben. Ihr sei zudem noch nie Korruption oder Kontakt mit Mitgliedern des Schahregimes vorgeworfen worden. Dennoch sei sie abgelehnt worden.

Das einzige "Verbrechen": als Frau geboren zu sein

Kar schreibt, dass das einzige Verbrechen, das Rafat Bayat begangen habe, die Tatsache sei, dass sie als eine Frau geboren worden sei. Es sei gleich, ob sie als Frau eine prinzipialistische Islamistin, eine Reformerin, eine säkulare Frau, eine Gegnerin oder eine Befürworterin des Regimes sei.

Die Juristin Kar endet mit dem Satz, dass es daher erstaunlich sei, dass die iranischen Frauen, trotz der gemeinsamen Probleme, nicht gemeinsam aktiv würden, um zeitgemäße Verhältnisse zu schaffen.

Potemkinsche Dörfer

In einem Wahlstreitgespräch kritisierte Ahmadinejad seine innerislamistischen Gegner. Der Präsidentschaftskandidat Moussavi habe sich mit den beiden Ex-Präsidenten Rafsanjani und Khatami zusammengetan, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen, mutmaßt Ahmadinejad. Hashemi Rafsanjani habe beispielsweise einem arabischen König versprochen, dass Ahmadinejad bald gestürzt werde. Unter Rafsanjanis Regierung hätten mächtige und reiche Personen sogar ihre Zeugnisse gefälscht, sagte Ahmadinejad.

Zudem verfolgten die anderen Präsidentschaftskandidaten, Karroubi, Moussavi und Rezai ein gemeinsames Ziel – und zwar den Sturz seiner Regierung, fürchtet Ahmadinejad. Außerdem habe Moussawi selbst in den letzten Jahren die Parole verfochten, dass „Israel vernichtet werden müsse“, trotzdem deswegen kritisiere er nun aus taktischen Gründen Ahmadinejad.

Zuvor hatte Moussavi Ahmadinejads Außenpolitik angegriffen. Diese „schaffe Illusionen über den Zustand dieser Welt.“



Die magische Wahlurne

Trotz solcher Wortgefechte kann von demokratischen Wahlen im Iran mitnichten die Rede sein. Eher stellt auch die nächste Präsidentschaftswahl die islamistische Variante der Regimebestätigung zur Stabilisierung der Diktatur. Die Präsidentschaftswahl bezweckt, dass einem vom Wächterrat ernannten Kandidaten Beifall gespendet wird. Die iranischen Wahlen sind nicht mehr als potemkinsche Dörfer.

Der iranische Satiriker Ibrahim Nabavi, dessen Kolumnen regelmäßig in Roozonline erscheinen, weist auf die besonderen Eigenschaften der Wahlurne bei den iranischen Wahlen hin. Die iranische Wahlurne habe die Eigenschaft die Qualität der Wahl zu ändern: Der Wähler werfe zwar seinen Wahlzettel in die Wahlurne. Diejenigen aber, die die Stimmen auszählen, würden alles, was sie sich wünschen aus der Wahlurne herausholen können.

Wer wird iranischer Revolutionsführer? ¹¹

Im Iran geht es nicht um die Frage, wer Präsident wird, sondern hinter dem aktuellen Konflikt steht die Frage, wer der künftige Revolutionsführer wird, meint Abol-Hassan Banisadr, der seit 1981 im Exil lebt.

von Wahied Wahdat-Hagh

Abol-Hassan Banisadr wurde im Januar 1980 Präsident des Iran, floh aber schon im Juli 1981 aus seinem Land, wegen Differenzen zum Revolutionsführer Ayatollah Khomeini.

In einem Artikel, den Peykeiran veröffentlichte, schreibt Banisadr, dass der Konflikt um die Frage, wer in Zukunft Führer des Iran werde, von dem „weißen Putsch“ – so wird die letzte „Wahl“ am 12. Juni 2009 Ahamdinejads bezeichnet - bewusst kaschiert werde.

Er fügt hinzu, dass die blutige Zerschlagung der Studentenproteste noch nicht einmal erlauben würde vom „weißen Putsch“ zu sprechen.

Wer steckt hinter dem Putsch?

Banisadr geht auf das Jahr 1981 zurück und behauptet, damals habe ein „erster Putsch“ stattgefunden, gegen ihn. Damals haben Hashemi Rafsanjani gemeinsam mit Ali Khamenei und mit der Zustimmung des Ayatollah Khomeini den damaligen

¹¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061726/Wer-wird-iranischer-Revolutionsoefuehrer.html>
19.06.09



Präsidenten, ihn selbst, in die Flucht geschlagen. Nun begründet Banisadr, warum und wie Rafsanjani als zukünftiger Revolutionsführer verhindert werden solle.

An dem Wahlbetrug oder nach Banisadrs Analyse dem „Putsch“, seien diverse Kräfte beteiligt gewesen. Zuallererst Ali Khamenei selbst. Zudem seien die „Mafiabanden“ beteiligt gewesen, die dem Revolutionsführer nahe stünden, wie die Gruppen der „Fedajin des Führers“ (Opfer des Führers), der Prinzipialisten und andere Hardliner. Selbstverständlich gehörten auch die Bassiji und ein Gros der Revolutionsgardisten zu diesen „Putschisten“. Ferner sollten finanziell starke Stiftungen, wie die „Stiftung der Armen“ (Bonyade Mostasafan) dazu gezählt werden, meint Banisadr. Ebenso müssen die staatlichen Medien und etwa 60 Mitglieder des islamistischen „Parlaments“ (Majless) genannt werden. Auch Teile der Justiz und der Freitagsprediger zählt Banisadr zu diesen Putschisten, und natürlich hohe Funktionäre in wichtigen Ministerien wie dem Verteidigungs- und Innenministerium.

Khamenei instrumentalisiert Ahmadinejad, sagt Banisadr

Banisadr setzt seine Analyse mit zwei Annahmen fort: Falls Khamenei tatsächlich gesund sei, was manche in Frage stellen, würde jeder zukünftige Präsident außer Ahmadinejad seine Macht in Frage stellen. Wer könnte aber nach Khamenei der neue „Führer“, Rahbar, des Iran werden. Im Gespräch sei beispielsweise Mojtaba Khamenei, der Sohn des Revolutionsführers. Banisadr argumentiert, dass die „militärische und die Finanzmafia“ all ihre Kräfte einsetzen müssten, um potentielle Rivalen von Khamenei zu beseitigen. Dafür sei ein „großer chirurgischer Eingriff“ vonnöten. Um dieses Ziel zu erreichen, werde Ahmadinejad instrumentalisiert, denn nur er könne dafür sorgen, dass Mojtaba Khamenei auch der zukünftige Führer des Iran werde. Mojtaba Khamenei wünsche daher, dass Ahmadinejad Präsident bleibe. Damit Khamenei seine Ziele erreiche, müsse Hashemi Rafsanjani entmachtet werden. Rafsanjani ist gegenwärtig Vorsitzender des Expertenrates und des Schlichtungsrates.

Geplantes Kalkül?

Banisadr meint, es sei von vornherein ein geplantes Kalkül gewesen, alle vier Präsidentschaftskandidaten ins Rennen zu bringen, um die Bevölkerung zu überlisten. Es habe zum Plan gehört, vor der Wahl die Möglichkeit vorzutäuschen, dass die zwei Reformkandidaten gewählt werden können. Rund zwei Wochen vor den Wahlen konnten die Rivalen von Ahmadinejad ihn sogar kritisieren.

Banisadr hebt aber hervor, dass Stimmen davor gewarnt haben an den Wahlen überhaupt zu partizipieren. Wenn dann die Wahlbeteiligung niedrig gewesen wäre, hätte die Legitimität des Regimes abgenommen und die Bevölkerung hätte auf den Straßen ein Nein zum Welayate Faqih, ein Nein zur absoluten Herrschaft des Klerus ausrufen können.



Legitimität durch Partizipation

Banisadr schreibt, dass Khamenei folgende Ziele verfolgt habe: Eine hohe Partizipation der Bevölkerung, um dem politischen System eine Legitimität zu verleihen; die Säuberung aller oppositionellen Gruppen nach der Wahl; Beseitigung aller gefährlichen Rivalen für das zukünftige Amt des Führers; Absetzung von Rafsanjani von seinen Ämtern; Ausschaltung von Klerikern, Militärs, Politikern, die nicht hundertprozentig hinter Khamenei stünden und die Unterdrückung der protestierenden Bevölkerung nach der Wahl.

Banisadr weiß, dass sogenannte „mobile Wahlurnen“ dazu gedient haben, mehr als 6 Millionen gefälschte Wahlzettel für Ahmadinejad aufzunehmen. Eine massive Beeinflussung der Wahlen zugunsten von Ahmadinejad sei nur möglich gewesen, da mindestens 15.000 Wahlurnen von Revolutionsgardisten kontrolliert wurden.

Eine neue Phase der absoluten Herrschaft des Klerus

Gemeinsam mit Ahmadinejad könne Khamenei nun eine neue Phase von Säuberungen vornehmen, meint Banisadr. Als er selbst Anfang der 80er Jahre als gewählter Präsident ausgeschaltet worden sei, sei Rafsanjani ein naher Mitarbeiter Khameneis gewesen. Heute solle Rafsanjani, wohl auch Hassan Rohani und Nateq Nuri von der Machtzentrale ausgeschlossen werden.

Der Klerus ist gespalten

Banisadr benennt rund 20 Ayatollahs, die eingestanden haben Ahmadinejad nicht gewählt zu haben und genau deswegen wolle Khamenei ein Gros der alteingesessenen Kleriker ausschalten. Stattdessen wolle er junge Kleriker, die gegenwärtig meist mit den Revolutionsgardisten zusammenarbeiten in die Machtzentralen befördern. Eine junge Generation von Klerikern, die eng mit den Revolutionsgardisten kooperieren und natürlich auch Ahmadinejad und Khamenei folgen, sollen den Platz der alten Garde von Klerikern einnehmen und die Macht des Regimes absichern.

Anhänger von Rafsanjani beispielsweise sollen tatsächlich die Kritik geäußert haben, dass Khamenei in den letzten Jahren auch in den Reihen der Revolutionsgardisten Säuberungen durchgeführt habe und altbewährte islamistische Generäle gegen neue Offiziere ausgetauscht habe, ähnlich wolle er nun die politische Bühne der iranischen Machthaber säubern.

Ahadinejad erhalte gleichzeitig Unterstützung von Klerikern wie Ayatollah Mesbahe Yazdi oder Jannati oder Mohammad Yazdi. Khamenei habe gegenwärtig die Möglichkeit den religiösen Konsens, der darin bestanden habe, dass der Klerus mit dem Islam identifiziert wurde, aufzuheben, manche Kleriker von der staatlichen Macht auszuschließen und manche neu zu integrieren. Damit würde er seine Macht und die Macht Ahamdinejads absichern. Khamenei könne aber auch, was



unwahrscheinlich sei, sich von Ahmadinejad distanzieren, denn wenn Moussavi die Wahl gewinne, würde auch Rafsanjani als einer der Unterstützer Mussawis faktisch als Sieger da stehen. In diesem unerwünschten Fall würde der Revolutionsführer Khamenei sich mit einer zu großen islamistischen Konkurrenz konfrontiert sehen.

Tatsächlich war es Rafsanjani gewesen, der Anfang Juni, nach einer Fernsehdebatte zwischen Moussavi und Ahmadinejad in einem öffentlichen Brief an Khamenei deutlich machte, dass er die „Fortsetzung der gegenwärtigen Lage für gefährlich“ halte. Rafsanjani griff damit eindeutig Ahmadinejad an. Khamenei hat aber nach der Wahl befohlen, dass „alle die Wahl des Präsidenten Ahmadinejad unterstützen müssen und ihm helfen müssen.“

In den letzten Tagen wurden Dutzende mit Ahmadinejad rivalisierende und ihn kritisierende reformislamistische Politiker verhaftet.

Shirin Ebadi fordert die Annullierung der Wahlen Shirin Ebadi forderte am 18. Juni 2009 die Annullierung der Präsidentschaftswahlen und Neuwahlen unter Aufsicht der UNO, berichtete BBC-Persian. Indessen haben Ayatollah Yussef Sanei und Ayatollah Mussawi Ardebili ihr „Mitgefühl“ mit den Angehörigen der ermordeten Studenten geäußert. Das iranische Innenministerium hat dagegen erklärt, dass Neuwahlen zur Wahl des zehnten iranischen Präsidenten kaum möglich seien.

Verfall der Geistlichkeit im Iran ¹²

Die Widersprüche im islamischen Establishment im Iran werden immer größer. Eine iranische Professorin, die in Teheran lebt, spricht vom „Tod der Geistlichkeit als Institution“. Ahmadinejad meint dagegen, dass seine Wahl ein „Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte“ sei. Indessen geht die staatliche Zerschlagung der protestierenden Bevölkerung weiter.

von Wahied Wahdat-Hagh

Der persischsprachige Dienst der Deutschen Welle hat ein Interview mit Frau Fateme Sadeghi geführt. Sie ist Professorin für Politikwissenschaft und die Tochter von Ayatollah Sadegh Khalkhali, der zu Beginn der Revolution den Befehl zum Vollzug von Tausenden von Hinrichtungen gab. Der aus dem iranischen Azarbaijan stammende Kleriker verstarb am 26. November 2006.

Fateme Sadeghi kündigt nun den „Tod der Geistlichkeit als Institution“ an. „Ich meine nicht den Tod einzelner Kleriker“, hebt sie hervor. Die Tatsache, dass ein Kleriker in höchster Instanz alle Entscheidungen treffe, trage zum „Entzug der Legitimität der

¹² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061727/Verfall-der-Geistlichkeit-im-Iran.html>
26.06.09



Geistlichkeit“ bei. Die Gesellschaft betrachte „schon seit langer Zeit die Geistlichkeit mit Pessimismus.“ Nun sei dieser Pessimismus stärker geworden. Sadeghi fügt hinzu: „Wie auch immer das zukünftige System des Iran aussehen wird, die Geistlichkeit wird eine geringere Rolle darin spielen.“

Der "politische Tod der Geistlichkeit"

Sie meint, dass die gegenwärtige Krise den „politischen Tod der Geistlichkeit besiegelt“ habe. Ein Teil des Klerus habe in der Khatamibewegung eine große Rolle gespielt, aber je stärker die Geistlichkeit vom Zentrum der Macht absorbiert worden sei, desto mehr habe sie ihre Unabhängigkeit und ihren Einfluss auf die Bevölkerung verloren. Fateme Sadeghi ist sich sicher, dass die Rolle der Geistlichkeit in der politischen Zukunft des Iran stark abnehme.

Fateme Sadeghi verneint zudem, dass ein Klassenkonflikt die gegenwärtigen Proteste beeinflusse. Ihrer Meinung nach würden manche Beobachter davon ausgehen, dass gegenwärtig eher die Oberschichten demokratische Forderungen nach mehr Freiheit aufstellten und die unteren Schichten eher Ahmadinejad gewählt hätten. Aber diese These treffe nicht zu. Sie begründet ihre Position damit, dass auch ärmere Schichten und Stadtrandbewohner von der Innenpolitik von Ahmadinejad, die sich „soziale Sicherheit“ nennt, negativ betroffen seien. Daher gäbe es keine Begründung dafür zu behaupten, dass die Stadtrandbewohner und die Menschen auf dem Land hauptsächlich Ahmadinejad gewählt hätten.

Totalitäre Tendenzen

Die Proteste der Bevölkerung würden sich gegen „totalitäre Tendenzen“ richten. Seit 30 Jahren würde sich die Diskussion um die „individuelle Freiheit“ aller Klassen der Gesellschaft drehen. Die totalitären Tendenzen würden die unteren Klassen sogar mehr interessieren und betreffen als die oberen. Denn im Falle von Verhaftungen beispielsweise könnten Mitglieder des Mittelstandes „Schmiergelder“ zahlen, um ihre Freiheit wieder zu erlangen, aber den unteren Klassen würde das Geld dafür fehlen. Sie bestreitet aber nicht, dass materielle Interessen manche iranische Wähler beeinflusst haben Ahmadinejad zu wählen.

Fateme Sadeghi weiß nicht, warum überhaupt noch auf den Namen „Islamische Republik Iran“ gepocht werde. Viele Beobachter würden von einer „neuen Phase“ sprechen, die viel mehr die Bezeichnung „Hokumate Eslami“, übersetzt „islamische Herrschaft“ oder „islamischer Staat“ verdient hätte als „Islamische Republik“. Sie würde sogar bei einer solchen Bezeichnung nur vorsichtig den Begriff islamisch verwenden, denn es sei auch nicht klar, inwiefern die gegenwärtigen Ereignisse etwas mit dem Islam zu tun hätten. Viele der Ereignisse würden auch der gegenwärtigen Verfassung widersprechen. Sie sei der Meinung, dass gegenwärtig ein „System errichtet wird, das besser nicht mit dem Adjektiv islamisch versehen werden sollte.“



Verfall der Geistlichkeit

Auf die Frage, warum Mussawi sich an den herrschenden Instanzen orientiere, antwortete sie: „Unter den existierenden Verhältnissen suchen viele nach friedlichen Wegen. Die Bevölkerung unterstützt nicht die legalen Institutionen wie den Wächterrat und die Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen und unterstützt nicht das Majless (Islamisches Parlament). Denn es sieht so aus, als ob sie schon im voraus beschlossen haben die allgemeinen Forderungen der Bevölkerung zu ignorieren.“ Sie hebt hervor, dass sie von einem „Verfall der Geistlichkeit“ ausgehe.

Wie Mehrnews am 24. Juni berichtete, ist Ahmadinejad der Überzeugung, dass seine Wahl ein „historischer Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte und der Geschichte der Revolution“ sei.

Infolge der Krise bleibt nicht mehr viel Zeit

Solche Aussagen des Präsidenten und die oben ausgeführten Aussagen von Fateme Sadeghi tragen auch zum Verständnis eines Videos einer Geheimsitzung bei. Ahmadinejad hat gemeinsam mit einigen hochrangigen Klerikern in Ghom am Sonntag, den 21. Juni 2009 getagt.

Ob dieses Video absichtlich ins Internet gesetzt wurde, um die Macht der totalitären Diktatur zu demonstrieren oder ob dieses Video jemandem im Exil zugespielt worden ist, der es ins Youtube setzte, kann gegenwärtig nicht überprüft werden. Tatsache ist, dass das Video authentisch ist und Ahmadinejad auf dieser Sitzung zugibt, dass infolge der Krise im Land nicht mehr viel Zeit verbliebe und schnell gehandelt werden müsse. Der Präsident des Iran geht aber in seiner Rede davon aus, dass die Zeit reif sei, um die Ziele der Islamischen Revolution umzusetzen. Ahmadinejad betonte in seinem Vortrag, dass die Islamische Revolution nicht auf eine Region oder auf eine bestimmte Zeit begrenzt sei. Er weiß aber auch, dass eine schwierige Zeit vergangen sei, aber eine „noch schwierigere Zeit bevorstehe.“

Das islamische Modell

Er sprach nicht direkt die Demonstrationen gegen ihn an, sprach aber von einer „großen Energie, die richtig gelenkt“ werden müsse. Eigentlich sei die Zeit reif, um die Ziele der islamischen Revolution nach 30 Jahren umzusetzen. Tatsächlich sprach Ahmadinejad nicht von einer „Islamischen Republik“, sondern benutzte nur noch den Begriff „Hokumate Islami“, „die islamische Herrschaft“ oder der „islamische Staat“. So hieß in der Tat auch das Hauptwerk von Ayatollah Khomeini, der ein Kalifat und nicht eine Republik verfocht.

Ahadinejad rief auf dieser Sitzung dazu auf, dass „alle intellektuellen Potentiale“ eingesetzt werden müssten, um endlich das „islamische Modell zu realisieren.“ Auch auf den Universitäten müsse das „islamische Konzept“ umgesetzt werden.



Ahmadinejad meint auch zu wissen, dass die Jugend des Iran teilweise verführt sei. Nicht nur die iranische Bevölkerung, sondern die ganze Welt dürste in Wirklichkeit nach der „wahren Kultur“, die für ihn die khomeinistische Interpretation des Islam ist.

Proteste und Repressionen

Der islamische Revolutionsführer, Ali Khamenei, der stets im Namen des Volkes spricht und Ahmadinejad deckt, meinte, dass das „islamische System und die Bevölkerung sich um keinen Preis der Gewalt fügen werden.“

Auf der anderen Seite meint Mehdi Karrubi, dass die Regierung von Ahmadinejad, die aus den vergangenen Wahlen hervorgegangen sei, „keine Legitimität habe“, er akzeptiere nicht die Ergebnisse, die das Innenministerium bekannt gegeben habe. Indessen rief Moussawi noch am 25. Juni seine Anhänger dazu auf ihre Proteste im Rahmen der Gesetzgebung und friedlich fortzusetzen. Die islamische Diktatur aber hat eine Jagd gegen die Demonstranten, die für Demokratie und gegen Diktatur eingetreten sind, begonnen. Gerdab veröffentlichte Photos von Demonstranten, die von der Bevölkerung identifiziert werden sollen, damit „diese Feinde“ verhaftet werden können.

Gemeint sind die Demonstranten, die nicht nur „Tod dem Diktator“ riefen, sondern unter anderem auf ihren Plakaten schrieben: „Wir wollen nicht nur unsere Stimmen wieder haben, sondern unseren Iran.“ Die jungen Demonstranten meinen ihren Iran jenseits der islamistischen Diktatur.

Der iranische Geheimdienstminister Gholam-Hossein Mohseni-Ejei ist der absurden Meinung, dass die demonstrierenden iranischen Bürger, die für ihre Freiheiten und gegen den offensichtlichen Wahlbetrug eingetreten sind von dem CIA und der Exilorganisation der Volksmohajedin geführt worden seien, meldete BBC.

Revolutionsgardisten warnen vor Mussawi¹³

Der innerislamistische Streit spitzt sich zu. Revolutionsgardisten warnen vor einer samtenen Revolution, die von Mussawi angezettelt werden könnte. Indessen verteidigt Mehdi Karoubi verbal Bürgerrechte für Bahai und für Atheisten. Gleichzeitig wächst die Kritik von Iranerinnen an den Wahlen der khomeinistischen Diktatur.

von Wahied Wahdat-Hagh

Yadollah Javani ist der Direktor der politischen Abteilung der islamischen Revolutionsgardisten des Iran. Er drohte in einem Interview mit Sobhe Sadeq, dass „jede Bewegung einer samtenen Revolution im Keime erstickt wird“. Zwar wird berichtet, dass Mir Hussein Mussawi in Teheran und in einigen anderen Städten

¹³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061725/Revolutionsgardisten-warnen-vor-Mussawi.html> 12.06.09



bessere Chancen für einen Sieg hat als Ahmadinejad, aber die Revolutionsgardisten erklärten den Sieg von Ahmadinejad schon vor der Durchführung der Wahlen.

Für Jadollah Javani ist die Tatsache, dass Mussawi mit der Farbe grün ins Feld ziehe der Beweis dafür, dass mittels einer samtene Revolution das politische System gestürzt werden soll. Er sprach direkt einige Sympathisanten von Moussawi an, die für ähnliche Szenarien sorgen wollten wie die Aufständischen in Georgien. Javani warnte vor einem solchen Szenario.

Reformislamisten widersprechen sich, wenn es um die Verteidigung der Bahai geht

Attaollah Mohajerani, Ex-Minister für Kultur und islamische Führung ist gegenwärtig ein Berater des Präsidentschaftskandidaten Mehdi Karoubi und warb kürzlich in Berlin um Teilnahme der Exiliraner an den Wahlen. Zu kritischen Fragen konnte auch Mohajerani eine Gewissens- und Meinungsfreiheit der Iraner in der Zukunft nicht garantieren. Wie Radio Zamaneh berichtete, antwortete Mohajerani in Bezug auf die Freiheit der Angehörigen der Bahai-Religion anlässlich eines Aufenthalts in Berlin: „Ich glaube, dass die Bahai keine religiöse Minderheit sind.“

Der potentielle Minister einer zukünftigen Regierung, die von Karoubi geführt werden würde, sagte, dass es nicht möglich sei, dass die iranische Verfassung zugunsten einer Anerkennung der Bahai verändert werde. Interessant ist, dass Mohajerani am 6. Juni 2009 mit Farrokh Negahdar, einem führenden Kader der leninistischen Organisation der Volksfedajin in Berlin auftrat. Heute ist Negahdar nicht nur Mitglied der Volksfedajin, sondern führender Politiker der iranischen „Republikaner“, die ein Sammelbecken früherer Mitglieder kommunistischer Organisationen darstellt.

Negahdar geht davon aus, dass mit Hilfe von Kandidaten wie Mussawi Ahmadinejad zurückgedrängt werden könne.

Der iranische Präsidentschaftskandidat Karoubi aber verteidigte in Teheran nun die Bürgerrechte der Bahai und sagte: „Die Bahai haben, ähnlich wie andere Bürger auch Bürgerrechte.“ Karoubi fuhr fort: „Sogar wenn jemand nicht an Gott glaubt, muss er Bürgerrechte bekommen.“ Bei Protesten würde die Stimme eines Einzelnen nicht ausreichen. Er würde sogar die Rechte seiner ideologischen Gegner verteidigen.

Kritische Stimmen, wie von Hamid Nowzari vom Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin sagen aber, dass Ayatollah Khomeini vor seiner Machtübernahme auch viele Versprechen gemacht habe, auch Rafsanjani und Khatami hätten vieles versprochen, was sie nicht eingehalten haben. Auch Ahmadinejad habe sogar vor seiner Wahl eine Verbesserung der Lage der Frauen versprochen, aber unter seiner Regierung seien Tausende Frauen wegen des Verstoßes gegen die



Kleidervorschriften verhaftet worden. Hamid Nowzari sagt über die zehnte Präsidentschaftswahl: „Diese undemokratische Wahl hat keine Legitimation.“

Wenn das antidemokratische Regime legitimiert wird

Niloofar Beyzaie ist eine namhafte iranische Theaterregisseurin und Germanistin und lebt in Deutschland. Sie schreibt, dass manche Gegner der nicht freien „Wahlen“ im Iran mit einem „ja aber“ doch die Notwendigkeit der Partizipation an den Wahlen betonen würden, gemeint sind ein mit dem Regime sympathisierender Teil der oppositionellen Republikaner. Sie würden die gegenwärtige historische Phase als „sensibel“ einstufen und argumentieren, Ahmadinejad müsse zurückgedrängt werden, damit der Iran gerettet werde, schreibt Beyzaie. Dabei würde ein Teil der iranischen Opposition dafür plädieren, Mir Hussein Mussawi oder Mehdi Karoubi zu wählen.

Beyzaie erwidert, dass die iranische Außenpolitik vom Führer und nicht vom Präsidenten formuliert werde. Sie stellt zudem fest, dass der Iran sich in den letzten 30 Jahren permanent in einer „sensiblen Lage“ befunden habe. Manche würden behaupten, Mussawi oder Karoubi als Präsident würden das Gleichgewicht in der Zivilgesellschaft zugunsten der Menschen- und Frauenrechte verändern. Beyzaie hat Gründe dies zu bezweifeln.

Was hat Mussawi mit der Erklärung der Menschenrechte zu tun?

Sie fragt zu Recht, was der Kandidat Mussawi, der in den dunkelsten Zeiten der Unterdrückung in der Islamischen „Republik“ aktiv Staatsämter bekleidete, mit der Erklärung der Menschenrechte zu tun habe.

Beyzaie schreibt, dass diejenigen, die an den iranischen Wahlen partizipieren, nicht nur für den „kulturellen Untergang des Iran“, sondern auch für die Verletzung der Zivilrechte der Bevölkerung verantwortlich seien. Diejenigen politischen Organisationen, meist sind es linke Organisationen, die zwar für die Trennung von Staat und Religion eintreten würden, aber gleichzeitig dazu aufrufen an den iranischen Präsidentschaftswahlen teilzunehmen, würden wie die vier aufgestellten Präsidentschaftskandidaten mitverantwortlich sein für alle Verbrechen, die seit der Islamischen Revolution begangen worden seien. Daher würden auch Hunderte Erklärungen und Flugblätter zur Verteidigung der Bürgerrechte im Iran wertlos bleiben, solange solche politischen Organisationen, die selbst im Iran verboten seien, zu den Verbrechen des Regimes schweigen und dieses gar durch die Partizipation an den Wahlen unterstützen.

Manche Exilorganisationen würden behaupten, dass es positiv sei, wenn Karoubi oder Mussawi auch nur über Menschenrechte sprächen.

Beyzaie erwidert, dass es selbstverständlich positiv sei, wenn das gesellschaftliche Klima durch andere Politiker offener werde, aber es helfe nichts, wenn es nur darum



ginge, dass eine politische Bande nur Freiräume für sich selbst erkämpfe und die Freiheit der Gesellschaft gleichzeitig ignoriere. Sie argumentiert, dass jede Stimme für die sogenannten „Reformer“ eine Verteidigung des „ideologisch-religiösen Regimes“ bedeuten würden.

Beyzaie stellt immer wieder fest, dass Reformen eine gute Idee seien, aber Reformen müssten zur Abschaffung des „totalitären Regimes“ führen, zur Abschaffung des Wächterrates, zur Trennung von Staat und Religion. Reformen müssten zur Freiheit für alle Parteien, zur Meinungsfreiheit, zur Trennung von Scharia vom staatlichen Gesetz und zur Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Institutionen führen.

Beyzaie konstatiert, dass das herrschende iranische Regime ein „antidemokratisches Regime“ sei. Die Unterstützung eines jeden Teils dieses antidemokratischen Regimes würde das gesamte System der Diktatur nur legitimieren.

Die Freiheit verteidigen

Shala Shafiq, Soziologin und Frauenrechtlerin, schreibt, dass sie sehr genau den Unterschied zwischen schlimm und noch schlimmer kennt, aber das Schlimme mitnichten vertuschen will. Es gehe aber darum die Freiheit zu verteidigen, besonders dann, wenn alle islamistischen Gruppierungen, ob Hardliner oder Reformen gescheitert seien. Die Freiheit sei zu verteidigen, wenn die politische Lage so absurde Szenen hervorgebracht habe, dass sogenannte „reformistische Prinzipialisten“, sprich: Mussawi, gemeinsam mit sogenannten „Reformern“ zusammenarbeiten. Dies würde den engen Spielraum für Reformen sichtbar machen. Sichtbar werde auch die katastrophale Lage der iranischen Wähler, die seit 30 Jahren zwischen schlimmen Kandidaten und noch schlimmeren Kandidaten wählen müssten.

Shahla Shafiq geht auch auf Zahra Rahnavardi, die Ehefrau des Präsidentschaftskandidaten Mussawi ein und betont, dass die „muslimische Frau“, die die Zwangsverschleierung aller Frauen propagiert und von Personen wie Frau Rahnavardi geradezu vertreten wird, nichts mit Gleichberechtigung von Mann und Frau und Emanzipation zu tun hat. Im Gegenteil würden solche Fälle das „antidemokratische Wesen“ des herrschenden Islamismus verdeutlichen.

Die Gesellschaft wird immer wieder enttäuscht

Shahla Abqari kritisiert, dass auch die zehnten Präsidentschaftswahlen wie alle anderen Wahlen in den letzten 30 Jahren lediglich dazu dienen würden, die Masse der Bevölkerung mit Hilfe der verschiedenen herrschenden Flügel des Regimes zu mobilisieren. Jede neue Wahl soll dazu dienen die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit, die mit dem Regime gemacht wurden, zu vergessen.



Abqari fragt nach der Motivation des Regimes überhaupt Wahlen durchzuführen und kommt zu dem Ergebnis, dass die Diktatur beweisen wolle, dass die Stimme des Volkes ernst genommen werde, auch wenn die Wahlen nur eine „Show“ seien. Die Organisatoren der iranischen Wahlen würden bestimmte Erscheinungsformen, die auch bei Wahlen in westlichen Demokratien vorkommen, kopieren. Parolen wie, „we change“ würden abgekupfert werden oder in den Wahlstäben würden die Organisatoren einheitliche Kleider tragen oder bestimmte Fahnen hissen. Der Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten Mir Hussein Mussawi werde sogar von Pop- und Rapmusik begleitet, um viele Jugendliche für die Teilnahme an den Wahlen zu motivieren. Moussawi propagiere den grünen Wandel, meine aber lediglich die grüne Fahne des Imam Ali.

Abqari zufolge wolle auch Mussawi die Jugend in die Vergangenheit von vor über 1300 Jahren zurückführen. Abqari warnt vor einer Wiederholung der Geschichte unter der Präsidentschaft von Mohammad Khatami. Auch damals sei die Gesellschaft enttäuscht worden. Es sei nur eine Illusion davon auszugehen, dass sich die iranische Gesellschaft mit Moussawi oder Karoubi sich öffne.

"Mussawi ist kein Reformier" ¹⁴

Interview

Es gab keine richtigen Wahlen und das politische System Irans ist nicht reformierbar:
Iran-Experte Wahdat-Hagh über den Ausgang der Präsidentschaftswahl
Von Steffen Richter

Es gab keine richtigen Wahlen und das politische System Irans ist nicht reformierbar:
Iran-Experte Wahdat-Hagh über den Ausgang der Präsidentschaftswahl
ZEIT ONLINE: Wie bewerten Sie den Ausgang der Präsidentschaftswahl in Iran?

Wahied Wahdat-Hagh: Das, was am Freitag in Iran stattgefunden hat, kann man nicht als Wahlen bezeichnen, denn die Kandidaten waren nicht die Kandidaten des Volkes. Sie sind allesamt Islamisten und wurden vom Wächterrat ausgewählt. Entsprechend haben auch keine freien Wahlen stattgefunden. Und es würde auch niemanden verwundern, wenn jetzt Manipulationen zugunsten des Amtsinhabers stattgefunden haben.

ZEIT ONLINE: Sind die Hoffnungen des Westens auf den Kandidaten Mussawi übertrieben gewesen?

Wahdat-Hagh: Hoffnungsträger Mussawi ist kein Reformier, sondern selbst ein Hardliner. Um das zu verstehen, reicht ein Blick zurück in die achtziger Jahre, als er Ministerpräsident Irans war. Sogar Ex-Präsident Chatami hatte einmal gesagt, dass er kein Reformier sei. Am Sonntag hat Mussawi Irans geistliches Oberhaupt Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei getroffen, der im Staat das letzte Wort führt. Chamenei hat ihm sinngemäß vermittelt, dass er und der Wächterrat die Probleme im Kontext der Wahl schon lösen würden, wenn Mussawi sich von den Demonstrierenden distanzieren.

¹⁴ <https://www.zeit.de/online/2009/25/iran-politik-system> 15.06.09



ZEIT ONLINE: Wer dominiert heute den Iran?

Wahdat-Hagh: Seit Ende der neunziger Jahre sind die Revolutionsgardisten zum wichtigen Machtfaktor geworden. Ihr wirtschaftlicher Einfluss ist groß, sie dominieren die Atomwirtschaft, die Infrastruktur, das Militär. Unter Amtsinhaber Ahmadineschad hat dieser Einfluss noch mal erheblich zugenommen, ehemalige Gardisten stellen zudem viele Minister in seinem Kabinett. Die Gegner dieser Gruppe sind Links-Islamisten und Vertreter des Mittelstandes wie die Ex-Präsidenten Chatami und Rafsandschani. Die Wahl war also ein inner-islamistischer Konflikt. Ganz oben steht natürlich Ajatollah Ali Chamenei.

ZEIT ONLINE: Die Landbevölkerung gilt als wichtige Wählerklientel von Amtsinhaber Ahmadineschad. Warum stützt sie ihn?

Wahdat-Hagh: In Iran wurde schon in den Zeiten des Schahs die Armee dazu abgestellt, die bäuerliche Infrastruktur mit aufzubauen. Ahmadineschad hat das jetzt stark befördert und sich so großen Rückhalt unter den Menschen auf dem Land verschafft.

ZEIT ONLINE: Nach vier Jahren unter Ahmadineschad wird jetzt wieder gegen das Regime demonstriert. Hat sich heute etwas verändert?

Wahdat-Hagh: Die Gesellschaft Irans ist inzwischen sehr stark polarisiert, auf der einen Seite stehen die Unzufriedenen, vornehmlich in den Städten, auf der anderen Seite die Herrschenden, also die Revolutionsgardisten, der Wächterrat, die Milizen und anderen Hardliner-Gruppen. Und im Rahmen dieser Auseinandersetzung zeigt das Regime jetzt wieder sein wahres Gesicht. Dabei ist die Auseinandersetzung auf der Straße sehr aggressiv geworden, auch auf Seiten der Protestierenden. Die großen Studentenproteste unter Präsident Chatami waren vergleichsweise friedlich verlaufen.

ZEIT ONLINE: Glauben Sie, dass das System Irans reformierbar ist?

Wahdat-Hagh: Die Demonstranten benutzen den Konflikt innerhalb des islamistischen Apparates, also vor allem zwischen Ahmadineschad und Mussawi, um gegen das System zu protestieren, "Tod der Diktatur" rufen sie. Nur: Die Diktatur abschaffen will keiner der Kandidaten! Iran ist ein totalitärer Staat und das Regime wird die Proteste ersticken. Seit den 30 Jahren totalitärer Diktatur haben die Herrscher Angst vor jeglichen Formen samtenener Revolution. Sobald Forderungen nach mehr Mitsprache auftreten, reagieren sie mit drakonischen Maßnahmen. Das heutige politische System Irans ist nicht reformierbar.



Karoubi warnt vor der Diktatur der iranischen Taliban ¹⁵

Ex-Präsident Mohammad Khatami spricht inzwischen von einem „samtenen Putsch“ der Regierung von Ahmadinejad. Karoubi und Mussawi erkennen die Schein-Wahlen nicht an. Kein Geringerer als Mohssen Kadivar sagt, dass die meisten Kleriker in der Vergangenheit und in der Gegenwart gegen Welayate Faqih, die absolute Herrschaft des Klerus im Iran waren und sind.

von Wahied Wahdat-Hagh

Am 1. Juli berichtete BBC-Persian Ex-Präsident Khatami habe gesagt, falls die „vergiftete Propaganda und die Sicherheitsmaßnahmen fortgeführt werden, müssen wir dann sagen, dass ein samtener Putsch gegen die Bevölkerung und gegen die Republik sich vollzogen habe.“ Khatami verurteilte dabei die wieder eingeführten offenbar unter Folter und Androhung weiterer Folter erzwungenen öffentlichen Geständnisse von Gefangenen im staatlichen Fernsehen. Sie müssen dort gestehen, im „Dienst der Feinde agiert zu haben.“

Khatami war zuvor von seinem Ex-Minister Mohajerani kritisiert worden, zu moralisch zu argumentieren. Tatsächlich hatte Khatami die Bevölkerung dazu aufgerufen nach Hause zu gehen und nicht mehr zu demonstrieren.

Mehdi Karoubi hat sich in einer Erklärung bei den Iranern entschuldigt, diese aufgefordert zu haben, an den Wahlen teilzunehmen, meldete Etemade Melli. Zwar durfte diese Zeitung am 1. Juli als Printausgabe nicht erscheinen, aber im Internet warnte Karoubi vor einer Diktatur der „Taliban-Regierung“. Iran, Islam und die Republik seien in Gefahr, so der Präsidentschaftskandidat Karoubi.

Die „Märtyrer“ von heute

Hojatulislam Mohssen Kadivar ist ein Schüler von Ayatollah Montazeri und gehört zu den religiösen Kritikern und Dissidenten der „Islamischen Republik Iran“.

Kadivar fragt in einem Artikel, der am 30. Juni in Gooya erschienen ist, ob die iranische Regierung sich nicht so verhalte wie die Herrschaft der Muawiyah, der Kalifen der Umayyaden-Dynastie im 7. Jahrhundert in Damaskus? Yazid der zweite Kalif der Umayyaden gilt als ein Symbol der Unterdrücker. Er ermordete Imam Ali, den Schiiten als den rechtmäßigen Nachfolger von Mohammad betrachten. Khomeini verglich den gestürzten Schah und seine Feinde mit Yazid und mit der Muawiyah-Herrschaft.

¹⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061728/Karoubi-warnt-vor-der-Diktatur-der-iranischen-Taliban.html> 03.07.09



Nun kehrt der schiitische Kadivar den Spieß um und vergleicht die iranischen Machthaber mit den Muawiyah Kalifen. Kadivar wirft ihnen vor sich ähnlich ungerecht wie die Mörder von Imam Ali zu verhalten.

Kadivar weiß von 26 „Märtyrern“ zu berichten, die auf Teheraner Straßen bei den Demonstrationen erschossen worden seien. Die Verwandten dieser „Märtyrer“ haben noch nicht einmal die Möglichkeit erhalten ihre Toten zu begraben, berichtet der schiitische Kleriker.

Kadivar führt die Demonstrationen der letzten Wochen darauf zurück, dass das „eitrige Geschwür“ der iranischen Verfassung nun geplatzt sei. Die erste Fassung der Verfassung sei von bekannten Juristen, wie Hassan Habibi geschrieben worden und sei später von Ayatollah Khomeini, Ayatollah Golpayegani, Ayatollah Marashi Najafi und Ayatollah Schariatmadari abgesegnet worden. 98 Prozent der Iraner haben 1979 der ersten Fassung der Verfassung der „Islamischen Republik“ zugestimmt und gaben in einem Referendum ihre Ja-Stimme ab, schreibt Kadivar.

Eine Mischung aus republikanischen und klerikalen Elementen

In der ersten Fassung hatte der „Führer“ jedoch noch nicht die Machtfülle inne, die er später zugeschrieben bekam. Sieben Monate später im Oktober 1979 wurde die Verfassung ergänzt und deren „Geographie änderte sich gänzlich“, schreibt Kadivar. Im ersten Jahrzehnt seien die Probleme aber nicht sichtbar gewesen. Damals habe das System eine Mischung von republikanischen und klerikalen Elementen gehabt. Kadivar verehrt heute noch Ayatollah Khomeini als einen charismatischen Führer. Im zweiten und dritten Jahrzehnt, seit der Herrschaft von Ali Khamenei habe sich das politische System immer mehr an militärischen und sicherheitspolitischen Zielen orientiert. Diese Politik habe sich in der Präsidentschaftszeit von Ahmadinejad zugespitzt. Das Volk denke Ahmadinejad sei ein Lügner, Khamenei jedoch halte seine Regierung für die beste seit der islamischen Revolution.

Kadivar, der selbst ein Kleriker ist, hebt hervor, dass nur eine Minderheit der schiitischen Geistlichkeit die absolute Herrschaft des Ali Khamenei befürworte. Die meisten schiitischen Geistlichen in der Vergangenheit und in der Gegenwart lehnten eine Herrschaft des Klerus überhaupt ab.

Bekenntnis zur islamischen Revolution

Einer der größten schiitischen Geistlichen, der vor 100 Jahren gelebt habe und noch gebildeter gewesen sei als beispielsweise Ayatollah Khomeini, schreibt Kadivar, habe den Konstitutionalismus, d.h. einen Parlamentarismus befürwortet und sicher nicht die Herrschaft des Klerus.

Kadivar bekennt sich zur islamischen Revolution und meint, dass er nicht die Revolution gegen die Schah-Diktatur mitgetragen habe, um eine neue religiöse Diktatur an die Macht zu bringen. Gehört Kadivar etwa zu denen, die nach dreißig



Jahren totalitärer Diktatur endlich wahrnehmen, dass im Iran eine Diktatur herrscht, die sogar ihre eigenen Kinder und Anhänger frisst?

Die Wahlen sind in der Islamischen Republik Iran sinnlos geworden

Ataollah Mohajerani geht in einem Interview mit dem persischsprachigen Dienst von BBC erneut auf die Wahlen ein und sagt, dass die Wahlen in der Islamischen Republik Iran „sinnlos“ geworden seien. Ex-Minister Mohajerani erklärt, dass jeder Wahlberechtigte im Iran eine Nummer bekommen habe. Mussawi habe gefordert die vergebenen Nummern mit den abgegebenen Nummern auf den Stimmzetteln abzugleichen, was nicht geschehen sei.

Mohajerani meint, der republikanische Aspekt des politischen Systems sei inzwischen aufgehoben worden und eine neue Epoche der reinen „islamischen Herrschaft“ habe begonnen.

"Schweigen bedeutet heute die Anerkennung der Unterdrückung"

Der Ex-Minister für Kultur und islamische Führung unter Präsident Khatami gibt die Positionen eines iranischen Künstlers wieder, der gesagt habe, „Schweigen bedeutet heute die Anerkennung der Unterdrückung.“

Es ist nur redlich an dieser Stelle zu ergänzen, dass der „Islamischen Republik Iran“ von der Stunde Null an der republikanische Geist gefehlt hat. Die Volkssouveränität wurde zu Beginn der islamischen Revolution aufgehoben, indem alle nicht-islamistischen Kräfte ausgeschlossen, ins Exil verjagt oder hingerichtet wurden. Die Totalität der islamistischen Diktatur spitzt sich immer mehr zu.

Dissident fordert Verhaftung Ahmadinejads ¹⁶

Der Dissident Akbar Ganji fordert die Verurteilung des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khamenei vor einem internationalen Strafgerichtshof. Zudem plädiert er für eine Verhaftung des Präsidenten Ahmadinejad, falls dieser das Land verlasse.

von Wahied Wahdat-Hagh

Akbar Ganji ist ein klassischer Dissident. Zu Beginn der islamischen Revolution von 1979 gehörte er zu den Gründern der iranischen Revolutionsgardisten. Als junger Revolutionsgardist war er ein Kritiker der Fortsetzung des Iran-Irak-Krieges.

Rückblick: Der Iran eroberte am 24.5.1982 die zuvor von Irak besetzte Stadt Khoramshahr zurück. Ganji ist bis heute der Meinung, dass der Iran zu diesem Zeitpunkt den Krieg hätte beenden müssen. Der Krieg dauerte bis zum 20.8.1988, weil der Iran vergeblich Jerusalem „befreien“ wollte.

¹⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061731/Dissident-fordert-Verhaftung-Ahmadinejads.html> 31.07.09



1983 protestierte Ganji gegen die Fortsetzung des Krieges

Im Jahre 1983 hielt Ganji in Anwesenheit des damaligen Oberbefehlshabers der Revolutionsgardisten Mohssen Rezai, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen gegen Ahmadinejad antrat, eine Rede und protestierte gegen die Fortsetzung des Krieges. Er warf damals der Führung der Revolutionsgardisten vor, die neu gebildete revolutionäre Organisation zu einem Instrument der linksislamistischen Organisation der „Mojahedin der Islamischen Revolution“ machen zu wollen. Nur dank der Intervention von Ayatollah Montazeri konnte der junge islamistische Revolutionsgardist dem Tod entkommen. Denn einige Generäle der Pasdaran warfen ihm „Ungehorsam im Krieg“ vor. Darauf stand die Todesstrafe. Akbar Ganji hatte auch mit einem der Begründer des iranischen Geheimdienstes, Said Hajjarian, nahen Kontakt, gehörte aber nach eigenen Aussagen selbst nicht dem Geheimdienst an.

Während Akbar Ganji inzwischen aus dem Ausland die strafrechtliche Verfolgung der khomeinistischen Führung fordert, wurde Said Hajjarian infolge der Proteste gegen den Wahlbetrug verhaftet. Sein gesundheitlicher Zustand hat sich so verschlechtert, dass er kürzlich ins Gefängnis Krankenhaus überführt worden ist.

Ganji ist gegen Krieg und gegen Wirtschaftssanktionen

In einem Artikel, der am 27. Juli in der Exil-Zeitung Roozonline erschienen ist, geht der Dissident der Frage nach wie man gegen das herrschende Regime im Iran vorgehen müsse.

Akbar Ganji befürwortet nicht einen militärischen Angriff gegen den Iran. Auch ist er gegen diejenigen wirtschaftlichen Sanktionsformen, die das Leid der Bevölkerung noch mehr steigern würden. Er stellt aber die Frage, wie die westlichen Regierungen dem iranischen Volk helfen könnten, wenn militärische Aktionen und wirtschaftliche Sanktionen ausgeschlossen werden müssten und hat selbst eine Antwort parat.

Das „sultanistische“ Regime

Ganji meint, dass die internationale Gemeinschaft verpflichtet sei, die Interessen des iranischen Volkes zu sichern. Ganji bezeichnet das herrschende Regime im Iran als „sultanistisch“ und zählt einige Verbrechen auf, die es in den letzten 30 Jahren begangen hat. Er beginnt nicht mit den Morden und Massenexekutionen unmittelbar zu Beginn der Revolution. Für Ganji fangen die Verbrechen des Regimes mit den Massenexekutionen in den iranischen Gefängnissen im Sommer 1988 an. Er geht auch auf die staatsterroristischen Attentate auf Intellektuelle im In- und Ausland ein, benennt die Zerschlagung der Studentenbewegung ab dem Sommer 1999 und verurteilt die Morde, die infolge der Proteste gegen die Wahlfälschung in diesem Jahr begangen worden sind.



Eine Regierung der Verbrecher

Ganji bezeichnet die Regierung von Ahmadinejad als die „Regierung der Verbrecher“. Ausdrücklich benennt er seinen ehemaligen Innenminister Mostafa Purmohammadi und seinen ehemaligen Geheimdienstminister Mohsseni Ejei, die beide verantwortlich seien für die Massenhinrichtungen von 1988, so wie diese auch von Ayatollah Montazeri, der unter Hausarrest lebt, bestätigt worden seien. Tatsächlich war Pourmohammadi Sekretär des Ex-Innenministers Ali Fallahian, der wegen staatsterroristischer Aktivitäten von Interpol gesucht wird. Ganji zählt auch Qolam-Hussein Elham, Justizminister der Regierung Ahmadinejad, zu der Clique der Regierungsverbrecher. Qolam-Hussein Elham arbeitete in den 80er Jahren im iranischen Revolutionsgericht.

Sein damaliger Name war Qolam-Hussein Assabedast. Er war so tief in die Verbrechen der 80er Jahre verstrickt, dass er sich gezwungen fühlte, seinen Namen zu ändern. Heute heißt er Qolam-Hussein Elham und ist der Sprecher des totalitären Organs des Wächterrates.

Keine Todesfeiern

Ganji schreibt, dass die Familienangehörigen der ermordeten Demonstranten, die kürzlich gegen den Wahlbetrug protestiert haben, nach Wochen die Leichen ihrer Angehörigen zurückbekommen hätten. Der Dissident Ganji macht einen Vergleich: Er schreibt, unter dem Schahregime konnten die Iraner wenigstens für ihre „Märtyrer“ Todesfeiern nach drei, sieben und vierzig Tagen veranstalten. Heute wird diese Tradition den Familienangehörigen der ermordeten Demonstranten untersagt.

Ganji betont, dass der „Sultan“, so bezeichnet er den Revolutionsführer Ayatollah Khamenei, der Hauptverantwortliche dieser Verbrechen sei. „Sultan“ Khamenei sei aber nicht allein und werde von Ödollars, von militärischen und paramilitärischen Kräften und Sicherheitsbeamten gestützt.

Strafrechtliche Verfolgung der Verbrecher

Akbar Ganji fordert eine legale und juristische Lösung, um der Herrschaft des Welayate Faqih, der absoluten Herrschaft des Klerus, ein Ende zu setzen.

Der iranische Staat sei Mitglied der Vereinten Nationen und Mitunterzeichner der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Jeder Unterzeichnerstaat sei verpflichtet, die Prinzipien der Menschenrechtserklärung und der Charta der Vereinten Nationen einzuhalten. Kein Unterzeichnerstaat sei berechtigt, mit denjenigen Regierungen, die die Menschenrechte massiv verletzen, zusammenzuarbeiten. Proteste gegen die systematische und breite Verletzung der Menschenrechte würden nicht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates bedeuten.



Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Er stuft die Verbrechen des „sultanistischen“ Regimes als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Ganji plädiert daher für politische Sanktionen gegen das iranische Regime. Der UN-Sicherheitsrat müsse aufgefordert werden die Akten der iranischen Regierungsmitglieder an einen Internationalen Strafgerichtshof zu schicken.

Zwar verlasse Ali Khamenei nicht das Land, aber Mahmoud Ahmadinejad und seine Kabinettsmitglieder würden ständig ins Ausland reisen. Ahmadinejad müsse wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet werden, sobald er den Iran verlässt, schreibt Ganji.

Eine solche politische Sanktion würde schließlich die Hoffnung der iranischen Bevölkerung auf Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie steigern.

Problem China und Russland

Ganji bezeichnet die russische Regierung heute noch als eine Putin-Mafia. Die kommunistische Regierung Chinas bilde die unterdrückerischen und bewaffneten Kräfte des Iran militärisch aus. Beide Regierungen seien das größte Hindernis dafür, dass der UN-Sicherheitsrat die Akte des iranischen Regimes an einen Internationalen Strafgerichtshof schickt.

Ganji fordert die westlichen Demokratien auf China und Russland wirtschaftlich unter Druck zu setzen, ihre Exportwaren zu boykottieren, bis diese eine Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofes im Falle des Iran befürworten.

Er schlägt weiterhin vor, dass weltweit permanente Proteste und Demonstrationen vor den chinesischen und russischen Botschaften stattfinden sollen, bis beide Regierungen die Proteste der Iraner wahrnehmen und die Verschickung der iranischen Akte an einen Internationalen Strafgerichtshof befürworten. Mitte September werde Ahmadinejad in New York erwartet. Ganji fordert so starke Proteste vor dem UN-Gebäude, dass Präsident Ahmadinejad verzichten möge, nach New York zu reisen. Falls er dennoch in die USA einreise, müssten weltweite Proteste folgen, meint Akbar Ganji heute.



Das Wahlsystem in Iran ist eine Fiktion ¹⁷

Interview

Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Diplomsoziologe und Diplompolitologe und promovierte in der Politikwissenschaft. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der European Foundation for Democracy (EFD). FreieWelt.Net sprach mit ihm über die Situation und das politische System des Iran, sowie die Frage nach der Behandlung von Minderheiten.

FreieWelt.Net: In deutschen Debatten über die gegenwärtige Situation im Iran wird vielfach die Behauptung wiederholt, die Verfassungsordnung des Iran zeichne sich - verglichen mit anderen Staaten der Region - durch eine gewisse Pluralität aus: Es fänden Wahlen statt, in denen über alternative Programme abgestimmt werden könne, und nicht-muslimische Minderheiten genössen in der "Islamischen Republik" Religionsfreiheit. Wie gestalten sich "Pluralität" und "Religionsfreiheit" im Iran aus der Sicht der Betroffenen?

Wahied Wahdat-Hagh: Wenn Sie Anhänger des früheren Schahregimes oder liberale Bürgerliche oder säkulare Konstitutionalisten fragen, werden sie Ihnen sagen, dass die Diktatur schon vor 30 Jahren begonnen hat. Eine ähnliche Antwort werden Sie auch von den meisten Linken erfahren.

Wenn Sie manche Mitglieder der Tudehpartei und ihre Jugendorganisationen fragen, werden viele von ihnen sagen, dass die Diktatur spätestens ab 1982 begonnen hat, ähnlich werden auch die Mojahedin und Banissadr, der erste Präsident unter Khomeini, antworten.

Für viele Nationalreligiöse begann die Diktatur in den 90er Jahren, und für viele Linksislamisten und Reformislamisten beginnt die Diktatur jetzt mit der zweiten Amtszeit von Ahmadinejad.

Ansonsten ist das Wahlsystem im Iran eine Fiktion, da ein totalitäres Organ wie der Wächterrath im Vorfeld entscheidet, wer gewählt werden darf, d.h. die Wähler wählen im Iran nicht ihre Kandidaten, sondern die Kandidaten der Diktatur.

FreieWelt.Net: Wie stellt sich die Situation religiöser (nicht-schiitischer) Minderheiten in der "Islamischen Republik" dar?

Wahied Wahdat-Hagh: Um diese Frage sind viele Mythen in den letzten 30 Jahren verbreitet worden. Lange herrschte der Mythos, oder besser: die politische Lüge, die religiösen Minderheiten im Iran seien frei, da die offiziell anerkannten religiösen

¹⁷ <https://www.freiewelt.net/interview/wahlsystem-in-iran-eine-fiktion-interview-mit-dr-wahdat-hagh-11675/>
04.08.09

Minderheiten sogar Mitglieder im sogenannten Parlament, das den Namen allerdings nicht verdient hat, haben.

Langsam dringt ins Bewusstsein, dass Konvertiten, Muslime, die Christen werden wollen, hingerichtet werden können, falls sie erwischt werden.

Inzwischen wird hier und dort über die massive Verfolgung der Anhänger der jungen Bahai-Religion berichtet, ein dunkles und kaum bekanntes Thema, das ein trauriges Drama darstellt.

FreieWelt.Net: Die UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes qualifiziert bestimmte Handlungen, die "in der Absicht begangen" werden, "eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören", als Völkermord. Kann die Verfolgung der Bahai im gegenwärtigen Iran als Genozid betrachtet - und entsprechend geahndet - werden?

Wahied Wahdat-Hagh: Völkerrechtler wie Prof. Payam Akhavan oder Prof. Irwin Cotler bejahen diese Frage. Seit 30 Jahren versuchen die Regierungen der „Islamischen Republik Iran“, die iranische Bahai-Gemeinde zu zerstören. Schutzwürdig sind nur die anerkannten Religionen im Iran. Ausdrücklich werden die Bahai von Staats wegen nicht als schutzwürdig bezeichnet.

Ayatollah Golpayegani forderte 1991, dass die „kulturellen Wurzeln“ der Bahai Gemeinde „ausgelöscht“ werden sollten. Und niemand denkt an die Verhütung eines schleichenden Völkermords. Bahai dürfen nicht studieren, Kinder werden vor der Schulklasse erniedrigt. Gräber werden verwüstet. Die Institutionen sind ohnehin vernichtet. Ich wage zu sagen, dass die Bahai als aktive gesellschaftliche Subjekte, die offen und frei ihren Glauben leben können, seit dreißig Jahren atomisiert worden sind. Für die physische Vernichtung setzt die Regierung auf Zeit.

Aber es gibt auch weitere massive Menschenrechtsverletzungen im Iran. Bei den letzten Unruhen soll es etwa 700 Tote gegeben haben. Tausende sollen verhaftet worden sein. Zynischerweise entlässt die Regierung nun etwa 150 Gefangene, als ob die staatlichen Verbrechen mit politischen Lügen aufhören würden. Auch die geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frauen, die Zwangsverschleierung sind Probleme.

Iran ist nicht Saudi-Arabien, Irak oder Afghanistan, vergessen Sie dies nicht. Iran ist weder nur Krone noch nur Turban. Iran ist mehr. Die europäische Regierungspolitik orientierte sich bisher nur nach eigenen Wirtschaftsinteressen. Diese Politik ist in eine Sackgasse gelangt. Nicht nur wegen des Atomprogramms und wegen den Mittelstreckenraketen, die Europa erreichen könnten, sondern in den Mittelpunkt gelangen sollten auch die massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran.



FreieWelt.Net: Anders als die Bahai gelten Zoroastrier, Juden und Christen als geduldete Religionen - deren Angehörige freilich infolge der khomeinistischen Revolution auf den Status von Bürgern zweiter Klasse herabgedrückt wurden. Wie wirken sich die Normen des "islamischen Rechtes" des Iran auf das Leben der christlichen Gemeinschaften des Landes aus?

Wahied Wahdat-Hagh: Die Zoroastrier leben in ihren Enklaven. Von den über 120.000 Juden, die noch vor 30 Jahren in Iran lebten, leben nur noch rund 30.000 Juden im Iran. Wenn sie sich öffentlich mit Israel, der jüdischen Heimatstätte, identifizieren, müssen sie mit der Todesstrafe rechnen.

Die Angehörigen der christlichen ethnischen Minderheiten, der armenischen und assyrischen Kirchen, dürfen noch nicht einmal auf Persisch in ihren eigenen Kirchen predigen. Die Regierung fürchtet, dass immer mehr Muslime konvertieren könnten. Für Apostasie gibt es im Iran die Todesstrafe. Das ist ein islamisches Gesetz, das immer angewandt werden kann. Nun soll auch dieses Scharia-Gesetz in der Strafgesetzgebung festgeschrieben werden. Der Gesetzesentwurf war in einer ersten Lesung vom iranischen Pseudo-Parlament (Majless) in Teheran im September 2008 verabschiedet worden. Damals stimmten 196 Majlessmitglieder mit Ja, nur sieben mit Nein, zwei enthielten sich der Stimme. Es gibt nun das Gerücht, dass dieses Gesetz nicht endgültig verabschiedet wird. Wie auch immer, das islamische Schariagesetz gilt ohnehin, und so müssen die konvertierten Christen schon heute mit der Todesstrafe rechnen und können nur im Untergrund ihren Glauben ausüben.

FreieWelt.Net: Inwieweit unterscheiden sich Reformislamisten wie Moussavi oder Präsident Ahmadinejads Amtsvorgänger Khatami, welche in Deutschland - und anderen EU-Mitgliedstaaten - vielfach als demokratische Hoffnungsträger gepriesen werden, programmatisch von den "Ultras" um den amtierenden Präsidenten? Besteht die Hoffnung, daß im Zuge einer Zurückdrängung des Einflusses der Anhänger Ahmadinejads innerhalb der politischen Klasse des Iran die "republikanischen" Institutionen ansatzweise säkularisiert werden und etwa der Verfolgung der Bahai oder der zum Christentum konvertierten Ex-Muslime ein Ende gesetzt wird?

Wahied Wahdat-Hagh: Selbstverständlich gibt es Differenzen innerhalb des islamistischen Spektrums und große Machtkämpfe. Am letzten Samstag stand sogar der ehemalige Vizepräsident Khatami vor dem Gericht. Wahrscheinlich mit dem Tode bedroht, im Gefängnis, hat er den Ex-Präsidenten Khatami, den Ex-Präsidenten Rafsanjani und den Ex-Ministerpräsidenten Moussavi bezichtigt, sich gegen den Revolutionsführer Khamenei vereint zu haben, um ihn zu stürzen.

Alle drei: Moussavi, Rafsanjani und Khatami, hätten sich zusammengetan. Sie hätten eine geheime Sitzung gehabt und geschworen, dass sie sich gegenseitig nicht alleine lassen würden, weil sie alle gegen die Wahl von Ahmadinejad seien. Abtahi



sagte, Khatami habe alles gewusst, die Macht der Führung gekannt, und dennoch habe er mit Moussavi gemeinsame Sache gemacht; sein Handeln habe einen verräterischen Charakter gehabt. Zwar habe jeder der Verschwörer eine andere Absicht gehabt, alle jedoch hätten mit der Anstiftung zu den Demonstrationen die Sicherheit des Iran gefährdet. Rafsanjani habe sich an Khamenei rächen wollen.

Jetzt fordern andere hierzulande weniger bekannte Kleriker die Verhaftung auch Moussavis und die Verurteilung aller Verantwortlichen für die Aufstände. Vielleicht schaffen sie es ja, die stalinistischen Schauprozesse in den Schatten zu stellen.

Säkularisierung innerhalb des Systems? Nein, manche sprechen davon, dass die Pasdaran die Macht übernehmen könnten. Es ist erstaunlich, wie wenig bekannt die iranische Geschichte ist, denn der Revolutionsführer Khamenei, den man auch gerne Geistlichen Führer nennt, der er mitnichten ist, war ein Pasdar, ein Revolutionsgardist der ersten Stunde, und zwar als Front-Revolutionsgardist im Iran-Irak-Krieg.

Zudem steht der Revolutionsführer Khamenei voll hinter Präsident Ahmadinejad. Heute am Montag hat er den Präsidenten zum zweiten Mal offiziell in das Präsidentenamt gehoben.

Es stehen weitere Jahre der Holocaustleugnung, der Unterstützung des Terrorismus der Hisbollah, der Hamas und der Jihade Islami, des staatlich verordneten Antisemitismus und des Anti-Bahaismus und eine Zuspitzung der totalitären khomeinistischen Diktatur an.

Die Bahai haben keine Chance auf ein freies Leben in der Islamischen Republik Iran. Eine Verhinderung der Pogrome und eine Verhinderung eines Massenmordes gegen die Bahai sind das Gebot der Stunde.

FreieWelt.Net: Der Iran setzt nicht nur - wie von Ihnen beschrieben - Negativstandards in Sachen Nichtrespektierung von Menschenrechten religiöser und politischer Nonkonformisten, sondern negiert auch offen die Souveränitätsrechte anderer Staaten, wie sich an der iranischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak und des Libanon, dem erklärten Ziel einer Auslöschung der jüdischen Republik und dem - in diesem Jahr offiziell bekräftigten - Mordaufruf gegen Salman Rushdie zeigt. Reagiert der "Westen", der - insbesondere im Hinblick auf die Nachbarländer des Iran, nämlich den Irak und Afghanistan - den Anspruch einer gewissen Pazifizierung der Region erhebt, in angemessener Weise auf das aggressive Auftreten der Islamischen "Republik" in der internationalen Arena?

Wahied Wahdat-Hagh: Der Westen ist gespalten. Der Iran weiß das und betreibt seit Beginn der 90er Jahre eine Spaltpilzaußenpolitik. Zunächst wollte man die Europäer von den US-Amerikanern spalten. Der Iran gab Europa wirtschaftliche



Anreize einer Zusammenarbeit und forderte als Konsequenz eine unabhängige Politik von den USA. In islamistischer Perspektive sollte Europa eine antiamerikanische und antiisraelische Politik betreiben.

Gleichzeitig baute man mit einigen Staaten der Dritten Welt, wie mit Venezuela und Brasilien, aber auch mit Nordkorea, China und Russland Parallelschienen auf. Die Diktatur wollte sich langfristig auch von Europa verselbständigen, falls die Europäer sich nicht gänzlich von den USA ablösen würden.

Das wurde über eine lange Zeit hinweg nicht erkannt und nicht ernst genommen, bis die Sicherheitspolitik eine größere Rolle in Deutschland und Europa zu spielen begann.

Heute sind die Fortsetzung des iranischen Atomprogramms und die militärische Aufrüstung des Iran, insbesondere das Raketenprogramm plus einer potentiell möglichen khomeinistischen Atombombe oder besser Atombomben auch ein Unsicherheitsfaktor für Europa geworden. Die Frage ist, ob Europa es schafft, eine werteorientierte - gemeint sind demokratische und menschenrechtsorientierte Werte - Außenpolitik zu betreiben, und sich mehr transatlantisch mit den USA und mit Israel abstimmt, oder weiterhin faktisch den Islamismus und die islamistischen Bewegungen ständig entschuldigt und stärkt.

Verfall der religiösen Despotie im Iran ¹⁸

Der Philosoph Abdolkarim Soroush kritisiert in einem Brief an den Revolutionsführer Ali Khamenei den "Verfall der religiösen Despotie" im Iran. Soroush verwendet gar den Begriff Faschismus. Indessen befürchtet der Politikwissenschaftler Sadegh Zibakalam eine zweite "islamische Kulturrevolution".

von Wahied Wahdat-Hagh

Abdolkarim Soroush hat einen offenen Brief an den iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei geschrieben, der am 9.9.2009 in Akhbare Rooz veröffentlicht worden ist.

Der Brief ist datiert mit Ramadan 2009, in der noch laufenden islamischen Fastenzeit. In diesem Schreiben spricht der iranische Philosoph Soroush vom „Verfall der religiösen Despotie“ im Iran.

Eine neue Zuspitzung der Diktatur im Iran

Tatsächlich setzen die khomeinistischen Machthaber des Iran eine neue Stufe der Zuspitzung der totalitären Diktatur im Iran durch. Sadegh Zibakalam, Professor für Politische Wissenschaften an der Teheraner Universität, spricht von einer „zweiten

¹⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061736/Verfall-der-religioesen-Despotie-im-Iran.html>
11.09.09



islamischen Kulturrevolution.“ Ayatollah Khomeini selbst prägte zu Beginn der Islamischen Revolution den Begriff der „islamischen Kulturrevolution“, abgeleitet von der maoistischen Kulturrevolution. Die Ironie der Geschichte ist, dass Soroush selbst maßgeblich an der ersten Kulturrevolution zu Beginn der Islamischen Revolution beteiligt war, als die Universitäten, das Bildungssystem und der Staatsapparat weitgehend von säkularen Kräften gesäubert und islamisiert wurden. Heute gehört er zu den scharfen muslimischen Kritikern des Systems, die vergeblich die totalitäre Diktatur reformieren wollten.

Der Revolutionsführer hat seine Legitimität verloren, sagt Soroush

Abdolkarim Soroush schreibt in seinem Brief an den Revolutionsführer, - der hier nur auszugsweise wiedergegeben wird - dass Khamenei billigend in Kauf genommen hat, dass die „Menschen ihren Glauben an die Religion und an den Propheten verlieren, aber gegenüber der absoluten Herrschaft des Klerus gehorsam bleiben sollen.“ Soroush meint, der Revolutionsführer wolle nicht, dass die Wahrheit ans Licht komme. Es gehe ihm lediglich um die Sicherung der eigenen Herrschaft.

Soroush wirft dem Revolutionsführer vor einen „schweren Fehler begangen zu haben.“ Er habe dem Revolutionsführer schon vor zwölf Jahren empfohlen gesellschaftliche Freiheiten für Parteien, für Vereine, für Kritiker, für Lehrer und Schriftsteller und für Medien einzuführen. Der Revolutionsführer habe dagegen noch nicht einmal allen muslimischen Klerikern Schutz geboten. Stattdessen habe er die "Mörder belohnt".

Soroush schreibt an Khamenei, dieser habe seine „Legitimität verloren.“ Der Philosoph bekennt sich zu der Grünen Bewegung im Iran und schreibt weiter: „Wir werden den Verfall der religiösen Despotie feiern.“ Er wirft dem iranischen Revolutionsführer vor, den „Faschismus“ in Kauf genommen zu haben. Khamenei könne mit solchen Methoden die Korruption nicht stoppen. Er hätte die Pressefreiheit gewährleisten müssen, dann hätten die Medien manche Korruptionen aufgedeckt und die Presse hätte sogar dafür gesorgt, dass der Revolutionsführer selbst nicht despotisch werde.

Abweichende Verhaltensformen

Am 8. September veröffentlichte Fararu, eine iranische Onlinezeitung, deren Redaktion betont, aus dem Iran und im Rahmen der iranischen Gesetzgebung zu agieren, ein Interview mit dem Teheraner Professor für Politikwissenschaften Sadegh Zibakalam.

In dem Interview geht es um die Frage der Umgestaltung und Islamisierung der humanwissenschaftlichen Fächer an iranischen Universitäten. Die Frage sei, ob die im Iran gelehrten Fächer wirklich die „abweichenden Verhaltensformen“ mancher iranischer Studenten verursacht haben, d.h. ob die Studenten durch die



akademische Lehre zu „Areligiosität und Ablehnung des herrschenden Systems“ bewegt worden sind.

Die Unzufriedenheit iranischer Studenten

Der Universitätsprofessor Sadegh Zibakalam meint, dass selbst wenn auch nur "die Inhalte, die im Sinne des Obersten Rates der Kulturrevolution sind, gelehrt würden, dennoch bestimmte Probleme immer wieder an den Universitäten vorkommen werden".

Die Unzufriedenheit der iranischen Studenten, die zu den Protesten geführt haben, sei keineswegs auf humanwissenschaftliche Fakultäten beschränkt. Daher könnten die Proteste nicht direkt und nur mit dem Fach der Humanwissenschaften in Zusammenhang gebracht werden.

Islamische Sicht auf westliche Theorien

Zibakalam argumentiert trickreich, dass auch vor der islamischen Revolution westliche Humanwissenschaften an den iranischen Universitäten gelehrt worden seien, dennoch habe es eine islamische Revolution gegeben. Viele junge Menschen, die sogar in der Schahzeit ausgebildet worden seien, seien in den 80-er Jahren in den Krieg gegen den Irak gezogen. Der iranische Politologieprofessor besteht darauf, dass Kenntnisse über Platon, Hegel, Marx, Hobbes oder Mill im Rahmen der islamischen Gesetze gelehrt werden können und den Islam längst nicht in Frage stellen müssen.

Zibakalam erläutert, dass nach der islamischen Kulturrevolution in der ersten Hälfte der 80-er Jahre, die Bildungsministerien entschieden hätten, genauso wie zu Schahzeiten, westliche Humanwissenschaften zu lehren. Es sollte jedoch eine islamische Sicht auf diese westlichen Theorien gebildet werden.

Die "zweite islamische Kulturrevolution"

Zibakalam meint verzweifelt, dass es die iranische Politikwissenschaft ohnehin nicht geschafft habe, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erweitern. Daher betont er, dass auch wenn die Politikwissenschaft als Fach an den iranischen Universitäten abgeschafft werden würde, die wissenschaftliche Erkenntnis nicht geringer würde.

Zibakalam schließt mit der These, dass eine „zweite islamische Kulturrevolution“ auf dem Wege sei. Er fragt aber, welche Früchte eine solche "zweite Kulturrevolution" tragen könnte. Er beantwortet selbst diese Frage, dass bestenfalls die Universitäten wieder für zwei oder drei Jahre geschlossen werden könnten, wie in den 80-er Jahren. Wie bei der ersten Kulturrevolution könnten sogar wieder Tausende Lehrkräfte entlassen werden. Im Übrigen wurden in den letzten vier Jahren bereits Hunderte entlassen. Ein solcher Prozess könnte zwar dazu führen, dass die Kritiker



nicht mehr sichtbar sein würden, aber einen Erfolg könnten die Machthaber genau so wenig erwarten, wie nach der ersten Kulturrevolution.

Wer besitzt die Macht im Iran? ¹⁹

Mohssen Makhmalbaf ist einer der bekanntesten iranischen Filmemacher. In einem Interview mit Roozonline analysiert er die Struktur der Macht im Iran und die Rollen von Ayatollah Khamenei und den Revolutionsgardisten.

von Wahied Wahdat-Hagh

Makhmalbaf unterscheidet zwischen der „Macht des Staates“ und der „Macht des Volkes“ im Iran. Die Machtstrukturen seien im Iran nicht zu vergleichen mit denen in Libyen. Im Iran gäbe es eine gebildete Gesellschaft, die in Libyen nicht gegeben sei. Im Iran gäbe es eine Frauenbewegung, eine Reformbewegung und eine Grüne Bewegung, die im Staate Muammar al-Ghadaafis nicht vorstellbar seien.

An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass im Iran auch eine sozialistische, eine kommunistische, eine national-bürgerliche und eine royalistische Bewegung existieren, die alle im Untergrund arbeiten müssen.

Die Macht, die auf Waffengewalt, Ölgeld und religiöser Verführung beruht.

Im Iran beruhe die Macht des Staates auf Waffen, Ölgeld und auf religiöser Verführung. Die Macht des Volkes dagegen beruhe auf der Jugend, die die Mehrheit der Gesellschaft ausmache. Hinzu kämen die Mittelschicht und die gebildeten Teile der Gesellschaft, die gemeinsam versuchen würden die Lage zu ändern und den Machtapparat herauszufordern.

Die religiöse Säule der Macht

Makhmalbaf erkennt große Unterschiede zwischen Ayatollah Khomeini und Ayatollah Khamenei. Khomeini habe eine charismatische Macht ausgeübt Khamenei sei jedoch keine charismatische Person. Dieser legitimiere seine Macht lediglich durch den Klerus, Freitagsimame sowie den Expertenrat, der ihn gewählt hat. Siebzig Prozent des Klerus stützten Khamenei nur weil ihre eigene Machtposition von der gegenwärtigen Herrschaftsstruktur abhängen. Khamenei schaffe für sich eine Art „sakrale“ Position. Diese werde durch den traditionellen Klerus, der wiederum von den armen Schichten der Gesellschaft getragen wird, gestützt. Besonders sehr berühmte Kleriker wie Mahdawi Kani und Mesbahe Yazdi befürchteten ohne Khamenei ihre Macht zu verlieren.

¹⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061740/Wer-besitzt-die-Macht-im-Iran.html> 23.10.09



Die wirtschaftliche Säule der Macht

Die zweite Säule der Macht Khameneis sei die wirtschaftliche Macht. Ayatollah Khamenei brauche Geld, um seine Macht auszubauen, daher kontrolliere er alle Quellen der Macht. Eines der wichtigsten „Kartelle“ von Khamenei befinde sich in der Stadt Mashad. In diesem Kartell seien von Nahrungsmittelunternehmen angefangen über Auto und Baugeschäfte bis zu der berühmtesten „15Khordad Stiftung“, die durch das Kopfgeld für Salman Rushdie die Berühmtheit erlangte, organisiert.

Eine andere Holding trägt den Namen Kossar mit einem Kapital von 20 Milliarden Dollar. Zwar sei dieses Unternehmen nicht direkt auf den Namen des Ali Khamenei eingetragen, aber keiner außer Ali Khamenei sei befugt auch nur einen Cent des Kapitals zu bewegen.

„Komitee Emdad“ leistet offiziell Hilfsleistungen für Bedürftige. Makhmalbaf kritisiert aber, dass jeder, der Hilfe von diesem Komitee bekomme, zum Diener der Organisation werde. Rund sechs Millionen Menschen seien von diesem Komitee abhängig, das rund 60 Milliarden Dollar Kapital besitze. 30 Prozent davon seien Anteile der Bank Parsian, 30 Prozent Anteile der Autofirma Khodro und die gesamte Dey-Bank gehöre diesem Komitee.

Auch die „Jameye Alzahra“ [Zahra Gesellschaft] werde vom iranischen „Führer“ kontrolliert. Ein Projekt sei nur erwähnt, das allein dreitausend Hausbauprojekte haben soll. Nach Informationen von Makhmalbaf stehen alle Freitagsimame, der Wächterrat und die Schia Akademie in Qom [Hoseye Elimye] auf der Zahlungsliste von Ali Khamenei. Mit finanziellen Mitteln kauft sich der Führer loyale Untertanen.

Die militärische und die geheimdienstliche Säule der Macht

Makhmalbaf spricht von einem „sakralisierten“ Militarismus. Die Militärs würden ihre Legitimität vom „Führer“ erhalten. Nur achtzig Prozent des Militärapparates sollen wirklich loyal sein. Die Unzufriedenheit unter Revolutionsgardisten wachse auch. Es gäbe rund 150.000 Revolutionsgardisten und rund 350.000 Bassiji, die den Pasdaran unterstehen und von ihnen bezahlt werden.

Makhmalbaf ist der Meinung, dass in den 80er Jahren die Macht in den Händen des Klerus gewesen sei, bis zum Tode Khomeinis habe dies andauert. Nach dem achtjährigen Iran-Irak-Krieg wollten die Helden des Landes, die Revolutionsgardisten, ihren Anteil an der Macht haben. Khamenei habe schon nach Khomeinis Tod im Jahre 1989 beschlossen dem Geheimdienst und den Revolutionsgardisten neue Macht zu verleihen und den Einfluss des Klerus zu mindern. Seit dem Beginn der 90er Jahren haben nach Makhmalbaf die Revolutionsgardisten und der Geheimdienst auch ihren Einfluss in der Wirtschaft ausgebaut. Im zweiten Jahrzehnt nach der Islamischen Revolution gehörten noch Khamenei und Rafsanjani zu den einflussreichen Persönlichkeiten, die die Revolutionsgardisten und die Bassijis noch



kontrollierten. Die Morde an Intellektuellen und an Schriftsteller zu Beginn des zweiten Jahrhunderts gehörten zu den Machenschaften genau dieser Cliques der Macht. Unter Präsident Khatami habe sich sogar der Charakter des Geheimdienstes verändert. Der Geheimdienst habe unter Khatami selbst als Zensurstelle die Erlaubnis für die Veröffentlichung von Dutzenden Büchern gegeben. Nun stellt Makhmalbaf eine interessante These auf, in dem er behauptet, dass der berüchtigte iranische Geheimdienst unter Khatami intellektuelle Züge angenommen habe, Ali Khamenei, der Führer, aber weiterhin auf die Revolutionsgardisten gesetzt habe.

Makhmalbaf stellt eine Machtverschiebung im Iran fest. Unter Khomeini habe der Klerus quasi alleine die Macht gehabt. Später haben die Revolutionsgardisten die Macht unter der politischen Leitung von Khamenei und Rafsanjani inne gehabt. Unter Khatami sollen die Revolutionsgardisten, vertreten von Khamenei, gemeinsam mit dem Vertreter der Mittelschichten Mohammad Khatami regiert haben. Nun seien die aktiven Kräfte im Iran auf der einen Seite Khamenei gemeinsam mit den Revolutionsgardisten und auf der anderen Seite die grüne Protestbewegung.

Geheimdienstoffizier als Führer

Der iranische Geheimdienst habe nach Informationen von Makhmalbaf rund 20.000 Mitarbeiter. Diesen Apparat wolle Präsident Ahmadinejad aber gänzlich säubern. Rund 40 Prozent des iranischen Geheimdienstes soll erneuert werden. Ein Großteil der neu rekrutierten Mitglieder des Geheimdienstes soll nun aus den Revolutionsgardisten und Bassiji stammen. Besonders auf der Führungsebene soll der Geheimdienst gänzlich gesäubert werden. Von den 200 Abteilungsleitern sollen 180 ausgewechselt worden sein, weiß Makhmalbaf. Der Geheimdienst soll nicht mehr wie unter Khatami mit intellektuellen Tricks arbeiten sondern soll wieder militärische und repressive Züge annehmen. In diesem Zusammenhang erinnert Makhmalbaf daran, dass Khamenei während des Krieges ein General war. Er schlussfolgert, dass Khamenei zu allerletzt Themen wie Gott und Religion in seine Rechnung einbeziehe, eher habe er sich längst zu einem Geheimdienstoffizier als Führer des Landes verwandelt.



Ahmadinedschad und die iranische Mittelschicht²⁰

Der Exiliraner Mohammadreza Nikfar liefert in der afghanischen Zeitung "8 Sobh" eine Analyse zur Lage im Iran.

von Wahied Wahdat-Hagh

"8 Sobh" ist der Name einer afghanischen Zeitung und heißt auf Deutsch „8 Uhr“ morgens. Diese Zeitung „8 Sobh“ unterstützt erklärtermaßen Hamid Karsai, dessen zweite Amtszeit als afghanischer Präsident am 19. November 2009 begann. Mohammadreza Nikfar ist Exiliraner, kann aber seine Texte wegen Zensur nicht im Iran veröffentlichen. In der persischsprachigen afghanischen Zeitung „8 Sobh“ analysiert Nikfar die gegenwärtige Lage im Iran.

Am 11. Juli 2009 schrieb Mohammadreza Nikfar einen Artikel in „8 Sobh“ und lieferte eine Analyse der Lage im Iran. Dieser Text ist heute noch aktuell.

Nikfar stellt fest, dass viele Journalisten im Iran von einem Putsch sprechen, wenn sie die Wiederwahl von Ahmadinedschad diskutieren. Ohnehin sei aber der Sieg von Ahmadinedschad verkündet worden, bevor die Wahlergebnisse überhaupt vorlagen. Die iranische Mittelschicht sei sich vor der „Wahl“ sicher gewesen, dass ein Wechsel erfolge, da Ahmadinedschad jeden „zivilen Verstand“ zerstöre. Nikfar ist der Meinung, dass die iranische Mittelklasse, Jugendliche, gebildete Frauen und Männer Ahmadinejad absetzen wollten. In ihren Augen sei Ahmadinedschad ein „unwichtiger Mann“, der gekommen sei, um zu zeigen, dass die iranische Mittelschicht „unwichtig“ sei.

„Populistisch faschistische Bewegung“

Alle Akteure seien bei der letzten Wahl loyal gewesen. Niemand habe in den Protesten nach der „Wahl“ des iranischen Präsidenten die „zu kritisierende Apartheidspolitik“ in Frage gestellt. Die afghanische Zeitung schreibt, dass die iranischen Demonstranten gegen eine „populistisch faschistische Bewegung“ protestiert hatten. Aber die Bewegung habe nichts anzubieten gehabt außer den Protest und habe sich beispielsweise auch nicht für die Probleme der Arbeitslosigkeit im Iran interessiert. Diese neue soziale Bewegung im Iran habe große Mängel, beispielsweise habe sie versäumt Gewerkschaftsforderungen zu unterstützen.

Hexen und Atom, Wunder und Zentrifugen

Nikfar meint, Ahmadinedschad sei ein Iraner und ein Revolutionär, von der Kategorie eines Ayatollah Khomeini. Ahmadinedschad erscheine als ein fremdes Phänomen, dennoch sei seine Mentalität vielen Menschen im Iran bekannt. Ahmadinejad

²⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061742/Ahmadinedschad-und-die-iranische-Mittelschicht.html> 20.11.09



benehme sich wie ein bewaffneter junger Bassiji, der die iranischen Bürger erniedrigen will. Die Kultur der Iraner und ihr Privatleben würde von solchen Bassiji vergewaltigt werden, schreibt Nikfar.

Und doch verlange die "staatliche Propagandamaschine die Dankbarkeit der Iraner", weil doch ein „Wunder im dritten Jahrtausend" geschehen sei, die Wiederwahl von Ahmadinedschad.

Nikfar geht davon aus, dass zu Beginn der Revolution von 1979 die „Technik im Dienste des Glaubens“ gestanden habe, aber unter Ahmadinedschad sei der „Glaube selbst eine technische Frage“ geworden. Ahmadinedschad trage Züge eines Wahrsagers, der aber Ingenieur geworden sei.

Nikfar schreibt: "In Ahmadinedschads Phantasie haben Hexen und Atom, Wunder und Zentrifugen, das religiöse Verständnis von Himmelfahrt und eine Rakete alle nebeneinander denselben Platz."

Ahmadinedschad sei selbst das "Ende aller Tage". Er erteile sogar den Mullahs Religionsunterricht. Ein wenig Ahmadinedschad stecke in jedem Iraner: Ein Ahmadinedschad, der erniedrigt worden sei und selbst andere erniedrigen wolle.

Ahmadinejads Kontakte mit dem Jenseits

Ahmadinedschad sei ein Vertreter der Tradition, der aber einen Sprung in die Modernität unternommen habe. Nikfar schreibt über Ahmadinedschad: "Er ist die Manifestation unserer rückschrittlichen Moderne und gleichzeitig unsere moderne Rückschrittlichkeit. Er ist die Erklärung des kulturellen Bankrotts. Er ist das Zeichen des Mangels unserer Ernsthaftigkeit."

Ahmadinedschad habe erklärt, er habe im „Heiligenschein“ gestanden, als Beweis dafür, dass er Kontakt mit dem Jenseits habe.

Nikfar wundert sich, dass die schiitische Geistlichkeit nicht adäquat auf solche Behauptungen geantwortet habe. Nikfar schreibt, die Geistlichen hätten ihren Turban niederlegen müssen, sie hätten die Kleider von Ahmadinedschad zerreißen müssen, um etwas von seiner Heiligkeit zu bekommen, als er wahrlich einen Heiligenschein bekam. Aber all das sei nicht geschehen.

Ahmadinedschad habe zudem behauptet, dass ein iranisches Genie in seiner privaten Küche Nuklearforschung betrieben habe, als Beweis für die Fortschrittlichkeit der Iraner. Auch zu diesem Zeitpunkt hätten alle iranischen Wissenschaftler zu Hause bleiben müssen und die Universitäten hätten schließen müssen. Wozu Wissenschaft, wenn Nuklearforschung in einer privaten Küche möglich sei?



Blödsinn und Ahmadinedschadismus

Nikfar zufolge unterscheidet sich Ahmadinejad noch nicht einmal von manchen Führern der Opposition. Unter iranischen Intellektuellen sei auch eine Art "Ahmadinedschadismus" verbreitet. Besonders dann, wenn er und sie Blödsinn reden und dabei besonders ernst auftreten würden. Auch bei der extremistischen Linken des Iran habe Ahmadinedschad durchaus seinen Einfluss, minus der religiösen Haltung.

Populismus und Ahmadinedschad

Ahmadinejad sei die populistische Seite der Islamischen Republik Iran. Die meisten Kritiker würden nur die iranische Regierung und nicht die iranische Gesellschaft kritisieren. Gegenwärtig würde alles mit Vorwürfen wie "Fälschung und Putsch" erklärt werden, meint Nikfar. Es habe ein "(Wahl-) Betrug stattgefunden, dessen Dimensionen wir nicht kennen," würden die Kritiker ständig wiederholen.

Nikfar schreibt: "Um die populistisch faschistisch-religiöse Kraft nicht auszublenden, dürfen wir nicht alle Analysen auf Betrug und Putsch reduzieren. Wenn Ahmadinejad auch nur 1 Mio. Stimmen bekommen hätte, müssen die sozialen Wurzeln des religiösen Faschismus ernst genommen werden." Tatsächlich hatte Ahmadinedschad nach offizieller Statistik 24,5 Mio Stimmen erhalten.

Das Kräfteverhältnis

Es sei von vornherein eindeutig gewesen, dass das politische System des Iran Ahmadinejad an die Macht verhelfen wollte, meint Nikfar. Sogar Ali Khamenei, gegenwärtiger Revolutionsführer des Iran sei erst in der Amtsperiode von Ahmadinejad ein wirklicher „Führer“ geworden. Denn je kleiner die Rolle des Präsidenten Ahmadinedschad sei, desto größer erscheine der Führer Khamenei. Die Militärs seien in einem solchen System auch zufrieden und würden ihre Dienste gerne dem „Führer“ Khamenei zur Verfügung stellen, so dass auch ihre eigenen Machtpositionen gestärkt würden.

Geld und Macht

Vielleicht würden die Machthaber glauben, dass sie alle übrig gebliebenen Probleme mit Geld und Macht lösen können. Auch der Klerus habe seine Prüfung ganz gut bestanden, schreibt Nikfar ironisch. Zwei oder drei Kleriker hätten protestiert, der Rest aber habe geschwiegen. Sie haben dem „Führer, der ihnen Gnadengaben gibt, nicht den Rücken gekehrt.“

Nikfar polemisiert bewusst, wenn er schreibt, die "Kleriker behalten ihre Religion, machen den Menschen Versprechen zu vieldimensionalen Anreicherungsmechanismen, zur Bereicherung der klerikalen Herrschaft, zur Bereicherung der Armen und zur Anreicherung des Uran.“



Populistische Bereicherung oder Uran Anreicherung

Die Erhöhung der Ölpreise habe in der ersten Runde der Amtszeit von Ahmadinedschad dazu geführt, dass die iranische Wirtschaft nicht bankrott gegangen sei. Es könne sein, dass in der zweiten Phase alles anders verläuft, so dass am Ende statt einer Politik der "populistischen Bereicherung sich alles auf die Urananreicherung reduziert."

Die iranische Führung sei ohnehin zu dem Ergebnis gekommen, dass wenn Saddam Hussein eine Atombombe gehabt hätte, er nicht gestürzt worden wäre.

Chauvinismus, Schwachsinn und religiöser Terrorismus

Gegenwärtig bestehe die gesamte iranische Ideologie aus "Anreicherung". Nikfar schreibt: "Chauvinismus, Schwachsinn, religiöser Terrorismus und religiöse Almosen für die Armen der Welt sind in dem Begriff Anreicherung zusammengefasst."

Nikfar berichtet, er habe bei einer Reise nach Arak, wo ein Schwerwasserreaktor fertig gestellt werde, die Bewohner eines Dorfes, die in der Nähe der Anlage wohnen, gefragt, ob sie wüssten, was dort gebaut werde. Er habe die Antwort bekommen: Dort werde ein spezielles Wasser produziert, das für die Bewässerung der Landwirtschaft sehr gut sei, weil es dickflüssig sei.

Sogar unter den oppositionellen Exilanten sei das Atomprogramm nicht wirklich ein Problem. Die gesamte iranische Exilopposition könne noch nicht einmal 10 Seiten über die Gefahren der Atomtechnologie für Mensch und Natur schreiben.

Ein politisches System der geschlechtsspezifischen und der religiösen Apartheid

Die Idee, dass der politische Islam lediglich eine andere Form des Nationalismus sei, sei relevant. Die demagogische Politik Ahmadinedschads habe zwei Elemente: Nationalismus und Gerechtigkeit. Es sei aber falsch anzunehmen, dass Ahmadinejad solche Parolen ausgäbe, um die Bevölkerung zu überlisten. Die Parolen seien Säulen seiner religiös-politischen Vorstellungen.

Das Regime könne nicht einfach seine Ideologie aufgeben. Zumal es sich um ein politisches System der geschlechtsspezifischen und der religiösen Apartheid handle. Nikfar hebt hervor, dass eine Bewegung, die nach Freiheit schreie, sich von den Sprechern eines solchen Regimes lösen müsse. Bis heute habe das Regime noch eine starke gesellschaftliche Basis. Deswegen könne es seine Unterdrückungspolitik fortsetzen. Nikfar hat das Modell der Massenstreiks der islamischen Revolution von 1978/1979 vor Augen, wenn er heute feststellt, dass die Gesellschaft in Frieden leben wolle, aber das islamische Regime könne der Bevölkerung keinen Frieden geben. Daher würden die Massenproteste der neuen sozialen Bewegung im Iran weitergehen, so der exil-iranische Philosoph in einer afghanischen Zeitung.



Wie islamisch ist die iranische Staatsdoktrin? ²¹

Ahmad Qabel ist ein Schüler des am 19. Dezember 2009 verstorbenen Großayatollahs Montazeri. Qabel wurde am 20. Dezember in Mashad von khomeinistischen Geheimdienstagenten verhaftet. Jaras (Glocke), eine Nachrichtenagentur, die aus dem Exil betrieben wird, hatte mit Qabel vor seiner Verhaftung ein Interview geführt. Indessen hat der iranische Geheimdienst den Iranern verboten, mit Jaras zusammenzuarbeiten.

von Wahied Wahdat-Hagh

In einem Interview, das Jaras am 26.12.2009 veröffentlichte, ist Ahmad Qabel der Überzeugung, dass viele Schüler von Großayatollah Montazeri und von Ayatollah Khoi heute davon ausgehen, dass das politische Staatskonzept des Iran in der schiitischen Lehre „nicht nachweisbar“ existiere. Ayatollah Khomeini hatte die absolute Herrschaft des Klerus angeordnet, bis der „verschwundene Imam“, der 12. Imam der Schiiten, wiedererscheine - so die Staatsdoktrin der „Islamischen Republik Iran“, die sich „Welayate Faqih“ nennt.

Qabel ist der Meinung, dass die Gegner des Konzepts der absoluten Herrschaft des Klerus in den religiösen Zentren der Schia täglich stärker würden. Es könne im islamischen Recht und in den religiösen Quellen nicht nachgewiesen werden, dass der Anspruch der absoluten Herrschaft des Klerus eine Gültigkeit habe. Qabel bezieht sich auch auf Ayatollah Araki, der der Meinung gewesen sei, dass jeder Mensch sein eigenes Schicksal bestimmen dürfe.

Das große „Unglück“ des schiitischen Klerus: Abhängigkeit vom Staat

Für Qabel ist die Abhängigkeit des schiitischen Klerus vom Staat nicht weniger als ein "Unglück". Seit der Machtübernahme von Ayatollah Khamenei sei die Leitung der religiösen Zentren in Qom vom "Sicherheitsapparat" übernommen worden. Sogar die Vergabe von Zeugnissen, die den religiösen Rang der Kleriker bestimmen, sei immer mehr von politischen Fragen, die der Staat definiert, abhängig geworden. Wer gegen die staatliche Einflussnahme der religiösen Ausbildung gewesen sei, soll Nachteile bekommen haben. Manchmal seien Kleriker sogar vor speziellen Gerichten, die für Kleriker einberufen wurden, zitiert und verurteilt worden.

Es sei so weit gekommen, dass heute die Leitung der religiösen Schulen in Qom und in anderen iranischen Städten nicht mehr von Geistlichen, sondern von "Herrn Khamenei", dem iranischen Revolutionsführer, bestimmt und ernannt werde.

²¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061747/Wie-islamisch-ist-die-iranische-Staatsdoktrin.html> 08.01.10



Im ersten Jahrzehnt nach der Revolution habe der Klerus in Qom noch seine Unabhängigkeit vom Staat bewahrt. In den letzten zwei Jahrzehnten aber sei der "schiitische Klerus immer mehr von der Herrschaftsmacht abhängig geworden."

Gegenwärtig verfüge die Leitung der religiösen Zentren in Qom über ein staatliches Budget. Zudem "pumpe" Herr Khamenei Sonderzahlungen an religiöse Schüler und „wissenschaftliche Institutionen“ in die religiösen Zentren. Somit wachse die Abhängigkeit mancher Kleriker von den finanziellen Mitteln des Staates.

Zu Lebzeiten von Großayatollah Montazeri seien manchmal Klerikerschüler von staatlicher Seite dazu aufgehetzt worden, die Häuser von Ayatollah Montazeri und von Ayatollah Sanei aus Protest zu stürmen. Ayatollah Sanei sei als ein "amerikanischer Kleriker" bezeichnet worden.

Der schiitische Klerus und die Staatsmacht

Qabel meint, dass diese politischen Streitereien, die es seit der Revolution von 1979 gegeben habe, auf die "Vermischung des Staates und der Religion" zurückzuführen seien. Der schiitische Klerus sei im Jahre 1978-1979 gar nicht davon ausgegangen eines Tages den Sieg zu erringen. Deswegen habe der Klerus keineswegs einen Plan gehabt, wie ein Staat geführt werden sollte. Ayatollah Khomeini habe geschwind den Revolutionsrat gegründet. Binnen zehn Tagen sei dann der Schah gestürzt worden. Der schiitische Klerus wollte nach dem Sieg der islamischen Revolution die alleinige Macht übernehmen. Aber dem Klerus fehlte das Know How wie ein Staat verwaltet werden müsse. Mit der neuen islamischen Verfassung habe der Klerus endgültig seine Macht konsolidiert.

Gewalt und Klerus

Qabel gesteht, dass Ayatollah Khalkhali mit dem Einverständnis von Ayatollah Khomeini viele Persönlichkeiten des Schahregimes hinrichten ließ, weil Khalkhali, Khomeini und Millionen Iraner fälschlicherweise davon ausgingen, dass unter dem Schah 60.000 Oppositionelle hingerichtet worden seien. Später habe sich herausgestellt, dass von 1961 bis 1979 nicht mehr als 3000 Menschen und keineswegs 60.000 Menschen hingerichtet worden waren. Aber die falschen Annahmen hätten zu Hassausbrüchen geführt. Viele Menschen seien kurz nach der Revolution hingerichtet worden, die vielleicht der Revolution hätten dienen können. Zumindest sei ihre Hinrichtung aus religiöser Perspektive nicht gerechtfertigt gewesen. Nach den Konflikten mit dem ersten nachrevolutionären Präsidenten Banisadr habe Khomeini "leider" auch den Befehl erteilt, dass jeder, der eine Zeitung von den Volksmujahedin in der Hand halte, sofort hingerichtet werden sollte.

Die Judikative, die seit der Revolution von 1979 vom Klerus übernommen worden sei, habe bis heute nur sehr aggressive Menschen in den Apparat gehievt, sagt Ahmad Qabel, der Schüler von Ayatollah Montazeri.



Die Macht des Revolutionsführers

In der „Islamischen Republik Iran“ habe der Revolutionsführer das Recht über das Gesetz zu bestimmen, auch wenn manche hochrangige schiitische Geistliche die Meinung des „Führers“ nicht teilten. Dies habe viele Probleme mit sich gebracht, beispielsweise die Frage, ob alle Kleriker der Meinung des Revolutionsführers folgen müssen. Lange Zeit sei im Grunde ungeklärt gewesen, wie eigentlich der Meinungsstreit zwischen schiitischen Klerikern einer religiösen Schule in Qom und einem Staatskleriker zu lösen sei. Schließlich sei von Khomeini bei der Lösung der Frage, wer sein Nachfolger werden würde, ein Exempel statuiert worden. Nicht allein der religiöse Rang sei wichtig gewesen, weil der Revolutionsführer auch andere Eigenschaften haben sollte. Tatsächlich wurde nicht Großayatollah Montazeri „Führer“, sondern der Kleriker mit Erfahrungen an der Kriegsfront, „Herr Khamenei“, der noch nicht einmal ein einfacher Ayatollah war.

Qabel ist sich sicher, dass innerhalb des schiitischen Klerus ein Wandel der Meinungen zu beobachten sei: Der oberste Kleriker solle eher eine Beaufsichtigungsrolle übernehmen als die eines „Revolutionsführers“. Zumal es den religiösen Schülern in den religiösen Zentren wie in Qom sehr schlecht ginge. Über 80 Prozent der „Taleban“ würden faktisch jetzt schon unter dem Existenzminimum leben. Falls der Staat ihr Budget eines Tages streichen würde, sei diese Schicht nicht mehr lebensfähig. Manche der religiösen Schüler könnten noch nicht einmal ihre Stromkosten zahlen.

Mehdi Karroubi ist jedenfalls über die gegenwärtige Lage im Iran verzweifelt und sagt laut eines Artikels vom 6.1.2010: "Wir konnten es uns nicht vorstellen, dass die Islamische Republik eines Tages so weit kommt."

Und abschließend die Moral der Geschichte: Es gibt einen Unterschied zwischen dem Staatsklerus und Klerus. Auch wenn der schiitische Klerus nicht den Fortschritt im Iran repräsentiert.

Zudem gehören Karroubi und Moussawi zwar nicht mehr zum Zentrum der Macht. In einem freien Iran werden solche Politiker den Iranern dennoch antworten müssen, welche Verantwortung sie für die staatlichen Verbrechen der letzten 30 Jahren bereit sind zu übernehmen.



Welche Republik ist die Beste für den Iran? ²²

Mohssen Kadivar identifiziert vier verschiedene republikanische Modelle, die von Iranern verfochten werden. Der als islamischer Menschenrechtler und Kleriker bekannte Intellektuelle geht davon aus, dass die gegenwärtigen Machthaber im Iran eine „faschistische Lesart der Verfassung“ haben.

Kadivar lebt gegenwärtig nicht im Iran. Über sich sagt er, dass er privat gegen das politische System des Iran sei. Als Anhänger des verstorbenen Ayatollah Montazeri und aus vermeintlich realpolitischen Gründen spricht er sich dafür aus, der gegenüber der Diktatur loyalen Politik des Ex-Präsidenten Khatami und den systemloyalen Politikern Mir Hussein Moussawi und Mehdi Karoubi zu folgen.

Er teilt die iranischen Republikaner in vier Gruppen ein: Die erste Gruppe sei an der Macht und wolle die real existierende „Islamische Republik“ erhalten. Eine zweite Gruppe wolle eine „vernünftige“ Interpretation der existierenden Verfassung durchsetzen. Eine dritte Gruppe wolle eine „Islamische Republik“, aber ohne „Welayate Faqih“, d.h. ohne den Revolutionsführer und eine vierte Gruppe wolle eine säkulare Republik. Kadivar ist der Meinung, dass eine parlamentarische Monarchie keine Chance im Iran habe.

Mohssen Kadivar zufolge unterstützt die erste Gruppe die gegenwärtigen Machthaber in der „Islamischen Republik“. Kadivar geht davon aus, dass die gegenwärtigen Machthaber und ihre Anhänger eine explizit „faschistische Lesart“ der im Iran existierenden Verfassung habe.

Kleriker wie Revolutionsführer Ali Khamenei, Scheich Hussein Nuri Hamadani, Scheich Mohammad Yazdi, Scheich Mohammad Taghi Mesbah Yazdi, Mohammad Sadeq Haeri Schirazi, Scheich Ahmad Jannati, Revolutionsgardist Mohammad Ali Jafari und Präsident Ahmadinedschad würden zu den wichtigen Befürwortern dieser Variante der „Islamischen Republik“ gehören. Für sie spiele die Stimme der Bevölkerung bei den Wahlen keine besondere Rolle, sondern die Meinung des Revolutionsführers Ali Khamenei sei ausschlaggebend. Die Stimme der Bevölkerung komme nur zur Geltung, wenn diese nicht im Widerspruch zu den Befehlen des Führers stehe.

Die Verfassung werde durch die Person des Revolutionsführers legitimiert. Der Revolutionsführer sei für sein ganzes Leben Staatsoberhaupt. Er werde nicht gewählt, sondern er sei schon von Gott ausgewählt worden und müsse nur noch „entdeckt“ werden. Alle Gesetze müssen daher vom Führer abgesegnet werden. Diese Herrschaftsform habe im Islam auch in der Tradition des Kalifats existiert, so Kadivar. Dieser ist davon überzeugt, dass die erste Gruppe die Verfassung eigentlich falsch interpretiere.

²² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6466656/Welche-Republik-ist-die-Beste-fuer-den-Iran.html> 19.02.10



Die „juristische Interpretation“ der Verfassung

Eine zweite Gruppe befürworte mehr eine „islamische Republik“, die davon ausgehe, dass der Revolutionsführer durch Wahlen bestimmt werden müsse und der Verfassung verpflichtet sei. Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 12. Juni 2009 steht Iran vor der größten innenpolitischen Zerreißprobe seit der Revolution vor 30 Jahren. Klicken Sie sich durch die Ereignisse der letzten Monate und verfolgen Sie die Geschichte des Iran zurück bis ins Jahr 1979:

Überblick

In Artikel 56 der Verfassung werde davon ausgegangen, dass Gott zwar eine absolute Herrschaft ausübe, aber der Mensch für sein gesellschaftliches Schicksal verantwortlich sei. Niemand könne dieses Gott gegebene Recht den Menschen nehmen oder lediglich einer Gruppe überlassen. Zudem werde in Artikel 6 das Wahlprinzip festgeschrieben. Wichtige wirtschaftliche und politische Fragen müssten laut Artikel 59 mit einer 2/3 Mehrheit des „Madschless“, des islamistischen Parlaments entschieden werden.

Es muss hier ergänzt werden, dass Kadivar die Rolle der totalitären Organe, zum Beispiel des Wächterrates, nicht ernstnimmt. Der Wächterrat hat von Anbeginn die Wahlen im Iran zu einer Farce gemacht, denn nur diejenigen können sich zur Wahl stellen, die dem Verständnis der nicht wählbaren totalitären Organe entsprechen.

Utopie der khomeinistischen Verfassung

Weiterhin stellt Kadivar die Utopie der khomeinistischen Verfassung wie folgt dar: Laut Artikel 9 seien die Freiheiten der Bürger garantiert. Laut Artikel 23 sei die Meinungsfreiheit garantiert und laut Artikel 24 müsse die Medienfreiheit abgesichert werden. Laut Artikel 27 gäbe es eine Versammlungsfreiheit, falls diese den islamischen Prinzipien nicht widerspreche. Jeder iranische Bürger habe laut Artikel 34 das Recht, einen Gerichtsprozess anzustrengen, um seine Rechte einzufordern und laut Artikel 36 dürfe der Angeklagte nur in einem Gerichtsprozess verklagt werden. Folter sei laut Artikel 38 verboten. Und das Madschless dürfe Untersuchungen in Bezug auf alle Staatsprobleme einleiten (Artikel 76).

Es muss ergänzt werden, dass diese Freiheiten in den letzten 31 Jahren nur für diejenigen Geltung hatten, die den Machthabern nicht widersprachen.

Laut Artikel 79 sei die Militärherrschaft verboten, fährt Kadivar fort. Laut Artikel 168 müssen die politischen Verbrechen und Vergehen der Medien in einem öffentlichen Prozess bearbeitet werden. Und laut Artikel 175 müssen auch die staatlichen Medienanstalten die Meinungsfreiheit beachten, solange diese sich im Rahmen der islamischen Gesetzgebung bewegen. Stellt sich nur die Frage, warum der Iran seit 31 Jahren zu den größten Gefängnissen für Journalisten zählt?



Reformislamistische Organisationen

Kadivar benennt Kleriker wie Scheich Yussef Sanei, Seyyed Abdolkarim Mussawi Ardebili, Seyyed Jalaludin Taheri Esfahani, Seyyed Ali Mohammad Dastqeyb Schirazi, Scheich Assadollah Bayat Sanjani, Ex-Präsident Mohammad Khatami und einige reformislamistische Organisationen, die die Kontrollfunktion und „Absegnungsvollmacht“ der totalitären Machtorgane ablehnen. Zudem habe Scheich Akbar Hashemi Rafsandschani im Jahre 1989 vorgeschlagen, dass die Amtszeit des Revolutionsführers auf 10 Jahre beschränkt werde und dieser nur einmal wiedergewählt werden könne. Auch habe er vorgeschlagen, dass der Führer vom Expertenrat kontrolliert werden solle. Der inzwischen verstorbene Ayatollah Fazel Lakarani habe dem widersprochen, weil ein Stellvertreter des verschwundenen Imam - als solcher wird der Revolutionsführer verstanden - nicht nach 10 Jahren sein Amt niederlegen dürfe.

In der Tat gibt es Risse im islamistischen Establishment. Die Anhänger dieser zweiten Variante der Islamischen Republik können zwar im Rahmen der existierenden Republik den säkularen Kräften des Iran keine Freiräume schaffen, aber sie wollen eine flexiblere islamistische Innen- und Außenpolitik und keine mit dem Stalinismus vergleichbaren Verhältnisse. Sie wollen aber die totalitäre Diktatur stabilisieren. Ex-Präsident Khatami hat zu verschiedenen Gelegenheiten ausgeführt, dass die „Reformer“ keine westliche rechtsstaatliche Demokratie und keine westlichen Menschenrechte im Iran einführen wollen.

Islamische Republik ohne Führer

Die von Kadivar identifizierte dritte Gruppe, die sich hauptsächlich aus den Nationalreligiösen zusammensetzt, geht davon aus, dass das Volk die nationale Macht bestimmen müsse. In diesem Modell habe der Präsident die höchste Macht im Staat und die drei unabhängigen Staatsgewalten sollten eine zentrale Rolle spielen. Der Wächterrat dürfe lediglich die Aufsicht führen, ob die Verfassung und die Gesetze immer eingehalten werden. Der Wächterrat müsse aber vom „Madschless“, von einem islamischen Parlament, gewählt werden.

Es muss verdeutlicht werden, dass eine solche Forderung eine Änderung der gegenwärtigen Verfassung des Iran voraussetzen würde. Denn gegenwärtig werden sechs Mitglieder des Wächterrates direkt vom Führer gewählt.

Kadivar hebt hervor, dass dieses dritte Modell von den Ayatollahs Kazem Schariatmadari und Mahmud Taleghani und nationalreligiösen Kräften wie Mehdi Bazargan, Yadollah Sahabi verteidigt worden sei.

Es sei daran erinnert, dass die Anhänger des zweiten und des dritten Modells beide zu den Säulen der Macht der „Islamischen Republik Iran“ gehört haben, aber



inzwischen immer mehr vom Machtzentrum mit brutalen Methoden abgestoßen worden sind.

Die säkulare Republik

Die iranischen Säkularisten würden eine demokratische Republik, die auf den Prinzipien der Volkssouveränität und der Menschenrechte beruht, fordern, weiß Kadivar. Religion werde von säkularen Republikanern als Privatsache betrachtet. Sie würden das Recht auf Meinungs- und Glaubensfreiheit für alle respektieren. Sie fordern in der Tat eine Abschaffung des Kopftuchzwanges für Frauen.

Im Modell einer säkularen Republik gäbe es keine Staatsreligion als solche. Alle Religionen würden anerkannt werden. Islam spielt keine herrschende Rolle mehr bei der Gesetzgebung, wie bei allen anderen drei Modellen. Kadivar zufolge entspräche das Modell der iranischen säkularen Republikaner nicht unbedingt dem französischen laizistischen Modell, sondern würde dem US-amerikanischen und anderen europäischen Demokratien eher nahekommen.

Welches Modell hat aus der Sicht Kadivars Chancen?

Kadivar hebt hervor, dass das erste Modell mit Ali Khamenei und Ahmadinedschad gegenwärtig im Iran herrschen würde. Nach Kadivars Einschätzung stellen die Anhänger dieses Modells höchstens 25 Prozent der iranischen Bevölkerung dar. Kadivar ist der Überzeugung, dass diese Zahl in den letzten Monaten zurückgegangen ist. Mehr als die Hälfte der iranischen Bevölkerung lehne dieses herrschende System ab. Kadivar bezeichnet die erste Gruppe auch als diejenige Gruppe, die ausdrücklich „eine faschistische Lesart der Verfassung“ habe.

Kadivar stellt fest, dass das dritte und vierte Modell nur infolge einer Volksbefragung realisiert werden könne. Eine Volksbefragung sei aber in absehbarer Zeit nicht möglich.

Kadivar schlägt vor, dass sich die so genannte Grüne Bewegung mit dem zweiten Modell beschäftigen sollte, weil es aus realistischen Gründen eher umzusetzen sei.

Kadivar lehnt selbst das Prinzip der Herrschaft des Klerus in all seinen Varianten ab. Er bevorzugt ein System der Demokratie und Menschenrechte. Er entscheidet sich dennoch aus vermeintlich realistischen Gründen für das zweite Modell.

Was ist die Grüne Bewegung?

Dem reformislamistischen Intellektuellen Mohammad Qochani zufolge gehe die Grüne Bewegung des Iran auf die „linke Fraktion“ der „Linie des Imam Khomeini“ in den 80er Jahren zurück und folge den Ideen des Imam Khomeini.



Besonders die Führer dieser Bewegung haben dieselbe „Identität von Ayatollah Khomeini“. Qochani schreibt: „Die Grüne Bewegung will weder eine Monarchie einführen und auch nicht den Islamismus abschaffen.“ Wenn es dieselbe Bewegung ist, die im Namen von Imam Khomeini begann und in die Reformära führte, müsse die Grüne Bewegung die „Islamische Republik“ genauso wie Imam Khomeini verteidigen. Die Formulierung von Parolen wie „Iranische Republik“ im Rahmen der Grünen Bewegung ist „nicht ratsam und obendrein falsch.“

Qochani empfiehlt der Grünen Bewegung einen Spruch von Khomeini: „Die Parole heißt die Islamische Republik, nicht mehr und nicht weniger.“ Die Forderung nach einer islamischen Republik müsse zur strategischen Parole der Reformer werden.

Abschließend sollte hervorgehoben werden, dass Intellektuelle wie Mohssen Kadivar und Qochani die illusionäre Utopie der Reformierbarkeit der „Islamischen Republik“ hochhalten. Denn eine menschenrechtsorientierte und rechtsstaatliche Demokratie wäre ohne die Abschaffung der verfassungsmäßigen totalitären Organe nicht möglich.

Iran plant die Islamisierung der gesamten Welt ²³

Die Ideologen des iranischen Regimes fordern nicht nur eine Reislamisierung des Nahen Ostens, sondern langfristig der gesamten Welt, denn der Islam sei die letzte offenbarte Religion für die ganze Welt. Mit Hilfe von dschihadistischen Terrorgruppen will sich Teheran an die Spitze einer antisemitischen Bewegung stellen.

Im Amtsblatt der Europäischen Union vom 16.6.2009 ist zu lesen, dass der Rat der Europäischen Union die Hamas, die Palästinensische Islamische Dschihad und die Volksfront zur Befreiung Palästinas-GC als terroristische Organisationen einstuft.

Die iranische Staatsführung betrachtet die in der Europäischen Union als terroristisch eingestuft Organisationen als Mitstreiter auf dem Weg zu einer „idealen“ islamischen Welt. Anlässlich der Eröffnung der Konferenz „Nationale und islamische Geschlossenheit für die Zukunft Palästinas“ in Teheran nahmen Khaled Mashall (Hamas), Ramadan Abdullah Mohammad Shallah (Palästinensische Islamische Dschihad) und Ahmed Dschibril (Volksfront zur Befreiung Palästinas-GC) an einer Sitzung mit u.a. dem iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei, Außenminister Manouchehr Mottaki und Ex-Außenminister Ali Akbar Velayati teil. Der Gastgeber Ayatollah Ali Khamenei war bei einer der Sitzungen der Hauptredner.

²³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6657957/Iran-plant-die-Islamisierung-der-gesamten-Welt.html> 05.03.10



Khamenei heizt die Stimmung an

Laut der deutschsprachigen Website des iranischen Revolutionsführers haben „Führer der Dschihad-Gruppen“ beim Treffen mit Ayatollah Khamenei am 27.2.2010 zunächst hervorgehoben, dass „Palästina und das Heilige El-Quds [Jerusalem] mit Hilfe des Widerstandes, des Dschihad und der Standhaftigkeit in die Arme der Islamischen Weltgemeinde zurückkehren [werden] und das besitzerische Israel erwartet kein anderes Schicksal als Niederlage und Untergang.“

Zwar haben die drei genannten Terrororganisationen nie darauf gewartet bis Israel untergeht und haben im bewaffneten Kampf bewiesen, wie sie den Untergang eines Staates beschleunigen wollen, aber der Übersetzer der deutschsprachigen Website des iranischen Revolutionsführer sollte dennoch korrigiert werden. Denn es war die Rede von „Nabudi“, was mehr als „Untergang“ und zwar „Vernichtung“ des Staates Israel bedeutet.

Weiterhin wurde Ayatollah Ali Khamenei auf seiner eigenen Website zitiert: „Palästina wird mit Sicherheit dank Fortsetzung der nie in Vergessenheit geratenden Standhaftigkeit der palästinensischen Nation, die Vereinigung der Dschihadgruppen zum Widerstand und dem Glauben an Gott und die Zufluchtssuche bei ihm, befreit werden und den Unterstützern des zionistischen Regimes wird nicht mehr zuteil werden als historische Schande und Verruf.“

Das iranische Staatsoberhaupt, das sich als Stellvertreter Gottes auf Erden versteht, sprach damit insbesondere die USA an, die eine Schande erleiden werden.

Khamenei sprach davon, dass die „palästinensische Nation“ den Titel des „standhaftesten Volkes der Geschichte“ verdient habe. Das iranische Staatsoberhaupt sprach den dschihadistischen Gruppen Mut zu, diese mögen den „Geist der Standhaftigkeit unter der palästinensischen Bevölkerung erhalten.“ Der iranische Revolutionsführer hat seine „Feinde“ längst ausfindig gemacht. Sie gehören zur „Front der arroganten Imperialisten und Gottlosen“.

Ali Khamenei garantierte den Führern der Terrororganisationen: „Die Befreiung Palästinas wird nicht schwerer sein als der Sieg der iranischen Nation über das Gewaltregime des Schahs.“

Khamenei riet von einer Versöhnung mit dem Staat Israel ab und sagte: „Diejenigen, die den wahren und richtigen Weg zur Befreiung von El-Quds (Jerusalem) und Palästina, nämlich den Kampf und die Standhaftigkeit außer Acht ließen, waren gezwungen, die vom Feind auferlegten Bedingungen zu akzeptieren und wenn sie nur für einen Augenblick über diese Bedingungen hinausgegangen sind, wurden sie ausgeklammert oder erniedrigt.“

Alle oben zitierten Sätze sind auf der deutschsprachigen Website des iranischen Revolutionsführers nachzulesen. Damit bringt Ali Khamenei erneut die



khomeinistische antisemitische Politik der Konterkarierung eines Friedensprozesses zwischen den Palästinensern und Israel auf den Punkt, indem er die Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Gemeinschaft, Russlands und der Vereinten Nationen als eine versöhnliche Politik mit Israel brandmarkt und verurteilt.

„Göttliche Vorbestimmungen für den Nahen Osten“

Was die Website nicht auf Deutsch übersetzte, aber als Tonmaterial auf der offiziellen Website des Ayatollah Khamenei auf Persisch zu hören ist, sind Sätze wie die folgenden. Unter anderem bittet Ayatollah Khamenei Gott, dass „wir und ihr erfolgreich unseren Weg fortsetzen.“

Ayatollah Khamenei sagt auch, dass die Führer dieser dschihadistischen Organisationen dafür sorgen müssen, dass der „Geist des Widerstandes in der Bevölkerung gefestigt wird. Der einzige Weg Palästinas ist der Widerstand und der Kampf.“

Ayatollah Khamenei versprach: „Das Palästina-Problem wird in den nächsten Jahrhunderten zur Ursache des Verrufs von Amerika werden. Palästina wird befreit werden. Zweifelt nicht daran. Palästina wird sicherlich befreit werden und wird an die palästinensische Bevölkerung zurückgegeben werden. Dort wird ein palästinensischer Staat errichtet werden. Daran gibt es keinen Zweifel. Aber Amerika und der Westen werden in Verruf geraten.“

Ayatollah Khamenei sprach von „göttlichen Vorbestimmungen für den neuen Nahen Osten“. Er sagte: „Der neue Nahe Osten wird der Nahe Osten des Islam sein. Genauso wie das palästinensische Problem ein islamisches Problem ist.“

Ayatollah Khamenei sagte: „Besteht darauf, dass es keinen anderen Weg gibt außer Widerstand zu leisten.“ Er fuhr fort: „Wer von den Palästinensern den Weg des Widerstandes verlassen hat, hat einen Nachteil erlitten. Israel ist nicht aufrichtig, wenn es um Frieden geht. Und wenn Israel auch aufrichtig wäre, dann hat Israel trotzdem keine Rechte hier. Aber Israel ist ohnehin nicht aufrichtig. Diejenigen, die auf den Pfad des Dialoges eingetreten sind, wurden gezwungen alles was der Feind sagt zu akzeptieren. Wenn sie auch nur einen Moment auf die Feinde nicht eingingen, wurden sie entweder beseitigt oder erniedrigt.“

Er sagte weiterhin: „Der Weg zur Befreiung von Palästina ist nur der Weg des Kampfes.“ Khamenei schürte den Konflikt an: „Wer diesen Weg des Kampfes nicht akzeptiert, schadet Palästina. Wenn er weiß, was er tut, [wenn er den Kampf nicht akzeptiert] dann begeht er Verrat, wenn er nicht weiß, was er tut, dann ist es Unwissenheit. Auf jeden Fall hat er Palästina einen Schlag versetzt. Palästina hat keinen anderen Weg außer Widerstand.“



Khamenei meinte auch, dass viele arabische Staaten ihre Prüfungen sehr schlecht abgelegt haben.

Im übrigen waren die Führer der terroristischen Organisationen in Teheran versammelt, um Israel - bzw. wie im islamistischen Sprachgebrauch auch üblich - das „zionistische Regime“ zu verurteilen. Die Teilnehmer der Konferenz beschlossen die „Kriegsverbrechen des zionistischen Regimes vor einem Tribunal zu verurteilen.

„Gefährliches Krebsgeschwür“

Laut der iranischen Nachrichtenagentur ISNA vom 4.3.2010 nannte der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei den „künstlichen und zionistischen Staat Israel ein gefährliches Krebsgeschwür.“ Khamenei fuhr fort: „Der einzige Weg gegen diesen gefährlichen Krebs und gegen seine Anhänger ist die Rückkehr zum Islam und die als die zentrale Achse zu betrachtende Lehre des Propheten des Islam.“

In der Tat fordern die Ideologen des iranischen Regimes nicht nur eine Reislamisierung des gesamten Nahen Ostens, sondern langfristig der gesamten Welt, denn der Islam sei die letzte offenbarte Religion für die ganze Welt.

Khamenei sprach alle muslimischen Regierungen an, die sich einigen und dem Islam folgen sollten, um dem „usurpatorischen Israel und seinen Anhängern“ zu begegnen.

Khamenei ist der Meinung, dass die „Amerikaner, die Briten und die anderen Feinde des Islam Konflikte und Intrigen in der muslimischen Ummat hervorrufen wollen.“ Er fügte hinzu: „Diese unterdrückerischen Hegemonialmächte wissen sehr genau, dass Zwietracht und Differenzen die islamische Ummat vom relevanten Problem Palästina entfernen.“ Deswegen wollten diese Feinde des Islam ein „Feuer der ethnischen, religiösen und geographischen Intrigen im Herzen der Schiiten und der Sunniten und anderer muslimischer Glaubensrichtungen entfachen,“ glaubt Khamenei.

Die religionspolitischen Vorstellungen des iranischen Revolutionsführers werden transparent, wenn er davon spricht, dass „mit dem Sieg der großen islamischen Revolution, das fromme und aufrichtige iranische Volk der Bannenträger der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Reinheit geworden ist und mit Einheit seinen Weg fortsetzen wird.“

Welcher Weg das ist, ist in den letzten Tagen wieder deutlich geworden: Mit Hilfe von dschihadistischen Terrorgruppen will sich das iranische Regime an die Spitze einer gewalttätigen und antisemitischen Bewegung stellen, die mit der Ideologie der „islamischen Ummat“ die islamische Welt reislamisieren will. Im Zuge der Reislamisierung soll das „Krebsgeschwür Israel“ vernichtet werden.



Das Ziel: Vernichtung des zionistischen Regimes

Erst am 25.2.2010 hatte der iranische Präsident Dr. Ahmadinedschad bei einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Assad gesagt, dass der Westen seine „Hoffnung auf einen Broader Middle East unter der Herrschaft der Zionisten und der Arroganten ins Grab tragen werde.“

Weiterhin sagte Ahmadinedschad auf derselben Sitzung: „Selbstverständlich ist aber ein neuer Naher Osten auf dem Wege. Ein Naher Osten, in dem Zionisten und die Arroganten keinen Platz haben werden.“

Und ein Tag später, am 26.2.2010, sprach Ahmadinedschad bei einem Treffen mit Hassan Nassrallah, Generalsekretär der Hisbollah von dem „künstlichen Regime“: „Wenn das zionistische Regime seine Fehler wiederholt und neue Abenteuer beginnt, wird es gänzlich entwurzelt werden und die Region wird für alle Zeiten von diesem Übel befreit werden.“

Der iranische Präsident sagte: „Das göttliche Versprechen ist die Vernichtung des künstlichen, verbrecherischen, zionistischen Regimes. Und der große Sieg ist nahe.“ Solche Sätze kann man auf der offiziellen Website des iranischen Präsidenten nachlesen. Sie machen auch deutlich wie nah der iranische Präsident dem angeblich „moderaten“ Revolutionsführer Ali Khamenei steht und wie antisemitisch die iranische Staatspolitik im übrigen seit 31 Jahren ist.

Hamas und Dschihad gegen Friedensgespräche

Am Donnerstag, den 4.3.2010 wurde bekannt, dass mit Zustimmung der Arabischen Liga und Vermittlung Washingtons für die Dauer von vier Monaten „indirekte Verhandlungen“ zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und der israelischen Regierung beginnen sollen, um die über zwei Jahrzehnte in die Sackgasse geratenen Friedensgespräche in Gang zu bringen.

Die politischen Führer der Hamas und des Palästinensischen Dschihad haben indessen diese Entscheidung verurteilt. Kein Wunder, denn der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei und der iranische Präsident Ahmadinedschad hatten ihnen gerade eine solche virulente und antisemitische Politik empfohlen.



Machtkämpfe und Hinrichtungen im Iran ²⁴

Der Machtkampf zwischen den khomeinistischen Führungspersönlichkeiten im Iran geht weiter. Jetzt gibt es massiv Hinrichtungen.

Ähnlich wie in den 80er Jahren versucht das khomeinistische Regime mit Hinrichtungen und Verhaftungen seine Macht gegen jede zivilgesellschaftliche Regung durchzusetzen. Hinter den Kulissen spielt sich ein Machtkampf zwischen den Rivalen ab, die bisher gemeinsam über 30 Jahre die totalitäre khomeinistische Diktatur stabilisiert haben.

Als Haschemi Rafsandschani Ali Khamenei an die Macht verhalf

Es war der 5.6.1989. Auf einer geheimen Sitzung zitierte Haschemi Rafsandschani einen Satz des verstorbenen Ayatollah Khomeini, wonach Hodschat al-islam Ali Khamenei, der längst kein Ayatollah war, als geeignet für das Amt des Führers auserkoren sei. Wie Farzaneh Bazrpur in Roozonline feststellt, dachte Rafsandschani damals nicht daran eines Tages in einen Konflikt mit dem zweiten Revolutionsführer Khamenei zu geraten .

Tatsächlich wurde Hodschat al-islam Ali Khamenei über Nacht zum Ayatollah gemacht, um das totalitäre Amt des Revolutionsführers auszuüben. Rafsandschani blieb aber ein Hodschat al-islam.

Bazrpur betont, dass Haschemi Rafsandschani in den 8 Jahren des Krieges gegen den Irak, d.h. zwischen 1980 und 1988 zu den drei wichtigsten Männern der „Islamischen Republik“ zählte. In den 80er Jahren gab es neben dem Präsidenten auch einen Ministerpräsidenten, wobei der Ministerpräsident alle Fäden der Exekutive in der Hand hielt. Der Präsident dagegen hatte keine wirkliche Macht. In den Jahren zwischen 1981 und 1989 war Ali Khamenei Präsident des Iran. Rafsandschani war von 1989 bis 1997 Präsident des Iran. Mir Hussein Moussavi war zwischen 1981 und 1989 der kriegsbewährte khomeinistische Ministerpräsident.

Machtintrigen unter Khomeinisten

Die Ironie der Geschichte ist, dass nach dem Tode von Ayatollah Khomeini Rafsandschani hinter den Kulissen dazu beitrug, dass das Amt des Ministerpräsidenten abgeschafft wird. Mir Hussein Moussavi, der bewährte Ministerpräsident, zog sich aus der Politik weitgehend zurück, bis er im letzten Sommer als Rivale Ahmadinedschads auftrat. Rafsandschani wurde 1989 zunächst Vorsitzender des Madschless, des khomeinistischen Parlaments, das den Namen eines Parlaments nie verdient hat.

²⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7623764/Machtkaempfe-und-Hinrichtungen-im-Iran.html> 14.05.10



Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 12. Juni 2009 steht Iran vor der größten innenpolitischen Zerreißprobe seit der Revolution vor 30 Jahren. Klicken Sie sich durch die Ereignisse der letzten Monate und verfolgen Sie die Geschichte des Iran zurück bis ins Jahr 1979:

Haschemi Rafsandschani ist immer noch ein mächtiger Mann im Iran und hat sich durch die Islamische Revolution obendrein bereichert. Er soll zu den reichsten Männern der Welt gehören. Und sein Geld investiert der Hodschat al-islam hauptsächlich im Ausland. Die früheren Mitarbeiter von Rafsandschani sind faktisch entmachtet: Gholamhusein Karbaschi schweigt seitdem er wegen Korruption zeitweise in Haft saß. Ataollah Mohadscherani hat sich längst ins Ausland abgesetzt.

Nun steht der Sohn von Haschemi Rafsandschani unter Korruptionsverdacht. Wenn Mehdi Haschemi verurteilt werden sollte und möglicherweise sogar eine längere Haftstrafe bekommt, dann könnte es auch ein Ende seines Vaters, des Multimillionärs Haschemi Rafsandschani bedeuten.

Bazrpur schreibt zu Recht, falls Haschemi Rafsandschani, einer der mächtigen Männer des Iran eines Tages sein Schweigen brechen und seinen Sohn verteidigen sollte, dann könnte es sein, dass der zweite Revolutionsführer Ali Khamenei einen neuen Feind findet. Spätestens dann muss Rafsandschani seine Funktion im Expertenrat aufgeben, zumal er kürzlich die jungen Demonstranten, die in iranischen Gefängnissen sitzen, verteidigt hat.

Ist Moussavi ein Abtrünniger?

Unter starkem Druck steht auch der frühere Ministerpräsident des Iran, Mir Hussein Moussavi. Qolamhusein Elham, Mitglied des totalitären Organs des Wächterrates, bezeichnete am 10.5.2010 Moussavi als einen „Mohareb“, einer der gegen das islamische System kämpfe.

Und am 12.5.2010 bezeichnete Nossratollah Kuhibaq-Anari den einstigen Ministerpräsidenten von Ayatollah Khomeini als „mortad“, als einen Abtrünnigen, der vom Islam abgefallen sei und zudem die „islamische Barmherzigkeit“ missbrauche. Für Abtrünnige ist im Islam die Todesstrafe vorgesehen. Dieses Mitglied des khomeinistischen Madschless ist der Meinung, dass Moussavi „gegen den Islam“ sei, weil er die Hinrichtungswelle der letzten Tage kritisiert habe.

Und Mehdi Karroubi, der chancenloseste Rivale von Ahmadineschad sagt bedenkenlos über die Verhaftungen: „Ich hätte nie gedacht, dass wir eines Tages so weit kommen, dass solche Handlungen normal werden und mit den Erben des Imam Khomeini und der Revolution so umgegangen wird.“

Als ob die neue totalitäre Herrschaft nicht mit Khomeini und seiner Revolution begonnen hätte.



Wie Elahe Boqrat schreibt, beschützt Ayatollah Khomeini heute mehr als zu seinen Lebzeiten die Islamische Republik

In der Tat beruft sich heute ein Teil der Gegner der khomeinistischen Machtmonopolisten trotzdem auf Ayatollah Khomeini, der nur mit Hitler, Stalin und Mao vergleichbar ist.

Im Iran sind Ayatollahs auch gegen Ayatollahs ²⁵

Von der Stunde Null der islamischen Revolution an gab es ein Ränkespiel unter den schiitischen Klerikern, wer von ihnen die Macht im Staat erobert.

von Wahied Wahdat-Hagh

Der inzwischen in den USA lebende Akbar Gandschi, der zu den islamistischen Revolutionären der ersten Stunde gehörte, hat sich schon seit einigen Jahren zum Kritiker des khomeinistischen Systems gewandelt und geht nun mit dem Gründer der „Islamischen Republik Iran“, mit Ayatollah Khomeini und seinen Anhängern hart ins Gericht.

In einer Auseinandersetzung mit dem linksislamistischen Intellektuellen und Politiker Mostafa Tadschzadeh, der Mitglied der inzwischen verbotenen Organisation der Modschahedin der islamischen Revolution ist, kritisiert Akbar Gandschi, dass Tadschzadeh immer noch die Fahne von Ayatollah Khomeini hoch hält.

Tadschzadeh diente unter der Ministerpräsidentschaft Mir Hussein Moussawis in den 80er Jahren im Ministerium für islamische Führung und unter Präsident Khatami im Staatsministerium.

Nun rechnet Gandschi auch mit dem Teil der legalen islamischen Opposition ab, der immer noch im Namen von Ayatollah Khomeini handelt.

Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 12. Juni 2009 steht Iran vor der größten innenpolitischen Zerreißprobe seit der Revolution vor 30 Jahren. Klicken Sie sich durch die Ereignisse der letzten Monate und verfolgen Sie die Geschichte des Iran zurück bis ins Jahr 1979:

Akbar Gandschi kritisiert Tadschzadeh, weil dieser zwar die gegenwärtige Politik des zweiten Revolutionsführers Ayatollah Khamenei kritisiere, aber Ayatollah Khomeini reinwaschen wolle und seine Verbrechen herunterspiele. In den 80er Jahren hätten die schlimmsten Verhältnisse, die schlimmsten Foltermethoden und Hinrichtungen in den iranischen Gefängnissen vorgeherrscht, berichtet Gandschi.

²⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article8180537/Im-Iran-sind-Ayatollahs-auch-gegen-Ayatollahs.html> 25.06.10



Hohe schiitische Kleriker wurden zu Beginn der Revolution isoliert

Gandschi erinnert daran, dass zu Beginn der islamischen Revolution von 1979 hohe schiitische Kleriker wie der Groß-Ayatollah Schariatmadari Hausarrest bekamen. Tatsächlich war der hochrangige Ayatollah Schariatmadari gegen die Vollmachten gewesen, die die neue Verfassung in Artikel 110 dem Revolutionsführer gibt. Die neuen Herrscher handelten konsequent machtpolitisch und sprachen Schariatmadari sogar den höchsten klerikalen Status ab.

Es war Ayatollah Khomeini, der dem höherrangigen Ayatollah Schariatmadari vorwarf mit Sadeq Qotbzadeh zusammen gearbeitet zu haben. Qotbzadeh, der von November 1979 bis August 1980 Außenminister war, warf man vor, Attentate gegen Khomeini geplant zu haben. Er wurde hingerichtet. Der verstorbene Groß-Ayatollah Montazeri schrieb in seinen Memoiren, dass Geschichten über Qotbzadeh erfunden worden waren, um ihn und Ayatollah Schariatmadari zu entmachten.

Die Ereignisse in dieser Phase machen deutlich, dass es den neuen Machthabern nicht um den Islam ging, sondern lediglich um Macht. Im Ränkespiel wurden die hochrangigsten schiitischen Kleriker wie Ayatollah Schariatmadari kalt gestellt.

Khomeini wurde ein großer Gegner von Montazeri

Gandschi berichtet, dass Khomeini sogar gegen eine offizielle Beisetzung des Groß-Ayatollah Schariatmadari gestimmt habe. Auf einer kleinen Versammlung, an der unter anderen der damalige Ministerpräsident Mir Hussein Moussavi (heute entmachtet), Hashemi Rafsandschani und der heutige Revolutionsführer Ali Khamenei teilgenommen haben, habe Khomeini sich dagegen ausgesprochen, dass Hadsch Reza Sadr, ein Geistlicher, gemäß des Wunsches von Groß-Ayatollah Schariatmadari bei seiner Beisetzung bete.

Hadsch Reza Sadr kritisierte später, dass Ayatollah Khomeini sogar das Gebet für den verstorbenen Groß-Ayatollah Schariatmadari verbot, nur weil er ein Rivale war. Für die Khomeinisten verfolgte Ayatollah Schariatmadari lediglich den Plan einer „liberalen Revolution“. Dies wurde daran festgemacht, dass Schariatmadari auch mit dem ersten Ministerpräsidenten Khomeinis, Mehdi Basargan, zusammenarbeitete, der ebenfalls sehr bald entmachtet wurde. Es ging nicht um Religion, sondern um staatliche Macht.

Als Ayatollah Khomeini den Befehl zur Hinrichtung von Tausenden Gefangenen gab, gehörte zu einem seiner prominentesten Kritiker Ayatollah Montazeri. Eigentlich sollte er Nachfolger von Khomeini werden. Als er aber Khomeini kritisierte, wurde er isoliert und ging in die legale Opposition.

Ayatollah Khomeini wurde selbst ein großer Gegner von Ayatollah Montazeri, der nicht nur die Massenmorde, sondern auch die zu lange Fortsetzung des Krieges



kritisiert hatte. Und als Ayatollah Montazeri aufgefordert wurde zu bereuen, tat er es nicht.

Auch Montazeri bekam Hausarrest

Gandschi berichtet weiter, dass Ayatollah Khomeini keine klerikalen Rivalen duldete. Ein weiteres Beispiel sei Ayatollah Sadegh Rohani. Auch dieser Kleriker gehörte zu den Kritikern von Ayatollah Khomeini. Er bekam von Ayatollah Khomeini ein Ausreiseverbot, weil befürchtet wurde, dass er im Exil viele auch religiöse Oppositionelle um sich scharen könnte.

Ayatollah Sadegh Rohani gehörte sogar zu den Kritikern von Ayatollah Montazeri. Er begrüßte keineswegs, dass es mal geplant war, dass Montazeri Revolutionsführer wird. Wen wundert es, dass auch Ayatollah Sadegh Rohani Hausarrest bekam. Dabei hatte Ayatollah Montazeri den damaligen Richter der Revolutionsgerichte Mohammad Mohammadi Reyshahri aufgefordert, ihn wieder frei zu lassen. Rohani sei vom Beruf Geistlicher und dürfe daher in seinem theologischen Unterricht Kritik ausüben. Es sei nicht gut, wenn der Eindruck entstünde, dass er, Montazeri, seinen Hausarrest veranlasst habe.

Montazeri bekam später selbst Hausarrest. Ayatollah Reyschahri, Absolvent der extremistischen Haghani-Schule, machte aber Karriere. Als Vorsitzender der islamischen Revolutionsgerichte hatte er schon das Todesurteil für Qotbzadeh ausgesprochen, wie für viele andere auch. Er wurde später Geheimdienstminister und Oberster Staatsanwalt des Iran.

Khomeini gegen Mossadegh

Gandschi schreibt in seinem Artikel, der am 17.6.2010 in Roozonline erschien, dass Ayatollah Khomeini der Meinung war, dass der nationalistische Premierminister Mossadegh (1951-53) kein Muslim gewesen sei. weiter blättern

Iran feiert Islamische Revolution

Gandschi zitiert Ayatollah Khomeini, der Mossadegh und seine nationalistischen Anhänger kritisiert habe. Khomeini kritisierte, dass die nationalistischen Kräfte in den 50er Jahren Ayatollah Kaschani sehr schlecht behandelt hatten. Diese sollen einem Hund eine Brille aufgesetzt und diesen vor dem damaligen Parlament vorgeführt haben. Der Hund soll ein Plakat um den Hals getragen haben, worauf „Ayatollah“ geschrieben stand. Ayatollah Kaschani forderte schon in den 50er Jahren die Einführung der Scharia als Staatsgesetz. Die nationalistischen Kräfte wollten einen säkularen Staat.

Gandschi kommt zu dem Schluss, dass der gegenwärtige Revolutionsführer Ayatollah Khamenei im Grunde sehr ähnlich wie sein Vorgänger handle, wenn es um die Beseitigung seiner Gegner gehe. Wenn heute Kleriker wie Ayatollah Sanei, wie



Mehdi Karroubi vom „Mob“ der Straße angegriffen werden, weil diese die Machthaber kritisieren, würde Ayatollah Khamenei ähnlich vorgehen wie zuvor Ayatollah Khomeini, und zwar mit brutaler Repression.

Keine Unterstützung durch die USA

Gandschi schreibt abschließend: „Dieses Regime ist ein Regime der Lüge und der List. Der sultanistische Apparat ist dabei, Tag und Nacht neue Lügen zu erfinden.“

Akbar Gandschi vertritt die Position, dass die staatliche Führung der „Islamischen Republik Iran“ vom Internationalen Strafgerichtshof mit Sitz in Den-Haag angeklagt werden könnte. Es gibt aber grundsätzliche Hindernisse: Erstens können die staatlichen Verbrechen, die vor 2002 begangen wurden, nicht mehr verfolgt werden. Zweitens sei der Iran kein Unterzeichnerstaat des Internationalen Strafgerichtshofs.

Drittens könnte zwar der UN-Sicherheitsrat trotz der Nicht-Mitgliedschaft des Iran seine Zustimmung zur Anklage gegen die politische Führung des Iran geben. Die USA würden das Verfahren aber nicht unterstützen - das hebt Gandschi hervor – da sie selbst nicht Unterzeichnerstaat sind.

Machtintrige soll Ahmadinedschads Herrschaft sichern ²⁶

Trotz langjährigem Streit sollen sich Ex-Präsident Rafsandschani und Präsident Ahmadinedschad angenähert haben, um sich gemeinsam gegen Moussavi zu stellen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Nachdem der Revolutionsführer Ali Khamenei die Einheit der politischen Elite des Iran gefordert hatte, gab es bemerkenswerte machtpolitische Bewegungen unter den Persönlichkeiten der khomeinistischen Führungsriege. Rafsandschani, der für sich noch eine politische Zukunft in der „Islamischen Republik“ sieht, stellte sich prompt gegen Moussavi, der als Kritiker von Ahmadinedschad in die Geschichte eingehen will.

Lange gehörte Rafsandschani zu den innerislamistischen Gegnern von Ahmadinedschad. Der Machtstratege Rafsandschani setzt nun seine Zick-Zack-Strategie ein, indem er Moussawi kritisiert, Khameneis Machtposition verteidigt und sich sogar Ahmadinedschad angenähert haben soll. Das würde Sinn machen, denn Rafsandschani will immer noch der nächste Revolutionsführer der „Islamischen Republik“ werden.

²⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article8736290/Machtintrige-soll-Ahmadinedschads-Herrschaft-sichern.html> 31.07.10



Nach der Niederschlagung der Proteste infolge der Wahl von Ahmadinedschad hatte Rafsandschani die Freilassung der Anhänger Moussavis aus der Haft gefordert. Indessen will Rafsandschani den Ex-Ministerpräsidenten Moussavi delegitimieren, indem er seine Entschlossenheit im Krieg gegen den Irak (1980-1988) in Frage stellte. Rafsandschani behauptet nun, dass Moussavi als Ministerpräsident nicht entschieden genug im Krieg gegen den Irak gehandelt habe, schrieb Kayhan am 29.7.2010. Moussavi habe beispielsweise nicht ernsthaft an die Verteidigungsfähigkeit der iranischen Luftwaffe geglaubt. Laut Kayhan soll Moussawi als Herausforderung regelrecht neue Kriegsaufgaben auferlegt bekommen haben, weil er daran zweifelte, dass der Iran militärisch in der Lage gewesen sei Bagdad zu erobern. Die Kritik von Rafsandschani gegen Moussavi wirkt in Ergänzung zu den Vorwürfen des Landesverrats, die von Anhängern Ahmadinedschads stammen. Diese werfen Moussavi vor in verräterischer Art und Weise für die Unruhen der letzten Jahre verantwortlich zu sein. Indessen stellt Rafsandschani ihn als einen Politiker dar, der die nationalen Ziele des Iran schon im Krieg gegen den Irak nicht mitgetragen habe.

Khamenei setzte Rafsandschani und Ahmadinedschad unter Druck

Der Revolutionsführer Ali Khamenei soll laut iranischen Zeitungsberichten Druck auf Ex-Präsident Hashemi Rafsandschani und Präsident Ahmadinedschad ausgeübt haben, ihren Streit beizulegen, um die „Einheit der Kräfte zu bewahren“. Inzwischen sollen die beiden Machtpolitiker sich bei einer öffentlichen Veranstaltung umarmt haben, berichtete Roozonline am 28.7.2010. Sie sollen sogar einige Worte gewechselt haben, was in den iranischen Zeitungen als eine Annäherung interpretiert wird.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Zeichen der Versöhnung innerhalb der innerislamistischen Konfliktparteien, die alle gemeinsam die totalitäre Diktatur der absoluten Herrschaft des Klerus legitimieren. Alle Versuche scheiterten: Beispielsweise soll Ayatollah Mesbahe Yazdi, Mentor von Ahmadinedschad, der als ein Gegner von Rafsandschani gilt, gesagt haben: „Mein Lächeln und das Lächeln von Rafsandschani lösen nicht unsere Konflikte.“ Die beiden Gegner hatten sich in aller Öffentlichkeit freundlich angesprochen und angelächelt.

Das Gegenteil soll nun der Fall sein. Denn es geht darum wer in Zukunft das Machtmonopol übernimmt. Aus dem Umkreis von Ayatollah Mesbahe Yazdi ist immer wieder zu hören, dass die Entmachtung Rafsandschanis nahestünde. Daher mögen die Versöhnungszeichen der beiden Machtpolitiker der Diktatur auch nur vorübergehend sein und keine weitere Bedeutung haben.

Tatsächlich kann die Angst vor der eigenen Entmachtung Rafsandschani dazu bewegen haben sich nicht als einer der Führer der sogenannten grünen Bewegung, sondern als ein Verteidiger der politischen Herrschaft des Revolutionsführers



darzustellen. Ergo, muss sich Rafsandschani offen gegen Moussavi stellen. Die Frage ist, ob Rafsandschanis Opportunismus seine Entmachtung verhindert.

Ahmadinedschad und Khamenei sind entschlossen die totalitäre Herrschaft des Staatsklerus weiterhin mit Hilfe der Revolutionsgardisten und des Militärs zu stabilisieren und das iranische Urananreicherungsprogramm gegen alle Drohungen der westlichen Demokratien fortzusetzen.



Iran und seine Nachbarn

Afghanistan zwischen Iran und dem Westen ²⁷

Auf dem Weg nach Schanghai besuchte der iranische Präsident die afghanische Hauptstadt Kabul. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder soll vertieft werden. Der Iran versucht seinen Einfluss in Afghanistan zu stärken und die westliche Position zu schwächen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Wie die afghanische Nachrichtenagentur Pajhwok berichtete, haben der iranische Präsident Ahmadinejad und der afghanische Präsident Karzai ein 6 Punkte Memorandum unterzeichnet. Die iranische Regierung will den Afghanen beim Aufbau von afghanischen Institutionen in der Landwirtschaft und bei der Ausbildung von Veterinärmedizinern helfen. Zudem wird der Iran beim Bau einer Straße von 110 km Länge helfen. Weiterhin will der Iran u.a. in Wasseraufbereitungsanlagen investieren und beim Aufbau der medizinischen Fakultät der Kabuler Universität helfen.

Iran hat nackte wirtschaftliche Interessen am afghanischen Markt. Präsident Ahmadinejad knüpft an die außenpolitische Initiative seines Vorgängers, Mohammad Khatami, an und setzt auf regionale Verbündete und iranische Exportvorteile. Die deutsche Bundesagentur für Außenwirtschaft, bfai, meldete schon im April diesen Jahres, dass der Iran vorhat, Afghanistan verstärkt beim Wiederaufbau zu unterstützen. Iran lieferte allein zwischen März 2005 bis März 2006 Waren im Wert von 232 Mio. US-Dollar nach Afghanistan. Der iranische Ölexport ist in diesem Betrag nicht enthalten. IRNA meldete, dass die iranischen Exporte nach Afghanistan im letzten Jahr um 300 Mio. Dollar betragen haben, dagegen betragen die Importe aus Afghanistan lediglich drei Mio. Dollar.

Bfai zufolge exportiert Iran Baumaterialien, die beim Wiederaufbau in Afghanistan stark nachgefragt sind. Infrastrukturprojekte in der afghanischen Grenzregion werden von iranischen Firmen durchgeführt. Die Bundesagentur hebt den Bau der Straße Dogharoun-Herat und der Brücke Milak sowie Projekte in den Bereichen Wasser, Landwirtschaft, Telekommunikation und Medizin hervor. Auch im Rahmen der Behebung der afghanischen Versorgungsmängel investiere der Iran in bei Stromgewinnung und Wasserkraftwerke. Auf Expertenebene würden technische Besprechungen sowie Trainingsmaßnahmen durchgeführt werden. Gemeinsam seien bereits Dämme errichtet worden. Darüber hinaus exportiere der Iran sogar Strom nach Afghanistan.

²⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061604/Afghanistan-zwischen-Iran-und-dem-Westen.html> 14.12.2007



Terroristische Gewalt

Die afghanische Regierung hat mit dem Iran auch vereinbart, gemeinsam gegen den Terrorismus zu kämpfen. Der afghanische Präsident Karzai hatte kürzlich die Rolle des Iran als positiv bezeichnet, berichtet die afghanische Zeitung Daily Afghanistan.

Robert Gates, US-amerikanischer Verteidigungsminister sagte jedoch, dass „substantielle“ Mengen von iranischen Waffen immer wieder nach Afghanistan gelangen würden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Waffen mit Hilfe der Quds-Einheiten der iranischen Pasdaran, ein Teil der iranischen Armee, nach Afghanistan und in den Irak gelangen. Fest steht, dass die iranische Wirtschaft in hohem Maße vom afghanischen Markt profitiert und die afghanische Regierung dankbar ist für jede Investition aus dem Ausland. Die iranische Regierung hat gleichzeitig ein starkes Interesse, den Erfolg der Amerikaner und ihrer Verbündeten zu konterkarieren. Daher ist es möglich, dass die Pasdaran auf der operativen Ebene mit den Taliban zusammenarbeiten, zumal die terroristische Organisation von Hekmatyar offen vom Iran unterstützt und ausgebildet worden ist.

Die USA haben inzwischen erklärt, dass Pläne existieren, wonach die Revolutionsgarden der Pasdaran als eine terroristische Gruppe eingestuft werden sollen.

Afghanische Zeitung vergleicht Ahmadinejad mit Hitler

Jenseits der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen gibt es auch Dissens. Kabulpress, die zu den größten afghanischen Nachrichtenagenturen gehört, berichtet sehr negativ über die Erfahrungen der Afghanen im Iran. Die Iraner seien in den letzten Monaten gegen die Afghanen emotional aufgehetzt worden, so dass die Afghanen im Iran regelmäßig diskriminiert, geschlagen und beleidigt würden. Sogar ein afghanisch-islamischer Geistlicher sei in Isfahan von Sicherheitsbeamten öffentlich geschlagen worden, weil er die Behandlung der Afghanen kritisiert habe. Tausende Afghanen wurden in den letzten Monaten aus dem Iran ausgewiesen. Amin Tarzi schreibt, dass die iranische Regierung mit der Abschiebung der Afghanen beweisen wolle, dass die amerikanische Demokratie eigentlich nicht funktioniere. Die schnelle Reintegration der Afghanen ist sehr schwer. Zudem könne der Iran auch Spione mit den Flüchtlingen nach Afghanistan schleusen.

In der afghanischen Zeitung Kabulpress wurde die iranische Haltung gegenüber den Afghanen mit der Behandlung der Juden im Nationalsozialismus verglichen. In einem weiteren Artikel wurde sogar vor einer „iranischen Kristallnacht“ gewarnt. Der Hass gegen Afghanen werde geschürt und diese würden seit April diesen Jahres systematisch ausgewiesen werden. Ahmadinejad wird ausdrücklich mit Hitler verglichen. Ein afghanisches Sprichwort besage, dass der „Wolf eine unbeaufsichtigte Schafherde leicht überfalle“, daher müsse Ahmadinejad besser kontrolliert werden.



Iranische Machtpolitik

Die afghanisch-iranischen Beziehungen bleiben ambivalent. Es sollte in Erinnerung gerufen werden, dass der Iran die westliche Präsenz, auch die der deutschen Soldaten in Afghanistan als westlichen Kolonialismus begreift. Der Iran versucht durch eine aktive Investitionspolitik von der Abwesenheit westlicher Unternehmen in Afghanistan zu profitieren. Gleichzeitig haben die iranischen Machthaber ein Interesse an Destabilisierung der westlichen Aufbaupolitik in Afghanistan. Denn Afghanistan soll iranischer Verbündeter werden, wie Syrien, Hisbollah, Hamas und Jihade Islami. Daher ist die iranische Strategie in Afghanistan als eine reine Machtpolitik zu verstehen.

Die afghanische Regierung ist wiederum sowohl auf wirtschaftliche Hilfe, als auch auf die militärische Hilfe angewiesen. Gut möglich, dass Präsident Karzai die iranischen Petrodollars gerne annimmt, auch wenn sie von einer totalitären Diktatur stammen. Gleichzeitig verzichtet er aber nicht auf die militärische und politische Hilfe aus dem Westen.

Iran: Die Pasdaran und der Revolutionsexport ²⁸

Die USA wollen die Pasdaran auf ihre Terrorliste setzen. Begründung: Die iranischen Revolutionsgardisten würden Aufständische in Irak und in Afghanistan unterstützen. Dies wird hierzulande als eine Konfrontationspolitik der Amerikaner wahrgenommen. Ein Blick auf die Geschichte der Pasdaran lohnt sich .

Von Wahied Wahdat-Hagh

Die Meldung kam für viele überraschend. Die USA beabsichtigen, die Pasdaran auf ihre offizielle Terrorliste zu setzen. In den deutschen Medien wurde über die Motive spekuliert. Suchten die USA einen Grund für einen Militärschlag? Oder sollte der Iran als Sponsor des Terrorismus „gebrandmarkt“ werden? Oder sollten die Revolutionsgarden mit extremistischen Gruppierungen wie Hisbollah gleichgesetzt werden? In den deutschen Medien wird die Befürchtung geäußert, dass eine Einstufung der Quds-Einheiten der Pasdaran als terroristische Gruppe die innerislamistischen Streitgruppen des Staatsklerus wieder zusammenschweißen könnte.

Der Mythos des Demokratisierungspotentials der Islamischen Republik wird vor diesem Hintergrund wieder hoch gehalten, als ob wirklich die USA und Israel für die totalitäre Diktatur im Iran verantwortlich wären.

²⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061608/Iran-Die-Pasdaran-und-der-Revolutionsexport.html> 25.08.07



Wenn Mohtashemipour deutliche Worte spricht

Tatsache ist, dass auch khomeinistische „Reformer“, die sogenannten „Linksislamisten“ von Anfang an mit der Geschichte der Pasdaran und des iranischen Revolutionsexportes eng verbunden waren. Vor rund einem Jahr gab Seyyed Ali Akbar Mohtashemipour ein Interview in der Zeitung Sharq. Er war Anfang der 80er Jahre iranischer Botschafter in Syrien. Und bei den letzten Präsidentschaftswahlen war er einer der Sprecher des Ex-Präsidenten Mohammad Khatami. Mohtashempour gehört einer linksislamistischen Gruppe der Majma Rohaniune Mobares, der kämpfenden Geistlichkeit an.

In dem Interview wird er gefragt, ob es denn nicht besser gewesen wäre, die Zusammenhänge zwischen der Gründung der Hisbollah in Libanon und der Pasdaran nicht transparent zu machen. Er erwiderte: „Wir wollen doch nicht schmeicheln. Die Hisbollah war von Anfang an ein moralisches Kind von Imam Khomeini und der Islamischen Republik Iran.“

Die Hisbollah wurde in Iran ausgebildet Welche Moralvorstellungen Seyyed Mohtashemipour hat, wird deutlich wenn er über seine Rolle bei der Gründung der libanesischen Hisbollah plaudert. Auf die Frage, woher die von ihm so bezeichnete „stärkste Guerillabewegung der Welt“ ihr Know-How habe, erwiderte er, dass ein Teil der Ausbildung im Iran stattgefunden habe, zumal die Hisbollah auch an dem achtjährigen Krieg gegen Irak teilgenommen habe. Er fuhr fort:

„Die Hisbollah ist teilweise im Libanon ausgebildet worden. Ayatollah Khomeini war dagegen, dass im Jahre 1982 Kräfte nach Syrien und Libanon geschickt werden. Nachdem das fünfte iranische Flugzeug Einheiten der Sepahe Pasdaran, der Bassiji und der Truppe Zolfaqar nach Libanon brachte, äußerte Ayatollah Khomeini seinen Einwand.“

Er sei dann aus Syrien nach Teheran gereist, um bei Ayatollah Khomeini vorstellig zu werden. Khomeini habe ihm deutlich gemacht, dass alle Kräfte an den Fronten gebraucht würden. Mohtashemipour zitiert Khomeini: „Wie können wir unsere Kräfte der Sepahe Pasdaran und der Bassiji nach Syrien und nach Libanon schicken, während wir sie doch für den Kampf im Irak und in der Türkei brauchen.“ Gegen Irak herrschte Krieg und die Türkei sei als Mitglied der NATO eine Gefahr.

Mohtashemipour fuhr fort: „Der Imam sagte, dass der einzige Weg, der existiere, darin bestehe die libanesischen Jugend und andere Kräfte auszubilden, sie vorzubereiten und auszurüsten.“ Natürlich wurde auch hier von den islamischen Ideologen ein Verteidigungskrieg gegen Israel konstruiert.

Besonders interessant ist die Antwort auf die Frage, wie viele Hisbollah-Milizen von Iranern ausgebildet worden seien. Mohtashemipour erwiderte: „Solange ich in Syrien und im Libanon war, wurden mindestens 30 Ausbildungsgänge durchgeführt. In



jedem Ausbildungsgang wurden mindestens 300 Libanesen ausgebildet. Danach wurde die Ausbildung fortgesetzt. Bis heute wurden mehr als 100.000 Personen direkt oder indirekt ausgebildet.“

Iranische Raketen in den Händen der Hisbollah

Dann verrät Mohtashempour auch woher die heutigen Waffen der Hisbollah stammen und wozu sie dienen. Hisbollah verfüge über Raketen wie, „Raad-1, Raad-2 und über Katjuscha-Raketen, die 30 km in den israelischen Boden eindringen können. Die Hisbollah hat sogar Raketen von Kheibar-1, Kheibar-2 und Kheibar-3, die jeweils eine Reichweite von 70 km, 120 und 250 km haben.“ Diese Raketen stammen aus dem Iran und sind nach dem Rückzug der Israelis aus dem Libanon im Jahre 2000 in den Libanon gebracht worden.

Die iranischen Waffen dienen nicht zur Demokratisierung der Region, sondern als militärische Stütze einer Organisation, die einen islamischen Gottesstaat nach dem Modell des Iran aufbauen will.

Nachdem die USA angekündigt hatten, die Pasdaran auf die Terrorliste, auf der gegenwärtig 42 Organisationen aufgeführt sind, setzen zu wollen, wurden diese in den letzten Tagen von allen Kräften des Staatsklerus gelobt. Die Propagandamedien und die Politiker des Iran waren natürlich alle entrüstet über die US-Botschaft. Ein Mitglied des islamischen Parlaments, das zutreffender als Majless bezeichnet werden sollte, nannte die Pasdaran eine „heilige Institution“. Diese werde nie von den Angriffen der USA geschwächt werden. Ein anderes Mitglied des Majless vertrat die Position, dass die „Pasdaran ein Modell für die antiimperialistischen Staaten“ seien. Wiederum ein anderes Mitglied meinte, dass die „Pasdaran eine Organisation sind, die den Weltterrorismus bekämpft.“ Und wer sind aus der Perspektive der islamischen Diktatur die Unterstützer des Terrorismus: USA, Israel und manche arabische Staaten.

Und für 211 Mitglieder dieses undemokratischen Gremiums des Majless, die eine Erklärung abgegeben haben, stellt sich das Problem wie folgt: „Wenn es keinen Sepahe Pasdaran gäbe, gäbe es auch keinen Staat.“ Die Pasdaran seien ein Dorn im Auge der Amerikaner.

Kein Terrorist?

Was für eine Erkenntnis bringt es mit sich, wenn Scheikh Fadlallah nach der Entführung des amerikanischen Journalisten, Terry Andersen, vor mehr als 20 Jahren sagte: „Wir betrachten uns selber nicht als Terroristen.“ War es nicht die Hisbollah, die die TWA 847 Maschine am 24 Juni 1985 entführte? Ist es nicht die Hisbollah, die neben Hamas und Jihade Islami vom Iran unterstützt werden und Israel zerstören wollen? Treffen sich diese Organisationen nicht regelmäßig in Teheran und halten gemeinsame Konferenzen ab, wie man die „wahre Demokratie“



so wie diese im Iran verwirklicht worden ist, überall in der islamischen Welt durchsetzen muss? Haben nicht arabische Medien noch vor einem Jahr der Hisbollah vorgeworfen nicht libanesischen, sondern iranischen Interessen zu dienen?

Wäre es bei dieser Vorgeschichte so erstaunlich, wenn die Qods-Einheiten der Pasdaran bei der Durchführung der Ziele des iranischen Revolutionsexports in Afghanistan und in Irak die „imperialistischen Feinde“ zu schwächen versuchten? Zumal Seyyed Mohtashempour in seinem Interview in der Zeitung Sharq, die inzwischen aus ganz anderen Gründen verboten worden ist, betonte, dass der Iran Sunniten und Schiiten gleichermaßen „helfe“?

Ob die US-Regierung die Pasdaran, d.h. ein Zweig der iranischen Armee, als eine terroristische Organisation einstuft, wird die Geschichte noch zeigen. Nicht in Vergessenheit geraten sollte die Tatsache, dass es ein Berliner Gericht war, das im Mykonosprozess den Vorwurf des Staatsterrorismus gegen den Iran erhob. Und verantwortlich für den Staatsterrorismus sind unter anderem, namentlich genannt, Hashemi Rafsanjani, der von einigen Experten so gerne als eine Alternative für den Präsident Ahmadinejad gehandelt wird.

Irans Finger in Afghanistan ²⁹

Seit zwei Wochen protestieren Afghanen vor dem Gebäude der iranischen Botschaft in Kabul. Sie demonstrieren gegen die Sperrung der Transitwege für den Benzintransport nach Afghanistan. Die afghanische Handelskammer hat damit gedroht die Handelsbeziehungen mit dem Iran gänzlich abzubrechen.

Die iranisch-afghanischen Probleme sind nicht nur wirtschaftlich bestimmt. Das iranische Regime fordert von den Afghanen eine antiwestliche Haltung. Dabei wird eine doppelbödiges Politik betrieben. Der Iran hat seit 2001 über eine halbe Milliarde Dollar in die Infrastruktur Afghanistans investiert. Allerdings hat diese Wirtschaftspolitik eine Kehrseite: Das iranische Regime kämpft in Afghanistan an zwei Fronten gegen die Interessen der westlichen Staaten.

Es geht einerseits um eine militärische Einflussnahme gegen die Interessen der NATO und andererseits um eine religionspolitische Einflussnahme auf die schiitischen Muslime. Dabei soll die Position der von der NATO geführten ISAF-Einheiten geschwächt werden. Gleichzeitig soll der Einfluss der iranischen Islamisten auf die afghanische Gesellschaft gestärkt werden. Diese Politik hat einen Haupteffekt, der darin besteht die Zusammenarbeit der afghanischen Regierung mit den NATO-Staaten zu unterminieren.

²⁹ https://www.achgut.com/artikel/irans_finger/ 13.01.11



Afghanistan kann nur mit Hilfe und Kooperation der westlichen Demokratien stabilisiert werden. Die iranischen Religionspolitiker gehen aber davon aus, dass der Frieden in Afghanistan vielmehr mit der Zunahme des iranischen Einflusses und dem sofortigen Abzug der NATO aus Afghanistan gewährleistet wird.

Punktuell arbeiten die iranischen Revolutionsgardisten mit den Taliban zusammen und liefern ihnen Waffen. Die iranische Regierung geht mit verschiedenen Strategien vor. Die Taliban sollen nicht zu stark werden, daher bekommen sie nicht dieselbe Militärhilfe wie die libanesische Hisbollah beispielsweise. Aber sie sollen aus der Perspektive der iranischen Machthaber militärisch so stark sein, dass sie die ISAF-Einheiten und insbesondere die US-Truppen zermürben können. Denn je größer der Konflikt in Afghanistan wird, desto mehr wird die Präsenz der NATO in Afghanistan auch von der Bevölkerung der westlichen Staaten in Frage gestellt. Im Klartext heißt es, je größer der Konflikt, desto mehr kann das iranische Regime davon profitieren und seine antiwestliche Politik fortsetzen. Daher wird der Krieg mit Waffenhilfe an die Taliban geschürt.

Der Krieg hat allein im Jahre 2010 rund 9.000 Tote hervorgebracht. Tatsächlich ist es ein Krieg, der nicht nur die bekannten Akteure Al-Kaida, die afghanische Armee und die NATO kennt, sondern auch vom Iran ideologisch geschürt wird. Dabei wird die negative Rolle des Iran in diesem blutigen Konflikt kaum beachtet.

Seit Jahren fordern iranische Politiker den gänzlichen Abzug westlicher Militärs aus Afghanistan und dem Irak. Nur dann kann das islamistische Regime des Iran seine Hegemonialansprüche effektiv umsetzen.

Seit der Islamischen Revolution von 1979 versucht der Iran seine hegemonialen Bestrebungen auch in Afghanistan zu realisieren. Die staatlichen Sender des Iran bieten in Paschtu und in Dari auf Afghanistan zugeschnittene Nachrichten und politische Analysen. Darüber hinaus beeinflussen die iranischen Staatskleriker direkt einige schiitische Kleriker in Afghanistan, die einen demokratischen Wandel der afghanischen Gesellschaft massiv blockieren. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wurde im Namen des „Revolutionsexports“ die Klerikeruniversität in Ghom beauftragt iranische Kleriker auszubilden, die im Ausland aktiv werden. Inzwischen wurden mehr als 500 islamische Zentren im Ausland gegründet, die die politischen und staatsklerikalen Ziele des Iran im Ausland umsetzen. Auch ausländische Studenten werden im Iran indoktriniert. Allein die „Weltuniversität Mostafa“ hat mehr als 33.000 ausländische Studenten, Männer und Frauen, ausgebildet, die in ihren Ländern als Brückenköpfe für iranische Interessen dienen sollen. Einige Dutzend religiöse und politische Zentren wurden in Afghanistan gegründet. Die iranische Stiftung, die sich „Komitee Emdad Imam Khomeini“ nennt, ist besonders aktiv. Der Vorsitzende des Zentralrates dieser Stiftung ist Habibollah Askar Oladi, ein khomeinistischer Hardliner. Das Ziel dieser Organisation ist die Unterminierung der Bemühungen der NATO-Staaten in Afghanistan.



Diese Stiftung ist als Hilfsorganisation in Afghanistan aktiv, politisch aber bringt sie die Ideen des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini in Umlauf. Diese Stiftung ist nach eigenen Angaben seit 1992 tätig und hat Büros in verschiedenen afghanischen Städten. Unter dem Motto der kulturellen Aktivitäten haben allein im Jahr 2008 genau 9717 Afghanen Ausbildungsgänge dieser Stiftung besucht, wie emdad.ir bekannt gibt.

Nach Angaben der Stiftung bringen die Auslandsaktivitäten nicht nur Ausgaben, sondern auch Einnahmen. In Afghanistan sollen die Hilfskomitees dieser khomeinistischen Stiftung im Jahr 2008 sogar rund 700 EUR Einnahmen gebracht haben. Tatsächlich leistet die Emdad-Stiftung auch Hilfen für die afghanische Bevölkerung, aber gleichzeitig wird eine vehemente antiwestliche Politik gemacht. Die außenpolitische Strategie hier ist vergleichbar mit den Hilfsmaßnahmen des Iran für die libanesische Hisbollah. Solange die Nato-Staaten jedoch in Afghanistan präsent sind, wird der Iran keine offene Militärhilfe leisten können.

Das iranische Regime versucht im Namen der Religion die Politik islamischer Staaten von Sudan bis nach Afghanistan zu beeinflussen. Zuweilen funktioniert es auch, wenn beispielsweise die afghanische Botschaft im Sudan als Basis der iranischen Politik missbraucht wird.

Am 17. Oktober 2010 berichtete die afghanische Nachrichtenagentur Avapress.com der iranische Ayatollah Taskhiri habe in der afghanischen Botschaft in der sudanesischen Stadt Khartum vor den Machenschaften der „Zionisten“ gewarnt. Avapress bezieht sich dabei auf eine iranische „Organisation für Kultur und islamische Beziehungen“ und zitiert Ayatollah Taskhiri: „Die Zionisten strengen sich auf eine unverschämte Art und Weise an den südlichen Teil des großen islamischen Staates Sudan zu spalten, um dort ein zweites Israel zu gründen.“

Der iranische Ayatollah Taskhiri sprach in Khartum von der „Einheit der islamischen Ummat, die eine Botschaft von uns Iranern und Euch allen muslimischen Gelehrten ist.“

Die afghanische Avapress.com zitiert weiterhin den iranischen Staatskleriker, die „Feinde der Religion würden verschiedene Verschwörungen unternehmen, um die islamische Welt zu spalten.“ Der sudanese Dr. Jalaludin Morad war auch bei dem Treffen in der afghanischen Botschaft im Sudan anwesend und fügte hinzu: „Alle muslimischen Staaten müssen sich vereinigen.“ Ferner sagte der Sudanese, die „Islamische Republik Iran müsse als Vertreter der islamischen Welt überall präsent sein und im Namen der muslimischen Staaten reden.“

Zwar sind die sudanesischen Muslime sunnitisch, aber Schiiten und Sunniten können sich sehr schnell einig sein, wenn sie eine Front gegenüber den westlichen Demokratien aufbauen.



Mit dieser politischen Praxis demonstriert die islamistische Regierung in Teheran politische Macht und propagiert die Fiktion und die Illusion der Einheit einer islamischen Welt, die nur vom Iran garantiert werden könne.

Schiitische Kleriker, die langfristig in Afghanistan das iranische Modell umsetzen wollen, wenden sich gegen jegliche Säkularisierungsversuche der Gesellschaft. Ayatollah Seyyed Mohssen Hojat ist ein Fall unter vielen.

Hojat war einer derjenigen gewesen, die die afghanische Regierung unter Druck setzten um das säkulare afghanische Privatfernsehen Emrooz-tv zu verbieten. Der private Sender startete sein Programm Anfang 2007 und wurde im Juli 2010 verboten. Was waren aber die Gründe für Ayatollah Hojat für ein Verbot zu plädieren?

Ayatollah Hojat kritisierte den Leiter des afghanischen Fernsehsenders, Emrooz-Tv wie folgt: „Wenn er weitermacht, werden die Muslime gewiss nicht Ruhe geben und werden das Haus über seinem Kopf zerstören. Wir werden unseren Glauben, unsere Persönlichkeit, unsere Religion, unseren Koran, unsere Ehre und unsere Heimat auf Leben und Tod verteidigen. Daran gibt es keinen Zweifel. Wenn wir bisher gewartet haben, alles ausgehalten haben, dann nicht aus Angst, [...] sondern weil wir bisher Rücksicht auf die Ordnung der Gesellschaft genommen haben und weil wir der Verfassung treu geblieben sind.“

Immerhin hatte Ayatollah Hojat auch davon gesprochen, dass Emrooz-tv ein Sprachrohr Israels sei, meldete die afghanische Wochenzeitung Ensaf am 7. August 2010. Prompt war Präsident Karzai ebenfalls so stark unter Druck geraten, dass auch er vom „nationalen Verrat“ sprach. In einer Regierungserklärung war sogar die Sprache von einer „großen Gefahr für die Regierung“. Seit Oktober 2010 darf Emrooz-tv wieder senden.

Wenn er seine Feinde angreifen will, geht der afghanische Ayatollah Seyyed Mohssen Hojat in die Zeiten der sowjetischen Besatzung Afghanistans zurück. Er erinnert dann an Ayatollah Khomeini: „Ayatollah Khomeini sagte, dass die Sowjetunion schlimmer ist als die USA und die USA schlimmer als die Sowjetunion und Großbritannien schlimmer als beide.“ Der afghanische Ayatollah hebt dann hervor, dass Khomeini Recht hatte, denn die Briten würden stets versuchen die Muslime zu spalten. Ja, die Engländer wollten die „Muslime vernichten.“ Diese würden schreckliche Pläne schmieden gegen die Muslime. Für Ayatollah Hojat und für die iranischen Machthaber gehören die „Feinde des Islam“ zu der „arroganten Welt“. Diese wird als „Istikbar“ bezeichnet.

Ayatollah Hojat will eine Einigung der sunnitischen und schiitischen Kleriker erreichen. Für ihn ist das khomeinistische Herrschaftsmodell ein Vorbild. Aber der verfallende Westen wolle seine Kultur in die islamische Welt verpflanzen. Und genau deswegen müssten westliche Moden und die westliche Kultur bekämpft werden.



Ayatollah Hojat sagt: „Wir brauchen überhaupt nicht die westliche Kultur, die Frauen ohne Schleier und Kopftuch will. Wir brauchen überhaupt nicht die westliche Wirtschaftsform. Wir brauchen überhaupt nicht all die Wissenschaften, die im Westen erfunden wurden.“ Ayatollah Hojat fordert auch die Muslime auf sich zu beeilen, um den Westen zu überholen. Denn der Westen habe schon immer vom Osten gelernt.

Hojat sagt, er habe bei einem Lehrer, der ihm die persische Sprache beigebracht habe, gelernt, dass der Westen keine Kultur habe. Hojat sagt: „Die westlichen Staaten sind Staaten, die erst in neuer Zeit gegründet worden sind. [...] Die westliche Kultur ist leer und falsch.“ Die „Weltarroganz will doch nur ihre verfallende Kultur in Form einer Kulturinvasion“ nach Afghanistan bringen.

Dieser afghanische Ayatollah greift auch christliche Missionare an, die nach Afghanistan gekommen seien, um „Aberglauben zu verbreiten.“ Nur „geldgierige Menschen werden Opfer“ dieser christlichen Missionare, so der Ayatollah.

Hojat lobt die Afghanen, die nicht in die Falle der westlichen Importe, der westlichen Mode treten würden, obwohl die „Briten und die arroganten Mächte dies immer wieder versuchen.“

Ayatollah Hojat ist ein echter Anhänger des iranischen Regimes, denn er greift auch auf ein Vorbild des iranischen Präsidenten Ahmadinejad zurück. Hojat erinnert an Seyyed Jamaldoline Assadabadi, auch Afghani genannt, der im 19. Jahrhundert lebte und als Vater des Islamismus gilt. Afghani war ein Iraner, der sich ein Pseudonym zulegte, in der arabischen Welt und bis nach Indien reiste, um den antikolonialen Kampf im Namen des Islam zu organisieren. Auch Ayatollah Khomeini und Präsident Ahmadinejad berufen sich auf ihn.

Der afghanische Ayatollah Hojat verherrlicht den verstorbenen ersten Revolutionsführer des Iran, Ayatollah Khomeini: „Wenn er nicht Licht ausgestrahlt hätte, würden sie ihm nicht so widerstehen.“

Als Beweis dafür, dass die westliche Kultur böse sei, erwähnt Ayatollah Hojat auch den dänischen Karikaturisten, der den muslimischen Propheten beleidigt habe.

Es sollte niemand verwundern, dass zu den Freunden des afghanischen Ayatollah Hojat reaktionäre Kräfte wie die iranischen Ayatollah Fazel Lankarani and Ayatollah Makarem Schirasi gehören. Beide stehen dem iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei nahe. Lankarani hatte sich beispielsweise über die Präsenz iranischer Frauen gemeinsam mit den Männern auf den öffentlichen Sportplätzen ausgesprochen. Kein Wunder, dass Ayatollah Hojat sich vehement gegen einen TV-Sender ausspricht, der tanzende Frauen ohne Kopftuch zeigte.

Last not least: Analysen iranischer Experten machen deutlich, dass die iranischen Machthaber sich sehr genau über die politische Lage in den Nachbarstaaten



informieren. Mehrnews veröffentlichte am 5. Dezember 2010 die Analyse eines iranischen Experten, der zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die NATO bis 2014 den afghanischen Behörden die Kontrolle über die Sicherheitsprobleme des Landes übergeben werde. Dies bedeute lediglich, dass die „expansive Rolle der NATO“ abnehme zugunsten ihrer „unterstützenden Rolle“ für die afghanische Armee und Polizei. Es gäbe aber keinen Hinweis darauf, dass die NATO Afghanistan verlassen werde, nur ihre Aufgabenfelder würden sich ändern.

Abschließend ist festzuhalten, dass dieser iranische Experte gar nicht so falsch liegt.

Afghanistan will Handelsbeziehungen mit Iran abbrechen ³⁰

Die afghanische Handelskammer hat dazu aufgerufen keine iranischen Waren mehr zu kaufen, falls der Iran weiterhin den Transit von Brenn- und Treibstoff nach Afghanistan blockiert.

Afghanische Unternehmer wollen keine iranischen Waren mehr kaufen, berichtet die afghanische Zeitung „Haschte Sobh“ („8 Uhr“) am 19. Januar. Qorban Haghjoo, Direktor der afghanischen Handelskammer sagte: „Kauft keine iranischen Waren. Dies wird Druck auf die iranische Wirtschaft ausüben. Afghanistan kann 90 Prozent der aus dem Iran importierten Waren im eigenen Land herstellen,“ berichtet „Haschte Sobh“.

Das afghanische Handelsministerium sagt, dass in diesem Jahr 40% weniger Brenn- und Treibstoff als im letzten Jahr auf dem afghanischen Markt sind. Dies wird auf den reduzierten Import zurückgeführt, woraufhin massive afghanische Proteste in den letzten Wochen entstanden. Iran sagt dagegen, die antiiranischen Proteste in Afghanistan würden von der NATO, England und Israel gesteuert werden.

Die afghanische Zeitung „Haschte Sobh“ („8 Uhr“) berichtete am 17. Januar über die Beschwerden des afghanischen Handelsministeriums in Bezug auf die Probleme, die der Iran gegenwärtig für die afghanische Wirtschaft verursache. Hunderte Tank-Lastwagen werden daran gehindert die afghanisch-iranische Grenze zu überqueren.

Laut „Haschte Sobh“ habe Anwarulhagh Ahadi, afghanischer Minister für Handel und Technologie, den Iran scharf kritisiert. Das afghanische Recht auf Transit durch den Iran sei verletzt worden. Ahadi sagte: „Wir haben mehr von unseren iranischen Freunden erwartet.“

Zwar haben in den letzten Tagen mehr Tanklastwagen die Grenze überquert, aber der Import wird seitens des Iran blockiert. Der afghanische Minister habe schon bei

³⁰ https://www.achgut.com/artikel/afghanistan_will_seine_handelsbeziehungen_mit_dem_iran_abbrechen/
19.01.11



den zuständigen Behörden in Kasachstan angefragt, ob sofort zweihunderttausend Tonnen Brennstoff geliefert werden könnten, berichtet „Haschte Sobh“. Auch aus Russland soll in den nächsten zwei Wochen mehr Treibstoff nach Afghanistan geliefert werden. Turkmenistan und Pakistan seien schon in den letzten Wochen eingesprungen und haben mehr Brenn- und Treibstoff nach Afghanistan geliefert.

Die afghanische Nachrichtenagentur „Tolonews“ zitierte am 18. Januar Khanjan Alkosi, einen Sekretär der afghanischen Handelskammer wie folgt: „Unsere Unternehmen haben beschlossen, dass wir nicht mehr mit dem Iran Handel betreiben wollen. Die bestehenden Verträge werden in den nächsten Wochen auslaufen. Immerhin würden seit über zwei Monaten die Transitwege für Brennstoff blockiert werden.“

Für die iranische Seite sieht die Sache ganz anders aus. England und Israel stünden hinter dem Komplott schrieb Farsnews. Die iranische Nachrichtenagentur Jahannews berichtete, dass Najibullah Kabuli, Ex-Mitglied des afghanischen Parlaments die „antiiranischen Unruhen“ organisieren würde. Kabuli würde mit NATO-Einheiten zusammenarbeiten und für seine Aktivitäten auch schon einige Tausend Dollars erhalten haben.

Die staatliche Nachrichtenagentur des Iran IRNA berichtete, dass nur manche afghanische Stellen solche Gerüchte verbreiten würden. Der Iran würde überhaupt keineswegs die Transporte nach Afghanistan verhindern. Täglich würden 15 Benzin-Tanker die Grenze nach Afghanistan überqueren. Höchstens 40 Benzin-Tanker dürften täglich die Grenze nach Afghanistan überqueren, berichtete Farsnews. Dieselbe Nachrichtenagentur meldete, dass die iranisch-afghanischen Beziehungen fest verankert seien und die Demonstranten nur „Elemente seien, die von Israel und England“ bezahlt würden.

Wie ILNA berichtete, wurde der afghanische Botschafter in Teheran in das iranische Außenministerium zitiert. Eine Protestnote wurde überreicht. Einige Tage zuvor hatte der iranische Botschafter in Kabul sogar die Verhaftung der afghanischen Demonstranten gefordert, berichtete BBC-Persian. Die afghanischen Demonstranten hatten zuvor Bilder iranischer Politiker vor der iranischen Botschaft in Kabul verbrannt.

Ein Nachrichtenportal der iranischen Regierung meldete gar, dass die Exporte des Iran nach Afghanistan in diesem Jahr um 25 Prozent zugenommen haben und rund 900 Millionen Dollar betragen. Diese Zahlen haben aber nichts mit dem Brennstofftransit zu tun. Daher kann die Meldung der iranischen Regierung als Augenwischerei bezeichnet werden.

BBC-Persian gab auf seiner Website seinen afghanischen und iranischen Lesern die Möglichkeit den iranisch-afghanischen Konflikt zu diskutieren. Ein afghanischer Leser kritisierte die iranische Regierung, die im Namen des Islam „verräterisch“ handle.



Weiter schreibt der Leser in Bezug auf die iranische Regierung: „Diese Verräter der Geschichte bringen ihre politischen Gegner um, wie die libanesische Hisbollah den Ministerpräsidenten Hariri umbrachte.“ Die Hisbollah und die Taliban würden sich nicht unterscheiden, schreibt ein Afghane.

Ein iranischer Leser meint, der Iran soll überhaupt nicht mehr in Afghanistan investieren. Ein anderer will schlichten und meint, Iran und Afghanistan würden sprachlich, kulturell und historisch eigentlich zusammengehören.

Insgesamt überwiegen die kritischen afghanischen Stimmen. Ein Afghane schreibt beispielsweise auf der persischsprachigen BBC-Website: „Iran heißt Diktatur. Iran heißt Verrat gegenüber Afghanistan.“

Iranerinnen sollen keine Afghanen heiraten ³¹

Im Jahre 1979, nach der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan flohen rund 6 Millionen Afghanen in den Iran. Diese Flüchtlinge verdingten sich als billige Arbeitskräfte in den iranischen Städten oder auf dem Land. Die meisten von ihnen haben bis heute keinen anerkannten gesellschaftlichen Status.

Nach dem Sturz der afghanischen Taliban kehrten in den Jahren 2003 und 2004 rund eine Million Afghanen in ihre Heimat zurück. Im Mai 2011 wurden rund 80.000 Afghanen aus dem Iran nach Afghanistan ausgewiesen. Gegenwärtig leben nach offizieller Statistik rund 1,5 Millionen Afghanen im Iran.

Viele der in den Iran geflohenen Afghanen heirateten iranische Frauen. Die Probleme dieser iranisch-afghanischen Familien sind immens. Die iranische Frau wird wie eine Nestbeschmutzerin behandelt, weil sie einen Afghanen geheiratet hat, auch wenn wie in diesen Fällen der ausländische Mann ein Muslim ist.

Grundsätzlich muss eine Mischehe mit einem Ausländer vom iranischen Außenministerium genehmigt werden. Den offiziellen Statistiken zufolge haben etwa 30.000 iranische Frauen afghanische Männer geheiratet. In Wirklichkeit soll diese Zahl aber viel höher sein.

Infolge der massiven Diskriminierung von iranisch-afghanischen Mischehen werden solche Familien in schlimmste Armut getrieben. Die mit einem Afghanen verheiratete Iranerin verliert ihre iranische Staatsangehörigkeit, weil nach dem afghanischen Gesetz die ausländische Ehefrau eines Afghanen automatisch Afghanin wird. Der Iran duldet keine zweite Staatsangehörigkeit für Iraner. Ohne Personalausweis ist der Mensch auch im Iran verloren.

Kinder von iranisch-afghanischen Ehen erhalten meist keinen iranischen Personalausweis. Sie gelten nicht als Iraner. Dies hat zur Folge, dass solche im Iran geborenen Kinder keine Schule besuchen dürfen und keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können.

³¹ <https://honestlyconcerned.info/2011/06/17/iranerinnen-sollen-keine-afghanen-heiraten/> 17.06.11



Besonders schlimm ist die Situation einer iranischen Frau, deren afghanischer Mann wieder nach Afghanistan zurückkehrt oder erkrankt. Sie wird im Iran mehrfach diskriminiert.

Die persischsprachige Website von BBC berichtete am 30. Mai 2011 über die Geschichte einer Iranerin, die einen Afghanen in Afghanistan kennen gelernt hat und ihn geheiratet hat. Als sie sich bei der iranischen Behörde telefonisch informieren wollte, wie sie ihre neue Ehe im Iran anmelden könnte, wurde ihr mitgeteilt, dass sie froh sein solle, dass sie sich nicht mit ihrem afghanischen Mann persönlich vorgestellt habe. Denn dann würden sie und ihr Mann wegen illegaler Ehe verhaftet werden. Denn der iranische Staat erkennt nur die Ehen iranischer Frauen an, die von iranischen Behörden durchgeführt worden sind.

Tatsächlich hat das iranisch-afghanische Ehepaar seit fünf Jahren versucht seine Ehe anerkennen zu lassen, aber vergeblich. Denn der Iran erkennt faktisch seit 2006 die afghanisch-iranischen Mischehen nicht an. Die iranischen Beamten unterstellen den Afghanen, dass sie nur aus sozialen Gründen iranische Frauen heiraten wollen, um ihren Status zu verbessern.

Der iranische Staat pocht darauf, dass der afghanische Ehemann die iranische Staatsangehörigkeit annimmt und seine afghanische aufgibt.



Iran und seine arabischen Nachbarn

Libanon: Ein Zankapfel ohne Göttinnen ³²

Seit über zehn Monaten erlebt die libanesisische Regierung eine Krise. Nur die Eindämmung von totalitären islamistischen Bewegungen wird zum Frieden im Libanon beitragen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der goldene Zankapfel

Wie aus der griechischen Mythologie bekannt, führte der „goldene Apfel der Zwietracht“ zum trojanischen Krieg. Für die alten Griechen war es Eris, die Göttin der Zwietracht, die einen goldenen Apfel unter die Göttinnen warf, um das Feuer ihrer Eifersucht zu schüren. Der Apfel sollte der Schönsten gehören. Zeus als höchste olympische Instanz zog sich aus der Affäre. Der umworbene Jüngling Paris entschied sich weder für Macht noch für Weisheit, sondern für die Liebe. Die Liebesgöttin Aphrodite versprach dem Jüngling die schönste Frau, Helena, die aber mit dem König von Sparta verheiratet war. Aphrodite bekam den Apfel, Paris entführte die schöne Frau des Königs von Sparta. Der zehnjährige trojanische Krieg war die logische Folge der Zwietracht.

Der Zankapfel Libanon, ein Rückblick

Heute wird die Zwietracht nicht im Namen der Liebe, sondern der Religion und des blinden nationalistischen Wahns gesät. Der Libanon wurde von Mitte der siebziger Jahre bis 1990 von einem Bürgerkrieg heimgesucht. Maronitische Pahlange-Milizen kämpften in den siebziger Jahren gegen PLO-Einheiten. Die syrische Intervention im Jahre 1976 stützte zunächst die Maroniten. Später kamen sunnitische und schiitische Milizen der Amal und der Hezbollah dazu. Israel konnte die zunehmende Gewaltbereitschaft der PLO und die wachsende syrische Macht im Libanon kaum dulden. Es ging um die Existenz der einzigen Demokratie im Mittleren Osten. Israel schlug 1978 und 1982 im südlichen Libanon zu. Dort lagen damals die Stützpunkte der PLO. Auch wenn es christliche Phalangisten waren, die in Sabra und Schatila palästinensische Flüchtlinge massakrierten, die Schelte dafür bekamen die Israelis.

Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten versuchten, im Rahmen einer Multinational Force für Frieden zu sorgen. Dieses Mal mussten 241 US-Marines und 58 französische Soldaten dafür mit dem Leben zahlen. Dafür verantwortlich: Die

³² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061615/Libanon-Ein-Zankapfel-ohne-Goettinnen.html>
08.09.07



Hezbollah, ein Produkt des islamischen Revolutionsexports aus dem Iran. Sie war erfolgreich als Terrororganisation eingesetzt worden. Im Jahre 2000 zog sich Israel aus dem Libanon zurück. Seitdem wurde langsam aber sicher die Hezbollah vom Iran und Syrien zu einer militärischen Macht aufgebaut, die über Raketen verfügt, die das gesamte israelische Gebiet treffen können. Der syrische Geheimdienst ermordete den libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri. Schließlich musste aber die syrische Armee Libanon verlassen.

Eine schwache Demokratie Wenige Tage vor der kommenden Wahl haben libanesischen Soldaten die letzten Stellungen der Fatah-al-Islam erobert. Der Krieg gegen die Terrorgruppe dauerte 106 Tage. Diese Gruppe hat enge Kontakte zur Al-Kaida. Werden die Hezbollah, die Amal, Syrien und der Iran einen menschenrechtsorientierten politischen Frieden unterstützen?

Nicht Göttingen schielen auf den Libanon. Auf der einen Seite sind es Bewegungen und Staaten mit totalitärer Ideologie, wie das iranische Regime und die islamistischen Bewegungen. Natürlich auch Syrien. Und Saudi-Arabien scheint wiederum eine besonders dubiose Rolle zu spielen, denn von dort kam angeblich die Hilfe für Fatah-al-Islam, die gerade vernichtet wurde. Auf der anderen Seite wollen Europa, USA und Israel einen demokratischen Libanon, der friedlich mit seinen Nachbarn lebt.

Demokratie kann gewiss keine einfache Mehrheitswahl sein, besonders dann nicht, wenn Organisationen mit totalitären Ideologien und Zielsetzungen an die Macht kommen und neue Diktaturen à la Iran errichten. Denn gemäß seiner Revolutionsexportideologie unterstützt der Iran die Hezbollah und Amal, die immerhin 35 Sitze der 128 Parlamentssitze haben und sich „Widerstandsblock“ nennen. Sie sind der Block mit totalitär-islamistischen Ideologien.

Die Aoun-Allianz, die über 21 Sitze verfügt, wird von Iran und Syrien unterstützt. Sie wird wohl auch mit den Islamisten zusammengehen, auch wenn die „Freie Patriotische Bewegung“ ihre Anhängerschaft überwiegend aus der christlichen Bevölkerung des Libanon rekrutiert. Die Hezbollah verträgt sich spätestens seit dem 6.2.2006 mit der aounistischen Strömung.

Fuad Siniora, libanesischer Ministerpräsident, ist Sunnit und wird vom Westen unterstützt. Emile Lahoud ist ein christlicher Präsident, der von Syrien unterstützt wird. Der sunnitische Ministerpräsident Siniora wird von den USA und von Saudi-Arabien unterstützt. Die Saudis spielen auch hier eine dubiose Rolle. Mal unterstützen sie Terroristen, mal die prowestlichen Kräfte. Jedenfalls wird Siniora von dem Block 14. März unterstützt. Es gibt eine einhellige Meinung, dass gegenwärtig nur ein Siniora den aggressiven Einfluss Syriens zurückdrängen kann. Das Problem ist nur, dass die Siniora-Befürworter keine absolute Mehrheit im Parlament besitzen. Sie überlegen, mit einer einfachen Mehrheit den Präsidenten zu stellen und nicht wie bisher mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Sie drohen kurzerhand die Verfassung



entsprechend zu ändern. Die Frage ist, ob sich eine Mehrheit von 86 Parlamentariern von insgesamt 128 auf einen Präsidenten einigen werden.

Die Rolle des Militärs

Die Konflikte sind ungelöst. Die libanesische Armee hat in der Tat bewiesen, dass sie den zivilgesellschaftlichen Frieden durchsetzen kann und die politischen Kräfte zwingen kann, sich am politischen Prozess im Staat zu beteiligen. Denn eine un stabile Demokratie braucht das Militär als Ordnungsmacht, notfalls um militante Gruppen zu stoppen. Das Militär kann mittelfristig Gesellschaften mit schwachem sozialem Gebilde regulieren und eine Stabilität herbeiführen. Dies kann sicher auch als Warnsignal an die Adresse der der Hezbollah mit ihren totalitären Zielen verstanden werden.

Libanon ist zerrissen. Die Ordnungskraft eines Zeus fehlt. Die UNO ist zu schwach. Die westliche Allianz eingespannt in noch schwierigere Krisengebiete. Zwar hat der regierende Block trotz aller Warnungen des islamistischen Blocks schließlich doch die Terroristen besiegt. Aber die un stabile Demokratie des Libanon braucht das politisch neutrale Militär, das notfalls die Unabhängigkeit des Staates herstellen kann.

Die Frage wird sein, ob das libanesische Parlament einen Präsidenten wählen kann, der die totalitären Kräfte der Hezbollah und der Amal und der syrisch nationalistischen Partei im Zaume halten kann. Das wäre ein eindeutiges Zeichen auch gegen die syrische und besonders die iranische Einmischung. Ein Erfolg der Regierungspartei wird jetzt schon von iranischen Medien zumindest als eine „Gefahr“ eingestuft.

Terroristische Staaten und Bewegungen müssen gestoppt werden

Eine libanesische Demokratie wird von heute auf morgen nicht eine ideale Form annehmen können. Ziel könnte es jedoch sein, gemäß der UN-Resolution 1701 und Paragraph 3 der Resolution 1559 alle militanten Gruppen, auch die Hezbollah, zu entwaffnen. Ihre Waffen erhalten sie aus Iran und Syrien. Mit einer solchen Perspektive könnte Terrorbewegungen, die die Zerstörung Israels anvisieren, ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Gefahr weiterer Kriege ist noch nicht eingedämmt. Kürzlich hat die libanesische Hezbollah ein Videospiel auf den Markt gebracht, das die Demokratie ganz sicher nicht fördern wird. Denn in dem Spiel wird der „Sieg über Israel“ gefeiert. Ein Hezbollah-Sprecher stellte das Spiel wie folgt vor: „Jenseits der militärischen Kämpfe gibt es eine kulturelle Konfrontation.“ Die Kinder der libanesischen „Partei Gottes“ sollen schon mal im Spiel das Töten von Amerikanern und Israelis lernen.

Erst wenn der aggressive und zerstörerische Einfluss des Iran und Syriens, aber auch der totalitären islamistischen Bewegungen gestoppt worden ist, kann Demokratie im Mittleren Osten wachsen.



Der Iran feiert Erdogan als Held ³³

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wird im Iran als Held der islamischen Welt gefeiert. Teherans Bürgermeister erklärte Erdogan zum Ehrenbürger und man ist der Ansicht, dass er den Friedensnobelpreis bekommen sollte.

von Wahied Wahdat-Hagh

Der türkische Ministerpräsident Erdogan sprach in Davos den israelischen Präsidenten Peres an und sagte in einem Wutausbruch: "Wenn es ums Töten geht, mit dem Töten kennt ihr euch sehr gut aus. Wir wissen, wie ihr Kinder am Strand getötet und erschossen habt. [...] In der Tora lautet das 6. Gebot: Du sollst nicht töten. Aber dort wird getötet." Nachdem der Moderator Erdogan unterbrach, weil die Diskussionsrunde beendet war, verließ Erdogan die Gesprächsrunde. Im Iran wird nun der türkische Präsident als ein Held gefeiert:

Ahmadinejad lobt Erdogan

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad lobte Erdogan und sagte, er habe ein solches Verhalten vom türkischen Ministerpräsidenten auch erwartet. Ahmadinejad sagte ganz ernst:

"Wer in seinem Herzen die Liebe zur Menschheit, Güte, Gerechtigkeit, menschliche Würde besitzt, wird gegen die übertriebenen Wünsche, Gewalt und Verbrechen des zionistischen Regimes aufstehen und ihre wilden Maßnahmen verurteilen." Ahmadinejad bedankte sich bei Erdogan und fügte hinzu: „Das Verhalten des zionistischen Regimes ist eine Beleidigung für die gesamte Menschheit und die menschliche Würde.“

Ahmadinejad ging auch auf die Islamische Revolution im Iran ein, die „an den Grenzen des Iran nicht halt mache.“ Für den iranischen Präsidenten wird „die islamische Revolution alle menschlichen Verhältnisse weltweit beeinflussen.“ Die neue US-amerikanische Regierung solle wissen, dass sie mit „äußerlichen Veränderungen nicht den wahren Willen und das Recht der Völker ignorieren könne.“ Die US-Regierung müsse den Völkern der Welt ihre Recht zugestehen, so Ahmadinejad.

Ayatollah Makarem Schirasi fordert Friedensnobelpreis für Erdogan

Ayatollah Makarem Schirasi beispielsweise ist der Meinung, dass der türkische Präsident Erdogan in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhalten müsse. Wenn Erdogans Protest gegen das „zionistische Regime“ auch nur wenige Minuten dauerte, habe dies „tiefe Spuren hinterlassen“. Ayatollah Makarem Schirasi sagte:

³³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061706/Der-Iran-feiert-Erdogan-als-Held.html>
08.02.09



„Wir sind heute Zeugen, wie das zionistische Regime von verschiedenen Seiten geschwächt wird und der Widerstand des palästinensischen Volkes täglich stärker wird.“ Ayatollah Schirasi beklagte, dass das Verhalten der arabischen Regierungen, die das „zionistische Regime“ unterstützen „schändlich“ sei.

„Ergebnis der antizionistischen Strategie der Islamischen Revolution“

Allaudin Borujerdi, Vorsitzender der Kommission der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik des islamistischen „Parlaments“ ist der Meinung, dass die Islamische Revolution und Präsident Ahmadinejad Vorbilder für den türkischen Präsidenten seien. Der Iran habe stets eine „Vorreiterrolle in der antiisraelischen Politik“ gespielt. Von Anbeginn der islamischen Revolution habe der Iran die „Illegitimität“ Israels als eine Strategie iranischer Politik erklärt. Die westlichen und arabischen Staaten, die Israel unterstützen würden, würden bald „isoliert“ werden. Borujerdi warnte, wenn Obama mit Hilfe der „zionistischen Lobby“ weiterhin Israel unterstützen wolle und keine „transparente Politik gegenüber den Verbrechen des zionistischen Regimes und dessen Pogromen und dem Holocaust führe“, werde sich nichts ändern.

Ehrenbürger der iranischen Hauptstadt

Dem Teheraner Bürgermeister Mohammad Baqer Qalibaf hat die Rede des türkischen Ministerpräsidenten so gut gefallen, dass er Erdogan gleich zum „Ehrenbürger“ der Hauptstadt Teheran erklärt hat. Als weitere von von Erdogan begeisterte iranische Politiker können Geranmayepour, Haddadadel und Larijani genannt werden:

Ali Asqar Geranmayepour, Mitglied des iranischen „Parlaments“ meinte, die „Worte Erdogans haben die Herzen der muslimischen Völker erfreut.“ Er lobte die „positiven Schritte“, die das „muslimische türkische Volk“ in den letzten Jahren unternommen habe.

Auch Qolanali Haddadadel, ebenfalls Mitglied des islamistischen „Parlaments“ meinte, Erdogans Rede spiegle die „Meinung der gesamten muslimischen Welt“ wider.

Selbstverständlich lobte auch der Vorsitzende des iranischen „Parlaments“ Ali Larijani die „religiöse Ehre“ des türkischen Ministerpräsidenten. Und wen sollte es wundern, dass die paramilitärischen Bassiji-Studenten sich am 31. Januar vor der türkischen Botschaft versammelten, um keineswegs zu protestieren, sondern um sich bei Erdogan zu bedanken.



Die Achse des Islam ³⁴

Die iranischen Machthaber schauen hoffnungsvoll auf die neue Massenbewegung in der arabischen Welt. Eine neue Achse des Islam sei im Entstehen begriffen. Der iranische Ayatollah Seyyed Ahmad Khatami predigt regelmäßig bei den sogenannten Freitagspredigten in Teheran, wo seit der islamischen Revolution von 1979 regelmäßig „Tod Israel und den USA“ gebrüllt wird.

Am 28. Januar betete Ayatollah Khatami die „neue Achse des Islam im Nahen Osten“ herbei. Für ihn zeichnet sich eine solche Achse infolge der Protestbewegung in Tunesien, in Ägypten, in Jordanien und in Jemen ab, berichtete IRNA. Ayatollah Khatami sprach den früheren US-amerikanischen Präsidenten Bush an und sagte: „Er hatte die Perspektive eines neuen Nahen Osten in Aussicht gestellt. Er glaubte, dass er und die Zionisten die Region kontrollieren werden. [...] Ich spreche es direkt aus. Der Nahe Osten wird sich als eine Achse des Islam, als eine Achse der Religion und der religiösen Volksherrschaft formieren.“

Ayatollah Khatami meint, dass die tunesische Bevölkerung eine 23-jährige Diktatur gestürzt habe und spricht von den „Nachbeben der islamischen Revolution“, die sich 1979 im Iran ereignet hat. Ayatollah Khatami behauptet auch, dass die „westlichen Medien bemüht seien, die neuen Bewegungen als „demokratische Proteste hinzustellen und sie wollen den islamischen Charakter dieser Proteste verheimlichen.“

Allerdings sind die Islamisten in Tunesien zu schwach, in Ägypten ist jedoch die Oppositionsbewegung der Muslimbrüder problematisch. Diese würden Ägypten in eine islamistische Diktatur verwandeln und vor allem den Friedensvertrag mit Israel sofort tilgen, wenn sie an die Macht kämen.

Die staatliche Nachrichtenagentur des Iran IRNA veröffentlichte alte Zitate des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei, der schon vor einem Jahr folgendes vorhergesagt habe: „Zweifelloos wird der neue Nahe Osten auf der Grundlage der göttlichen Wahrheit islamisch sein.“

Die iranischen Ideologen fühlen sich von den neuen Ereignissen in der arabischen Welt bestätigt. Daher hebt IRNA gleich mehrere Zitate von Ali Khamenei hervor. Beispielsweise habe er schon am 28. April 1992 gesagt: „Amerika irrt sich. Amerika will für einen entwürdigenden Dialog die arabischen Regierungen um einen Tisch versammeln, so dass diese schließlich noch mehr von ihrer Bevölkerung gehasst werden. Wird etwa die arabische Bevölkerung damit einverstanden sein, dass ihre Führer das palästinensische Haus den anderen verkaufen?[...] Die arabische Bevölkerung wird über solche Schritte noch mehr erzürnen. [...] Dieser armselige

³⁴ https://www.achgut.com/artikel/die_achse_des_islam/ 01.02.11



Ägypter [gemeint ist Mubarak] geht nach Amerika und beschwert sich über den Iran.“

Auch der Chef der iranischen Justiz, Ayatollah Sadegh Amoli Larijani, analysiert die neuen Bewegungen in der arabischen Welt als die „große Bewegung des islamischen Wiedererwachens,“ berichtete ISNA. Er fügt hinzu: „Die muslimischen Völker müssen aufwachen, denn die westlichen Mächte wollen ihre abhängigen Figuren ausbauen und diese der unterdrückten Bevölkerung aufbürden.“ Die Muslime der Welt seien von der Führung der islamischen Revolution im Iran begeistert und würden in ihnen ein Vorbild sehen, meint Larijani.

Farsnews erinnert an ein Zitat von Ayatollah Khomeini vom Oktober 1978. Er war noch in Paris und hatte noch nicht die Macht übernommen als er sagte: „Ich denke nicht positiv über die arabischen Regierungen. Die arabischen Regierungen sind nicht in der Lage ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Sie konnten sich nicht verbünden, um Israel zu vernichten. Ihre Streitereien untereinander und der Verrat mancher arabischer Regierungen haben dazu geführt, dass die Zionisten immer noch da sind und ihre Lage stabilisieren können.“

Khomeini kritisierte damals auch die ägyptische Regierung und sprach von der Gründung Israels als einem „kolonialen Fehler.“

Banisadr, der erste Präsident von Ayatollah Khomeini warnt in einem Artikel, der in der Jewish Worldreview am 1. Februar 2011 erschien, vor antidemokratischen Kräften bei solchen Bewegungen, wie sie gegenwärtig in der arabischen Welt zu beobachten sind. Die islamische Revolution von 1979 sei gescheitert, so Banisadr, da die „meisten politischen Organisationen sich der Demokratie nicht verpflichtet fühlten.“ Banisadr bemängelt heute die „fehlende Einheit der demokratischen Kräfte“ im nachrevolutionären Iran. Daraus sollten die Bewegungen in der arabischen Welt lernen. Eine Demokratie ist tatsächlich nicht ohne Demokraten und ohne menschenrechtsorientierte Werte zu erreichen.

Und in der Tat ist die Menschenrechtslage im Iran katastrophal. Seit Anfang des Jahres 2011 sind mehr als 100 Menschen im Iran hingerichtet worden.

Navid Khanjani, Menschenrechtsaktivist und Bahai wurde am letzten Wochenende zu 12 Jahren Haft verurteilt. Da Bahai aus religiösen Gründen von höherer Bildung ausgeschlossen werden und nicht an Universitäten studieren dürfen, hatte sich Navid für ein unideologisches Recht auf Studium eingesetzt. Nun wirft ihm die totalitäre Justiz des Iran vor, er habe gegen „die nationale Sicherheit des Iran“ gehandelt, berichteten Human Rights Activists News Agency und das „Committee of Human Rights Reporters.“

Auch die zwei völlig unschuldigen deutschen Journalisten, die über die Barbarei der Steinigung berichten wollten, sind noch in Haft.



Die khomeinistische Diktatur im Iran sollte eine Warnung für alle demokratischen Bewegungen in der arabischen Welt sein. Die historische Lehre, die aus der iranischen Geschichte zu ziehen ist, ist eindeutig: der Islamismus bringt nicht Freiheit hervor, sondern einen neuen Totalitarismus.

Die Explosion von Lichtstrahlen ³⁵

Die iranischen Nachrichtenagenturen bejubeln die ägyptische Revolution und propagieren, dass das Modell der islamischen Revolution im Iran sich heute erfolgreich in Ägypten durchsetzen könne.

Der iranische General Safawi sagt, dass die „Freiheit der muslimischen Völker die Frucht des Blutes der Märtyrer der islamischen Revolution im Iran“ sei, berichtete Farsnews am 2. Februar. Safawi zufolge habe die islamische Revolution von 1979 einen Modellcharakter für die ägyptischen Revolutionäre. Ferner sagte Safawi: „Unsere Revolution fand auf der Grundlage der islamischen Schule statt. Daraus ging ein politisches System hervor, eine religiöse Volksherrschaft. Dieses politische System kann sich auch in anderen Staaten durchsetzen. Die islamische Revolution hat die Geschichte der Welt verändert.“

Der Ex-Staatsminister Mostafa Purmohammadi ist bekannt für seine Verantwortung für massive Menschenrechtsverletzungen im Iran. Dennoch will er die Welt im Sinne des totalitären Ideologen Ayatollah Khomeini verändern.

Purmohammadi sagte am 2. Februar, dass die „islamische Revolution heute als ein Wendepunkt bei der Ankündigung der Botschaft der Freiheit“ zu sehen sei, berichtete ebenfalls ISNA. Dabei bezieht sich Purmohammadi auf Ayatollah Khomeini, der gesagt habe: „Unsere Revolution war die Explosion von Lichtstrahlen.“

Tatsächlich glauben die iranischen Ideologen, dass die gegenwärtigen Freiheitsbestrebungen in der islamischen Welt von diesem „Licht“ beeinflusst wurden.

Ali Larijani, Vorsitzender des iranischen Majless, sagte am 2. Februar, wenn Amerika seinen Schatten nicht mehr auf Ägypten werfe, dann würde die Bevölkerung wissen, was sie tun muss, berichtete ISNA. Larijani sagte ferner: „Die amerikanischen Beamten haben mehrfach in Bezug auf Ägypten Positionen bezogen. Mal sagen sie, wir unterstützen den Wandel in Ägypten. Dann sehen sie, dass die Situation schief gehen könnte und dass die Menschen Widerstand leisten. Dann sagen sie, Wandel ja, aber nicht so wie im Iran.“

Laut ISNA spricht Larijani generell die Amerikaner an und sagt: „Zieht Euren Schatten von Ägypten weg und die Bevölkerung wird selbst entscheiden, welche Demokratie sie haben will. Die Zionisten haben Angst vor einer wahren Demokratie.“

³⁵ https://www.achgut.com/artikel/die_explosion_von_lichtstrahlen/ 03.02.11



Larijani vertrat weiterhin die Meinung, dass die Amerikaner nicht die „Völker der Region überlisten können, denn die Völker seien erwacht.“

Und der Sprecher des iranischen Außenministeriums sagt laut Farsnews vom 2. Februar, dass die „amerikanischen Bemühungen den Aufstand des ägyptischen Volkes zu verhindern, den Zorn der islamischen Welt erwecken werde.“

In den letzten drei Jahrzehnten hat die iranische Geschichte bewiesen, dass ein demokratischer Wandel in der islamischen Welt nur stattfinden kann, wenn der Islamismus als totalitäre Bewegung überwunden wird. Die Frage ist: Wer kontrolliert den totalen Machtanspruch der Islamisten?

Halbavi wünscht Ägypten einen ebenso guten Präsidenten wie Ahmadinejad ³⁶

Kamal Al-Halbavi ist ein hochrangiges Mitglied der ägyptischen Muslimbruderschaft. Er hat Hoffnung, dass Ägypten eines Tages einen ebenso guten Präsidenten wie Ahmadinejad bekommen werde.

Gewiss ist die Zukunft der arabischen Welt offen. Der negative Einfluss der khomeinistischen Propaganda auf die arabischen Massen ist dabei nicht zu unterschätzen. Am letzten Freitag hielt der iranische

Revolutionsführer Ali Khamenei einen Teil seiner „Predigt“ sogar auf Arabisch, in der Hoffnung, dass die arabische Welt ihn hören werde. Er wurde gehört. Die ägyptische Muslimbruderschaft bedankte sich offiziell bei Ayatollah Khamenei für seine Unterstützung.

Ali Khamenei griff bei seiner Freitagspredigt den ägyptischen Präsidenten an und nannte ihn „Na-Mubarak“. Mubarak heißt auf Persisch segensreich. Auch Khamenei bezweifelt seinen Segen. „Na-Mubarak“ bedeutet segenlos.

Khamenei betonte bei seinem Freitagsgebet, dass die islamische Revolution von 1979 ein Höhepunkt des islamischen Erwachens gewesen sei, das sich nun in der arabischen Welt fortsetze.

Khamenei analysierte in seinem Freitagsgebet die politische Lage des Nahen Ostens wie folgt: Die Region sei wegen ihres Ölvorkommens wichtig. Die Sieger des ersten und des zweiten Weltkrieges haben daher ein großes Interesse gehabt, politische Systeme in der Region zu installieren, die westliche Interessen vertreten. Der Westen

³⁶

https://www.achgut.com/artikel/halbavi_wuenscht_aegypten_einen_ebenso_guten_praesidenten_wie_ahmadinejad/ 08.02.11



habe den säkularen Nationalismus in die islamische Welt verpflanzt. Die Revolution von 1979 habe dem säkularen Nationalismus im Iran ein Ende gesetzt. Dort herrsche seitdem das islamische Gesetz, das zur "Achse der Staatsverwaltung" geworden sei. Der Iran habe große Fortschritte gemacht. Der Westen wolle aber den technologischen Fortschritt des Iran blockieren, meint Ali Khamenei.

Khamenei geht auf die Argumente eines "westlichen Intellektuellen" ein, der ungenannt bleibt. Dieser habe festgestellt, dass wenn die islamische Welt sich auf zwei Dinge einige, das westliche System zusammenstürze.

Zunächst müsse die islamische Welt die legale Verfassung des Iran akzeptieren. Zweitens müsse die muslimische Welt den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Fortschritt des Iran unterstützen.

Das will heißen, wenn die muslimische Welt sich zumindest an der Verfassung des Iran orientiere und sich auch für den wissenschaftlichen und militärischen Fortschritt des Iran einsetze, das westliche System sein Ende erreiche.

Khamenei zitiert den anonymen westlichen Intellektuellen wie folgt: "Er sagt, wenn die muslimischen Völker diese mögliche Chance nutzen, werden sie wachsen und reifen." Dann würden nicht nur in Nordafrika solche Protestbewegungen entstehen, sondern auch in anderen Regionen.

Er griff gleichzeitig die grüne Protestbewegung unter Führung der Reformislamisten Mehdi Karrubi und Mir-Hussein Moussavi an und verurteilte die Proteste als "Rebellion" und "Verschwörung". Dabei haben diese im Iran eine Demonstration angemeldet, um sich mit der ägyptischen Protestbewegung zu solidarisieren.

Khamenei zählte optimistisch die Erfolge der iranischen Diktatur auf: Am 11. Februar werde die iranische Regierung erklären, dass der Iran nicht mehr auf Benzinimporte angewiesen sei. Dies würde die Drohungen eines Benzinboykotts mancher westlicher Staaten neutralisieren. Er betonte, dass die "islamische Republik" einen Modellcharakter habe und fügte hinzu: "Wir sind Muslime und sind stolz darauf und werden beweisen, dass der Islam der Rettungsweg für die Menschheit ist."

Er hob hervor, dass der Iran sich "auf dem Weg zur sozialen Gerechtigkeit" befinde.

Der iranische Revolutionsführer ging ausgiebig auf die arabische Protestbewegung ein. Er griff immer wieder Mubarak an, weil dieser mit dem "zionistischen Feind" Frieden geschlossen habe. Dabei habe Ägypten gemeinsam mit Syrien durchaus historische Kriege gegen Israel geführt. Ayatollah Ali Khamenei gab Mubarak die Schuld daran, dass der israelische Staat Gaza isoliert habe. Denn ohne die ägyptische Hilfe wäre eine solche israelische Politik nicht möglich gewesen.

Sogar Menschen aus dem Iran wollten den Bewohnern des Gaza Hilfeleistungen überbringen, aber Ägypten habe den Transit nach Gaza nicht erlaubt.



Khamenei betonte auf Arabisch: „Der Aufstand des ägyptischen Volkes ist eine islamische Freiheitsbewegung. Ich schicke Euch im Namen des revolutionären iranischen Volkes und der revolutionären iranischen Regierung Grüße.“ Man könne zwar nicht eine Wiederholung der islamischen Revolution in Tunesien und Ägypten erwarten, aber es gäbe „Gemeinsamkeiten“. Zumal die Erfahrungen eines Volkes auch von „anderen Völkern genutzt werden können“, sagte Khamenei.

Wie die IRNA berichtete, reagierte die Organisation der ägyptischen Muslimbruderschaft sehr schnell. In einem BBC-Interview habe sich ein hochrangiges Mitglied der ägyptischen Muslimbruderschaft bei Khamenei für seine Unterstützung der „ägyptischen Revolution“ bedankt.

Kamal Al-Habawi habe betont: „Ich hoffe, dass wir eine gute Regierung wie die iranische und einen guten und mutigen Präsidenten wie Herrn Ahmadinejad bekommen.“ Er bedauere, dass der ägyptische Außenminister die westlichen Angriffe gegen den Iran unterstütze.

Indessen forderte Manuchehr Mottaki, Ex-Außenminister, die Verurteilung von Mubarak und von anderen Regierungsmitgliedern Ägyptens. Als Grund gab Mottaki dessen „Verrat am ägyptischen Volk, an Palästina und an der großen muslimischen Ummat“ an. Der „Verrat“ liege an Mubaraks Zustimmung zur Unterzeichnung des Camp David Vertrages, berichtete IRNA am 7. Februar.

Die Diktatur braucht Märtyrer ³⁷

Die Montagsdemonstration in Teheran wurde im Keime erstickt. Es waren Zehntausende. Die Demonstration wurde im Vorfeld aufgelöst.

In Facebook hat ein Exiliraner zwei Kommentare von jungen Iranern aus dem Iran erneut auf seiner Seite veröffentlicht. Der Exiliraner schreibt in Facebook auf Persisch: „Das Klima im Iran ist schrecklich. Diejenigen, die nicht im Iran sind, regen sich auf und diejenigen, die im Iran sind, suchen mit aufgerissenen Augen nach denjenigen, die verloren gegangen sind. Sie wollen uns zufrieden stellen, weil sich ein paar Spaziergänger frei bewegen. Einer derjenigen, die gestern Abend nicht mehr nach Hause gekommen ist, hat in Facebook folgende Zeilen geschrieben: Sie haben dich und die Freiheit mitgenommen. Ich denke an Dich und an die Freiheit. Gibt es eine noch stählere Handschelle als solche Gedanken?“ Der Exilant veröffentlicht erneut eine andere authentische Stimme aus dem Iran: „Das Ziel des Regimes ist dieses Mal die totale Auflösung des Volkes. Entweder sind wir endgültig erledigt oder wir werden zum Leben erweckt.“

³⁷ http://www.achgut.com/dadqdx/index.php/dadgd/article/die_diktatur_braucht_maertyrer/ 18.02.11



Die Stimmen zur Verurteilung der „Führer der Unruhen“, gemeint sind die Führer der „Grünen Bewegung“, werden immer lauter. Zwar bewegen sich Mir Hussein Moussawi, Mehdi Karoubi und Mohammad Khatami vollständig auf dem Boden der khomeinistischen Verfassung des Iran, dennoch standen sie am letzten Montag unter Hausarrest.

Die Aufstandsbekämpfungspolizei atomisierte die Demonstration bevor sie überhaupt zustande kam. Mit Tränengas und Knüppel wurden friedliche Demonstranten zusammengeschlagen. Das Committee of Human Rights Reporters berichtet, dass am 14. Februar 2011 etwa eintausendfünfhundert Demonstranten verhaftet worden seien. Eine Namensliste der 1500 verhafteten Demonstranten soll ebenfalls veröffentlicht worden sein.

Der Expertenrat hat die Aufstände als „amerikanisch und zionistisch“ verurteilt. In einer Erklärung des Expertenrates heißt es, dass die Demonstranten mit ihren Parolen lügen würden. Sie würden nicht auf der Seite des tunesischen und des ägyptischen Volkes sein. Die iranischen Demonstranten seien „Konterrevolutionäre“, die den amerikanischen und zionistischen Interessen dienen wollten.

Indessen hat Hojatuleslam Alireza Panahian, der vom religiösen Rang mit Ex-Präsident Mohammad Khatami gleichgestellt ist, gesagt: „Das iranische Volk will nicht nur die Hinrichtung der Köpfe des Aufstandes, sondern will auch, dass die Politiker, die Öl ins Feuer der Aufstände gegossen haben von der Bühne der Politik entfernt werden,“ berichtete Farsnews am 16. Februar 2011.

Es gibt ausreichend Absurditäten in der „Islamischen Republik Iran“. Aber offenbar fälschen die iranischen Machthaber, von der Polizei über Politiker und den Bassij sogar die Identität eines bei der Demonstration verstorbenen Studenten. Die Propagandamaschinerie der Diktatur behauptet, dass der verstorbene Student Sane Jale , ein Anhänger von Ahmadinejad gewesen sei und will daraus Kapital schlagen. Prompt demonstrierten Bassij-Studenten für den verstorbenen Sane Jale und gaben den „Führern des Aufstandes“ die Schuld für den Tod des angeblichen Bassij-Studenten. Sie riefen sogar „Tod Rafsanjani“. Sane Jale sei ein Märtyrer der islamischen Revolution, daher fordern die Bassij-Studenten auch die Hinrichtung von Moussawi, Karrubi und Khatami. Diese seien verantwortlich für die „Aufstände“.

Die Kommilitonen und Freunde des verstorbenen Studenten kennen Sane Jale aber aus nächster Nähe und sagen, dass Sane Jale einer von ihnen gewesen sei. Sane Jale war ein sunnitische Kurde. Er sei ein Anhänger von Moussawi gewesen und habe nichts mit den Bassij zu tun gehabt. Sie haben auf Facebook sogar ein Photo von ihm veröffentlicht, das ihn gemeinsam mit dem verstorbenen Ayatollah Montazeri zeigt. Das Photo ist vom 14. November 2008. Das Photo wurde inzwischen auch im persischsprachigen Fernsehen von Voice of America gezeigt, so dass viele Iraner auch im Iran nun mehr über die Lügen ihrer Machthaber erfahren können. Verwandte und Freunde haben im telefonischen Interview mit VOA bezeugt, dass die Familie



von Sicherheitskräften bedroht worden sei. Sie sollten nur sagen, dass er ein Bassij gewesen sei. Als die Familie noch nicht von seinem Tod erfahren hatte, seien Sicherheitskräfte bei der Familie eingedrungen und hätten einige Papiere des jungen Mannes mitgenommen. Und daraufhin ihm einen Bassij-Ausweis ausgestellt und diesen im staatlichen Fernsehen gezeigt. Weinend erzählten Angehörige des verstorbenen kurdischen Studenten, dass er nicht nur kein Bassij gewesen sei, sondern sogar ein kämpferischer Mensch, der die Regierung kritisiert habe. Auch die Leiche des jungen Mannes wollten die zuständigen Stellen der Familie nicht übergeben. Die Schwester von Sane Jale wurde inzwischen verhaftet, weil sie in Interviews betont hatte, dass ihr Bruder kein Bassij gewesen sei.

Die Frage ist, wenn Sane Jale ein Bassiji gewesen ist, wie die Diktatur es behauptet, warum haben sie eine solche Angst die Leiche des Mannes seiner Familie zu überlassen?

Die Diktatur braucht aber Märtyrer und kann sich keine Märtyrer des Volkes leisten. Ergo missbrauchen sie sogar die Leiche eines verstorbenen Demonstranten.

Die Mitglieder des khomeinistischen Pseudo-Parlaments riefen während einer Sitzung „Tod Moussavi, Tod Karrubi, Tod Khatami“. Rafsanjani wurde verwarnt, er solle sich von den Aufständischen distanzieren.

Hojatulislam Nateq Nuri forderte die iranische Justiz auf, „entschlossen gegen die Verursacher der Aufstände vorzugehen, berichtete Farsnews am 16. Februar.

Der ehemalige General der Revolutionsgardisten und ein Rivale Ahmadinejads haben von der „List der Amerikaner“, die durch den Märtyrertod von Sane Jale neutralisiert worden sei, gesprochen. Auch er forderte die entschlossene Verurteilung der Aufständischen, berichtete Farsnews am 16. Februar.

Und Ali Larijani warnte entschlossen: „Die Aufständischen sollten wissen, dass der Iran nicht besiegt ist.“

Dessen Bruder Ayatollah Sadegh Amol Larijani, der Direktor der iranischen Justiz, hatte sich schon am 9. Februar zu Wort gemeldet und gewarnt, dass er einen Beschluss zur Verurteilung der Anführer des Aufstandes für richtig hält.

Indessen wächst der Druck gegen die Angehörigen der iranischen Bahai-Gemeinde immens. Die Haftbedingungen der sieben inhaftierten ehemaligen Führungsmitglieder sind ohnehin katastrophal. Nun wurden die zwei Frauen, Fariba Kamalabadi und Mahvash Sabet in die Sektion 200 des Gohardascht-Gefängnisses verlegt. Das Gefängnis ist bekannt für besonders unmenschliche Zustände, berichtete Bahai World News Service.

Das Ziel der Diktatur ist seit Jahren die Zerstörung der iranischen Bahai-Gemeinde. Permanent werden Bahai verhaftet, nur weil sie anders denken und etwas anderes



glauben, als was die khomeinistische Obrigkeit anordnet und befiehlt: Am 15. Februar wurde ein junger Bahai in seiner Wohnung festgenommen. Es ist unklar warum er verhaftet worden ist. Wenige Tage davor waren in Isfahan Anisa Motahar und Missagh Mohammadalipur ebenfalls in ihrer Wohnung verhaftet worden. Am 15. Februar wurde Majid Majidi in Mashad verhaftet. Am 15. Februar wurde auch Nima Haghar zu fünf Jahren verurteilt. Am 5. Februar wurde Schahin Sanai in Ghaemshahr verhaftet. Am 30. Januar wurden in Urumiye Farhud Aqdasi und Changiz Dargahi, zwei weitere Bahai, willkürlich verhaftet. Am 29. Januar wurden in Isfahan der Arzt Ehsanullah Eshtiagh und Soroush Peseshki verhaftet.

Die iranischen Demonstranten riefen am letzten Montag auf Teheraner Straßen: „Nicht Gaza, nicht Libanon, sondern Tunesien, Ägypten und Iran!“ Damit distanzieren sie sich eindeutig von den Islamisten. Sie riefen auch: „Wir wollen kein islamisches Regime. Unabhängigkeit und Freiheit. Wir wollen eine iranische Republik. Tod dem Diktator.“

Aber die europäische Wirtschaft hört nicht die Schreie der iranischen Freiheitsbewegung. Die deutsch-europäische Wirtschaft verfolgt die Logik von Profitinteressen und stabilisiert damit immer mehr die totalitäre Diktatur der Khomeinisten.

Die Marktinteressen im Iran sind für die europäischen Demokratien wichtiger als die Freiheit der Iraner.

Europa lernt nicht von Ägypten und Tunesien.

Interview

»Der Iran stürzt nicht«³⁸

Politologe Wahied Wahdat-Hagh über das Regime in Teheran und die Folgen der ägyptischen Revolution

von Martin Krauss und Katrin Richter

Herr Wahdat-Hagh, welche Auswirkungen hat die ägyptische Revolution auf den Iran?

Das kann man zurzeit schwer sagen. Am Montag fand in Teheran eine Solidaritätskundgebung mit Ägypten statt. Die oppositionelle »Grüne Bewegung« des Iran will die ägyptische Demokratiebewegung zumindest unterstützen. Ursprünglich sollten bei der Demonstration auch die Führer der reformislamischen Bewegung, Mir

³⁸ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/der-iran-stuerzt-nicht/> 15.02.11



Hossein Mussawi, Mehdi Karroubi und Mohammad Chatami, sprechen. Aber Mussawi und Karroubi stehen unter Hausarrest.

Welche Unterschiede gibt es zwischen der ägyptischen und der iranische Opposition?

Die im Iran ist breiter gefächert. Ihr gehören auch Royalisten, Säkulare, zum Beispiel Sozialisten und Kommunisten, Nationalbürgerliche und andere nationalreligiöse Kräfte an.

Ist die Bewegung im Iran stärker als die in Ägypten?

Nein, es sieht nicht so aus, als ob die reformislamische Bewegung im Iran das umsetzen könnte, was in Ägypten geschafft wurde.

Warum nicht?

Die Grüne Bewegung solidarisiert sich zwar mit den Ägyptern. Aber die Regierung in Teheran hat alle Sender, die über die Ereignisse in Kairo berichten, gesperrt. Das Staatsfernsehen tut so, als habe allein die Muslimbruderschaft die Revolution getragen.

Das Ahmadinedschad-Regime will Einfluss in Ägypten gewinnen. Gelingt das bei solcher Realitätsverzerrung?

Wie wirklich agiert wird, steht auf einem anderen Blatt. Ich denke hier an die Propaganda. Auf diesem Gebiet ist der Iran erfolgreich. Schließlich gelingt es seit über 30 Jahren, die Wirklichkeit so darzustellen, als gäbe es im Land keine säkularen Kräfte, sondern nur Reformislamisten und Hardliner.

Wie genau präsentiert die iranische Propaganda die arabischen Aufstände?

Es heißt: Die arabische Revolution sei die Fortsetzung der islamischen Revolution aus dem Jahr 1979. Daran glaubt das khomeinistische Regime im Iran.

Aber in Ägypten fehlt eine charismatische Figur, wie es 1979 Ayatollah Khomeini war.

Das stimmt. Aber in der islamischen Welt bilden sich Führer sehr schnell heraus.

Welche Rolle spielen die Muslimbrüder?

Ich bin in Bezug auf diese Organisation skeptisch. Iranischen Einfluss auf die Vordenker der Muslimbrüder gab es schon Ende des 19. Jahrhunderts. Die Islamisten sind taktisch so geschickt und geschult, dass sie sich vielleicht auch eine Zeit lang in ein Parlament setzen würden. Vom Anspruch her sind sie aber machtmopolistisch und gegen einen Friedensvertrag mit Israel.



Zurück zum Vergleich Iran und Ägypten. Welche Unterschiede sehen Sie noch?

Der größte ist die Beteiligung des Militärs. Das spielt in Ägypten heute wie auch in den Jahren der Mubarak-Herrschaft eine sehr wichtige Rolle. Bei der islamischen Revolution 1979 im Iran hatte die Armee kapituliert und islamistischen Kräften die Macht überlassen.

Auch im Iran gibt es eine junge, weltoffene Generation – wie hoch ist deren umstürzlerisches Potenzial?

Eher gering. Man sieht zwar, dass junge Leute demonstrieren, aber die Unterdrückung im Iran wird in Deutschland nicht wahrgenommen, um die eigenen wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden.

Ägypten unter Mubarak war auch eine Diktatur, die Geheimpolizei überwachte alles.

Ja, auch hier wurden Menschen umgebracht. Ich weiß das und will das nicht verharmlosen. Doch das Militär in Ägypten hat die Lage halbwegs stabil gehalten. Im Iran ist das anders: Hier werden in größerem Umfang Menschen verfolgt, gefoltert und umgebracht. Führende Vertreter des Regimes haben zum Beispiel die Bestrafung von reformislamischen Führern wie Mussawi und Chatami gefordert, weil sie diese für den Aufstand 2009 verantwortlich machen.

Welche Perspektive sehen Sie für das iranische Regime?

Ich fürchte, dass das Regime nicht so leicht gestürzt werden kann.

Aber die Opposition ist doch stark.

Ja, es sind Tausende, die demonstrieren. Aber im Vorfeld der Proteste vom 14. Februar wurden mehr als 30 Reformintellektuelle verhaftet. Die Polizeipräsenz ist massiv. Deshalb bin ich pessimistisch. Eine Lösung läge nur im Abschied vom politischen Staatskonzept Khomeinis. Und das wollen nicht einmal die Führer der Grünen Bewegung.

Das Gespräch führten Katrin Richter und Martin Krauß.



Der iranische Geheimdienst oder das Gehirn und das Herz der Welt ³⁹

Von: Dr. Wahied Wahdat-Hagh

Hussein Taeb ist ein Kleriker vom religiösen Rang eines Hojatulislam. Er ist zudem Direktor der Geheimdienstabteilung der iranischen Revolutionsgardisten. Er hat düstere Visionen und geht davon aus, dass die US-amerikanische Regierung etwa in einem Jahr einen "samtenen Putsch" im Iran durchführen wolle, berichtete Farsnews am 2. März 2011. Die US-Regierung wolle in den kommenden Monaten zunächst neue Sanktionen gegen den Iran durchsetzen. Dann würden weitere Schritte folgen.

Er geht davon aus, dass die USA seit Jahren "Netzwerke im Iran aufgebaut haben". Diese seien mit dem Beginn der letzten Präsidentschaftswahlen aktiv geworden und haben die Aufstände organisiert, so der iranische Staatskleriker und Geheimdienstchef.

Taeb sagte zudem: "Die Amerikaner haben bei ihrer Strategie für das 21. Jahrhundert erklärt, dass sie in diesem Jahrhundert nicht nur den Westen, sondern die ganze Welt führen wollen." Taeb glaubt, dass die US-Amerikaner diese Ziele mit zwei Projekten erreichen wollen: Einmal mit dem Konzept des "Global Village", des "Globalen Dorfes" und zum anderen mit dem Projekt der US-Strategien zur nationalen Sicherheit, meint Taeb zu wissen.

Hier beginnt tatsächlich die Verschwörungstheorie des iranischen Geheimdienstlers, der aus einem Buch "The Gutenberg Galaxy" des Medienwissenschaftlers McLuhan, das den Titel "Global Village" trug, eine politische Strategie der USA herausliest. Zwar wurde das Buch schon 1962 geschrieben, aber der iranische Geheimdienstler meint, dass das Projekt des globalen Dorfes erst 1997 geplant worden sei und die neuen Aktivitäten des nationalen Sicherheitsprogramms der USA 2002 geplant worden seien. Er scheint es nicht zu wissen oder ignoriert es, dass 1962 Khomeini noch nicht an der Macht war und kaum jemand von einem Weltproblem Islamismus ausging. Das Buch „Global Village“ wurde ergo nicht geschrieben, um die Diktatur Khomeinis abzuschaffen, denn damals existierte diese Diktatur noch nicht.

Taeb meint, dass die US-Regierung den "alten Mittleren Osten mit anderen Staaten verbinden wollen, um einen neuen Mittleren Osten zu schaffen." Im Iran nennt man im Übrigen die Region, die hierzulande der Nahe Osten genannt wird, aus einer anderen geographischen Perspektive den Mittleren Osten. Taeb unterstellt jedenfalls, dass die US-Regierung von einem Hirn und einem Herz der Welt ausgehe. Dem US-Verständnis zufolge seien die USA selbst das Gehirn der Welt, das Herz der Welt sei jedoch der Persische Golf. Er schreibt: "Und solange sie das Herz nicht beherrschen, können sie ihre Existenz nicht fortsetzen. Die Voraussetzung für die Realisierung dieses Ziels ist die Schaffung eines neuen Iran."

³⁹ https://www.achgut.com/artikel/das_gehirn_und_das_herz_der_welt/%20 04.03.11



Deswegen müsse die US-Regierung das Problem Iran in den Griff bekommen, so Taeb, der klerikale Geheimdienstchef.

Taeb glaubt die Pläne der US-Regierung bis ins Detail zu kennen. Die US-Strategie soll sich auf "drei Achsen" bewegen. Die "Länder, die zur Achse des Iran" gehören, sollen destabilisiert werden. Weiterhin sollen die iranische Gesellschaft und Staat ebenso destabilisiert werden. Ein Team von sechs US-amerikanischen Strategen sollen einen solchen Plan für die Obama-Regierung entwickelt haben. Wie sie heißen, verrät der klerikale Geheimdienstchef nicht.

Taeb meint: "Unsere Informationsquellen sagen, dass dieser Plan bereits von der US-Regierung realisiert wird." Die USA sollen demnach neun unterschiedliche alternative Strategien entwickelt haben. Zwei diplomatische Optionen, drei militärische, drei innenpolitische Optionen und eine weitere Strategie, die den Iran von den Außenrändern blockieren soll.

Taeb O-Ton: "Zuerst hatten sie im Sinn einen weit reichenden amerikanischen Krieg zu führen. Zwei weitere Alternativen stellten einen begrenzten israelisch-amerikanischen Krieg dar. Sie haben schließlich doch die Kriegspolitik abgelehnt. Denn sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sie im Falle eines Krieges auf die Unterstützung von zwei Prozent der iranischen Bevölkerung angewiesen sind. D.h. Eine Million Vierhunderttausend Menschen. Aber sie waren nicht in der Lage so viele Menschen zu mobilisieren."

Der klerikale Geheimdienstchef weiß ferner, dass die US-Regierung einen "samtenen Putsch und ethnische Aufstände" organisieren will. Der "samtene Putsch" habe den "Sturz des Systems der Islamischen Republik erzielen wollen." Dieses Ziel sei jedoch gescheitert. Die USA habe das Ziel gehabt politische Führer zu unterstützen, die genaue Informationen über die Lage im Iran haben. Dabei sollten es Personen sein, die nicht vom iranischen Geheimdienst kontrolliert würden. Dieser verschwörungstheoretischen Darstellung zufolge haben ausgerechnet die Volksmojahedin die von der US-Regierung unterstützten Netzwerke aufgebaut. Dieser Plan sei jedoch gescheitert. Nicht nur dies, die USA seien gescheitert, meint Taeb.

Der klerikale Geheimdienstchef will die Protestbewegung im Iran als einen US-amerikanischen Plan diffamieren und damit auch die Verhaftung von Männern und Frauen der ersten Stunde der islamischen Revolution.

Mehdi Karoubi, der ein Liebling von Ayatollah Khomeini war, sitzt inzwischen in Haft, gemeinsam mit seiner Frau. Ähnlich Mir Hussein Moussavi, der immerhin Ministerpräsident unter Khomeini war. Er wurde gemeinsam mit seiner Ehefrau verhaftet. Am 3. März wurde gemeldet, dass sogar die Ehefrau des seit Monaten verhafteten reformislamistischen Politikers Tajsadeh verhaftet worden sei.



Mehdi Karoubi hatte vor seiner Verhaftung ein Interview gegeben, das als Video in Jaras, der Exil-Website eines Teils der iranischen Grünen-Bewegung veröffentlicht worden ist. Denn die Grüne Bewegung stellt mehr dar als die Anhänger der reformislamistischen Bewegung, die auf der Grundlage der im Iran herrschenden Verfassung arbeitet.

In dem Interview hob Karoubi hervor, dass er zu denjenigen gehört habe, die zu Beginn der islamischen Revolution dem Volk die "soziale Gerechtigkeit" und sehr viele positive Ziele versprochen.

Karoubi sagte explizit: "Aber wir konnten unsere Ideale nicht umsetzen." Karoubi brachte in seinem Interview mit Frau Massih Alinejad das Beispiel, dass wenn ein Arzt einem Patienten Medikamente verschreibe, aber dem Patient nicht beibringe, dass er auch gesund leben müsse, dann würde der Patient trotzdem immer wieder krank werden.

Als Karoubi noch unter Hausarrest stand, versprach er in einer weiteren Videobotschaft, dass die Iraner selbst das Recht haben ihre eigene Regierung zu wählen. Er sprach damit die Wahlfälschungen an. Einige Tage später wurde er verhaftet.

Am 2. März gab die reformislamistische Gruppierung, die im khomeinistischen Parlament eine kleine Minderheit darstellt, in einer Erklärung kund, dass sie sich für die Freilassung der verhafteten Politiker Karoubi und Mousavi einsetzen. In der Erklärung, die in Norooznews veröffentlicht wurde, verurteilen sie die "Putschisten" und meinen die Regierung von Ahmadinejad. Sie fordern nicht nur die Freilassung von Moussavi und Karoubi, sondern erinnern auch an die Verhaftung weiterer Ex-Mitglieder des islamistischen Pseudoparlaments, wie Dr. Islami, Herr Ahmad Hakimipour, Frau Amani, Dr. Soleymani, Herrn Safai Farahani und Mohssen Mirdamadi. Mirdamadi war einer der Hauptorganisatoren und Geiselnnehmer in der US-Botschaft. Die Besetzung begann am 4. November 1979 und dauerte 444 Tage lang. Erst am 21. Januar 1981 endete die Geiselnahme von 66 US-amerikanischen Diplomaten. Heute wird Mirdamadi, der damalige Geiselnnehmer zum Geisel derselben islamischen Revolution.

Weiterhin hat sich eine Gruppe von Geistlichen aus Ghom, die in der "Majmee Modaressin" organisiert ist, gegen die Verhaftung von Moussavi und Karoubi gewandt. Bisher ohne Erfolg.

Die Zustände in den iranischen Gefängnissen sind unmenschlich: Wie der persischsprachige Dienst der BBC am 3. März berichtete, hat sich sogar Qolamhussein Esmaili, Direktor der iranischen Gefängnisanstalten, wegen der Überfüllung der Gefängnisse beklagt. In den letzten 1,5 Jahren sei landesweit die Anzahl der Gefangenen um rund 55.000 Menschen gestiegen. Nach seinen offiziellen Angaben gibt es gegenwärtig 220.000 Gefangene, rund 70.000 von ihnen würden ohne ein gerichtliches Urteil in Haft sein. Jährlich würden aber rund 65.000



wieder freigelassen werden. D.h. nach offizieller Verlautbarung sind ein Drittel der Gefangenen sogar nach den Maßstäben der im Iran herrschenden Gesetzgebung willkürlich in Haft.

Die khomeinistischen Machthaber verhaften inzwischen Anhänger Khomeinis, die in der Stunde Null der islamischen Revolution von 1979 aktiv waren. Es sind Menschen, die das Scheitern ihrer Ideale, man muss besser sagen, das Scheitern ihrer totalitären Utopien, offenbar zugeben.

Die Diktatur hält dagegen. Demonstrativ erstattete der Revolutionsführer Ali Khamenei am 3. März einen sechsstündigen Besuch im iranischen Geheimdienstministerium.

Die Ideologen der totalitären Diktatur behandeln die iranische Protestbewegung als eine Geheimdienstakte, die von USA gelenkt werde.

Dennoch denkt Europa nicht daran wirtschaftlichen Druck gegen die khomeinistische Diktatur auszuüben.

Iran ist kein Vorbild für die arabische Welt ⁴⁰

Mostafa Tajzadeh wurde infolge der Proteste gegen die Präsidentschaftswahl vom 22. Juni 2009 verhaftet. Er gehörte bis dahin zum islamistischen Establishment des Iran. Heute vertritt er die Meinung, dass die arabische Welt die „Islamische Republik Iran“ nicht als Modell für ihre Zukunft nehmen solle.

Tajzadeh meint, dass der Widerstand der Bevölkerung die Machthaber des Iran zwingen wird nachzugeben. Er forderte die iranische Bevölkerung dazu auf sich in kleinen Gruppen zu organisieren und die „illegale Vorgehensweise“ der Regierung zu verurteilen. Zudem sollen die Anhänger von Mir Hussein Mussawi und Mehdi Karubi aus Protest jeden ersten Montag im Monat „fasten oder einen Hungerstreik“ unternehmen. Ferner soll jeweils der erste Montag im Monat nach dem Namen eines „Märtyrers der Grünen Bewegung“ benannt werden.

Schon im Juni 2011 hatte Tajzadeh gefordert, dass die Iraner „nicht an den unfreien Wahlen teilnehmen sollen.“ Er wollte damit explizit die „Rechtmäßigkeit“ der Wahlen im Iran in Frage stellen. In einem öffentlichen Brief an den iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei, der in „Kaleme“ veröffentlicht wurde, kritisiert Mostafa Tajzadeh die iranischen Machthaber.

Tajzadeh schreibt, dass er mit seinem Brief an die „Werte und Prinzipien“ der islamischen Revolution erinnern wolle. Tajzadeh beruft sich weiterhin auf den totalitären Ideologen Ayatollah Khomeini. Er gesteht in seinem Brief an den iranischen „Führer“ Ayatollah Ali Khamenei, dass „unsere Revolution nicht die

⁴⁰ https://www.achgut.com/artikel/iran_ist_kein_vorbild_fuer_die_arabische_welt/ 27.10.11



Botschaft des Fortschritts und der Wissenschaft hatte und auch nicht die Botschaft der Demokratie und Meinungsfreiheit.“

Er betont, dass die Mission der islamischen Revolution, die der „Moral“ gewesen sei, die sich „gegen das Konsumleben und den Materialismus“ gerichtet habe. Dies sei auch der Grund gewesen, warum die islamische Revolution im „Namen der Religion dem Kleriker Ayatollah Khomeini gefolgt sei.“

Tajzadeh glaubt, dass Ali Khamenei vom Weg der islamischen Revolution abgewichen sei. Umgekehrt glaubt Ali Khamenei im Übrigen, dass Tajzadeh ein „Abweichler“ sei. Tajzadeh erinnert an den Brief des 1988 verstorbenen Ayatollah Khomeini an Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Khomeini habe darin hervorgehoben, dass Russland „vom Marxismus nicht in Richtung Freiheit und Demokratie“ marschieren sollte. Tajzadeh zufolge habe Khomeini „himmlische Pforten für Gorbatschow eröffnen wollen“, damit dieser nicht in den „Schoß der materialistischen Welt falle.“

Tajzadeh schreibt, dass die muslimischen Völker in den letzten Monaten gegen Unterdrückung, Despotie und Erniedrigung aufgestanden seien. Er spitzt seine Kritik wie folgt zu: „Wenn diese Menschen nach Wissenschaft, Technologie, Fortschritt und Wohlstand streben, haben wir und Sie ihnen ohne Zweifel nichts anzubieten. Dies liegt an den wirtschaftlichen Problemen, an der hohen Inflation, an der Teuerungsrate, an der Arbeitslosigkeit und am Nullwachstum und dem Sinken der Inlandsproduktion. Deswegen müssen wir ihnen sagen, dass sie bitte Iran nicht als ihr Vorbild nehmen sollen.“

Tajzadeh fragt dann, ob der iranische Revolutionsführer den aufständischen Massen der arabischen Welt etwa „Lügen, Täuschungsversuche und List der iranischen Staatsbeamten“ anbieten und verkaufen wolle? Oder wolle der Revolutionsführer etwa so tun, als ob die iranischen Staatsbeamten menschlich handeln?

Tajzadeh kritisiert, dass im Iran Menschen in dunklen Einzelzellen unter den schlimmsten Bedingungen ausharren, nur weil sie die Verwandten von politischen Gefangenen finanziell unterstützt haben. Er schreibt, dass er sich „noch nicht einmal vorstellen konnte, dass die islamische Ordnung ihre Kritiker und ihre Gegner von ihrer Arbeitsstelle entlässt und diese ins Gefängnis steckt.“ Tajzadeh behauptet, dass solche Vorgehensweisen nicht zu seiner Regierungszeit, d.h. nicht zu Zeiten der Revolution praktiziert worden seien.

Nach dreißig Jahren terroristischer Gewaltherrschaft des totalitären khomeinistischen Islamismus schreibt Tajzadeh: „Wir haben es uns noch nicht mal im Traum vorstellen können, dass die Würde und die Menschlichkeit in unserem Land so einen Tiefpunkt erreichen kann. Die im Ausland studierenden Kinder der Gefangenen reisen aus Angst nicht in den Iran ein. Sie befürchten keine Ausreisegenehmigung mehr zu bekommen.“ Zudem würden Mütter, deren Ehemänner im Gefängnis sind, nicht



ausreisen dürfen. Sie könnten ihre Kinder nicht im Ausland besuchen, weil ihre Ehemänner im Gefängnis seien.

Tajzadeh kritisiert, dass die Verteidiger der „absoluten Herrschaft des Klerus“ argumentieren würden, dass die Umsetzung der islamischen Gesetze davon abhängen, ob der Klerus die „Macht besitzt“. Er fragt dann, ob die Verhinderung des Rechts auf Bildung für Familienangehörige von Kritikern etwas mit göttlichen Gesetzen zu tun habe. Tajzadeh stellt das politische System des Iran dennoch nicht in Frage.

In seinem Brief geht er ferner auf die Fluchtgeschichte von Ex-Präsident Banisadr ein. Dieser floh am 29. Juni 1981 nach Frankreich. Tajzadeh schreibt, dass die Familienangehörigen von Banisadr nach seiner Flucht zunächst verhaftet worden seien. Damals habe aber Ayatollah Beheshti sich dafür ausgesprochen, dass die Familienangehörigen von Banisadr nicht als Geiseln genommen werden. Sie seien später frei gekommen und seien ausgewandert. Diese Vorgehensweise ist für Tajzadeh ein Beispiel für die Barmherzigkeit des Islam unter Khomeinis Herrschaft.

Ein Einwand sei hier erlaubt: Tajzadeh blendet aus, dass in der Lebenszeit von Ayatollah Khomeini und unter der Herrschaft von Mussawi, Karubi und Tajzadeh Zehntausende unschuldige Menschen, die Demokratie und Freiheit wollten, hingerichtet wurden.

Tajzadeh vergleicht sich in dem Brief mit Banisadr. Er habe nicht wie Banisadr gemeinsam mit den Volksmujahedin gegen die iranische Regierung gekämpft. Er sei erst nach der Wahl von Ahmadinejad, als Unterstützer von Mir Hussein Mussawi, verhaftet worden. Die Regierung werfe ihm vor an der „samtenen Revolution“ beteiligt gewesen zu sein. Ein solcher Vorwurf treffe nicht zu. Er fragt, warum denn seine Ehefrau, die sich in ihrem Weblog über seine Verhaftung beklagt habe, nun in Einzelhaft sitzen müsse. Warum sie bestraft werde, nur weil ihrem Ehemann etwas Falsches vorgeworfen werde. Er fragt den iranischen Revolutionsführer Khomeini auf der Basis welcher moralischen Grundsätze seine Ehefrau im Gefängnis festgehalten werde.

Er betont in seinem Schreiben, dass er trotz der Verhaftung seiner Frau nicht aufhören werde Kritik zu äußern. Er fragt, welches Schicksal ein System haben werde, das „mit einer solchen Geschwindigkeit moralisch und ethisch abstürzt.“ Er schließt damit, dass er unter allem nur eines „versteht, dass heute im Namen der Religion und der religiösen Ordnung eine Politik durchgeführt wird, die nichts mit einer Religion zu tun hat.“ Und die Staatsbeamten hätten auch nichts mit Gott und Religion zu tun.

Ohne Zweifel ist Tajzadeh ein Dissident und nach außen von der Utopie des khomeinistischen Islamismus überzeugt. Kein Wunder. Tajzadeh war in den Jahren 1984-88 als Sekretär für internationale Fragen im Ministerium für Kultur und



Islamische Führung tätig. Das Ministerium wurde in dieser Zeit von Ex-Präsident Khatami geleitet. Mir Hussein Mousawi war in diesen Jahren Ministerpräsident und Mehdi Karubi Vizesprecher des iranischen Pseudo-Parlaments. Ferner ist Tajzadeh Mitglied des Zentralkomitees der inzwischen verbotenen linksislamistischen Partizipationsfront und der Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution des Iran. Er war Stellvertreter des früheren Innenministers unter der Präsidentschaft von Mohammad Khatami. Er leitete zudem 4 Jahre lang die Kommission der nationalen Sicherheit im islamistischen „Parlament“ ab Februar 2000. Tajzadeh, Karubi und Mussawi sind in Haft. Der Erstere im Evin-Gefängnis, die beiden Letzteren stehen unter Hausarrest.

Tajzadeh sitzt seit zweieinhalb Jahren eine Haftstrafe von insgesamt 6 Jahren ab. Er wurde zudem zu 10 Jahren Berufsverbot verurteilt. Er soll die „nationale Sicherheit des Iran gefährdet“ und gegen das System propagiert haben. Tajzadeh war selbst an der Macht, als Tausende unschuldig hingerichtet wurden, nur weil sie Sozialdemokraten, Kommunisten, Royalisten, Bahai, Frauen, die sich gegen Zwangsverschleierung wehrten, oder Kurden waren, die für Freiheit kämpften. Dies sind nur ein paar Beispiele.

Trotz der staatlichen Liquidierung aller säkularen Kräfte zu Beginn der islamischen Revolution hat die totalitäre islamistische Regierung im Iran es nicht geschafft die Iraner mundtot zu machen. Seit der Gründung der „Islamischen Republik Iran“ waren die Wahlen im Iran eine Fiktion. Denn nur Islamisten verschiedener Schattierungen konnten gewählt werden. Heute sägt die Diktatur immer mehr an den eigenen Ästen und minimiert ihre Basis. Die Islamische Revolution begann mit einer totalitären Ideologie des Khomeinismus, die sich auf eine Massendiktatur stützte. Heute verliert die totalitäre Massendiktatur immer mehr an gesellschaftlicher Basis und stützt sich dafür immer mehr auf militärische Stärke und Terror nach innen und nach außen. Sogar die meisten Reformislamisten schließen inzwischen aus, dass das politische System des Islamismus im Iran reformierbar ist.

Iran: not a model for the Arab world ⁴¹

Mostafa Tajzadeh was arrested following the presidential election of 22nd June 2009. Until then he was part of the Islamist establishment of Iran. Today he argues that the Arab world should not take the “Islamic Republic of Iran” as a role model.

Tajzadeh says that popular resistance will force Iran’s rulers to withdraw. He calls on the Iranian people to organize themselves in small groups and to condemn the "illegal policy" of the government. In addition, he calls on the followers of Mir-Hussein Mousavi and Mehdi Karoubi to protest by "fasting or undertaking hunger strikes" on

⁴¹ <http://europeandemocracy.org/media/european-media/iran-is-not-an-example-for-the-arab-world.html>
28.10.11



the first Monday of every month. Furthermore, he says, they should dedicate the first Monday of every month to a "martyr of the Green Movement."

As early as June 2011 Tajzadeh pleaded that the Iranians "should not participate in the elections, which are not free." He explicitly challenged the "legality" of the elections in Iran. In an open letter to Iranian Supreme Leader Ali Khamenei, which was published in "*Kale me*," Mostafa Tajzadeh criticized the Iranian government.

Tajzadeh writes that he wants his letter to remind its reader of the "values and principles" of the Islamic Revolution. He still relies on the totalitarian ideology of Ayatollah Khomeini. In his letter to the Iranian "leader" Ayatollah Ali Khamenei he confesses that "the message of our revolution was not progress and science and not democracy and freedom of expression."

He emphasized that the mission of the Islamic revolution was "morality," which was "against consumption and materialism." This was also the reason why the Islamic Revolution was based in "the name of religion on the ideas of the cleric Ayatollah Khomeini."

Tajzadeh says he believes that Ali Khamenei had deviated from the path of the Islamic Revolution. For his part, Ali Khamenei believes that Tajzadeh is a "deviant". . . Tajzadeh is reminiscent of the late Ayatollah Khomeini, who wrote a letter to then-Soviet Prime Minister Mikhail Sergeyevech Gorbachev in 1988. Khomeini had stressed that Russia should not march away "from Marxism towards freedom and democracy." According to Tajzadeh, Khomeini intended to open "heaven's gates for Gorbachev," so he would to not "fall in to the trap of the materialistic world."

In his letter, Tajzadeh writes that in recent months the Muslim peoples have stood up against oppression, tyranny and humiliation. He intensifies his criticism as follows: "If these people strive for science, technology, progress and prosperity, without a doubt, we have nothing to offer them. This is because of our economic problems of high inflation rate, unemployment, zero growth and the decline of domestic production. Therefore, we must tell them that they should please do not take Iran as their model. "

Tajzadeh then asks whether Ali Khamenei wanted to offer the insurgent masses of the Arab world "lies, deceptions and trickery of the Iranian government and officials?" Or does the leader of the revolution, Ali Khamenei, want to act as if the Iranian officials behave in a humanistic manner?

Tajzadeh notes that Iranians suffer in dark single cells, under the worst conditions, just because they supported the relatives of political prisoners financially. He "could not even imagine that the Islamic order dismisses its critics and opponents from their jobs and puts them in jail." Tajzadeh asserts that such methods were not practiced under his reign in the post-revolutionary period in the 80s.



After 30 years of terrorist violence and the totalitarian rule of Khomeinist Islamism, "We could not even imagine in our dreams that the dignity and humanity of Iranians could fall to such a low point," writes Tajzadeh. "When the children of prisoners study abroad, they are afraid to return to visit Iran. They fear they will be refused permission to leave Iran." Not only that, but women whose husbands are in jail do not get permission to leave Iran. They can't visit their children abroad because their husbands are in jail.

Tajzadeh criticizes the defenders of the "absolute rule of clergy" for arguing that the implementation of Islamic law would make the "empowerment of clergy" indispensable. He then asks whether the denial of the right to education for relatives of critics has something to do with divine law. Tajzadeh doesn't question the political system of Iran.

In his letter, he also refers to the escape of ex-president Abulhassan Banisadr. He fled Iran on 29 June 1981 and went to France. Tajzadeh writes that after Banisadr's escape, his family members were arrested initially. But Ayatollah Beheshti demanded that Banisadr's relatives not be treated as hostages. Soon they were freed and left Iran. For Tajzadeh, this incident is an example of the mercy of Islam under Khomeini's rule.

An objection should be allowed here: Tajzadeh hid the fact that, that during the life of Ayatollah Khomeini and the reign of Mousavi, Karoubi and Tajzadeh tens of thousands of innocent people who fought for democracy and freedom were executed.

In his letter, Tajzadeh compares himself with Banisadr. But he had not fought against the Iranian government as Banisadr did together with the People's Mujahedeen.

Only after the election of Ahmadinejad, as one of the supporters of Mir Hossein Mousavi, was he arrested for the first time. The government accused him of being part of the "velvet revolution." Such an allegation is incorrect, Tajzadeh stresses. He asks why his wife, who had complained in her blog about his arrest, must now suffer in single confinement. Why is she punished just because they wrongly accused her husband? He asks the Iranian Supreme Leader Khamenei to clarify the moral principles on which his wife is held in jail.

He stresses in his letter that he will not stop expressing criticism despite the arrest of his wife. He asks about the fate of a system that "crashes morally and ethically at such high speed." He concludes that he primarily "understands that today, a policy is conducted on behalf of religion and religious order that has nothing to do with religion." And state officials have nothing to do with God and religion, he says.

Without a doubt, Tajzadeh is a dissident and obviously convinced of the Utopia of Khomeinist Islamism. It is no wonder. Between 1984-88, Tajzadeh worked as a



secretary for international affairs at the Ministry of Culture and Islamic Guidance. At that time, the ministry was headed by former President Khatami. Mir-Hossein Mousavi was prime minister during those years and Mehdi Karoubi was vice speaker of the Iranian pseudo-parliament. Furthermore, Tajzadeh was a member of the Central Committee of the banned left-Islamist Participation Front and of the Organization of the Mojahedin of the Islamic Revolution of Iran. He was deputy of the former interior minister under the presidency of Mohammad Khatami. From February 2000 he also headed the commission on national security in the Islamic "parliament." Tajzadeh is under arrest in Evin prison. Karoubi and Mousavi are under house arrest.

Tajzadeh has been sitting in jail for two and half years, having been sentenced to 6 years. He was also sentenced to 10 years of official debarment from his occupation. The rulers accused him of having "endangered the national security of Iran." He is said to have campaigned against the system.

Tajzadeh himself was in power when thousands of innocent Iranians were executed just because they were socialists, communists, royalists, Bahais, women who fought against forced veiling, or Kurds who fought for freedom. These are just few examples.

Despite the liquidation of all secular forces in the beginning of the Islamic Revolution, the totalitarian Islamist government in Iran did not manage to silence Iranians. Since the founding of the "Islamic Republic of Iran," Iran's elections have been a fiction. Only Islamists of various factions could be elected. Today, the dictatorship is more and more digging its own grave and minimizing its own social basis. The Islamic Revolution began with a totalitarian ideology of Khomeinism, which was based on mass dictatorship. Today, the totalitarian mass dictatorship continues to lose its social basis and is increasingly based on military strength and terrorism directed inward and outward. Even most Reform Islamists rule out that the political system of Islamism in Iran is reformable.

Hilfe für Bahrain ⁴²

Während der Iran im Namen der Menschenrechte die schiitische Bewegung in Bahrain unterstützt, führt die US-Marine gemeinsame Manöver mit Bahrain durch. Europa sollte endlich eine positive Rolle bei der Demokratisierung von Bahrain spielen.

Am 15. Mai 2011 veröffentlichte die wissenschaftliche Abteilung des iranischen „Parlaments“ einen Bericht über die politische Lage in Bahrain. Bahrain ist als ein Staat im Persischen Golf für den Iran von besonderer Relevanz. Der Saudi-Arabischen Armee und den Sicherheitskräften des Staates von Bahrain wird in dem Bericht vorgeworfen an den Menschenrechtsverletzungen in Bahrain beteiligt zu sein.

⁴² https://www.achgut.com/artikel/hilfe_fuer_bahrain 29.11.11



In dem Bericht wird auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verwiesen. Der Westen würde das Thema der Menschenrechte instrumentalisieren.

Ausführlich gehen die Autoren des Berichts auf die Probleme von Folter in den Gefängnissen Bahrains ein. Hervorgehoben werden die Folterungen von weiblichen Aktivistinnen. Viele gebildete Frauen, Ärztinnen und Lehrerinnen seien von den Sicherheitsbehörden „entführt“ worden. Die Sicherheitskräfte und die „Saudi-Arabischen Besatzer“ sollen das einzige staatliche Krankenhaus in der Stadt Manama in Mai 2011 umzingelt haben. Willkürlich würden Menschen verhaftet werden. Viele Studenten, Universitätsprofessoren und akademisches Personal seien verhaftet worden.

Insbesondere seit der verstärkten Intervention Saudi-Arabiens in Bahrain seien dort schiitische Zentren geschlossen worden. Dabei seien sogar Sunniten gemeinsam mit Schiiten an den Protesten gegen die bahrainische Regierung aktiv gewesen. 25 Prozent der verhafteten Bahrainis seien Kinder, die angeblich gefoltert und teilweise hingerichtet worden seien.

Sogar 150 Sportler, teilweise unpolitisch, seien in Bahrain verhaftet worden. Viele Journalisten seien in Haft. Reporter ohne Grenzen hätte Bahrain auf ihre schwarze Liste gesetzt. Auch die Möglichkeiten der Internetnutzung in Bahrain sei stark eingeschränkt worden. Die Autoren des Berichts schlagen iranischen Politikern vor sich diplomatisch bei der Arabischen Liga einzusetzen, und auf die Menschenrechtsverletzungen in Bahrain hinzuweisen. Die iranischen Politiker sollen die Namen der schiitischen „Märtyrer“ bekannt machen und Schiffe mit „humanitärer Hilfe“ nach Bahrain schicken.

Der Iran verhält sich in dieser Frage, wie die DDR sich in Bezug auf die Atomkraftwerke der DDR verhielt. Aus der Sicht der DDR-ideologen war die Radioaktivität nur ein Problem des Westens. Sozialistische Atomkraftwerke waren gut.

Wie der Bericht von Bahrain Center for Human Rights vom 25. November zeigt, ist es natürlich richtig auf Menschenrechtsverletzungen in Bahrain hinzuweisen. Besonders die Gewalt gegen schiitische Frauen ist ein Beweis für die massiven Menschenrechtsverletzungen der bahrainischen Regierung.

Der Bericht des iranischen Majless ist aber deswegen perfide, weil die Weltöffentlichkeit sehr genau darüber informiert ist, wie repressiv das totalitäre Regime im Iran ist. Immerhin haben die Reporter ohne Grenzen Iran als das größte Gefängnis des Nahen Ostens für Journalisten bezeichnet. Auch die Arabische Liga ist längst zu Iran auf Distanz gegangen. Am 18. November 2011 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Iran aufgefordert wurde, die



Hintergründe des Komplotts zur Ermordung des Saudi-Arabischen Botschafters in den USA aufzudecken.

Dies zeigt deutlich, dass die arabische Welt sich mitnichten im Namen des Islam vom Iran führen lassen will. Die Arabische Liga und die Türkei setzen anders als der Iran die syrische Regierung unter Druck. Tatsächlich braucht der Iran die Assad-Regierung, um von dort aus eine Basis für den Export der Islamischen Revolution in den Nahen Osten zu haben. Während die Arabische Liga Druck auf die Assad-Regierung ausübt, will der Iran auf keinen Fall die Assad-Regierung gefährden.

Die totalitäre Diktatur im Iran genießt immer weniger Sympathie in der arabischen Welt. Dennoch kann sich der Iran auf eine islamistische Basis in Bahrain berufen. Die Tatsache, dass ausgerechnet die totalitären Herrscher des Iran sich bei den Menschenrechtsverletzungen in der eigenen Gesellschaft nicht an die internationalen Vereinbarungen halten, sich aber im Falle von Bahrain auf die Menschenrechtsprinzipien berufen, zeigt wie zynisch die Diktatur mit solchen Themen spielt.

Wie die iranische Presse gemeldet hat, weisen iranische Regierungsstellen jegliche Behauptung, dass die iranischen Revolutionsgardisten in Bahrain aktiv seien, zurück. Stattdessen zitierte Farsnews am 14. November ausgerechnet Majda Hussein, Vorsitzender der schiitisch-libanesischen Terrororganisation Amal. Dieser warf absurderweise der Arabischen Liga vor mit den USA zusammenzuarbeiten. Iran kritisiert auch die Bahrainische Regierung, wenn ihre Marine gemeinsame Manöver mit der US-Marine durchführt.

Der Iran setzt seine verfassungsmäßig festgelegte Strategie fort die Islamische Revolution zu exportieren, macht inzwischen aber die Erfahrung, dass auch die Arabische Welt immer weniger davon wissen will.

Die Frage ist, ob europäische NGOs und Regierungen nicht der bahrainischen Schiiten helfen müssen, damit diese nicht in die iranische Falle laufen. Denn die "Islamische Republik Iran" ist kein Modell für die arabische Welt.



Irak: Bringt Scharm el-Sheikh uns der Demokratisierung des Mittleren Ostens näher? ⁴³

Die Teilnehmer der Irakkonferenz kamen aus 63 Staaten und von internationalen Organisationen. Der Wiederaufbau des Irak und die Einbeziehung der Nachbarstaaten im Prozess der Demokratisierung der Region gehörten zur Agenda. Ein Umdenken im Iran konnte Condolezza Rice jedoch nicht einleiten.

Von Wahied Wahdat-Hagh

In der ägyptischen Stadt Sharm el-Sheikh fand letzte Woche eine zweitägige Irak-Konferenz statt. Im ersten Teil ging es um die innere Konsolidierung des Irak, im zweiten Teil um die Einbeziehung auch Syriens und des Iran.

Zu den wirtschaftlichen Themen der Konferenz gehörten ein Reformplan und der Wiederaufbau des Irak, der einhergehen soll mit einer Aussöhnung der verfeindeten irakischen Parteien, Volksgruppen und Konfessionen. Ein konkretes Ergebnis war der Schuldenerlass in Höhe von 30 Milliarden Dollar. Zudem sollen 5 Milliarden Dollar Neuinvestitionen in den irakischen Markt getätigt werden.

Angesichts des offenbar positiv verlaufenen Treffens der US-Außenministerin Condolezza Rice mit ihrem syrischen Pendant Walid Moulam, wurden zunächst Erwartungen gehegt, ob ein neuer Dialog mit dem Iran möglich sei. Der Versuch ist im Ansatz gescheitert, das Eis nicht gebrochen. In einem Smalltalk empfahl stattdessen Manuchehr Mottaki, iranischer Außenminister, seiner US-amerikanischen Amtskollegin, das persische Eis, weil es das Beste sei. Ergo: Die Beziehungen bleiben auf dem Gefrierpunkt.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Mohammad Ali Hussein, dementierte obendrein, dass es ein gesondertes Gespräch zwischen der US-amerikanischen Außenministerin und ihrem iranischen Pendant gegeben habe. Hussein Sobhaninia, Mitglied der Kommission der nationalen Sicherheit des islamistischen „Parlaments“ des Iran wusste zudem, dass es „sehr unwahrscheinlich ist, dass iranisch-amerikanische Gespräche Erfolge zeitigen.“ Ein weiteres Mitglied desselben Gremiums kommentierte, dass die Konferenz keine Sicherheit für Irak mit sich bringen könne und ergebnislos zu Ende gegangen sei.

Ayatollah Ahmad Jannati, Teheraner Freitagsprediger, fragte in Hinblick auf die Irak-Konferenz demagogisch, warum die Menschen in der Region eigentlich einen Vormund brauchen? Die Konferenz sei eigentlich eine Einmischung in die Angelegenheiten des Irak. Die westlichen Regierungen wollten doch nur eine Regierung in Irak stabilisieren, die sie alleine kontrollieren. Die Teilnahme des Iran sei daher wichtig, um der Konferenz auch andere Impulse zu geben. Die Ursache für

⁴³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061527/Irak-Bringt-Scharm-el-Sheikh-uns-der-Demokratisierung-des-Mittleren-Ostens-naeher.html> 14.05.07



den Terrorismus in Irak, liegt nach der Propaganda des iranischen Staatsklerus lediglich in der westlichen Politik. Jannati verdammt daher auch prompt die Briten und die US-Amerikaner, weil sie den Irak besetzt hielten.

Der iranische Außenminister nahm tatsächlich an der Irakkonferenz teil, sorgte jedoch für schlechte Stimmung, indem er das Abendessen der Konferenzteilnehmer verließ, weil eine russische Musikerin nicht ausreichend islamisch gekleidet war. Der reformislamistischen Zeitung Entekhab zufolge soll die ukrainische Violinistin dazu bemerkt haben: „Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass ich oder mein Kleid ein Problem darstellten.“ Ihr rotes Kleid ohne Arm sei sehr elegant gewesen. Außerdem hätte die „weibliche Bedienung des Hotels nur kurze Röcke getragen.“ Mehrnews kam in einer Analyse zu dem Schluss, dass der Themenschwerpunkt „Föderalismus und Unabhängigkeit“ für Irak als durchaus positiv zu bewerten sei, da dies für die pluralistische irakische Gesellschaft wichtig sei. Unter dem Strich geht es den iranischen Politikern gegenwärtig hauptsächlich um die Macht der Schiiten und um die Sicherung der Machtposition des Iran. Ali Reza Akbari, Sekretär des iranischen Verteidigungsministers, brachte die Perspektive des Regimes auf den Punkt: Der Iran habe der Welt vor Augen geführt, dass ohne ihn niemals eine „legitime Entscheidung“ fallen könne. Faktisch versucht das iranische Regime die positive Dynamik, die mit der Irak-Konferenz in Gang gesetzt wurde, zu bremsen.

Für einen Kolumnisten der Kuwait Times dagegen war das Ziel der Konferenz, Frieden und Stabilität in Irak zu fördern. Dies sollte durch Verhandlungen, nationale Versöhnung und internationale Hilfe zustande kommen. Die libanesische Zeitung Al-Hayat ordnete die Konferenz als einen Teil des von USA forcierten Demokratisierungsprogramms eines Greater Middle East ein. Präsident Bush habe aber auch die Konferenz gebraucht, um einen Teil der Belastungen auf die UNO abzuwälzen.

Zwar bewertete der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki die Unabhängigkeitsbestrebungen der Regierung Maleki als einen positiven Schritt und betonte, dass der Iran vorhabe neue Aufbauprojekte im Süden und Norden Iraks durchzuführen. Dennoch kann der Konflikt um die Demokratisierung des Mittleren Ostens auf eine Grundfrage zurückgeführt werden: welches Modell soll im Mittleren Osten realisiert werden? Soll die Region Teil einer demokratischen „einen Welt“ werden, oder endgültig unter Herrschaft der iranischen Khomeinisten geraten, die das Ziel verfolgen, weiteren totalitären islamistischen Bewegungen zur Macht zu verhelfen? Die Irak-Konferenz war ein Stachel im Fleisch derjenigen, die ein paradigmatisches Gegenmodell der Islamisierung der Region gegen die „Verwestlichung“ und Demokratisierung umsetzen wollen.



Seltsame Gesprächspartner ⁴⁴

Die Universität München hat in letzter Minute eine Veranstaltung mit iranischen Theologen abgesagt. Hat sie damit aus einem falschen Reflex gegen das iranische Regime heraus die Gebote von Toleranz und wissenschaftlichem Austausch verletzt? Oder hat sie einen schweren politischen Fehler verhindert?

Der Dogmatikprofessor Bertram Stubenrauch sieht nicht weniger als den „freien Gedankenaustausch an den wissenschaftlichen Hochschulen des demokratischen Rechtsstaates“ gefährdet. Grund: Die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität hatte einen für den 10. Dezember geplanten Austausch zwischen deutschen und iranischen Theologen abgesagt, nachdem Menschenrechtsgruppen, christliche Organisationen und die jüdische Gemeinde dagegen protestiert hatten. Die katholische Fakultät hatte Professor Mohammad Legenhausen eingeladen, der am Imam- Khomeini-Institut in der Stadt Kum arbeitet.

Hat die Universität aus einem falschen Reflex gegen das iranische Regime heraus die Gebote von Toleranz und wissenschaftlichem Austausch verletzt? Oder hat sie einen schweren Fehler verhindert? Wenn man sich ein wenig mit dem iranischen Institut beschäftigt, das da zum Dialogpartner werden sollte, scheint letzteres der Fall zu sein.

Legenhausen ist zu den Neofundamentalisten zu zählen, gemeinsam mit Ajatollah Masbahe Jazdi, Mentor des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad. Zu dieser Gruppe zählt auch Ali Akbar Velajati, der am Khomeini-Institut Seminare abhält. Er ist Berater von Ali Khamenei, dem iranischen Revolutionsführer. Velajati wird laut Urteil des Berliner Kammergerichts für das Mykonos-Attentat 1992 in Berlin mitverantwortlich gemacht.

Der Dissident Akbar Ganji wirft den Neofundamentalisten eine „faschistische Interpretation der Religion und der Regierungsmacht“ vor. Sie seien verantwortlich für die politischen Morde an Intellektuellen und Politikern im Jahr 1998.

Legenhausen jedoch bestreitet, dass das Khomeini-Institut eine Kadenschmiede des Terrors ist. Dem widerspricht der erste iranische Präsident nach der islamischen Revolution unter Ajatollah Khomeini. Abdolhassan Banisadr, der 1981 vor den Machthabern in Teheran zurück nach Frankreich floh, sagt: „Khomeini war der Meinung, dass unsere Religion unsere Politik sei. Wer Politik und Religion voneinander trennen wolle, propagiere einen amerikanischen Islam.“ Das Imam-Khomeini-Institut sei gegründet worden, um den politischen Islam zu propagieren. Daher sei der Anspruch, einen nicht-politischen, wissenschaftlich-theologischen Dialog mit Vertretern dieses Instituts zu führen, sehr merkwürdig.

⁴⁴ https://www.achgut.com/artikel/wahied_wahdat_hagh_seltsame_gespraechspartner 22.12.08



Mitarbeiter des Khomeini-Instituts unterrichten Angehörige der Basijji-Einheiten der iranischen Armee, die nach eigenem Bekunden als Selbstmordattentäter eingesetzt werden sollen. Das Institut arbeitet mit der fanatisch antisemitischen Organisation der Hojjatieh zusammen. Ähnlich wie Ahmadinejad propagiert auch Legenhausen, während der Abwesenheit des zwölften Imam sei ein offensiver Krieg nicht gestattet. In Anlehnung an den Staatsklerus verteidigt Legenhausen zugleich „revolutionären Kampf“ und „gerechten Krieg“, bei einer „Rebellion gegen die Unterdrücker“. Mit der Übersetzung von Arbeiten Khomeinis und Jasdis stellt Legenhausen seine Treue unter Beweis. Er schreibt für vom Regime geführte Organisationen, die den bewaffneten Kampf von Hisbollah und Hamas verteidigen.

Kein Wunder, dass Banisadr fragt: „Was ist eigentlich passiert, dass katholische Stiftungen ausgerechnet mit Propagandisten der Gewalt und des Terrors einen Dialog führen wollen? Kennen sie keine anderen Muslime?“

Irans willige Helfer⁴⁵

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu hat in den letzten Jahren seine proiranische Position nicht verheimlicht. Nun übt der Iran Druck auf die Türkei aus. Die türkische Regierung müsse ihre Politik gegenüber Syrien ändern. Tatsächlich hat die Türkei in den letzten Monaten syrischen Flüchtlingen Asyl gegeben, während es Berichte gibt, dass iranische Revolutionsgarden in Syrien geholfen haben, die syrische Demokratiebewegung zu zerschlagen.

Der Iran geht davon aus, dass der Wandel in der Islamischen Welt nur ein Zeichen des „islamischen Erwachens“ sei. Daher betrachten die iranischen Machthaber die „Islamische Republik Iran“ als ein Modell für den Wandel in der arabischen Welt. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei hatte schon am 1. Juni 2011 die syrische Oppositionsbewegung als eine „abweichlerische Bewegung“ charakterisiert.

Am 11. Juli reiste Davutoglu nach Teheran. Er traf unter anderem den iranischen Präsidenten Ahmadinejad. Es wurde besprochen, dass die Wirtschaftsbeziehungen des Iran verbessert werden müssten. Iranische Politiker hetzten gegen den „westlichen Einfluss“ in der Region. Am 18. Juli 2011 veröffentlichte Sobesadegh, das Organ der iranischen „Wächter der Islamischen Revolution“, auch Revolutionsgardisten genannt, einen Artikel, der ein neues Licht auf den Besuch des türkischen Außenministers wirft.

Die iranischen Revolutionsgardisten warnen in diesem Artikel die türkische Regierung, sie solle ihren Kurs gegenüber der syrischen Regierung ändern. Die Revolutionsgardisten kritisieren, dass sowohl die iranischen Politiker als auch der türkische Außenminister Davutoglu bei der Pressekonferenz in Teheran sehr

⁴⁵ http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/irans_willige_helfer/
28.07.2011



„allgemein diskutiert“ haben. Tatsächlich haben die türkisch-iranischen Gespräche nichts gebracht.

Wie bewerten die iranischen Revolutionsgardisten den Stellenwert Syriens? Die Regierung von Assad sei eine Ausnahme. Während fast alle arabischen Regierungen vom Wandel in der arabischen Welt betroffen seien und die meisten irgendwann wegen ihrer prowestlichen Politik gehen müssten, sei „Syrien eine Ausnahme.“ Syrien befinde sich in der „Linie des Widerstandes.“ Daher seien der Westen und viele arabischen Regierungen gegen Syrien. Die USA und Saudi-Arabien, die vom „Islamischen Erwachen“ der arabischen Welt besonders „geschädigt“ wurden, haben demnach die syrischen Oppositionellen bezahlt, damit diese gegen die Regierung von Assad vorgehen. Syrien sei nicht zu vergleichen mit Ägypten, Tunesien, Libyen und Jemen. Der Westen wolle aber unbedingt die syrische Regierung stürzen. Denn eine „prowestliche Regierung in Syrien würde alle politischen Gleichungen in der Region zugunsten des Westens ändern.“

Die Türkei aber verhalte sich sehr negativ gegenüber Syrien. Die türkische Regierung habe zugelassen, dass Waffen für die syrischen Oppositionellen über die türkisch-syrische Grenze nach Syrien gelangen. Sobhesadegh schreibt: „Das einzige Argument der türkischen Regierung ist, dass die syrischen Oppositionellen zum Volk gehören.“ Die türkische Regierung würde aber nicht die Frage beantworten, warum das Volk diese Waffen brauche, um Regierungsbeamte zu töten. Dabei seien Millionen Syrer auf die Straße gegangen, um die syrische Regierung zu unterstützen.

Sobhesadegh zufolge würde die türkische Regierung davon ausgehen, dass im Falle eines Regierungswechsels in Syrien die türkischen Unternehmen mehr in den syrischen Markt investieren könnten als heute und größere Profite erzielen könnten, wenn Assad gestürzt sei.

Die syrische Regierung habe den großen Vorteil, dass sie bisher in der Lage gewesen sei die bestehenden politischen Konstellationen „einzufrieren.“ Syrien Sorge dafür, dass die Gefahren, die Iran bedrohen geringer werden.

Sobhesadegh schreibt: „Die syrischen Probleme sind mit den iranischen Interessen eng verknüpft.“ Die syrische Bewegung sei dabei die Probleme ihrer Gesellschaft zu lösen. Das westliche Ausland müsse aufhören sich in die syrischen Angelegenheiten einzumischen. Und die Türkei solle eine „realistischere“ Politik betreiben und die syrische Regierung verteidigen. Die Türkei könne nur mit einer prosyrischen Politik ihre Ziele erreichen. Falls die Türkei aber ihre antisyrische Politik fortsetze, müsse sich der Iran zwischen Türkei und Syrien entscheiden. Iran würde sich dann aus strategischen Gründen für Syrien entscheiden und nicht für die Türkei, so das politische Organ der Revolutionsgardisten, Sobhesadegh.

Die Wochenzeitschrift Sobhesadegh zitiert am 18. Juli in einem weiteren Artikel Kamal Halbavi, hochrangiges Mitglied der ägyptischen Muslimbrüder, der ebenfalls



deutlich macht, welche Ziele die proiranische Achse im Nahen Osten verfolgt. Halbavi unterscheidet zwischen den falschen und den „wahren Führern“ der islamischen Nation (Ummat). Für ihn ist Ali Khamenei das Beispiel eines „wahren Führers“. Denn die falschen Führer würden Frieden mit Israel eingehen und die „wahren Führer“ würden einen Frieden mit Israel ausschließen.

Tatsache ist, dass der Iran nur mit Hilfe der libanesischen Hisbollah, der Hamas, der ägyptischen Muslimbruderschaft und Syrien seine antiisraelischen, antidemokratischen und antiwestlichen Ziele erreichen kann.

Indessen hat sich das iranische Pseudo-Parlament am 20. Juli 2011 für einen Boykott der USA entschieden. Demnach sollen 29 US-amerikanische Bürger, wegen „Menschenrechtsverletzungen“ weltweit verfolgt werden.

Das ist wohl auch die Grundlage der Angebote des Iran für direkte Verhandlungen mit den USA. Kein Geringerer als Hashemi Rafsanjani meinte, dass man „nun auf einer gleichen Ebene mit den USA verhandeln kann.“

Iran: Viel Wirbel um 300 ⁴⁶

Die Verfilmung des Comicromans von Frank Miller, 300, sorgt im Iran für Furore. Der Film schildert die Schlacht der Griechen gegen die eindringenden Perser bei den Thermopylen, 480 v. Chr. Er sei antiiranisch, heißt es von offizieller Seite. Nur vereinzelte Stimmen halten dagegen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Frank Miller, Comicautor und Schriftsteller und Warner Bros der Produzent des Films, orientierten sich bewusst nicht an den historischen Fakten des zweiten Perserkrieges gegen Griechenland [480 v. Christus]. Die Grundlage des Films waren die Phantasieschilderungen des antiken Chronisten Herodot. Dennoch ist die Aufregung groß.

Die in den USA lebende Sängerin, Azam Ali, die bei dem Film mitgewirkt hat, entschuldigte sich sogar bei den Iranern, weil sie glaubt diese möglicherweise verletzt zu haben. In einem offenen Brief schreibt sie, dass sie nicht an diesem Film mitgewirkt hätte, wenn sie nur gewusst hätte, dass einige Iraner sich beleidigt fühlen würden. Der Film sei ein Phantasiefilm und nicht ernst zu nehmen. Muss Azam Ali sich öffentlich für ihre Kooperation mit Hollywood entschuldigen, um nicht Angst um ihr Leben zu haben?

⁴⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061521/Iran-Viel-Wirbel-um-300.html> 05.05.07



Immerhin wurden Azam Ali und eine iranische Darstellerin des Films, Daron Shahlawi, von einer Nachrichtenagentur, die Präsident Ahmadinedschad nahesteht, heftig angegriffen. Die beiden hätten ihre Heimat verraten und dadurch eine „Welle des Hasses unter Iranern hervorgerufen.“

Hollywood gilt in der offiziellen Propaganda der Islamischen Republik ohnehin als ein Instrument des Weltzionismus, aber der Film 300 sei, so der iranische Minister für Kultur und islamische Führung, Safar Harandi, sogar eine „Schande für Hollywood“ und natürlich „eine offene Beleidigung aller Iraner.“ Die „edlen“ iranischen Künstler würden schon bald eine Antwort auf diesen Film geben, so der Kulturminister. Es soll bereits ein Gegenfilm gedreht worden sein, der nun die „Größe der iranischen Geschichte“ darstellt.

Man wisse im Iran sehr wohl, dass Amerika seine Filmindustrie als ein ideologisches Instrument einsetze, um andere Völker zu beherrschen, meint Arash Fahim, ein Kommentator der Kayhan, eines Sprachrohrs des iranischen Führers. Seiner Ansicht nach ist 300 lediglich als ein „Instrument der kulturellen Invasion“ zu betrachten. Die Griechen würden als „zivilisiert und frei“, die Iraner dagegen als „kulturlose und blutrünstige Wilde“ dargestellt werden.

Die „reformorientierte“ Zeitung Etemad meldete sich ebenfalls zu diesem Thema und schrieb, die Produktionsfirma von 300 habe endlich auf die Kritiken reagiert und zugegeben, dass der Inhalt des Films nichts mit der tatsächlichen Geschichte der Perserkriege zu tun habe. Dies war allerdings ohnehin bekannt und wurde weder vom Regisseur noch von dem Produzenten jemals anders dargestellt.

Die „moderate“ Zeitung Jamejam zitierte aus einem Protestschreiben der iranischen Botschaft in Paris, das dem Film "Rassismus und Militarismus" asttestiert.

Es gibt regimetreue und regimekritische Webloggs im Iran und im Exil. In einem Weblogg der in Iran erscheinenden Zeitung Mardomyar beschwert sich ein Leser: „Wenn gegen die Prophetenbeleidigungen konsequent vorgegangen werden würde, dann würde niemand mehr wagen, den Iran zu beleidigen.“ Ein anderer Leser argumentiert sogar rassistisch: „Diejenigen, die arisches Blut in den Adern haben und stolz sind, Iraner zu sein und den Weg des großen Xerxes fortsetzen wollen, müssen sich wehren.“

Die Webloggerin Monahita fragt jedoch kritisch: „Ich habe diesen Film nicht gesehen und werde den auch nicht sehen. Aber ich frage diese Herren, deren blaue Ader am Hals bei solchen Problemen sofort anschwellen. [...] Warum seid ihr so traurig, dass man uns als Wilde hinstellt? In welchem Staat der Welt ist Steinigung in dessen Strafgesetzgebung festgelegt? In welchem anderen Staat werden Gruppenhinrichtungen auf offener Straße durchgeführt, so dass Schaulustige sich in Reihen aufstellen? Wo noch werden die Menschen in der Öffentlichkeit ausgepeitscht? Wo sind etwa Körperamputationen, Handabhacken und



Augenausreißen Staatsgesetz? In welchem anderen Land dürfen religiöse Minderheiten nicht arbeiten und nicht studieren? Warum regen sich die iranischen Männer gar nicht über Zeit- und Vielehe auf? In welchem Land darf der Vater dem eigenen Kind jedes Verbrechen legal antun, ohne dass ihm etwas passiert? In welchem Land wird ein vergewaltigtes 16-jähriges Mädchen auch noch erhängt. In welchem Staat werden die Anwälte von ermordeten Schriftstellern verhaftet, und nicht die Verantwortlichen der Verbrechen? In welchem Land wird ein Student, der im Gefängnis durch Folter umgebracht wird, in einem unbekanntem Friedhof begraben, so dass die Eltern noch nicht mal an seinem Grab trauern können? In welchem Land vergewaltigen und ermorden Beamte eine Journalistin in einem Gefängnis? In welchem Land wird ein historisches Verbrechen, der Holocaust, in einer Konferenz verleugnet? Ich könnte noch vieles mehr aufzählen. Aber was bedeutet eigentlich Zivilisation?“

Bezeichnend an dieser Diskussion über den Film 300 ist ein Grundwiderspruch, der die iranische Gesellschaft prägt. Kein Geringerer als der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini wollte noch zu Beginn der Revolution die dynastischen Symbole des Iran vernichten. Sogar das Neujahrsfest, das den Beginn des Frühlings einläutet, und das Schachspiel sollten, da unislamisch, verboten werden. Die panislamistische Ideologie des Khomeinismus steht in einem Widerspruch zum iranischen Nationalismus. In diesen Tagen soll sogar die Grabstätte eben dieses Königs Xerxes, der in 300 als Schwarzer und Homosexueller dargestellt wird, überflutet werden. Die Grabstätte muss einem Staudamm weichen.

Das kulturelle Erbe der iranischen Gesellschaft wird zerstört, aber über einen - wie manche meinen, schlecht gemachten _ Phantasie-Film regt man sich auf.

Die Aufregung über den Film 300 trägt aber weder zur selbstkritischen Diskussion der totalitären staatlichen Propaganda noch zur Erkenntnis der tatsächlich bis heute bestehenden Grausamkeiten in der islamistischen Diktatur bei. Die Frage ist, warum man so unkritisch mit der eigenen staatlichen Hasspropaganda umgeht.



Islamistische Wirtschaftspolitik und Öl

Iran: Konsens in Gefahr ⁴⁷

Europäische Energieinteressen im Iran stehen europäischen Sicherheitsinteressen entgegen. Wird der transatlantische Konsens gegenüber dem iranischen Regime zerbröckeln?

Von Wahied Wahdat-Hagh

Die österreichische Mineralölverwaltung OMV und das iranische Regime planen neue Handelsvereinbarungen mit einem Geschäftsvolumen von ca. 30 Mrd. Dollar. Das iranische Regime bejubelt die Absichtserklärungen und erwartet, dass bis Ende des Jahres der Deal hieb- und stichfest ist.

Iran ist eine regionale Macht und hat immense Energieressourcen, dennoch liegt die iranische Wirtschaft brach. Die Inflation beträgt 18% und die Arbeitslosigkeit 30%, obwohl täglich 100 Mio. Dollar Ölrevenues in den Sack des Kalifen fließen und die Diktatur stabilisieren. Auch sinkt ständig der Wert der iranischen Währung Rial, mit der konsequenten Folge, dass seit der Machtübernahme Ahmadinejads mehr als 300 Milliarden Dollar meist nach Dubai, Malaysia, Österreich geflossen sind. Iran exportiert Öl, importiert aber 40% seines Benzinverbrauchs.

Logisch, dass das iranische Regime im Namen des Antiimperialismus noch mehr seiner Naturressourcen verkaufen muss. Gas ist das neue Gold, das den Staatsklerus und seine Soldaten an der Macht finanzieren soll: In einer gemeinsamen Absichtserklärung vereinbarten am 21. April der österreichische Öl- und Gaskonzern OMV und die iranische Regierung ein Investitionsprogramm zur Erschließung von iranischen Gasressourcen, Produktion von Flüssiggas und dessen Export nach Europa.

Das staatliche Unternehmen des Iran Petropars hat die Genehmigung bekommen 75 Mio. m³ Gas zu erschließen. Das iranische Regime braucht dafür technische und wirtschaftliche Unterstützung. Daher hat Petropars sich um ausländische Investitionen gekümmert und konnte sich mit OMV sogar einigen, - denn Geld stinkt noch nicht einmal in der Tasche der iranischen Machthaber. ISNA berichtete, OMV werde sich mit 20 Prozent der Gesamtinvestitionen am Ausbau der Bohranlagen beteiligen und gleichzeitig 10 Prozent der Gesamtinvestitionen in einem iranischen Unternehmen, das Flüssiggas [LNG, Liquefied natural gas] entwickelt, übernehmen.

Zudem verpflichtet sich OMV jährlich 2,2 Mio. Tonnen Flüssiggas für Europa zu kaufen. Qolam Hussein Nowsari, Sekretär des iranischen Ölministers gab schließlich

⁴⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061534/Iran-Konsens-in-Gefahr.html>, 19.05.2007



bekannt, dass Österreich sich in der Absichtserklärung bereit erklärt habe, jährlich 5 Milliarden m³ Gas für Europa zu kaufen. Ein Teil davon werde in Form von LNG gekauft werden und ein Teil davon soll über die Nabucco-Pipeline nach Europa geführt werden. Allein über diese Pipeline sollen 100-120 Mio. m³ Gas nach Europa exportiert werden. Newsari meinte, dass in Anbetracht der Tatsache, dass der Iran die zweitgrößten Gasressourcen besitze, der Iran eine besondere Relevanz auch für Europa habe.

Das Nabucco-Pipeline-Projekt soll iranisches Gas über die Türkei nach Österreich bringen. Mit der Ausbeutung der kaspischen und iranischen Erdgasvorkommen soll im übrigen die europäische Abhängigkeit vom russischem Öl verringert werden. Die OMV ist der Hauptinitiator, zudem sollen ungarische, rumänische und bulgarische Unternehmen daran mitwirken. Auch die Europäische Investitionsbank wird in das Nabucco-Projekt investieren. Laut Econews hat OMV seinen iranischen Partnern zugesichert, dass trotz des amerikanischen Drucks die Investitionen in Iran positive Entwicklungen machen. Helmut Langanger, Vorstandsmitglied der OMV, sprach von „Hundertern von Millionen von Dollars, die in dieses Projekt investiert werden sollen.“

Wolfgang Ruttendorfer, Generaldirektor des österreichischen Mineralölkonzerns OMV sagte: „Wenn man die Sicherheit der Energieversorgung gewährleisten will, muss man sich auf unterschiedliche Energieressourcen konzentrieren. Wir werden natürlich alle österreichischen und europäischen Gesetze sowie die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates befolgen“. Österreich müsse nicht dem US-amerikanischen Gesetz folgen.

ISNA kommentierte diesen Satz mit der Bemerkung, dass die „amerikanischen Regierungsinstanzen über die neuen Absichtserklärungen sehr besorgt seien.“ Der Sprecher des US-Außenministeriums Mc-Vormack habe angekündigt mit der österreichischen Regierung über den ungünstigen Zeitpunkt dieser neuen Vereinbarungen reden zu wollen. Ursula Plassnik, amtierende Außenministerin Österreichs habe jedoch die Absichtserklärung als „Garantie für die Energiesicherheit Österreichs und Europas“ bezeichnet.

Während in den letzten Monaten ein transatlantischer Konsens im Umgang mit dem Iran erreicht werden konnte, weil die Verknüpfung von iranischen Langstreckenraketen mit dem potentieller Bau einer Atombombe für Europa doch verhängnisvoll werden könnte, setzt das iranische Regime seine Spaltpilzpolitik fort. Derweil könnte ein neuer Dissens in den transatlantischen Beziehungen entstehen, die das iranische Regime auszunutzen weiß, denn es geht um die Energiesicherung Europas.

Beispielsweise kritisierte die als moderat bekannte iranische Zeitung Hamshahri das Bedenken amerikanischer Politiker und brüstete sich damit, dass das Europaparlament in Straßburg klar gestellt habe, dass die UNO-Sanktionen sich



nicht auf den Öl- und Gassektor beziehen, zumal eigentlich die USA den Freihandel in den Energiesektoren unterstützen sollen.

Die Probleme werden immer größer: Während die iranische Aufrüstungspolitik und Hegemonialbestreben eine weltweite Aufrüstungsspirale hervorrufen können, könnte das Beispiel der OMV einen heiklen Dominoeffekt auslösen. Die deutsche E.ON wartet schon auf die Zustimmung der Bundesregierung, um Geschäfte mit dem iranischen Regime zu tätigen. Würde die Wirtschaft eine Ethik haben, müsste man grausame Regime wie das khomeinistische massiv daran hindern, eine zunehmend größere Gefahr für die Welt zu werden. In der Tat gerät die europäische Energiepolitik in einen Widerspruch zu den europäischen Sicherheitsinteressen, falls der OMV mit dem islamistischen Terrorregime seine Absichten realisiert.

Iran: Die Kriegsökonomie des islamischen Gottesstaates ⁴⁸

Der iranische Ölminister bestreitet, dass die Rationierung des Benzinkonsums etwas mit den Sanktionsdrohungen zu tun hat. Weiter steigende Benzinimporte werden die iranischen Staatsausgaben so erhöhen, dass die Devisenreserven der islamischen Diktatur zur Neige gehen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Ölminister, Seyyed Kazem Waziri Hamanne demonstrierte Zuversicht, als er auf die Frage eines Journalisten, ob die Benzinrationierung noch weiterhin verschärft werden könnte, wie folgt antwortete: „Es gibt gegenwärtig keine Diskussion über die Verschärfung der Rationierung, die zeitlich nicht begrenzt ist. Die Rationierung verfolgt den Zweck der Änderung des Konsumverhaltens. Die Rationierung hat nichts mit Sanktionsdrohungen zu tun.“ Auf jeden Fall sei der Benzinkonsum zurückgegangen. Dies erhöhe im Übrigen die Sicherheit des Landes.

Tatsächlich aber wächst die Unzufriedenheit der iranischen Bevölkerung und sogar die Immobilienpreise steigen als Folge der Benzinrationierungen. Eine iranische Wirtschaftszeitung führte dies auf die geringer werdende Mobilität zurück, mit der Folge, dass innerhalb weniger Tage die innerstädtischen Immobilienpreise gestiegen und die Preise der Immobilien in den Vororten gesunken seien.

Der Ölminister weiß dagegen, dass 80 bis 85 Prozent des Bedarfs der Bevölkerung trotz der Rationierung gedeckt seien und weist auf die staatlichen Zwänge hin. Das Jahresbudget für den Benzinimport betrage lediglich 2,5 Milliarden US-Dollar. Dieses Budget werde innerhalb der nächsten sechs Wochen aufgebraucht sein, zumal der Iran ca. 15 Millionen Liter Benzin täglich importiere. Da das iranische Jahr erst im März begonnen hat, bedeutet dies, dass das Jahresbudget noch nicht einmal für die

⁴⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061580/Iran-Die-Kriegsoekonomie-des-islamischen-Gottesstaates.html>, 06.07.07



Hälfte des Jahres ausreichen wird. Dazu der iranische Ölminister: „Wir haben kein Budget für den Import von Benzin.“ Ohne Rationierung müssten „weitere 5 Milliarden Dollar ausgegeben werden. Das würde wiederum die Devisensparnisse des Landes aufbrauchen.“

Der Autor der reformislamistischen Zeitung Sharq ist dennoch optimistisch, denn der Straßenverkehr sei deutlich geringer und der Himmel über der Stadt Teheran sei blauer geworden. Vor der Rationierung habe der Benzinkonsum landesweit zwischen 75 bis 90 Millionen Liter täglich betragen, Anfang der Woche sei dieser jedoch auf 54 Millionen Liter zurückgegangen.

Hammane ist sich im übrigen auch sicher, dass es der iranischen Wirtschaft wieder besser gehe, wenn endlich die Türkei einwillige und die Nabucco-Pipeline nach Europa realisiert werde. Die USA könne den iranischen Gasexport nach Europa ohnehin nicht mehr verhindern.

Auch Heizöl könnte nach Angaben des iranischen Ölministers bald rationiert werden. Iran importiere inzwischen Heizöl und solange die Preise auf dem Weltmarkt nicht steigen würden, müsse der Staat ähnlich wie bei der Regulierung des Benzins reagieren. Es klingt wie ein falsches Versprechen, wenn der iranische Ölminister ankündigt, dass wenn der Iran in den nächsten drei bis vier Jahren drei neue Raffinerien baue und der Konsum weiterhin eingeschränkt werde, der Iran dann sogar Benzin exportieren könne. Es müsse gespart werden, um erst einmal Raffinerien, Pipelines und Lager zu bauen. Die meisten Raffinerien seien veraltet und seien daher nicht profitbringend.

Wie viele Milliarden Dollar stattdessen in das Mittelstreckenraketen- und Atomprogramm fließen, ist Geheimnis des Staatsklerus. Auch die militanten Quds-Einheiten und der Revolutionsexport kosten Geld. Kein Geringerer als der Libanese, Sheikh Naim Qassem, Vertreter von Hassan Nassrallah, hat sich kürzlich im iranischen Fernsehen gerühmt, dass jede terroristische Operation der Hisbollah gegen Israel, auch Selbstmordattentate, eine Erlaubnis des iranischen Führers, Ayatollah Ali Khamenei benötigen.

Die Achillesfersen der Diktatur und der Antiimperialismus

Tatsächlich kennt der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad die Achillesfersen der Wirtschaft seiner Diktatur. Ernsthaftige Sanktionen könnten die iranische Wirtschaft lahm legen. Zurückgehende Benzinimporte könnten soziale Unruhen hervorrufen und das Regime schwächen. Ahmadinejad kennt die Abhängigkeit der iranischen Benzinwirtschaft und antwortet mit klassischen Mitteln der Kriegswirtschaft.

Mal wieder wird Unabhängigkeit vom Weltmarkt und Autarkie als antiimperialistische und revolutionäre Strategie propagiert. Der Benzinkonsum der Bevölkerung wird staatlich eingeschränkt. Der Ausbau der Raffinerien wird propagiert. Und die



Sicherung des Benzinbedarfs soll durch „befreundete“ Staaten, wie Venezuela, garantiert werden. Denn der venezolanische Staatspräsident Hugo Chavez gilt als ein naher Freund des Iran, der die Westmächte als „Barbaren“ bezeichnet und gute Freunde wie Ahmadinejad und den iranischen Führer Ayatollah Ali Khamenei in petto hat. Ihnen will er notfalls sogar Benzin liefern, wobei über den Umfang des Exports auch Chavez nicht reden wollte.

Die Suche nach alternativen Energien oder islamistische Kriegswirtschaft?

Ahmadinejad propagiert, dass der Iran die Erforschung alternativer Energieproduktion für Kraftfahrzeuge forcieren wolle. Iranische Autos sollen in Zukunft mit Gas fahren. In der Tat sprechen Energieexperten heute von der Erdölfalle. Shell investiert fünf Milliarden Dollar in Katar, um Syn-Diesel herzustellen. Diese Form von Treibstoff, der aus komprimiertem Flüssiggas hergestellt wird, kommt nur für Busse oder Taxis in Frage. Denn komprimiertes Erdgas schwächt die Leistung des Motors und verkürzt die Verbrauchszeit des Gastanks. Die iranische Regierung beabsichtigt bis zum Jahr 2015 die meisten Autos doppelt auszurüsten: mit Benzin und Syn-Diesel. Iran braucht aber für die Lagerung von sogenannten Compressed Natural Gas [CNG] Speicherbehälter aus Stahl. Die iranische Wirtschaftszeitung Econews befürchtet, dass die US-Regierung die CNG-Lagerung sabotieren könnte.

Tatsächlich haben Anne Korin und Gal Luft vom amerikanischen Institute for the Analysis of Global Security [IAGS] festgestellt, dass Sanktionen gegen den Iran kaum etwas bewirken werden. Je mehr Zeit vergehe, desto „elastischer“ könne der Iran gegen Sanktionen reagieren. Daher schlägt dieses Institut der US-amerikanischen Regierung vor, die CNG-Tanks zu zerstören. Mit Hilfe von „klandestinen Sabotageoperationen“ könnte die Infrastruktur von Naturgasproduktion beschädigt werden. Zudem müssten Strafmaßnahmen gegen europäische Unternehmen, wie das österreichische TUV und AFS-Unternehmen durchgeführt werden, die Irans Energieplan unterstützen. Zwar würden solche Aktionen das Programm nicht stoppen, aber verzögern, hatten Korin und Luft im Dezember 2006 geschrieben.

Das Militär und die Revolutionsgarden brauchen Benzinreserven

Sicher ist, dass jenseits der euphemistischen Option der alternativen Energiegewinnung knallharte militärische Zwänge existieren, die die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der khomeinistischen Diktatur bestimmen. Angesichts verschärfter Sanktionen brauchen das iranische Militär und die Revolutionsgarden Benzinreserven. Mit Blick auf eine konfrontative Lage denkt die Diktatur nicht daran ihre Untertanen qua Renten- und Öleinkommen zu alimentieren und genau deswegen muss die iranische Bevölkerung mit klassischen kriegswirtschaftlichen Methoden des Konsumverzichts bluten. Und dies im Namen einer vermeintlich



autarken antiimperialistischen Ökonomie, die inzwischen sogar ökologisch verbrämt wird.

Iran: Wirtschaftspolitik à la Ahmadinejad ⁴⁹

Iranische Wirtschaftsexperten kritisierten am letzten Samstag bei einem Treffen mit dem Präsidenten Ahmadinejad die starke Staatsintervention. Ahmadinejad rief dennoch zur „Woche der Steuerkultur“ auf.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Ahmadinejad will „Steurgerechtigkeit“ erreichen. Auf einem Treffen mit fünfzig der 57 Wirtschaftskritiker, die ihn schon mehrfach vor den katastrophalen Folgen seiner Wirtschaftspolitik gewarnt haben, betonte Ahmadinejad, dass er zwei Optionen sehe.

Die erste Option, die er als eine falsche Lösungsstrategie bezeichnete, gehe davon aus, dass der Staat alle Naturressourcen des Landes aufbrauche, indem diese teilweise exportiert und teilweise konsumiert werden. Der richtige Weg sei jedoch, dass sich jeder Iraner entsprechend seiner Möglichkeiten an den allgemeinen gesellschaftlichen Kosten beteilige. Dies funktioniere nur durch höhere Steuereinnahmen.

Von den 20 Millionen arbeitenden Iraner würden ca. 15 Mio. Steuern zahlen. Drei Mio. seien Bauern und müssten keine Steuern zahlen. Rund zwei Millionen Iraner würden keine Steuern zahlen, was der Präsident scharf kritisierte. Die Losung des Präsidenten: Steuern statt Ressourcenverbrauch. Die Feinde des Iran wollten, dass „wir alle unsere Ressourcen verkaufen und aufbrauchen, damit wir keinen Fortschritt machen.“

Ein Kommentator der reformislamistischen Zeitung Sharq begrüßte das Treffen, obwohl kein Ergebnis erzielt worden sei.

Holländische Krankheit ⁵⁰

Die iranischen Wirtschaftsexperten hatten schon vor einem Jahr die Wirtschaftspolitik der neunten Regierung, der Ahmadinejad-Regierung kritisiert. Vor einem Monat schrieben sie erneut einen öffentlichen Brief, so dass der Präsident sich schließlich gezwungen sah, mit den Experten zu sprechen.

⁴⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061591/Iran-Wirtschaftspolitik-a-la-Ahmadinejad.html>, 20.07.07

⁵⁰ <http://honestlyconcerned.info/2007/07/21/iran-wirtschaftspolitik-a-la-ahmadinejad/>, 21.07.07



Diese stellten erneut fest, dass die iranische Wirtschaft unter der holländischen Krankheit leide. Als Gründe nannten sie die Ölabhängigkeit und die Aufblähung der Geldmenge. Immerhin habe sich die Geldmenge im Iran innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Die Zentralbank habe die Petrodollars in iranische Währung getauscht und diese in den Markt gepumpt. Die Folgen sind Inflation und Preissteigerungen. Private Wirtschaftsaktivitäten seien deswegen zurückgegangen, dafür seien die staatlichen Subventionen gestiegen. Inzwischen würden sogar Zucker und Reis importiert werden, was der einheimischen Produktion schade. Die Exporte dagegen seien zurückgegangen.

Die Experten kritisieren die hohen Ausgaben des Staates infolge der hohen Öleinnahmen, wobei ihnen nicht klar ist, wofür die Gelder ausgegeben werden. In den letzten zwei Jahren habe der iranische Staat 90 Milliarden Dollar Deviseneinnahmen gehabt, aber diese Einnahmen hätten die Wirtschaftsentwicklung nicht positiv beeinflusst. Durch die hohen Ölpreise habe die Regierung von Ahmadinejad allein in einem Jahr über 50 Milliarden Dollar zur Verfügung gehabt. Es sei ein Fehler der iranischen Zentralbank gewesen die Petrodollars in die einheimische Währung Rial umzutauschen. Dies hat zu einer offiziell 13,6 prozentigen Inflationsrate geführt. Die hohen Deviseneinnahmen haben zu einer Erhöhung der Importe geführt, zudem seien allein in den letzten Monaten die Boden und Immobilienpreise um 50 Prozent gestiegen.

Wachstum könne mit Inflationseffekten nicht hervorgerufen werden, zumal die Ausgaben für den Beamtenapparat und das Gesundheitssystem sehr hoch seien. Es muss wohl hinzugefügt werden, dass die unbekanntes Ausgaben für Militär, Luftwaffe und Marine plus Atomprogramm ebenfalls eine immense Belastung sind.

Der Schwarzmarkt blüht trotzdem

Kritisiert wurde die wachsende Staatsintervention, die den Schwarzmarkt nicht verhindern konnte und diesen eher gefördert habe. Rund 80 Prozent der Handygeräte seien in den Iran geschmuggelt worden. Jährlich werden fünf bis sieben Mio. Handygeräte gebraucht. Immerhin benutzen rund 16 Mio. Iraner Handies. Auch Benzin werde jenseits der Rationalisierungen auf dem Schwarzmarkt verkauft.

Privatisierung à la Ahmadinejad

Der Staatsführer Khamenei habe die Privatisierung der Wirtschaft angeordnet. Die iranische Wirtschaft kenne jedoch keine Konkurrenz. Kritisiert wird weiterhin, dass Ahmadinejad ein neues Allokationssystem eingeführt hat, das in der Tat einem reinen Klientensystem ähnelt. Die Regierung alimentiert inzwischen direkt die Provinzen, vermittelt über die direkte Subventionierung der Gouverneure. Das Budget der Provinzen ist damit gänzlich in der Hand des Gouverneurs und der Gouverneur in der Hand von Ahmadinejad. Da diese sich jedoch hauptsächlich mit



politischen und Sicherheitsfragen beschäftigen würden, könnten keine wirklichen Entwicklungspläne für die Provinzen entwickelt werden.

Ahmadinejad hatte angekündigt die Arbeitslosigkeit von offiziell 11,5 Prozent mit kurzfristigen Krediten zu bekämpfen. Sogar die größtenteils staatlichen Banken haben sich gegen das Programm gewehrt, denn kurzfristige Billigkredite bringen kaum Rendite. Das Programm des Präsidenten geriet in Stagnation, zumal der Staat die Rendite der staatlichen Banken auf 12 Prozent und die der privaten Banken auf 13 Prozent beschränkt hat. Die Wirtschaftsexperten kritisierten, dass die vorausgesagte Inflationsrate für das laufende Jahr jedoch höher sei, als die Rendite der Banken. Diese Tendenz würde zum Bankrott der Banken führen.

Das Privatisierungsprogramm der Regierung sei zudem keine echte Privatisierungsstrategie. Unter Privatisierung versteht Ahmadinejad die Vergabe von billigen Aktien an Kriegsgeschädigte und Arme. Tatsächlich sind 80 Prozent der Unternehmen staatlich und zwar diejenigen in den wichtigsten Branchen wie der Auto-, Schiffbau-, Gas-, Öl-, und Stahlindustrie, der Banken, Versicherungen, Fluggesellschaften usw.

Die Experten stellen fest, dass die 3 Millionen iranischen Börsianer letztlich zu den Verlierern zählen würden, denn ihre Ersparnisse gehen dank der Inflation immer mehr verloren. Auch die Außenhandelsstatistik verschlechterte sich. Die Importe sollen jährlich ca. 41 Milliarden Dollar betragen haben. Diese sind jedoch deutlich zurückgegangen. Prinzipiell sei die starke Staatsintervention nur schädlich für die Wirtschaft.

Auch die Benzinrationierung sei ein Fehler. Die Wirtschaftsexperten sind der Meinung, dass die Ölindustrie auf ausländisches Kapital angewiesen sei, um den internationalen Standards zu entsprechen. Aber die internationalen Konzerne würden immer weniger in den iranischen Anlagen investieren. Als Grund nennen sie explizit das Urananreicherungsprogramm. Die USA würden die internationalen Konzerne unter Druck setzen, die nun tatsächlich zögerlicher geworden seien. Offiziell habe die iranische Regierung kalkuliert, dass in den nächsten 8 Jahren 130 Milliarden Dollar in die Öl- und Gasindustrie investiert werden, davon müssten jedoch 90 Milliarden US-Dollar aus ausländischen Kapitalien stammen.

Als ein Warnzeichen führten die Wirtschaftsexperten das Beispiel des japanischen Unternehmens Inpex auf. Dieses habe zunächst zugesagt drei Milliarden US-Dollar in das Ölfeldprojekt Asadegan zu investieren. Diese Summe betrage immerhin 75 Prozent der Gesamtkosten. Auf Druck der USA habe die japanische Firma aber ihre Zusage zurückgezogen. Gegenwärtig sei Inpex nur mit 10 Prozent daran beteiligt.

Eine entgegengesetzte Wirkung hat eine Absichtserklärung, die Iran und die Türkei kürzlich unterschrieben haben. Iran wird demnach die Erlaubnis bekommen Gas über die Türkei nach Europa zu exportieren. Auch Türkmenistan soll Gas über Iran in die



Türkei und dann nach Europa exportieren. Die Türkei wird dafür in die iranische Gasanlage Meydane Gase Pars investieren.

Europa ist einerseits auf die Energieressourcen Mittelasiens angewiesen, andererseits werden solche Wirtschaftsbeziehungen zur Stabilisierung der totalitären Diktatur im Iran beitragen. Dessen mahdistische Ideologie hat selbstmörderische Züge. Europa sollte in Zukunft sehr genau zwischen seinen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen abwägen.

Iran: Ahmadinedschad im Kreuzfeuer der Kritik ⁵¹

In einem Fernsehinterview erklärte Ahmadinedschad die Ursachen der Inflation und der Teuerungsrate im Iran. Seitdem steht der iranische Präsident im Kreuzfeuer der Kritik. Das Majless, das islamistische Parlament des Iran, will ihn anhören.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad gab bei einem Sonderprogramm des iranischen Staatsfernsehen zum ersten Mal zu, dass die iranische Wirtschaft unter einer hohen Teuerungsrate, Inflation und der Senkung des Geldwerts leide, berichtete die Exil-online-Zeitung Rooz.

Der Präsident selbst wollte keine Verantwortung für die wirtschaftlichen Probleme übernehmen, gestand aber ein, dass die Wirtschaftspläne der Regierung eindeutig gescheitert seien. Er versprach, dass die Staatsbürokratie schlanker, die Geldmenge reduziert und die ausländischen Devisen teurer werden würden, damit es der iranischen Wirtschaft in Zukunft besser gehe. Der Präsident hob hervor, dass die Regierung sich bemüht habe, die Kapitalinvestitionen zu fördern. Immerhin seien diese seit seiner Machtübernahme um rund drei Milliarden Dollar gestiegen. Er beklagte, dass gleichzeitig die Preise für Fleisch und Hülsenfrüchte um 36 Prozent gestiegen seien. Transportpreise hätten sich vervierfacht. Besonders problematisch sei der Anstieg der Weizenpreise.

Deutschland sei auf Platz 1, wenn es um Importe von Maschinen gehe, und China besetze den ersten Platz beim Import von Konsumwaren. Dabei seien die Preise der importierten Waren gestiegen. Allein in den letzten acht Monaten sei das Gewicht der importierten Waren um 5,3 Prozent gesunken, deren Preise seien jedoch um zwölf Prozent gestiegen.

⁵¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061642/Iran-Ahmadinedschad-im-Kreuzfeuer-der-Kritik.html>, 21.12.07



Um ein Vielfaches teurer geworden

Ahmadinedschad kritisierte, dass iranische Banken zu viele Kredite vergeben hätten. Beispielsweise habe eine Bank ein Kapital von fünfzig Million Tuman gehabt, habe aber drei Tausend Milliarden Kredite vergeben.

Aufschlussreich sind auch die Ausführungen des iranischen Präsidenten im Hinblick auf das Verhältnis des iranischen Tuman zum US-Dollar. Die iranische Regierung hatte im letzten Jahr gemeldet, dass der iranische Außenhandel sich vom US-Dollar auf Euro umstellen werde. Ahmadinedschad referierte in der Fernsehsendung, dass der Preis des Dollars im Verhältnis zu anderen Währungen gesunken sei. Aber die iranische Währung Tuman sei im Verhältnis zum US-Dollar stabil geblieben. Das Problem liege darin, dass inzwischen die Preise der ausländischen Waren gestiegen seien, aber da der Dollar im Verhältnis zum Tuman immer noch gleich hoch geblieben sei, seien die Waren um ein Vielfaches teurer geworden.

Iranische Wirtschaftsexperten haben zwar begrüßt, dass diese Probleme endlich eingestanden werden, aber die Analyse und die Lösungsansätze des Präsidenten seien voller Widersprüche. Der Präsident habe mit den hohen Staatseinnahmen aus dem Ölgeschäft geprahlt, aber die Teuerung aller zu importierenden Ölderivate auf die Inflation zurückgeführt, die nicht zurückgeschraubt werden konnte. Ahmadinedschad habe die Verantwortung für die Inflation auf die iranischen Banken übertragen, ohne einzugestehen, dass die iranischen Banken gänzlich unter Kontrolle und Aufsicht der Regierung stehen.

Ahmadinedschad bittet um Verzeihung

Roos zitierte einen anonymen Experten, der kritisierte, dass es absurd sei, dass Ahmadinedschad Argumente der Kritiker für sich verwende. Denn der Preis des Tuman im Verhältnis zum Dollar werde von der iranischen Zentralbank, die unter der Leitung der Regierung stehe, festgelegt. Iran hat faktisch Quasi-Staatsbanken. Die Argumente des Präsidenten ergäben keinen Sinn, sagt der anonyme Wirtschaftsexperte gegenüber Roos. Zumal die Zentralbank vom hohen Dollarpreis profitiere und das Volk aus eigener Tasche für den hohen Dollarpreis bezahle. Schon vor zwei Jahren hätten Experten die hohen Staatsausgaben und die zu große Geldmenge des Tuman kritisiert. Niemand habe jedoch auf sie gehört.

Die Frage bleibt, warum die iranische Regierung die iranische Zentralbank nicht dazu gedrängt hat, eine andere Geldpolitik zu betreiben. Etwa weil die Banken des Gottesstaates an dem im Verhältnis zu Tuman hohen Dollarpreis verdienen - zum Nachteil der iranischen Bevölkerung?

Roos zitierte Ahmadinejad, der zu den Iranern sprach: „Ich stehe seit zwei Jahren und einigen Monaten zu Euren Diensten. Ich habe mich bemüht und meine Absicht und die meiner Kollegen waren nichts mehr als die Besserung der Lage. Wir haben



uns bemüht unserem Land und unserem Volk etwas Gutes zu tun. Ich liebe das ganze iranische Volk mit meinem ganzen Dasein. Und ich kämpfe für mein Volk. Wenn ich einen Fehler gemacht habe oder nachlässig war oder irgendwann etwas zum Nachteil des iranischen Volkes gesagt habe oder das Volk nicht verteidigt habe, verzeiht es mir. [...] Ich verzeihe auch jedem, der mich beleidigt hat. Und ich bitte Gott um die Führung derjenigen, die mich aus politischen Absichten beleidigt haben.“

Ahmadinedschad im Kreuzfeuer der Kritik

Einige Mitglieder, die zu den Anhängern von Ahmadinedschad im Majless zählen, wollen nun Ahmadinejad anhören, berichtete die reformislamistische Zeitung Etemad. In den letzten zwei Jahren habe das Majless sich kaum gegen den Präsidenten gestellt, nun befürworten einige Majless-Mitglieder, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik ein Präsident Fragen des Majless beantworten soll. Dafür soll eine Unterschriftenaktion gestartet werden. Nach Angaben der Zeitung Etemad sind mindestens siebenzig Majlessmitglieder bereit, Ahmadinejad öffentlich zu einer Befragung aufzufordern, um „Fragen des Volkes in klarer und deutlicher Form an den Präsidenten zu stellen“.

Auch die bekannteste Wirtschaftszeitung des Iran kritisierte den Präsidenten. Die Bevölkerung habe von seinem Fernsehinterview erwartet, dass der Präsident auf die Ursachen der Inflation eingehe. Econews kritisierte, der Präsident habe „schwache Gesetze“ als eine Ursache für die Inflation aufgeführt. Dabei seien „viele Gesetze nicht den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen angepasst.“ Im Grunde müssten einige Gesetze „revidiert“ werden, schreibt die Wirtschaftszeitung.

Auch Hashemi Rafsanjani, einer derjenigen iranischen Politiker, die laut Mykonosurteil verantwortlich für den iranischen Staatsterrorismus sind, nahm den Präsidenten unter Beschuss und sagte, dass „manche lauthals in den Medien über die wirtschaftlichen Missetäter schreien.“ Sie würden „laut hupen, um die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen.“



Iranische Reaktionen auf Resolution 1803 ⁵²

Für die iranische Regierung besitzt die Resolution 1803 des UN-Sicherheitsrates keine Gültigkeit. Das Urananreicherungsprogramm wird fortgesetzt. Iranische Intellektuelle befürchten einen wirtschaftlichen Schaden für den Iran. Gleichzeitig drohen Politiker, Journalisten und Militärs mit harten Reaktionen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Die Resolution 1803 beabsichtigt Sanktionen gegen iranische Einzelpersonen, Firmen und Banken vorzunehmen, die für das iranische Atomprogramm arbeiten. Deren ausländische Konten sollen eingefroren werden. Einige hochrangige Militärs und Atomwissenschaftler erhalten zudem Reisebeschränkungen. In Zukunft sollen Exportkredite und konkret die „Bank Melli“ und die „Bank Saderat“ stärker überwacht werden.

Iran ist immer noch „attraktiv“

Elahe Kolahi ist Professorin für politische Wissenschaft an der Teheraner Universität. Sie war Mitglied des sechsten Pseudoparlaments unter Ex-Präsident Mohammad Khatami. Kolahi ist der Meinung, dass die neue Resolution des UN-Sicherheitsrates zum Iran „sicherlich wirtschaftliche Auswirkungen auf den Iran“ haben werde. Die Sanktion seien nicht direkt gegen die Bevölkerung gerichtet. Die Iraner würden jedoch die Sanktionen zu spüren bekommen. Es sei nun bewiesen, dass die iranische Atomakte keinen technischen und juristischen Charakter habe, sondern eine rein politische und sicherheitspolitische Seite.

Die Universitätsprofessorin sagt, dass die Resolution 1803 den „Iran als eine Gefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit darstelle, was ohne Zweifel die Bedingungen für den Iran verschlechtern werde.“ Kolahi weiß, dass der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde zwar Positives zur Entwicklung des iranischen Atomprogramms aufgeführt habe, aber die ebenfalls genannten negativen Punkte seien im Iran nicht berücksichtigt worden.

Die Wissenschaftlerin betont, dass die Sanktionen negative Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft haben werden, aber Iran „bleibe stets für manche Staaten attraktiv.“ Auf die Frage, ob ein Ölpreis über 100 Dollar die iranische Position verbessern würde, antwortete die iranische Professorin, dass dies erst „genau untersucht werden müsse.“ **Kontrolle des Persischen Golfs?**

Hussein Schariatmadari ist der Herausgeber der Zeitung Kayhan, des Sprachrohrs des iranischen Führers Ali Khamenei. Schariatmadari schreibt, dass der Iran auf jeden Fall auf die „böse Maßnahme“ des UN-Sicherheitsrates reagieren müsse.

⁵² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061662/Iranische-Reaktionen-auf-Resolution-1803.html>, 08.03.08



Schariatmadari weiß zudem, dass die „Vereinigten Staaten von Amerika und ihre europäischen Verbündeten, insbesondere die zionistische Lobby, ein starkes Interesse an der Durchsetzung der Resolution 1803 hatten.“ Indonesien habe als nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates mit Enthaltung abgestimmt, da viele indonesische „Parlamentarier eine Befürwortung einer solchen antiislamischen Resolution ablehnten.“ Manche Länder wie Libyen, Vietnam und Südafrika seien bemüht „ihren Völkern gegenüber ihr Abstimmungsverhalten damit zu erklären, dass sie zumindest dahin gewirkt haben, dass die Resolution verwässert werde.“

Außerdem sei die Resolution 1803 eine Niederlage für die USA. Denn die Amerikaner hätten versucht die Wahlen in Iran zu beeinflussen, indem sie den Sieg der „Prinzipialisten“, der Anhänger Ahmadinedschads, verhindern wollten. Schariatmadari kennt offenbar auch das Ergebnis der kommenden Pseudoparlamentwahlen und schlussfolgert daher, dass, da die „Prinzipialisten“ die Sieger im Madschles sein werden, die Amerikaner selbstverständlich verloren hätten. Die iranische Antwort werde jedoch nicht nur im Sieg der „Prinzipialisten“ liegen, sondern entschlossene Antworten seien auch nach den Wahlen zu erwarten. Schariatmadari schreibt: „Diejenigen Staaten, die mit einer positiven Abstimmung bei einer solchen Resolution das Recht des iranischen Volkes mit Füßen getreten haben, dürfen sich nicht infolge der legalen Reaktionen des islamischen Iran in Sicherheit fühlen.“ Die Staaten, gemeint sind die europäischen, wohl aber auch China und Russland und die nicht ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates hätten wirtschaftliche Interessen im Iran, die nun bedroht seien. Zudem seien ihre „Interessen auch außerhalb des Iran bedroht.“ Wenn iranische Schiffe und Flugzeuge kontrolliert werden sollten, könnte der Iran auch Schiffe, die durch den Hormus-Kanal im Persischen Golf unterwegs sind, anhalten. Denn der Hormus-Kanal befinde sich in iranischen „territorialen Gewässern“. Der Persische Golf habe „überhaupt keine internationalen Gewässer. Der Iran könne im Persischen Golf bis 12 km hinein jedes Ölschiff anhalten und kontrollieren, besonders die Schiffe, die „feindlichen Regierungen“ angehören.

Der Weg der Märtyrer und das Atomprogramm

General Mohammad Ali Jafari, Oberster Befehlshaber der Revolutionsgardisten, kennt das Ziel der UN-Resolution. Ähnlich wie Schariatmadari glaubt er, dass die UN-Resolution kein anderes Ziel verfolge, als das Wahlverhalten der iranischen Bevölkerung zu manipulieren. Daher argumentiert er in der Tat apokalyptisch: Die „Feinde“ dürften ihre Ziele nicht erreichen. Die Revolution müsse siegen. Auch die islamische Geschichte wird politisch instrumentalisiert. Wie zu Zeiten der Revolution gilt es, das Vorbild des im Heldentod verstorbenen Imam Hussein hochzuhalten. Die Bevölkerung müsse den Weg der „Märtyrer“ gehen, so wie im Krieg gegen den Irak. Nach 30 Jahren islamischer Revolution seien nur einige Ziele, die der Koran vorschreibe, realisiert worden. Die Logik des Generals ist einfach. Das Volk müsse den Weg der „islamischen Revolution“ gehen, um das Atomprogramm auch gegen



die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates fortzusetzen, und zwar mit der Kampfesmoral von „Märtyrern.“

Neue Eiszeit?

Der iranische Präsident hat angekündigt mit niemandem außerhalb der IAEA Gespräche über das Atomprogramm zu führen. Die iranische Agentur Tabnak berichtete, dass die USA die vierte Runde des US-amerikanisch-iranischen Dialoges abgesagt habe, die angeblich am 5. März in Irak stattfinden sollte. Irakische und US-amerikanische Sprecher haben jedoch betont, dass ein solches Gespräch gar nicht geplant war.

Wachsende Klassenunterschiede im iranischen Gottesstaat ⁵³

In einer Erklärung vom 28. Mai warnte die linksislamistische Partizipationsfront die iranische Regierung vor einer Zunahme der Klassenunterschiede im Iran. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst im Iran. Eine deutsche Aktiengesellschaft hat nun in Teheran eine Filiale gegründet. Zu den iranischen Aktionären gehört auch die Bank Mellat, die auf der Sanktionsliste der USA steht.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Die „Partizipationsfront des islamischen Iran“ unterstütze Ex-Präsident Khatami. In einer Erklärung warnte die sogenannte „linksislamistische“ Gruppierung die Regierung von Ahmadinejad. Die wirtschaftlichen Folgen der Politik der „neunten Regierung“ seien gravierend und sehr negativ. Die Armut würde wachsen, obwohl Ahmadinejad Wohlstand auch für arme Teile der Bevölkerung versprochen habe. In der Erklärung wird betont, dass die Partizipationsfront schon im Jahre 2006 vor einem Schrumpfen der Staatsdevisen gewarnt habe, denn die Inflationsrate sei höher als das wirtschaftliche Wachstum des Landes. Tatsächlich hat der immense Anstieg des Ölpreises dennoch nicht zu einem Abbau der Armut in Iran geführt.

Im Gegenteil sei die Abhängigkeit des Iran vom Ölmarkt noch größer geworden. Ungezügelter Importe würden dem inneren Markt und der inländischen Produktion großen Schaden zufügen. Die Geldmenge würde wachsen, die Machthaber würden reicher werden, die Armen aber nicht, die Klassenunterschiede würden sich vergrößern. Allein in den Jahren 2005 und 2006 habe sich die Geldmenge verdoppelt. Die ärmeren Schichten haben demnach besonders unter der steigenden Teuerungsrate, Inflation und Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Politik der Regierung von Ahmadinejad habe mitnichten mehr Gerechtigkeit mit sich gebracht, im Gegenteil sei die Kluft zwischen den armen Schichten und den Reichen größer geworden. Die

⁵³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061677/Wachsende-Klassenunterschiede-im-iranischen-Gottesstaat.html>, 30.05.08



Immobilienkrise sei eindeutig auf die Inflation im Land zurückzuführen. In den letzten drei Jahren habe der Iran Öleinnahmen von rund 200 Milliarden Dollar verbuchen können. So viel sei noch nicht einmal in acht Jahren vor der Präsidentschaft von Ahmadinejad eingenommen worden.

Kritik an billiger Vergabe von kurzfristigen Bankkrediten

Die Partizipationsfront macht sich Sorgen um die Zukunft der iranischen Wirtschaft, besonders wenn der internationale Druck auf die iranische Wirtschaft wachse. In der Erklärung wird kritisiert, dass der Streit über die Korruption und über die kleinen und großen Wirtschaftsbetrüger nichts nütze, wenn die falsche Regierungspolitik nicht korrigiert werde. Kritisiert wird die billige Vergabe von kurzfristigen Bankkrediten dank der hohen Deviseneinnahmen des Staates, aber auch die hohen Investitionen in staatliche Unternehmen. Die jährlichen Importe sollen nach den neuesten Zahlen die Grenze von 50 Milliarden Dollar überstiegen haben, mit der Folge, dass viele die steigenden Immobilienpreise, aber auch die Mieten nicht mehr zahlen können.

Die Unzufriedenheit im Land wird spürbar. Seit Anfang Mai befinden sich Arbeiter der Rohrzuckerindustrie in Haft Tape im Streik. Die Arbeiter dieser Industriebranche haben seit drei Monaten keinen Lohn erhalten. Zudem wird ihnen die Bildung von Arbeitersyndikaten untersagt. Am 29 Mai veröffentlichten die Arbeiter der Haft Tape eine Erklärung, in der sie über den Hunger ihrer Familienangehörigen berichten. Der Zeitung Rooz zufolge haben sich die Staatsausgaben für den Bau von Moscheen in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr verzwanzigfacht. Der Minister für islamische Kultur und Führung habe betont, dass eine „Kultur verbreitet werden müsse, die einen religiösen Diskurs habe.“ Die Moscheen sollen in Zukunft Orte kultureller Aktivitäten werden. **Ausländische Investoren sollen den iranischen Markt beleben**

Am Mittwoch, den 28. Mai wurde die Iran-Europa Handelsbank in Teheran gegründet. Die Europäisch-Iranische Handelsbank ist eine deutsche Aktiengesellschaft, die gemeinsam mit iranischen Aktionärsgeellschaften diese Bank gegründet hat. Das Ziel dieser Bank ist ausländisches und verstärkt europäisches Kapital anzuziehen. Denn dem iranischen Markt geht es schlecht. Auch Iraner, die ihr Fluchtkapital beispielsweise in Dubai investiert haben, sollen nun - vermittelt über diese Bank - wieder in Iran investieren. Die neue Bank hat ein Startkapital von 160 Millionen Euro. Die iranische Bank für Industrie und Minen hat fünfzig Prozent des Kapitals zur Verfügung gestellt und die Bank Mellat und Bank Tejarat zusammen 35 Prozent. Der restliche Anteil stammt von kleineren iranischen Banken wie der Refah-Bank. Fars News Agency Die Iran-Europa Handelsbank hat zudem Filialen in der iranischen Freihandelszone Kish. "

Das iranische Regime fürchtet durchaus weitere Sanktionen des UN-Sicherheitsrates und der USA. Die US-Sanktionen betrafen bisher die Bank Melli, Bank Mellat und Bank Saderat. Bank Mellat ist immerhin mit rund 26 Prozent an der Gründung der



neuen deutschen Aktiengesellschaft mit iranischer Beteiligung in Teheran beteiligt, die europäische Investoren noch mehr und direkt in den iranischen Markt einführen will. Wandel durch Handel ist oft die Legitimation für Handelsbeziehungen mit Diktaturen. Das politische System des Iran, allerdings stabilisiert sich mit Hilfe des Außenhandels und der europäischen Investitionen. Gleichzeitig profitiert nicht einmal die eigene Bevölkerung davon und die Bedrohung für die Nachbarstaaten wächst. Bank Of Industry & Mine

Der europäisch-iranische Wirtschaftskrieg ⁵⁴

Der Iran zieht seine Auslandsdevisen von den europäischen Bankenkonten ab und will diese in Asien und im Iran investieren. Damit will das Land möglichen Sanktionen aus dem Weg gehen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad ist laut Farsnews der Überzeugung, dass europäische Regierungen den Iran unter Druck setzen wollen. Die iranischen Devisen, die auf europäischen Banken liegen, seien in Gefahr. Ahmadinedschad sagte am 10. Juni, es gäbe Möglichkeiten, wie die Petrodollars im „Interesse der Bevölkerung“ investiert werden könnten. Er fordert, dass iranische Auslandsdevisen im Iran investiert werden.

[<http://www.farsnews.com/newstext.php?nn=8703210969>]

Die iranische Zeitung Etemaad berichtete, Präsident Mahmud Ahmadinedschad habe angeordnet, dass große iranische Banken - es sind meist staatliche - ihre Guthaben von europäischen Bankkonten abheben und auf das Konto der iranischen Zentralbank zurückinvestieren müssen. [<http://www.etemaad.com/Released/87-03-21/133.htm>] Etemaad geht davon aus, dass die Europäische Union weitere Sanktionen gegen iranische Banken verhängen wird. Der Kapitaltransfer der iranischen Auslandsdevisen soll durch einige iranische Firmen, die in Dubai und in anderen Golfstaaten angesiedelt sind, realisiert werden.

Etemaad schreibt, dass Ahmadinedschad diesen Befehl angeordnet habe, nachdem die Hamburger Filiale der Melli-Bank von deutschen Beamten kontrolliert worden sei. Das Europäische Parlament werde noch weitere Entscheidungen über die Aktivitäten dieser Bank treffen. Etemaad weiß auch, dass westliche Regierungen befürchten, dass vor einem endgültigen Urteil des Europäischen Parlaments alle Guthaben der Melli-Bank in Hamburg, Paris und London in den Iran zurückinvestiert werden könnten. Holländische Banken sollen dabei sein das iranische Kapital über Dubai und andere Golfstaaten in den Iran zurückzutransferieren.

⁵⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061678/Der-europaeisch-iranische-Wirtschaftskrieg.html>, 13.06.08



Die iranischen Auslandsdevisen betragen rund 75 Milliarden US-Dollar. Das Europäische Parlament sei seit einigen Monaten dabei gesetzliche und technische Vorkehrungen zu treffen, um die Konten der Melli-Banken in London, Paris und Hamburg zu schließen, schreibt die iranische Zeitung Etemaad. Die Vereinigten Staaten von Amerika sollen europäische Regierungen und Banken unter Druck gesetzt haben, iranischen Banken keinen Zugang mehr zum internationalen Kapital zu gestatten, d.h. Kredite internationaler Banken zu unterbinden. Der Iran zieht Etemaad zufolge die Devisen aus diesen Banken ab und will sie in Asien und direkt im Iran reinvestieren.

Iran entwickelt bereits mehrere Szenarien

Mohssen Talai, wirtschaftspolitischer Sekretär des iranischen Außenministers bestätigte laut Bornanews, dass der Iran verschiedene Szenarien als Reaktion auf europäische Sanktionen entwickelt habe. Der Iran will seine Auslandskapitalien in Gold und Aktien anlegen. Der Iran hat seine gesamten Guthaben beispielsweise schon seit drei Jahren von der Hongkong and Shanghai Banking Cooperation HSBC abgehoben, da Sanktionen befürchtet wurden.

Talai zufolge können Sanktionen iranische Devisen kaum treffen, da verhältnismäßig wenig Kapital auf den europäischen Banken existiere. Möglicherweise werden auch die iranischen Devisen auf japanischen Banken anders investiert werden. Laut Talai betragen die iranischen Devisen, die in japanischen Banken deponiert sind immerhin 12 Milliarden US-Dollar. Welchen asiatischen Banken der Iran traut, wurde bisher nicht bekannt gegeben. [<http://www.bornanews.ir/Nsite/FullStory/?Id=155964>]

Der Chef der iranischen Zentralbank Tahmasseb Mazaheri wollte am 9. Juni noch nichts über diese Kapitalbewegungen sprechen. Offenbar ist Mazaheri mit den Entscheidungen des Präsidenten nicht einverstanden. Er könnte der nächste sein, der gehen muss oder freiwillig geht.

Ahmadinejad entlässt Zentralbankchef ⁵⁵

Mahmoud Ahmadinejad hat den iranischen Zentralbankchef abgesetzt und einen neuen ernannt. Wirtschaftsexperten warnen den Präsidenten vor weiter steigender Inflationsrate.

von Wahied Wahdat-Hagh

Nachdem Ahmadinejad im letzten Jahr einige Beratungsgremien des „Parlaments“ und der Regierung, unter anderem die für Wirtschaftsfragen zuständigen Gremien,

⁵⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061690/Ahmadinejad-entlaesst-Zentralbankchef.html>, 06.10.08



aufgelöst hatte, beschwerte sich das „Parlament“. Ahmadinejad hatte diese Gremien ohne dessen Zustimmung aufgelöst. Ein Streit entbrannte.

Das „Parlament“ war gegen die Auflösung seiner Institutionen. Der Wächterrat stellte sich auf die Seite des Präsidenten. Die hierzulande als Schlichtungsrat bekannt gewordene „Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen“, die vor allem die Position des Revolutionsführers stärken soll und ihn berät, sprach nun ein Machtwort und beschloss die Wiedereinsetzung der 18 Beratergremien. Der Direktor der iranischen Zentralbank, Tahmasseb Mazaheri, hatte die Entscheidung zur Auflösung der Gremien stets bedauert.

Wenige Tage bevor der Schlichtungsrat diese Entscheidung getroffen hatte, wurde Mazaheri von Ahmadinejad entlassen. Ahmadinejad ernannte Mahmoud Bahmani als den Nachfolger des abgesetzten Mazaheri. Bahmani hat Berichten iranischer Medien zufolge die Position des Zentralbankchefs nur deswegen erhalten, weil sein Stellvertreter Hussein Samsami auch neu ernannt worden ist. Samsami ist eng verwandt mit dem ersten Sekretär von Ahmadinejad. Ein Beispiel für den im Iran üblichen Nepotismus.

Die Ziele des neuen Zentralbankdirektors

Bahmani kritisierte in einem Interview mit Farsnews die bisherige Politik der Zentralbank. Die Profite aus dem Ölgeschäft seien bisher auf ein Devisensparkonto überwiesen worden. 50 Prozent der Einnahmen seien für Maschinenimporte und Infrastruktur ausgegeben worden. Der Rest sei als Reserve geblieben, um Spannungen auf dem Ölpreismarkt auszugleichen. Dies wolle er nun als der neue Zentralbankchef ändern, indem er die Devisen auf die Konten der iranischen Banken als festes Kapital transferiere.

Bahmani kritisierte ferner, dass die Deviseneinnahmen in den letzten Jahren für „andere Zwecke“ ausgegeben worden seien, ohne zu sagen, wofür. Er sprach sich dafür aus, dass die Zentralbank im nächsten Schritt 15 Milliarden Dollar von den Öleinnahmen an die iranischen Banken zurückzahlt, um die Staatsschulden abzubauen. Das Ziel sei ferner die Aufstockung des Kapitals der Banken.

Auch Abdolreza Rahmani Faslî, der Ali Larijani, einem Rivalen von Ahmadinejad, nahe steht, hat der Regierung Ahmadinejad vorgeworfen, gegen das Staatsbudgetgesetz verstoßen zu haben. Faslî gehört einer Untersuchungskommission des „Parlaments“ an, die die Ausgaben der Regierung kontrolliert. Damit stellte sich das „Parlament“, das sich mehrheitlich aus dem Lager der Hardliner zusammensetzt, gegen die Regierung.

Die Geldpolitik der Zentralbank

Die Wirtschaftszeitung Donye-e-eqtasad ist der Meinung, dass die iranische Zentralbank nicht unabhängig handle. Das „Parlament“ und die Regierung würden in



ihren Fünfjahresplänen über die Geldpolitik der Zentralbank entscheiden. Sogar Fragen in Hinblick auf die Geschäftsbeziehungen, die die Zentralbank mit anderen Banken vornimmt, und Fragen, die die Profitrate und die Verteilung der Kredite anbelangen, würden von der Zentralbank nicht alleine entschieden werden. Die Frage nach der Unabhängigkeit der Zentralbank sei schließlich auch die Ursache für den Konflikt zwischen dem kürzlich entlassenen Direktor der Zentralbank, Tahmasseb Mazaheri, mit der Regierung gewesen.

Tatsächlich ist es bekannt, dass Ahmadinejad beispielsweise viel Geld für die wirtschaftliche Verbesserung der Lage der Revolutionsgardisten ausgegeben hat. Wie viel staatliche Finanzen in das Atom- und Raketenprogramm fließen, bleibt ein iranisches Staatsgeheimnis. Die Wirtschaftszeitung schreibt nun, dass es sich in Zukunft herausstellen werde, ob diese Entscheidung der Regierung richtig oder falsch gewesen sei. Die Regierung solle ihre Fehler in Zukunft eingestehen, wenn sie ihre Ziele nicht erreichen sollte.

Tatsächlich hatte Ahmadinejad von New York aus den Befehl zur Kündigung des Herrn Mazaheri gegeben. Wie Rooz am 24. September berichtete, war Mazaheri das zwölfte Kabinettsmitglied, das die Regierungsgeschäfte verlässt. Die Absetzung von Mazaheri wird zur Folge haben, dass die Zentralbank nun verstärkt kurzfristige Kredite vergeben wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass damit die Klientelwirtschaft gefördert wird. Anhänger Ahmadinejads können damit schnelles Geld machen. Iranische Wirtschaftsexperten haben schon in der Vergangenheit des Öfteren kritisiert, dass diese staatliche Wirtschaftspolitik die Geldmenge und die Inflation vergrößern werde.

Kritik einiger Wirtschaftsprofessoren

Wie die Nachrichtenagentur ILNA, Iranian Labour News Agency, am 28. September berichtete, haben einige Wirtschaftsprofessoren ihren dritten Brief, diesmal nicht öffentlich, an Ahmadinejad geschrieben. Einer der Professoren verriet gegenüber der ILNA, dass die Regierung generell gewarnt worden sei, die Öldevisen nicht in einem größeren Maßstab für das Staatsbudget auszugeben. Die Wirtschaftsexperten sollen in dem Brief betont haben, dass der Verkauf von Devisen durch die Zentralbank die Inflation verstärke und die inländischen Investitionen in die produktiven Sektoren senke.

Khameneis Versprechen

Wie Kayhan am 27. August berichtete, versicherte Khamenei seinem Präsidenten Ahmadinejad, trotz aller Auseinandersetzungen, er solle auch „in diesem Jahr mit demselben Geist arbeiten, wie im ersten Jahr.“ Khamenei garantierte ihm, er solle keineswegs davon ausgehen, dass es sein letztes Regierungsjahr sei. Er solle jetzt so weiterarbeiten, wie jemand, der noch eine weitere Periode regieren wolle.



Ahmadinejad solle sich vorstellen, dass er nicht nur in diesem Jahr, sondern auch vier weitere Jahre die Regierungsangelegenheiten leiten werde.

Der Wirtschafts-Tsunami trifft den Iran ⁵⁶

Während die Regierung von Mahmoud Ahmadinejad wegen ihrer Subventionspolitik ins Kreuzfeuer der Kritik geraten ist, kennzeichnen Streiks und Inflation die soziale und wirtschaftliche Lage im Iran. Zudem bleibt der iranische Gottesstaat von den Einflüssen des Weltmarktes nicht verschont.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die iranische Agentur Iscanews meldete, einige iranische Wirtschaftsexperten seien der Meinung, dass der „Wirtschafts-Tsunami“ auch die iranische Wirtschaft getroffen habe. Insbesondere das Sinken des Ölpreises und das Ansteigen des Goldpreises haben sich auf die iranische Wirtschaft ausgewirkt. Der Iran bleibt auch weiterhin von Benzinimporten abhängig.

Die Goldpreise sind im Iran gestiegen. Die Bazaris, speziell in der Goldbranche, haben in verschiedenen iranischen Städten von Samstag, 4. Oktober, bis Mittwoch, 8. Oktober, gestreikt. Die Streiks begannen in Isfahan und weiteten sich schnell auf die Bazars der Städte Schiraz, Tabriz, Mashad, Ghazwin und Teheran aus. Als Grund für die Streiks wurde die sinkende Nachfrage infolge höherer Goldpreise angegeben.

Neue Steuererhebung löste Streik aus

Zusätzlich zu den steigenden Weltmarktpreisen hatte das iranische „Parlament“, das Majless, eine 3-prozentige Steuererhöhung auf den Goldhandel beschlossen. Die auch vom totalitären Organ des Wächterrates abgesegnete neue Steuererhebung löste schließlich den Streik aus. Laut der iranischen Wirtschaftszeitung „iraneconomist“ geben Goldhändler jährlich 25 bis 30 Prozent ihres Profits für Steuerzahlungen ab. Steuererhöhungen würden die Preise weiter in die Höhe treiben und die inländische Nachfrage senken. Hinzu kommt, dass die Goldpreise aufgrund der globalen Wirtschaftskrise steigen. Der Goldpreis im Iran wird direkt davon beeinflusst. Die ILNA meldete, dass spontan entschieden worden sei, dass die Umsetzung des neuen Steuergesetzes um sechs Monate verschoben wird.

Bei einer offiziellen Inflationsrate von 32,3 Prozent und dem Anstieg des Goldpreises auf dem Weltmarkt bleibt auch der iranische Goldmarkt von den Weltmarktpreisen abhängig. Damit der Kalif tief in den Sack der Öleinnahmen greifen kann, fordert die

⁵⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061691/Der-Wirtschafts-Tsunami-trifft-den-Iran.html>, 10.10.08



iranische Regierung nicht ohne Grund, dass der Ölpreis nicht unter 100 Dollar sinken darf.

Klientelwirtschaft als Sozialpolitik à la Ahmadinejad

Der iranische Präsident Ahmadinejad ist sehr kulant, wenn es um staatliche Geschenke für diktaturtragende Kräfte geht. Was als soziale Politik verkauft wird, verlangt vielmehr Loyalität gegen Bares. Die Regierung entschied kürzlich, zunächst unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit, dass jedes Mitglied des iranischen „Parlaments“, die runde Zahl von 100 Millionen Tuman, was der bescheidenen Summe von rund 75.500 EUR entspricht, als staatliches Darlehen bekommen kann. Diese Diskussionen um die Sonderkredite für Majlessmitglieder nehmen konfliktreiche Ausmaße an. Beispielsweise kritisiert Hassan Kamran aus dem Lager von Ahmadinejad, dass die Majlessmitglieder Kredite bekommen sollen für den Kauf neuer Autos, die normale Bevölkerung dagegen habe nicht die Chance zinslose Kredite zu erhalten, berichtete die iranische Wirtschaftszeitung „Iraneconomist“ am 8. Oktober. Dabei muss vermerkt werden, dass zwar Zinsen im Islam verboten sind, die Banken aber hohe Gebühren für Kredite nehmen, die den Zins ersetzen. Iraneconomist hatte zuvor berichtet, dass Hassan Kamran von einem anderen Majlessmitglied daran gehindert worden sei mit Journalisten zu sprechen. Dieser unbenannte Politiker habe sein „Aba“, das lange Gewand eines Klerikers, über den Kopf seines Kollegen gezogen und ihn mit Gewalt von den Journalisten weggerissen. Auch der Vorsitzende des Majless, Ali Larijani, habe sich beschwert, dass das Angebot eines solchen freiwilligen Darlehens öffentlich diskutiert werde.

Larijani ist der Meinung, dass man doch nicht öffentlich diskutiere, wer eine Gurke und wer einen Apfel im „Parlament“ vorgesetzt bekommt. Dabei geht es um rund 75.500 EUR. Ein iranischer Arbeiter, der nicht staatlicher Bediensteter ist, verdient zwischen 75 bis 80 EUR monatlich und würde nie ein Bankdarlehen erhalten.

Schon im Juni 2008 hatte das „Parlament“ mit der Absegnung des Wächterrates ein Gesetz erlassen, das vorwiegend staatlichen Angestellten und Rentnern die finanzielle Möglichkeit für den Bau eines Hauses gibt. Damals wurde entschieden, dass der Staat rund siebenhundertfünfundfünfzig Millionen EUR für den Bau von Häusern freigibt. Am 7.10. meldete die Iscanews ferner, dass die „Gerechtigkeitsanteile“, die ehemalige Mitarbeiter der Ölindustrie bekommen sollen, zum ersten Mal ausgeteilt wurden. Ölminister Qolamhussein Nowzari bezeichnete die Verteilung solcher „Gerechtigkeitsanteile“ als den „Stolz der neunten Regierung“, der Regierung von Ahmadinejad.

Kritik der Subventionierung des Klientels

Asghar Oladi, selbst ein Konservativer, der zu den größten iranischen Exporteuren und Unternehmern gehört, kritisierte die herrschende Wirtschaftspolitik, da diese den produktiven Sektor im Land nicht stärke. Auch wenn jede iranische Familie rund 230



EUR vom Staat geschenkt bekomme, würde die Wirtschaft nicht wachsen. Die Politik der direkten Subventionierung der Bevölkerung helfe nicht weiter. Als Unternehmer ist Oladi überhaupt gegen zu viel Steuern. Der Staat solle überhaupt keine erheben, damit die Produktionskosten der Unternehmen gesenkt werden. Er erklärte, dass er das Gros der Regierungsmitglieder persönlich kenne und schätze, dennoch gegen die Subventionspolitik Ahmadinejads sei. Wie der Kalif sonst seine Mittelstreckenraketen und sein Atomprogramm finanzieren soll, interessiert den konservativen Unternehmer nicht.

Staatsgeheimnis: Devisenreserven

Ahmad Tawakoli, selbst Majlessmitglied, kritisierte beispielsweise, dass seine Kollegen ein solches Angebot erhalten sollen und verteidigte Ahmadinejad, dass er zu Recht keine Angaben über die Größe der staatlichen Devisenreserven mache. Aus Gründen der nationalen Sicherheit sei es manchmal angebracht die Summe der Devisenreserven nicht öffentlich bekannt zu geben. Wenn die Majless-Kommission für Planung und Budget entsprechende Fragen habe, werde lediglich das Majless informiert, nicht aber die Öffentlichkeit.

Militarisierung der Wirtschaft

Selbst Larijani wift Ahmadinejad vor die staatlichen Budgetgesetze nicht zu befolgen. Beispielsweise schreibe das Gesetz über das Staatsbudget vor, die Benzinimporte auf drei Milliarden und fünfhundert Millionen Dollar zu beschränken, die Regierung habe die Benzinimporte auf 4 Milliarden Dollar erhöht. Tatsächlich hat die Regierung schon in der iranischen Jahresmitte angekündigt ein Budgetdefizit von acht Milliarden Dollar zu haben. Davon fehlen sechs Milliarden Dollar für staatliche Bildungsausgaben und zwei Millionen Dollar für die Gasproduktion. Ohnehin hatte das islamische Pseudo-„Parlament“ der Regierung fünf Milliarden Dollar aus den Devisenreserven zur Verfügung gestellt, um Waren zu importieren, aber auch um die Trockenheit im Lande zu bekämpfen. Rooz berichtet, dass einige iranische Experten der Meinung seien, dass konservative Anhänger Ahmadinejads die ebenfalls konservativen Anhänger Larijanis kritisieren, weil dessen Lager das Darlehens-Geschenk an die Majlessmitglieder befürwortet, aber die Politik der Regierung negativ dargestellt habe. Dabei gehe es um dieselbe Politik. Das Lager von Ahmadinejad wolle nun aber klar machen, dass wenn Geschenke an Majlessmitglieder gut seien, die Verbesserung der sozialen Lage von staatlichen Angestellten und Arbeitern, auch auf dem Land nicht schlecht sein könne.

Die Bassiji und die Pasdaran kontrollieren nicht nur das Atomprogramm, sondern betreiben Infrastrukturprojekte, wie Straßenbau oder landwirtschaftliche Projekte. Auch ihre Lage soll verbessert werden. Die angeblich gerechte Wirtschaftspolitik von Ahmadinejad dient eher der Stabilisierung des Klientels der Diktatur, der eigenen Massenbasis. In Anbetracht der Tatsache, dass neben hohen Politikern und Staatsangestellten, Militärs, Pasdaran und Bassiji-Einheiten, diejenigen sein werden,



die im Genuss einer staatlichen Subventionspolitik kommen, muss man hier von einer weiteren Militarisierung der Wirtschaft sprechen.

Iranische Banken ziehen ihr Kapital aus Europa ab ⁵⁷

Iranische Wirtschaftsexperten rechnen mit einem weiteren Ölpreissturz. Während Irans Staatsbudget sinkt, ziehen iranische Banken ihr Kapital aus Europa ab.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die islamische Diktatur braucht Geld. Der Iran fürchtet nicht nur die Finanzkrise, sondern auch die Folgen weiterer Sanktionen. Die Teheraner Wirtschaftszeitung „Donyae Eqtesad“ meldete am 13. Oktober, die iranische „Bank Sepah“ habe mehr als 2 Milliarden US Dollar von den Konten ihrer europäischen Filialen in den Iran transferiert. Auch die „Bank Saderat“, die mehr als 22 ausländische Filialen besitze, habe mit dem Kapitaltransfer in den Iran begonnen. Ferner seien „Bank Mellat“ und „Bank Melli“ dabei ähnliche Maßnahmen zu treffen. „Donyae Eqtesad“ zitiert Dr. Ahmad Midari, der davon ausgeht, dass auch iranische Banken ein ähnliches Schicksal eines Bankrotts erleiden könnten wie die US-amerikanischen Banken. Der Kapitalabzug von iranischen Banken aus Europa diene einer Risikominderung. Tatsache ist, dass „Bank Mellat“ auf der Sanktionsliste der USA, „Bank Melli“ auf der Sanktionsliste der USA und der EU und „Bank Sepah“ auf der Sanktionsliste der USA, der EU und des UN-Sicherheitsrates stehen.

Iranische Wirtschaftsexperten erkennen die Folgen der Finanzkrise

Der iranische Wirtschaftsexperte, Dr. Mohammadbaqer Sadri, sprach am 13. Oktober gegenüber der Zeitung der iranischen Revolutionsgardisten, „Sobhe Sadegh“, von einer „Welle“, die zwar von der Wirtschafts- und Bankenkrise in den USA ausgegangen sei, aber auch entfernte Regionen dieser Welt treffe. Sadri ist der Meinung, dass die Krise den Mittleren Osten viel schneller beeinflusse als die lateinamerikanischen Staaten. Die Ölpreise würden in den nächsten sechs Monaten auf 50 bis 60 US Dollar sinken. Daher schlägt er vor, dass der Iran einen Krisenstab bilde, der für das Jahresbudget des kommenden Jahres Überlegungen anstellen müsse. Er sagte: „Ob wir es wollen oder nicht, wir werden von der amerikanischen Krise beeinflusst werden.“ Die Ölpreise sind in den letzten Wochen um 45 Prozent gefallen. Mohammadali Khatibi, ständiges iranisches Mitglied in der OPEC befürchtet „großen irreversiblen Schaden für Produzenten und Konsumenten.“ Der Rückgang von Ölpreisen sei nicht vorgesehen gewesen, sagte der iranische OPEC-Beamte am 14. Oktober gegenüber „Mehrnews“.

⁵⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061692/Iranische-Banken-ziehen-ihr-Kapital-aus-Europa-ab.html>, 17.10.08



Mehr Steuern sollen helfen

„Mehrnews“ berichtete am 14. Oktober, dass das iranische Präsidentenamt für das nächste iranische Jahr, das im März 2009 beginnt, mit einem Defizit im Staatsbudget von rund 5.260.847.400 EUR rechnet. Ein Rückgang von ausländischen Devisen in unbekannter Höhe wurde für das nächste Jahr angekündigt. Die Regierung berechne das Staatsbudget für das nächste Jahr auf der Grundlage des Ölpreises, der sich zwischen 55 bis 60 Dollar bewegen werde. Auch am Ende des laufenden Jahres werde mit einem Defizit von rund 5 Milliarden EUR gerechnet. Die Iraner sollen im nächsten Jahr eindeutig höhere Steuern zahlen. Wie die Teheraner Wirtschaftszeitung „Donyaye Eqtesad“ am 16. September berichtete, werde das neue Steuergesetz in Kraft treten, auch wenn es wegen Streiks aufgeschoben worden ist. Arabmasar berichtete, dass in den letzten Tagen nicht nur die Goldhändler, sondern auch die Teppichhändler, Tuchproduzenten sowie Schumacher gestreikt hatten. Aliakbar Arabmasar, Direktor des iranischen Finanzministeriums hat offenbart, dass er nicht davon ausgeht, dass das neue Gesetz aufgehoben wird. Noch unklar ist, ob ferner das Bankgeheimnis im Iran aufgehoben werde. Über eine Woche, mindestens bis Dienstag, den 14. Oktober, haben die Bazaris in verschiedenen iranischen Städten, in Teheran, Tabriz und Isfahan gestreikt, meldete die Teheraner Wirtschaftszeitung „Sarmaye“. Für die Bazaris verstärkte sich das Problem der sinkenden Nachfrage durch zwei parallel laufende Effekte: Einerseits die Auswirkungen des steigenden Goldpreises und des sinkenden Ölpreises, andererseits die neue Steuergesetzgebung. Das neue Gesetz wird tatsächlich kontrovers diskutiert, was dennoch kein Beweis für Meinungsfreiheit im Iran ist. Eine weitere Teheraner Wirtschaftszeitung „econews“ berichtete am 16. Oktober, dass das neue Steuergesetz sehr viele Vorteile habe, besonders, wenn es um die „Kontrolle des Konsums von unnötigen Waren geht.“ Manche Waren seien gänzlich von der Steuer befreit, manche aber nicht, sagt Seyed Hussein Husseini. Dieser ist Mitglied der „Versammlung des islamischen Rates“, so bezeichnet sich selbst das vermeintliche iranische „Parlament“. Husseini behauptet, dass es eigentlich um die Kontrolle von Schmuggelware ginge. Tatsächlich werden Schmuggelwaren wie Alkohol beschlagnahmt; der Konsument und der Verkäufer werden hart bestraft. Husseini meint aber nicht Alkohol, sagt aber nicht welche Waren in Zukunft als „unnötige Konsumwaren“ deklariert werden könnten. Er offenbarte jedoch, dass auf „unnötige Waren“ zwei Prozent mehr Steuern erhoben werden sollen. Er sprach von einem „Kampf gegen die Konsumkultur.“ Tatsächlich soll hierdurch eine selektive Auslese von gutem Konsum gegen schlechten Konsum - eine islamische Variante von Konsumwarenkontrolle - durchgeführt werden. Die Diktatur braucht Geld. Daher will die Regierung auch den Bazar und die Reichen stärker unter ihre Kontrolle bringen. Dies könnte aber den Bazar auch zu weiteren Streiks veranlassen. Wie „Roozonline“ am 16. Oktober berichtete, hatte die Nachrichtenagentur „ILNA“ gemeldet, dass ein amtliches Schreiben an einige Banken weitergeleitet worden sei, wonach die iranischen Banken verpflichtet wurden, alle persönlichen Daten aller Kontoinhaber dem iranischen Finanzamt bekannt zu geben. Sogar eine Kopie des Erlasses habe „ILNA“ veröffentlicht. Der neue



Zentralbankdirektor, Mahmoud Bahmani, weiß jedoch nichts über einen solchen Erlass, berichtete Rooz.

Wenn Eier im Gottesstaat vernichtet werden

In der Islamischen „Republik“ Iran gibt es zwar keinen freien Markt, da bestimmte Waren als westlich und damit als unmoralisch deklariert werden, aber hier und da funktioniert durchaus das Gesetz des Angebots und der Nachfrage, wenn es beispielsweise darum geht die Preise für Eiern hochzuhalten. Ali Zabihi, Berater des Präsidenten Ahmadinejad, griff den ehemaligen Zentralbankchef des Iran auf einem Treffen der „Ansare Hisbollah“ an. Wohlgermerkt gehört die „Ansare Hisbollah“ zu den Kräften, die bei der Zerschlagung der Studentenproteste und der Frauenbewegung eine herausragende Rolle gespielt haben. Zabihi sprach von „Dieben“ und „Betrügnern“. Er griff die Eierdiebe an, die Hunderttausende Eier vernichtet hätten, um Eiermangel herzustellen, damit die Preise im islamischen Gottesstaat nach oben getrieben werden.

Der abhängige Gottesstaat

Seit knapp 30 Jahren propagiert der iranische Staat eine Autarkie. Die totalitäre islamische Staatsideologie geht davon aus, dass der Westen verfallt und die islamische Revolution als Sieger hervorgeht. Die Wirtschaftskrise könnte für die Iraner die Weisheit einer Erkenntnis mit sich bringen: Die totalitäre Diktatur der Islamischen „Republik“ kann am Ölpreissturz und Inflation leicht unter Druck geraten.

Der Iran kann pleite gehen ⁵⁸

Die Abhängigkeit des Iran von Importen und von Öleinnahmen könnte zum Bankrott führen. Die Kritik auch der Konservativen an Ahmadinejads Wirtschaftspolitik wächst.

von Wahied Wahdat-Hagh

In einem Interview mit „Roozonline“ erläutert der Wirtschaftsexperte Said Leylas, warum die negativen Auswirkungen der Finanzkrise auf die iranische Wirtschaft weitaus größer sind, als auf die amerikanische Wirtschaft. Dies führt der Ökonom darauf zurück, dass die iranische Wirtschaft zu stark von Importen und von Öleinnahmen abhängig sei. Leylas erinnerte daran, dass Präsident Ahmadinejad kürzlich gesagt habe, dass der Iran mindestens zwei Jahre auch ohne einen einzigen Dollar auskomme. Leylas merkt dazu an, dass dies aber auch bedeutet, dass der Iran nach zwei Jahren völlig Pleite gehen würde, weil dann keine Devisenreserven übrig blieben. Leylas hat festgestellt, dass alle Vorausplanungen für das jährliche Budget nicht eingehalten werden können, da die Ölpreisentwicklung anders

⁵⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061694/Der-Iran-kann-pleite-gehen.html>, 08.11.08



verlaufen ist, als man es in Rechnung gestellt hatte. Dank der fallenden Ölpreise betrage das tägliche Budget gegenwärtig rund 50 Millionen Dollar weniger als im Staatshaushalt eingeplant war. Leylas rechnet in Zukunft mit häufigeren Stromausfällen und einem Mangel an Gas, mit wachsender Arbeitslosigkeit und steigender Inflation und mehr sozialer Armut.

Wie die Inflation angeheizt wird

Auch im iranischen Gottesstaat vermehrt sich der gesellschaftliche Wohlstand durch Wirtschaftswachstum. Auch dort sind die Kapitalbildung und der technische Fortschritt der Motor des Wachstums: Leylas hat festgestellt, dass die Kapitalbildungsrate im Iran in den letzten drei Jahren stetig zurückgegangen ist. Dies bedeute, dass auch in Infrastrukturanlagen für Strom- und Wassererzeugung und Telekommunikation weniger investiert werden könne. Daher sei die eigentliche Frage nicht, wer im nächsten Jahr die Regierung stelle, denn das nächste Jahr sei ohnehin ein verlorenes Jahr.

Leylas führt verschiedene Faktoren auf, die die Inflation anheizen werden: Wachsender Verbrauch der Devisenreserven und der Reserven der Zentralbank sowie sinkende Importe. In den letzten Jahren haben die Importe dafür gesorgt, dass die Inflation kontrolliert wurde. Jetzt aber nehmen die Importe parallel zu den sinkenden Öleinnahmen ab. Hinzu kommt, dass sowohl der Dollarpreis steigt, als auch die Zoll-, und Importsteuer. Dies wird zur Folge haben, dass Marktangebote sinken und die Inflationsrate steigen wird. Leylas hat berechnet, wenn die gegenwärtige Krise nur ein Jahr dauere, werde der Iran rund 60 Milliarden Dollar weniger Öleinnahmen haben. Dies bedeute, dass durchschnittlich jeder Iraner 1000 Dollar weniger zur Verfügung habe.

Kritik an Ahmadinejad aus konservativem Lager

Als stellvertretender Vorsitzender des Parlaments kennt sich Mohammad Reza Bahonar nicht nur in Wirtschaftsfragen aus. Er hat sich schon in ganz anderen Zusammenhängen einen Namen gemacht: Als die britische Queen Elizabeth Rushdi zum Ritter schlug, meldete er sich mit folgender Bemerkung zu Wort: Rushdi hat sich schon längst in einen Kadaver verwandelt. Aber nun äußerte sich der konservative Politiker, Mohammad Reza Bahonar, der sich anders als Ahmadinejad für eine kommerzielle kapitalistische Wirtschaft - natürlich mit islamischer Warenkontrolle - einsetzt, über Wirtschaftsprobleme des Iran: Er bemängelte, dass der Iran „nicht mehr sehr viel Devisenreserven hat“, so die Wirtschaftszeitung „Sarmaye“ am 27. Oktober. Als Vorsitzender der „Jameye Islamiye Mohandessin“, der „Gesellschaft der muslimischen Ingenieure“, sagte Bahonar, dass er stets vorgeschlagen habe, dass solange die Ölpreise hoch waren, die Devisen auf einem Extrakonto angespart werden sollten. Bahonar geht davon aus, dass bis Ende des iranischen Jahres, d.h. bis Ende März 2009 lediglich zwischen acht bis zehn Milliarden US-Dollar



Staatsdevisen bleiben. Wohlgemerkt, obwohl der Iran sein Öl nicht mehr gegen Dollar verkauft, rechnet Bahonar den Devisenmangel in US-Dollar.

Bahonar steht mit seiner Kritik nicht alleine. Auch Mostafa Pour-Mohammadi, Leiter einer staatlichen Aufsichtsbehörde ist der Meinung, dass mit der Zustimmung des Majless, des iranischen „Parlaments“ mehr Staatsdevisen ausgegeben worden sind als gesetzlich erlaubt. Pour-Mohammadi argumentiert, dass die Regierung durchaus das „Parlament“ um Hilfe bitten kann, wenn sich ein Haushaltsdefizit abzeichnet. Er kritisiert, dass die Regierung sich zu sehr auf die hohen Ölpreise verlassen habe. Es sei daran erinnert, dass Ahmadinejad Pour-Mohammadi zunächst zum Innenminister ernannte, er wurde dann wieder abgesetzt. Ihm wird vorgeworfen für die Massaker von Oppositionellen im Jahre 1988 mitverantwortlich gewesen zu sein. Bahonar kritisiert die Regierung, weil sie die Zusage die Ölabhängigkeit des Staatsbudgets jährlich um 10 bis zwölf Prozent zu vermindern, nicht eingehalten habe. Gegenwärtig machen die Öleinnahmen mehr als 60 Prozent des Staatsbudgets aus. Wenn aber die Öleinnahmen um die Hälfte reduziert werden, werde die Wirtschaft gewaltig darunter leiden.

Auch Hashemi Rafsanjani, einer der Verantwortlichen des Mykonosattentats in Berlin, kritisiert Ahmadinejad. Rafsanjani befürchtet, dass die Wirtschaft des Landes regelrecht in den Wind geschlagen werde. Auch Rafsanjani hat von den Gefahren eines „Wirtschafts-Tsunami“ gesprochen, berichtet Tabnak am 26. Oktober. Rafsanjani warnt, dass die „Armen und die Arbeiter einen Schaden“ durch die Krise erleiden könnten.

Die iranische Wirtschaftszeitung „Sarmayeh“ berichtet am 30. Oktober ferner, dass die Klassenunterschiede in den letzten drei Jahren immens gewachsen seien.

Sanktionen in Iran greifen langsam

Gleichzeitig setzen die Sanktionen gegen den Iran ein. Die iranische Wirtschaftszeitung „Sarmaye“ meldete am 27. Oktober, dass inzwischen auch kleinere Banken in Dubai keinen Handel in den Iran fördern dürfen. Bisher konnten Iraner, die die Staatsangehörigkeit von Dubai angenommen haben, ohne Widerstände Waren in den Iran exportieren. Dies ist nun infolge der Sanktionspolitik weiter eingeschränkt worden. Von den zwölf regionalen Banken dürften sich nur noch zwei Banken am Exportgeschäft in den Iran beteiligen, und dies auch stark eingeschränkt. Die großen Banken dürfen schon seit einigen Monaten keine Geschäftsbeziehungen mehr mit dem Iran pflegen.



Die Abhängigkeit der Wirtschaft im Iran ⁵⁹

Der Iran verfügt zwar über die drittgrößten Erdölreserven der Welt, seine Abhängigkeit von Benzinimporten wächst aber täglich. Gleichzeitig steigt die Armut und die Kluft zwischen Armen und Reichen wird größer.

von Wahied Wahdat-Hagh

Im Iran gibt es verschiedene Benzinmärkte. Das einheimische Benzin wird rationiert und subventioniert. Für das importierte Benzin müssen die iranischen Autofahrer mehr bezahlen. Am 12. März beschloss das islamistische „Parlament“ des Iran, dass die iranischen Autofahrer mit noch weniger Benzin auskommen müssen, falls sie subventioniertes und rationiertes Benzin kaufen wollen.

Wie „Sarmaye“ am 12. März meldete, wird das Benzin für iranische Autofahrer noch mehr rationiert werden. Zwar wird der Preis des rationierten Benzins geringfügig von 8 auf 12 Cent pro Liter steigen, die Konsummöglichkeit des rationierten Benzins wird aber von 120 Liter pro Autofahrer im Monat auf 80 Liter eingeschränkt werden. Rationiertes Dieselpetrol kostet etwa 1,5 Cent pro Liter. Die Abhängigkeit des iranischen Autofahrers von importiertem Benzin wird durch diese Maßnahme immens steigen. Die Autofahrer werden dann darauf angewiesen sein, noch mehr importiertes Benzin zum gegenwärtigen Preis von etwa 32 Cent zu kaufen. Falls die Benzinpreise auf dem Weltmarkt steigen, werden auch die Preise des „freien Benzins“ für die iranischen Autofahrer steigen.

Kritik von Wirtschaftsexperten

Der Iran produziert täglich 45 Millionen Liter Benzin, importiert aber gegenwärtig täglich 23 Millionen Liter. Schon in diesem iranischen Jahr, das am 20. März endet, hat die iranische Regierung das geplante Budget für Benzinimporte nicht nur aufgebraucht, sondern darüber hinaus eine bisher nicht geklärte Summe in Milliardenhöhe für die nötigen Benzinimporte ausgegeben. Deswegen wurden Präsident Ahmadinejad und seine Regierung in den letzten Wochen stark kritisiert. Der Regierung wurde illegales Handeln vorgeworfen.

Die iranische Wirtschaftszeitung Sarmaye berichtete am 9. März eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern habe einen offenen Brief an das „Parlament“ geschrieben und darin gefordert, dass kein Gesetz verabschiedet werden sollte, das die Energiekosten noch weiter steigert. Im kommenden iranischen Jahr, das am 21. März beginnt, könne die iranische Wirtschaft in eine Stagflation treten, ein gleichzeitiges Auftreten von Inflation und wirtschaftlicher Stagnation. Eine solche Entwicklung werde mit einer Entwertung der iranischen Währung, des Rial, mit einer höheren Inflation und Kapitalflucht einhergehen. Den größten Schaden einer solchen

⁵⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article60617111/Die-Abhaengigkeit-der-Wirtschaft-im-Iran.html>, 13.03.09



Entwicklung würden die Bauern auf dem Land und die arme Bevölkerung in den Städten davon tragen. Viele Bauern seien darauf angewiesen in die Städte zu kommen, um sich medizinisch behandeln zu lassen. Dies werde die Landflucht in die Städte erhöhen und die Anzahl der Slumbevölkerung steigern. Die verarmten Teile der Bevölkerung würden daher am schlimmsten betroffen sein.

Ahmadinejad im Kreuzfeuer der Kritik

Präsident Ahmadinejad wird gegenwärtig hart kritisiert. Seitdem er an der Macht sei, habe sich die gesellschaftliche Lage verschlechtert. Präsident Ahmadinejad verstehe nichts von der Wirtschaft, trotz der Öleinnahmen sei die Inflation gestiegen.

Die Kritik kommt beispielsweise von Hojatulislam Hussein Ansarirad, der im Jahr 2000 für die Dauer von vier Jahren Mitglied des iranischen Pseudo-Parlaments war. Unter Präsident Khatami war er immerhin Vorsitzender der Kommission 90. Diese Kommission ist eine Anlaufstelle für Beschwerden, die an das iranische Majless gerichtet werden. Wie wichtig diese Kommission ist, zeigen allein ihre verschiedenen Abteilungen: Komitee für geheime Angelegenheiten, Komitee für Rechtsfragen, politisches und militärisches Komitee, Komitee für Wirtschaft, Wohlfahrt und Technik, Komitee für Kultur und Soziales; weitere Arbeitsgruppen: Arbeitsgruppe für Kampf gegen Korruption, Arbeitsgruppe Öl und Energie, Arbeitsgruppe Internationaler Gerichtshof der UN in Den Haag.

"Die Bevölkerung spürt die Probleme

Ansarirad sagt, dass er ein Anhänger von Präsident Khatami sei, auch wenn er ihn in den letzten sechs Jahren nur einmal gesehen habe. In einem Interview mit der Exil-Online-Zeitung Rooz vom 12. März 2009 sagte Ansarirad: „Die Bevölkerung spürt die wirtschaftlichen Probleme.“ Die Bevölkerung würde unter wirtschaftlichen, politischen Schwierigkeiten schwer leiden. Zwar konnte auch Khatami in seiner Regierungszeit keine politischen Freiheiten einführen, aber Ansarirad klagt heute mehr als je zuvor über mangelnde politische Freiheiten.

Dies mag tatsächlich auch darin begründet sein, dass die Reformislamisten sich gegenwärtig über mangelnde Medien beklagen, weil viele ihrer Zeitungen verboten wurden.

Ansarirad sagte weiterhin: „Die Bevölkerung will eine Lösung der außenpolitischen Probleme und will ein Ende der Kämpfe und Spannungen.“ Auch wenn die Bevölkerung gar nicht davon ausgehe, dass diese Probleme schnell lösbar seien, sagte Ansarirad. Er meint, dass Ahmadinejad auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Moral, der Innen- und Außenpolitik gescheitert sei. Und sogar aus dem Lager des Präsidenten selbst würden Stimmen laut, die genau diese Kritik üben würden. Nur ein Wunder könne Ahmadinejad noch retten, so Hojatulislam Hussein Ansarirad. Ferner sagt Ansarirad, dass laut der iranischen Verfassung, insbesondere laut Artikel



44 die iranische Wirtschaft eine halbstaatliche sei, die aber in Richtung Privatwirtschaft entwickelt werden müsse. Ahmadinejad habe noch nicht einmal eine Ahnung davon was eine islamische Wirtschaft bedeute.

Das Atomprogramm und alle Schlüsselindustrien sind verstaatlicht

Tatsächlich wollen in der Islamischen Republik Iran die linksislamistischen Reformer, die das System seit 30 Jahren nicht reformieren konnten, mehr Privatwirtschaft und die sogenannten rechtsislamistischen Konservativen wollen weniger Privatwirtschaft. Fakt ist aber, dass laut Verfassung und gerade Artikel 44 staatliche, genossenschaftliche und private Sektoren vorgesehen sind, wobei die wichtigsten Sektoren, wie z.B. das Atomprogramm und alle Schlüsselindustrien verstaatlicht sind.

Ansarirad wirft nun Ahmadinejad vor, einfach das Kapital des Staatsbudgets unter der Bevölkerung verteilt zu haben. Dennoch sei der Präsident nicht erfolgreich gewesen. Das Land leide unter Preissteigerungen und Inflation. Und sogar die verarmten Menschen, auf die sich Ahmadinejad berufe, würden die Probleme spüren.

Iran ohne Nabucco-Pipeline ⁶⁰

Vier europäische Staaten, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Türkei haben in Ankara eine Regierungsvereinbarung zum Bau der Nabucco-Pipeline getroffen. Der Iran wäre gerne dabei gewesen.

von Wahied Wahdat-Hagh

Ab 2014 sollen etwa zehn Prozent des europäischen Gasbedarfs durch die 3300 Kilometer lange Pipeline gedeckt werden. Sechs Energiekonzerne aus Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Türkei und Deutschland gehören zum Nabucco-Baukonsortium. Das iranische Regime bemängelt, nicht eingeladen worden zu sein und bietet sich an.

Die iranische Zeitung Qudsdaily monierte, dass der Iran zwar die zweitgrößten Gasreserven des Nahen Ostens habe, aber nicht zu den Unterzeichnern des Vertrages gehöre.

Iran ist der „geeigneteste Verkäufer von Gas“

Der Irak hingegen habe noch nicht damit begonnen seine Gasressourcen zu erforschen, sei aber dennoch beim Nabucco-Projekt berücksichtigt worden. Qudsdaily warnt seine Leser, es dürfe kein Zweifel daran bestehen, dass der „Ausschluss des Iran aus dem Nabucco-Prozess politisch motiviert“ sei. Die Frage

⁶⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061730/Iran-ohne-Nabucco-Pipeline.html>, 17.07.09



sei, wie die iranische Antwort aussehen müsste. Der Iran müsse kraft seiner „wirtschaftlichen Diplomatie“ seine „unvergleichlichen Vorteile“ hervorheben und deutlich machen, der „geeigneteste Verkäufer von Gas im Nahen Osten“ zu sein. Geradezu bettelnd hebt die Zeitung die „unvergleichlichen Vorteile“ des Iran hervor: Im Vergleich mit den Nachbarstaaten verfüge der Iran über eine bessere Infrastruktur, bessere Transportmöglichkeiten, höhere Sicherheit und politische Stabilität sowie Zugang zu zwei Wasserwegen - gemeint sind das Kaspische Meer und der Persische Golf - und neben technologischem Potential auch über ein riesiges Humankapital.

Die Antwort auf die Frage wie stabil tatsächlich eine totalitäre Diktatur der „Islamischen Republik“ überhaupt sein kann, kann nicht von Qudsdaily, die sich selbst dem Ahmadinejad und Revolutionsführer Ali Khamenei nahestehenden Ayatollah Waez Tabasi zuordnet, erwartet werden.

Trotz Öleinnahmen verarmte die iranische Bevölkerung

Qudsdaily argumentiert mit kapitalistischer Logik und spottet geradezu über die gegenwärtig im Gespräch stehenden Verkäufer des Erdgases: Turkmenistan und Aserbaidschan stünden unter dem Einfluss Russlands. Irak habe doch politische und wirtschaftliche Probleme und sicherheitspolitisch sei Irak höchst labil. Und Qatar müsse Pipelines tief im Persischen Golf verlegen, um Gas exportieren zu können. Die durch Kaukasien laufende Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline sei schon auf Druck der USA zustande gekommen. Damals sei die „wirtschaftliche Diplomatie“ des Iran schwach gewesen, dieses Mal aber dürfe keine Gelegenheit verpasst werden sich an dem Nabucco-Projekt zu beteiligen.

Von antiimperialistischen Parolen ist keine Spur, wenn die Staatskassen der Diktatur leer sind. Die iranische Bevölkerung hat in den letzten Jahren ohnehin nichts von den Öleinnahmen gehabt und verarmte weiterhin. Die Regierung von Ahmadinejad pumpte die Staatseinnahmen in den Ausbau des iranischen Militär- und Atomprogramms.

Ausländische Investoren sollen im Iran investieren

Die iranische Wirtschaftszeitung Econews zitiert den Direktor des „nationalen Gasexportunternehmens des Iran, Reza Kassaizadeh, dass die in dem Vertrag vorgesehenen Gasexportländer nicht ausreichend Gasressourcen zur Befriedigung des europäischen Bedarfs besitzen.

Iran sei der Meinung, dass sich die Nabucco-Pipeline für alle Beteiligten am günstigsten rechnen würden, wenn die Pipeline durch den Iran laufen würde, aber wegen des iranischen Atomprogramms seien offenbar die Europäer nicht bereit mit dem Iran zu verhandeln.



Econews weiß auch, dass die Unterzeichnung eines solchen Vertrages für die Türkei mit einem großen finanziellen Vorteil verbunden ist. Iran will nun mit einer eigenen Pipeline mit der Nabucco-Pipeline konkurrieren, berichtet Econews. Die „Pars-Pipeline“ soll jährlich 37 Milliarden Kubikmeter Gas ebenfalls über die Türkei nach Europa transportieren. Diese Pipeline soll vier Milliarden Dollar kosten. Econews räumt ein, dass das Problem des Iran im Kapitalmangel und fehlendem Know-How bestehe. Ausländische Investoren müssten vom iranischen Markt angezogen werden, damit der Iran in die Lage versetzt werde von Gasexporten zu profitieren.

Iran macht Angebote, ohne gefragt worden zu sein

Abrarnews berichtete von einer Erklärung der iranischen Botschaft in Istanbul, wonach der Iran von sich aus bereit sei für das Nabucco-Projekt 10 Milliarden Kubikmeter Gas beizusteuern. Amad Nuri, Vertreter des iranischen Handelsministeriums sagte in Istanbul: „Wenn wir Europa unser Gas anbieten, werden wir selbst davon profitieren. Wir wollen in dem Nabucco-Projekt dabei sein.“

Abrarnews wusste aber auch zu berichten, dass in der ersten Phase des Nabucco-Projektes Aserbaidschan und Irak ausreichend Gas nach Europa liefern werden. Recep Tayyip Erdogan befürwortet eine Beteiligung Russlands und Irans an dem Nabucco-Projekt, berichtete Hamshahri.

Die USA sind gegen die Teilnahme des Iran

Fardanews geht davon aus, dass Washington die Teilnahme des Iran verhindert habe. Fardanews zitiert einen nicht namentlich genannten US-amerikanischen Vertreter im Nabucco-Projekt: „Amerika ist gegen die Präsenz des Iran in diesem Projekt. Und wenn die Beziehungen zwischen Iran und Amerika sich normalisieren, kann möglicherweise der Iran an diesem Projekt teilnehmen.“

Irans Wirtschaft baut ab ⁶¹

Die einheimische Industrie des Iran erlebt ihren Niedergang und die iranische Mittelschicht wird langsam zerstört. Als Ursache benennen Experten eine falsche Wirtschaftspolitik des Iran.

von Wahied Wahdat-Hagh

Wie die exiliranische Zeitung „Peykeiran“ am 26.10.2009 berichtete, ist das Importvolumen des Iran in der Regierungszeit von Präsident Ahmadinejad immens gestiegen. In seinen ersten vier Regierungsjahren habe der Iran mehr

⁶¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061741/Irans-Wirtschaft-baut-ab.html>, 30.10.19



Deviseneinnahmen gehabt als in den 16 Regierungsjahren unter Ali Khamenei und Akbar Hashemi in den Jahren von 1981 bis 1997.

Gleichzeitig hatte der Iran in der ersten Regierungszeit von Ahmadinejad von Juni 2005 bis Juni 2009 rund 339 Milliarden Dollar Deviseneinnahmen. Allein die Einnahmen aus dem Ölexportgeschäft betragen in den ersten vier Jahren seiner Regierungszeit rund 280 Milliarden Dollar. Dieser Betrag war um 43 Milliarden Dollar höher als der Betrag, den der Iran unter Khameneis und Rafsanjanis Präsidentschaft insgesamt im Devisengeschäft eingenommen hat, hebt „Peykeiran“ hervor.

Importe steigen, Exporte sinken

Die Summe der Importe in der ersten Regierungszeit von Ahmadinejad beträgt rund 220 Milliarden Dollar. Die im Iran erscheinende Zeitung „Ayande“ berichtete am 20.10.2009, dass der Export von iranischen Nicht-Öl-Produkten drastisch zurückgehe. Diese Exporte seien allein in den letzten sechs Monaten um fünf Milliarden Dollar geschrumpft. Was die Handelsbilanz – minus Öl- und Benzingeschäft - anbelangt, habe der Iran gegenwärtig ein Handelsbilanzdefizit von 18 Milliarden Dollar im ersten iranischen Halbjahr seit 21.3.2009, dem Beginn des neuen iranischen Kalenders. Die iranischen Importe - minus Benzin-Importe - haben in den letzten sechs Monaten rund 23,7 Milliarden Dollar betragen, berichtet „Ayande“.

Ahmadinejad zerstört die iranische Mittelschicht

Als Folge einer falschen Wirtschaftspolitik nehmen Arbeitslosigkeit und Inflation im Iran zu. „Ayande“, die sich auf Daten der iranischen Zentralbank bezieht, berichtete am 28.10.2009, dass im letzten Jahr 45 Prozent weniger Lizenzen für Wirtschaftsaktivitäten in den Bereichen der inländischen Industrie und Bauwirtschaft erteilt worden seien. Diese Zahl zeige deutlich das Schrumpfen der Binnenwirtschaft. Den einheimischen Unternehmern fehle das Kapital. Die Mittelschicht bröckelt. Die Wirtschaft wird immer mehr von den Revolutionsgardisten kontrolliert, bekommt einen militärischen Charakter und ähnelt der Kriegswirtschaft.

Klassenunterschiede werden größer

Die Inflation werde weiterhin angeheizt, berichtete Roozonline am 26.10.2009, wenn die iranische Regierung Zug um Zug die staatlichen Subventionen streiche. Die Klassenunterschiede würden sich dadurch noch mehr vergrößern und die Gesellschaft werde sich noch mehr polarisieren. Das Ansteigen der Benzin- und der Strompreise kann das Gros der iranischen Gesellschaft wirtschaftlich schwer treffen.

Das iranische Pseudoparlament hat in den letzten Wochen eine entsprechende Gesetzesvorlage zum Abbau von Subventionen eingebracht. Das Gesetz ist zwar noch nicht verabschiedet. Roozonline hält es aber für wahrscheinlich, dass dieses Gesetz noch bald verabschiedet wird.



Die besten iranischen Handelsfreunde

In den letzten sechs Monaten zählten zu den besten iranischen Handelspartnern bei den iranischen Nicht-Öl-Exporten der Irak mit rund 1,7 Milliarden Dollar auf dem ersten Platz und China mit 1,3 Milliarden Dollar auf dem zweiten Platz. Die Arabischen Emirate, Indien und Afghanistan kommen der Reihe nach auf Platz drei bis fünf der iranischen Exporthandelspartner.

Bei den iranischen Importen – minus Benzinimporte - ist die Reihenfolge der Nutznießer anders. Hierzu gibt „Ayande“ nur Prozentzahlen an: Aus den Arabischen Emiraten hat der Iran in den letzten sechs Monaten 26,45 Prozent seiner Importe bezogen. Schon an zweiter Stelle kommt Deutschland mit 9,92 Prozent der gesamten iranischen Importe. Aus China, Korea und der Schweiz, die der Reihe nach Platz drei bis fünf einnehmen, importiert der Iran weitere Waren. Der iranische Import – minus Benzin-Importe - würde gegenwärtig jährlich rund 70 Milliarden Dollar betragen, berichtet „Ayande“.

Wie die iranische Zeitung „Ayande“ am 18.10.2009 schrieb, haben im laufenden iranischen Jahr auch die USA gemeinsam mit den Arabischen Emiraten, Pakistan, Indien und Thailand rund hundertfünfzigtausend Tonnen Reis in den Iran exportiert. Der Iran hat im letzten Monat allein aus den USA 243 Tonnen Reis importiert. Auch Weizen muss wieder aus den USA eingeführt werden.

Schmuggel „zionistischer Zigaretten“, von Benzin und von Alkohol

Am 21.10.2009 berichtete „Ayande“ von der Gefahr des Schmuggels zionistischer Zigaretten. Gemeint ist die auch im Iran beliebte Marlboro, die von Phillip Morris produziert wurde. Im Iran gibt es rund 12 Millionen Zigarettenraucher, bei denen der Konsum von Marlboro auf großes Interesse stößt. In einer Fernsehdiskussion über das Problem des Zigaretten Schmuggels hat der Direktor der iranischen Tabakindustrie eine Packung Marlboro als Warnung in die Kamera gezeigt. Der Zeitung „Ayande“ zufolge sei jedoch der Werbeeffect für Marlboro größer gewesen, als der warnende. „Ayande“ hebt hervor, dass Marlboro in den letzten dreißig Jahren den Zigarettenmarkt des Iran erobert habe. Der Direktor der iranischen Tabakindustrie gab zu, dass schon längst ein Vertrag mit Marlboro, die der Unternehmensgruppe von Phillip Morris angehört, unterschrieben worden wäre, wenn der Verdacht nicht existierte, dass Phillip Morris mit „Zionisten“ zusammenarbeite.

„Ayande“ berichtete am 26.10.2009, dass in den iranischen Raffinerien täglich 44 Millionen Liter Benzin hergestellt werden. Davon werden 12 Millionen Liter täglich ins Ausland geschmuggelt. Im Winter nehme erfahrungsgemäß die Menge des Schmuggels ab, wegen der Kälte in den kurdischen Bergregionen, über die die Schmuggelrouten laufen. Immer wieder werden im Iran Schmuggler gefasst, darunter auch Staatsbeamte.



Der Alkoholkonsum der Iraner lässt tief blicken. Natürlich wird der Alkohol ins Land geschmuggelt. Laut „Ayande“ werden nach offiziellen Schätzungen täglich Zweihunderttausend Liter Alkohol in den Iran geschmuggelt.

Der iranische Import würde gegenwärtig jährlich rund 70 Milliarden Dollar betragen. In den Iran geschmuggelt werden Waren im Wert von 60 Milliarden Dollar jährlich. D.h. die Menge von Schmuggelware und offiziellem Import hat sich annähernd angeglichen.

Betrug gehört auch zu den Nebentätigkeiten mancher iranischer Staatsbediensteten: Fardanews berichtete am 25.10.2009, dass rund 66 Milliarden Dollar Staatskapital einfach verloren gegangen seien.

Sanktionen gegen Benzinlieferungen in den Iran sind möglich

In Anbetracht der Tatsache, dass das iranische Regime im Atomstreit dem Westen auf der Nase herumtanzt, können die Beschlüsse des US-Kongresses über Sanktionen gegen Irans Benzinlieferanten auch für die europäischen Regierungen relevanter werden. Der US-Kongress stimmte Anfang Oktober 2009 neuen Sanktionen gegen Firmen zu, die Benzin in den Iran liefern. Der Iran exportiert zwar Öl, muss aber rund 40 Prozent seines Benzinkonsums importieren.

Wirtschaftskrise im Iran ⁶²

Auch im kommenden Jahr werden die iranischen Arbeiter unter dem Existenzminimum leben müssen. Zudem ist abzusehen, dass die iranische Wirtschaft trotz hoher Öleinnahmen kaum wachsen wird.

Iranische Wirtschaftswissenschaftler haben berechnet, dass ein iranischer Arbeiter mindestens 337 EUR verdienen muss, um das Minimum seiner materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Ein solches Minimum an Nahrung, Kleidung, Wohnung und medizinischer Versorgung erlaube ein physisches Überleben in der iranischen Gesellschaft.

Andere unabhängige iranische Wirtschaftswissenschaftler haben das Existenzminimum für iranische Arbeiter, die in Städten leben sogar auf 599 EUR geschätzt. Denn das städtische Leben sei viel teurer als das Leben auf dem Land.

⁶² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7222358/Wirtschaftskrise-im-Iran.html>, 17.04.10



Iranische Arbeiter leben unter dem Existenzminimum

Wie BBC Persian meldete, müssen sich die iranischen Arbeiter in diesem Jahr mit einem Durchschnittseinkommen von hochgerechnet rund monatlich 227 EUR begnügen.

Dies sind 110 EUR, d.h. 33 Prozent unterhalb der roten Linie des Existenzminimums.

Dieses Dilemma hat dazu geführt, dass sogar Hadi Moqadessi, stellvertretender Vorsitzender der Kommission für soziale Fragen des iranischen Pseudo-Parlaments zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Mindesteinkünfte im neuen iranischen Jahr, das am 21. März begonnen hat, nicht den Unterhalt einer Arbeiterfamilie garantieren.

Der iranische Arbeitsminister, Abdolreza Scheich al-Islami, kennt aber nach eigenen Aussagen keinen Betrag, der eine rote Linie der Armut definieren würde. Die iranischen Arbeiteraktivisten protestieren gegen die Regierung, die ihre sozialen Probleme ignoriert.

Reza Derakhshan, Arbeiter einer iranischen Rohrzuckerfabrik in Hafttapeh in der iranischen Provinz Khusistan, sagt, dass eine Rohrzuckerfabrik in seiner Stadt geschlossen wurde, da zu viel Rohrzucker importiert worden sei. Daraufhin seien die Arbeiter nicht nur entlassen worden sondern teilweise auch gerichtlich verfolgt worden, berichtet BBC Persian.

Inflation sinkt und die Wirtschaft stagniert

Fereidun Khavand schreibt, dass die Inflation im Iran im letzten Jahr von 25% auf 11% gesunken sei.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) beträgt der Durchschnitt der Inflationswerte für die Staaten des Nahen Ostens und Mittelasiens aber nur 7%.

Die iranische Wirtschaft wächst aber nicht. Und ein Sinken der Inflation sei nur dann für die Wirtschaft positiv, wenn das Wirtschaftswachstum zumindest nicht rückläufig ist.

Fereidun Khavand bemerkt dazu, dass sich die iranische Regierung seit über zwei Jahren weigert die Wachstumsrate der iranischen Wirtschaft bekannt zu geben. Die letzte offizielle Zahl der iranischen Zentralbank in Bezug auf das Wirtschaftswachstum stamme vom April 2008. Damals habe nach offiziellen Angaben das Wirtschaftswachstum der Monate Februar bis April 2008 etwa 2,3 Prozent betragen.

Nach Angaben des IWF habe das Wirtschaftswachstum des Iran in den Jahren 2006 und 2007 noch rund 6,6% betragen. Trotz hoher Einnahmen aus dem Ölgeschäft



habe das Wirtschaftswachstum im Jahr 2009 nur etwa 1% betragen. Für das Jahr 2010 geht der IWF von einem Wachstum von 2,2% aus.

Fereidun Khavand hebt hervor, dass die iranische Wirtschaft ein Wachstum von etwa 8% benötige. Daher wirke sich das Sinken der Inflation mitnichten positiv auf die iranische Wirtschaft aus. Im letzten Jahr seien die Preise im Iran nur deswegen nicht angestiegen, weil die Zentralbank in den Jahren 2007 und 2008 eine restriktive Geldpolitik betrieben habe und die umlaufende Geldmenge vermindert habe. Wenn die iranische Zentralbank in diesen Jahren statt einer restriktiven Geldpolitik einen größeren Teil der sehr hohen Einnahmen aus dem Ölgeschäft in den einheimischen Markt gepumpt hätte, wäre die Inflation viel schneller gestiegen.

Erst im Jahre 2009 habe die iranische Zentralbank wieder Geldeinnahmen aus dem Ölgeschäft in den iranischen Markt gepumpt. In den kommenden Monaten würde sich daher eine höhere Inflation bemerkbar machen.

Die Inflation in der iranischen Wirtschaft hänge auch von der Höhe der staatlichen Subventionspolitik ab. Beispielsweise seien die Devisen im Iran subventioniert. D.h. mit hoch subventionierten Devisen können die Importe gesteigert werden. Dies hemmt wiederum das Wachstum des einheimischen Marktes. Ein Ansteigen der Importe könne dazu führen, dass die Inflation galoppiert.

Dank der hohen staatlichen Öleinnahmen steigen die ausländischen Devisen. Die iranische Zentralbank hält den Wert des iranischen Geldes künstlich hoch. Dies dient den hohen Importgeschäften. Auch der Preisanstieg der importierten Waren wird dadurch niedrig gehalten, d.h. die Zahlungskraft der Iraner wird nur künstlich hoch gehalten.

Diese iranische Wirtschaftspolitik ist laut Fereidun Khavand genau das Gegenteil der chinesischen Wirtschaftspolitik. China hält seinen Geldpreis künstlich niedrig, um seine Exporte zu steigern und seine Importe möglichst niedrig zu halten. Die iranische Regierung stärkt dagegen die Importeure, indem die Devisenpreise niedrig gehalten werden und die Exporte teurer werden.

Eine abschließende Frage liegt auf der Hand: wer profitiert von dieser Wirtschaftspolitik der Diktatur? Es sind die Revolutionsgardisten, die ein Gros der iranischen Wirtschaft kontrollieren, ihre Profitinteressen durchsetzen und mit Hilfe der Bassiji beispielsweise Arbeiterdemonstrationen niederschlagen.

Dennoch bleiben die kapitalistischen Gesetze der Wirtschaft unangerührt von der totalitären Kontrolle der Wirtschaft der Revolutionsgardisten, die auch die Rolle von kapitalistischen Unternehmern übernehmen.

Wenn die Devisenpreise eines Tages wieder ihren realen Wert erhalten, was sicher der Fall sein wird, wird die Kontrolle der Inflation neue Konflikte auch für die totalitäre Diktatur mit sich bringen.



Eine Bank für alle ⁶³

Iranische Banken, die seit Jahren von Sanktionen betroffen sind, stehen mit der eihbank in geschäftlicher Verbindung. Eigentlich soll die Hamburger Bank Kapital für den iranischen Markt besorgen. Zu diesem Zweck wurden auch Filialen in Iran gegründet.

Im Mai 2008 war die Teheraner Filiale der Europäisch-Iranischen Handelsbank gegründet worden. Schon in deren Gründungsphase gab es ein Problem: Die von Sanktionen der US-Regierung betroffene Bank Mellat stieg in der Teheraner Filiale der deutschen Aktiengesellschaft mit einer Kapitalbeteiligung von 26 Prozent ein. Die US-Regierung hatte aber schon im Oktober 2007 Sanktionen gegen die Bank Mellat verhängt. Das Washingtoner Finanzministerium hat nun bekannt gegeben, dass allein im vergangenen Jahr Waffengeschäfte im Volumen von knapp 350.000 Dollar getätigt wurden, an denen die iranische Bank Mellat und die eihbank beteiligt waren.

Die eihbank hat dank ihrer Filialen im Iran nicht nur ein Mischkapital mit problematischen Banken. Auch Schlüsselpersonen machen das Problem deutlich. Ein Beispiel dafür ist Dr. Armin Pashae Fam, der bis August 2010 Vorstandsmitglied der eihbank in Hamburg war. Bevor er in Hamburg im Vorstand der eihbank anfang, hatte er wichtige Positionen in Iran inne gehabt. Er war Wirtschaftssekretär der iranischen Zentralbank, Vorstandsmitglied der Bank-Melli und Leiter des Büros für strategische Planung und Handelsbeziehungen des iranischen Präsidenten.

In der UN-Resolution 1803 wurden schon im März 2008 alle Staaten der Welt aufgefordert die Bank-Melli ins Visier zu nehmen, um eine Proliferation für das iranische Atomprogramm zu verhindern. Die Europäische Union ging einen Schritt weiter und sprach Sanktionen gegen die Bank-Melli aus, die hundertprozentig dem iranischen Staat gehört. All das interessierte die deutsche Bankenaufsicht nicht, als Pashae Fam im Mai 2009 in den Vorstand der Hamburger Bank gewählt wurde.

Seit August 2010 ist Pashae Fam nicht mehr in Hamburg. Er wurde zum neuen Direktor der Sepah Bank in Teheran berufen. Laut iranischen Nachrichtenagenturen ist er seit August 2010 nicht mehr Vorstandsmitglied der Hamburger eihbank. Der Experte für deutsch-iranische Beziehungen Matthias Küntzel hat aber herausgefunden, dass Pashae Fam noch am 21. September 2010 im Handelsregister als Vorstandsmitglied der eihbank eingetragen war.

Dieser Fakt macht ein weiteres Problem sichtbar: Die Bank-Sepah und Bank-Sepah-International stehen unter UN-Sanktionen und werden in der Resolution 1747 des UN-Sicherheitsrates vom 24.3.2007 ausdrücklich benannt. Die Sepah-Bank arbeitet für das iranische Atomprogramm und liefert Kapital auch für die Aktivitäten im Bereich des ballistischen Raketenprogramms. Diese Bank wird hauptsächlich vom

⁶³ https://www.achgut.com/artikel/eine_bank_fuer_alle/, 27.09.10



militärischen Apparat des Iran bedient und ist schon unter dem Schahregime eine Armeebank gewesen.

Der neue Direktor der iranischen Sepahbank will nun sein in Hamburg erworbenes Know How mit den Scharia Gesetzen vereinbaren und seine neue Bank zur „wichtigsten Bank des Iran“ entwickeln. Er weiß, dass ihm schwere Zeiten bevor stehen und warnt seine Mitarbeiter vor einem „Wirtschaftskrieg“ gegen den Iran. Er will auch den UN-Sicherheitsrat bekämpfen, weil dieser „unter der Fahne der USA“ stünde.

Gewiss: Die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen sorgen nicht für einen Wandel des Iran. Im Gegenteil. Sie stabilisieren die totalitäre Diktatur der Islamischen „Republik“ Iran.

Die Misere der iranischen Wirtschaft ⁶⁴

Ali-Asghar Soltaniye, iranischer Vertreter in der Internationalen Atomenergie Behörde (IAEA) meinte am 28. Mai 2011, dass die internationalen Sanktionen die Aktivitäten des iranischen Atomprogramms nicht stören werden. Zudem verteidigte er das iranische Raketenprogramm.

Tatsächlich können aber Sanktionen, beispielsweise die beschlossene Schließung der Europäisch-Iranischen Handelsbank (EIHB) in Hamburg, die staatlich gelenkte iranische Wirtschaft treffen. Dies könnte die soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung verstärken und eine neue Protestbewegung gegen die totalitäre islamistische Diktatur herbeiführen.

Gleichzeitig wird der Preis eines Menschen diskutiert, indem über den Preis eines Kamels gestritten wird. Solche Diskussionen werden auf staatlicher Ebene geführt. Daher lohnt es sich einen Blick auf die Misere der iranischen Wirtschaft zu werfen. Zumal die Proteste der Arbeiterbewegung immer wieder aufflammen.

Infolge eines Anstiegs der Preise für die ausländischen Devisen US-Dollar und Euro gegenüber der iranischen Währung will Mahmud Bahmani, Direktor der iranischen Zentralbank den iranischen Markt mit ausländischen Devisen „sättigen“. Das heißt US-amerikanische Dollars und Euros sollen auf dem iranischen Markt ausgeschüttet werden, um die Preise der ausländischen Währung zu senken, meldete BBC-Farsi.

Ausländische Devisen sind auf dem iranischen Markt rar geworden. Bisher konnten Iraner, die ins Ausland fliegen wollten, 2000 US-Dollar umtauschen, wenn sie ein Visum und ein Flugticket vorlegten. In den letzten Wochen bekamen Auslandsreisende aber nicht so leicht Dollars, weder von den staatlichen Banken

⁶⁴ https://www.achgut.com/artikel/die_misere_der_iranischen_wirtschaft/ 31.05.11



noch auf dem Schwarzmarkt. Auch die privaten Wechselstuben geben keinen Dollar heraus und begründen dies mit der restriktiven Politik der iranischen Zentralbank. Diese will nun ihre Politik doch ändern und den Dollar ausschütten. Dabei soll sich der Kurswechsel aber nicht ändern, d.h. der Wert der iranischen Währung soll trotzdem hoch bleiben.

Tatsächlich ist der Dollarpreis auf dem iranischen Markt um mehr als 100 Tuman auf 1210 Tuman gestiegen. Die iranische Regierung will den Preis der iranischen Währung hochhalten, d.h. ideologisch gegen US-Dollar, Euro und Marktgesetze kämpfen. Das ist antiimperialistisch-islamistischer Wirtschaftskrieg. Die Niederlage der iranischen Wirtschaftsstrategen ist vorprogrammiert.

Der iranische Wechselkurs ist nach Aussagen von Fereidun Khavand viel zu hoch angesetzt. Der Wirtschaftsprofessor sagte gegenüber der persischsprachigen Nachrichtenagentur Radio Free Europe: "Der Preis der iranischen Währung stimmt nicht mit der Realität der iranischen Wirtschaft überein." Die ausländischen Devisen haben im Iran zwei unterschiedliche Preise. Es gibt den staatlichen Wechselkurs und den Basarpreis. Dabei ist der Basarpreis faktisch ein legaler Schwarzmarkt. Jeder Dollar kostet offiziell 1064 Tuman. Auf dem „freien“ Schwarzmarkt zahlen die Iraner für einen Dollar jedoch 1200 Tuman. Der Preisunterschied für einen Dollar beträgt 136 Tuman. Im Vergleich dazu liegt der Preisunterschied eines Euros bei 193 Tuman. Offiziell kostet ein Euro 1503 Tuman, auf der Straße muss man aber schon 1700 Tuman dafür zahlen.

Solche Preisschwankungen verstärken die staatlich geleugnete hohe Inflation und treiben die Preise hoch. Schon vor wenigen Wochen war die Nachfrage nach Gold so stark gestiegen, dass die iranische Zentralbank gezwungen war Goldmünzen auf den Markt zu schleudern. Der Mangel an ausländischen Devisen und die Goldnachfrage hängen aber zusammen. Denn nach dem Anstieg des Goldpreises haben viele iranische Investoren versucht sich ausländische Devisen anzueignen. Zumal die Goldsteuer gestiegen ist. Die iranische Zentralbank empfiehlt den Iranern aber den Kauf von Goldmünzen statt des Dollars oder des Euro, mit der Begründung die Dollarpreise würden wieder sinken.

An dieser Stelle befindet sich die iranische Wirtschaft in einem Teufelskreis der Abhängigkeit vom Weltmarkt. Anfang Mai hatte der iranische Goldverband, ein Verein von iranischen Basaris, noch verkündet, dass die Goldpreise sich ständig ändern würden, weil die iranische Zentralbank den Binnenmarkt mit ausreichend ausländischen Devisen, d.h. mit Dollar und Euro versorgen würde.

Die iranischen Machthaber wollen beweisen, dass sie von Dollar und Euro unabhängig sind und diese gar schwächen können. Sie können aus ideologischen Gründen die Abhängigkeit der iranischen Wirtschaft vom US-Dollar und vom Euro nicht eingestehen. Stattdessen versuchen sie die Bevölkerung mit Geschenkpaketen zu kaufen. Beispielsweise versprach Präsident Ahmadinejad vor der zehnten



Präsidentenwahl die Verteilung von „Gerechtigkeitsaktien“. Nun haben 176 Mitglieder des iranischen Pseudo-Parlaments einen Beschluss gefasst, um zu überprüfen was eigentlich mit den ausgegebenen Geldern passiert ist.

Diese Politik der „Gerechtigkeitsaktien“ stellt sich nach zwei Jahren als ein Betrug heraus. Das iranische Pseudo-Parlament will untersuchen, wo die Gelder eigentlich geblieben sind. Ahmadinejad hatte vor seiner Wahl 9 Millionen Iranern jeweils 80.000 Tuman, rund 47 Euro, versprochen. Dieses Geld sollte aus dem Profit von Gerechtigkeitskrediten entnommen werden. Das Geld ist ausbezahlt worden, ohne eine Gesetzesvorlage. Unklar ist bis heute, woher das Geld genau stammte und wohin das Geld geflossen ist.

Jenseits der Weltmarktabhängigkeit des iranischen Marktes, ist die iranische Wirtschaft von der Justiz und diese vom islamischen Gesetz abhängig. Wie wird der Preis eines Menschen festgelegt? Wie hoch ist der Preis eines Ohres, eines Beines, eines Auges? Das ist wichtig, denn im iranischen Strafrecht wird nach dem Blutgesetz geurteilt. Wenn Kamelpreise im Juni 2011 im Iran steigen, steigt auch das Blutgeld der Menschen. Dies hat nun einen Konflikt zwischen der Judikative und der iranischen Regierung hervorgerufen. Die iranische Justiz besteht darauf, dass das Blutgeld steigen muss, wenn der Kamelpreis steigt, zumal ein hohes Blutgeld die Kriminalität senke. Eine solche Meinung teilt auch die iranische Polizei, meldete die staatliche Nachrichtenagentur IRNA. Die iranischen Versicherungen wehren sich aber gegen eine Erhöhung des Blutgeldes. Versicherungsgesellschaften müssen nach wirtschaftlichen Maßstäben rechnen, die iranische Justiz muss aber den anachronistischen Gesetzen der Fegh von vor rund 1400 Jahren folgen.

Die iranische Justiz hat das Blutgeld eines vollständigen Menschen im Jahr 2011 auf rund 90 Millionen Tuman festgelegt. Das sind etwa 58.555 Euro. Im letzten Jahr betrug dasselbe Blutgeld etwa die Hälfte, d.h. rund 30.000 Euro.

Blutgeld bekommt eine Person, die infolge eines Unfalls verletzt worden ist. Auch Angehörige eines Getöteten erhalten Blutgeld als Entschädigung. Tatsächlich zitiert IRNA am 30. Mai 2011 das iranische Gesetz, Fegh, wonach das Leben eines Menschen den gleichen Wert habe wie 100 gesunde Kamele oder 1000 gesunde Schafe oder 200 Kleidungsstücke aus Jemen oder 1000 Dinar Gold oder 10.000 Drachmen Silber.

Nun gibt es im Iran einen Streit, denn das iranische Landwirtschaftsministerium schätzt den Preis eines Kamels anders als der Justizapparat. Dem Landwirtschaftsministerium zufolge kostet ein Kamel etwa 350 Euro, 100 Kamele kosten dann 35.000 Euro. Die iranische Justiz ist aber der Meinung, dass ein Kamel etwa 585 Euro kostet. Frage: Kostet ein Iraner nun etwa 35.000 Euro oder 58.500 Euro? Darüber streiten nun iranische Ministerien, das Pseudo-Parlament und die Regierung einer islamistischen Atomdiktatur. Wahrscheinlich setzt sich der Justizapparat durch. Der Iraner wird dank des Kamelpreises teurer.



Indessen gehen die Arbeiterkämpfe im Iran weiter, zumal die Unzufriedenheit der Zivilbevölkerung immer größer wird. Wie der persischsprachige Dienst RadioFarda meldete, haben die Arbeiter einer großen Weberei in der nordiranischen Provinz Mazandaran Proteste organisiert. Immerhin haben mindestens 100 Arbeiter seit 10 Monaten keinen Lohn erhalten.

Die iranische Wirtschaftspolitik wird die iranischen Unternehmer immer mehr schwächen und die Armut und Arbeitslosigkeit noch mehr verstärken. Sanktionen können das i-Tüpfelchen für die kommenden Wirtschaftskrisen sein, die die iranische Demokratiebewegung ermutigen können sich in Zukunft für ein säkulares politisches System einzusetzen, in dem Menschenrechte beachtet werden.

Iran plant in Zukunft Öl in Yuan zu handeln **Weitere Themen: Allgemein, Wirtschaftspolitik** ⁶⁵

Gastbeitrag von Dr. Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Präsident Ahmadinedschad hatte zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt aus dem US-Dollar-Geschäft auszusteigen und Euro als die Devisenwährung für den Ölhandel einzuführen. Aber der US-Dollar war zu stark, so dass ein vollständiger Ausstieg aus dem Dollar-Geschäft sich nicht rentierte. Als Antwort auf die Sanktionspolitik des Westens überlegt sich nun die iranische Regierung die chinesische Währung Yuan als Öl-Devisenwährung einzuführen. Die chinesische Regierung hat aber noch nicht offiziell reagiert, ob sie überhaupt in der Lage ist eine solche Aufgabe zu übernehmen. Die iranische Regierung und ihre Zentralbank schwanken, denn vor wenigen Wochen sollte das Los der Öl-Währung sogar den Dirham der Arabischen Emirate treffen. Dieser Plan wurde schnell wieder aufgegeben.

In den letzten Jahren sind die iranischen Importe aus China gestiegen. Da der Wert des chinesischen Yuan künstlich niedrig gehalten wird und die chinesischen Produktionskosten besonders niedrig sind, kann China seine Exporte hoch halten. Dies ist auch der Grund dafür, dass die USA gegenwärtig großen Druck auf China ausüben, den Yuan aufzuwerten. Die Folge einer Aufwertung des Yuan wird sein, dass die chinesischen Produkte sowohl für den chinesischen Markt als auch für den Export teurer werden.

Ein solcher Wandel des Welthandels wird den iranischen Importmarkt auch treffen. Der iranische Markt kann dann nicht mehr einfach mit billiger Ware aus China

⁶⁵ <https://honestlyconcerned.info/2010/11/28/auszug-aktueller-meldungen-zum-thema-iran-aus-unserem-taeglichen-nahost-newsletter-405/>, 25.11.11



überflutet werden. Im Weltwährungskrieg wollen dagegen die USA den Dollar abwerten, um wiederum ihre eigenen Exporte zu steigern.

Gleichzeitig übt die Sanktionspolitik Druck auf die iranische Wirtschaft aus. Trotz der guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran stimmte China für die UN-Resolution 1929 gegen den Iran. Die Sanktionspolitik hilft zu unterbinden, dass Dual-use-Instrumente für militärische Zwecke und für das iranische Atomprogramm missbraucht werden. Die Revolutionsgardisten nutzen die Sanktionspolitik, um ihre wirtschaftliche Machtposition zu stärken, indem sie die Kontrolle über immer größere Teile der iranischen Wirtschaft übernehmen. Die iranische Wirtschaft ist längst militarisiert. Tatsächlich kontrollieren die iranischen Revolutionsgardisten rund 50 Prozent der einheimischen Wirtschaft. Es handelt sich meist um Schlüsselindustrien wie Straßenbau, Dammbau, Gas- und Ölindustrie. Die Revolutionsgardisten bereichern sich auch an illegalen Importe.

Eine der Folgen des internationalen Drucks auf den Iran ist die Flucht ins Goldgeschäft. Die iranische Zentralbank kaufte mehrere Tonnen Gold als die Goldpreise halb so teuer waren wie heute. Der iranische Zentralbankchef Bahmani gab kürzlich bekannt, Iran habe ausreichend Goldreserven für die nächsten 10 Jahre. Zudem seien rund 75 Milliarden US-Dollar Einlagen bei ausländischen Banken abgezogen worden. Der Iran versuche nun sich weniger auf ausländische Industrien zu verlassen. Immer mehr inländische Unternehmen, die direkt von den Revolutionsgardisten kontrolliert werden, sollen in Zukunft die iranische Wirtschaft kontrollieren.

Beispielsweise hatte Ahmadinedschad noch vor wenigen Monaten angekündigt Benzinimporte einzuschränken. Die Struktur der Wirtschaft kann aber auf Kommando des Revolutionsführers und eines voluntaristischen Präsidenten nicht einfach verändert werden. Die iranische Wirtschaft ist strukturell auf Importe angewiesen. Trotz der großen politischen Propaganda der Regierung haben sich die Benzinimporte des Iran sogar erhöht.

Dies trifft auch auf nicht-Öl-Waren zu. Importe solcher Waren sind im vergangenen Jahr auf 55 Milliarden US-Dollar gestiegen. Das iranische Handelsdefizit steigt. Einige Staaten profitieren vom Iran-Geschäft: Die ersten drei größten Exporteure in den Iran sind Arabische Emirate, China und Deutschland.

Kayhan freut sich ⁶⁶

Die iranische Zeitung Kayhan, die als Sprachrohr des Revolutionsführers Ayatollah Khamenei bekannt ist, berichtete am 17. Januar über den „Schrecken Israels über die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen“.

Es kommt nicht oft vor, dass Kayhan einen Artikel der Jerusalem Post zusammenfasst und wenn dies geschieht, geht es nicht ohne Hohn ab.

⁶⁶ https://www.achgut.com/artikel/kayhan_freut_sich/, 18.01.11



Tatsächlich kritisierte Benjamin Weinthal in seinem Artikel für die Jerusalem Post die Tatsache, dass die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen auch im Jahr 2010 blühten. Weinthal hatte in seinem Artikel den israelischen Gesandten in Deutschland Emmanuel Nahshon zitiert, der von einem vom deutschen Wirtschaftsministerium initiierten Seminar berichtete, das letzte Woche in Bayreuth stattfand und der Förderung der deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen gedient habe.

Kayhan schlägt daraus ein politisches Kapital und berichtet über den „Schrecken Israels“ und den „Schrecken der Führung in Tel-Aviv“. Kayhan berichtet spöttisch über den Ärger der „Zionisten“ über das Volumen der deutsch-iranischen Handelsbeziehungen, das um 5 Prozent zugenommen hat.

Kayhan ist stolz auf die deutsche Handelskammer. Denn die Sprecherin der Handelskammer, Frau Hecht, habe auf die Fragen der Jerusalem Post nicht vollständig geantwortet und deutlich gemacht, dass die Handelskammer nur den deutschen Gesetzen folge und der Holocaust mit dem Thema der Handelsbeziehungen nichts zu tun habe.

Kayhan will ihren Lesern versichern, dass die Deutschen und ihre Gesetze eher für die Zusammenarbeit mit dem Regime eintreten, als für die „Zionisten“.

Kayhan geht auch auf die „zionistische Wirtschaftsanalytikerin“ Dr. Diana Gregor ein, die von einer „neuen Phase der deutsch-iranischen Beziehungen“ gesprochen und diese kritisiert habe.

Was sagt Kayhan seinen Lesern in diesem Kontext? Ja, die Deutschen sind auf der Seite des Iran und nicht auf der Seite der Zionisten.

Die iranischen Machthaber und ihre Ideologen leben von der Erniedrigung des „Feindes“. Ähnlich sind sie auch mit dem Springerkonzern umgegangen als sie von ihm eine Entschuldigung forderten. Ein Vertreter solle in den Iran gehen, niederknien, sich entschuldigen, dann werde vielleicht die „unabhängige Justiz“ des Iran die zwei deutschen Journalisten frei lassen. Auch da geht es darum, der eigenen Bevölkerung vorzugaukeln, dass das herrschende Regime im Iran alles unter Kontrolle habe und den Feind erniedrigen kann.

Hierzulande erkennt man nicht den Zynismus der iranischen Machthaber. Der Glaube, dass die totalitären Herrscher in der „Islamischen Republik Iran“ sich durch wirtschaftliche Anreize ändern könnten, hat sich längst als falsch erwiesen. Man erkennt auch nicht, wie die deutsch-iranischen Beziehungen die khomeinistische Diktatur stabilisieren.

Frei nach Tucholsky muss man nun sagen: „Küsst die Khomeinisten, gebt ihnen Bonbons.....“



Ist die deutsche Politik erpressbar? ⁶⁷

Das iranische Pseudo-Parlament hat sich mehrheitlich dafür entschieden eine Kommission für „spezifische wirtschaftliche Aufgaben“ ins Leben zu rufen. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei hatte zuvor das neue iranische Jahr, das mit dem Frühlingsanfang beginnt, zum Jahr des „wirtschaftlichen Jihad“ ausgerufen. Die Iraner sollen demnach disziplinierter und mehr arbeiten und mit weniger Verdienst zufrieden sein, um den Imperialismus zu besiegen.

Der iranische Wirtschaftsminister kündigte indessen an, der iranischen Währung würden im laufenden Jahr drei Nullen gestrichen werden. Diese Maßnahme soll die iranische Währung und die Preise auf dem Markt stabilisieren. Wie die persischsprachige Nachrichtenagentur Radiofarda berichtete, sind infolge der Wirtschaftspolitik der Regierung des iranischen Präsidenten Ahmadinejad die Konsum- und die Energiepreise immens gestiegen. Tatsächlich haben iranische Experten schon vor Jahren zugegeben, dass der wahre Preis eines Dollars auf dem Markt zwischen dreitausend und siebentausend Rial beträgt und nicht wie schon gegenwärtig der künstlich hochgehaltene Preis von Tausend Rial.

Die iranische Wirtschaft wächst nicht so schnell, wie die Preise auf dem iranischen Markt steigen. Daher erlebt die iranische Wirtschaft eine starke Inflation. Es ist davon auszugehen, dass die geldpolitische Maßnahme der Streichung der Nullen aus den iranischen Geldeinheiten, d.h. eine künstliche Überbewertung der iranischen Währung Rial gegenüber dem Euro oder Dollar, die Probleme der Inflation im Iran mitnichten lösen kann. Zumal der Wert der iranischen Währung in den letzten 30 Jahren tatsächlich um mehr als das Zweihundertfache gegenüber Dollar und Euro gefallen ist.

Die iranische Wirtschaft wird gegenwärtig hauptsächlich von bürokratischen Staatsklerikern, Staatstechnokraten und Offizieren der Revolutionsgardisten gelenkt. Zwar wurden Subventionen gestrichen, aber deswegen gibt es dennoch keine freie oder auch nur halbfreie Marktwirtschaft im Iran. Nach wie vor füllen die Einnahmen aus dem Energiesektor, hauptsächlich aus dem Ölsektor die Konten der Machthaber der totalitären Diktatur.

Die Regierung verbrämt die Realität der iranischen Wirtschaftsmisere mit einer heftigen Portion ideologischer Propaganda. Zwar ist im letzten iranischen Jahr, das am 21. März endete, die Inflation um rund 1,6 Prozent von 10,8 auf 12,4 Prozent gestiegen, aber der Revolutionsführer Ali Khamenei verbreitet kämpferischen Optimismus im Namen des wirtschaftlichen Jihad. Nach Angaben der iranischen Zentralbank soll in den iranischen Städten die Inflation auf 19,9 Prozent gestiegen sein, berichtete Radiofarda.

⁶⁷ https://www.achgut.com/artikel/ist_die_deutsche_politik_erpressbar, 06.04.11



Ali Khamenei hatte laut Farsnews am 21. März davon gesprochen, dass der neue „wirtschaftliche Jihad“ zeige, dass das „iranische Volk im Lichte des Islam Fortschritte macht.“

Der iranische Revolutionsführer meinte die iranische Wirtschaft habe die absolute Priorität vor allen anderen Problemen des Landes. Khamenei kommandierte, dass die iranische Wirtschaft um acht Prozent wachsen müsse. Offenbar hat er nichts von der Kommandowirtschaft der früheren realsozialistischen Misere gelernt, als ob die Wirtschaft wachsen könne, wenn der Revolutionsführer es befiehlt und seine Technokraten es sogar verplanen.

Im Falle einer Verschlechterung der iranischen Wirtschaftslage befürchten iranische Machthaber, dass die unzufriedenen Arbeiter, Lehrer, Frauen, Studenten und die Jugend wieder protestieren. Die Wirtschaft der Diktatur ist auf ausländische Hilfe angewiesen, um die repressiven Institutionen des politischen Systems und das Militär zu finanzieren und um die ökonomischen Interessen von Teilen der die Diktatur tragenden Mittelschicht zu befriedigen.

Die deutsche Politik und Wirtschaft stabilisieren trotz aller Lippenbekenntnisse zu Menschenrechtsfragen die wirtschaftliche Macht der khomeinistischen Diktatur. Gegenwärtig machen die Diskussionen über die Europäisch-Iranische Handelsbank (EIH) dies deutlich.

Die Bundesbank fädelt ein Öldeal zwischen Indien und Iran ein. Bundeskanzlerin Merkel stoppte zwar das Geschäft, aber die EIH soll weitermachen. Begründung: Die EIH steht nicht auf der schwarzen Liste der EU.

Das Problem ist einfach: Es gibt iranische Banken, die auf der schwarzen Liste der EU und der USA stehen. Diese haben in Deutschland eine neue Bank unter dem unverdächtigen Namen Europäisch-Iranische Handelsbank gegründet. Zwar müssen Kapitaltransaktionen über 10.000 Euro, die bei EIH getätigt werden, identifiziert werden und bei verdächtigen Transfers den deutschen Behörden gemeldet werden, aber nicht wenn es um Milliardenengeschäfte geht. Wenn iranische Banken faktisch unter einem Decknamen in Deutschland eine neue Bank gründen, gibt es angeblich keine rechtliche Handhabe gegen diese Banken. Oder geht es doch um eine Überlappung von Interessen der khomeinistischen Diktatur mit deutschen Geschäftsinteressen, die für Politik und Wirtschaft nicht verzichtbar erscheinen?

Am 30. Mai 2008 habe ich in einem Artikel für Weltonline auf die ausländischen Investoren hingewiesen, die den iranischen Markt beleben und die Diktatur stabilisieren sollen. Die Europäisch-Iranische Handelsbank (EIH) war zwei Tage vorher in Teheran gegründet worden. In meinem Artikel vom Mai 2008 heißt es: „Die Europäisch-Iranische Handelsbank ist eine deutsche Aktiengesellschaft, die gemeinsam mit iranischen Aktionärsengesellschaften diese Bank gegründet hat. Das Ziel dieser Bank ist ausländisches und verstärkt europäisches Kapital anzuziehen.“



Denn dem iranischen Markt geht es schlecht. Auch Iraner, die ihr Fluchtkapital beispielsweise in Dubai investiert haben, sollen nun - vermittelt über diese Bank - wieder in Iran investieren. Die neue Bank hat ein Startkapital von 160 Millionen Euro. Die iranische Bank für Industrie und Minen hat fünfzig Prozent des Kapitals zur Verfügung gestellt und die Bank Mellat und Bank Tejarat zusammen 35 Prozent. Der restliche Anteil stammt von kleineren iranischen Banken wie der Refah-Bank.

Das iranische Regime fürchtet durchaus weitere Sanktionen des UN-Sicherheitsrates und der USA. Die US-Sanktionen betrafen bisher die Bank Melli, Bank Mellat und Bank Saderat. Bank Mellat ist immerhin mit rund 26 Prozent an der Gründung der neuen deutschen Aktiengesellschaft mit iranischer Beteiligung in Teheran beteiligt, die europäische Investoren noch mehr und direkt in den iranischen Markt einführen will. Wandel durch Handel ist oft die Legitimation für Handelsbeziehungen mit Diktaturen. Das politische System des Iran, allerdings stabilisiert sich mit Hilfe des Außenhandels und der europäischen Investitionen. Gleichzeitig profitiert nicht einmal die eigene Bevölkerung davon und die Bedrohung für die Nachbarstaaten wächst.“

Auch fürchtet das iranische Regime Protestbewegungen wie in Ägypten oder in Tunesien. Daher ist die totalitäre Diktatur auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit EIH oder beispielsweise mit Siemens angewiesen.

Zwar hat Siemens erklärt, keine weiteren Verträge mit dem Iran abzuschließen, aber kraft der alten Verträge ist das Handelsvolumen dieses Unternehmens mit dem Iran im Jahr 2010 sogar gestiegen. Laut Wall Street Journal habe das iranische Geschäftsvolumen im letzten Jahr um 20 Prozent zugenommen und habe das Volumen von 680 Millionen Euro erreicht. Das Handelsvolumen von Siemens mit dem Iran hat sich im Vergleich zum Handelsvolumen von vor zwei Jahren verdoppelt. Wie Wall Street Journal berichtete, muss Siemens im Falle einer Beendigung der Verträge Schadensersatz in Höhe von 4 Milliarden Euro an den Iran zahlen. Andererseits könnte Siemens Probleme mit dem US-amerikanischen Markt bekommen, der im Jahr 2010 ein Volumen von 103 Milliarden US-Dollar hatte.

Ganz gleich wie die Bundesregierung über EIH und Siemens-Manager über ihre weiteren Geschäftsbeziehungen zum Iran entscheidet, bleiben zwei entscheidende Fragen: Setzen die deutsche Wirtschaft und Politik ihre Bündnistreue mit den USA aufs Spiel? Und ist die deutsche Politik erpressbar?

Zwar weist die Bundesregierung Behauptungen zurück, wonach es ein Zusammenhang zwischen der Vermittlung der Bundesbank für iranischen Ölexport nach Indien und der Freilassung der beiden deutschen Journalisten gäbe, aber die Frage bleibt dennoch warum solche brisanten Geschäfte nicht sofort öffentlich bekannt gegeben werden. Immerhin hatte die US-Regierung auf Indien Druck ausgeübt seinen Ölhandel nicht mit dem iranischen Regime abzuwickeln. Was bedeutet es für die Bündnistreue der Bundesrepublik, wenn die Bundesbank faktisch zunächst heimlich das iranische Regime stabilisiert.



Der Einsatz der Bundesregierung für Menschenrechte im Iran gerät in der Tat ins Zwielficht.

Last not least ist die Frage, ob die Bundesregierung in Anbetracht ihrer langfristigen Interessen in einem freien Iran nach der „Islamischen Republik Iran“ nicht doch jetzt die EIH schließen lässt und Siemens-Manager deutlich machen, dass es auch aus ethischen Erwägungen besser wäre, Bußgelder an eine Diktatur zu zahlen als langfristige Interessen im Iran und in den USA aufs Spiel zu setzen.

Iran: Zu viel Öl, zu wenig Benzin ⁶⁸

Am vergangenen Mittwoch sollen in verschiedenen iranischen Städten Dutzende von Tankstellen in Brand gesteckt und Geschäfte geplündert worden sein. Es waren spontane und gewalttätige Reaktionen auf die lang angekündigte Rationierung des Benzins. Ab sofort dürfen Privatleute pro Monat nur noch 100 Liter Benzin für acht Cent pro Liter Normalbenzin und 11 Cent für Super kaufen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der Freitagsprediger sieht es anders als das Volk

Der Teheraner Freitagsprediger ist der Meinung, dass die Rationierung des Benzins im Interesse aller Iraner sei. Einige Iraner verstehen dennoch die Welt nicht mehr. Ahmadinejad ist mit dem Versprechen an die Macht gekommen, den Armen zu helfen. Nun wird allen Iranern der Benzinahn zugedreht. Sogar der Benzinverbrauch von Taxifahrern wurde auf 800 Liter pro Monat eingeschränkt. Und jede Privatperson, die mehr als 100 Liter im Monat verbraucht, soll ungefähr das Vierfache des subventionierten Preises zahlen.

Die Straßen der Städte sollen sich schon seit Mittwoch geleert haben. An Tankstellen des zweitgrößten ölproduzierenden OPEC-Landes gibt es lange Schlangen. Nicht nur einfache Konsumenten haben protestiert, auch Taxi- und Transportunternehmen haben in verschiedenen Städten ihrem Unwillen Luft verschafft.

Islamistischer Pauperismus

Said Leylar, Kolumnist der reformislamistischen Zeitung Sharq, kritisiert die mangelnde Wirtschaftsplanung. Beispielsweise habe in den letzten neun Jahren der Iran 400 Milliarden Dollar Deviseneinnahmen gehabt, aber nur Neid sei davon übrig geblieben. Im Klartext heißt es, dass niemand genau weiß wohin das Geld geflossen ist. Zudem habe die neue Regierung günstigere Preise versprochen, nun rationiere man sogar die Benzinpreise.

⁶⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061574/Iran-Zu-viel-Oel-zu-wenig-Benzin.html>, 29.06,07



Ohne einen Namen zu nennen, schreibt er, dass diejenigen, die gesagt haben, die Wirtschaft gehöre den vierbeinigen Tieren, nun Frage und Antwort stehen müssten. Es war kein Geringerer als Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, der bemerkt hatte, dass die Wirtschaft den Eseln gehöre. Leylar kritisierte, die Regierung könne langfristig noch nicht einmal gewährleisten, dass täglich 40 Millionen Liter Benzin importiert werden, was ca. 25 Millionen Dollar kosten würde. Leylar kritisiert weiterhin, dass eine konfrontative Außenpolitik den Interessen einer abhängigen Ölwirtschaft, wie der des Iran, widerspreche. Dennoch predigt auch der Kritiker den energiepolitischen Pauperismus und schreibt von der Notwendigkeit der Senkung des Benzinkonsums. Man müsse den staatlichen Plan zwar korrigieren, aber aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen sei die Senkung des Energiekonsums schon von den Reformpolitikern gefordert worden. Weniger Benzinverbrauch würde sogar dazu beitragen, dass Hunderte neue Stellen geschaffen werden. Aber er begründet nicht, warum die Wirtschaft wachse, wenn alle weniger Benzin verbrauchen. Dafür argumentiert er sogar ökologisch, denn weniger Benzinkonsum würde die Umwelt schützen, was dann die islamische Version von zurück zur Natur bedeuten würde.

Der Autor warnt davor, dass eines Tages Wasser, Strom, Transport auch Flugtickets rationiert werden könnten, wenn das Konzept einer freien Wirtschaft nicht verfolgt werde. Da die Linksislamisten, also die Reformer, im Iran für die freie Marktwirtschaft und die Rechtsislamisten für staatliche Wirtschaftsplanung sind, schlägt der Reformer vor, dass die Benzinpreise besser über den Markt reguliert werden müssten, das heißt teurer werden. Ahmadinejad hat den Benzinkonsum aber für alle verknappt, wahrscheinlich weil er auch den Armen, die sich das für iranische Verhältnisse teure Benzin nicht leisten können, den Spaß am Autofahren nicht verderben will.

Keine Technologie für Raffinerien, aber einen geschlossenen Atomkreislauf

Am 26. Mai 1908 schoss die erste Ölfontäne aus iranischem Boden. William d'Arcy und ein britisches Konsortium hatten das Know How der Ölsuche und der Bohrung in den Iran gebracht. Die Anglo-Persian Oil Company baute im Jahre 1914 eine 210 Kilometer lange Pipeline von Masjide Suleyman nach Abadan am persischen Golf und ließ dort eine Raffinerie errichten, die 2400 Barrel pro Tag verarbeiten konnte. Nach mehr als 90 Jahren ist der Iran heute immer noch auf die Technologie aus dem Ausland beim Ausbau der Raffineriekapazitäten angewiesen. Dabei stammen 85 Prozent der Deviseneinnahmen des Iran aus dem Ölexport, ein einträgliches Geschäft für die Staatsbürokraten.

Anfang August 2006 wurde nun ein Joint Venture mit der Volksrepublik China abgeschlossen, um die Raffinerietechnologie zu modernisieren. Immerhin sind 2,7 Milliarden US Dollar bei dem Gemeinschaftsunternehmen im Spiel. Innerhalb von drei Jahren soll die Treibstoffproduktion der Raffinerie von Arak auf etwa 16 Millionen Liter pro Tag steigen. Die Briten sind auch noch im Rennen. Foster Wheeler will rund



1,7 Milliarden US Dollar investieren, denn der lokale Verbrauch von etwa 72 Millionen Liter am Tag kann kaum gedeckt werden. Der Iran produziert zwar täglich 4,2 Millionen Barrel Öl, jährlich muss der Staat dennoch bis zu 5,9 Milliarden Euro für Benzin-Importe ausgeben. Iran importiert Benzin gegenwärtig unter anderem aus Indien, Niederlande, Singapur, Türkei, Griechenland, Taiwan, um nur einige der Benzinlieferländer zu nennen.

Iran hat die zweitgrößten Erdgasreserven und die drittgrößten Erdölreserven der Welt, kann aber den eigenen Benzinbedarf nicht decken. Wofür braucht der Iran eigentlich einen geschlossenen Atomkreis? Für Energiegewinnung? Ökonomisch kaum sinnvoll.

Rechnet die iranische Regierung etwa mit einer Verschärfung des außenpolitischen Konfliktes und diszipliniert das eigene Volk mit sozialem und wirtschaftlichem Druck und setzt dabei doch auf die offene Option der Atombombe?

Die Ironie des Satirikers

Ebrahim Nabawi schrieb in Roozonline eine Satire in Bezug auf die Benzinrevolten, die sich so zusammenfassen lässt: Es sehe so aus, als ob die lieben Iraner zwar gut protestieren könnten, aber anstatt, dass sie gegen die Fehlplanungen der Regierung demonstrierten, würden sie ihr Eigentum in Brand stecken. Die Iraner seien zwar bereit sogar Gefängnisstrafe in Kauf zu nehmen, wenn sie gegen Benzinpreiserhöhungen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen protestierten, aber wenn es um die Lösung wichtiger Probleme ginge, würden sie lieber zu Hause bleiben.

Sogar die iranischen Sicherheitskräfte gingen ständig gegen die falschen Personen vor. Zumal die einen Iraner nur glauben zu protestieren und die anderen nicht denken, wenn sie protestieren. Und die Majlessmitglieder, gemeint sind die Mitglieder des islamistischen Parlaments, seien ebenfalls nicht entschieden. Zunächst haben sie die Benzinrationierung bewilligt, jetzt wollten sie diese vielleicht wieder rückgängig machen. Seit langer Zeit sei bekannt gewesen, dass die Benzinrationierung komme, die Polizei sei aber gegen die unislamische Bekleidung der Frauen vorgegangen, anstatt sich auf die Proteste im Hinblick auf die Benzinprobleme vorzubereiten.

Der Exilsatiriker meint, dass die Bevölkerung eigentlich genau dieselbe Selbstmordstrategie verfolge, wie ihr Präsident Ahmadinejad. Beispielsweise sei ein Brandstifter, der kürzlich eine Tankstelle anzünden wollte selber in Brand geraten. Dieselbe Politik verfolge doch auch Ahmadinejad, denn seine Politik könnte dazu führen, dass der Iran bald in Flammen steht. Bisher befürwortete Nabawi ein Regimechange in Iran, aber nach den Benzinprotesten habe er sich gefragt, ob er vielleicht doch nicht in den Iran zurückkehren und sich nicht bei den Sicherheitskräften bewerben sollte, um sich mehr um die armen Iraner zu kümmern.



Iran: Putin zu Gast in Teheran ⁶⁹

Die iranische Regierung feiert die Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland. Der US-Plan zur Isolierung des Iran sei gescheitert. Dabei setzt Putin seine nationalegoistischen Interessen durch.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Als Stalin am 28. November 1943 nach Teheran reiste, ging es um die erste Konferenz der wichtigsten Alliierten, Großbritannien, USA und Sowjetunion. Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Stalin besprachen, wie Nazi-Deutschland bekämpft und besiegt werden muss. Seitdem war kein russisches Staatsoberhaupt mehr nach Teheran gereist. Inzwischen warnt der US-amerikanische Präsident Bush vor einem Dritten Weltkrieg. Der russische Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin warnt dagegen vor einem militärischen Angriff gegen den Iran durch „fremde“ Staaten vom Boden eines Anrainerstaates des kaspischen Meeres und meint damit die USA.

Sollen Europäer dem russischen Weg folgen?

Das iranisch-russische Handelsvolumen soll in den nächsten zehn Jahren auf zweihundert Milliarden Dollar ansteigen, kündigte der iranische Präsident Ahmadinejad an. Russland sei entschlossen, den Bau des Atomreaktors in Bushehr zu beenden und Brennstäbe zu liefern. Die Absprachen seien im energiepolitischen Interesse beider Staaten. Moskau will zudem in Gas- und in Ölanlagen investieren.

Kein Wunder, dass die iranischen Politiker die Stärke des Iran feiern. Die US-amerikanische Isolationspolitik sei dank des Besuchs des russischen Präsidenten gescheitert. Kazem Jalai, Majlessmitglied, wusste sogar, dass Russland das US-amerikanische Raketenschild, aber auch die Präsenz der USA im Mittleren Osten ablehne, was für die „iranische Position sehr wichtig sein könnte.“

Der iranische Politiker Lotfollah Forusande schlussfolgerte beispielsweise, dass „Putins Reise den Europäern gezeigt hat, dass sie dem russischen Weg folgen müssen, im Interesse ihrer eigenen Beziehungen.“

Geoökonomischer Verteilungskampf ums kaspische Meer Die iranischen Machthaber wissen, dass es keinen Sinn hätte auf den Vertrag zwischen der Sowjetunion und dem Iran aus dem Jahr 1921 zu pochen. Damals wurde das kaspische Meer einfach geteilt. 1927 gab es einen weiteren Vertrag, der die Fischerei beider Staaten sicherte. Die Fischfangzone betrug für jedes Land zehn Meilen. 1940 wurde der Schiffsverkehr geregelt.

⁶⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061623/Iran-Putin-zu-Gast-in-Teheran.html>, 20.10.07



Die Zeiten haben sich geändert. Das kaspische Meer hat heute fünf Anrainerstaaten: Turkmenistan, Kasachstan, Russland, Aserbaidschan und Iran. Kasachstan grenzt mit etwa 1900 km und Iran mit etwa 657 km an das kaspische Meer. Iran beansprucht aber eine zwanzigprozentige Beteiligung an den riesigen Gas- und Ölressourcen.

Es geht um den Meeresboden und die Wasseroberfläche. Immerhin weiß man, dass sieben Prozent der Erdölvorräte und rund zwölf Prozent der Erdgasreserven der Welt sich dort befinden. Russland, Kasachstan und Aserbaidschan haben das Problem der Aufteilung schon trilateral gelöst, indem sie 64 Prozent des kaspischen Meeres unter sich aufgeteilt haben. Danach wird der Meeresgrund geteilt, das Wasser wird aber gemeinsam genutzt. Nationale Sektoren werden nach einer definierten Mittellinie bestimmt. Gemessen wird der Öläquivalent in Tonnen. Iran würde nur 0,9 Milliarden Tonnen, Turkmenistan 1,5 Milliarden Tonnen, Russland zwei Milliarden Tonnen, Aserbaidschan vier Milliarden Tonnen und Kasachstan 4,5 Milliarden Tonnen Öläquivalent bekommen.

Wie im Jahr 2002 konnten die kaspische Konferenzteilnehmer sich nicht auf einen Kompromiss einigen. Aber die iranischen Machthaber sind froh, dass die Amerikaner jetzt nicht einfach aus Turkmenistan oder von einem anderen Anrainerstaat in den Iran einmarschieren können.

Iranischer Experte ist skeptisch

Der iranische Experte und Direktor eines iranischen Forschungsinstituts Abbas Maleki sagte beispielsweise: „Wir glauben nicht daran, dass Russland ein strategischer Verbündeter des Iran ist.“ Aber Iran könnte angreifbar werden, falls die Beziehungen mit Russland nicht gepflegt würden. Das kaspische Meer habe eine strategische Bedeutung für den Iran. Der persische Golf könne in „jedem Moment“ blockiert werden. Iran hatte oft gewarnt im Falle einer Krise einige Schiffe im Hormus-Kanal zu versenken und eine Weltenergiekrise zu verursachen. Aber das kaspische Meer ist ganz und gar nicht unter Kontrolle. Maleki traut den Russen einfach nicht. Es sei nicht sicher, ob Russland im Falle eines US-amerikanischen Militärangeiffs Iran verteidigen werde. Denn „Russland habe seinerzeit auch nicht Irak, Syrien oder Libyen verteidigt.“

Putin sprach im Interesse des Iran

In Teheran warnte Putin vor einer „Erweiterung der NATO.“ Er sagte: „Wir sind besorgt, dass sich die NATO den russischen Grenzen annähern könnte.“ Putin forderte auch einen baldigen Abzug der westlichen Armeen aus Afghanistan und Irak. Zudem versprach der russische Präsident die Fortsetzung des Baus des Atomkraftwerkes in Bushehr. Auch die nötigen Brennstäbe sollten drei Monate vor der Inbetriebnahme in den Iran geschickt werden. In einer iranisch-russischen



Erklärung wurde zudem die Lieferung von russischen Flugzeugen des Modells Tupolew TU-204-100 an den Iran angekündigt.

Westliche Demokratien könnten die Verlierer sein

All das betrachtet Ali Khamenei, iranischer Revolutionsführer nicht als einen Anreiz, um einzulenken. Im Gegenteil versicherte er Putin, am Urananreicherungsprogramm festzuhalten.

Russland und China finden den iranischen Markt sehr attraktiv. Iran kommt trotzdem nicht immer seinen Schuldenzahlungen nach. Auch eine iranische Atombombe dürfte Putin nicht erfreuen. Europa ist gespalten. Deutschland, Italien und Spanien sind gegen neue europäische Sanktionen. China und Russland gegen UN-Sanktionen.

Zwar hat Putin scheinbare Stärke gezeigt, indem er trotz Attentatsdrohungen in den Iran reiste. Aber ein wirklicher Hebel zur Durchsetzung europäischer Interessen scheint seine Politik nicht zu sein. Sie hat viel mehr den Anschein, als ob Putin und Ahmadinejad russisches Roulette spielen.



Das iranische Raketen- und Atomprogramm und Terrorismus

Iran: Die Antworten auf die Raketenabwehr ⁷⁰

Eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages kommt zu dem Schluss, dass die Raketenabwehr keine Sicherheitsgarantie vor potentiellen Angriffen aus Iran und Nordkorea bietet. Gleichzeitig drohen offizielle Instanzen des iranischen Regimes mit einem asymmetrischen Krieg. Gegen Terroreinheiten, die mit schmutzigen Waffen unterwegs sind, würde die Raketenabwehr tatsächlich wenig bewirken.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Warum eine Raketenabwehr?

Die geplante Stationierung eines Abwehrsystems in Tschechien und Polen, das Global Missile Defense (GMD), wird in Europa kontrovers diskutiert. Der Physiker Daniel Lübbert hat gemeinsam mit zwei seiner Kollegen vom wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages eine Studie zum Problem der Raketenabwehr verfasst. Demnach kritisieren Gegner des Abwehrsystems die Tatsache, dass Schurkenstaaten wie Iran und Nordkorea sehr einfach Gegenmaßnahmen treffen könnten. Zudem könnte die Raketenabwehr eine neue Aufrüstungsspirale herbeiführen, denn das Gleichgewicht mit Russland werde dadurch gestört. Zudem sei die Abwehr in letzter Instanz nicht absolut treffsicher.

Die US-Regierung geht dagegen davon aus, dass durch die geplante Raketenabwehr das Territorium der USA, ihrer europäischen Verbündeten, sowie ihre im Ausland eingesetzten Truppen vor ballistischen Raketenangriffen geschützt werden kann. Angreifende Raketen sollen in verschiedenen Flugphasen wirksamer als je zuvor abgewehrt werden. Seit Mitte der achtziger Jahre soll die USA insgesamt etwa hundert Milliarden US-Dollar für die Forschung und Entwicklung von Raketenabwehrsystemen ausgegeben haben.

Beispielsweise hat Oliver Thränert von der Stiftung Wissenschaft und Politik auf potentielle Fähigkeiten des Iran, Europa mit Atomraketen anzugreifen, verwiesen. Es geht schließlich nicht mehr ausschließlich um den Umgang mit Russland.

⁷⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061625/Iran-Die-Antworten-auf-die-Raketenabwehr.html>, 26.10.07



Einige Beispiele für eine Raketenabwehr

Die Abwehr kann in verschiedenen Flugphasen die angreifende Rakete durch Kollision oder aber mit Laserabwehrsystemen abschießen. Zudem kann das GMD an Land, auf See, in Flugzeugen oder im Weltraum stationiert werden. Offenbar ist das Abfangen von Raketen technisch sehr schwer. So werden mindestens 1.600 Abwehrraketen im Weltraum erforderlich sein, um eine iranische Rakete fünf Sekunden vor Brennschluss abzufangen. Der Preis für ein weltraumgestütztes Abwehrprogramm könnte zwischen 27 und 78 Milliarden Dollar betragen.

Theoretisch können durch moderne Lenksysteme von Abwehrraketen Raketen durch direkten Zusammenprall zerstört werden. Die Kosten für bodengestützte Abwehrraketen, die gegen iranische Raketen wirksam wären, werden auf 16 bis 37 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Die Studie beschreibt die Tatsache, dass Raketenabwehrsysteme nicht schneller sind als angreifende Raketen. Besonders im Falle eines großflächigen Landes wie des Iran, wo potentielle Abschussorte vorher nicht bekannt sind, können Probleme im Abwehrsystem auftauchen. Probleme können auch entstehen, wenn mehr Raketen stationiert werden, als das Verteidigungssystem abfangen kann. Wenn jede Rakete mehr als einen Sprengkopf trägt, kann der Fall eintreten, dass chemische oder biologische Kampfstoffe entlang der Flugbahn vor der Explosion der Hauptbombe explodieren. Zudem können Radaranlagen gestört werden, Überwachungssatelliten abgeschossen und Attrappen die Identifizierung von Gefechtsköpfen verhindern sowie Gefechtsköpfe hinter fliegenden metallbeschichteten Attrappen versteckt werden.

Bei der Startphasenabwehr sollen die Trägerraketen vorzeitig zerstört werden. Aber auch hier könnte das Problem entstehen, dass zwar der angreifende Sprengsatz sein eigentliches Ziel nicht erreichen kann, aber die Zivilbevölkerung von Nachbarstaaten dennoch gefährdet.

Eine absolut zuverlässige Raketenabwehr sei kaum möglich. Die Schwierigkeit vergleichbar mit der Kunst eine Gewehrkuugel mit einer zweiten abzuschießen. Moderne Abwehrsysteme haben zwar Zielerkennungs- und Steuersysteme, aber Raketen seien schneller als Gewehrkuugeln, was den Abschuss erschwere. Zumal politische Entscheidungen gefällt werden müssen, die Zeit kosten würden und einen Abschuss verzögern oder gar unmöglich machen könnten. Es geht um Sekunden und politische Entscheidungen brauchen meist länger.

Die Studie kommt insgesamt aber zu einem differenzierten Schluss. Einerseits sei ein Schutzschild gegen eine größere Anzahl von Raketen schwer realisierbar. Andererseits könne ein modernes Abwehrsystem - neuere Systeme unterliegen der militärischen Geheimhaltung – sehr wohl eine begrenzte Anzahl von Raketen mit einer gewissen Trefferwahrscheinlichkeit zerstören.



Irans Raketenprogramm und der asymmetrische Krieg als Gegenstrategie

General Rahim Safawi erklärte gegenüber Mehrnews, wie der Iran sich gegen einen Angriff „verteidigen“ müsse. Er sagte: „Heute können wir den Feind mit unseren ballistischen Raketen von einem Angriff abhalten.“ Diese würden gegenwärtig in Serien hergestellt. Er fügte hinzu: „Unsere Raketenindustrie ist in einer sehr guten Lage. Es wird nicht so sein, wie die Amerikaner es sich vorstellen. Wir haben die nötigen Vorkehrungen längst getroffen, um unsere Raketen vor den Drohungen der Feinde zu schützen.“

Zudem verfolge das iranische Militär General Safawi zufolge seit vier Jahren die Strategie des „asymmetrischen Krieges.“ Wenn der Feind eine bessere militärische Ausrüstung habe, werde auf den „Menschen“ gesetzt. Dann stütze sich das iranische Militär auf die „mutige fromme und vernünftige Kraft.“ In kleinen autarken und mobilen Einheiten werde der Feind bekämpft werden. Er sprach in diesem Kontext von „horizontalen Verteidigungskräften, die wie Mosaiksteine zusammengezogen werden.“ Landesweit in den Provinzen seien Bassiji-Einheiten organisiert worden, die bereit seien zu kämpfen.

Safawi setzt nicht nur auf die Modernisierung der Rüstung, sondern auch auf die Masse von Kombattanten. Er befiehlt eine Zwanzig-Millionen-Armee von Bassijis.

Die Bassiji-Einheiten machten sich während des achtjährigen Krieges als Selbstmordsoldaten einen Namen. Jugendliche liefen auf Mienen, um nachfolgenden Einheiten den Weg frei zu machen. Die Bassiji wurden später ein Modell für die islamistischen Selbstmordattentäter anderer Organisationen, besonders der libanesischen Hisbollah.

Schwächung der westlichen Interessen kraft regionaler Bündnisse und Förderung des Terrorismus

Neben dem Ausbau der Raketenindustrie und der Organisation von kleinen Terrorgruppen verfolgt der Iran eine außenpolitische Strategie der Destabilisierung der westlichen Interessen in den Nachbarstaaten. Diese vom iranischen Staatsführer Ali Khamenei erklärte außenpolitische Strategie beruht auf Verteidigungsbündnissen mit Nachbarstaaten.

General Rahim Safawi schlägt sogar ein Bündnis mit Saudi-Arabien vor, um die Positionen der USA in der Region zu schwächen.

Von Kuba lernen

Das iranische Regime reagierte konkret auf das Raketenabschirmprogramm der USA. Farsnews meldete, dass die iranische Regierung mit den Staaten, die insbesondere vom „zionistischen Regime“ bedroht würden, gemeinsame Militärbündnisse abschließen werde. Die militärische Zusammenarbeit mit Syrien



müsse daher ausgebaut werden. Ein iranischer Militärexperte schlug die kubanische Strategie als Modell vor. Castro habe nach dem Sieg der kubanischen Revolution 36.000 kubanische Soldaten nach Angola geschickt, um die Konterrevolutionäre im Dienste der USA zu besiegen. Kräfte, die iranischen Interessen in diesem Sinne dienen könnten, seien Syrien und die libanesische Hisbollah.

Raketenabwehr ist kein Allheilmittel gegen den asymmetrischen Krieg

Dies alles zeigt, dass Europa gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika jenseits der rein militärischen Raketenabwehr weitere Strategien zur Eindämmung der islamistischen Diktatur und der Schaffung von Frieden und Demokratie im Mittleren Osten unternehmen müssen. Zumal der marktorientierte „kritische“ und „konstruktive“ Dialog mit dem Iran gescheitert ist.

Europa sollte sowohl das iranische Raketenprogramm als auch die Drohungen eines asymmetrischen Krieges ernst nehmen. Feststeht, dass eine Raketenabwehr gegen massiv auftretende kleine Gruppen von Terroreinheiten, die potentiell mit schmutzigen Waffen ausgestattet sind, keinen Schutz für Europa bietet.

Die Raketenabwehr in der Türkei ist unwirksam, sagt der Iran ⁷¹

Nachdem die USA und die Türkei eine Einigung über den Bau eines Raketenabwehrsystems der Nato erzielt haben, hat sich der iranische General der Luftwaffe Farzad Ismaili zu Wort gemeldet: Die Raketenabwehr sei nicht effektiv.

Ismaili sagte laut einem Bericht der IRNA vom 7. September 2011, dass eine Raketenabwehr „nicht hundertprozentig“ sei. Ein Raketenschirm würde nicht die „Sicherheit der Länder der Region garantieren.“ Der Westen gäbe an, sich gegen die russischen Raketen zu schützen. Zudem habe die US-Regierung von der Gefahr der nordkoreanischen und der iranischen Raketen gesprochen.

Die Gefahr der nordkoreanischen und der iranischen Raketen ist tatsächlich ein Fakt, der seit Jahren bekannt ist. Russland hat im Falle des neuen Raketenabwehrplans in der Türkei längst eingelenkt.

Der iranische General Ismaili moniert, dass die Türkei nun als Nato-Mitglied die Entscheidung über die Stationierung eines Abwehrsystems gegen iranische Waffen akzeptieren müsse. Für Ismaili soll mit der Errichtung eines neuen Systems nicht Abwehr geschaffen, sondern „Angst beim Gegner“ erzeugt werden.

⁷¹ https://www.achgut.com/artikel/die_raketenabwehr_in_der_tuerkei_ist_unwirksam_sagt_der_iran 09.09.11



Ismaili hatte schon am 2. September auf die Warnungen des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy vor einem Krieg gegen den Iran, geantwortet: „Der islamische Iran wird ihnen eine Hölle auf Erden, im Himmel und im Wasser schaffen.“

Auch der iranische Verteidigungsminister General Ahmad Vahidi hatte sich wegen der geplanten Raketenabwehr der Nato in der Türkei zu Wort gemeldet. Am 5. September 2011 sagte Vahidi im Namen aller muslimischen Staaten: „Wir betrachten die Präsenz der Amerikaner und der Westler in den islamischen Staaten stets als ein störendes Element und als einen Schaden für die Sicherheit aller muslimischen Staaten,“ berichtete Farsnews. Er fuhr fort: „Wir denken, dass die Präsenz der Westler in keinem Land, insbesondere nicht in den islamischen Ländern zu deren Gunsten ist.“ Auch der iranische Verteidigungsminister hatte über die Warnungen des französischen Staatspräsidenten gespottet und gesagt, dass Sarkozy sich schon öfters verschätzt habe.

Der iranische Verteidigungsminister brüstet sich immer wieder mit der militärischen Stärke der iranischen Armee.

In einem Interview mit der persischsprachigen Nachrichtenagentur Tabnak hatte Vahidi schon am 24. August 2011 betont, dass der Iran bestrebt sei eine „unabhängige Verteidigungsindustrie aufzubauen, die eine wichtige Säule der nationalen Macht“ sei. Der General propagiert, dass die „Verteidigungsindustrie der Sicherheit und der Ruhe nach innen“ diene. Diese neu im Iran entwickelten Waffen sollen „den Feind“ von einem Krieg gegen den Iran abhalten, so Vahidi. Dieser versicherte, die iranische Rüstungsindustrie habe bemerkenswerte Fortschritte gemacht.

Vor der islamischen Revolution sei die „Verteidigungsstruktur“ des Iran auf den Ost-West-Konflikt ausgerichtet gewesen. Die iranische Rüstungsindustrie sei damals vom Ausland abhängig gewesen, heute aber sei sie unabhängig. Die iranische Raketentechnologie sei heute die „beste“ im Nahen Osten und weltweit in den qualitativ höheren Rängen einzustufen.

Der iranische Verteidigungsminister betont, dass nach der Islamischen Revolution die US-amerikanische und die westliche Rüstungshilfe ein Ende nahmen. Seitdem sei der Iran bestrebt seine „Verteidigungsindustrie autark“ zu gestalten. Die unterschiedlichen Modelle der iranischen Raketen tragen heute unterschiedliche Namen wie Schahab, Sejil, Saqeb, Sayyad, Fateh, Zalzal, Missaq, Raad, Tufan und Safar. Rund 5.000 Forscher und etwa 10.000 Mitarbeiter, die in verschiedenen staatlichen und privaten Institutionen tätig seien, würden die iranische Rüstungsindustrie entwickeln, sagt Vahidi.

Iran könne autark U-Boote der Mittelklasse planen und bauen. Beim Bau von Kriegsschiffen habe sich die iranische Marine ebenfalls einen Namen gemacht. Der



iranische Verteidigungsminister garantierte im Interview mit Tabnak, dass der Iran jeglicher Bedrohung in der Luft, auf dem Boden und im Wasser widerstehen könne.

Der iranische Verteidigungsminister gab an, dass qualifizierte Kräfte und ausgewählte Einrichtungen neue Ideen für die Entwicklung der iranischen Verteidigungsstrategie entwickeln würden. Zudem würden regelmäßig neue innovative Institutionen gegründet werden, die die Verteidigung des Iran stärken sollen.

Vahidi gibt mit Stolz an, dass 28 iranische Universitäten und 1188 Unternehmen in rund 650 Projekten dem Ziel der besseren Verteidigung dienen würden. Solche Einrichtungen würden beispielsweise an der Entwicklung von Ersatzteilen für Militärflugzeuge arbeiten.

Der iranische Verteidigungsminister erklärt die iranische Verteidigungsdoktrin mit der „Produktion von Instrumenten der Macht“, um „aktiv“ gegen jeglichen Angriff Abwehrstrategien zu entwickeln. Die Entwicklung der Raketentechnologie sei ein Teil der iranischen Verteidigungsdoktrin. Für den iranischen Verteidigungsminister sollten „diplomatische Aktivitäten einhergehen mit militärischen Verteidigungsaktivitäten.“ Eine solche Herangehensweise könne die „große nationale Macht“ zur Schau stellen. Vahidi hebt hervor, dass das iranische Verteidigungsministerium daher bestrebt sei eine „Verteidigungsdiplomatie“ zu entwickeln.

In der Tat erinnert es an die Ideologie der realsozialistischen Diktaturen, wenn der iranische Verteidigungsminister den „Frieden, die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region und weltweit“ von der militärischen Stärke des Iran abhängig macht. Das iranische Verteidigungsministerium arbeite eng mit dem iranischen Außenministerium zusammen, um „Sicherheit und Frieden“ in der Region herzustellen.

Diese Politik macht die konfrontative Haltung gegenüber der Nato und der westlichen Demokratien sichtbar. Es handelt sich um eine totalitäre Politik des Islamismus an der Macht, die im Zuge des Wandels der islamischen Welt ihre polarisierende Kraft immer mehr zur Schau stellt.



Iran: Weitere UN-Resolutionen nicht ausgeschlossen ⁷²

Während die Zeitung der Revolutionsgarden den Konflikt mit den USA als einen „Medienkrieg gegen den Iran“ herunterspielt, wächst der Druck auf den Iran weiter. Weitere Sanktionen sind möglich, denn das iranische Regime verzichtet weder auf sein Urananreicherungsprogramm noch will es Kontrollen seiner Militäranlagen, die von Pasdaran kontrolliert werden, zulassen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

„Sobhe Sadeq“ ist ein Organ der iranischen Revolutionsgarden, der Sepahe Pasdaran. Die Pasdaran kontrollieren das gesamte iranische Atomprogramm. In einem Wort gesagt, glauben die Pasdaran, dass die Amerikaner nur „blöffen“. Die Amerikaner verfolgten das Ziel, den „Einfluss der islamischen Revolution zu neutralisieren und schließlich die islamische Republik zu stürzen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, würden „Medien-Generäle“ eine zentrale Rolle im „Propagandakrieg“ und bei der Kritik der Pasdaran spielen, schreibt Sobhe Sadeq.

Die Zeitung entwirft ein geradezu paranoides Bild der USA: „Tausende Experten und Sicherheitskräfte“ würden zusammenarbeiten, um Druck auf den Iran auszuüben. Dennoch habe die Freilassung der US-amerikanisch-iranischen Wissenschaftlerin aus der Haft gezeigt, dass der Iran „manövrierfähig“ und durchaus in der Lage sei, auch die westlichen Medien zu beeinflussen. Auch die Dialogangebote von Hashemi Rafsanjani seien „diplomatische Schachzüge gewesen, um der USA Schach zu bieten.“

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben dem Analytiker der Pasdaran zufolge eigentlich auf alle Ebenen verloren, im Irak, in Afghanistan, im Libanon, in Palästina, im Sudan, in Somalia und sogar in Nordkorea. Auch in Lateinamerika würden sich die antiamerikanischen Stimmen mehren. Weiterhin habe der Iran bei der Realisierung seines Atomprogramms gewonnen, denn die USA könnten es keineswegs verhindern.

Die USA versuche mit der Errichtung eines Raketenabschirmprogramms in Europa, mit der Auflistung der Pasdaran als einer terroristischen Organisation und mit der Behauptung, dass im Iran die Menschenrechte verletzt würden, vergeblich Punkte zu machen.

In den Resolutionen 1737 oder 1747 habe die USA es geschafft, die Pasdaran als die Kraft zu bezeichnen, die maßgeblich am Bau der iranischen Langstreckenraketen beteiligt gewesen sei. Weiterhin seien einige Unternehmen, die direkt mit den Pasdaran zusammenarbeiten auf der Sanktionsliste gelandet. Zudem haben einige hohe Offiziere der Pasdaran infolge der UN-Resolutionen Reisebeschränkungen

⁷² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061612/Iran-Weitere-UN-Resolutionen-nicht-ausgeschlossen.html>, 01.09.07



bekommen, gesteht Sobhe Sadeq. Die Zeitung erwartet sogar, dass der UN-Sicherheitsrat bei den nächsten Sanktionen, die in etwa vier Wochen erwartet werden, schärfere Maßnahmen gegen den Iran ergreifen wird.

Die Pasdaran sind realistisch Das Organ der Pasdaran rechnet damit, dass die nächste UN-Resolution schärfere Maßnahmen gegen die 560 Handelsunternehmen, die auch im Ausland aktiv sind, beinhalten werde, zumal das Pentagon davon ausgehe, - was die Zeitung nicht dementiert -, dass 52 Prozent der iranischen Importe unter Kontrolle der Pasdaran durchgeführt werden. Ein Teil der Firmen sind in der Tat beim Bau von Tunnels, Straßenbau, Schienenverlegung von Eisenbahnen und in der Petrochemie aktiv. Faktisch finanziert sich die iranische Armee durch eigens kontrollierte Wirtschaftsunternehmen und importiert darüber hinaus Waren, die für die Armee offenbar von Nutzen sind.

„Gründe für den Medienkrieg“

Sobhe Sadeq führt selbst drei Gründe auf, warum die USA einen „Medienkrieg“ gegen die Pasdaran begonnen haben. Die Pasdaran seien verantwortlich für die Verhaftung der britischen Soldaten, für die Niederlage der Israelis im 33-tägigen Krieg und für die Niederlagen, die die Amerikaner im Irak erleiden müssen.

Offenbar wissen die Pasdaran selbst wofür sie tatsächlich verantwortlich sind

Aber auch Reformorganisationen haben die Pasdaran verteidigt und es nicht zugelassen, dass westliche Medien diese „revolutionäre“ Organisation vom Volk spaltet. Die Partizipationsfront, die Partei des nationalen Vertrauens, die Beamten des Wiederaufbaus, alle Reformorganisationen haben die Pasdaran als eine „Volksarmee“ in Schutz genommen, so Sobhe Sadeq.

„Kein Stück zurückgewichen“

Javad Waidi ist Stellvertreter von Ali Larijani. Larijani ist iranischer Atom-Chef-Unterhändler. Waidi hob hervor, dass der Iran von seiner Atompolitik kein Stück zurückgewichen sei. Iran demonstrierte Verhandlungsstärke. Javad Waidi, Leiter des iranischen Atomverhandlungsteams sagte, der Iran sei von seinen „Positionen in Atomfragen nicht zurückgewichen.“ Iran habe verantwortungsvoll gehandelt und werde sein „friedliches Atomprogramm“ fortsetzen.

Weitere Sanktionen noch möglich

Der Iran hat in der Tat Eingeständnisse bei Plutoniumtests gemacht, aber Experten waren sich stets einig, dass eine Plutoniumbombe ohnehin zu teuer sei. Iran hat theoretisch andere Möglichkeiten des Baus einer Atombombe.



Dies ist auch der Grund, warum die IAEA immer noch kein „sauberes Gesundheitszeugnis“ für das iranische Atomprogramm ausstellen kann. Zumal der Iran unangemeldete Kontrollen aller militärischen Anlagen strikt ablehnt.

Die Zeitung Sobhe Sadeq könnte Recht bekommen, dass eine dritte UN-Resolution gegen den Iran ansteht. Der Iran hat nach neuesten Verlautbarungen der Internationalen Atomenergiebehörde sein Atomprogramm nicht in einer „industriellen Produktionsform“ beschleunigen können, wie Ahmadinejad es angekündigt hatte. Der Iran hat jedoch sein Urananreicherungsprogramm entgegen den Forderungen der UN-Resolutionen nicht gestoppt. Es ist der IAEA nicht klar, ob es politische oder technische Gründe dafür gibt. In den der IAEA bekannten Anlagen in Natanz sind etwa 2000 Zentrifugen in Betrieb, 12 Kaskaden mit jeweils 164 Zentrifugen. Die IAEA hat noch viele unbeantwortete Fragen, die der Iran ignoriert. Einige Beispiele seien angeführt:

- Partikel hochangereicherten Urans wurden in Universitätslabors gefunden.
- Iran arbeitet an Zentrifugen, die zwei bis drei mal schneller als bisher Uran anreichern können.
- Iran macht gleichzeitig hoch explosive Tests, entwickelt Sprengköpfe für Langstreckenraketen und setzt die Urananreicherung fort.

Mark Fitzpatrick, Mitarbeiter des International Institute for Strategic Studies, meint, dass der „Iran die Fragen immer halb beantwortet und dadurch Zeit gewinnt.“ Iran wolle dem Zusatzprotokoll, das unangekündigte Kontrollen gewährt, keine Folge leisten und werde daher wahrscheinlich in einer weiteren UN-Resolution verurteilt werden.

Der iranische Atompoker ⁷³

Der Iran ist entschlossen weiterhin Uran anzureichern. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kann nach wie vor nicht ausschließen, dass der Iran ein militärisches Atomprogramm verfolgt.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Am 19 Juni erklärte Ali Asghar Soltaniye, der iranische Botschafter bei der IAEA, dass der "Iran den illegitimen Forderungen einer Aussetzung der Urananreicherung nicht folgen werde."

Nachdem Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, dem Iran am letzten Samstag ein neues Anreizpaket angeboten hat, sind keine positiven Antworten aus dem Iran zu vernehmen gewesen. Der iranische Außenminister Mottaki sagte, man werde das

⁷³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061679/Der-iranische-Atompoker.html>, 20.06.08



Urananreicherungsprogramm keineswegs einfrieren. Man lässt sich Zeit und attackiert stattdessen die USA.

Ein hoher Sekretär des iranischen Außenministeriums, Manuchehr Mohamadi, spielte sogar die Rolle des neuen Wirtschaftsangebots herunter und sagte, dass sich das neue Angebot kaum von dem Angebot aus dem Jahr 2006 unterscheidet.

Die IAEA kann eine militärische Nutzung nicht ausschließen

Der Iran verfolgt den geschlossenen Brennstoffkreislauf, ohne eine Lösung für die radioaktiven Abfälle in einem erdbebengefährdeten Land zu haben und behauptet zudem, dass das Atomprogramm nur friedlichen Zwecken folgen würde.

Laut der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA hat der Iran auch in den letzten Monaten sein Urananreicherungsprogramm fortgesetzt. Eine militärische Nutzung des Atomprogramms kann noch nicht ausgeschlossen werden. Neue Zentrifugensysteme, sogenannte IR2 und IR3, wurden in den letzten 3 Monaten installiert. In diesem Sommer soll in Natanz die Zahl der Zentrifugen von 3500 auf 6000 aufgestockt werden. Die iranischen Behörden sind nicht bereit auf die Fragen der IAEA im Hinblick auf die Produktion von Uran-Metall zu antworten. Uran-Metall wird ausschließlich für die Herstellung von atomarem Sprengstoff verwendet. Auch ist nicht geklärt, warum digital gelenkte Kettenzünder getestet wurden, deren Initialzündung für die Erzeugung einer Kettenreaktion für eine Atombombe dienen könnte. **Larijani warnt mit Ahmadinejads Deckung**

Kurz nach der Veröffentlichung des IAEA-Berichts griff Ali Larijani laut *Farsnews* - eine konservative Nachrichtenagentur, die Militärcreisen nahe steht - die internationale Atomenergiebehörde an und warnte, dass der Iran durchaus den Kurs seiner bisher konzilianter Atompolitik ändern könne. Die IAEA solle aufhören „doppelbödig“ Berichte über den Iran zu verfassen. Er meint damit, dass die IAEA einerseits einräume beispielsweise ihre Kontrollen anstandslos durchzuführen oder Überwachungskameras zu installieren. Andererseits stößt sich Larijani allein an Formulierung mancher unangenehmer Fragen im Bezug auf die potentielle mögliche militärische Nutzung des Atomprogramms.

Larijani ist nicht irgendwer im iranischen Atompokerspiel. Er war in den letzten Jahren permanent mit dem Atomprogramm beschäftigt, sein Wort hat Gewicht. Immerhin war er Vertreter des „islamischen Revolutionsführers“ Ali Khamenei im Nationalen Sicherheitsrat und wurde im Oktober 2007 von Präsident Ahmadinejad in seiner Rolle als Atomchefunterhändler abgesetzt.

Kein Geringerer als Präsident Ahmadinejad bewies jedoch, dass er sogar einem Kritiker wie Larijani Rückendeckung gibt, wenn es um die Verteidigung des iranischen Atomprogramms geht. Zumal Larijani auf seiner persönlichen Homepage das iranische Atomprogramm mit dem Ahmadinejad gefallenden Argument verteidigt,



dass es nicht angehe, dass Israel allen anderen Ländern in der Region überlegen sein wolle. Aus seiner Sicht wolle der Westen den Iran so stark unter diplomatischen Druck setzen, bis der Iran sein Atomprogramm aufgibt. Gegen eine solche westliche Strategie will aber die islamische Führungsriege des Iran entschlossen vorgehen. Die konservative Website *Tabnak*, die unter Leitung von Mohssen Rezai, Ex-General der iranischen Revolutionsgarden steht, berichtete, Ahmadinejad habe Larijanis Atomargumenten voll beigestanden. Falls die IAEA seine Politik gegenüber dem Iran nicht ändere, werde das iranische Majless notfalls seinen Kurs gegenüber der IAEA ändern. Es ist ein Fakt, dass in den letzten Jahren immer wieder Stimmen iranischer Politiker laut wurden, die einen Ausstieg aus dem NPT-Vertrag gefordert haben.

Friedliche Raketen

Ungeduldig zeigte sich laut *Farsnews* auch der iranische Verteidigungsminister Mostafa-Mohammad Najar, der nur lapidar auf die Fragen der Atombehörde in Hinblick auf den atomaren Sprengkopf der weiter entwickelten Schahab-3 Raketen einging. Seine Antwort ist aber charakteristisch für die iranischen Reaktionen, wenn er unterstreicht, dass das iranische Raketenprogramm einen reinen „Verteidigungscharakter“ habe. Der Bau eines atomaren Sprengkopfes wird dabei auf allen Linien verneint.

Wie der iranische Verteidigungsminister westlichen Besorgnisse gerecht werden will, bleibt offen. Denn Atomraketen sind gewiss keine Verteidigungswaffen und Vertrauen erweckend ist auch nicht, wenn ständig die Existenz Israels in Frage gestellt wird und Revolutionsexport forciert wird.

Erst der Weltfrieden, dann atomare Eingeständnisse

Die Perspektive der Machthaber der iranischen Diktatur brachte besonders deutlich der iranische Außenminister Mottaki in einem Schreiben an Ban Ki Moon, Generalsekretär der UNO zum Ausdruck, als er das iranische Atomprogramm mit letztlich ungelösten Weltkonflikten, wie globalen Sicherheits- und Energieproblemen, zu legitimieren suchte. Der iranische Außenminister fordert mit Engelszungen zuerst den Weltfrieden. Dem in *Tehran Times* veröffentlichten Brief zufolge, schlug Mottaki für die Lösung des Atomprogramms die Errichtung von Uran-Konsortien in verschiedenen Teilen der Erde vor, u.a. natürlich auch im Iran. Wohl wissend, dass eine solche Lösungsstrategie eine lange Zeit der Umsetzung in Anspruch nehmen würde und der Iran bis dahin ausreichend Uran angereichert hat, um sich jede Option offen zu halten. Statt Fragen nach der militärischen Nützung des iranischen Atomprogramms zu beantworten, lenkte der iranische Außenminister mit Maximalforderungen vom iranischen Atomprogramm ab. Die IAEA solle doch die nuklearen Aktivitäten aller Staaten besser beaufsichtigen. Besonders der Export von nuklearem Material und Ausrüstung müsse weltweit besser kontrolliert werden.



Wenn der Führer mit Terror droht

Genau in diesem sicherheitspolitisch besonders relevanten Kontext der Diskussion über die Gefahren der nuklearen Proliferation an Terrorbewegungen, ist der Iran keineswegs vertrauenserweckend. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei sagte laut *Iranpressnews* am 3. Juni im staatlichen Radio, dass „bald die Terroristen der Welt Atomwaffen erlangen werden und die Sicherheit der Arroganten dieser Welt bedrohen werden.“ Nach seiner Ansicht sind insbesondere Israel und die USA verantwortlich für Terrorismus und Gewalt. Ein solches Maß an Schadenfreude ist von kaum einem anderen Staatsoberhaupt eines UNO-Staates zu erwarten.

Der staatlich-studentischen Nachrichtenagentur *ISNA*, zufolge bemerkte Ali Khamenei, dass für die Bevölkerung der islamischen und arabischen Staaten die „Atomenergie des iranischen Volkes eine allgemeine Forderung sei.“ Argumentativ wird immer wieder das iranische Atomprogramm mit dem „künstlichen zionistischen Regime“ in die Waagschale geworfen, um zu propagieren, dass alle muslimischen Völker die Existenz des iranischen Atomprogramms befürworten und die Existenz Israels ablehnen würden. Schuld an dem Konflikt seien manche arabische Regierungen, die jenseits des Willens ihrer muslimischen Völker Israel anerkennen und das iranische Atomprogramm kritisieren würden.

Die Amerikaner sind Schuld

Seyyed Samad Mussawi, Analytiker der Zeitung *Parto Sokhan* lieferte auch eine „Kritik“ des Berichtes der IAEA. *Parto Sokhan* wird von Ayatollah Mohammad Taqi Mesbah-e Yazdi, geistiger Mentor von Ahmadinejad geleitet. Mussawi urteilte, dass der Bericht der internationalen Atombehörde "unter Druck der westlichen Mächte, an deren Spitze die USA stehe, verfasst worden sei." Mussawi kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass nicht mehr der Iran, sondern die westlichen Mächte in Zukunft für vertrauenserweckende Maßnahmen zu sorgen haben. Auf keinen Fall dürfe der Iran ein weiteres Mal die Urananreicherung stoppen oder aufschieben.

Namhafte iranische Intellektuelle, wie der Dissident Akbar Ganji und die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi haben oft hervorgehoben, dass die intransigente Atompolitik des iranischen Staates mitnichten den Volkswillen widerspiegle.

Der „Messias“ lenkt das iranische Atomprogramm

In der Tat will die iranische Gesellschaft keinen Krieg riskieren, der Staat riskiert ihn jedoch besonders dann, wenn die Atompolitik sogar religiös verbrämt wird:

Das iranische Staatsfernsehen *IRIBTV1* strahlte am 5. Mai eine vorher aufgezeichnete Rede des iranischen Präsidenten auf, der fromm vom verschwundenen zwölften Imam sprach, auf dessen Wiedererscheinen Ahhmadinejad immer noch wartet: „Wir sehen, wie der Imam die Angelegenheiten



des iranischen Atomprogramms lenkt." Der Imam „lenke die guten Taten der Menschen." Zu den guten Taten gehöre selbstverständlich die Realisierung des iranischen Atomprogramms. Der „unterdrückerische" Westen sei nicht nur gegen das iranische Atomprogramm, sondern wolle auch verhindern, dass der Messias wieder erscheine, damit in Zukunft Gerechtigkeit auf Erden herrsche und die „Unterdrücker entwurzelt werden."

Diese Rede des Präsidenten blieb nicht unbeantwortet. Am 9. Mai berichtete die dem Teheraner Bürgermeister Mohammad Baqer Qalibaf naehstehende *Fardanews*, Ali Askari, Mitglied des iranischen Pseudo-Parlaments, habe den Präsidenten wegen seiner Argumente im Hinblick auf die „Führung des verschwundenen Imam" kritisiert. Askari führte aus: „Die Bevölkerung erwartet von dem Präsidenten, er möge die wirtschaftlichen Probleme lösen und keine Spekulationen über religiöse Fragen."

Am selben Tag versicherte der zweitmächtigste Mann der totalitären Diktatur, Haschemi Rafsandschani, dass „keine Macht der Welt das Recht besitzt, das Recht des iranischen Volkes auf das Atomprogramm infrage zu stellen", berichtete *ISNA*.

Eine Machtdemonstration der Diktatur

Für die iranischen Machthaber stellt das Atomprogramm eine Machtdemonstration nach außen und nach innen dar, die jedoch USA und Israel nicht daran hindern die militärische Option gegen den Iran aufzugeben. Die iranische Strategie bleibt indessen ungehindert die der Schwächung der westlichen Politik. Der iranische Militärexperte Dr. Hussein Alai prahlte in der Zeitschrift der Revolutionsgardisten *Sobhe Sadeq* am 4. Mai damit, dass die Islamische Republik Iran das „größte Hindernis" für die außenpolitische Strategie der USA im Mittleren Osten“ sei.

Der Iran wankt zwischen einer pragmatischen und einer intransigent-selbstmörderischen Strategie. General Rahim Safawi, einer der höchsten iranischen Militärs ging laut *ISNA* auf die militärischen Warnungen der USA ein. General Safawi forderte „Verteidigungsbündnisse mit arabischen Staaten“ und bemerkte: "Iran, Irak, Syrien und Libanon sind die gefährlichsten Achsen für die USA und für das zionistische Regime. Nicht diplomatisch, sondern militärisch argumentierte General Qolamali Rashid. Laut *Farsnews* drohte er mit "unvorhersehbaren Bewegungen der iranischen Armee und der Revolutionsgardisten", falls der Iran angegriffen werde. "Mit durchdachten Taktiken" werde den amerikanischen Angreifern "tödliche Schläge" verpasst werden. Die USA habe mit den Kriegen gegen Afghanistan und den Iran das Ziel verfolgt Iran „Angst einzujagen“. Aber da auch die Feinde des Iran in beiden Ländern vernichtet worden seien, habe der Iran eine „ besonders hohe geopolitische Position in der Region erlangen können."



Eliminatorischer Antizionismus

Larijani warnte erst am Mittwoch, dem 18. Juni die USA, das iranische Volk werde die „Bedingungen für die USA im Mittleren Osten ändern.“ Wie könnte der Iran quasi neue Spielregeln für den Mittleren Osten schaffen, muss gefragt werden?

Es ist nicht lange her, als am 25. Oktober 2005 der iranische Präsident Ahmadinejad den folgenden Satz geprägt hatte, nachdem er „Tod Israel“ gerufen hatte: "Unser lieber Imam [Ayatollah Khomeini] sagte auch: Das Jerusalem besetzende Regime muss aus den Annalen der Geschichte getilgt werden. In diesem Satz steckt viel Weisheit.“

Dann sagte der Präsident einen weiteren entscheidenden Satz, der wörtlich übersetzt heißt: „Das Palästina-Problem ist kein Problem, mit dem wir uns nur teilweise versöhnen können.“ Ahmadinejad gibt hier die Staatsdoktrin des Iran wieder. Man sei nicht bereit sich nur mit einem palästinensischen Staat neben einem Staat Israel zu begnügen. Dies wäre in der Tat ein Teilkompromiss. Tatsächlich hatte Ahmadinejad am 5.10.2007 die „Befreiung des gesamten Palästinas“ gefordert und betont: „Die Welt muss es wissen und die westlichen Mächte sollen es wissen und einige andere Machthaber, die von Versöhnung mit dem zionistischen Regime träumen, dass das palästinensische Volk, das iranische Volk und alle freiheitsliebenden Völker keine Ruhe geben werden, bis das ganze palästinensische Gebiet befreit ist.“

Die Iraner haben eine säkulare Demokratie verdient

Nach innen drangsaliert die khomeinistische Diktatur das eigene Volk Andersdenkende werden verfolgt, dass Pogrome gegen die Anhänger der Baha'i-Religion befürchtet werden müssen. Außenpolitisch sollen alle Positionen des Westen in der islamischen Welt geschwächt werden, denn das Ziel ist die Reislamisierung der islamischen Welt, in deren Mitte weder ein Staat Israel noch prowestliche Regierungen und erst recht keine westlichen Armeen sein dürfen.

Ein solcher politischer Kurs des Iran ist nicht besonders vertrauenserweckend, wenn es darum geht, die Möglichkeit des Baus einer khomeinistischen Atombombe zu verhindern.

Das Gebot der Stunde ist daher radikale menschenrechtliche Kritik und Eindämmung der islamischen Diktatur im Iran, eine Diktatur, die das eigene Volk im Namen Gottes unterdrückt und die Nachbarstaaten bedroht. Die Iraner haben eine säkulare Demokratie jenseits des totalitären Islamismus verdient.



Der Iran setzt auf Gold und auf Urananreicherung⁷⁴

Der Iran hat seine Auslandsdevisen in Gold gewechselt und lädt gleichzeitig ausländische Investoren ein, im Iran zu investieren. Zwischenzeitlich erreicht der Iran das Potential für den Bau einer Atombombe.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die iranische Regierung verlässt sich nicht mehr allein auf ihre Auslandsdevisen, sondern wirbt verstärkt für die Investition von ausländischen Unternehmern in den iranischen Markt. Mojtaba Hashemi Samareh, Berater von Ahmadinejad hat verkündet, dass der Iran seine ausländischen Devisen nun in Gold gewechselt habe, um in Zukunft den weiteren Wertverlust der iranischen Währung zu vermeiden. Ferner verkündete er, dass indische, brasilianische und chinesische Unternehmer ihre Bereitschaft erklärt haben im Iran zu investieren, schrieb Fardanews am 14. November.

Auch in der iranischen Börse soll mehr Gold für den inländischen Markt und Kapitalisten angeboten werden, berichtete Baztabonline . Iranische Börsianer sehen im Gold ein Allheilmittel gegen die Auswirkungen des zusammengebrochenen iranischen Börsenhandels. Mahmoudreza Khajenassiri, Direktor des iranischen Börsenvereins sagte, dass der Handel mit Goldmünzen im zukünftigen Bazar die Möglichkeit für die Händler schaffen werde, ihre Geschäfte unabhängiger zu tätigen. Gold soll zur „Standardisierung des Handels“ beitragen.

Der Goldbazar soll offenbar gestärkt werden

Die offene Frage ist, warum dies jetzt geschieht? Immerhin hat der Goldbazar noch vor wenigen Wochen noch gestreikt, als neue Steuer eingeführt werden sollten. Offenbar soll der Goldbazar nun gestärkt werden. Unbeantwortet ist auch die Frage, ob der Iran eines Tages Gold als Waffe im Handelskrieg gegen Konkurrenten einsetzen will.

Auf jeden Fall soll die Börse stabilisiert werden. Immerhin berichtete am 19. November Mehrnews, dass der Index der iranischen Börsenindex immer weiter sinkt. Deutliche Verluste haben auch Firmen, die den Revolutionsgardisten angehören, erlitten.

Wenn Köpfe der Direktoren rollen

Am 19. November meldete die Iran Economist, dass die Direktoren des iranischen Börsenvereins und des staatlichen Wertpapierunternehmens abgesetzt worden seien. Andere Zeitungen berichteten, dass die verantwortlichen Direktoren „unter

⁷⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061697/Der-Iran-setzt-auf-Gold-und-auf-Urananreicherung.html> , 21.11.08



Druck“ zurückgetreten seien. In der Tat sind die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die iranische Börse immens. Die iranische Börse ist so gut wie zusammengebrochen. Dafür mussten auf jeden Fall Köpfe rollen. Zwar löst in der Regel der Personalwechsel nicht immer die Probleme, aber es ist immer gut einen Schuldigen zu haben, zumal die iranische Regierung ihre Fehler nicht eingestehen will.

Der iranische Universitätsprofessor, Qolamreza Eslami-Bigdeli sagte laut Iran Economist, dass der Wechsel der Direktoren die wirtschaftlichen Probleme nicht löse, sondern die Krise der Wirtschaft im Iran weiter verschärfe. Der iranische Wirtschaftsexperte spekulierte, dass der Wechsel möglicherweise mit den anstehenden iranischen Präsidentschaftswahlen im Iran zusammenhänge. Dabei waren beide Direktoren von Ahmadinejad vor zwei Jahren in diese Schlüsselpositionen der Wirtschaft eingesetzt worden.

Keine Bereitschaft, Statistiken zu fälschen

Roozonline berichtete, dass die ehemaligen Vertrauensmänner der Regierung Ahmadinejad kritisiert hätten, da er überhaupt kein Interesse für die wirtschaftlichen Probleme von iranischen Aktionären gezeigt habe. Außerdem sollen die Direktoren nicht bereit gewesen sein Wirtschaftsstatistiken zu fälschen, um die Situation besser darzustellen als die Realität.

Wie Roozonline berichtete, kritisierte ein iranischer Börsianer, dass zwar 70 bis 80 Prozent der iranischen Wirtschaft vom Staat kontrolliert werden würden, die Regierung sich aber dennoch nicht für die Interessen der Börse einsetze. Daher entstehe bei den Aktionären und bei den iranischen Unternehmern der Eindruck, dass Aktien wertlose Papiere seien. Andere Experten haben kritisiert, dass die iranische Regierung die staatlichen Devisenreserven verschleudert habe. In der Tat investiert der Iran mehr Geld in sein Atomprogramm und in die militärische Aufrüstung als sein Geld in die Ölraffinerien zu investieren. Iran muss etwa 40 Prozent seines Benzinkonsums importieren.

Daher gibt es auch Stimmen in den USA, die die neuen Sanktionen gegen den Iran genau an dieser Stelle anknüpfen wollen. Nicht der Iran soll dem Westen das Öl abdrehen, sondern europäische Unternehmen, wie die Schweizer Firma Vitol; oder die schweizerisch-holländische Firma Trafigura; die französische Firma Total und das British Petroleum, aber auch das indische Unternehmen Reliance Industries sollen unter Druck gesetzt werden kein Benzin mehr in den Iran zu verkaufen, berichtet. The Wall Street Journal

Ausländer sollen in die petrochemische Industrie investieren

Nach dem Fall der Ölpreise um mehr als 60 Prozent seit Juli diesen Jahres ist die Staatskasse des iranischen Gottesstaates langsam leer. Am Donnerstag,



20. November 2008 kostete ein Barrel Öl rund 49 Dollar. Am 18. November hatte Bornanews berichtet, der stellvertretende Direktor der iranischen Zentralbank, Hussein Qasawi, habe angekündigt internationale Schuldschein-Devisen im Wert von mindestens 1 Milliarde Dollar drucken zu lassen. Angesprochen werden sollen ausländische Investoren, die in den „attraktiven iranischen Markt“ investieren sollen.

Das Problem ist aber, dass der Iran einen Devisenmangel hat. Daher sollen Schuldscheine ausgestellt werden. Man wolle sogar Banken in Irak und in Afghanistan ansprechen, die für Investitionen im Iran werben sollen. Nach Bornanews ist das Ziel nicht kurzfristiges Kapital, aber mittel- und langfristiges Kapital für den iranischen Markt anzuziehen, zumal Iran doch in den letzten Jahren stets Überschüsse in der Handelsbilanz aufgewiesen habe. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte der Iran kurzfristig ohnehin keine Schulden zurückzahlen.

Die Logik ist einfach und bestechend, vertieft aber die iranische Wirtschaftskatastrophe. Man will ausländisches Kapital für die petrochemische Industrie nutzen, um eines Tages nicht mehr auf den Benzinimport angewiesen zu sein. Gleichzeitig geht der Iran immer mehr in Konfrontation mit der westlichen Welt.

Indessen meldete am 20. November The New York Times, dass der Iran ausreichend Uran für den Bau einer Atombombe angereichert habe. Nach Auskunft des renommierten Instituts Iran Watch wird der Iran bis Dezember 2008 ausreichend Uranium für den Bau einer einfachen Atombombe angereichert haben. Der Iran kann als ölexportierender Staat den Benzinkonsum seiner inländischen Taxifahrer nicht decken, hat aber das Potential für den Bau einer Atombombe erreicht. Diese Entwicklungen werden sowohl die sozialen Probleme der iranischen Gesellschaft als auch die Konflikte der Weltdiplomatie vergrößern.

Iran droht mit Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag⁷⁵

Mitglieder des iranischen Pseudo-Parlaments wollen die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde zurückfahren. Und der Chefredakteur der iranischen Zeitung Kayhan schlägt einen Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag vor.

von Wahied Wahdat-Hagh

Kazem Jalali, Sprecher der Kommission der „nationalen Einheit und der Außenpolitik“ des iranischen Pseudo-Parlaments sagte, der Iran solle seine Beziehungen zur Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der 5-plus-1-Gruppe zurückfahren. Jalali hob hervor, dass 226 Mitglieder des iranischen Majless in einer Erklärung

⁷⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061744/Iran-droht-mit-Ausstieg-aus-dem-Atomwaffensperrvertrag.html>, 04.12.09



betont haben, dass die Resolution des Gouverneursrates der IAEA gegen den Iran gerichtet sei. Die Resolution sei unter dem Druck der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands entstanden. Jalai vertrat laut Farsnews vom 29. November die Überzeugung, dass die Obama-Regierung „dieselbe extremistische Politik der Neokonservativen wie unter Bush“ verfolgen würde.

Auch Ayatollah Haschemi Rafsandschani kritisierte diese Entscheidung der IAEA als „ungerecht“.

Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag gefordert

Hussein Schariatmadari kritisiert die 5-plus-1-Gruppe und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), die sieben Jahre lang den Iran unter Druck gesetzt haben sollen.

Schariatmadari stellt die entscheidende Frage, warum der Iran eigentlich nicht aus dem Atomwaffensperrvertrag, dem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, aussteige. Denn der Iran könne ohnehin nichts von der 5-plus-1-Gruppe oder von der IAEA erwarten. Die IAEA sei keine unabhängige Institution. Als Begründung werden selbstverständlich die israelischen Atomwaffen benannt. Nicht berücksichtigt wird, dass Israel nie den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat und zudem keinen anderen Staat bedroht hat. Schariatmadari erinnert auch an die Forderungen der Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs, die im Oktober 2003 kurzfristig entschlossen in den Iran reisten.

Tatsächlich sollte der Iran damals freiwillig die Urananreicherung aufgeben. Außerdem sollte der Iran nicht mehr den Plan eines vollen nuklearen Brennstoffkreislaufes verfolgen. Der damalige Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Hassan Rohani, unterzeichnete sogar ein Dokument, das die Einlenkung des Iran vortäuschte und sich im nachhinein als nicht besonders relevant erwies, denn es wurde nie im iranischen Pseudo-Parlament ratifiziert.

Quellen des Bundesnachrichtendienstes?

Schariatmadari, Chefredakteur des iranischen Führerblattes schreibt nun, dass er schon im Jahr 2003 davor gewarnt habe, dass die „USA und ihre Verbündeten die iranische Akte trotz jeglicher Einlenkung an den UN-Sicherheitsrat schicken werden.“

Tatsächlich schrieb Bruno Schira in einem Artikel vom 20.7.2009 im Wall Street Journal, dass der Iran vor 2003, d.h. schon unter der Regierung des Präsidenten Khatami und weiterhin auch nach 2003 ein militärisches Atomprogramm verfolgt habe. Schira bezieht sich auf Quellen des Deutschen Bundesnachrichtendienstes. Diese Information wurde vom BND weder bestätigt noch zurückgewiesen.

Kayhan lobte jedenfalls die Entscheidung der iranischen Regierung den Bau von 10 neuen atomaren Anlagen anzuvisieren. Aber dennoch würde der Bau von weiteren



Anlagen das Problem des Iran nicht lösen. Daher schlägt Schariatmadari, der auch den iranischen Revolutionsführer berät, vor, aus dem NPT-Vertrag auszusteigen. Zuvor hatte Ali Larijani am 29.11.2009 den Westen mit den Worten gewarnt: „Unternehmt nicht etwas, das das Majless [Das islamistische Pseudo-Parlament] und das Volk zwingt die Zusammenarbeit mit der IAEA sehr ernsthaft zu minimieren.“

Atomares Chaos

Ismael Kossari und Awas Heydarpout sind beide Mitglieder der Kommission der „nationalen Einheit und der Außenpolitik“ des iranischen Pseudo-Parlaments. Laut Fardanews fordern sie den Ausstieg aus dem NPT-Vertrag. Kossari hat einen Vorwand für diese Forderung: Israel habe das Vertragswerk nicht unterschrieben und niemand unternehme etwas dagegen. Verschwiegen hat Kossari, dass kein arabischer Staat sich von der israelischen Bombe bedroht fühlt.

Kossari kündigte an, dass die Frage nach einem Ausstieg des Iran aus dem NPT-Vertrag im Pseudo-Parlament diskutiert werde. Unter Berücksichtigung der nationalen Interessen würden Maßnahmen für einen Ausstieg aus dem Vertragswerk getroffen werden. Ein weiteres Mitglied des iranischen Pseudo-Parlaments, Mahmoud Ahmad Beyqasch, meinte man dürfe nie der 5-plus-1-Gruppe Vertrauen schenken, berichtete Farsnews am 2.12.2009.

Ein Ausstieg des Iran aus dem Atomwaffensperrvertrag würde eine Welt mit atomarem Chaos bedeuten. Damit würde die Gefahr der Bewaffnung von Terrorgruppen mit schmutzigen Bomben steigen. Aber auch eine regionale und globale Aufrüstung mit Nuklearbomben könnte folgen. Sowohl der Ausstieg des Iran aus dem NPT-Vertrag als auch die potentiell mögliche atomare Bewaffnung des Iran kann katastrophale Folgen haben.

Mahdismus und das iranische Atomprogramm ⁷⁶

Bei einem Besuch in Isfahan hat sich der iranische Präsident Ahmadinejad zu seinen messianischen Vorstellungen, seiner Feindschaft gegenüber dem Westen und dem iranischen Atomprogramm geäußert. Indessen geht die massive Unterdrückung der zivilgesellschaftlichen Bewegung weiter.

von Wahied Wahdat-Hagh

Vorweg: Die Urananreicherung und das Atomprogramm dienen nach dem Verständnis von Präsident Ahmadinejad und seinem Mentor Ayatollah Mesbahe Yazdi der Beschleunigung der Rückkehr des in der Mitte des 10. Jahrhunderts verschwundenen zwölften Imam der schiitischen Muslime. Der zwölfte Imam, Mahdi, ist theologisch eine messianische Gestalt wie sie in allen monotheistischen

⁷⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061745/Mahdismus-und-das-iranische-Atomprogramm.html> 11.12.09



Weltreligionen vorkommt und deren Rückkehr erwartet wird. In der khomeinistischen Interpretation des Islam muss der Klerus solange herrschen bis der Messias erschienen ist. Und in der Interpretation von Ayatollah Mesbahe Yazdi, un-geistiger Mentor des Präsidenten Ahmadinejad, kann dieser Prozess beschleunigt werden. In einer Schlacht gegen die ungläubige Welt soll dann die Islamisierung der Welt erfolgen.

Ahmadinejad legitimiert das iranische Atomprogramm vor dem Hintergrund einer solchen schiitischen Mythologie: Deswegen verfolgen die khomeinistischen Machthaber im Iran nicht nur das Ziel der totalen Kontrolle über die eigene Gesellschaft, sondern gleichzeitig das ideologische Ziel der Islamisierung der Welt. Denn nach der schiitischen Vorstellung tritt Frieden nur unter islamischer Herrschaft ein. Vor diesem Hintergrund glaubt Ahmadinejad tatsächlich, dass die US-amerikanische Regierung die Rückkehr eines 12. Imam verhindern will, denn sie befürwortet ja keine islamische Herrschaft, sondern verfolgt die Durchsetzung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Normen. Gegen eine solche demokratische Perspektive sind alle Islamisten, ob Anhänger von Ahmadinejad oder Anhänger des nicht mehr regierenden Ex-Präsidenten Khatami. Denn die islamistische Perspektive ist die Durchsetzung einer reinen islamischen Herrschaft, die auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden kann. Anhänger aller Schattierungen des Khomeinismus verfechten eine „göttliche Gerechtigkeit“, die nur mit der Durchsetzung der anachronistischen islamischen Strafgesetzgebung mit staatlichen Mitteln erreicht werden kann. Daher ist auch der antiimperialistische Kampf gegen die USA, an der Spitze der gesamten westlichen Welt nur unter der Fahne des Ayatollah Khomeini und des 12. Imam möglich. Ayatollah Mesbahe Yazdi und Präsident Ahmadinejad gehen vom festen Glauben aus, dass die Welt sich in dieser messianischen Phase befindet. Dies ist die schiitische Variante eines apokalyptischen Denkens, das die paramilitärischen Unterdrückungsorgane der Bassiji und der Revolutionsgardisten nicht als Instrumente einer totalitären Herrschaft, sondern als „heilige Institutionen“ versteht. Daher ist die „mahdistische Gesellschaft“, von der Präsident Ahmadinejad spricht, die totalitäre „Utopie“ aller schiitischen Islamisten.

"Die Idioten", die Waffen an den Iran verkauft haben

Der iranische Präsident Dr. Mahmoud Ahmadinejad äußert seine Paranoia selten so deutlich, wie Anfang Dezember in Isfahan. Am 4.12.2009 sagte er: "Wir verfügen über Dokumente, die belegen, dass Amerika die Rückkehr des zwölften Imam verhindern will." Ahmadinejad meint, dass Ex-Präsident Reagan und sein damaliger Außenminister vorhatten den "Namen des Iran von der geographischen Landkarte zu löschen." Dabei haben sie dem Iran Waffen verkauft.

Ahmadinejad bezeichnete den verstorbenen Ex-US-Präsidenten Ronald Reagan und seinen damaligen Außenminister George Schultz als "Idioten". Die Nachrichtenagentur Tabnak berichtete aber nicht, warum Ahmadinejad ausgerechnet



Reagan und Schultz, die tatsächlich für die Waffenverhandlungen mit dem Iran im Rahmen der Iran-Contra-Affäre verantwortlich sind, als „Idioten“ beschimpfte.

Zur Vorgeschichte: Die USA lieferten Anfang der 80er Jahre Waffen in den Iran im Austausch gegen US-amerikanische Bürger, die im Iran verhaftet und als Geiseln festgehalten wurden. Die Reagan-Regierung finanzierte aus dem Waffengeschäft in der Iran-Contra-Affäre die rechtsgerichteten Contras in Nicaragua, ein politischer Skandal, der in die Geschichte einging.

Heute werden genau diejenigen verantwortlichen US-Politiker von Ahmadinejad als "Idioten" bezeichnet, die Waffen an den Iran verkauft haben.

Tatsächlich ist Ahmadinejad der festen Überzeugung, dass der "Westen und der Osten Iran vernichten wollen", berichtete die iranische Nachrichtenagentur Tabnak.

Dabei geht Ahmadinejad davon aus, dass der "wichtigste Teil der Welt der Mittlere Osten ist und das wichtigste Land im Mittleren Osten der Iran ist." Der iranische Präsident ging auch auf Israel ein und sagte, dass sogar die "sieben Ahnen des zionistischen Regimes" keinen Krieg gegen den Iran wagen würden.

Die Amerikaner wollen die Wiederkehr des verschwundenen Imam verhindern

Laut Tabnak sagte der iranische Präsident, dass die "Arroganten hinter Öl und Reichtümer dieser Welt" her seien. Er kritisierte aber nicht nur die Präsenz der amerikanischen Truppen in Afghanistan. Präsident Ahmadinejad behauptet beweisen zu können, dass die Amerikaner mit der Propagierung einer schon erschienenen Offenbarung in Wirklichkeit die "Wiederkehr des Imam" verhindern wollen.

"Die Vierbeinigen" im afghanischen Schlamm

Der Iran sei von "Feinden" militärisch umzingelt, beklagt Dr. Ahmadinejad. "Sie haben den Plan Iran zu zerstören," sagte er. Dabei seien die Amerikaner in Afghanistan wie "Vierbeinige im Schlamm versunken."

Ahmadinejad sagte, dass die westlichen Staaten heute versuchen würden das iranische Regime zu stürzen. Aber die "absolute Herrschaft des Klerus" (Vilayate Faqih) in der Nachfolge der Herrschaft der schiitischen Imame werde immer siegen.

Apokalyptisch-virulente Visionen und das Atomprogramm

Der iranische Präsident Ahmadinejad lehnt die Entscheidungen des Gouverneursrates der IAEA entschieden ab. Er ist der festen Überzeugung, dass Institutionen wie die IAEA nicht "gerecht und logisch handeln, weil sie unter Druck von scheinbar mächtigen Staaten handeln, die zum Untergang verurteilt sind und gegen uns Resolutionen verabschieden."



Ahmadinejad sagte in Isfahan, dass die westlichen Staaten glauben würden, dass alle Menschen ihnen gehorchen werden. Er beschrieb die Rolle der IAEA wie folgt: "Solche Organisationen stehen unter der Kontrolle einiger verfaulender Staaten und sie handeln absolut nicht legal." Er betonte, dass das "Thema des Atomprogramms von unserer Seite abgeschlossen ist."

Im Bezug auf die Urananreicherung sagte er: "Wenn ihr uns keinen Brennstoff liefert, dann werden wir mit Hilfe Gottes zwanzigprozentiges Uran und alles was wir brauchen, anreichern. Sie führen einen psychologischen Krieg und behaupten, dass es einen Krieg gegen uns geben wird. Es ist alles ein Propagandaspiel. Einige von ihnen haben bei meinen vergangenen Reisen nach New York gesagt, dass das zionistische Regime sehr erzürnt ist und dass sie vielleicht etwas gegen uns unternehmen werden", plauderte der iranische Präsident. Er setzte fort: "Aber ich habe ihnen geantwortet, dass das zionistische Regime ein Nichts ist und sogar ihre Herren können nichts gegen uns unternehmen."

Ahmadinejad sagte im Hinblick auf die Politik der Obama-Administration: "Er (Obama) sagte, er wolle prinzipielle Änderungen vornehmen und wir haben dies begrüßt und haben ihn mit folgenden Worten aufgefordert etwas zu unternehmen: Bismillah, im Namen Gottes, tut etwas. Ich habe ihm (Obama) gesagt, wenn ihr prinzipielle Änderungen haben wollt, dann führt Veränderungen durch. Beendet endlich die Politik der Gewalt, der Aggression, der Gesetzlosigkeit, der Diskriminierung, der militärischen Besetzung des Mittleren Ostens und beendet die Unterstützung der zionistischen Mörder. Liebt die Völker dieser Welt. Und wir haben uns bemüht, dass Änderungen stattfinden. Aber wir machen uns jetzt Sorgen. Die (Amerikaner) gehen nicht positiv voran."

Der iranische Präsident meint besorgt zu sein, dass die "Zionisten" den US-Präsidenten Obama lenken könnten, so wie Ex-Präsident Bush beeinflusst worden sei. Ahmadinejad hebt hervor, er habe Präsident Bush einen Brief geschrieben, in dem er Bush empfohlen habe als Christ auch wie ein Christ zu handeln. Bush habe aber auf die heiligen Zitate, die Präsident Ahmadinejad, dem amerikanischen Präsidenten geschrieben habe, nicht gehört. Präsident Ahmadinejad bezeichnete den Ex-Präsidenten Bush als den am "meisten verabscheuungswürdigen amerikanischen Präsidenten" und wünschte Präsident Obama nicht dasselbe Schicksal wie seinem Vorgänger.

Präsident Ahmadinejad behauptete schon vor einem Jahr die Existenz einer kürzlich erst entdeckten Anlage gemeldet zu haben und sagte: "Wer hat Euch überhaupt erlaubt in unserem Land Spionage zu betreiben?" Ahmadinejad warf dem Westen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran vor.



Ahmadinejad will die Welt verwalten

Tabnak berichtete über zwei "Regierungsaufgaben", die Ahmadinejad in Isfahan verkündete: Aufbau des Iran und der "Beginn der Verwaltung der Welt." Der iranische Präsident fügte hinzu: "Wir dürfen nicht erlauben, dass diejenigen, die die Welt 400 Jahre lang beherrscht haben, weiterhin ihre Arroganz der Welt aufbürden." Ahmadinejad glaubt, dass der Faktor "Kultur" ihn und die "Islamische Republik Iran" besonders prädestinierten die Welt zu verwalten und sagte daher: "Wir wollen die Wirtschaft und die Politik der Welt in Ordnung bringen. Aber wir haben nur eine begrenzte Zeit." In dem Zusammenhang bezeichnete er die westlichen Gesellschaften als "kulturlos". Als Beweis für die Kulturlosigkeit des Westens erwähnte der iranische Präsident die "Beleidigungen der muslimischen Heiligtümer und die Verhinderung von Moscheen und Minaretten."

Ahmadinejad und die "Kulturarbeit"

Der iranische Präsident glaubt, dass "manche Mächte sich in allen Dimensionen in der Krise befinden." Die wirtschaftliche Macht Amerikas und der westlichen Welt befänden sich im Untergang. Lateinamerika sei aber auf dem Weg zum Monotheismus. Deswegen müsse die Islamische Republik sich Gedanken machen, wie Iran die Welt verwalten könnte. Er sagte: "Wir müssen uns bemühen mit einer neuen Form der Machtausübung die Welt zu verwalten." Er betonte, dass der Iran auch mit Hilfe von "Kulturarbeit" dieses Ziel der Verwaltung und Führung der Welt erreichen muss. Abschließend soll hier ein Beispiel für die „Kulturarbeit“ der islamistischen Herrschaft im Iran geliefert werden: Die in Deutschland lebende Parastou Foruhar ist auch in diesem Jahr in den Iran gereist, um den Jahrestag der Hinrichtung ihrer Eltern gemeinsam mit ihren Angehörigen zu begehen. Als sie Iran Richtung Frankfurt verlassen wollte, wurde ihr der Reisepass im Teheraner Flughafen weggenommen und sie wurde inhaftiert. Parastou Foruhar ist eine der renommiertesten Exil-Künstlerinnen des Iran. Vielleicht wird sie vor Gericht verurteilt. Die Welt der Politik schweigt zu diesem Einzelfall und zu den massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran. Die europäische Politik sollte endlich erkennen, dass die „Islamische Republik Iran“ nicht reformierbar ist und Menschenrechtsforderungen zur Grundlage ihrer Außenpolitik gegenüber dem Iran machen.

Die iranischen Reaktionen auf Obamas Atomdoktrin ⁷⁷

Das iranische Regime nimmt die Warnungen des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama in Bezug auf Iran und Nordkorea nicht ernst. Wie in Kommentaren

⁷⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7122813/Die-iranischen-Reaktionen-auf-Obamas-Atomdoktrin.html> 10.04.10



iranischer Zeitungen nachzulesen ist, geht man eher von einem „politischen Bluff“ Obamas aus.

Die Haltung des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama gegenüber dem Iran ist eindeutig. Der demokratische Präsident will sich für eine weltweite Abrüstung und eine kernwaffenfreie Welt einsetzen, aber keine Zugeständnisse gegenüber den schlimmsten Diktaturen dieser Welt, Nordkorea und „Islamische Republik Iran“ machen. Zudem geht es um die Verhinderung des nuklearen Terrorismus.

Ahmadinedschad über Obama und „seine Herren“

Bei seinem Besuch in der iranischen Provinz West-Aserbaidschan richtete der iranische Präsident Ahmadinedschad seine Worte an den US-amerikanischen Präsidenten Obama und forderte ihn zum sofortigen Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan auf. Zudem solle die US-Regierung das „verbrecherische, künstliche zionistische Regime“ nicht mehr unterstützen, berichtete Farsnews am 7.4.2010.

Ahmadinedschad sagte über den US-amerikanischen Präsidenten: „Herr Obama hat erst in jüngster Zeit die politische Bühne betreten und sammelt noch Erfahrungen. So wie die Leute, die ihn umgeben uns erzählen, ist er unter Druck der kapitalistischen und zionistischen Gruppen. Er kann keine richtigen Entscheidungen treffen. Und wir rechnen ihm dies als Unerfahrenheit an.“

Ahmadinedschad kritisierte den US-amerikanischen Präsidenten, der „unhöflicherweise“ während seines kurzen Aufenthalts Ende März in Kabul gesagt habe, dass die US-Soldaten in Afghanistan bleiben solange ihre Stationierung den amerikanischen Interessen entspreche.

Ahmadinedschad bewies in seiner Rede, dass er wahrlich nicht sehr viel von Obama und „seinen Herren, die sich hinter der Szene bewegen“, hält. Scheinbar diplomatisch zitierte der iranische Präsident anonyme Experten, von denen er sich wieder halb distanzierte. Der iranische Präsident wiederholte die Position dieser Experten, die vom ersten Tag an als „Herr Obama“ an die Macht gekommen sei, die Meinung vertreten, dass der US-Präsident nur die „Rolle einer Maske“ spiele. Man habe ihm zur Macht verholfen, damit er die „Völker überliste“. Manche seien von Anfang an der Meinung gewesen, dass sich die Grundlagen der amerikanischen Politik nicht von den „Schritten und Gedanken des Herrn Bush“ unterscheiden. Da die Strategie des Präsidenten Bush gescheitert sei, habe sich die „Geschichte äußerlich verändert.“ Dann fügte Ahmadinedschad hinzu: „Aber wir haben kein Interesse, dass diese Meinung richtig ist.“

Aber was Obama in Kabul gesagt habe [in Bezug auf die amerikanischen Interessen und die Stationierung der US-Soldaten], sei viel schlimmer als was Präsident Bush zuvor gesagt habe. Ahmadinedschad verglich dann die US-amerikanischen Politiker



mit „Cowboys und amerikanischen Filmstars“, die wann immer sie in Not geraten „auf ihre Pistolen zurückgreifen.“

Nach dem Schock der Kuba-Krise von 1962 versuchten die Großmächte, mit Hilfe von Verträgen die Gefahr eines Atomkrieges zu verringern. Die wichtigsten Abkommen:

Dann duzte Ahmadinedschad den US-amerikanischen Präsidenten: „Herr Obama, Du bist doch gerade angekommen. Warte doch einen Moment bis Dein Schweiß wieder getrocknet ist, bis Du den Unterschied zwischen warm und kalt schmeckst. Und pass auf, Du musst doch nicht jedes Papier lesen, das man Dir vorlegt, oder alles tun, was man Dir empfiehlt. Es gibt doch überhaupt keinen Grund, dass Du dies alles wiederholst. Und Du sollst wissen, dass noch viel größere als Du und welche, die noch viel stärker waren als Du nichts tun konnten. Herr Obama, pass auf, wenn Du in dieselbe Richtung gehen willst, wie Bush, dann wird die Antwort der Völker dieselbe zähnebrechende Antwort sein, die damals dem Bush gegeben worden ist.“

Die USA als Gefangene im Nahen Osten

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki sagte, dass die US-Amerikaner manchmal nicht-ökonomische Schritte unternehmen, um ihre wirtschaftliche Niederlage zu bewältigen. Aber heute würden die Verhältnisse den Amerikanern nicht mehr erlauben neue Krisen zu riskieren. Mottaki fügte hinzu: „Es ist nicht vorstellbar, dass die USA in der Lage wären ihre Probleme zu lösen, indem sie eine neue Krise in Kauf nehmen. Wir haben in der Region eine starke und legale Position gehabt.“ Mottaki brüstete sich damit, dass der Iran eine starke geheimdienstliche Aktivität im Nahen Osten hat, berichtete Mehrnews am 7.4.2010.

Die Forderungen des iranischen Außenministers nach einer atomwaffenfreien Welt erinnern an die Forderungen der Sowjetunion nach „Sozialismus und Freiheit“ plus Diktatur. Denn die totalitäre Diktatur der „Islamischen Republik Iran“ ist in der ideologischen Wahrnehmung des iranischen Außenministers eine vorbildliche Herrschaftsform.

US-Soldaten würden „nicht lebend“ zurückkehren

Der iranische Verteidigungsminister General Ahmad Vahidi sagte am 9.4.2010, dass im Falle eines US-amerikanischen Angriffs auf den Iran alle „Verteidigungsformen“ in Betracht gezogen würden.

Ayatollah Ahmad Khatami sagte in seinem „Freitagsgebet“ am heutigen Freitag, dass falls die USA einen „falschen Schritt“ unternehmen würden, die „amerikanischen Interessen gefährdet“ wären.



Und General Seyyed Hassan Firusabadi sagte am 9.4.2010, dass die amerikanischen Soldaten im Falle eines Angriffs auf den Iran „nicht lebend zurückkehren“ würden.

Obamas Atomdoktrin ist nur ein „politischer Bluff“

Der Kommentator der Zeitung „Jomhuriye Islami“ ist der Meinung, dass Obama sich zwar äußerlich von Bush unterscheidet, aber Obama sei in Wirklichkeit der Erbe „desselben arroganten Systems“.

Für die vom Ex-General der Revolutionsgardisten Mohssen Rezaie kontrollierten Website „Tabnak“ ist es eine klare Sache: Die Analysen würden zeigen, dass das „neue Thema von Obama eine Art politischer Bluff ist.“

“Wasserpistole“

Kayhan geht auf die unterschiedlichen Strategien Chinas, Russlands und der USA in Bezug auf das iranische Atomprogramm ein und stellt dabei fest, dass China und Russland Sanktionen nur als ein Druckmittel einsetzen würden, um den Iran zu zwingen mehr mit der internationalen Atomenergiebehörde zu arbeiten. Die USA würden Sanktionen jedoch als ein „Instrument einsetzen, um den Iran zu bestrafen“, schrieb Kayhan am 8.4.2010.

Interessant ist, dass Mehdi Mohammadi der Kommentator der Zeitung Kayhan, mitnichten davon ausgeht, dass China und Russland sich auf die Seite des Iran stellen würden. Denn Mohammadi erkennt, dass Russland und China lediglich ihr Veto im UN-Sicherheitsrat einsetzen würden, wenn ihre „nationale Sicherheit“ betroffen sei. Der Iran sei aber für diese zwei Länder nur aus der Perspektive ihrer „strategischen Interessen“ von Belang.

Aus strategischer Sicht würden die Interessen Chinas und Russland sich von denen der USA und Israels und mancher europäischer Staaten unterscheiden. China und Russland gingen nicht davon aus, dass der Iran dabei sei eine Atombombe zu bauen, dabei gingen die USA jedoch von einer „sofortigen Bedrohung“ aus. Ein Konsens des UN-Sicherheitsrates würde jedoch zu einer neuen Sanktion führen, die lediglich einer „Wasserpistole“ gleich käme, die Iran anvisieren würde.

Der Iran habe sich an die Sanktionen gewöhnt und könne auch eine harte Sanktion aushalten. Darüber hinaus geht Mohammadi davon aus, dass die meisten Länder die Sanktionen ohnehin unterlaufen werden. Sanktionen dienen nur der Gesichtswahrung der USA. Sie könnten der iranischen Regierung nichts vorschreiben. Dieser Fakt habe sogar Israel dazu bewogen die USA aufzufordern parallel zu den Sanktionen die Dialogbereitschaft mit dem Iran zu behalten. Was die Israelis jedoch nicht beachten würden, sei die Tatsache, dass Sanktionen eine Sackgasse für den Dialog mit dem Iran seien, hebt der Kommentator der Zeitung Kayhan hervor. Kayhan gilt als das Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Khamenei.



Der Iran will es wissen ⁷⁸

Die internationalen Verhandlungen mit dem Iran sind gescheitert. Ahmadinejad fordert, dass die 5+1 Gruppe sich vom Druck der Zionisten und der Kolonialstaaten lossagt und die Urananreicherung des Iran bedingungslos akzeptiert.

Das khomeinistische iranische Regime fordert, dass die Verhandlungspositionen der 5+1-Gruppe sich ändern müssen. Dabei sei die iranische Haltung gerecht. Der Westen müsse noch gerecht werden.

Die Atomverhandlungen in Istanbul waren auch ein Thema des Freitagsgebets am 21. Januar. Ayatollah Imam Kashani forderte schon am ersten Verhandlungstag bei seinem Freitagsgebet in Teheran: "Ich hoffe, dass der Westen von den bisher aufgetretenen Problemen lernt und endlich aufwacht und die Verhandlungen in die richtige Richtung lenkt." Er garantierte, dass der Iran sich von den Sanktionen nicht beirren lassen werde, denn die Sanktionen würden nur "ihnen selbst Probleme schaffen und ihnen noch mehr Arbeit machen," berichtete Farsnews.

Der iranische Atomunterhändler Said Jalili nahm zur gleichen Zeit an einem Freitagsgebet in Istanbul teil. Wie die staatliche Nachrichtenagentur des Iran IRNA meldete, riefen die Anhänger des Iran in Istanbul "Tod den USA und Tod Israel". IRNA veröffentlichte das Photo eines lachenden Jalili, der offenbar nach dem Istanbul Freitagsgebet gestärkt zu den Verhandlungen mit der 5+1-Gruppe zurückkehrte.

Jalili hatte tatsächlich auf einer Pressekonferenz in Istanbul gesagt: "Unsere Sicht ist klar und eindeutig und beruht auf der Grundlage der Anerkennung der Rechte der Völker." Er sagte, dass der Iran mit den fünf Veto-Mächten des UN-Sicherheitsrates und Deutschland (5+1-Gruppe) verhandeln wolle. Dabei hat er zum Ausdruck gebracht, dass der Iran die Spielregeln bestimmen wolle.

Ohne bei den Verhandlungen direkt dabei zu sein, brachte Präsident Ahmadinejad die iranische Haltung bei einer Rede in der Provinz Gilan am 23. Januar auf den Punkt: "Damit die Verhandlungen Ergebnisse bringen, muss die 5+1 Gruppe sich vom Druck der Zionisten und der Kolonialstaaten lossagen." Er bezeichnete die „Zionisten“ als "kulturlos" und fügte laut seiner offiziellen Homepage hinzu: "Wenn ihr wollt, dass die Verhandlungen erfolgreich sind, befreit Euch vom Druck der kurzsichtigen und kulturlosen Menschen".

Präsident Ahmadinejad wiederholte in Gilan, dass der Iran durchaus die Verhandlungen begrüßt habe. Dann sprach er die Verhandlungspartner an und sagte: "Ihr habt erfolglos alles unternommen, um zu verhindern, dass unser Volk die Nukleartechnologie bekommt." Er wiederholte sinngemäß, was Ayatollah Kaschani ein Tag zuvor beim Freitagsgebet in Teheran gesagt hatte, dass wenn der Westen

⁷⁸ https://www.achgut.com/artikel/der_iran_will_es_wissen/ 24.01.11



“seinen alten Weg nicht verlasse, keine Ergebnisse erzielt werden können.” Das heißt die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran wird als Voraussetzung für einen Verhandlungsfortschritt postuliert.

Ahmadinejad sagte in Gilan: “Als das iranische Volk noch keine Nuklearmacht war, konnte es alle Verschwörungen neutralisieren. Heute ist der Iran aber eine Atommacht. Auch wenn die Feinde ihre gesamte teuflische Macht mobilisieren, werden sie nicht in der Lage sein die Positionen des Iran auch nur um eine Nadelspitzenbreite zu verändern.”

Im Klartext bedeuten die iranischen Spielregeln für die europäische Außenpolitik nichts anderes als die alte iranische Spaltpilzpolitik: Europa soll sich zuerst von Israel und den USA distanzieren. Zudem müssen die Verhandlungspartner die Urananreicherung des Iran akzeptieren.

Tatsache ist aber, dass dieses Mal die 5+1-Gruppe einheitlicher aufgetreten ist, als bei den früheren Verhandlungen. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran werden aber fortgeführt.

Indessen stärkt die totalitäre Diktatur des Staatsklerus die finanzielle Position seiner Soldaten der Revolutionsgardisten und der Bassiji immer mehr. Sie müssen bei der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung bei der Stange gehalten werden.

„Die erste iranische Atombombe wurde getestet“⁷⁹

Die iranischen Revolutionsgardisten warnen in einem Artikel, der am 24. April 2011 in Gerdab.ir erschienen ist, vor dem Tag, an dem der Iran die Atombombe testen wird. Offenbar wollen die Revolutionsgardisten die iranische Bevölkerung mit der Option eines Atombombentests vertraut machen. Bevor hier der Gerdab-Artikel dokumentiert wird, wird ein Blick auf die neuesten Ereignisse geworfen.

„Die Islamische Republik Iran“ macht große technologische Fortschritte im Prozess des Baus einer Atombombe. Die Zahl der Zentrifugen, die in Betrieb sind, ist gestiegen. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) schließt eine militärische Nutzung des Atomprogramms nicht aus. Gegenwärtig sind rund 6.000 funktionsfähige Zentrifugen in 35 Kaskaden im Betrieb.

Am 12. Juni 2011 bestätigte der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi, dass die Urananreicherung auf 20 Prozent in Zukunft in einer Anlage in Fordo, in der Nähe von Teheran durchgeführt werden soll. In Natanz stellt der Iran schon seit Anfang 2010 auf 20 Prozent angereichertes Uran her. Der Iran hat angeblich schon 50

⁷⁹ https://www.achgut.com/artikel/die_erste_iranische_atombombe_wurde_getestet/, 16.06.11.
<http://europeandemocracy.eu/2011/06/irans-atomic-ambitions-german/>



Kilogramm Uran auf 20 Prozent hergestellt. In der offiziellen diplomatischen Argumentation wird darauf hingewiesen, dass manche Unterzeichnerstaaten des NPT-Vertrages (Atomwaffensperrvertrag) selbst Atommächte seien. Der iranische Außenminister fordert die atomare Abrüstung aller NPT-Staaten und stellt fest, dass sich die USA als Atommacht zwar gegen die Verbreitung von Atombomben wenden, aber selbst nicht auf die Atombombe verzichten wollen.

Als eine Kehrseite der Argumentation des iranischen Außenministers und damit als die Kehrseite einer Münze sprechen die Revolutionsgardisten eindeutig den Atombombentest an. Gerdab redet seinen Lesern ein, sie sollen sich keine Sorgen machen, wenn der Iran doch eines Tages die Atombombe testet:

Der Morgen nach dem Atombombentest, ein normaler Tag

Ein Tag nach dem ersten Atombombentest des Iran, wird für uns Iraner ein ganz normaler Tag sein. Aber die Augen mancher Menschen werden auf eine neue Art und Weise strahlen.

Es ist ein schöner Tag. Es ist sieben Uhr früh. Die Sonne ist noch nicht ganz aufgegangen. Im nördlichen Teil der Erde fangen die Menschen in manchen Ländern mit der Arbeit an. Heute ist die erste Morgendämmerung nach dem Atombombentest des Iran. Es ist ein ganz normaler Tag.

Am vorigen Tag, wahrscheinlich in den zentral gelegenen Wüsten des Iran, dort, wo zu einem früheren Zeitpunkt die Amerikaner und manche westliche Staaten ihren Atomwaffen lagern wollten, hat sich ein unterirdischer Atomtest ereignet. Die Wucht dieses Atombombentests war nicht so stark, dass der Region ein Schaden zugefügt worden wäre. Der Test war dennoch so erfolgreich, dass die iranischen Atomwissenschaftler keine Pannen bei ihren Untersuchungen feststellten. Heute ist ein normaler Tag. Und wie gewöhnlich, wenn Nachrichten aus dem Iran kommen, so wie an 90 Prozent der Tage im Jahr, kommen auch an diesem Tag entsprechende Nachrichten in den ausländischen Medien:

Reuters: „Iran brachte seine Atombombe zur Explosion.“

CNN: „Irans Atombombe explodierte.“

Al Jazeera: „Die zweite islamische Atombombe wurde getestet.“

Al Arabia: „Die schiitische Atombombe explodierte.“

Yahoo News: „Atombombentest im Iran.“

Jerusalem Post: „Die Mullahs besitzen nun die Atombombe.“

Washington Post: „Atombombentest im Iran, Verwunderungen in Tel-Aviv.“

Die inländischen Medien haben in den Titeln der Beiträge dem verschwundenen Imam und dem Führer gratuliert:

Kayhan: „Die erste iranische Atombombe wurde getestet.“

Jomhuriye Islami: „Iran hat erfolgreich eine Atombombe getestet.“



Iran (Regierungszeitung): „Auf Befehl des Präsidenten ist die iranische Bombe getestet worden, hundertprozentig.“

Etelaat: „Die iranische Atombombe, die wir seit Jahren haben wollten, wurde nun zur Explosion gebracht.“

Natürlich gibt es auch andere iranischen Zeitungen und Websites, deren Erscheinen aber nicht in alle Ewigkeit gewährleistet ist. Ein Nachrichtenskandal führt aber nicht dazu, dass das normale Leben im Iran sich nicht fortsetzen kann. Die Arbeiter und Angestellten werden weiterhin pünktlich oder manchmal mit ein wenig Verspätung ihre Karte abstempeln. Die Bäcker werden auch Brote ohne Subventionen backen. Die Nutzung von schnellen Internetverbindungen wird ein wenig billiger werden. Auch die öffentlichen Medienanstalten werden ihre Sendungen verbessern.

Ein Tag nach dem ersten Atombombentest des Iran wird für uns Iraner ein ganz normaler Tag sein. Aber die Augen mancher Menschen werden auf eine neue Art und Weise strahlen. Ihre Augen werden aus Gründen des nationalen Stolzes und der nationalen Macht strahlen.“

Es ist nur eine Wahnvorstellung von totalitären Ideologen, wenn im Falle eines Atombombentests mit nationalem Stolz argumentiert wird, als ob die unterdrückten Iraner sich mit den Zielen ihrer totalitären Unterdrücker identifizieren würden.

Terrorismus

Iran: Die Regierung ist gegen den Frieden ⁸⁰

Iranische Politiker reagierten mit Lügen und Propaganda auf die Nahost-Konferenz in Annapolis. Ali Akbar Mohtashemipour, der Begründer der libanesischen Hisbollah meinte, Israel wolle Palästina von der Weltkarte auslöschen. Dabei drohte Ahmadinejad erneut mit dem Untergang Israels.

Von Wahied Wahdat-Hagh

„Israel will Palästina von der Weltkarte auslöschen“

Ali Akbar Mohtashemipour ist Vorsitzender der „Organisation zur Verteidigung Palästinas“. Er ist Reformislamist und war bei früheren Präsidentschaftswahlen einer der Sprecher des Ex-Präsidenten Khatami. Er glaubt, dass der Druck auf den Iran

⁸⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061636/Iran-Die-Regierung-ist-gegen-den-Frieden.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 04.12.07



wachsen würde, wenn die US-Regierung die israelische Zustimmung zur Gründung eines palästinensischen Staates bekommen würde.

Tatsache ist, dass Israel schon im Jahre 1948 einer Zweistaatenlösung zugestimmt hatte. Die arabischen Staaten hatten sich aber gegen die Gründung Israels ausgesprochen.

Mohtashempour geht davon aus, dass das Ziel der Konferenz in Annapolis die „Legitimierung des Jerusalem besetzenden Regimes“ gewesen sei. Er meint Israel. Die US-Regierung wolle im Namen der Menschenrechte und Demokratie „Israel als ein Modell für die Region“ verkaufen. Die US-Regierung im Irak und Israel im Libanon hätten ständig Niederlagen erlitten. Syrien habe sich lediglich dem internationalen Druck entziehen wollen und habe deswegen an der Konferenz teilgenommen, obwohl Israel niemals Eingeständnisse in Hinblick auf die Golanhöhen machen werde, so der iranische Reformislamist.

Mohtashempour verdreht eindeutig die Tatsachen und behauptet, dass Israel nicht bereit sei den Palästinensern Zugeständnisse zu machen und darüber hinaus „Palästina von der Weltkarte auslöschen“ wolle.

Zu Syrien sollte festgehalten werden, dass Israel im Sechstagekrieg im Jahr 1967 die Golanhöhen besetzte, da seine Existenz militärisch bedroht war. Israel wirft Syrien vor, Terrororganisationen zu beherbergen, die gegen Israel einen Terrorkrieg führen. Die Friedenspolitik könnte einen Erfolg zeitigen, wenn die syrische Unterstützung terroristischer Organisationen, wie Hisbollah, Hamas und Jihade Eslami und anderer beendet würde und wenn Syrien seine unheilige Allianz mit dem Iran aufgeben würde.

„Es kann nicht sein, dass das zionistische Regime überlebt.“

Der iranische Präsident Dr. Mahmoud Ahmadinejad ist sich sicher, dass die Konferenz in Annapolis „erfolglos“ bleiben werde und sagte: „Es kann nicht sein, dass das zionistische Regime überlebt. Der Untergang des Regimes ist dessen Wesensmerkmal. Das Regime wird untergehen, denn es beruht auf Falschheiten, Aggression, Lügen, Unterdrückung und Verbrechen. Es war von vornherein klar, dass diese Konferenz eine Niederlage erleiden wird. Denn diese Konferenz ist überhaupt tot geboren.“ Präsident Ahmadinejad meint, die Konferenz habe das Bild vermitteln wollen, „als ob die arabischen Staaten keine Probleme mit dem Besatzungsregime haben würden.“ Er fügte hinzu: „Wenn auch einige wenige dieser Show Glauben schenken, bleibt diese so substanzlos, dass die Auswirkungen ausbleiben.“

Weiterhin sagte er: „Wir bedauern, dass manche Individuen Opfer dieses unheilvollen zionistischen Regimes geworden sind. Auch wenn sie glauben, sie könnten von diesem Regime profitieren, werden sie es nur stärken. Sie machen



einen Fehler. Immerhin haben diese Einzelpersonen nach der Konferenz erklärt, dass sie das zionistische Regime nicht anerkennen, solange das palästinensische Volk seine Rechte nicht erhalten hat. Solche guten Positionen hätten aber vor der Konferenz gesagt werden müssen. [...] Diese Individuen wollten die Würde eines Volkes mit Füßen treten, damit sie bei ihren Wahlen Punkte machen. Die Menschen haben bereits verstanden, dass die Konferenz gescheitert ist.“

Ahmadinejad sagt außerdem, er sei gegenüber Gott dankbar, dass das „Denken der Bassiji im Iran lodere“. Bassiji-Einheiten machten sich im Iran-Irak-Krieg zunächst einen Namen. Damals wurden Kinder und Jugendliche der Bassiji-Einheiten über Minenfelder gejagt, damit diese den Weg für nachfolgende Panzer frei machen. Heute sind die Bassiji ein Teil der iranischen Armee.

„Die Wachsamkeit der Palästinenser wird den Erfolg von Annapolis verhindern“

Der politische und religiöse Führer des Iran Ali Khamenei warnte ebenfalls vor einem Erfolg der Friedenskonferenz in Annapolis. Der Revolutionsführer sagte den unfriedlichen Satz: „Wie alle wissen und wie man es schon an dem Namen der Herbst-Konferenz erkennt, handelt sich um ein herbstliches Ereignis und daher ist dessen Niederlage besiegelt.“ Er fügte hinzu: „Die Amerikaner sind bemüht die Niederlagen der künstlichen und usurpatorischen zionistischen Regierung wieder gut zu machen. [...] Aber die Wachsamkeit des palästinensischen Volkes und der islamischen Ummat und insbesondere des iranischen Volkes wird die Realisierung der unheilvollen Ziele der amerikanischen Regierung und der Konferenz verhindern.“ Die Völker würden sich in Richtung der „Ziele der islamischen Revolution“ bewegen, glaubt Ayatollah Ali Khamenei.

Der Großayatollah Nuri Hammedani hat ebenfalls die „Illegitimität der Konferenz von Annapolis“ verkündet und sagte: „Es ist eine Schande für die islamischen Länder, dass ein ungültiges und unrechtmäßiges Regime wie Israel über das Symbol der Größe des Islam, d.h. über Palästina, herrscht. Die Konferenz wolle lediglich die israelischen Ziele durchsetzen und die Intifada unterdrücken. Er fügte hinzu: „Der Westen will das palästinensische Volk obdachlos machen und die palästinensische Erde den Israelis überlassen.“

Über verräterische Regierungen und kompromissbreite Führer

Hojatoeslam Ali Mohammadi vertritt den iranischen Revolutionsführer bei den Bassiji. Beleidigt sagte er über die Konferenz von Annapolis: „Das wichtigste Ziel dieser Konferenz ist die Ausschließung des Iran.“ Der Iran solle von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen werden.



Die Studentenorganisation der Bassiji nannte die Teilnehmer der Verhandlungen „verräterische Regierungen und kompromissbreite Führer“. Ihr Sprecher fügte hinzu: „Das palästinensische Volk wird nicht erlauben, dass Dritte über es bestimmen.“

Die iranische Nachrichtenagentur Farsnews zitierte den Hamas-Politiker Sami Abusahri, der Bush und Abbas „verurteilte“. Er sagte über den palästinensischen Präsidenten: „Abbas hat die Würde unseres Volkes beleidigt, als er die Roadmap befürwortete und den palästinensischen Widerstand als terroristisch bezeichnete.“ Abbas habe dem „zionistischen Feind einen unentgeltlichen Bonuspunkt gegeben.“

Die iranische Regierung will um jeden Preis den Erfolg des Friedens-Fahrplans, den politischen Handlungsplan einer Friedenspolitik verhindern. Der Iran verfolgt das Ziel der Reislamisierung der islamischen Welt. Die Reaktionen der iranischen Politik auf die Friedenskonferenz in Annapolis liefern allein den besten Beweis, dass das iranische Regime ein ernsthaftes Hindernis für die Demokratisierung des Mittleren Ostens darstellt.

Iran: Wenn die Moral der Revolutionsgardisten sinkt ⁸¹

In Teheran soll noch in diesem Winter ein Kongress unter dem Motto „Die Rolle der Moral im asymmetrischen Krieg“ durchgeführt werden. Der Kongress soll der moralischen Schwächung der Pasdaran entgegen wirken. Tatsächlich sind einige Militärs in die USA übergelaufen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der Kongress wird unter Leitung eines Stellvertreters des religionspolitischen Führers des Iran, Ali Khamenei, stattfinden und soll dazu dienen, die Kampfmoral der Revolutionsgarden zu stärken. Dort soll die „operative Strategie“ des iranischen Militärs diskutiert werden. Der Organisator ist ein „wissenschaftliches“ Institut der Revolutionsgarden, das unter der Leitung des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei steht.

Die Revolutionsgardisten sind gefährdet, sagt Ayatollah Shirasi Ayatollah Makarem Shirasi begründete die Notwendigkeit eines solchen Kongresses damit, dass Drohungen gegen die Revolutionsgardisten zur Schwächung dieser „heiligen Institution“ führen könnten. Ihre islamische Kultur könnte verloren gehen und unter den Einfluss der westlichen Kultur geraten. Er warnte vor einem ideologischen Wandel der Pasdaran. Wenn die Revolutionsgarden keine islamische Kultur mehr hätten, würde diese „heilige Institution auseinanderfallen. Wenn sich die Pasdaran unter dem Einfluss der feindlichen Kulturinvasion ändern, wird der Iran kein

⁸¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061638/Iran-Wenn-die-Moral-der-Revolutionsgardisten-sinkt.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 07.12.07



mächtiger Staat mehr sein.“ Ayatollah Shirasi betonte, der Glaube der Pasdaran müsse gestärkt werden.

Die Pasdaran müssen gefestigt werden, sagt Hojatoleslam Saidi

Und der Vertreter des zweiten Revolutionsführers Hojatoleslam Walmoslemin Saidi hob hervor, dass jeder Revolutionsgardist drei Eigenschaften besitzen müsse: Er müsse militärisch gut ausgebildet sein. Zudem müsse er kulturell und in seinem Sicherheitsdenken gefestigt werden. Das heißt er müsse den Befehlen bis zum Äußersten gehorchen. Wenn ein Kämpfer im Jihad verhaftet werde, müsse er in den schwierigsten Lagen so stark sein, dass er niemals etwas verrät. Er müsse auch „bei einem Erdbeben der Stärke 10 auf der Richterskala Widerstand leisten können.“ Daher müsse ein revolutionärer Kämpfer wissen, dass im Falle seiner Verhaftung und Tötung er „hohe Stufen des Märtyrertodes“ erreichen werde und wenn er den Feind töte, werde er einen besonders großen Erfolg zeitigen. Daher müsse der Geist des Märtyrertodes und des Jihad bei den Pasdaran permanent gestärkt werden.

Die Moral im asymmetrischen Krieg

Sobhe Sadeq, eine Zeitung der iranischen Revolutionsgarden führte ein Interview mit Hojatoleslam Dr. Abdollah Haji Sadeqi, dem Leiter des „wissenschaftlichen Komitees“ des genannten Kongresses. Dr. Haji Sadeqi geht prinzipiell davon aus, dass das Rätsel des „Sieges der Islamischen Revolution und deren Fortsetzung während der heiligen Verteidigung“, so nannten die iranischen Machthaber den achtjährigen Krieg gegen den Irak (1980-88), auf die Einhaltung der „göttlichen Werte“ zurückzuführen seien. Zu den Zielen des Kongresses gehören Dr. Haji Sadeqi zufolge, die Stärkung der Moral im asymmetrischen Krieg. Die Moral gebe auch den „revolutionären Kräften Macht“. Diese Macht Sorge dafür, dass die Kämpfer weniger verletzbar werden. Moral bedeute zudem die Strategie, die dem Koran zufolge zum Sieg der Muslime führe.

Was Pasdaran von der Schlacht von Badr heute lernen können

Haji Sadeqi geht auf Beispiele aus dem frühen Islam ein. Er erwähnt die Schlacht von Badr, die auch im Koran, im Heiligen Buch der Muslime erwähnt wird. Der Prophet der Muslime, Mohammad, leitete persönlich diese Schlacht gegen die Mekkaner und gewann. Dr. Haji Sadeqi schreibt nun: „In großen Kriegen, zu Beginn der Geschichte des Islam, wie im Badr-Krieg waren die Möglichkeiten und die Ausrüstung der Muslime nicht vergleichbar mit denen der Feinde. Sie wurden aber von Gott beschützt, weil sie an göttliche Werte geglaubt haben und konnten daher große Siege erlangen.“ Sadeqi schließt von der Urgeschichte des Islam auf die heutige Zeit. Während der islamischen Revolution von 1979 und während des „Verteidigungskrieges der libanesischen Hisbollah gegen Israel“ sollen ähnliche Verhältnisse geherrscht haben.



In all diesen historischen und heutigen Szenarien seien die „revolutionären Kräfte in Hinblick auf Personenzahl, Operationen, Möglichkeiten und Ausrüstung und sogar Propagandamöglichkeiten viel schwächer als ihre Feinde, konnten sich aber auf das Prinzip der Moral stützen und große Siege erlangen.“ Das Ziel sei daher auch heute dieselbe Moral den Revolutionsgarden beizubringen. Im asymmetrischen Krieg verfüge die eine Seite über eine größere technologische Macht, aber die andere Seite setze auf „Moral, Mut und Opferbereitschaft.“ Die mächtigere Seite habe zudem große Schwächen, wie Angst vor dem Tod, schwache und kleine Zielvorstellungen vom eigenen Leben. Daher sollen Stärken, Schwächen, Taktiken und Strategien der Feinde herausgefunden werden, um den Krieg gewinnen zu können, predigt Sadeqi.

Warum die Kriege von damals nicht wiederholt werden können

Der Wille eine islamische Herrschaft auch heute durchzusetzen, muss scheitern. Fakt ist, dass der Islam in seiner historischen Dimension eine Zivilisation geschaffen hat, deren Verfallserscheinungen heute besonders sichtbar sind. Die soziokulturell betrachtet, positiven Impulse des Islam sind zeitlich und regional beschränkt. Daher muss der politische Wille, islamische Herrschaften nach gleichen Prinzipien wie vor knapp 1400 Jahren herzustellen in totalitären jihadistischen Bewegungen und totalitären Herrschaftsformen enden. Ein Wertewandel wird auch immer in islamischen Gesellschaften gefordert, besonders in Iran. Auch islamische Gesellschaften dürsten immer mehr nach Freiheit und universellen Werten moderner Demokratien.

Und was hat dies alles mit NIE zu tun?

Tatsächlich könnte die Angst vor dem Verfall der iranischen Revolutionsgarden berechtigt sein. Immer wieder fliehen hohe Offiziere in die USA und plaudern allzu weltliche Geheimnisse des islamischen Gottesstaates aus. Der neuste Bericht des national Intelligence Estimate (NIE) stützt sich auf Enthüllungen einiger übergelaufener Militärs. Es gibt auch Warner, die skeptisch die Frage aufwerfen, ob die Überläufer, die gegenwärtig die Weltpolitik beeinflussen, nicht vielmehr klassische Desinformationspolitik betreiben.

Kein westlicher Geheimdienst hat jemals den Bau einer Atombombe vorausgesehen

Für eine Atombombe muss die Islamische Republik Probleme des Baus der nötigen Sprengköpfe und Trägerwaffen lösen. Das Hauptproblem ist aber das fehlende angereicherte Uran. Das iranische Regime setzt ungeachtet der westlichen Forderungen seine Urananreicherung fort. Die Frage ist, ob die iranischen Machthaber die konsequente Haltung der Weltdiplomatie überhaupt ernst nehmen, oder sich schrittweise der Atombombe nähern.



Es gehört zu den historischen Tatsachen, dass kein westlicher Geheimdienst den Bau der sowjetischen Atombombe im Jahr 1949 oder die von China im Jahr 1964 oder die von Nordkorea im Jahr 2002 vorausgesehen hat.

Iranische Briefmarke für Mughniyeh ⁸²

Von Wahied Wahdat-Hagh

Imad Mugniyeh war langjähriger Operationschef der internationalen Abteilung der Hisbollah. Er wurde jahrelang von Interpol gesucht und am 12. Februar 2008 bei einem Bombenanschlag in Damaskus getötet. Das gesamte iranische Establishment trauert um Imad Mughniyeh alias Hadsch Reswan.

Als junger Mann arbeitete er für Arafats Leibgarde Force 17. Jihad Watch nannte ihn den „wahren König des Terrorismus“. Er war in den 1980er Jahren an Entführungen von Ausländern im Libanon beteiligt und verschleppte den CIA-Stationschef William Buckley. Er organisierte Anschläge auf die amerikanischen, französischen und israelischen Truppen in Beirut. Dabei starben 350 Menschen. Er soll mitverantwortlich sein für die Entführung der TWA 847 im Juni 1985 und für Lockerbie 1988. Er wurde zudem wegen der Anschläge auf die israelische Botschaft 1992 und das jüdische Zentrum in Buenos Aires 1994 von Interpol und dem FBI gesucht. Bei den Anschlägen in Buenos Aires starben 114 Menschen.

Iranische Briefmarke und ein Denkmal in Teheran zur Ehrung von Mughniyeh

Mughniyeh stand seit den 80er Jahren auf US-amerikanischen Fahndungslisten. Der persisch, englisch, französisch, deutsch und arabisch sprechende Topterrorist bekam stets Unterstützung von der iranischen Staatsführung. Im Iran gilt Mughniyeh als „ein legendärer Soldat des islamischen Widerstandes.“ Farsnews berichtete, dass eine Briefmarke für Mughniyeh und für eine Reihe anderer „Märtyrer“ gedruckt werde, die im Krieg gegen den Irak [1980-88] und bei den Kämpfen der Hisbollah im Libanon umgekommen seien.

Die Nachrichtenagentur Tabnak meldete, dass in Teheran ein Denkmal zur Erinnerung an Mughniyehs „Märtyrertod“ errichtet werden soll.

Von Khamenei über Ahmadinedschad bis Khatami und Mottaki Der iranische Außenminister Manouchehr Mottaki eilte gemeinsam mit einer „hochrangigen Delegation“ nach Beirut, um an der Beerdigung von Imad Mughniyeh teilzunehmen. Er vertrat dort das gesamte islamistische Spektrum, das seit 29 Jahren Iran regiert.

⁸² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/iran-aktuell/article6061658/Iranische-Briefmarke-fuer-Mughniyeh.html>
22.02.08



Der Führer der Islamischen „Republik“ Iran Ali Khamenei schrieb in einem Brief an Hassan Nassrallah, dass Mughniyeh „voller Liebe und Leidenschaft für den Dschihad auf dem Wege Gottes den Märtyrertod gestorben“ sei. Er habe „gegen die Unterdrückung gekämpft“. Das libanesisches Volk könne auf dessen Tod stolz sein. Sein Tod sei wie ein „Heldenepos, das die Völker erwecken wird und zum Modell der Jugend wird.“ Die „blutrünstigen Zionisten“ sollten wissen, dass der „Duft des Blutes solcher Märtyrer Hunderte neue Mughniyehs schaffen werde“, so der Führer des Iran, der sich als Stellvertreter Gottes auf Erden versteht.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinedschad schrieb an Hussein Nassrallah über den „demütigen Märtyrertod von Imad Mughniyeh.“ Dieser habe die „Unabhängigkeit und Ganzheit Libanons verteidigt.“ Er sei „nicht das erste und nicht das letzte Opfer auf dem Wege der Verteidigung des Glaubens an Gott, der Freiheit und der Verteidigung der Würde der Völker“ und er werde „auch nicht das letzte Opfer auf diesem Wege sein.“ Im Iran geht man davon aus, dass der israelische Geheimdienst für den Tod Mughniyehs verantwortlich sei. Die Israelis hätten ihre „Existenzphilosophie verloren und diese Verbrechen werden ihr Leben noch mehr verkürzen.“ Israel distanziert sich allerdings von dem Bombenattentat, bei dem Imad Mughniyeh umgekommen ist.

Und der Vorsitzende des iranischen Pseudoparlaments Qolamali Hadadadel bezeichnete Mughniyeh als einen „Mudschahed“. Die iranischen „Parlamentarier“ riefen in einer „Parlamentssitzung“ Parolen wie „Tod für Amerika“ und „Tod für Israel“, meldete ISNA. Und für Ayatollah Makarem Shirasi sei mit „dem Märtyrertod von Hadsch Imad Mughniyeh die Legitimität der Hisbollah bewiesen worden.“

Für den linksislamistischen früheren Präsidenten Mohammad Khatami war der Topterrorist „die Manifestation des Widerstandes und einer bescheidenen Demütigkeit.“ Khatami sagte: „Wir leben in einer Zeit, in der die Völker der Welt erwachen. Ich hoffe, dass ich eines Tages Zeuge der Befreiung des palästinensischen Volkes und der Errichtung der Gerechtigkeit sein werde.“

Kazem Dschlali, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des iranischen Pseudoparlaments, kritisierte die westliche Welt insgesamt, die eine „dualistische Logik im Hinblick auf den Terrorismus“ habe.

Hisbollah, Hamas und Dschihade Islami sind sich mit der iranischen Führung einig

Hassan Nassrallah, Führer der Hisbollah, hat Farsnews zufolge bei den Beisetzungsfestlichkeiten gesagt, dass das „Blut Mughniyehs Israel von der Bildfläche der Geschichte löschen werde.“ Kayhan berichtete, Nassrallah habe angekündigt, „den Krieg gegen Israel außerhalb des Libanon fortzusetzen.“ Für Hamas-Führer Musa Abu Marzook bedeutet der Tod Mughniyehs einen „Schaden für alle Palästinenser.“



Der Tod von Imad Mughniyeh hat erneut bewiesen, dass der Iran jedenfalls eine andere Sicht des Terrorismus hat als demokratische westliche Staaten.

Hassan Khomeini, Ali Laridschani, Mohammad Javad Laridschani, Mohammad Baqer Qalibaf, Mohssen Rezai, Rafsandschani, General Safawi und verschiedene islamische Stiftungen, wie die Märtyrerstiftung und islamische Studentenorganisationen und die „reformorientierte“ Partizipationsfront solidarisierten sich mit dem Kampf eines Mughniyehs.

Kayhan meldete, dass die geplanten US-amerikanisch-iranischen Gespräche verschoben wurden.

Besonders besorgniserregend ist das Anwachsen der Terrorgefahr in Deutschland. Es gibt ausreichend Anzeichen dafür, dass der Aktionskreis des Terrorismus sich auf Europa ausweiten wird. Seit 29 Jahren unterstützt der Iran finanziell, politisch und propagandistisch den islamistischen Terrorismus und verherrlicht den Märtyrertod. Es lohnt sich in diesem Zusammenhang einen den „Märtyrertod“ verherrlichenden Film des iranischen Staatsfernsehen anzuschauen.

Die libanesische Hisbollah und die iranische Konfrontationspolitik⁸³

Die Hisbollah und das iranische Regime feiern ihren „zweiten Sieg“ innerhalb von zwei Jahren. Die Siege totalitärer Bewegungen zeitigen jedoch keinen Frieden und bergen vielmehr neue, noch gewalttätigere Konflikte in sich.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete am 27. April von der Verhaftung von Karim Pakzad durch die „Brüder der Hisbollah in Beirut“. Pakzad ist Mitglied der Sozialistischen Partei in Frankreich und dort zuständig für den Iran. IRNA zufolge habe Pakzad gemeinsam mit Valid Junblat, Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei des Libanon, vorgehabt mit der „Widerstandsbewegung der Hisbollah abzurechnen.“ Pakzad wurde nach fünf Stunden Verhör am 26. April von der libanesischen Hisbollah wieder frei gelassen.

Vorgeschichte: Die Verhaftung von Karim Pakzad

Sobhe Sadeq, Wochenzeitschrift der iranischen Revolutionsgardisten, berichtete in dem Zusammenhang, Pakzad sei ein Agent des „zionistischen Regimes“. Pakzad habe gemeinsam mit Valid Junblat in einer Pressekonferenz das

⁸³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061676/Die-libanesische-Hisbollah-und-die-iranische-Konfrontationspolitik.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 16.05.08



Kommunikationsnetzwerk, gemeint ist ein privates Telefonsystem, der Hisbollah kritisiert, da Dank dieser technologischen Möglichkeit die Hisbollah eigenwillig Menschen verhaften und Terroranschläge ausüben würde, ohne dass die Regierung die Machenschaften der Hisbollah kontrollieren könne. Junblat habe das unkontrollierte Kommunikationsnetzwerk der Hisbollah als illegal bezeichnet.

Die iranischen Pasdaran warnen, dass die politische Führung der Gruppe 14. März, zu denen Junblat gehört, „in Zukunft auf weitere unerwartete Ereignisse gespannt sein könne.“ Denn die Gruppe 14. März diene einem israelisch-US-amerikanischen Plan, wenn sie sich gegen die Hisbollah stelle, so der Bericht der iranischen Revolutionsgardisten. Die Regierung des Ministerpräsidenten Fouad Seniora stehe im Dienste der USA, die den Libanon und den libanesischen Flughafen in Beirut kontrollieren wollen.

Das Kommunikationsnetzwerk als eine „Waffe des Widerstandes“

Dr. Heshmatollah Falahatpishe ist Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des iranischen Pseudo-Parlaments. Er analysierte in der iranischen Zeitung Resalat die Lage im Libanon wie folgt: Die Winograd Kommission, die das militärische Engagement Israels in Libanon im Jahre 2006 untersucht habe, sei zu dem Ergebnis gekommen, dass „das Kommunikationsnetzwerk der Hisbollah eine der Ursachen ihres Sieges gewesen sei“. Am Samstag, dem 3. Mai habe daraufhin Walid Junblat, führendes Mitglied der Gruppe 14. März, die Existenz eines Kommunikaitonsnetzwerkes der Hizbollah auch an sensiblen Orten wie dem Flughafen von Beirut kritisiert. Der Beiruter Flughafen wird von Rafiq Shaqir geleitet. Valid Junblat forderte die Entlassung von Shaqir. Er kümmere sich zu wenig um die Sicherheit seines Landes. Daraufhin erklärte die Hisbollah ihr Kommunikationsnetzwerk zu einer „Waffe des Widerstandes und erklärte, jede Hand abzuschlagen, die diese Waffe anfassen wolle,“ so Falahatpishe. Die Hisbollah verhinderte mit militärischen Mitteln, die einem Putschversuch ähnelten, ein Verbot ihres Kommunikationsnetzwerkes und feierte damit ihren zweiten „Sieg“ innerhalb von zwei Jahren.

Falahatpishe: Hisbollah führt einen "Stellvertreter-Krieg"

Falahatpishe weiß, dass die Hisbollah im Rahmen des Demokratisierungsprogramms eines „Broader Middle East“ als eine „Zielscheibe der amerikanischen und israelischen Verschwörungen gilt.“ Für den iranischen Experten sind ferner Walid Junblat und seine drusischen Kämpfer ein großes Problem, denn ihnen wird die Schuld gegeben, dass „Israel 1982 Süd-Libanon besetzt hat“. Zudem habe Ministerpräsident Fouad Siniora westliche Regierungen aufgefordert sich im Libanon einzumischen, also ist demnach auch Siniora ein Problem. Denn im Libanon soll der Islam herrschen, unter der Führung des iranischen Gottesstaates.



Falahatpishe kommt zu dem Schluss, dass die Hisbollah explizit einen „Stellvertreter-Krieg“ führt. Gegenwärtig sei die „Hisbollah der Vertreter der islamischen Welt in der ersten Frontlinie gegen die Zionisten.“ Während einige arabische Führer offizielle Gratulationsbriefe zum 60-jährigen Staatsjubiläum nach Israel schreiben, erreiche es die „Hisbollah, den Geschmack der zionistischen Festlichkeiten zu verbittern.“ Die Muslime sollen dem Kampf der Hisbollah „Legitimität“ verleihen, anstatt eine „abweichende versöhnlerische Linie“ zu fördern.

„Counter-Putsch“

Auch die Zeitung Entekhab von der Partizipationsfront, die Ex-Präsident Khatami unterstützte, solidarisiert sich mit Hisbollah und spricht von dem „verdächtigen Befehl“ des „illegalen“ libanesischen Ministerpräsidenten Fouad Seniora . Auch für diese Zeitung wird die libanesischen Regierung von den USA und einigen Mächten im Mittleren Osten unterstützt.

Die Zeitung der Pasdaran, Basirat, zitiert den früheren libanesischen Ministerpräsidenten Salim al-Hass wie folgt: „Die Amerikaner und die Israelis wollen mit der Vernichtung Hezbollahs die Widerstandskraft in der Region zerstören.“ Die Amerikaner beabsichtigen „die Kluft zwischen Syrien und Saudi-Arabien zu vergrößern,“ weiß Basirat zu berichten.

Der syrisch-iranische Konsens gegen die USA

Basirat schrieb in einem weiteren Artikel, dass „die US-Politiker längst erkannt haben, dass ihre Forderung Syrien und der Iran mögen ihre Hilfe für Hisbollah stoppen, keine Wirkung zeitige.“ Basirat schreibt, dass die Hisbollah keinen Putsch, sondern „einen Counter-Putsch“ unternommen habe, um dem „Putsch der Gruppe 14. März zuvorzukommen.“

Die Frage sei ferner warum Saad ed Deen Rafiq al Hariri nach langer Zeit nach Libanon zurückgekehrt sei. Dieser wolle mit Hilfe der USA Ministerpräsident werden. Das Ziel sei die „Stationierung der US-Armee an den syrisch-irakischen Grenzen.“ Zudem solle Syrien wegen seiner Einmischung in die Angelegenheiten des Irak und des Libanon und wegen des syrischen Atomprogramms verurteilt werden. Außerdem solle möglichst schnell ein internationales Gericht wegen der Ermordung von Rafiq Hariri, Vater von Saad Rafiq al Hariri, einberufen werden.

Iran und Syrien sind sich einig, dass ein solches internationales Gericht nicht zustande kommen darf.

Und die Hisbollah weiß, wofür sie kämpft. Dr. Mohammad Mohssen, Vertreter der libanesischen Hisbollah sagte laut ISNA: „Imam Khomeini lebt noch. Wir spüren seine Präsenz in unseren Kämpfen.“

Iranische Außenpolitik im Libanon ist der Prüfstein für Kooperation mit dem Westen



Das iranische Regime beweist im Libanon, dass es keine Kooperation mit westlicher Politik beabsichtigt. Wie Hojatuleslam wal-Muslemin Seyyed Ahmad Mussawi, iranischer Botschafter, betonte, wird „ohne Jihad, Widerstand und Einheit nie die Freiheit erreicht werden.“ Dabei ist das iranische Verständnis von Freiheit ein anderes, als dasjenige westlicher Demokratien.

Es wird sich historisch als Fehler erweisen, dass Europa nicht ausreichend Druck ausgeübt hat, um die Resolutionen 1559 (2004) und 1701 (2006) des UN-Sicherheitsrates umzusetzen. Darin wird die Entwaffnung aller bewaffneten Gruppen in Libanon gefordert. Inzwischen wurde die Hisbollah mit iranischen Waffen wie Salzal 2, Raad 1 und 2, Khabir 1 und 2 und 3 ausgerüstet.

Der Iran spricht von Zusammenarbeit mit dem Westen im Kampf gegen den Terrorismus. Dabei ist der Prüfstein für den Kampf gegen den Terrorismus die Entwaffnung Hezbollahs im Libanon und die Anerkennung Israels. Das iranische Regime betrachtet jedoch die Hisbollah als eine „Befreiungsbewegung“ und Israel als illegitim. Diese Konfrontationspolitik wird den Mittleren Osten in eine Katastrophe stürzen und den Frieden verunmöglichen.

Iranische Behörden fürchten eine Trauerversammlung ⁸⁴

Vor zehn Jahren wurde das Ehepaar Forouhar im eigenen Haus bestialisch ermordet. Eine öffentliche Gedenkversammlung anlässlich des Jahrestages der Ermordung wurde verboten.

von Wahied Wahdat-Hagh

Dariush Forouhar war 1979 der erste Minister für Arbeit unter Khomeini. Heute hat die iranische Regierung Angst, eine Gedenkversammlung anlässlich der Ermordung des Ehepaares Forouhar könnte sich zu einer Protestdemonstration ausweiten.

Parwaneh Eskandari Forouhar und Dariush Forouhar wurden am 21. November 1998 von Agenten der iranischen Diktatur in ihrem eigenen Haus ermordet. Sie wurden mit Dutzenden von Messerstichen ermordet. Allein im Körper von Parwaneh Eskandari Forouhar wurden 25 Messerstiche festgestellt.

Die Mörder waren Agenten des iranischen Geheimdienstes

Diese politischen Morde waren Teil einer Mordserie, in der gezielt auch zwei Mitglieder des Schriftstellerverbandes, Mohammad Mokhtari und Mohammad Djafar

⁸⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061698/Iranische-Behoerden-fuerchten-eine-Trauerversammlung.html> 28.11.08



Pouyandeh, sowie zwei politische Aktivisten, Madjis Sharif und Piruz Dawani, liquidiert wurden. Die Mörder waren Agenten des iranischen Geheimdienstes.

Oppositionelle Parteien und Organisationen waren schon zu Beginn der 80er Jahren verboten worden. Dariush Forouhar gehörte zu den führenden Mitgliedern der Hezebe Mellate Iran, die offiziell verboten ist.

In einem Interview mit Roozonline wies Parastou Forouhar, die Tochter des ermordeten Ehepaares, auf die Frage, warum eine Gedenkversammlung verboten worden sei, auf die Geschehnisse der letzten Jahre hin. Bei dieser Gedenkversammlung seien Reden über die gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen ihrer Eltern gehalten worden. Sie waren immerhin für eine Trennung von Staat und Religion. Ihre Ideen seien in der Gesellschaft bekannter geworden und immer mehr Menschen seien zu der Überzeugung gekommen, dass die Wahrheit über die Morde aufgedeckt werden müsse.

Angst vor einer neuen Protestbewegung

Trotz aller Versprechungen habe die Justiz nichts für die Wahrheitsfindung in der Frage, wer die Verantwortlichen für die politischen Morde waren, unternommen.

Die politisch Verantwortlichen wollten und wollen gar nicht, dass über diesen Fall gesprochen werde, denn dann würden auch Fragen über die politischen Morde der letzten 30 Jahre laut ausgesprochen werden. Und dies könnte zu einer neuen Protestbewegung führen.

Parvaneh Forouhar berichtet, man habe am Gedenktag in diesem Jahr gar Wege und Straßen, die zum Haus ihrer Eltern führen, gesperrt, damit niemand in das Haus ihrer Eltern kommen könne.

Auf die Frage, was sie annehme, wer für die Ermordung ihrer Eltern verantwortlich sei, antwortete sie, man habe versucht die Verantwortlichen zu decken. Zwei Beamte seien verhaftet worden, weil sie angeblich „selbständig“ gehandelt haben. Dabei habe sie selbst Gerichtsakten gelesen, in denen die verhafteten Beamten, Mehrdad Alikhani und Mostafa Kazemi, erklären, sie hätten Befehle von Vorgesetzten bekommen, und zwar vom damaligen Minister Ayatollah Dori Najafabadi.

Die Dahtzieher werden bewusst gedeckt

Daher seien die im Gericht behandelten Akten vorher manipuliert worden. Diese seien auch nicht vollständig. Parvaneh Forouhar betont, man habe aber immerhin erste positive Schritte unternommen und die für die Morde Verantwortlichen im Geheimdienst ausfindig gemacht. Diese hätten selbst zugegeben auch in früheren Fällen an „physischen Liquidierungen“ beteiligt gewesen zu sein und entsprechende Befehle von oben erhalten zu haben. Und niemand sei bereit die Oberen zur



Rechenschaft zu ziehen. Die Justiz habe kein Interesse die staatlichen Drahtzieher für die politischen Morde zur Verantwortung zu ziehen.

Eine parlamentarische Kommission habe sogar eingestanden, die Akte sei bei „unerreichbaren“ Personen angekommen. Die Drahtzieher, die offenbar hohe Ämter im Staat inne haben, werden bewusst gedeckt. Parastou Forouhar berichtet, dies sei der Grund dafür, dass sie sich an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen gewandt habe. Ihre Beschwerde und die eingereichten Akten seien offiziell registriert worden. Die UN-Kommission habe eine Anfrage bei den iranischen Behörden gestellt, bisher sei jedoch keine Antwort erfolgt.

Die Angehörigen der Ermordeten haben keine Bürgerrechte im Iran

Khosro Seif, führendes Mitglied der Hesbe Mellat, der iranischen Volkspartei, sagte gegenüber der Roozonline, dass die Angehörigen der ermordeten Familie Forouhar keine Bürgerrechte im Iran haben. Er begründete dies mit der Tatsache, dass die Angehörigen, insbesondere die Tochter, Parastou Forouhar, und der Sohn, Arash Forouhar, sich zwar im engen Familienkreis privat versammeln, aber keine öffentliche Gedenkversammlung anlässlich der Ermordung der Eltern durchführen dürften.

Seif kritisierte, dass die Regierung zwar immer von „Gerechtigkeit“ spreche, aber den Familienangehörigen der Forouhars noch nicht einmal erlaube eine Trauerversammlung abzuhalten.

Iran unterstützt militante Dschihadisten ⁸⁵

Sunnitische und schiitische Dschihadisten kämpfen gemeinsam gegen den „westlichen Feind“. Dabei spielt der Iran eine führende ideologische, organisatorische, finanzielle und militärische Rolle.

von Wahied Wahdat-Hagh

Trotz aller Differenzen können Sunniten und Schiiten militärisch zusammenarbeiten. Die schiitische „Islamische Republik Iran“ bedient die schiitische Hisbollah und die sunnitische Hamas, beide sind islamistische Terrororganisationen. Eine Zusammenarbeit von Sunniten und Schiiten wurde bisher von vielen Experten für unmöglich gehalten. Die Praxis der militanten Dschihadisten der Hamas und der Hisbollah beweist jedoch, dass eine Kollaboration unterschiedlicher islamistischer Terrorgruppen mit dem totalitären iranischen Regime und gegen den „gemeinsamen Feind“ durchaus möglich ist. Die historischen religiösen Differenzen zwischen

⁸⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061702/Iran-unterstuetzt-militante-Dschihadisten.html>
10.01.09



Schiiten und Sunniten spielen heute im Kampf gegen den „Westen“ die geringste Rolle. Längst versucht der Iran mit seiner Revolutionsexportpolitik die sunnitischen und die schiitischen Bewegungen zu führen. Iranische Religionspolitiker nehmen den Ashura-Kult heute als Vehikel zur Mobilisierung gegen den gemeinsamen westlichen Feind. Am Ashura-Tag, 7.1.2009, gedenken die Schiiten des Todes Imam Husseins.

Auch der religiöse Kult der Ashura wird pervertiert

Im Jahr 61 der islamischen Zeitrechnung wurde Imam Hussein in Kerbala im Kampf gegen den sunnitischen Yazid getötet. Die Schlacht von Kerbala gilt bis heute als das Ereignis, das zur endgültigen Abspaltung der Schiiten von den Sunniten führte. Während die Schiiten sich an Imam Ali und insgesamt an den 12 Imamen orientieren, gilt für Sunniten der Kalif Abu Bakr als der Nachfolger des Propheten Mohammad. Heute werden die Kämpfe der sunnitischen Hamas verglichen mit den Kämpfen des schiitischen Imam Hussein gegen den zweiten sunnitischen Kalifen der Umayyaden (680-683), den Yazid. Iranische Staatskleriker und Politiker ziehen eine Parallele zwischen dem sunnitischen Yazid und den Juden, den Israelis, den Amerikanern, den Westlern. Der Westler wird gleichgesetzt mit dem sunnitischen Yazid von damals. Der Kampf gegen den neuen Yazid, den Westler, manifestiert sich heute politisch als Unterstützung für die sunnitisch-dschihadistische Hamas. Denn die Hamas ist neben der libanesischen Hisbollah eine militärische Säule der iranischen Revolutionsexportpolitik. Gemeinsam mit der Hamas, die als sunnitische Organisation heute offenbar nicht mehr den sunnitischen Yazid verkörpert, führt der Iran nun seinen Stellvertreterkrieg gegen den Westen.

Schwerter gegen den „Feind“

Traditionell praktizieren Schiiten während der Ashura „Qamesani“; dabei wird die Kopfhaut mit einem Schwert angeritzt. In diesem Jahr zielt das Schwert auf den „Feind“: Der Freitagsprediger von der iranischen Stadt Hamedan, Ayatollah Qiasuldin-Tah-Mohammadi, sagte, man solle die „Schwerter auf die Köpfe der Zionisten hauen und nicht auf die eigenen“, berichtete Farsnews am 2.1.2008. Der Religionspolitiker sagte: „Wenn Schiiten schreien, weinen, sich geißeln, trauern sie um Imam Hussein, das ist alles politisch.“ Und nachdem er seine Solidarität mit der sunnitischen Hamas bekundete, sagte er: „Das marxistische und kommunistische System des Ostens ist zusammen gebrochen und bald wird auch die gottlose Schule und die illegitime Welt des Westens und Amerikas in den Mülleimer der Geschichte gepackt werden.“ Der Ayatollah aus Hamedan meinte gar, dass die „westlichen Mächte einen dritten Weltkrieg vorbereiten.“ Er verglich explizit Bush, Olmert und Barak mit Hitler. Die islamistischen Staatsideologen des Iran wollen die gesamte islamische Welt führen und versuchen daher politisch die religiösen Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten aufzuheben, indem sie einen gemeinsamen Feind proklamieren. Diese Solidarität ist besonders dann erfolgreich, wenn die totalitäre Interpretation der Islamisten stets die projektive Haltung propagiert, der Westen wolle



den Islam zerstören. Somit wird der islamistische Heilige Krieg permanent als ein „legitimer Verteidigungskrieg“ definiert, als ein „gerechter Krieg“ gegen den Westen, der angeblich den Islam zerstören will.

Qaradwi fordert die „Vernichtung der Besatzer“

Und trotz aller gegenteiligen Aussagen von Islamwissenschaftlern in den letzten Jahren funktioniert die politische Kollaboration verschiedener islamistischer Gruppierungen, zwischen Schiiten und Sunniten genau aus dieser politischen Konstruktion des feindlichen Westens sehr gut: Kein Geringerer als Youssef Qaradawi, sunnitische Mufti, erklärte in Bezug auf den Hamas-Israel-Konflikt: „Es ist die Pflicht aller Muslime, von Jakkarta bis nach Riad aufzustehen und Gaza zu verteidigen. Bis der Feind vom islamischen Gebiet vertrieben ist, dürfen sie keine Ruhe geben.“ Qaradawi versicherte der Hamas: „Seid euch sicher, das Herz der muslimischen Gemeinschaft ist mit Euch.“ Qaradawi forderte alle Muslime der Welt auf zu beten, bis die „Besatzer vernichtet worden sind.“ Zudem sollen die „Muslime der Welt finanzielle Hilfen für Palästina leisten“.

„Internationale Widerstandszellen“

Auch „Bassiji-Schwestern“, die einer Einheit der Revolutionsgardisten in der iranischen Provinz Khorassan angehören, haben sich zu Wort gemeldet. Sie wollen dem Befehl des religiösen und politischen Führers des Iran Ali Khamenei folgen und „keinen Versuch unterlassen“, um Gaza zu helfen. Ausdrücklich erklärte eine Sprecherin, sie seien bereit, „ihr Hab und Gut und ihr Leben zu schenken“. Gleichzeitig versammelten sich freiwillige Bassiji-Studenten seit Ende Dezember an mindestens sechs iranische Flughäfen. Sie sind in weißen Märtyrerhemden gekleidet und erklären ihre Bereitschaft nach Gaza zu fliegen, um dort als „Märtyrer“ zu sterben. Am 3.1.2009 haben laut Farsnews iranische Bassiji-Studenten die „revolutionäre Hinrichtung des ägyptischen Präsidenten gefordert.“ Sie haben ein Kopfgeld von einer Million Dollar für denjenigen versprochen, der Mubarak ganz gleich wo in der Welt tötet. Hojatoleslam wal Moslemin Mohammadian, Vertreter von Ali Khamenei, begrüßte die Bereitschaft der jungen Bassiji und bestätigte das Lob des Führers und fügte hinzu, dass diese Aktionen „einen Beginn sind für die Bildung von internationalen Widerstandszellen von Bassiji, um die Herrschaft der Gottlosigkeit zu beenden. Deshalb ist der Kampf nicht zu Ende und wie der Imam [Khomeini] sagte, wird der Kampf weiter gehen solange die Unterdrückung vorherrscht. Und solange der Kampf existiert, wird es uns auch geben,“ so der Vertreter des Staatsoberhauptes der „Islamischen Republik Iran,“ am 5.1.2009 in Teheran. 70.000 „Esteshhadi“, freiwillige Selbstmordattentäter, haben sich auf Listen der Bassiji-Einheiten eingetragen, um in Gaza den „Jihad gegen den zionistischen Feind zu führen.“ Diese dürfen jedoch den Iran gegenwärtig nicht verlassen. Ali Khamenei hat gesagt, dass der Iran der Hamas in jeglicher Hinsicht helfen wird. Khamenei bedankte sich bei den Studenten, die an den Flughäfen protestierten, aber er genehmigte nicht ihre Ausreise und entschuldigte sich mit den Worten:



„Gegenwärtig sind unsere Hände gebunden, berichtete Farsnews am 7.1.2009. Tatsächlich ist dieses Phänomen keineswegs neu. Die Hisbollah wurde von iranischen Pasdaran zu Beginn der 80er Jahre ausgebildet. Schon damals sollten die Hisbollah-Einheiten im Iran ausgebildet werden, als dass zu viele Revolutionsgardisten nach Libanon gehen. Sunnitische, schiitische und sogar stalinistische Terrorgruppen treffen sich seit Jahren in Teheran und halten dort jährliche Konferenzen ab. Schon im Juli 2006 bildeten sich Tausende freiwillige Selbstmordattentätergruppen im Iran, die weltweit militärische Aktionen durchführen wollen.

Staatlich verordnete Jihad

Am Sonntag, den 28.12.2008 bezeichnete Ali Khamenei, der politische und religiöse Führer des Iran, den Staat Israel als „Kafir Harbi“, als „kriegerischer Ungläubiger“. Nach islamischem Gesetz gilt gegen „Kafir Harbi“ das Kriegsrecht. Demnach können „kriegerische Ungläubige“ unterschiedlich bestraft werden: Sie können getötet werden, sie können versklavt werden, sie können vertrieben werden oder ihr Eigentum darf als Kriegsbeute genommen werden. Der Kriegszustand kann nur beendet werden, wenn der „kriegerische Ungläubige“ den Islam annimmt oder sich der islamischen Herrschaft unterwirft. Ein Friedensvertrag mit den „kriegerischen Ungläubigen“ kann es nur in Form eines begrenzten taktischen Waffenstillstandes geben. Ein solcher „Hudna“ darf höchstens 10 Jahre lang dauern. Solange die islamistischen Terrororganisationen der Hamas und der Jihade Islami vom Iran gesteuert werden und diese totalitären Bewegungen die Errichtung einer islamischen Herrschaft nach der islamistischen Interpretation eines Friedens verfolgen, bleibt jeder Friedensversuch ohne Erfolg. Ali Khamenei hat Israel als einen „Kafar Harbi“ bezeichnet und explizit die „Nachsichtigen“ gewarnt. Er warnte auch die ägyptische und die jordanische Regierung, die eine Politik verfolgen, die von Israel begrüßt werde. Auch die europäischen Regierungen verhalten sich in dem gegenwärtigen Gaza-Konflikt indifferent und beteiligen sich an der „antiislamischen Front“, kritisierte der iranische Führer. Khamenei stachelte die arabischen Regierungen und islamischen Geistlichen der arabischen Staaten auf und fragte sie, ob die „Zeit nicht gekommen sei, dass sie die Gefahr für den Islam und für die Muslime spüren.“ Khamenei sagte: „Alle palästinensischen Kämpfer und alle Gläubigen in der islamischen Welt sind verpflichtet, auf jede erdenkliche Weise die Frauen und Kinder und die unschuldigen Menschen in Gaza zu verteidigen; jeder, der auf diesem Weg getötet wird, gilt als Märtyrer. Er kann mit den Märtyrern der Kämpfe von Badr und Ohod einen Platz neben dem Propheten einnehmen.“ Mit diesem Vergleich ordnet Ali Khamenei militärische Operationen von Terrororganisationen von Hamas, Jihade Islami und Hisbollah in dieselbe Stufe ein, wie die Kämpfe des Propheten Mohammad im Jahre drei der islamischen Zeitrechnung. Khamenei befahl zudem der „Organisation der Islamischen Konferenz“ (OIC) eine „Einheitsfront“ gegen Israel zu bilden. Mit der Einstufung Israels als „Kafir Harbi“ setzt das iranische Regime die Idee des islamischen Revolutionsexports fort und ruft alle Muslime zum Jihad gegen Israel auf.



Zeitung verboten

Die Teheraner Zeitung Kargozaran wurde am 31.12.2008 verboten. Kargozaran hatte Auszüge aus einer Erklärung der Studentenorganisation veröffentlicht, in der die „israelischen Verbrechen verurteilt wurden.“ Weiter hieß es dort: „Genauso unmenschlich ist es aber, wenn terroristische Gruppen sich in Krankenhäusern und in Kindergärten verstecken, so dass infolge von Angriffen Kinder und Zivilisten sterben.“ Ein verantwortlicher Redakteur der Zeitung gab gegenüber der Wirtschaftszeitung Sarmaye an, dass die Redaktion in verschiedenen Beiträgen die „israelischen Verbrechen verurteilt habe.“ Die Meinung der Studenten werde keineswegs von der Redaktion geteilt, dennoch sei die Zeitung verboten worden.

Iranische Politiker fordern die Hinrichtung von Salman Rushdie ⁸⁶

Iranische Politiker bestehen auch in diesem Jahr auf die Hinrichtung von Salman Rushdie. Ein fiktiver Roman wird von iranischen Islamisten als die „schlimmste Form des Terrorismus“ wahrgenommen.

von Wahied Wahdat-Hagh

Rückblick: Am 14. Februar 1989 verkündete Ayatollah Khomeini das Todesurteil für den Schriftsteller Salman Rushdie. In einem Artikel, der am 13. Februar 2009 in der IRNA erschien, ist der Wortlaut des Todesurteils gegen Salman Rushdie erneut abgedruckt worden.

Darin heißt es: „Ich erkläre allen stolzen Muslimen weltweit, dass der Verfasser des Buches Satanische Verse gegen den Islam, den Propheten und den Koran ein Buch verfasst, gedruckt und veröffentlicht hat. Auch die informierten Verleger solcher Inhalte sind zum Tode verurteilt. Ich fordere die mutigen Muslime auf, überall wo sie diese finden, sie sofort hinzurichten, damit sich niemand mehr traut die Heiligtümer der Muslime zu beleidigen. Jeder [Muslim], der auf diesem Wege stirbt, ist ein Märtyrer, so Gott will. Darüber hinaus, falls jemand den Aufenthaltsort des Verfassers kennt, ihn jedoch nicht persönlich hinrichten kann, soll er die Bevölkerung informieren, damit dieser [Rushdie] seinen Lohn bekommt.“

Das iranische Regime denkt nicht daran das Todesurteil aufzuheben

Am 13. Februar 2009 veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Interviews mit verschiedenen iranischen Politikern und Experten, die die Gültigkeit des Todesurteils gegen Salman Rushdie hervorhoben. Das iranische Regime ist nicht bereit auch nur

⁸⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061708/Iranische-Politiker-fordern-die-Hinrichtung-von-Salman-Rushdie.html> 20.02.09



eine Haaresbreite von seinen Positionen gegenüber den westlichen Staaten abzurücken.

Sattar Hedayatkhah, Mitglied der Kommission für Kultur des islamistischen „Parlaments“ des Iran sagte gegenüber IRNA am 13. Februar 2009: „Diese Fatwa kann niemals revidiert und aufgehoben werden.“ Hedayatkhah ist der Überzeugung, dass dieses Urteil auf der Scharia, dem islamischen Gesetz, basiert. Er sagte gegenüber IRNA: „Dieses Urteil wird von allen sunnitischen und schiitischen Wissenschaftlern geteilt und es gibt diesbezüglich überhaupt keinen Dissens unter den muslimischen Wissenschaftlern.“ Hedayatkhah sagte explizit, dass die „Notwendigkeit der Durchführung der Fatwa täglich wächst.“ Er begründete die vermeintliche Notwendigkeit der Tötung von Salman Rushdie mit den „wachsenden Wellen der Kulturexpansion des Feindes, insbesondere des zionistischen Regimes, das die islamischen Heiligtümer beleidigt.“

Mohammad Karamirad, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des iranischen Majless sagte über die Fatwa von Ayatollah Khomeini: „Die Fatwa von Imam Khomeini beruhte auf der Abtrünnigkeit von Salman Rushdie. Es war ein Urteil, das auf den heiligen Gesetzen des Islam beruht.“ Karamirad meint ebenfalls, dass dieses Urteil nicht politisch gewesen sei und da ihm nur religiöse Gesetze zugrunde gelegt worden seien, könne diese Fatwa nicht verändert werden.

Die Fatwa könne nicht verändert werden

Ein weiteres hochrangiges Mitglied derselben Kommission der nationalen Sicherheit und Außenpolitik des islamistischen „Parlaments“, Hussein Sobhaninia, der sogar den Vorsitzenden der genannten Kommission vertritt, meinte: „Salman Rushdie hat in diesen Jahren unter katastrophalen Zuständen und in Armut gelebt. Er konnte noch nicht einmal in Ruhe einen Schluck Wasser trinken.“ Ein weiteres hohes Mitglied dieser Kommission, Ismail Kossari, sagte, die britische Regierung habe Salman Rushdie in Schutz genommen. Sie hätten aber den iranischen Präsidenten Ahmadinejad kritisiert, als dieser „die Wahrheit des Holocaust infrage stellte.“

Der Experte Saadullah Sarei forderte ebenfalls die Hinrichtung von Salman Rushdie. Sarei stuft das Buch die „Satanischen Verse“ als eine „Verschwörung des Westens“ ein. Zwar sei infolge des Todesurteils die „materielle Existenz“ des Schriftstellers nicht zerstört worden, aber seine „geistige Existenz ist beendet worden.“ Er ist der festen Überzeugung, dass die Muslime „verpflichtet“ seien das Todesurteil auszuführen. Zwar sei der „moralische Aspekt“ dieses Todesurteils erfüllt, aber die „physische und materielle Ausführung sei auf halber Strecke stecken geblieben.“

Ein fiktiver Roman als die „schlimmste Form des Terrorismus“

Seit Jahren wird von allen führenden Politikern des Iran ein fiktiver Roman als Ausdruck der Feindseligkeit des gesamten Westens gegen den Islam dargestellt.



Drei historische Beispiele: Kayhan International zitierte Hashemi Rafsanjani am 17. Februar 1990, der über den fiktiven Roman des Schriftstellers Rushdie sagte: „Ein blinder, verzerrender Schritt der globalen Arroganz gegen den Islam.“ In derselben Ausgabe wurde der damalige iranische Außenminister Ali-Akbar Velayati zitiert, der in diesem Roman „westliche Motive“ sah, die dazu dienten „eine neue Front zu eröffnen.“

Drahtzieher des Mykonosattentates

Es sollte nicht in Vergessenheit, dass Rafsanjani und Velayati beide als Drahtzieher des staatsterroristischen Mykonosattentats, das am 17. September 1992 in einem griechischen Restaurant in Berlin stattfand, gelten. Wenn diese Politiker und der iranische Führer in einen europäischen Staat einreisen würden, würden sie von Interpol verhaftet werden.

Nicht nur, dass der Ex-Präsident Mohamad Khatami das Urteil des Berliner Gerichts, das einen Akt des Staatsterrorismus feststellte, bis heute infrage stellt. Es sollte festgehalten werden, dass kein Geringerer als Mohammad Khatami, damals Minister für Kultur und islamische Führung am 20. Mai 1989 in der Zeitung Itilaat den historischen Satz prägte: „Die Veröffentlichung der Satanischen Verse hat die Heiligtümer von Millionen Menschen verletzt und ist die schlimmste Form des Terrorismus.“

Die iranische Regierung versprach, keine eigenen Kommandos loszuschicken, um Rushdie umzubringen, verpflichtete aber bis heute jeden Muslim den Schriftsteller Rushdie zu ermorden. Sir Salman Rushdie sprach kürzlich über Zivilcourage mit der Muslimin Irshad Manji. Es lohnt sich dieses Gespräch zu hören.

Irans Kampf gegen den Westen und der Dialog mit den USA ⁸⁷

Es ist nicht nur Rhetorik, wenn der iranische General Seyyed Yahya Safavi vom jihadistischen Geist der revolutionären Völker spricht. Im Dialog mit den USA will das totalitäre iranische Regime lediglich seine eigenen Interessen durchsetzen.

von Wahied Wahdat-Hagh

General Seyyed Yahya Safavi ist nicht irgendwer. Er ist Berater von General Moihammadali Jafari, oberster Armeechef des Iran. Sepahnews, eine Armeezeitung, zitierte am 21. Februar General Safavi wie folgt: „Völker, die eine Revolution machen und sich dadurch in Gefahr begeben, können vom ursprünglichen Kurs, von den

⁸⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061709/Irans-Kampf-gegen-den-Westen-und-der-Dialog-mit-den-USA.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 27.02.09



Zielen und Idealen ihrer Revolution abweichen und möglicherweise auch vor Gefahren kapitulieren, wenn sie keinen kämpferischen und jihadistischen Geist haben.“

General Safavi ist der Ansicht, dass „die Amerikaner heute liberaldemokratisch denken.“ Daher würden sie die „islamische Kultur und Wachsamkeit als die größte kulturelle und ideologische Gefahr betrachten.“ Die islamische Revolution besitze eine „globale Dimension“, so der General. Er definiert weiterhin im alten Stil, wer die Feinde des Iran seien: „Große Feinde, wie Amerika und das zionistische Regime stehen gegen die islamische Revolution. Wir haben einen langen Kampf gegen die Feinde, die die ganze Welt für sich haben wollen vor uns“, so der iranische General.

wie der Iran die US-Außenpolitik analysiert

Safawi sagt ferner: „Unsere Feindschaft gegen die Welt der Arroganz währt schon lange. Es wäre zu einfach davon auszugehen, dass jede Gefahr vorbei ist. Ein solches Denken ist naiv. Wir werden auch in Zukunft einen langen Weg mit unseren Feinden haben. Und wir müssen wissen, dass heute die Natur der Gefahr nicht kriegerisch und militärisch bestimmt ist, sondern sich in eine sanfte, kulturelle, politische und wirtschaftliche Form verwandelt hat.“

Und ein iranischer Militärexperte der Revolutionsgardisten analysiert die Chancen eines iranisch-amerikanischen Dialogs wie folgt: Siamak Baqeri lieferte am 16. Februar für die Wochenzeitung der Revolutionsgardisten, Sobhe Sadegh, eine Analyse der außenpolitischen Strategie der USA in Bezug auf den Iran.

Die Strategie der "Spaltung"

Baqeri meint, die USA wolle mit Hilfe eines direkten Dialogs mit dem Iran einen „systemischen Einfluss“ auf die innenpolitische Lage des Iran ausüben. Zwar haben Pläne, die in diese Richtung zielen, schon früher existiert, aber Präsident Obama verfolge einen „intelligenten Plan“. Zudem solle die Strategie der „Spaltung“, die zwar auch in den letzten 30 Jahren verfolgt worden sei, nun verstärkt werden. Der „innere Konsens“ im Iran solle gebrochen werden durch US-amerikanischen Druck auf das politische System des Iran. Die Regierung Obama habe begriffen, dass die bisherige Politik gegenüber dem Iran nicht erfolgreich war. Die alte US-Strategie habe keinen internationalen Konsens herstellen können. Der direkte Dialog soll nun dazu dienen einen neuen internationalen Konsens gegen den Iran „wiederherzustellen“.

Dialog über das iranische Atomprogramm

Baqeri weiß, dass die „neue Herangehensweise in der US-amerikanischen Politik nicht das Ende der US-amerikanischen Feindseligkeit bedeute.“ Vize-Präsident Joe Biden habe in der Münchener Sicherheitskonferenz eindeutig gesagt, die Sanktionen würden verstärkt, falls die Gespräche nicht zu einem Ergebnis führen würden. Dies zeige, dass die alte Doktrin des Regime Change immer noch gültig sei. Obama habe



sich aber neue Prioritäten gesetzt. Unter Präsident Obama besitze die Strategie des Regime Change aber nicht die erste Priorität, sondern zunächst solle das „politische Verhalten“ des Iran moderater werden. Diese Strategie sei schon von Außenministerin Rice verfolgt worden. Das Ende dieser politischen Strategie bedeute die „Kontrolle und Zügelung des Iran.“ Obama wolle daher durchaus die regionalen Interessen des Iran berücksichtigen. Ein Dialog über das iranische Atomprogramm im Rahmen einer erweiterten Sitzung der 6+1, d.h. USA, UK, Deutschland, Frankreich, China, Russland und Iran sei daher möglich.

Baqeri sieht aber selbst inhaltliche Probleme eines Dialoges und stellt daher die anmaßende Frage, ob die USA die Kapazität besitzen würden, ihr Verhalten gegenüber dem „zionistischen Regime“ zu ändern, und vielmehr ob Obama bereit sei, „Freiheitsbewegungen, die für ihre Heimat kämpfen“, als solche anzuerkennen oder ob er diese weiterhin als Terroristen bezeichne. Baqeri will wissen, ob die USA wirklich das „friedliche“ iranische Atomprogramm akzeptieren und sich für ihre Politik in der Vergangenheit entschuldigen wolle. Der Analytiker der iranischen Revolutionsgardisten erkennt die „tiefe Kluft zwischen den iranischen und US-amerikanischen Interessen.“

Baqeri meint zu erkennen, dass die neue US-Administration auf den Iran angewiesen sei. Der Iran müsse mit einer Stimme gegenüber den USA auftreten. Die iranische Regierung müsse ihre Unabhängigkeit gegenüber den USA beweisen und sogar das „Verhalten des jungen Obama und des Weißen Hauses steuern.“ Die Frage bleibt, wie unter diesen Bedingungen ein Dialog möglich sein soll, wenn das Ziel die Demokratisierung und die Durchsetzung der Menschenrechte im Iran ist.

Ali Khamenei und die Terrororganisation Fada'yane Islam ⁸⁸

Der iranische Revolutionsführer Khamenei erinnert sich mit Begeisterung an Navab Safavi, den Führer einer terroristischen Organisation in den 50er Jahren im Iran. Dieser hatte die Errichtung einer islamischen Herrschaft im Iran gefordert. Safavi ist seit 30 Jahren ein Held der „Islamischen Republik Iran“. Heute fordern Ali Khamenei und Mahmud Ahmadinedschad mit demselben Argument die Zerstörung Israels

von Wahied Wahdat-Hagh

Navab Safavi gründete die Terrororganisation der Fada'yane Islam, „Opfer des Islam“, im Jahre 1945. Viel wurde über die Ähnlichkeit der Vorstellungen dieser Terrororganisation mit denen von Ayatollah Khomeini geschrieben.

⁸⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061750/Ali-Khamenei-und-die-Terrororganisation-Fada-yane-Islam.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 29.01.10



Am 3. Januar 2010 veröffentlichte die iranische Agentur Farsnews einen Artikel über die Sympathien des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei mit der terroristischen Bewegung der Fada'yane Islam.

Khamenei wird wie folgt zitiert: „Es muss gesagt werden, dass die ersten Funken für die islamische Revolution durch Navab in mir erzeugt worden sind.“ Khamenei soll hinzugefügt haben, dass er keinen Zweifel hege, dass Navab Safavi das „erste Feuer in unseren Herzen“ entzündet hat.

Khamenei trifft Navab Safavi in Maschhad

Khamenei erzählt, er habe Navab Safavi zum ersten Mal in Maschhad getroffen. Der Revolutionsführer erinnert sich heute nicht genau an das Datum, entweder 1952 oder 1953 sei es gewesen. Khamenei sei damals ein Schüler der Soleyman Khan Madresse gewesen. Der Tag, an dem Navab Safavi die religiöse Schule besucht habe, sei einer der unvergesslichen Tage im Leben des Revolutionsführers.

Khamenei erzählt, dass er von Navab Safavi begeistert war. Als Navab Safavi seine Rede hielt, habe er sich durch die Menge gekämpft und habe ganz vorne Platz genommen. Navab Safavi habe gegen den damaligen Schah und gegen die Briten geschimpft und Parolen ausgegeben. Seine Hauptargumente fasst Ali Khamenei mit folgenden Worten zusammen: „Die Essenz seiner Rede war, dass der Islam wieder belebt werden muss. Islam muss herrschen.“ Dabei seien die Machthaber des Schahregimes „Lügner.“ Diese seien keine Muslime. Khamenei gesteht, dass er damals das Gefühl hatte, immer mit Navab Safavi zusammen sein zu wollen.

Islamische Herrschaft

Etwa 100 Personen sollen der Rede des Terroristenchefs, eines iranischen Vorläufers von Bin Laden, zugehört haben. In der Pause sei Zitronensaft ausgeschenkt worden. Als Khamenei an die Reihe gekommen sei, habe einer der Begleiter von Navab Safavi, der den Zuhörern den Saft anbot, Ali Khamenei, dem gegenwärtigen iranischen Revolutionsführer gesagt: „Trink, so Gott will, wird jeder, der diesen Saft trinkt, den Märtyrertod sterben.“

Am darauf folgenden Tag habe Navab Safavi erneut in einer anderen religiösen Schule in Maschhad gesprochen. Erneut sei er, Ali Khamenei, dorthin gegangen, um Navab Safavi aus nächster Nähe zu erleben. Erneut habe Safavi immer wieder betont: „Wir müssen eine islamische Herrschaft errichten. Muslimischer Bruder! Ehrenvoller Bruder! Islam muss herrschen.“

Keine Krawatte und keine Hüte

Wenn Navab Safavi unter den Zuhörern einen Mann mit einer Krawatte sah, sprach er ihn an und sagte: „Die Fremden haben dieses Band um unseren Hals gewunden. Bruder öffne es.“ Zu Männern, die französische Hüte trugen, sagte Navab Safavi:



„Die Fremden haben uns einen solchen Hut auf den Kopf gesetzt. Bruder nimm den Hut ab.“

Ali Khamenei erinnert sich, dass die Männer, die in die Nähe von Navab Safavi kamen, ihre Hüte abnahmen und diese in den Händen zerknitterten und in ihre Taschen steckten. Khamenei meint Navab Safavi sei „heiß“, wie „Feuer“ gewesen.

Khamenei erinnert sich auch daran, dass rund zwei Jahre nach seinem Treffen mit Navab Safavi, dieser hingerichtet worden sei. Khamenei bemängelt, dass im Jahr 1955 nur der in Maschhad lebende Kleriker, Scheich Haschem Qaswini, die Hinrichtung von Navab Safavi und das Schahregime kritisiert habe. Der heutige Revolutionsführer erinnert sich auch, dass er damals als Schüler gemeinsam mit einigen anderen Anhängern von Navab Safavi Flugblätter geschrieben habe und diese in einem Paket an verschiedene Personen verschickt habe.

Khamenei spricht von der Vernichtung Israels

In seiner Funktion als Revolutionsführer des Iran schreibt Ayatollah Khamenei keine handschriftlichen Flugblätter mehr. Er ist aber konsequent geblieben, denn er verfolgt nach wie vor das Ziel der Errichtung einer islamischen Herrschaft, zunächst in der gesamten islamischen Welt, so wie es in der Verfassung der „Islamischen Republik Iran“ steht.

Deswegen erkennen die Machthaber der „Islamischen Republik“ auch nicht den Staat Israel an. Denn sie verfolgen eine islamische Herrschaft überall in der islamischen Welt.

Wie Farsnews berichtete, sagte Ali Khamenei in einem Gespräch mit dem mauretanischen Präsidenten Mohammad Abdel Aziz am 26.1.2010: „Sicherlich wird der Tag kommen, an dem die Völker der Region Zeugen der Vernichtung (Nabudi) des zionistischen Regimes sein werden. Wie nah oder wie entfernt ein solcher Tag sein wird, hängt vom Handeln der islamischen Staaten und der muslimischen Völker ab.“

Khamenei meinte, dass „das zionistische Regime eine große Gefahr für die islamische Welt“ sei.

Maschai unterscheidet zwischen Staatsvolk und der Bevölkerung

Esfandiar Rahim Maschai, Büroleiter des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, war vor wenigen Monaten ins Kreuzfeuer der Kritik seiner khomeinistischen Rivalen geraten, als er angeblich ein Wort für die Israelis einlegte. Wie Farsnews ihn am 27.1.2010 zitierte, hob Maschai hervor, dass er stets gesagt habe, dass die „Islamische Republik Iran“ freundschaftliche Beziehungen zu allen Menschen der Welt befürworte. In dem Zusammenhang habe er von den Menschen, von der



Bevölkerung (Mardom) in Israel und in den USA gesprochen. Er sei für eine „freundschaftliche Position gegenüber der Bevölkerung der Welt.“

Maschai beteuert, dass er aber nicht von Mellat (Staatsvolk, Nation) gesprochen habe. Denn in der politischen Literatur unterscheidet man zwischen den Begriffen Bevölkerung und Staatsvolk. Er hob hervor, dass er nicht von einer Freundschaft mit Israel gesprochen habe.

Wer hätte auch etwas anderes von dem Büroleiter des iranischen Präsidenten erwartet, der permanent den „Tod Israels“ herbeiwünscht und am 26.10.2005 gesagt hat: „Wie unser lebenswürdiger Imam (Khomeini) gesagt hat, muss dieses Jerusalem besetzende Regime aus den Annalen der Geschichte getilgt werden.“ Ein solcher Satz sei sehr weise, betonte der iranische Präsident. Dann fügte er hinzu: „Das Problem Palästinas ist kein Problem, mit dem wir uns nur teilweise versöhnen können.“

Er fügte hinzu: „Ist es denn möglich, dass eine Front die Möglichkeit erlaubt, dass in deren Herzen eine andere Macht entsteht? Dies würde eine Niederlage bedeuten. Wer auch immer die Existenz dieses Regimes anerkennt, hat in Wirklichkeit die Niederlage der islamischen Welt unterzeichnet.“ Ahmadinedschad fuhr dann fort, dass sehr bald dieser „schändliche Fleck vom Schoße der islamischen Welt gesäubert werden wird und das ist machbar.“

Der iranische Cyberkrieg hat begonnen ⁸⁹

Eine Sondereinheit der iranischen Revolutionsgardisten hat sich auf den Cyberkrieg spezialisiert und ist aktiv geworden. Nach eigenen Angaben zerstörten sie 29 exiliranische Websites. Auch die Ausstrahlung der Deutschen Welle in den Iran wird von Staats wegen gestört.

Angegriffen wurden die Websites der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Activists“. Der Sprecher dieser Menschenrechtsorganisation ist Ahmad Batebi, dessen Photo 1999 auf dem Titelblatt der Zeitschrift „The Economist“ erschien und weltbekannt wurde. Damals hielt Batebi auf einer Studentendemonstration in Teheran entrüstet ein mit Blut beschmiertes Hemd eines Komillitonen hoch. Zu den Mitbegründern der „Human Rights Activists“ gehören auch Shirin Ebadi. Ihr wirft die iranische Regierung vor mit der Baha'i-Religionsgemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Heute lebt Batebi in den USA, aber seine Freunde, die im Iran lebenden Menschenrechtsaktivisten, sind nach wie vor der Gewalt der totalitären Diktatur ausgesetzt. Denn die Revolutionsgardisten griffen nicht nur die Websites der „Human

⁸⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6843112/Der-iranische-Cyberkrieg-hat-begonnen.html>
19.03.10



Rights Activists“ an, sondern verhafteten gleich mehr als dreißig iranische Menschenrechtsaktivisten, die unter Folter und Druck den Revolutionsgardisten einige Daten zu den Websites gaben. Kurz danach erschien auf der Website der Menschenrechtsorganisation das Zeichen der sich explizit „Cyberarmee des Iran“ nennenden Organisation mit dem Logo der Website der Revolutionsgardisten „Gerdab“.

Menschenrechtsaufklärung als „sanfter Krieg der Feinde des Islam“

Die Revolutionsgardisten werfen Menschenrechts- und Frauenorganisationen sowie der Baha'i-Gemeinschaft Spionage-Tätigkeiten vor, und zwar für die CIA. Das ist so absurd wie viele der islamistischen Verschwörungstheorien, die lediglich der Legitimation zur Ausübung der islamistischen Aggression und Gewalt dienen.

Die khomeinistischen Revolutionsgardisten halten nichts von Menschenrechten und von der Demokratie. Genauso wenig wie Khomeini und alle Machthaber der „Islamischen Republik Iran“ in den letzten 30 Jahren etwas von den Universellen Menschenrechten hielten. Sie glauben an die Herrschaft der Scharia und ihnen erscheint daher jede Menschenrechtsaktivität, die dem kulturellen Fortschritt des Landes dienen könnte, als der "sanfte Krieg der Feinde des Islam.“

Menschenrechtsorganisationen sind gefährlicher als Oppositionsparteien

Ahmad Batebi sagt in einem Interview mit Roozonline am 17.3.2010, dass seine Menschenrechtsorganisation keine Finanzierung aus den USA erhalten hat.

Die Organisation der „Human Rights Activists“ sei überparteiisch und rein menschenrechtlich orientiert. Trotzdem seien die im Iran lebenden Aktivisten stark bedroht. Sie werden permanent erkennungsdienstlich erfasst und verhaftet.

Google und China liefern sich einen erstaunlichen Machtkampf. Daten und Fakten zu Googles Präsenz im Reich der Mitte:

In Wirklichkeit sei auch die Website nicht im eigentlichen Sinne „gehackt“ worden. Batebi vergleicht die Zerstörung der Website seiner Organisation seitens der iranischen Revolutionsgardisten mit folgendem Beispiel: Man stelle sich vor, er habe gemeinsam mit seiner Frau ein Auto und sie haben jeweils einen Autoschlüssel. Wenn nun jemand seine Frau entführt, sie foltert und zwingt den Schlüssel herauszugeben, und dann das Auto zerstört, sei dies kein technischer Sieg, der einen Verbrecher auszeichnet. Das iranische Regime versuche jedoch das Hacken der Websites als eine technische Meisterleistung zu verkaufen.

Batebi führt überzeugend aus, dass die Revolutionsgardisten offenbar viel mehr Angst vor Menschenrechtsorganisationen als vor politischen Parteien haben. Deswegen verhaften sie Menschenrechtsaktivisten im Iran und zerstören seit neuestem ihre Websites, die vom Ausland betrieben werden.



In der Tat wissen die iranischen Machthaber, dass die aufgeklärten Iraner im postideologischen Zeitalter in Freiheit leben wollen und auf die Umsetzung der Menschenrechte in ihrer Gesellschaft hoffen, auch wenn das khomeinistische Regime und dessen Verfassung die größte Barriere für die Erreichung demokratischer Ziele sind, wie die Frauen- und Menschenrechtlerinnen Shirin Ebadi und Mehrangiz Kar stets betonen.

Auch die Deutsche Welle wird angegriffen

Für die iranischen Machthaber gehören zudem nicht nur Voice of America (voa) oder BBC zu diesen „gegen den Islam Krieg“ führenden Aufklärungsmedien, sondern auch die persischsprachige Sendung der Deutschen Welle (DW). Deswegen haben auch der Direktor des BBC World Service, Peter Horrocks, und DW-Intendant Erik Bettermann die anhaltenden Störungen der Satellitenübertragung durch den Iran wiederholt verurteilt.

Inzwischen hat sich auch das deutsche Außenministerium eingeschaltet. Nach einem deutsch-französisch-britischen Vorstoß soll beim Treffen der EU-Außenminister am kommenden Montag in Brüssel eine Erklärung dazu verabschiedet werden.

Kinder im bewaffneten Kampf ⁹⁰

Die Hamas ruft in Kindersendungen und anderen antisemitischen Programmen ihrer zwei Fernsehanstalten, Al Quds TV und Al Aqsa TV zum bewaffneten Kampf gegen Israel auf und verherrlicht den "Märtyrertod". Dies ist nichts anderes als die ideologische Indoktrination von Kindern.

Zwar ist nicht bekannt wie stark Al Aqsa TV und Al Quds TV, die von Hamas betrieben werden, in Europa und in Deutschland konsumiert werden. Eins ist aber sicher: Hamas-Sympathisanten und radikale Fans des bewaffneten Kampfes können mit Hilfe von Satellitenschüsseln und im Internet problemlos beide Kanäle auch in Deutschland empfangen. Auch das Hamas Radio Sawt Al Aqsa kann leicht in Europa empfangen werden. Ähnlich wie Al Manar TV rufen die Sender immer wieder zur Zerstörung Israels auf, propagieren antiwestlichen Hass und betreiben antijüdische Volksverhetzung.

Die Redaktionen des Al Aqsa TV sind im Libanon und der Sender strahlt über den französischen Satellitenanbieter Eutelsat sowie den saudiarabischen Satellitenanbieter Badr (Arabsat) auch nach Europa aus. Die französische Rundfunkaufsichtsbehörde CSA hat schon eindeutig antisemitische Hetze bei Al Aqsa festgestellt und Eutelsat für die Übertragung von Al Aqsa TV abgemahnt. In der USA wurde Al Aqsa TV Mitte März auf die Terrorliste gesetzt, da Al Aqsa TV

⁹⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6936804/Kinder-im-bewaffneten-Kampf.html> 26.03.10



Sendungen und Musikvideos austrahlt, die darauf abzielen Kinder für den bewaffneten Kampf und als Selbstmordattentäter zu rekrutieren. Das antisemitische Al Quds TV, das aus dem Gaza-Gebiet ausstrahlt, sendet ebenfalls über den Satellitenanbieter Badr (Nilesat und Arabsat).

Sie haben den Umgang mit der Waffe mit der Muttermilch aufgesogen

In einer Kindersendung von Al Quds TV erzählt der Erzähler Abu Saleh mit strahlendem Gesicht Geschichten über Märtyrer. Vor ihm im Studio sitzen Kinder, die ihm gebannt lauschen. Die Kinder haben Waffen in der Hand, ob dies Attrappen oder echte Waffen sind, wird nicht deutlich.

Der Held dieser Geschichte ist Ismail, der von einem „jüdischen Heckenschützen“ ermordet worden ist. Zuvor hat der junge Held mehr als „zehn Zionisten“ getötet, nachdem Israelis in ein Haus eingedrungen seien.

In dieser Geschichte sind es die „Zionisten“, die „Juden“, die in palästinensische Städte und Dörfer eingezogen sind und diese erobert haben.

In dieser Heldengeschichte der Hamas ist der „Märtyrertod“ eine „schöne Sache“. Abu Saleh erzählt Kindern euphorisch: „Es gibt kein einziges palästinensisches Dorf oder Stadt, deren Bewohner nicht wissen wie man mit Waffen umgeht. Warum? Weil sie den Umgang damit mit der Muttermilch aufgesogen haben.“

Ismael wird als ein „Verteidiger seines Landes“ vorgestellt, der sterben musste.

Nachdem Abu Saleh die Geschichte des Märtyrerkindes, Ismail, das in den bewaffneten Kampf gezogen ist, erzählt hat, drücken die Kinder, die als Zuhörer im Studio sitzen ihre Bewunderung für Ismail aus. Sie erzählen, dass sie sich mit dem jungen Helden, der mehr als zehn „Zionisten“ getötet hat, identifizieren. Einer der kleinen Zuhörer sagt: „Ich bin wie Ismail. Ich bin nicht feige. Ich bin kräftig. Ich will mit einer Waffe in der Hand sterben.“ Ein anderes Kind sagt: „Ich mag Ismail sehr. Ich will nur wie er sein.“

Wenn eine Mutter mit ihrem Sohn in den bewaffneten Kampf zieht

In einem anderen „Kinderfilm“, der in Al Quds TV gelaufen ist, geht es um eine Mutter, die ihren Vater verloren hat und ihren Sohn „Mojahed“ (Heiligen Krieger) nennt. Eines Tages erzählt der junge „Mojahed“, dass seine Freunde in den Kampf ziehen. Der Ausbilder aber habe gesagt, dass „Mojahed“ zu jung sei und die schriftliche Erlaubnis der Mutter brauche. Daraufhin geht die Mutter mit „Mojahed“ zu dem Ausbilder und fordert, dass sie beide für den bewaffneten Kampf ausgebildet werden. Bei einem Angriff auf eine israelische Patrouille stirbt der kleine Junge „Mojahed“. Die Mutter verteilt dann Kuchen und Süßigkeiten und glaubt, dass ihr



Sohn an diesem Tag eine Hochzeit gefeiert habe und als „Fedai“, „Opfer“ gestorben sei.

"Wir beten zu Gott, dass wir Terroristen werden, wenn Terror Jihad bedeutet"

Der ägyptische Prediger Wagdi Ghneim lobte in Al Aqsa TV den Jihad und sagte: „Wir sind eine Nation, die sich durch die Herstellung der Kunst des Todes auszeichnet. Sich darin auszeichnen, heißt, dass wir sehr gut darin sind. Sie fragen worin? In der Produktion der Kunst des Todes natürlich. Ich werde ohnehin sterben, daher sollte ich kreativ sein, um sicher zu stellen, dass ich um der Sache Allahs willen sterbe. Wir sollten darüber nachdenken wie wir um der Sache Allahs willen sterben können, anstatt von einem Auto auf der Autobahn überfahren zu werden.“

Wie das Middle East Media Research Institute (Memri) berichtet, sagte Ghneim weiterhin:

„Wir sind eine Nation, die den Jihad, den Kampf führt. Und wir sollten die gesamte Bevölkerung auf diesen Weg führen.“ Der Kleriker entschuldigt sich für manche andere Geistliche, die sich schämen würden das Wort „Jihad“ auszusprechen, weil sie Angst hätten. Ghneim fährt fort: „Ein Mojahed wird heutzutage als ‚Terrorist‘ bezeichnet. Brüder, wir beten zu Gott, dass wir Terroristen werden, wenn Terror Jihad um der Sache Allahs willen bedeutet.“

Hamas-Prediger will Rom erobern

In Al Aqsa TV predigt auch Sheikh Ali Al-Faqir, der Rom wieder erobern will. Er sagte im Hamas-Fernsehen: „Die Prophezeiung in Bezug auf die Eroberung Roms, bleibt gültig, so Gott will. Genauso wie Konstantinopel vor etwa 500 Jahren erobert worden war, wird auch Rom erobert werden.“

Sheikh Ali Al-Fakir behauptet, dass die Eroberung Roms vom Propheten Mohammad prophezeit worden sei.

Die Rekrutierung von Kindern ist ein Kriegsverbrechen

Der Internationale Strafgerichtshof definiert die aktive Beteiligung von Kindern von unter 15 Jahren an bewaffneten Konflikten sowie ihre Rekrutierung für Armeen als Kriegsverbrechen.

Im Römer Statut des Internationalen Gerichtshofs ist die Beteiligung von Kindern im bewaffneten Kampf als Kriegsverbrechen definiert, wenn beispielsweise „die Zwangsverpflichtung oder Eingliederung von Kindern unter fünfzehn Jahren in Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen oder ihre Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten“ festgestellt werden kann.



Terrorismus macht Frieden im Nahost unmöglich ⁹¹

Die Annäherung der Arabischen Liga an die „Islamische Republik Iran“ könnte jeden Versuch den Nahost-Friedensprozess voranzubringen zerstören. In der islamistischen Vision eines Friedens für den Nahen Osten hat Israel kein Existenzrecht. Die islamistische Ideologie legitimiert dabei den Einsatz von Terroranschlägen, die einen Frieden unmöglich machen.

Das 22. Gipfeltreffen der Arabischen Liga fand am 27. und 28.3.2010 in der libyschen Stadt Sirte statt. Auf die Einladung von Muammar Abu Minyar al-Ghaddafi waren 13 arabische Regierungschefs von 22 Mitgliedern der Organisation angereist. 65 Jahre nach Gründung dieser Organisation ist sie weit von einer Einheit der arabischen Welt entfernt.

Indessen sucht die Organisation die Hilfe und Nähe der iranischen Machthaber, um gegen Israel und den Westen ein Zeichen zu setzen. Die neue Strategie der Arabischen Liga, ein Forum für regionale Zusammenarbeit mit der Teilnahme der nicht-arabischen Staaten Iran und Türkei zu gründen, bedeutet ein Affront für die US-amerikanischen und europäischen Bemühungen einen demokratischen Friedensprozess im Nahen Osten voranzubringen.

Der Nahost-Friedensprozess wurde in den letzten Jahrzehnten von islamistischen Gruppierungen mit starker Unterstützung des iranischen Regimes konterkariert. Denn die vom Iran geführten Islamisten verfolgen nicht das Ziel der friedlichen Koexistenz mit Israel, sondern der fundamentalistischen „Reislamisierung“ der islamischen Welt, ohne Israel ein Existenzrecht zuzugestehen. Die Ideologie der „Ummat“, der muslimischen „Nation“ dient dabei als ein überstaatliches ideologisches Instrument der Unterstützung von extremistischen Terrororganisationen.

Hamas: Rückkehr der Flüchtlinge hat Priorität vor der Gründung eines palästinensischen Staates

Die IRNA berichtete am 29.3.2010, dass die Hamas mit dem Ergebnis der Konferenz der Arabischen Liga nicht zufrieden sei, denn die Konferenz verfolge weiterhin die Strategie des Dialoges mit den „Zionisten“. Hamas fordert laut IRNA dagegen die Schließung aller israelischen Botschaften in arabischen Staaten.

Am 30.3.2010 berichtete Farsnews, dass die Hamas die „Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge fordere“. Farsnews zitierte einen Sprecher der Hamas, Ali Barke, der sich explizit „gegen die neue Lösungsperspektive Amerikas“ ausgesprochen hat. Er habe betont, dass das „Recht auf Rückkehr der Palästinenser im Verhältnis zur Gründung eines palästinensischen Staates die erste Priorität hat.“ Die Arabische Liga habe in ihrer Tagung die israelische Siedlungspolitik

⁹¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7026322/Terrorismus-macht-Frieden-im-Nahost-unmoeglich.html> 02.04.19



hingegenommen und habe nicht auf die „Bedürfnisse des palästinensischen Volkes und der arabischen Ummat reagiert.“

Wie die iranische Nachrichtenagentur Farsnews schon am 25.3.2010 berichtet hatte, setzt Hamas keine Hoffnung in die Politik der arabischen Länder.

Ausgerechnet ein Tag vor dem Beginn der Konferenz der Arabischen Liga kamen zwei israelische Soldaten bei einem Schusswechsel mit palästinensischen Extremisten aus dem Gaza-Gebiet ums Leben. Auch vier palästinensische Bombenleger starben. Bisher ist nicht bekannt, welche Gruppierung dafür verantwortlich ist.

Khaled Mashaals taktische Züge

Am 25. März zitierte die iranische Nachrichtenagentur ISNA Khaled Mashaal, der betonte, dass die „Hamas sich niemals den Forderungen der USA fügen werden.“

Khaled Mashaal erklärte, dass Hamas bereit sei einen palästinensischen Staat in den Grenzen von Juni 1967 anzuerkennen. Mashaal denkt aber nicht daran die Hamas-Charta, die die Vernichtung Israels festgeschrieben hat, aufzugeben. Dies nährt die Befürchtung, dass die Hamas Schritt für Schritt von einem Waffenstillstand zum nächsten Waffenstillstand und von einem Konflikt zum nächsten Konflikt ihr langfristiges Endziel der Vernichtung Israels erreichen will. Fakt ist, dass die Hamas sich entschieden hat mit ihrer Propaganda Juden zu dehumanisieren und Israel zu dämonisieren.

Dehumanisierung der Juden und Dämonisierung Israels in Al-Aqsa TV

Die Hamas intensiviert ihre Propaganda zur Verteidigung von Terroranschlägen. Am 17.3.2010 verteidigte Dr. Yousef Al-Sharrafi, ein Politiker der Hamas, in einem Interview mit Al-Aqsa TV Selbstmordanschläge in israelischen Bussen und Restaurants. Wie Memri berichtet, sagte er: „Wenn der Feind wüsste, dass er einen Preis zahlen muss – speziell durch Märtyrer-Operationen in seinen Bussen und Restaurants-, dann würde der israelische „Feind Millionen Mal über seine Handlungen nachdenken.“

Am 19.3.2010 sagte Abdallah Jarbu, Minister für religiöse Angelegenheiten der Hamas im Al-Aqsa TV: „Die Juden, diese Brüder von Affen und Schweinen, haben sich von allen Ecken der Welt kommend, hier versammelt, um die Al-Aqsa-Moschee zu entweihen.“ Er bezeichnete die Juden als die „niederträchtigsten Menschen auf der Erde.“

Er sagte über die Juden: „Sie sind keine Menschen. Sie sind keine Menschen, die verdient haben zu leben, solange wir am Leben sind.“



Abdallah Jarbu warf auch den Juden als Kollektiv vor die „Propheten ermordet zu haben.“ Dies sei auch im Koran verurteilt worden.

Abdallah Jarbu fuhr fort: „Nur ein Verrückter, der nichts versteht, kann möglicherweise denken, dass die Juden Menschen sind und als solche behandelt werden sollten. Die Form, wie sie uns behandeln, muss mit Tod, Blut und Sieg charakterisiert werden.“

Abdallah Jarbu kritisierte dann die USA, die Al-Aqsa TV, das von der Hamas finanziert wird, auf die Terrorliste gesetzt hat und sagte: „Möge Gott die Al-Aqsa Moschee, das Al-Aqsa TV, die Männer der Al-Aqsa, die Mojahedin der Al-Aqsa und alle Muslime der Al-Aqsa erhalten.“

Jarbu fuhr fort: „Allah wird seinen Zorn vom Himmel über die Juden und ihre Kollaborateure schicken. Allah wird das Meer gegen alle Unterdrücker zur Rage bringen. Allah wird die Luft vergiften, die von den Juden, von den Amerikanern, von den Kreuzrittern und von allen Zionisten eingeatmet wird. Möge Allah das Essen, das sie zu sich nehmen zu Gift in ihren Bäuchen verwandeln.“

Abdallah Jarbu sagte zudem: „Wir begrüßen jeden, der die Juden mit Bulldozern überfährt. Wir begrüßen jeden, der versucht einen jüdischen Siedler wie ein Schwein zu erstechen.“

Und weiterhin sagte der Minister für religiöse Angelegenheiten der Hamas: „Da muss eine dritte Intifada kommen, mit der Absegnung Gottes. Wir sagen zu den Autoritäten in Ramallah: Lasst die Zügel unserer Brüder los, so dass sie einen Dschihad wagen, um die Attacken der Juden zu beenden. Eine Märtyrer-Operation im Herzen von Jerusalem, um die jüdischen Siedlungen zur Explosion zu bringen, um sie zu erschrecken, damit sie ihre Pläne gegen uns aufgeben. Eine Märtyrer-Operation im Herzen von Tel-Aviv wird sie schlaflos machen, wie in der Vergangenheit.“

Jarbu zufolge ist der „Friedensprozess ein leeres Wort“, das die „Bevölkerung und die Religion Allahs verrate“.

Jarbu sagte auch: „Die Juden sind wie Krebs, sie operieren via schlafender Zellen bis der Körper zusammenfällt. Wir müssen diesen anschwellenden, kriminellen, zionistischen Krebs stoppen.“

Die Botschaft der Extremisten ist eindeutig: Die Überwindung des „Krebsgeschwürs“ Israel kann nur durch die Einheit der muslimischen „Nation“ (Ummat) und der Errichtung der islamischen Herrschaft durchgesetzt werden. Im Übrigen war dies schon vor mehr als fünfzig Jahren die Botschaft Ayatollah Khomeinis gewesen, die sich in der revolutionären Parole „Tod Israel“ herauskristallisiert hat. Wie ISNA am 19.3.2010 berichtete, wurde jüngst auf dem Teheraner Freitagsgebet die Parole „Tod Israel“ und „Tod Amerika“ skandiert, als Ayatollah Seyyed Ahmad Khatami vor einer „dritten Intifada“ warnte.



Islamisten haben auch linke Unterstützer

Auch Leila Khaled, die erste Flugzeugentführerin der Geschichte und Mitglied der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), sagte am 21.1. 2010 im Abu Dhabi TV, dass die Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und Jerusalem ein erstes Ziel sei. Sie fügte hinzu: „Aber dies ist nur ein Schritt, nicht alles. Schließlich haben wir das Recht nach Palästina zurückzukehren, in das gesamte Palästina.“

Gaza-Krise – Der Iran profitiert von Israels Fehler ⁹²

Der Iran nutzt perfekt die Empörung gegen Israels Seeblockade. Im Windschatten der Ereignisse wird weiter heimlich an der Atombombe geforscht.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die iranischen Politiker übernehmen meist eine Schlüsselrolle, wenn sich die zwischenstaatlichen Beziehungen mit Israel verschlechtern, wenn die antiisraelische Stimmung hörbarer wird, wenn statt Entspannung eine Missstimmung gegen Israel vorherrscht. Eine Schlüsselrolle übernehmen iranische Politiker, wenn es darum geht die iranischen und die muslimischen Massen gegen Israel aufzuhetzen.

Laut Kayhan vom 3.6.2010 versammelten sich Studenten der extremistischen Bassiji-Organisationen in verschiedenen Universitäten des Iran und gaben ihre Bereitschaft bekannt, nach Gaza zu fliegen, um Israel zu bekämpfen. Sie gaben antiisraelische Parolen aus und bekundeten Solidarität mit radikalislamistischen Organisationen, die gegen Israel bewaffnet kämpfen. Wie Kayhan berichtete, riefen sie Parolen wie: „Tod Israel. Das Schweigen eines jeden Muslims ist ein Verrat am Koran.“ Oder: „Keine Versöhnung, keine Kapitulation, Kampf gegen Israel.“

Laut Kayhan sind einige iranische Studenten bereit das „Krebsgeschwür Israel zu vernichten.“ Am Freitag, den 4.6.2010 betonte der Revolutionsführer Ayatollah Khamenei, dass schon sein Vorgänger Ayatollah Khomeini vom Israel als „Krebsgeschwür“ gesprochen habe, berichtete Radio Teheran. Ayatollah Khamenei fragte in seinem Freitagsgebet, was „macht man mit einem Krebsgeschwür? Man muss es herausschneiden.“ Dann sprach Khamenei davon, dass schon Ayatollah Khomeini von einem „künstlichen israelischen Volk gesprochen habe, das eliminiert werden muss.“ (Khamenei benutzte das Wort „Hazf“, das eliminieren bedeutet.)

„Grausamer als der Faschismus“

Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei sprach von einem "verbrecherischen Angriff, der allen bewiesen habe, dass der Zionismus das neue Gesicht des

⁹² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7908839/Gaza-Krise-Der-Iran-profitiert-von-Israels-Fehler.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 04.06.10



Faschismus ist." Dieses sei sogar "noch grausamer als der Faschismus," berichtete Farsnews am 1.6.2010.

Die israelische EU-Mission hat ihre Sicht zur „Gaza-Solidaritätsflotte“ in einem Hintergrundpapier erläutert. Das Papier wurde offensichtlich vor dem israelischen Militäreinsatz verfasst. WELT ONLINE dokumentiert die Erklärung:

1. Hintergrund zur Gaza-Flotte 2. Die Reaktion Israels

Ayatollah Ali Khamenei meint, dass Israel von Regierungen, die behaupten die Menschenrechte und die Freiheit zu verteidigen in Schutz genommen werde. Ayatollah Khamenei glaubt zudem, dass die "Unterdrücker am Ende ihrer schändlichen Zeit angekommen sind. Sie werden selbst, mit ihren eigenen Händen ihr sicheres Vergehen und ihren Verfall herbeiführen." (Khamenei sprach hier von "Fana", das bedeutet Vergehen und Vernichtung)

Khamenei meint auch, dass die "Zionisten sich der Schlucht des endgültigen Falls" nähern. (An dieser Stelle sprach Khamenei von "Soqut", das bedeutet: Fall, Untergang und Vernichtung.)

Khameneis Ausführungen machen deutlich, dass der khomeinistische Führer jede Krise nutzt, um die nationalen und hegemonialen Interessen des Iran voranzutreiben.

„Israel werde zu Grunde gehen“

Auch der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinedschad verpasst eine solche antiisraelische Stimmung nicht und vertritt die Meinung, dass die israelischen "Maßnahmen ein Zeichen des Endes ihrer Macht" seien.

Ahmadinedschad erzählte, dass jemand ihn neulich gefragt habe, warum er den Satz nicht mehr wiederhole, dass "Israel vernichtet werden müsse." Der Präsident fährt höhnisch fort, er habe dem Fragesteller geantwortet: "Es ist nicht mehr nötig, dass ich sage, dass das zionistische Regime vernichtet werden muss, denn es werde ohnehin zu Grunde gehen."

Zudem empfiehlt der iranische Präsident den "Unterstützern des zionistischen Besatzungsregimes" folgendes: "Es ist besser für Euch, wenn ihr das Regime nicht unterstützt, wenn ihr noch existieren wollt und wenn ihr in der Zukunft respektiert werden wollt und einen Platz in der Welt haben wollt." Dann spricht Ahmadinedschad erneut die westliche Welt an und warnt: "Die Welt lacht heute über Euch. Glaubt ihr, dass ihr das zionistische Regime erhalten könnt?"

Für Ahmadinedschad kam dieser Schauplatz auf hoher See sehr gelegen. Die antisemitische Ideologie der Nicht-Anerkennung des Existenzrechts Israels gehört zu den Hauptsäulen der iranischen Staatsdoktrin, daher profitieren Khomeinisten davon,



wenn Israels Beziehung zu den Vereinten Nationen, zu den Vereinigten Staaten von Amerika oder zu Europa angespannt wird.

Die arabischen Regierungen verlängern nur die „Atmungszeit“ Israels

Auch Laridschani, Vorsitzender des Pseudo-Parlaments, Madschless genannt, holte weit aus und fand nun in dieser Krise erneut einen Grund die antisemitische Ideologie der Leugnung des Existenzrechts Israels zu propagieren: "Dieselben mächtigen und verdorbenen Staaten, die so ein künstliches Regime gegründet haben, sind stets für dessen Weiterexistenz verantwortlich." Laridschani zufolge tragen zunächst die USA und Großbritannien und an zweiter Stelle die "anderen westlichen Staaten" die Schuld an der Weiterexistenz Israels, denn sie würden mit ihrer "militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung die Potentiale dieses Regimes vergrößern", damit es die muslimischen Staaten "erniedrige".

Der angeblich "moderate" Laridschani wirft den arabischen Regierungen vor nur "diplomatische Gesten" zu machen. Diese hätten den "Geist des Islam" vergessen. Für Laridschani widerspiegelt eine "versöhnlerische Politik" der arabischen Regierungen nicht den "Geist des Islam". Mit "taktischen Schritten" würde man nur die "Atmungszeit des Regimes" verlängern. Laridschani betont die "Widerstandsrolle" der Hamas und der libanesischen Hisbollah und plädiert für eine "Einheit der muslimischen Staaten."

Für das khomeinistische Regime kommt die Flotille-Krise zupass. Denn die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit richtet sich nicht mehr auf das iranische Urananreicherungsprogramm und auf die Gefahr einer khomeinistischen Atombombe.

Irans Medien verbreiten krude Theorien zu 9/11 ⁹³

Eine der wichtigsten iranischen Nachrichtenagenturen veröffentlichte antisemitische Verschwörungstheorien über den Terror vom 11. September 2001.

Farsnews, das von iranischen Revolutionsgardisten geführt wird, propagiert, dass wenn die amerikanische Bevölkerung eines Tages die Wahrheit über den 9/11 erfahren würden, ein „politisches Erdbeben“ die USA erschüttern würde.

Wahied Wahdat-Hagh

Die Wahrheit über die Terroranschläge glaubt die halbstaatliche Nachrichtenagentur des Iran zu kennen und bezieht sich dabei beispielsweise auf einen türkischen

⁹³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article9702819/Irans-Medien-verbreiten-krude-Theorien-zu-9-11.html> 17.09.10



Geheimdienstler namens Maher K.. Dieser könne nachweisen, dass nicht die Al-Qaida, sondern die CIA mit dem Wissen des US-Präsidenten die Terroranschläge durchgeführt habe. Natürlich seien nicht nur die CIA, sondern auch der israelische Geheimdienst Mossad und die Zionisten für den Anschlag verantwortlich. Demnach sei Ex-Präsident George Bush ein „rechter Zionist“ gewesen, der nur wegen Israel den Krieg im Nahen Osten angezettelt hat."

Farsnews bezieht sich ferner auf Christopher Bollyn, der mit dem Holocaustleugner Willis Carto in den USA eine Website gegründet hat, die sich „American Free Press“ nennt. Für Farsnews ist Bollyn ein unabhängiger „amerikanischer Schriftsteller und Wissenschaftler“. Dieser sei der Meinung, dass "Israel direkt an den Angriffen von 9/11 beteiligt" gewesen sei.

Bollyn habe zudem herausgefunden, dass die „zionistischen Kartelle“ die US-amerikanische Außenpolitik planen.

Besetzung Afghanistans

Für Farsnews handelt es sich um eine klare Tatsache: George Bush und Barack Obama lügen. Es sei nicht bewiesen, dass Bin Laden und die Al-Qaida hinter dem Attentat steckten. Bush habe im Oktober 2001 einen Krieg in Afghanistan begonnen und die Obama-Regierung habe die Besetzung Afghanistans akzeptiert. Obama vertrete die Ansicht, dass das US-Militär wegen Al-Qaida Afghanistan besetzt habe, aber die Besetzung Afghanistans sei das eigentliche Verbrechen.

Am 11. September 2001 griffen 19 islamistische Terroristen wichtige Symbole amerikanischer Macht an und töteten dabei 2994 Menschen.

Farsnews zitiert auch den US-amerikanischen Verschwörungstheoretiker Alan Sabrosky, der gesagt hatte, dass der „9/11 hundertprozentig die Arbeit von Mossad“ gewesen sei.

Solche antisemitischen Verschwörungstheorien kennen keine Grenzen. Farsnews geht in Anlehnung an Bollyn davon aus, dass das „Hauptziel der Zionisten ein Krieg gegen den Iran“ sei. Zur Unterstützung der khomeinistischen Staatsdoktrin, die seit 31 Jahren eine Zerstörung Israels fordert, hebt Farsnews Bollyns Israelfeindschaft hervor: „Ich sehe keinen Grund für die Fortexistenz eines künstlichen Staates, der von Terroristen verwaltet wird. [...] Die Weiterexistenz dieses Staates kann überhaupt nicht mehr ausgehalten werden. Und deswegen geschahen auch die Ereignisse vom 9/11. Das Ziel war die Stationierung der amerikanischen Militärs im Nahen Osten, damit sie die Zionisten unterstützen.

Die Gewaltphantasien und Projektionen der antisemitischen Verschwörungstheoretiker sind immens:



Farsnews geht auch auf den US-Unternehmer Jimmy Walter ein. Dieser meint, dass die „zionistischen Medien“ nicht nur „terroristisch und rassistisch“ seien, sondern auch den „Islam bekämpfen wollen.“ Jimmy Walter und Farsnews vermuten auch, dass der US-amerikanische christliche Fundamentalist, Terry Jones von der „Dove-World-Outreach-Center-Gemeinde“, der die Wahnidee hatte den Koran zu verbrennen, von den Zionisten gelenkt werde. Warum sie dies vermuten, können sie nicht erklären, Absurderweise sollen hinter einem christlichen Fundamentalisten, der auch in Köln eine Kirchengemeinde gegründet hatte, Juden stecken.

Das deutsche Programm des IRIB und der 11. September

Solche Verschwörungstheorien werden auch von deutschsprachigen iranischen Medien verbreitet. Das deutsche Programm der staatlichen Nachrichtenagentur des Iran zitiert den französischen „Forscher“ Thierry Missan, der auch von Farsnews mehrfach zitiert wird. IRIB geht auf Missan ein und schreibt über die Zerstörung der Zwillingtürme des World Trade Centers: „Er deutet auf Beweise und Berichte von Augenzeugen hin, die zum Einschlagszeitpunkt kein Flugzeug gesehen haben, sondern ein kleines Flugobjekt, das mit großer Geschwindigkeit in das Pentagon-Gebäude einschlug.“

Wenn es nur ein Scherz wäre. Missan und andere Verschwörungstheoretiker haben unter den Islamisten viele Anhänger. Missan glorifiziert gleichzeitig den islamistischen Terror, wenn er auf den Kampf der Hisbollah eingeht. IRIB schreibt über eine vermeintliche „Schattenregierung“ in den USA: „Laut Missan hat diese Gruppe nach der Besetzung von Afghanistan und dem Irak auch Angriffspläne gegen Iran und Syrien geschmiedet, doch 2006 machte die Hisbollah im Libanon Israel beim 33-tägigen Krieg einen Strich durch die Rechnung.“

Immer wieder ergänzen sich die verschiedenen antisemitischen Verschwörungstheorien, wenn es um die Leugnung des Existenzrechts Israels oder gar um das Verbrechen des 11. September 2001 geht.

Eine verhängnisvolle politische Reise ⁹⁴

By: Wahied Wahdat-Hagh

Die Reise des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad nach Libanon birgt Zündstoff.

Der Auftrag der Reise ist längst bekannt: Die Stärkung der libanesischen Hisbollah. Auch das Ergebnis ist erkennbar: Die Störung des Friedensprozesses. Das erklärte Ziel der Reise des iranischen Präsidenten ist der „Aufbau einer Widerstandsfront“ gegen Israel und gegen die USA. Ahmadinedschad hat in Beirut angekündigt Libanon Militärlilfe geben zu wollen. Nutznießer wird die Hisbollah sein.

⁹⁴ <https://spme.org/boycotts-divestments-sanctions-bds/boycotts-divestments-and-sanctions-bds-news/wahied-wahdat-hagh-wine-verhangnisvolle-politische-reise/8869/> 13.10.10



In Anwesenheit des libanesischen Präsidenten Suleiman hat der iranische Präsident in einer Pressekonferenz in Beirut von einem „rassistischen zionistischen Regime“ gesprochen. Der iranische Präsident versprach stets Libanon im Kampf gegen die „Bedrohungen des zionistischen Regimes“ beizustehen. Ahmadinedschad betonte, dass „die Feinde des Iran und des Libanon in Angst leben müssen,“ berichtete die staatliche Nachrichtenagentur des Iran (IRNA).

Hojat'ul'islam Jafar Schajuni sagte gegenüber Farsnews, dass die „mächtigen Regierungen Nasrallah und Ahmadinedschad nicht kaufen können.“ Diese würden gemeinsam das Prinzip der absoluten Herrschaft des Klerus (Welayate Faqih) im Iran verteidigen. Er fügte hinzu: „Amerika hat heute vor zwei Personen Angst. Einer von ihnen ist Ahmadinedschad und der andere ist Seyyed Hassan Nassrallah in Libanon“.

Dieser einflussreiche Staatskleriker ist der Meinung, dass die Amerikaner und die Israeli „Angst vor einer Annäherung von Iran und Libanon haben, denn beide Staaten sind das Symbol des Widerstandes.“ Ferner betonte Schajuni, Nassrallah habe ihm zugesichert, dass falls das „zionistische Regime die Islamische Republik Iran angreift“, die Hisbollah eine „starke Antwort“ liefern werde. Zudem habe Nasrallah ihm gesagt, dass er ein „Soldat von Ayatollah Khamenei“ sei. Und eine solche Aussage würde „den Blutdruck des Feindes erhöhen.“

Schajuni sagte abschließend: „Wir sind alle zusammen geeint im Widerstand bis das Krebsgeschwür Israel zerstört worden ist.“

Schajuni sagte auch, dass wenn er im Südlibanon ist, er das Gefühl habe in einer iranischen Provinz zu sein.

Die Nachrichtenagentur IRNA schreibt, dass die „größte Schwäche der USA das Problem der Sicherheit Israels“ sei. Daher dürfe der Iran keine Sekunde Zeit verlieren und stattdessen seine aktive Politik gegen Israel fortsetzen.

Eine solche iranische Strategie bedeutet die Fortsetzung der bisher bekannten islamistischen Politik zur Destabilisierung des Friedensprozesses und der Unterstützung von Terrorbewegungen im Nahen Osten.

Eine zweite Front soll an den Grenzen Israels aufgebaut werden, um leichter Waffen an Terrorgruppen zu liefern und langfristig den fundamentalistisch-totalitären Islamismus in der Region zu stärken.

Ein Experte des iranischen „Zentrums für wissenschaftliche Analysen und strategische Forschung des Mittleren Ostens“ legitimierte die Reise des iranischen Präsidenten wie folgt: „Diese Reise kommt zu einem Zeitpunkt, wenn die US-amerikanische Strategie in der Region gescheitert ist und die Amerikaner ihre militärischen Kräfte langsam abziehen.“

Diesem iranischen Experten zufolge habe die USA den „ideologischen Krieg in der Region längst verloren. Sowohl in Irak als auch in Afghanistan.“

Der iranische Experte erklärte weiterhin, warum die iranische Politik anders als die US-amerikanische erfolgreich sei. Der Iran würde die „ideologischen Bedürfnisse der Menschen in der Region“ erfüllen.

Wie richtig ist aber eine solche Annahme?

Der Iran spricht fanatisierte Massen an, die auf der Verliererseite den libanesischen Schiitenführer Nasrallah und Ayatollah Khamenei als Vorbilder haben. Die iranische



Geschichte der letzten 31 Jahre hat gezeigt, dass eine islamistische Herrschaft dazu geführt hat, dass die Iraner immer weniger in die Moscheen gehen und viele Menschen sogar ihren Glauben an den Islam aufgegeben haben.

Die politische Strategie des Iran ist eindeutig:

Die libanesische Hisbollah, Syrien und die Türkei sollen als politische Hebel einer iranischen Hegemonialpolitik wirken. Die libanesische Hisbollah, ähnlich wie die Terrororganisationen der Hamas und der Dschihade-Islami bekommen traditionell starke Unterstützung vom Iran.

Daher werden die sunnitischen und christlich-maronitischen Teile der libanesischen Gesellschaft mit einem Machtmonopolanspruch der libanesischen Hisbollah zu kämpfen haben. Denn wie der iranische Staatskleriker Schajuni sagt, verteidigt Nasrallah das Modell der Islamischen „Republik“ Iran.

“Damit nur der Islam über diese Völker herrsche”⁹⁵

Die Bilder von jubelnden Massen, die den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad Mitte Oktober im Libanon empfangen, gingen um die Welt. Wie sehen aber die historischen Verflechtungen zwischen der libanesischen Hisbollah und der „Islamischen Republik Iran“ aus?

Die Islamische Revolution von 1979 hat nicht nur das „islamische Denken gestärkt“, sondern hat den Islam aus seiner „Verteidigungshaltung herausgeholt und in eine Angriffsposition gehoben“, schreibt Farsnews am 13. Oktober 2010.

Ein Verbindungsglied der libanesisch-iranischen Beziehungen ist Imam Mussa Sadr, der im August 1978, wahrscheinlich auf Befehl des libyschen Führers entführt wurde und bis heute nicht wieder aufgetaucht ist.

Mussa Sadr hatte zuvor in Ghom gelehrt, war aber ursprünglich Libanese. Er ging in den Libanon zurück und gründete 1972 die Bewegung „Harakat’ul’Mahrumin“ aus der später die bewaffnete Gruppe der „Amal-Miliz“ hervorging.

Nach der offiziellen Meinung der iranischen Ideologen identifizierte sich die „Amal“ nicht eindeutig mit der islamischen Revolution im Iran. Tatsächlich wurde sie eher von Syrien finanziert. Die libanesischen Schiiten spalteten sich. Eine Spaltung, die 1985 in bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der 1982 gegründeten proiranischen Hisbollah und Amal endete.

Durch die direkte Einflussnahme des damaligen iranischen Botschafters in Syrien, der spätere Sprecher von Präsident Khatami, Ayatollah Mohataschmipur, wurde die libanesische Hisbollah mit Hilfe von iranischen Revolutionsgardisten gegründet. Trotz des Krieges gegen den Irak entschieden die iranischen Machthaber eine zweite Front gegen Israel zu errichten. Dies erfolgte im Zuge der Parole des iranischen Revolutionsführers, dass Jerusalem über Kirbala befreit werden solle. Die Gründung der libanesischen Hisbollah war das Ergebnis genau dieser Politik des Revolutionsexports und der Reislamisierungsbestrebungen.

⁹⁵ https://www.achgut.com/artikel/damit_nur_der_islam_ueber_diese_voelker_herrsche 22.10.10



Eine neue proiranische islamistische Bewegung der Hisbollah entstand mit Hilfe der iranischen Revolutionsgardisten. In einer der ersten öffentlichen Erklärungen der Hisbollah heißt es: „Wir sind die Kinder der Hisbollah (Partei Gottes). Gott hat ihrer Speerspitze im Iran zum Sieg verholfen, damit erneut die islamische Herrschaft in der Welt errichtet wird.“

Zu den Gründungszellen der Hisbollah gehörten neben Anhängern von Seyyed Mohammad Hussein Fadl'ul'llah, auch Teile der Amal-Milizen. Auch Teile der Fatah-Bewegung liefen zu der neuen von der „Islamischen Republik Iran“ geführten Bewegung über. Einer der bekanntesten Führungsmitglieder der Hisbollah war Imad Mughnia, der später ein Verbindungsglied zu Al-Qaida werden sollte. Zu den wichtigsten Zielen der Hisbollah gehörte von vornherein der Kampf gegen Israel und die „Verhinderung des Friedens mit Israel“.

Seyyed Hassan Nasrallah wurde 1992 Generalsekretär der Hisbollah, nachdem Abbas Mussawi bei einem Anschlag starb.

Die libanesische Hisbollah glaubt an die absolute Herrschaft des Klerus (Welayate Faqih) und der im Iran vorherrschenden Interpretation der Scharia. Die Hisbollah teilt auch die Kampfziele gegen Israel und den Westen, so wie diese von den islamistischen Ideologen im Iran formuliert werden. Iranische Quellen verweisen auf das politische Ziel der libanesischen Hisbollah bei deren Massenmobilisierung. Im Zuge dessen werden soziale Vereinigungen gegründet, die als „Pioniere“ des verschwundenen 12. Imam dienen sollen. Sie teilen ausdrücklich die mahdistischen Vorstellungen der iranischen Staatsideologie, die von einer letzten Schlacht am „Tage des Gerichts“ ausgeht.

Die Hisbollah verfügt über eine komplizierte Organisationsstruktur, die aus verschiedenen Räten besteht. Unter ihnen der jihadistische und der politische Rat, ein Exekutivrat und ein Rat für parlamentarische Fragen. Für judikative Fragen wurde ein eigener Rat gegründet.

Farsnews verweist auf die „Amaliate Jihadi“, auf die jihadistischen Operationen der Hisbollah. Hierzulande bezeichnen die meisten Terrorismusexperten nur die Al-Qaida als jihadistisch. Tatsache ist, dass das ideologische Selbstverständnis der Hisbollah von einem heimlichen Untergrundkampf als eine „jihadistische Handlung“ und als die „Grundlage für den Erfolg“ der Hisbollah ausgeht. Zudem könne nur ein Überraschungsangriff die geringsten Schäden mit sich bringen.

Der „Feind“ versuche stets die Anhänger der Hisbollah sowie ihre Stellungen zu identifizieren, daher sei eine Geheimhaltung vonnöten.

Im Sommer 1992 hat sich die libanesische Hisbollah entschlossen sich an dem parlamentarischen System des Libanon zu beteiligen. Hisbollah sei gezwungen gewesen die „politischen Spielereien“ im libanesischen Parlament zu akzeptieren, hebt Farsnews hervor. Es wird betont, dass die politischen Führer der Hisbollah den „legalen Weg zur Machtergreifung sehr gut gelernt haben.“

Farsnews zitiert einen Sprecher der Hisbollah, Seyyed Ibrahim Al-Amin, der sagte: „Der Export der Revolution bedeutet nicht, dass der Iran die Völker des Nahen



Ostens beherrschen will. Es geht um das Wiedererwachen des Islam in der Region. Damit nur der Islam über diese Völker herrsche.“

Eigentlich waren die Trophäen des iranischen Präsidenten mager: Ein Ehrendokortitel und eine Pistole, persönlich von Hassan Nasrallah ausgehändigt. Aber sind etwa die Konflikte Libanons und des Iran wirklich geringer geworden? Der Süden Libanons ist gänzlich unter der Kontrolle der Hisbollah. Der Iran hat einige Millionen US-Dollar ausgegeben, damit die Reise des iranischen Präsidenten in den Südlibanon so bunt wird wie eine US-amerikanische Präsidentschaftswahl. Dabei meiden der christliche Präsident Michel Suleiman und der sunnitische Premierminister Saad Hariri die von der Hisbollah beherrschten südlibanesischen Gebiete.

Der iranische Präsident hat den Libanon nicht dem Frieden näher gebracht, auch wenn er mal wieder den „Untergang der Zionisten“ forderte. Für die „Islamische Republik Iran“ machte Ahmadinedschad ebenfalls keinen Punkt.. Denn langsam aber sicher verabschieden sich sogar die Post-Reformislamisten vom Konzept der militärisch abgesicherten staatsklerikalen Herrschaftsform.

Illegale Verträge ⁹⁶

Die iranisch-libanesischen Wirtschaftsverträge, die Ahmadinedschad unterzeichnet hat, sind illegal. Laut iranischer Gesetzgebung hätten diese vorher vom iranischen Pseudo-Parlament abgesegnet werden müssen.

Die iranische Regierung hat Verträge in Höhe von 450 Millionen US-Dollar mit Libanon unterzeichnet, berichteten iranische Medien. Die iranischen Investitionen sollen dazu dienen Dämme und Elektrizitätswerke und neue Wasserkanalisationen in Libanon zu bauen.

Auf den ersten Blick scheint dies kein Problem darzustellen:

Sepideh Kalantarian widerspricht in einem Artikel, den sie für „Jaras“, die Website der iranischen Grünen-Bewegung im Exil geschrieben hat.

Sie stellt die Legitimität der neuen iranisch-libanesischen Verträge in Frage. Laut Artikel 77 der iranischen Verfassung dürfe die iranische Regierung nur Verträge mit einem ausländischen Staat schließen, wenn diese im Madschless genehmigt worden seien. Tatsache ist: Die Verträge wurden nicht im Madschless, d.h. im iranischen Pseudo-Parlament, beschlossen.

Und laut Artikel 80 der iranischen Verfassung müssen auch alle Wirtschaftshilfen, die der iranische Staat leistet, zuerst vom Madschless genehmigt werden. Auch dies ist nicht geschehen.

⁹⁶ https://www.achgut.com/artikel/illegale_vertraege 29.10.10



Ferner sind 17 weitere Verträge zur iranisch-libanesischen Zusammenarbeit unterschrieben worden über deren Inhalt überhaupt keine näheren Angaben gemacht worden seien.

Wie Kalantari zu Recht konstatiert, hat die iranische Regierung jenseits der seit drei Jahrzehnten verdeckten Hilfen für den Libanon, d.h. konkret für die Hisbollah, nun offiziell Verträge unterzeichnet, die dem iranischen Grundgesetz widersprechen. Sie fragt daher zu Recht, welchen Vorteil denn diese Finanzspritzen der iranischen Wirtschaft bringen sollen, zumal Libanon keineswegs ein besonders starker Staat sei, der den iranischen Interessen dienen könnte.

Der iranische Geheimdienstminister, Hodschat'ul'Islam Heydar Maslahi, der Ahmadinedschad nach Libanon begleitet hat, behauptete tatsächlich, dass „diese Reise und der Empfang der libanesischen Bevölkerung das Gleichgewicht der Region verändert habe.“ Maslahi glaubt, dass die Reise des iranischen Präsidenten „Libanon geeint“ habe. Eine „Einheit, die den Widerstand stärken werde.“ Er meint natürlich nicht eine Stärkung Libanons, sondern eine Stärkung der Hisbollah.

Kalantari kritisiert, wie denn eine zweitägige Reise des iranischen Präsidenten Libanon einen könnte, wenn Ahmadinedschad bei sich zu Hause nur mit Gewalt, Lügen und Gesetzesbrüchen herrschen könne? Ahmadineschad würde doch im eigenen Land weder Einheit noch Stabilität schaffen können.

Kalantari kritisiert die verbalen Angriffe des iranischen Präsidenten gegen Israel. Diese würden die Sicherheit des Iran gefährden. Denn eine Bedrohung Israels könne zum Krieg führen und diene weder dem Iran noch dem Libanon und auch nicht den Palästinensern.

Die grüne iranische Journalistin macht auch auf einen weiteren interessanten Punkt aufmerksam: Libanon habe als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Juni 2010 nicht gegen die verabschiedete Resolution 1929 gestimmt, sondern sich lediglich seiner Stimme enthalten. Bei dieser Resolution handelte es sich immerhin um neue Sanktionen gegen den Iran.

Kalantari schlussfolgert, dass Libanon zwar Investitionen brauche, aber die Reise Ahmadinedschads mitnichten den Interessen des Iran gedient habe. Vielmehr sei der iranischen Wirtschaft Schaden zugefügt worden. Und politisch habe die Reise auch nur der Bedrohung Israels gedient, die doch am Ende den iranischen Sicherheitsinteressen schade.



Von der iranischen Cyberarmee zu den El-Quds-Brigaden ⁹⁷

Der Iran besitzt inzwischen eine Cyberarmee, um Aufständische, die im Land Zwietracht säen und um manche Exiliraner, die Demokratie und Menschenrechte im Iran einführen wollen, zu bekämpfen. Das iranische Regime unterstützt „Befreiungsbewegungen“, die aus der Sicht der europäischen Demokratien Terrorgruppen darstellen. Eine iranische Unterstützung ist nach eigenen Angaben selbstverständlich „moralisch“, zumal man im Orient über ein kleines „Bakhshish“ (Trinkgeld) nicht redet.

Nach eigenen Angaben hat die iranische Armee die Website der Voice of America und 95 weiteren und von ihr abhängigen Websites gehackt. Die iranische Cyberarmee erklärte, Voice of America (VOA) sei abhängig von amerikanischen Geheimdiensten, daher sei sie neben weiteren 95 Websites attackiert worden. Die iranische Cyberarmee schrieb in einem Brief an die US-amerikanische Außenministerin: „Frau Clinton, willst du die Stimme der unterdrückten Völker hören? Die muslimischen Völker glauben nicht mehr an die listige amerikanische Politik. Wir fordern Sie auf sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der muslimischen Völker einzumischen,“ berichtete Farsnews.

In einem weiteren Artikel zitiert Farsnews den iranischen Geheimdienstminister Hojatulislam Heydar Maslahi: „Die namenlosen Soldaten des verschwundenen Imam (so nennt das Regime seine Geheimdienstler) waren im Cyberspace bei der Suche nach Informationen sehr aktiv und haben einige Verschwörungen neutralisiert.“ Der Geheimdienstminister lobt ausdrücklich die „Cyberspacearmee“ des Iran.

Das iranische Regime führt tatsächlich einen Cyberspacekrieg gegen iranische Websites im Ausland. Diese Strategie gegen die Aktivitäten der Exiliraner lohnt sich aus der Sicht des Regimes, denn sie ist nicht so teuer wie Militärausgaben oder Terroranschläge. Über die militärischen Strategien des Revolutionsexports redet man im Iran nur bedingt offen.

Das iranische Regime leugnet meist seine Auslandsaktivitäten. Beispielsweise dementierte das Regime die Nachricht über die von der israelischen Armee beschlagnahmten iranischen Waffen, die für die Hamas bestimmt waren. General Attaollah Salehi sagte am 16. März: „Das Jerusalem besetzende Regime lügt“, berichtete die iranische Zeitung Entekhab.

Dabei wäre dies nicht das erste Mal, dass der Iran Waffen für bewaffnete Gruppen exportiert. Die persischsprachige Website von BBC hatte schon am 9. Februar 2011 über die Beschlagnahme von iranischen Waffen in Nigeria berichtet. In dem Zusammenhang war auch ein Mitglied der Revolutiongardisten, das als iranischer Kaufmann in Afrika unterwegs war, wegen Waffenhandels verhaftet worden. Der angebliche Kaufmann heißt Asim Aqajani und wurde nach 113 Tagen gegen Kautionsfreigabe freigelassen. Insgesamt waren ursprünglich zwei Personen verhaftet worden. Der

⁹⁷ https://www.achgut.com/artikel/von_der_iranischen_cyberarmee_zu_den_el_quds_brigaden 18.03.11



zweite Mann genoss jedoch diplomatische Immunität. Die Waffen waren für eine schiitische Bewegung in Nigeria bestimmt gewesen.

Ähnlich leugnet der Iran die militärische Unterstützung anderer militanter Terrororganisationen im Nahen Osten. Solche Unterstützungsmaßnahmen seien lediglich „moralisch“. Finanz- und Militärhilfe? Alles westliche Lüge.

Iranische Institutionen arbeiten vielfältig. Die deutschsprachige Website der IRIB, („Stimme der Islamischen Republik Iran“) mit einem Büro im Bundespressehaus in Berlin interviewt beispielsweise gerne deutsche Professoren und Experten und gibt sich weltoffen. Im März 2011 kann jeder Besucher der Website unter dem Motto „Bereitschaft der El-Quds-Brigaden“ Photos von bewaffneten Soldaten in schwarzer Uniform bewundern. Selbstverständlich kommentarlos. Die Photos stammen aus der Farsnews.

Die Soldaten gehören zu den „Saraya“-Einheiten der Al-Quds-Brigaden der Organisation des „Palästinensischen Islamischen Jihad“, die auf der Terrorliste der Europäischen Union stehen.

Wer will sich denn im befreundeten Deutschland unter den falschen Verdacht bringen, dass staatliche Medien des Iran für Terrororganisationen in Deutschland werben? Das würde doch wirklich keinen Sinn machen. Staatliche Institutionen des Iran werden doch nicht etwa die blühenden deutsch-iranischen Beziehungen wegen ein paar unkommentierten Photos von einer Terrororganisation aufs Spiel setzen. Es wäre selbstverständlich zu weit hergebracht von Werbung für Terrororganisationen zu sprechen.

Allerdings ist es richtig, dass der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei den Generalsekretär dieser Organisation im Februar 2010 in Teheran besuchte. Den Bericht darüber kann man auch auf der deutschsprachigen Website des iranischen Revolutionsführers lesen.

Aber von einer politischen Affinität aller staatlichen Medien des Iran für die in Europa als eine Terrororganisation eingestufte Organisation kann wahrhaftig keine Rede sein. Wie kann man in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik dem so offen sich gebenden deutschsprachigen IRIB Gewaltverherrlichung und Terrorpropaganda vorwerfen? So ein Vorwurf wäre sicher falsch. Zumal Gewalt in den deutschen Fernsehanstalten doch alltäglich ist. Ein solcher Vorwurf wäre doch Islamophobie pur.

Es steht fest: Man kann IRIB keineswegs nach Paragraph 86 und 86a des deutschen Strafgesetzbuches das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen vorwerfen. Denn hat die staatliche Agentur des Iran mit Sitz in Berlin etwas mit den diplomatischen Besuchen des iranischen Revolutionsführers zu tun,



der sich doch für die Freiheit der muslimischen Völker einsetzt? Als ob iranische Journalisten keine Freiheiten hätten.

Eine ganz andere Geschichte ist es, wenn iranische Geheimdienstler offenbar sehr genau beobachten, was in iranischen Exil-Communities vor sich geht, besonders was sie in ihren Medien, ob Print oder im Internet, betreiben. Das geben iranische Medien selbstverständlich zu. Das ist auch kein Angriff auf die Freiheit im Ausland lebender Iraner.

Beispielsweise geht Farsnews, die den Revolutionsgardisten nahe steht, auf Diskussionen in iranischen Exilzeitungen ein, in denen darüber diskutiert wird, ob bestimmte Exilzeitungen und Exilanten mit der iranischen Cyberspacearmee und mit dem iranischen Geheimdienst zusammenarbeiten. Der bekannte iranische Exilant und Journalist, Alireza Nourizadeh, der in England lebt, habe dem Betreiber der Website „Kaleme“, die dem reformislamistischen Politiker Mousavi nahe steht, vorgeworfen mit dem iranischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Über eine solche Zwietracht in den Reihen der Auslandsopposition machen sich iranische Medien auch gerne lustig, zu Recht.

Ernst wird es wiederum, wenn es um die „Zionisten“ geht. Farsnews kritisiert den Zentralrat der Juden in Deutschland und bezeichnet Dieter Graumann als den „Direktor des zionistischen Rates in Deutschland.“ Er habe manche soziale Bewegungen im Mittleren Osten und in Nordafrika mit der Islamischen Revolution von 1979 in Iran verglichen. Graumann habe die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran kritisiert, weil der Iran den Holocaust leugne und „Israel von der Weltkarte löschen“ wolle. Graumann habe den „Kampf gegen den Zionismus in Deutschland als Antisemitismus interpretiert,“ berichtete Farsnews am 15. März.

Dies alles macht deutlich, wie offen und offensiv die Medien des Regimes die Diskussionen über den Iran im Ausland verfolgen, um natürlich den Schutz und die Sicherheit eines unabhängigen souveränen Nationalstaates der „Islamischen Republik Iran“ zu garantieren.

Hisbollah punktet im Info-Krieg ⁹⁸

Die iranische Nachrichtenagentur **Farsnews** hat eine mehrteilige Serie über den „heimlichen Informationskrieg zwischen Hisbollah und Israel“ veröffentlicht. Farsnews glorifiziert den Geheimdienst der libanesischen Hisbollah, der besonders wichtige Informationen für militärische Anschläge oder einen Krieg liefern würde.

Farsnews hebt die Schlagkraft des „islamischen Widerstandes“ hervor, der 1982 als der bewaffnete Flügel der libanesischen Hisbollah gegründet worden ist. Im Jahre 1984 habe die Hisbollah satzungsgemäß festgelegt, dass „Israel ein hartnäckiger Feind sei, der aus der Region enturzelt werden müsse.“

⁹⁸ <https://www.achgut.com/artikel/hisbollah/> 26.04.11



Der "islamische Widerstand" habe zunächst dafür gesorgt, dass die in Südlibanon stationierten Nato-Einheiten zum "Rückzug gezwungen wurden."

Am 25. Mai 2000 habe die Hisbollah ihren ersten Sieg über das "zionistische Regime" errungen, als Israel Südlibanon und den zuvor errichteten Sicherheitsgürtel verlassen musste. Nach dem Abzug des israelischen Militärs habe die Hisbollah viele Informationen über die Formen der geheimdienstlichen und der militärischen Arbeit Israels gewinnen können, indem Einheimische befragt wurden. Die bewaffnete Gruppe des "islamischen Widerstandes" habe seitdem ihre geheimdienstlichen Methoden erfolgreich intensiviert.

Farsnews wirft die Frage auf, ob langfristig die Hisbollah oder Israel den neuen "Informationskrieg" gewinnen wird. Zwar habe Israel mit der Tötung von Seyyed Abbas Moussawi, früherer Generalsekretär der Hisbollah und von Haj Imad Mughniyah, der Organisation der Hisbollah einen Schlag versetzt, aber die "geheimdienstlichen Aktivitäten der Hisbollah" seien in den letzten Jahren verstärkt worden. Die iranische Nachrichtenagentur geht davon aus, dass die Zukunft der libanesischen Hisbollah gehöre und nicht Israel.

Als die großen Erfolge der Hisbollah feiert Farsnews die Ermordung des israelischen Generals Erez Gerstein im März 1999 und die Ermordung des israelischen Offiziers Aql Hashim am 30. Januar 2000. Zwischen den Jahren 2003 bis 2010 seien sowohl Spionagenetzwerke der Hisbollah in Israel als auch Dutzende Geheimdienstnetzwerke Israels in Libanon aufgefliegen. Aber die Erfolge der Hisbollah seien besonders herausragend. Die Hisbollah habe in den letzten Jahren 186 "israelische Spione" in Südlibanon verhaftet.

Südlibanon habe für Israel stets als eine sichere Zone gegolten. Davon könne keine Rede mehr sein. In den letzten zwei Jahren habe sich das Interesse der israelischen Geheimdienste lediglich auf die "Einschätzung der Widerstandskraft der Hisbollah beschränkt." Auf der anderen Seite habe der Geheimdienst der Hisbollah sich sehr viele neue Informationen über die Wirtschaftszentren und das Bankenwesen Israels verschaffen können, die im kriegerischen Ernstfall Zielscheibe von Raketen des "islamischen Widerstandes" werden können. Ein solcher Angriff der Hisbollah würde "irreversible Schäden für die Struktur der israelischen Wirtschaft verursachen." Die Hisbollah habe, um genaue Informationen zu erlangen, sogar Spione in höheren Abteilungen des israelischen Bankensystems installiert.

Farsnews berichtet, dass Israel tatsächlich einige israelische Palästinenser verhaftet habe, die im Dienste der Hisbollah gestanden haben. Diese seien nach der Tötung des Topterroristen Imad Mughniyah aktiv geworden und hatten die Aufgabe Informationen über das israelische Militär zu sammeln, um Racheaktionen wegen Mughniyah auszuführen.



Farsnews brüstet sich damit, dass der Geheimdienst der Hisbollah inzwischen als eine "staatliche Institution" tätig sei. Daher müsse die Hisbollah als eine der "stärksten und erfolgreichsten Herausforderer des zionistischen Regimes angesehen werden." Die Hisbollah sei eine "ernste und langfristige Gefahr für das zionistische Regime."

Es bestehe kein Zweifel daran, dass die Hisbollah bestrebt sei die "Spielregeln des Kampfes" in der Auseinandersetzung mit Israel zu ändern, schreibt Farsnews. Will heißen, dass die Hisbollah aktiver werden will als in der Vergangenheit, wobei das Ziel der "Entwurzelung Israels" nicht verändert wurde.

Farsnews schreibt, dass an der "Kriegsfront die usurpatorische Herrschaft, d.h. die israelische Gesellschaft, schwer verletzbar sei." Wenn die libanesischen Raketen Ziele in Israel angreifen würden, würde die "israelische Gesellschaft leicht zusammenbrechen."

Seit Juni 2006 seien keine militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hisbollah zu verzeichnen gewesen, aber der "heimliche Informationskrieg sei intensiver geworden."

Einfach und logisch und mit Gott im Rücken ⁹⁹

Die libanesische Hisbollah plant systematisch ihre Terroranschläge. Ihr organisierter Geheimdienstapparat leistet Vorarbeit für die Terroristen. Gleichzeitig verfißt die libanesische Hisbollah eine totalitäre Ideologie des Khomeinismus.

Farsnews berichtet am 12. April 2011 wie die Ermordung von 12 israelischen Offizieren und Soldaten im August 2006 planmäßig vorbereitet worden ist. 18 weitere Soldaten seien damals schwer verletzt worden. Der Geheimdienst der Hisbollah habe tagelang militärische Informationen gesammelt und erst dann einen Raketenangriff gegen eine israelische Militärstation gestartet. Zudem habe Hassan Nasrallah schon im Jahre 2006 mehrfach warnend verkündet, dass die Hisbollah genaue Informationen über die Atomfabrik Dimona, über Industrieanlagen, Waffenlager, Flughäfen und über Gebäude der staatlichen Bürokratie besitzt. Außerdem könne der Geheimdienst der Hisbollah auch Telefongespräche abhören, die in Israel geführt werden.

Die iranische Nachrichtenagentur Farsnews lobt mit Begeisterung die Arbeit des getöteten Topterroristen Imad Mughniya. Dieser arbeitete nicht nur für den Nachrichtendienst der Hisbollah, sondern war auch ein enger Kontaktmann zum iranischen Nachrichtendienst. Mughniya baute Störsender für die Hisbollah auf, damit die Telefongespräche der politischen Führung dieser libanesischen Organisation nicht vom israelischen Geheimdienst abgehört werden können. Zudem habe

⁹⁹ https://www.achgut.com/artikel/einfach_und_logisch_und_mt_gott_im_ruecken/ 03.05.11



Mughniya technische Anlagen für die Hisbollah aufgebaut, die diese in die Lage versetzt haben israelische Militärs abzuhören, behauptet Farsnews.

Ferner habe die Hisbollah schon vor einigen Jahren ein Budget von einer Million Dollar genehmigt, um israelische Soldaten und Offiziere zu kaufen und um diese in ihren Dienst zu stellen.

Hassan Nassrallah habe immer wieder damit gedroht israelische Anlagen zu zerstören, schreibt Farsnews in einem weiteren Bericht am 24. April 2011.

Tatsächlich strebt die Hisbollah für Libanon ein politisches System nach dem Modell der „Islamischen Republik Iran“ an. Seyyed Hassan Nassrallah zählt zu den glühenden Anhängern des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei und Ayatollah Khomeini.

In seinen Lektionen über „Welayate Faqih“, der Herrschaft des Klerus, betont Nassrallah, dass Gott ein „absolutes Recht auf Herrschaft“ habe, berichtet Farsnews am 26 April 2011. Gott überlasse den Menschen die Möglichkeit diese absolute Macht in seinem Sinne auszuführen. Die Frage sei, wer diese Macht ausführen dürfe.

Es folgt eine politische und theologische Auseinandersetzung darüber wie göttlicher Wille nach der Auffassung von Nasrallah und Ayatollah Khomeini auf der Erde herrschen könne: Gott verfüge über die Macht über Leben und Tod aller Menschen und der Natur. Wenn Gott es wolle, könne er das Leben der Menschen auslöschen. Gott habe auch Jesus die Macht gegeben die Toten zum Leben zu erwecken. Es sei nicht die Macht von Jesus gewesen, sondern die göttliche Macht, die dies ermöglicht habe, so Nassrallah.

Nassrallah erklärt in Anlehnung an Ayatollah Khomeini, während der Abwesenheit des verborgenen Imam müsse jemand da sein, der dafür Sorge, dass die islamischen Gesetze gesellschaftlich umgesetzt werden. Nasrallah sagt, es dürfe nicht daran gezweifelt werden, dass es eine Notwendigkeit sei der Welayate Faqih, d.h. dem iranischen Revolutionsführer zu gehorchen. Die Begründung, die er liefert, ist konsequent politisch und religiös. Denn es sei „die Pflicht der Bevölkerung den göttlichen Befehlen zu gehorchen.“ Daher trage der schiitische Klerus auch die „Verantwortung der Verkündung der göttlichen Gesetze.“

Eine kurze Erklärung ist an dieser Stelle vonnöten: Nassrallah, Khomeini, Mohammad Khatami, Ahmadinejad oder Ali Khamenei gehen trotz aller nuancierten Differenzen von einem im Namen Gottes handelnden Klerus aus und blenden dabei aus, dass schon zu Beginn der Islamischen Revolution von 1979 hochrangige Geistliche, die keine Anhänger Khomeinis waren, genauso beseitigt wurden, wie bei späteren Machtkämpfen innerhalb des iranischen Staatsklerus. dies zeigt, dass die entscheidende Frage ist, wer die Interessen der totalitären Diktatur des Staatsklerus am konsequentesten vertritt. Diese setzten sich schließlich machtpolitisch durch.



Nasrallah zieht mit folgendem Argument ins Feld: „Wenn ein islamisches Land von einer Kulturinvasion bedroht wird und die Feinde des Islam Zweifel unter den Muslimen säen, müssen dann die muslimischen Gelehrten an der Seite stehen und nichts tun? Die Antwort ist Nein.“ Nassrallah zufolge müssen die Kleriker handeln, um etwa die wirtschaftlichen Probleme der Armut zu beseitigen.

In der Tat wollten auch Ahmadinejad und vor ihm Khomeini mit solchen Parolen der Gerechtigkeit ihre soziale Basis stärken. Die Realität beweist hingegen immer, dass die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit in der „Islamischen Republik Iran“ größer wird.

Nassrallah argumentiert wie alle Islamisten einfach und logisch. Die muslimischen Gesellschaften sollen das islamische Gesetz umsetzen und „gegen die Feinde des Islam kämpfen.“ Denn der Kampf gegen die Feinde des Islam sei ein Verteidigungskampf. Und es sei die Aufgabe eines jeden Muslims den Islam zu verteidigen.

Nasrallah schlussfolgert, dass die „Waliye Faqih“, d.h. der iranische Revolutionsführer tatsächlich Mohammad den Propheten der Muslime und die schiitischen Imame vertrete und von ihnen sogar ausgesucht worden sei, damit er das islamische Gesetz durchsetze. Im Klartext: Ayatollah Khomeini war und gegenwärtig Ali Khamenei ist der Stellvertreter Gottes auf Erden, der das islamische Gesetz durchsetzen muss.

Mit solchen Argumenten will Nasrallah auch die Zukunft Libanons bestimmen, so wie die Khomeinisten im Iran seit 1979 kraft eines totalitären Gewaltsystems den Iran und die Iraner unterdrücken. Das iranische Beispiel der letzten 32 Jahre sollte eine Warnung an alle Muslime und Nicht-Muslime sein. Die religiös-fanatistische Variante des Totalitarismus ist stabiler und womöglich langfristig gefährlicher als die bekannten Totalitarismen des 20. Jahrhunderts.

Es ist ein Fakt, dass besorgniserregende politische Ziele wie die Zerstörung Israels und die Unterordnung aller nicht-Muslime unter eine islamistische Diktatur eine zentrale Rolle in der neuen totalitären Ideologie, die mit Gewalt durchgesetzt werden soll, spielen.

Frieden oder Waffenstillstand? ¹⁰⁰

Kayhan ist das Sprachrohr des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei. Am 10. Mai 2011 erschien in der Zeitung ein Kommentar, der das Abkommen zwischen Fatah und Hamas kritisiert.

Hussein Schariati, Chefredakteur von Kayhan kritisiert das Abkommen vom 4. Mai 2011, das von Mahmud Abbas und Khaled Mashal unterzeichnet worden ist.

¹⁰⁰ https://www.achgut.com/artikel/frieden_oder_waffenstillstand/ 12.05.11



Der iranische Experte vergleicht das Abkommen mit dem Vertrag von Camp David und mit dem Oslo-Vertrag. Das Camp-David Abkommen wurde am 17. September 1978 unterzeichnet. Verhandlungspartner waren Anwar Sadat, Jimmy Carter und Menachem Begin. Das erste Oslo-Abkommen wurde am 13. September 1993 unterzeichnet. Schon damals gehörte Mahmud Abbas zu den Verhandlungspartnern, neben Yitzhak Rabin und Bill Clinton.

Für Schariat Madari ist das neue Abkommen genauso „schändlich“ wie die anderen Friedensabkommen mit Israel.

Schariatmadari schreibt, dass die beiden palästinensischen Verhandlungspartner, die das Abkommen unterzeichnet haben, zwei verschiedene und sich widersprechende Sichtweisen besitzen, wie die „Zukunft Palästinas“ gestaltet werden sollte. Sowohl Fatah als auch die Hamas haben demnach in dem Abkommen ihre jeweiligen Strategien festgelegt. Die Differenzen würden sich auf ihre unterschiedlichen Strategien in Hinblick auf ihren „Kampf gegen Israel“ beziehen.

Schariati schreibt, dass Abbas eine „illegale“ Position in der Führung der Fatah besitze. Dieser gehe gar nicht davon aus, dass das „künstliche Jerusalem besetzende Regime von der politischen Geographie der Region ausgelöscht werden müsse.“ Zudem habe Abbas jegliche „militärische Auseinandersetzung mit dem zionistischen Regime aus seinen Kampfstrategien gestrichen.“

Schariatmadari greift auf eine alte Verschwörungstheorie der iranischen Politik zurück: Er behauptet, dass Abbas, aus dem Iran stamme und Bahai sei. Seine Familie stamme aus dem Clan der Qajaran und sei infolge der „Niederlage der Bahai“ nach Haifa ausgewandert. Vorweg: Tatsache ist, dass der palästinensische Politiker keineswegs Bahai ist. Zudem wurden der Stifter der Bahai-Religion und einige seiner Anhänger im August 1886 in die Strafkolonie von Akko verbannt. Die iranischen Machthaber glauben aber, dass es ausreicht jemanden als Bahai zu bezeichnen, um ihn zu diffamieren.

Die Hamas auf der anderen Seite sei der „islamische Widerstand Palästinas.“ Die Hamas sei eine politische und eine militärische Bewegung, die im Jahre 1987 von Ahmad Yassin, Abdulasis Rantisi und Mohammad Taha gegründet worden sei. Die Hamas fordere die „Vernichtung Israels und die vollständige Auslöschung des zionistischen Regimes“ und habe diese Ziele als eine „unveränderbare strategische Linie“ in ihrer Charta aufgenommen.

Kayhan hebt den Artikel neun des zweiten Abschnitts der Hamas Charta hervor, wonach die „ungültige Fahne“ heruntergerissen werden müsse, um „einen islamischen Staat“ zu gründen. Das Ziel sei die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge. Kayhan zitiert auch den Artikel elf der Hamas Charta: „Der islamische Widerstand glaubt, dass das Gebiet Palästinas bis zum Tage der Auferstehung ein islamisches Eigentum ist und allen Generationen der Muslime gehört. Es ist nicht erlaubt auf auch nur einen Teil von diesem Eigentum zu verzichten.“ Man dürfe nicht



auf einen Teil Palästinas verzichten. „Denn der Verzicht auf einen Teil davon wäre gleich bedeutend mit dem Verzicht auf einen Teil der Religion.“

Kayhan analysiert, dass das Wesen der beiden Bewegungen sich voneinander unterscheidet. Diese seien nicht nur unterschiedlich, sondern stünden im Gegensatz zueinander. Daher sei die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den beiden Parteien wie ein Witz, außer eine der beiden Seiten ändere ihre Sichtweisen oder ihre Strategie. Schariatmadari gibt Abbas Recht, der gesagt habe, dass die Israelis stets argumentiert haben, dass sie keine zuverlässigen Gesprächspartner haben. Dann zitiert die iranische Zeitung Itzhak Rabin, der gesagt habe: „Israel hat keine ernsthaften und unlösbaren Konflikte mit Mahmud Abbas. Die Probleme mit Abbas können im Dialog gelöst werden. Das Problem ist die Hamas, die das Ziel der vollständigen Vernichtung Israels verfolgt.“

Kayhans Analyse ist einfach gestrickt: Israel habe stets mit Abbas verhandelt, denn die Verhandlungen mit Abbas haben Selbstzweck. Zumal Abbas zwar die Hamas als „Brüder“ bezeichne, aber gleichzeitig Frieden mit Israel schließen wolle. Eine solche Politik bringe die Hamas in das „Jagdgebiet der Israelis“, sagt Hussein Schariatmadari, der strikt gegen einen Frieden mit Israel ist, kritisiert sogar den Hamas-Politiker Mashal, der sich in das Spielfeld mit den USA und Israel begeben. Dies würde einen Strategiewechsel bedeuten, der der Charta der Hamas widerspreche. Denn folge man der Satzung der Hamas dürfe auf kein Stück Erde von Palästina verzichtet werden.

Kayhan zitiert Khaled Mashal, der nach der Unterzeichnung des Vertrages mit Fatah gesagt hat: „Wir wollen die Rechte des palästinensischen Volkes bekommen. Und wenn wir einen unabhängigen Staat Palästina gegründet haben, werden wir über den Frieden mit Israel reden.“

Hussein Schariatmadari ist noch radikaler als der Hamas Politiker Mashal und schreibt: „Wenn man sich mit der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates beschäftigt, hat man das Jerusalem besetzende Regime anerkannt.“ Er kündigt deswegen den Untergang von Hamas an, denn der Iran ist gegen eine Zweistaatenlösung.

Schariatmadari gibt exakt die iranische Staatsideologie wieder. Tatsächlich sagt Schariatmadari in dem Zusammenhang nicht mehr als was Präsident Ahmadinejad im Oktober 2005 auf der Konferenz, „Eine Welt ohne Zionismus“ sagte. Er forderte „Tod Israel“ und sagte: „Unser lieber Imam [Khomeini] sagte auch: Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss aus den Annalen der Geschichte getilgt werden. In diesem Satz steckt viel Weisheit. Das Palästina-Problem ist kein Problem mit dem wir uns auch nur teilweise versöhnen könnten.“

Im islamischen Recht gibt es das Gesetz von Hudna, eines zeitlich begrenzten Waffenstillstands. Der Hamas Führer Rantissi hatte 2004 einen auf 10 Jahre



begrenzten Waffenstillstand mit Israel verhandeln wollen. Ein nach islamischem Recht vereinbarter Waffenstillstand ist kein Frieden. Die Frage ist, ob die neue Strategie von Hamas mehr als ein Hudna ist.

Interpol sucht Verteidigungsminister ¹⁰¹

Ahmad Vahidi ist der einzige von Interpol gesuchte Verteidigungsminister der Welt. Er war immerhin an terroristischen Aktivitäten beteiligt. Der gegenwärtige Verteidigungsminister des Iran leitete in den 80er Jahren die Geheimdienstabteilung der Revolutionsgardisten und gründete die in Terroraktivitäten verwickelten Quds-Brigaden der Revolutionsgarden. Nun ist Vahidi im Gewande des iranischen Verteidigungsministers nach Afghanistan gereist, um dort gegen den Westen zu hetzen.

Zudem werden dem iranischen Verteidigungsminister Proliferationsbestrebungen für das iranische Atomwaffenprogramm vorgeworfen. Laut Amtsblatt der Europäischen Union wurde der Brigadegeneral der iranischen Revolutionsgarden Ahmad Vahidi am 23. Juni 2008 auf die EU-Sanktionsliste gesetzt. Die Europäische Union muss seit Juni 2008 alle Konten, die mit dem iranischen Verteidigungsminister verbunden sind, schließen.

Gegen General Ahmad Vahidi liegt ein Haftbefehl von Interpol vor, wegen Beteiligung und Durchführung des Terroranschlags auf das jüdische Gemeindezentrum (AMIA) in Buenos Aires im Jahre 1994. Ahmad Vahidi wird neben Hojatul-Islam Ali Fallahian (Ex-Geheimdienstminister) und Mohssen Rezai von Interpol gesucht. Sie waren ebenfalls an der Planung des Anschlags beteiligt. Bei dem Anschlag starben 85 Menschen, 300 wurden verletzt.

Satzungsgemäß muss Interpol nach Artikel 26 mit nationalen Autoritäten zusammenarbeiten, um Kriminelle aufzusuchen. In Afghanistan hielt Interpol still. Offenbar kam die diplomatische Immunität des iranischen Generals zur Geltung.

Ende Mai reiste Irans Verteidigungsminister Vahidi nach Bolivien und wurde dort von Präsident Morales hofiert. Am 18. Juni besuchte der General Afghanistan und traf dort hochrangige Politiker, unter anderen den afghanischen Präsidenten Hamid Karzai und den afghanischen Verteidigungsminister General Abdolrahim Vardak. Vahidi war der offiziellen Einladung des afghanischen Verteidigungsministers Vardak gefolgt.

Iran und Afghanistan unterzeichneten ein gemeinsames Verteidigungs- und Sicherheitsabkommen. Beide Regierungen gaben sich die gegenseitige Garantie, dass keinem dritten Staat die Erlaubnis gegeben werde vom Boden eines der beiden

¹⁰¹ https://www.achgut.com/artikel/interpol_sucht_verteidigungsminister, 21.06.11



Unterzeichnerstaaten einen Angriff gegen Iran oder gegen Afghanistan oder gegen einen weiteren Staat durchzuführen. Die territoriale Einheit und Sicherheit beider Staaten dürfe nicht durch Dritte gefährdet werden. Ein iranisch-afghanisches Sicherheitsabkommen war schon 2007 unterzeichnet worden.

Mohammad Qasim Fahim, afghanischer Militärkommandant und Vizepräsident sagte, Vahidi ansprechend: „In Krisen- und Konfliktzeiten befinden wir uns gemeinsam mit Euch in einem Kriegsgraben,“ berichtete Farsnews.

Der iranische Verteidigungsminister hetzte gegen die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF), die unter der Führung der NATO steht. Vahidi sagte in Kabul: „Ihre Präsenz verhindert die Realisierung des Willens eines großen Volkes, eines hart arbeitenden afghanischen Volkes.“

Wie die persischsprachige Website der BBC berichtete, kritisierte Vahidi den US-Plan dauerhafte militärische Stützpunkte in Afghanistan aufzubauen. Die iranische Zeitung Kayhan zitierte am 19. Juni den iranischen Verteidigungsminister wie folgt: „Die Präsenz der fremden Kräfte stellt eine Barriere für die Verwirklichung des Willens des großen afghanischen Volkes dar.“ Ein Tag später zitierte Kayhan erneut Vahidi: „Die Hauptunsicherheit in Afghanistan und in der Region des Nahen Ostens wird durch die Präsenz der überregionalen Kräfte verursacht.“ Diese überregionalen Kräfte, Vahidi meint die ISAF, würden „ihre illegitimen Interessen auf Kosten der Ruhe der Bevölkerung durchsetzen.“ Der iranische Verteidigungsminister ist der Meinung, dass sowohl die iranischen als auch die afghanischen Interessen mit den Interessen der westlichen Demokratien nicht vereinbar seien.

Wenige Tage vor seiner Reise nach Afghanistan hatte der iranische Verteidigungsminister vor einen Krieg gegen den Iran gewarnt. Vahidi hatte bekannt gegeben, dass der Iran erneut einen Satelliten ins All geschossen habe. Die iranische Armee wolle Vahidi zufolge sowohl die Trägersysteme als auch die Raketentechnologie der iranischen Armee verbessern. Anfang Juni konnte der Iran einen 50 kg schweren Satelliten in den Erdumkreislauf bringen. Im Vergleich dazu hat Nordkorea ein solches Ziel bisher noch nicht erreicht. Diese Raketentechnologie kann militärisch genutzt werden. Bei einer Weiterentwicklung können iranische Raketen selbst Träger von weiteren Raketensystemen werden, die interkontinentale ballistische Waffen transportieren, sagte Scherwin Taqwa, Wissenschaftler der NASA gegenüber dem persischsprachigen Radiofarda.

Tatsächlich ist die totalitäre Diktatur der „Islamischen Republik Iran“ über den sich langsam aber sicher vollziehenden Wandel in der afghanischen Gesellschaft besorgt. Wenn es nach dem iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei, seinem Präsidenten Ahmadinejad und dessen Verteidigungsminister Vahidi ginge, sollte der Westen Afghanistan sofort verlassen und das Nachbarland dem Iran überlassen.



Die USA versuchen gegenwärtig einigen Führern der Taliban Anreize anzubieten, um diese im Dialog zu neutralisieren. Diese Tatsache beunruhigt die totalitären Machthaber im Iran, die die Taliban möglicherweise nicht mehr so aktiv wie früher als Destabilisierungsfaktor gegen die westliche Militärpräsenz instrumentalisieren können. Umso mehr ist der Iran über mögliche langfristige Militärstützpunkte der USA in Afghanistan verunsichert.

Der Besuch des iranischen Verteidigungsministers hat erneut gezeigt, dass der Iran keine gemeinsamen Ziele mit westlichen Demokratien besitzt. Ein Demokratisierungsprozess und ein Wandel der afghanischen Gesellschaft gefährdet langfristig die Position der iranischen Machthaber.

Wie die afghanische Frauenrechtlerin Khorshid Samad beispielsweise immer wieder betont, kann der Westen sehr wohl helfen die Entwicklung der afghanischen Gesellschaft abzusichern. Khorshid Samad hebt stets hervor, dass Kanada, die USA und Europa helfen können die sozioökonomische Entwicklung in Afghanistan voranzutreiben, damit die menschliche Sicherheit für afghanische Kinder und Frauen gewährleistet wird.

Eine solche, wenn auch langsame Entwicklung der afghanischen Gesellschaft, die von westlichen Demokratien abgesichert wird, ist ein Dorn im Auge eines iranischen Verteidigungsministers.

Iran feiert den 11. September ¹⁰²

Es ist nicht das erste Mal, dass der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad die islamistischen Terroranschläge vom 11. September in Frage stellt. Es ist ein Teil der antisemitischen und der antiwestlichen iranischen Staatsdoktrin zu behaupten, dass Machtzentren innerhalb des US-amerikanischen Regierungsapparates und die „Zionisten“ die wahren Urheber der Anschläge seien.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad sagte in einer Rede, die er in der nordöstlichen iranischen Stadt Bojnurd am 11. September 2011 hielt: „Der 11. September zählt zu den Lügen der arroganten Weltmächte. Diese Lügen sind im Kampf ihrer Führer gegen den Terror offensichtlich geworden.“

Im islamistischen Sprachduktus sind Begriffe wie die „Arroganz“ oder die „weltarrogante Macht“ ein Synonym für die westlichen Staaten, vor allem für die USA.

Ahadinejad sagte: „Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus hat die Arroganz Maßnahmen unternommen, um ein Land anzugreifen und um eine Million Menschen zu töten,“ berichtete Farsnews.

¹⁰² https://www.achgut.com/artikel/iran_feiert_den_11_september/ 13.09.11



Der iranische Präsident sagte ferner: „Der 11. September wurde von der Arroganz geplant und durchgeführt und der Kampf gegen den Terrorismus ist nur ein Vorwand.“

Die USA habe für über 100 Millionen Dollar Waffen an die Staaten des Nahen Ostens verkauft. Dies zeige, wie die „arroganten Staaten den Krieg und die Aggression“ verbreiten würden. Ahmadinejad geht auch auf Libyen ein und sagt, dass die westlichen Staaten nur deutlich machten, dass „sie nur ihre Taschen mit Geld füllen wollen.“

Tatsächlich hatte der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei am 13. September 2010 erneut den Kurs angegeben. Khamenei hatte vor einem Jahr betont, dass der 11. September nur ein Vorwand gewesen sei, um Afghanistan und den Irak anzugreifen. Khamenei hatte gesagt, dass die Verschwörungen mit dem „Verbrechen“ von Salman Rushdie begonnen hätten, sich mit den Karikaturen des dänischen Journalisten fortgesetzt und in den „verbrecherischen Operationen in Afghanistan und Irak“ weiter gehen würden. Es sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass Ali Khamenei sich als Stellvertreter Gottes auf der Erde versteht.

Es sei auch daran erinnert, dass Akbar Welayati, Ex-Außenminister, enger Berater von Ayatollah Ali Khamenei und einer der Drahtzieher des Mykonos-Anschlages in Berlin am 17. September 1992 ebenfalls vor einem Jahr die Meinung vertreten hat, dass die „Zionisten“ die Urheber der Anschläge vom 11. September seien.

Es sollte daher niemanden wundern, dass die staatliche Nachrichtenagentur ILNA („Iranian Labour News Agency“) am 10. September 2011 den General der Revolutionsgardisten Seyyed Masud Jasaeri zitierte, der in Bezug auf den 11. September sagte: „Es gibt viele Dokumente, die alle beweisen, dass eine herrschende Kommission in der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und weltkapitalistische Systeme das Ereignis des 11. September geschaffen haben. Dies gilt als bewiesen. Der Einfluss der zionistischen Medien hat aber bisher verhindert, dass die Bevölkerung dieser Staaten die verbrecherische Führung ihres Staates vors Gericht stellt. Diese lassen nicht zu, dass das amerikanische Volk über die Wahrheit hinter den Kulissen des herrschenden Regimes in den USA blickt.“

General Jasaeri, der Sekretär des Hauptstabes der iranischen Armee für kulturelle Fragen ist, sagte weiter: „Die Amerikaner und der Weltzionismus versuchen mit einem großen Sprung und durch Verschiebung von geographischen Grenzen und durch politische und kulturelle Änderungen der Gesellschaften mindestens noch weitere 100 Jahre ihre Hegemonialmacht aufrechtzuerhalten.“ Die Amerikaner hätten versucht ihre Weltmacht von den Philippinen über Afrika nach Irak, Palästina und den Libanon auszuweiten. Aber das zionistische Regime habe im Kampf gegen die Hisbollah große Verluste erlitten. Auch die USA habe es nicht geschafft ihr Machtsystem im Nahen Osten aufzubauen, meint General Jasaeri. Dieser sagte weiterhin: „Das amerikanische Volk muss die US-Regierung fragen, warum sie es



trotz ihres riesigen Sicherheitsapparates und ihres Geheimdienstes nicht geschafft habe die Wahrheit über den 11. September herauszufinden.“

Der iranische General glaubt die Wahrheit zu kennen, wenn er sagt: „Die Islamophobie ist die Hauptmotivation in der Strategie der arroganten Systeme. Amerika wollte mit der Schaffung eines großen Ereignisses am 11. September den Islam und die Muslime schlecht machen und die moralische Kraft des Islam blockieren.“ Jasaeri meint, dass die westlichen Regierungen verhindern wollen, dass die „Menschen weltweit zum Islam übertreten“. Die liberale Demokratie würde ohnehin zusammenbrechen. Nur ein großes Ereignis, wie der 11. September habe mit Hilfe der Medien verhindern können, dass weltweit die Menschen zum Islam übertreten.

Jasaeri sagte: „Am Ende werden sich die Machtverhältnisse in der Welt ändern. Ohne Zweifel wird dann die höhere göttliche Ideologie die materialistischen Schulen ersetzen. Die arroganten Mächte werden dies auch nicht verhindern können. Amerika muss akzeptieren, dass die Zeit des Imperialismus abgelaufen ist.“

Der Staatskleriker Hojatulislam Mohammad Mehdi Behdaward meint in einer „Analyse“ für Tabnak, die dem Ex-General Mohssen Rezai unterstellt ist, dass die „Zionisten“ folgende Ziele infolge des 11. September verfolgen würden: Das erste Ziel der Zionisten sei die „Erzeugung von Krieg zwischen Islam und dem Westen“. Das zweite Ziel der „Zionisten“ sei eine „Machtverschiebung innerhalb der islamischen Welt.“ Und das dritte Ziel sei die Erzeugung von „Kriegen in der islamischen Welt.“

Die staatliche Agentur IRNA zitierte Hojaulislam Ali Maabudi, Vertreter des Revolutionsführers in der Provinz Sanjan. Maabudi, der im Namen von Ali Khamenei spricht, sagte: „Der 11. September war ein Vorwand für den Zionismus und für die Weltarroganz ihre militärische Macht im Nahen Osten auszuüben.“ Aber dieser Plan sei gescheitert, berichtete IRNA am 9. September 2011.

Dutzende Staatskleriker haben sich beim staatlichen Akt des Freitagsgebets am 9. September 2011 in verschiedenen iranischen Städten ebenfalls zum Ereignis des 11. September geäußert, alle im Sinne der antisemitischen und antiwestlichen staatlichen Ideologie des Iran.

Hojatulislam Sajad Mussawiun sagte beispielsweise: „Amerika hat mit der Ermordung einer Masse von Muslimen nach dem 11. September versucht den Nahen Osten den unheilvollen Israelis zu überlassen,“ berichtete IRNA.

Der Freitagsprediger der süd-westlichen iranischen Stadt Barasjan, Hojatulislam Hassan Maslah, sagte: „Der 11. September war ein Instrument, damit Amerika seine unreinen Ziele erreicht,“ berichtete Farsnews.



Mit ähnlichen Positionen meldeten sich Dutzende weiterer Staatskleriker zu Wort. Ein Hauptargument war, dass der 11. September zum Plan der „arroganten Mächte“ gehöre, die „Verbreitung des Islam zu stoppen.“

Vor diesem Hintergrund der staatlichen Propaganda in Bezug auf den 11. September wundert es nicht, dass auch die Zeitschrift „Iran Diplomatic“, die sich in sehr vielen Texten mit der Übersetzung von Beiträgen aus der westlichen Presse beschäftigt, nicht auf die westlichen Vorwürfe reagiert. Denn in der totalitären Diktatur setzen der Führer oder ihre Vertreter, der Staatsklerus und der Präsident die offizielle Position fest. Iran Diplomatic berichtete beispielsweise aus einem Artikel der New York Times, wonach im Hintergrund der Anschläge vom 11. September die libanesische Hisbollah, der Iran und Mughniyah gewirkt hätten. Mughniyah war tatsächlich ein Vermittler zwischen Al-Qaida, Hisbollah und dem Iran. Er war der Terroristen-Koordinator des Iran. Selbstverständlich äußert sich „Iran Diplomatic“ nicht dazu.

Bruno Schirra schrieb in seinem Buch „Iran Sprengstoff für Europa“: „Vor dem 11. September 2001 hat kein islamistischer Terrorist mehr amerikanische Soldaten und Zivilisten getötet als Imad Mughniyah“, sagt Professor Magnus Ranstorp, einer der wenigen westlichen Hisbollah-Experten.“ Niemand habe die israelischen Geheimdienste so lange an der Nase herumgeführt wie er, niemand habe nach dem zweiten Weltkrieg bei Terroranschlägen mehr Juden getötet als Imad Mughniyah.

Bruno Schirra schreibt weiter: „Sunnitische Al-Qaida-Mitglieder wurden zwischen 1992 und 1995 im Libanon von der schiitischen Hisbollah und Imad Mughniyah ausgebildet und trainiert. Verglichen mit Mughniyah sind Bin Laden und seine Leute Lehrlinge und Mughniyah ist der Meister,..“

Die offizielle Antwort des Iran ist, dass Mughniyah stets als Volksheld gefeiert wird, den „Weltzionisten“, Amerikanern und den „Westlern“ aber die Verantwortung für den islamistischen Terror gegeben wird. Geradezu logisch für diese totalitäre Staatsideologie ist, dass in diesem Zusammenhang auch noch von „Islamophobie“ gesprochen wird, als Hauptgrund für die Urheberschaft der US-Regierung bei den Anschlägen vom 11. September. Auch die islamistischen Anschläge vom 11. September werden von iranischen Machthabern benutzt, um den staatlichen Antisemitismus des Iran zu fördern.

Die staatliche Propaganda des Iran unterscheidet sich selbstverständlich von Verschwörungstheorien, die es in der freien Presselandschaft in westlichen Demokratien ebenfalls gibt.

Im Iran gibt es keine freie Presse. Die Funktion der Presse ist die Wiedergabe der Positionen des islamistischen Establishments. Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA brachte etwa 65 und die den Revolutionsgardisten nahestehende Farsnews brachte etwas mehr als 100 Berichte über den 11. September. Sie zitierten westliche,



arabische, indische Verschwörungstheoretiker, die alle letztlich die Worte der iranischen Machthaber bestätigen sollen.

Die Cyber-Hisbollah ¹⁰³

Im September 2011 fand in Teheran die zweite Konferenz der Cyber-Hisbollah statt. Dort trafen sich islamistische Hacker und Cyber-Jihadisten und beschlossen Europa und die USA zu bekämpfen. Auch der politische Strategie der iranischen Revolutionsgardisten Hassan Abbasi war anwesend und hielt flammende Reden.

Die Teilnehmer der Konferenz der Cyber-Hisbollah setzten sich aus sogenannten „Cyber-Jihad-Aktivisten“, Aktivisten des „Cyber-Widerstandes“ und „Interessenten des sanften Krieges“ zusammen. Direkt telefonisch verbunden mit der Konferenz war Hojat Vahidi, Leiter des neuen „Komitees der Strategie der heiligen Verteidigung in Europa“. Er ist ein Koordinator der Propagandaaktivitäten des Iran für Europa und die USA. Der Kriegsveteran Vahidi lebt in einem unbekanntem Ort in Europa und leitet obendrein eine Organisation, die sich die „europäische Vereinigung der Muslime“ nennt.

Im Interview sagte er seinen Zuhörern in der Teheraner Cyber-Hisbollah, dass er in den letzten Jahren gemeinsam mit seinen Kollegen viele Veranstaltungen und Ausstellungen in Europa und in den USA organisiert habe und fügte hinzu: „Wir haben bei unseren Aktivitäten im Komitee der Strategie der heiligen Verteidigung in Europa viele beidseitige Kontakte mit europäischen Studenten hergestellt. Die Erfahrungen der Studenten der islamischen Revolution des Iran konnten der europäischen Jugend zur Verfügung gestellt werden. Dies hat dazu geführt, dass islamische Zellen in Europa und in Amerika gegründet werden konnten.“ Was diese „islamische Zellen“ in Europa und in den USA vorhaben, wurde nicht bekannt gegeben. Das Ziel dieser Gruppen sei die „Verbreitung des reinen Islam“, um dem „amerikanischen Islam, der von den Feinden verbreitet“ werde, entgegenzuwirken.

Die Organisatoren der Cyber-Hisbollah-Veranstaltung haben eine Erklärung herausgegeben. Darin beschwören die Cyber-Jihadisten, dass sie nicht nur im wirklichen Leben, sondern auch im Hyperspace die „falsch Handelnden, die falsch Verstehenden und die Schwarzmaler erhellen wollen.“ Diese stünden unter dem Einfluss der „Fremden“, denen die Cyber-Jihadisten „teuflische“ Züge zusprechen. Dagegen werden die islamistischen Blogger und die „Basen des Jihads und des Märtyrertums“ gelobt. Der berühmt berüchtigte iranische Antisemit, Israelhasser und Antiamerikaner Hassan Abbasi war ein Stargast der Teheraner Konferenz der iranischen Cyber-Hisbollah. Hassan Abbasi leitet das in Teheran ansässige „Doctrinal Analysis Center“.

¹⁰³ https://www.achgut.com/artikel/die_cyber_hisbollah/ 28.09.11



Wie Farsnews am 23. September berichtete, warnte Abbasi davor, dass die US-amerikanische Behörde der National Security Agency (NSA) in der Lage sei alle Internetaktivitäten im Iran zu kontrollieren. Aber nicht nur die NSA auch die iranischen "Sicherheitsorganisationen" seien heute in der Lage die Internetkontakte der Iraner zu kontrollieren. Hassan Abassi hob hervor, dass einige der verhafteten "Aufständischen", gemeint sind die Aktivisten der Demokratiebewegung des Iran, zugegeben haben sollen, dass sie "viele Informationen den westlichen Spionageorganisationen zur Verfügung gestellt haben." Abassi warnte vor der NSA und sagte: "Wir müssen daran denken, dass wir kontrolliert werden. Und wir müssen die Perspektive des Feindes genau analysieren. Der Feind hat sich gegen unsere muslimische Gesellschaft positioniert. Sie sind im Krieg gegen unsere Religion. Sie sind Feinde des Islam." Ähnlich wie andere Ideologen der totalitären islamistischen Diktatur bezeichnet Abassi die Millionen muslimischen Iraner, die für einen Wandel des herrschenden Regimes im Juni 2009 auf die Straßen gingen bloß als die "Aufständischen".

Tatsächlich geht die herrschende Meinung im Iran davon aus, dass jeder, der den Revolutionsführer Ali Khamenei kritisiert oder von der Reformierung der Verfassung redet, ein vom feindlichen Westen gesteuerter "Aufständischer" sei. Abassi geht in die Offensive und fordert daher, dass die iranischen Internet-Jihadisten im "Gebiet des Feindes" agieren sollen und schreibt: "Der erste Staat, der die Strategie des asymmetrischen Krieges sich aneignete, war die Islamische Republik Iran." Der asymmetrische Krieg gehöre zu der Militärdoktrin des Iran, so Hassan Abassi.

Abassi spricht hier nicht den längst bekannten asymmetrischen Krieg der Unterstützung von Terrororganisationen an, den Iran offen zugibt. Hier plädiert Abassi für subversive und destruktive Internetaktionen und überträgt den Begriff des asymmetrischen Krieges auf den Cyber-Krieg und sagt: "Die Freunde der Cyber-Hisbollah müssen ihre Maßnahmen im Internet asymmetrisch planen, d.h. sie müssen ihre Informationen im Internet fälschen, ihre ID-Nummer unkenntlich machen, denn im Hyperspace kann man die Gesetze, die die Sicherheitsapparate des Feindes geschaffen haben, zerstören und ihre Strategien angreifen." Abassi warnte die USA: "Die Vereinigten Staaten von Amerika haben im letzten Jahr beschlossen und haben öffentlich erklärt, dass sie kein Land atomar angreifen werden, mit Ausnahme von zwei Staaten, Iran und Nordkorea."

Die USA habe in dem vom Kongress verabschiedeten Gesetz festgeschrieben, dass wenn die USA von einem Cyber-Angriff bedroht werde, die US-Regierung legal und ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates einen Atomkrieg führen dürfe. Zwar hat die US-Regierung ein solches Gesetz nie erlassen, viel wichtiger ist aber, dass der iranische Chefideologe und Militärstrategie offenbar lügen muss, um seine Zuhörer von seinen subversiven Aktionen zu überzeugen. Abassi fuhr fort: "Die USA werde dieses Mal auch im Hyperspace einen Anschlag gegen sich ausführen, nach dem Vorbild des 11. September."



Die US-Regierung sei entschlossen nun einen Cyber-Krieg zu führen und brauche daher Argumente, so Hassan Abbasi. Damit kehrt er die Tatsachen um und verteidigt sein Konzept einer „asymmetrischen“ Internetsubversion. Abbasi meint, dass der Westen immer einen Vorwand suche, um Kriege zu führen. Daher werde eine Cyber-Hisbollah benötigt, die die „Verschwörung der Feinde neutralisiert.“ Die Cyber-Hisbollah müsse die „Kultur des Märtyrertums am Leben halten.“ Die USA sei wirtschaftlich am Ende. Daher misst Abbasi der Cyber-Hisbollah große Bedeutung zu. Interessant ist, dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad während seines Aufenthaltes in New York im September 2011 ebenfalls von einem Erfolg der Aktivitäten der Muslime im „Westen“ berichten konnte. Er hob hervor, dass die „Wellen des Erwachens, die in der Welt entstanden seien, auch bald die USA und Europa erreichen werden.“

Tatsächlich wurde auch in der Konferenz der islamistischen Hacker bekannt gegeben, dass vierzehn Arbeitsgruppen gegenwärtig unter dem Motto der „heiligen Verteidigung“ in Europa und in den USA aktiv seien. Sie würden dort die Werte der islamischen Revolution propagieren. Die Kriegspropagandisten im achtjährigen Krieg gegen den Irak (22.9.1980-20.8.1988) nannten die iranische Militärstrategie ebenfalls die „heilige Verteidigung“.

Cyber-Hezbollah strategies ¹⁰⁴

Last September, Jihadists who call themselves “Cyber-Hezbollah” organised their second conference in Teheran. Islamist hackers and cyber-jihadists gathered there and decided to fight the U.S. and Europe. Hassan Abbasi, political strategist and adviser of the Iranian Revolutionary Guards, was present, and delivered an ardent and virulent speech.

Participants in the Cyber-Hezbollah Conference consisted of so-called "cyber-jihad activists", "Cyber-Resistance" activists and "interested activists in the soft war". Hojat Vahidi, head of the new "Committee of the Holy Defense Strategy in Europe", attended via live online conferencing. A coordinator of Iran's propaganda activities in Europe and the United States and veteran of the Iran-Iraq war (1980-88), Vahidi lives in an undisclosed location in Europe. Vahidi also leads the low-profile organization known as the "Association of European Muslims".

In his talk to attendees at the Cyber-Hezbollah Conference, he said that in recent years he had organised many events and exhibitions in Europe and the United States with the help of colleagues. Vahidi added: "We have made many bilateral contacts with European students through our activities in the Committee of the Holy Defense Strategy in Europe. The experiences of students of the Islamic Revolution of Iran were shared with some European young people. This means that Islamic cells

¹⁰⁴ <http://europeandemocracy.eu/2011/11/cyber-hezbollah-strategies/> 10.11.11
<https://www.eurasiareview.com/25112011-iran-and-cyber-hezbollah-strategies-killing-enemies-in-hyperspace-analysis/>



were founded in Europe and America". He did not divulge any concrete operations these "Islamic cells" plan to undertake in Europe and the USA. Cyber Jihadists are indeed subversive.

The aim of these groups is the "dissemination of pure Islam" and opposition to "American Islam, spread by the enemies." The organisers of the Cyber-Hezbollah event issued a public statement in which they imply that they intend to expose the "wrongdoers and doomsayers", not only in real life but also in the hyperspace, as they are supposedly under the influence of "foreigners".

In other words, Cyber Jihadists intend to kill their enemies in hyperspace and in reality.

At the same time, these modern Jihadists praise the Islamist bloggers and the "bases of jihad and martyrdom".

The infamous Iranian anti-Semite, Israel-hater and anti-American Hassan Abbasi was another star guest at the Tehran conference of the Iranian Cyber-Hezbollah. Hassan Abbasi heads the Tehran-based "Doctrinal Analysis Center". The online Fars News Agency reported on September 23 that Abbasi warned conference participants about the National Security Agency (NSA), which he accused of spying on all Internet activities in Iran. Abbasi assured his audience that not only the NSA but also Iranian "Security Organisations" are now in a position to monitor all Internet activities of the Iranians.

Hassan Abbasi pointed out that some of the arrested "rioters", his term for the democracy activists in Iran, have admitted that they made "a lot of information available to Western intelligence agencies". Abbasi warned: "We must remember that we are being monitored and we have to analyse the perspective of the enemy. The enemy has positioned itself against our Muslim society. The enemies are at war against our religion, against Islam".

Like other ideologues of the totalitarian Islamic dictatorship in Iran, Abbasi called the million Muslim Iranians who took to the streets demanding a change of the ruling regime in June 2009 simply "insurgents". In fact, the official ideologues of the dictatorship assume and propagate the notion that anyone who criticises the Supreme Leader Ali Khamenei or pleads for reforming the Constitution is an "insurgent", remotely controlled by the hostile Western governments.

Abbasi therefore goes on the offensive and demands that Iranian Internet-Jihadists become active on the "territory of the enemy". He writes: "The first state to appropriate the strategy of asymmetric war itself was the Islamic Republic of Iran". He gives a proud hint to the terrorist activities of Iran when he stresses that asymmetric war is part of the military doctrine of Iran.



But in fact Abbasi is not talking about the well-known asymmetric war supporting terrorist organisations. Rather, Abbasi here is advocating destructive Internet activities, transferring the concept of asymmetric warfare to subversive Internet activities. Abbasi suggests that Cyber-Jihadists have to falsify their identification on the Internet by obscuring their IP address. He argues: "Because in hyperspace one can destroy the laws that have been created by the security apparatus of the enemy, and one can attack their strategies".

Abbasi warned: "The United States of America has decided in the last year and has stated publicly that they will not conduct a nuclear war against any country, with the exception of two states, Iran and North Korea". Abbasi contends that the United States of America has enshrined in a law passed by Congress that if the U.S. is threatened by a cyber-attack it may declare a nuclear war without the consent of the UN Security Council.

In reality the U.S. government has never enacted such a law, but it is obvious that the Iranian military chief ideologue and strategist must lie in order to persuade his audience.

Abbasi further ladled out his conspiracy theory: "This time, the U.S. will conduct an attack against itself in hyperspace, following the example of September 11th". The U.S. government has now decided to wage a cyber-war, and therefore needs excuses, said Hassan Abbasi. He ignores the facts, maintains that the US-government caused the attacks of September 11th and defends his concept of "asymmetric" Internet subversion.

In keeping with the traditional Islamist narrative that the "Muslim world is always in the position of the innocent martyr on the defensive", Abbasi said that the West is looking for an excuse to wage war. Therefore, a cyber-Hezbollah would require that the "conspiracy of the enemies be neutralised". The Cyber-Hezbollah must "keep the culture of martyrdom alive". Abbasi concludes that, with the imminent collapse of the U.S. economy, the Cyber-Hezbollah will be of great importance.

During his stay in September 2011 in New York, Iranian President Mahmoud Ahmadinejad reported on the successful activities of Muslims in the "West". He stressed that "the waves of awakening that have arisen in the world will reach the U.S.A. and Europe soon".

In fact, at the conference of Islamist hackers and supporters of the Iranian government, it was announced that 14 groups are currently active under the banner of "holy defence" in Europe and in the U.S.A. They are to propagate the values of the Islamic revolution.

It should not be forgotten that war propagandists in the eight-year war against Iraq between 1980 and 1988, also called the Iranian military strategy the "holy defence".



Die islamische Internationale ¹⁰⁵

Das iranische Pseudo-Parlament war Gastgeber der „fünften internationalen Konferenz zur Unterstützung der Intifada.“ Diese fand am 1. und 2. Oktober in Teheran statt.

Der Majlesssprecher Ali Larijani, der die Teilnehmer der internationalen antisemitischen Konferenz begrüßte, sprach von einer „islamischen Internationale“. Larijani hob hervor, dass die Idee einer solchen „islamischen Internationale“ von Ayatollah Khomeini ausgegangen sei. Es gehe um die Realisierung der „Islamischen Brüderlichkeit und der Formierung einer einheitlichen Ummat.“

Auch der gegenwärtige „Führer“ des Iran Ali Khamenei nahm an dieser Konferenz teil. Larijani hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass Ali Khamenei schon seit über fünfzig Jahren persönlich den „Kampf für die Befreiung Palästinas“ vorangebracht habe.

Ali Khamenei, der sich als Stellvertreter Gottes auf Erden versteht und eine totalitäre Macht im Iran ausübt, sprach in seiner Rede von Jerusalem als der „ersten Qibla (Gebetsrichtung) der Muslime“, berichtete Kayhan am 2. Oktober 2011.

Hier widerspricht der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei den Propheten der Muslime, Mohammad. Tatsächlich beteten die Anhänger Mohammads zunächst in Richtung Jerusalem, aber Mohammad verbot dies und befahl Mekka als Ziel der Gebetsrichtung der Muslime. Dieser Fakt ist im Heiligen Buch der Muslime, im Koran belegt.

Ideologische Mittel können aber jeden Zweck heiligen, auch wenn dieser die Zerstörung Israels bedeutet. Khamenei will lediglich die antisemitisch-antizionistische Vernichtungsideologie religiös verbrämen, wenn er die Utopie der Befreiung Jerusalems propagiert.

Khamenei begründet seinen Hass gegen Israel auch politisch. Er ist der Überzeugung, dass Israel eine „militärische Basis darstellt, die den arroganten Regierungen der Welt dient und die Achse des westlichen Kolonialismus“ sei. Inzwischen seien die muslimischen Völker erwacht und daher sei eine neue Epoche angebrochen.

Ali Khamenei verherrlicht den bewaffneten palästinensischen Kampf gegen Israel. Der linke und der nationalistische Kampf der Palästinenser habe keine Ergebnisse gezeitigt, aber der „Islam, der Jihad und das Märtyrertum“ hätten den „palästinensischen Kampf unbesiegbar“ gemacht.

¹⁰⁵ https://www.achgut.com/artikel/die_islamische_internationale/ 18.10.11



Das Staatsziel der „Islamischen Republik Iran“ ist die Vernichtung des Staates Israel. Dies bedeutet aber nicht, dass die iranische Regierung tatsächlich gleich einen direkten Krieg gegen Israel führen will. Denn die iranischen Machthaber wissen, dass dies Selbstvernichtung bedeuten würde.

Khamenei führt seine Vernichtungsideologie gegenüber Israel in verschiedenen Varianten aus: Er legitimiert den terroristischen Kampf gegen Israel. Er spricht vom „Krebsgeschwür Israel, das entfernt werden muss.“ Und er spricht sich zynisch für Wahlen aus.

Khamenei ist entschieden gegen eine Zweistaatenlösung im Israel-Palästina-Konflikt. Er sagte: „Wir fordern Freiheit für Palästina und nicht nur für einen Teil von Palästina. Jeder Plan, der Palästina teilen wolle, wird direkt abgelehnt.“ Man würde die „zionistischen Forderungen“ akzeptieren, wenn man die „zionistische Regierung auf dem Gebiet Palästinas akzeptiert.“ Damit würde man das „Recht der Flüchtlinge und derjenigen, die 1948 auf dem Gebiet Palästinas gewohnt haben, verletzen.

Es würde bedeuten, so Khamenei, dass das „Krebsgeschwür übrig bleibt und die muslimische Ummat ewig bedroht wird, insbesondere die Völker der Region.“ Alle Pläne müssen nach Khamenei darauf hinaus laufen, dass das „ganze Palästina für alle Palästinenser ist.“ Khamenei forderte tatsächlich „ein Palästina von Nil bis zum Euphrat.“

Gleichzeitig macht Khamenei deutlich, dass er keine sofortige Kriegserklärung abgibt, indem er die Quadratur des Kreises fordert.

Khamenei sagte auf der Konferenz der „islamischen Internationale“: „Wir schlagen weder einen klassischen Krieg der Armeen islamischer Staaten vor noch wollen wir die jüdischen Migranten ins Meer werfen.“ Er setzte fort: „Wir schlagen eine Befragung des palästinensischen Volkes vor. Das palästinensische Volk hat auch das Recht über sein Schicksal und über die politische Ordnung, die in Palästina existiert, zu entscheiden. Alle Bürger Palästinas, Muslime, Christen und Juden, wo sie auch leben, sollen an dieser Befragung teilnehmen und die zukünftige Ordnung Palästinas bestimmen“.

Ausgeschlossen von dieser „Wahl“ seien aber die eingewanderten Israelis, die Khamenei als „fremde Migranten“ bezeichnet. Khamenei weiß ungefähr, was als Ergebnis der Wahlen herauskommen muss: Ein Ende der Existenz Israels. Die Regierung, die nach der Volksbefragung entstehen würde, solle über das Schicksal der „nicht-palästinensischen Migranten“ bestimmen. Natürlich würden die Zionisten einem solchen Plan nicht zustimmen, sagt Khamenei.

Ähnlich forderte schon Ex-Präsident Mohammad Khatami in einem CNN-Interview am 7. Januar 1998 die Befragung aller Palästinenser, auch die der Flüchtlinge.



Khamenei ist der Überzeugung, dass der bewaffnete palästinensische Widerstand nicht terroristisch sei. Nur Zionisten würden den palästinensischen Widerstand als terroristisch bezeichnen. Terroristen seien die „Zionisten“. Khamenei verglich in seiner Rede die „internationale zionistische Herrschaft“ mit einer „Krake“, die zudem die europäischen und die amerikanische Regierungen kontrolliere.

Die ideologische (Un-)Logik der Quadratur des Kreises der iranischen Staatsdoktrin ist erkennbar: Der Staat Israel darf nicht existieren. Man will jetzt keinen Krieg führen, weil das Risiko der Selbstzerstörung zu groß wäre. Aber man schürt den antisemitischen Hass und fördert den Terrorismus gegen Israel.

Tatsächlich hielt auch Khaled Mashaal, führendes Mitglied der terroristischen Organisation der Hamas auf der Konferenz der „islamischen Internationale“ eine Rede. Mashaal meinte, dass die „Legitimierung Israels für jeden, der den Widerstand anerkenne, unmöglich ist.“ Ermutigt von den Ausführungen eines Ali Khamenei sagte Mashaal, dass die „Palästinenser jedem Druck aus Israel, Europa und den USA widerstehen müssen.“ Es sei wichtig, dass zuerst das „besetzte Gebiet befreit wird und dann ein Staat gegründet wird“, betonte Mashaal.

Ismail Haniyeh, Politiker der Hamas, sprach ebenfalls dem iranischen Revolutionsführer nach und forderte ein Groß-Palästina von Euphrat bis zum Nil. Haniyeh sagte: „Wir halten an dem bewaffneten Kampf fest.“

Kayhan zitierte am 4. Oktober selbstverständlich auch den iranischen Präsidenten Ahmadinejad, der Israel mit „einem alten Auto“ verglich. Auch der iranische Präsident konnte erneut nicht darauf verzichten das „zionistische Regime als ein Krebsgeschwür“ zu bezeichnen und fuhr fort: „Auch wenn nur eine zionistische Zelle von diesem Krebsgeschwür in Palästina übrigbleibt, wird dieses die Region gefährden.“

Kayhan berichtet, dass Ahmadinejad an Sondersitzungen gemeinsam mit geladenen Führern der Hamas und der Terrororganisation des Islamischen Jihad teilnahm.

Die Tatsache, dass der iranische Minister für Erziehung und Bildung Dr. Hamidreza Hajibabai an der antisemitischen Konferenz teilnahm, macht auch ein gravierendes Problem der Bildung im Iran deutlich.

Antisemitismus ist im Iran ein zentraler Bestandteil auch des staatlichen Bildungssystems. Hajibabai befürchtet die „Verführung“ der iranischen Jugend nicht nur durch das „künstliche und illegitime zionistische Regime und durch Amerika.“ Er meinte, dass die Kolonialstaaten Frankreich und England dabei seien das Denken in der islamischen Welt zu verändern. Der Westen habe „Angst vor dem Denken der muslimischen Jugend, die die Welt führen werde.“

Insgesamt kamen die Teilnehmer der „muslimischen Internationale“ aus Afghanistan, Ägypten, Bolivien, Irak, Indonesien, Jordanien, Kamerun, Kaukasien, Kirgisistan,



Kolumbien, Kuba, Kuwait, Libanon, Malawi, Malaysia, Mexiko, Moldawien, Oman, Pakistan, Paraguay, Qatar, Syrien, Singapur, Sudan, Sri Lanka, Sierra Leon, Tansania, Ungarn und Zimbabwe.

Die aufgelisteten Teilnehmerstaaten, die staatliche Vertreter nach Teheran sandten, sind nicht immer um muslimische Staaten wie, aber mit antisemitischer und antiwestlicher Staatspropaganda schafft das iranische Regime weltweit Verbündete zu bekommen.



Menschenrechte

Iran: Todesurteil bestätigt ¹⁰⁶

Seit 19 Jahren muss der Schriftsteller Salman Rushdie in Angst leben. Am 14.2.1989 verurteilte Ayatollah Khomeini ihn in einer Fatwa als Abtrünnigen, der die Todesstrafe verdient habe. Dem iranischen Revolutionsführer zufolge sei es die Pflicht eines jeden Muslim Rushdie hinzurichten. Ahmad Khatami, Freitagsprediger, bestätigte gestern dieses Todesurteil.

Von Wahied Wahdat-Hagh

In fast der gesamten islamischen Welt protestierten in den letzten Tagen fanatisierte Muslime gegen die Verleihung der Ritterwürde an Salman Rushdie. Die britische Queen wird Salman Rushdie wegen seiner schriftstellerischen Leistungen ehren. Jenseits der Proteste in Iran und in Pakistan hat auch das ägyptische Parlament die britische Entscheidung kritisiert. Der Vorsitzende des Rates der indonesischen Moscheen meinte, dass „die Meinungsfreiheit nur als Vorwand benutzt werde“, damit überlegene Personen sich das Recht nehmen, alles über andere sagen zu dürfen.

Und der pakistanische Minister für Religionsangelegenheiten warnte sogar davor, dass die Auszeichnung des Schriftstellers ein Selbstmordattentat rechtfertige. Mohammad Ijaz ul-Haq sagte: „Derjenige, der eine Bombe an seinem eigenen Körper zur Explosion bringt, befindet sich im Recht, solange die britische Regierung sich nicht entschuldigt und den Titel des ‚Sir‘ nicht zurücknimmt.“

Bei diesen Aussagen schimmert nicht das geringste Verständnis von der Freiheit der Kunst, der Meinungs- und Gewissensfreiheit und der Gewaltfreiheit in politischen Auseinandersetzungen durch. Hat etwa Ijaz ul-Haq mit einer solchen Aussage bewusst Ayatollah Khomeini huldigen wollen?

Woher kommen die un-geistigen Brandstifter

Schon im Februar des laufenden Jahres, pünktlich zum Jahrestag der Fatwa, wurde bestätigt, dass an dem Todesurteil, das Khomeini am 14.2.1989 verkündet hatte, nichts zu rütteln sei. Die iranische Regierung hat 1998 zwar erklärt, sie werde keine eigenen Kommandos mit der Tötung Rushdies beauftragen, aber wie der folgende Wortlaut des Todesurteils, das zum wiederholten Male am 17.6.2007 in verschiedenen iranischen Zeitungen veröffentlicht wurde, zeigt, hatte Khomeini alle Muslime aufgefordert Rushdie zu ermorden. Ein staatlicher Mordauftrag wie beim Mykonosattentat in Berlin oder bei der Ermordung von iranischen Politikern in Wien

¹⁰⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061568/Iran-Todesurteil-bestaetigt.html>, 23.06.2007



und Paris, war im Falle Rushdies von vornherein nicht geplant gewesen. Dem Revolutionsführer war es auch gleich, dass er mit seinem Mordauftrag in Rechtsräumen anderer Staaten hineinregierte. Ayatollah Khomeini sagte damals:

„Im Namen Gottes. Wir gehören Gott, und zu ihm kehren wir zurück. Ich erkläre allen stolzen Muslimen in der ganzen Welt, dass der Autor, der das Buch der Satanischen Verse gegen den Islam, gegen den Propheten und gegen den Koran verfasst, gedruckt und veröffentlicht hat, sowie alle seine Verleger, die den Inhalt des Buches kennen, zum Tode verurteilt sind. Ich fordere die stolzen Muslime auf, wo sie diese Personen auch finden mögen, sie sofort hinzurichten, damit niemand es mehr wagt, die Heiligtümer der Muslime zu beleidigen. Wer auf diesem Weg ermordet wird, zählt als Märtyrer, wenn Gott will. Darüber hinaus, falls jemand den Aufenthaltsort des Verfassers kennt, jedoch selbst nicht die Macht besitzt ihn persönlich hinzurichten, soll er die Bevölkerung informieren, damit dieser [Rushdie] den Lohn seiner Taten bekommt.“ Das Informationsbüro des Ayatollah Khomeini gab bekannt, dass dieser „alle Muslime des Iran und der Welt angesprochen habe und die Notwendigkeit der Ermordung von Salman Rushdie betont habe.“ Weiterhin zitierte das Büro Ayatollah Khomeini, vier Tage nach der Verkündung der Fatwa mit folgenden Worten: „Im Namen Gottes. Die kolonialistischen ausländischen Medien lügen, wenn sie den verantwortlichen Instanzen der Islamischen Republik zuschreiben, dass sie das Todesurteil aufheben würden, falls der Autor der Satanischen Verse bereut. Dieses Thema ist hundertprozentig falsch. Wenn Salman Rushdie bereut und wenn er sogar der Asket seiner Zeit wird, bleibt es die Pflicht aller Muslime alle Mühen, Leben und alles Geld daran zu setzen, um ihn in die Hölle zu schicken. Wenn ein Nicht-Muslim erfahren sollte, wo er sich befindet und wenn der Nicht-Muslim die Macht besitzen sollte, ihn schneller als ein Muslim hinzurichten, ist es die Pflicht der Muslime, ihm das, was er als Gegenleistung will, als einen Preis oder als seinen Lohn zu geben.“

Die Notwendigkeit der Hinrichtung Rushdies erneut bestätigt

Tatsächlich hat der gegenwärtige Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei die westliche Berichterstattung ausdrücklich zurückgewiesen, wonach das Todesurteil von Salman Rushdie zurückgenommen worden sei. Farsnews schrieb, dass „das Urteil Khomeinis auch nach dessen Tod nicht revidierbar“ sei. Schließlich habe im Jahr 2004 Ayatollah Khamenei die „Notwendigkeit der Hinrichtung Salman Rushdies betont.“ Farsnews schrieb am 14.2.2007: „In den letzten 18 Jahren haben Rushdie und seine Unterstützer immer wieder versucht den Muslimen zu widerstehen, damit vielleicht das historische Urteil gebrochen oder geschwächt wird. Aber sie haben nichts erreicht. Und die Muslime der Welt warten immer noch auf ihre Gelegenheit, um ihre revolutionäre und gesetzliche Pflicht zu tun.“ Farsnews weiter: „Der 59-jährige Salman Rushdie muss in aller Ewigkeit Todesträume haben und vor den moralischen Kindern von Ayatollah Khomeini fliehen.“ Gestern betätigte der Freitagsprediger Ahmad Khatami erneut das Todesurteil gegen Rushdi.



Die Zusammenarbeit der staatlichen und halbstaatlichen Brandstifter

Seit 1991 haben bisher drei iranische Institutionen ein Kopfgeld für Salman Rushdie ausgeschrieben: Die Stiftung des „15. Khordad“, die sich nach dem Aufstand von Ayatollah Khomeini und seiner Anhänger im Jahr 1963 benannt hat. Die „Märtyrerstiftung“ und der „Stab zum Gedenken der Märtyrer der islamischen Weltbewegung“ sind zwei weitere iranische Institutionen, die bisher Kopfgelder für die Ermordung des weltbekannten Schriftstellers ausgeschrieben haben. Dieser „Stab“ rekrutiert im übrigen freiwillige Selbstmordattentäter für den islamistisch-palästinensischen Kampf gegen Israel und arbeitet nach eigenen Angaben eng mit der libanesischen Hisbollah zusammen.

Die „Bonyads“ genannten Stiftungen sind quasi-staatliche Institutionen, die über viel Geld und Macht verfügen. Forus Rajai, Direktor des genannten „Stabes zum Gedenken der Märtyrer der islamischen Weltbewegung“ gab am letzten Montag bekannt, dass derjenige, der Rushdie hinrichte, 150.000 Dollar verdienen könne. Damit könnte der Mörder heute von dieser „NGO“ 50.000 Euro mehr bekommen als noch im letzten Jahr, denn das Kopfgeld ist erhöht worden.

Es sei auch daran erinnert, dass der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Seyyed Mohammad Ali Husseini, gerade Salman Rushdie als einen „Abtrünnigen und eine verhasste Person“ bezeichnete. Und es sollte auch nicht vergessen werden, dass für den Abtrünnigen im Islam die Todesstrafe vorgesehen ist. Ähnliche Aussagen haben auch andere iranische Politiker in den letzten Tagen getroffen. Damit ist die konzertierte Aktion des islamistischen Staates und seiner halbstaatlichen Organe zur Ermordung eines der bedeutendsten Vertreter der Literatur des magischen Realismus perfekt.

Blumen, die das Todesurteil verdrängen lassen

Im August letzten Jahres wurde Salman Rushdie in einem Spiegel-Interview gefragt, was denn wäre, wenn der iranische Präsident Ahmadinejad die Fatwa gegen ihn „reaktivieren“ würde. Rushdie wollte solchen Spekulationen keine Bedeutung schenken. Den 14. Februar könne er nicht aus seinem Gedächtnis streichen, denn es handele sich um den Valentinstag. Wenigstens vergesse er nicht, an diesem Tag Blumen für seine Frau zu kaufen.

Iran: Über die Verfolgung der Bahai ¹⁰⁷

In Iran nehmen die Übergriffe auf Bahai aller Altersgruppen in verschärfter Form zu. Verschwörungstheorien nähren den Boden für die staatliche Verfolgung. In einer

¹⁰⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061598/Iran-Ueber-die-Verfolgung-der-Bahai.html>, 03.08.07



breit angelegten und koordinierten Maßnahme verfolgt die iranische Regierung das Ziel, die Bahai-Gemeinden endgültig auszulöschen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Bereits vor ca. 170 Jahren wurden bei einem zwischenzeitlich in Vergessenheit geratenen Pogrom rund 20.000 Babi, Angehörige einer Vorläuferbewegung der Bahai-Religion, bestialisch getötet. Die Bahai-Gemeinde im Iran ist bis heute von der Vernichtung bedroht.

Zu Beginn der islamischen Revolution von 1979 wurden führende Persönlichkeiten der iranischen Bahai-Gemeinde hingerichtet, die Gemeindeadministration wurde verboten. Häuser und Landbesitz von Tausenden Bahai wurden konfisziert.

Heute dürfen die Bahai nicht an Universitäten studieren und sogar in Schulen werden Bahai-Kinder von Lehrkräften auf eine unerträgliche Art und Weise erniedrigt, weil sie Bahai sind.

Nicht ohne Grund sagte der kanadische Senator, Romeo Dallaire, Experte für Fragen des Genozids: „Im Iran, wie auch in anderen Gegenden, wie beispielsweise in Darfur, wo Unrecht geschieht, muß die Internationale Gemeinschaft eingreifen können, bevor Zivilisten zu Schaden kommen.“ Er fügte hinzu: "Ich mache mir große Sorgen darüber, dass die iranischen Bahai von dem Regime mit den verwerflichsten Absichten gezielt ins Visier genommen werden."

Den immer wiederkehrenden Verfolgungen gehen Verschwörungstheorien voraus, die die Bahai und ihre Geschichte verleumden und den Hass der Bevölkerung gegen sie schüren sollen.

Die Medien im Iran dienen dabei als ein Instrument verleumderischer staatlicher Propaganda, um die Pogromstimmung gegen die Bahai zu schüren. Der Mechanismus ist einfach: den Amerikanern, Westlern, Israelis und Bahai werden in feindseliger Art, stereotypisch generalisierend negative Eigenschaften zugeschrieben, wobei die eigene Haltung göttlich überhöht wird. Der „Feind“ wird dämonisiert, kraft einer obsessiven Wahnvorstellung für alles verantwortlich gemacht. Angestachelt durch die Propaganda, gesät von Hasspredigern, soll ihr Treibstoff des Hasses den finalen Kampf gegen die Ungläubigen und deren Vernichtung auslösen. Erst dann werde der islamische Gottesstaat gedeihen, glauben die Paten der religiösen Gewalt. Eine zentrale Rolle bei der Verbreitung der Hasspropaganda spielt das Sprachrohr des Führers der „Islamischen Republik“, die Zeitung Kayhan.

Verschwörungstheorien als Grundlage der Verfolgung

Als Grundlage dieser Verschwörungstheorien dienen beispielsweise die gefälschten Memoiren eines russischen Gesandten, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Iran lebte und Prinz Dolgorukov hieß.



Die Zeitung Kayhan behauptet, dass der Bab unter dem Einfluss des Russen Dolgorukov und anderen „einflussreichen und geheimen kolonialistischen Vereinigungen“ gestanden habe. Kayhan zitiert aus den gefälschten Schriften von Dolgorukov, der geschrieben haben soll, dass die Minderheit der schiitischen Bevölkerung des Iran gegen Russland mehrere Kriege geführt habe. Daher müsse eine neue Religion geschaffen werden, die „ohne Heimat“ sei, um den russischen Einfluss in Iran zu stärken. Dies ist wahrlich ein absurder Vorwurf gegenüber eine weltweit aktive Religionsgemeinde.

Die Verschwörungstheorie besagt, dass Bab ein Haschischraucher gewesen sei. Eines Tages habe Dolgorukov dem Bab, der angeblich im Rauschzustand gewesen sein soll, eingeredet der 12. Imam zu sein. In wachem Zustand habe der Bab, der von Dolgorukov sogar finanziert worden sei, um den russischen Interessen zu dienen, ständig gezögert einen religiösen Anspruch zu erheben. Dolgorukov habe einige Nächte mit ihm gemeinsam „Wein aus Schiras“ getrunken und dadurch schließlich sein Vertrauen gewinnen können, so dass der Bab seinem Rat schließlich folgte.

In den Memoiren werden Bab und Bahauallah, der Stifter der Bahai-Religion als russische Agenten dargestellt, die den Kollaps der islamischen Herrschaft herbeiführen wollten. Als Beweis dafür, dass Bahai russische Agenten des Zarenreiches seien, wird der Bau eines Tempels in Eshqabad genannt. Der Tempel wurde unter sowjetischer Herrschaft zerstört.

Kaum ein redlicher Historiker würde aber heute die fortschrittliche Rolle der Babi- und der Bahai-Religion für die Entwicklung der iranischen Gesellschaft in Frage stellen.

Parallelen zu den Protokollen des Weisen von Zion

Prof. Moshe Sharon vergleicht in einer Studie die Protokolle der Weisen von Zion mit den sogenannten Memoiren von Dolgorukov. Die Protokolle seien Fälschungen und die Memoiren einfache Lügen, so der renommierte israelische Wissenschaftler.

Die Protokolle waren ursprünglich eine satirische Schrift, ein Dialog zwischen Machiavelli und Montesquieu, geschrieben von dem Franzosen Maurice Joly. Diese Schrift erschien 1864 anonym. Ursprünglich spielen die Juden überhaupt keine Rolle. Diese Schrift erschien später auf russisch und die Rollen wurden ausgetauscht, den Juden wurde vorgeworfen die Welt zu beherrschen oder beherrschen zu wollen. Hitler profitierte von dieser Fälschung und in der islamischen Welt werden die Protokolle wieder eingesetzt, um ihre Hasspropaganda fortzusetzen.

Ähnlich fungieren die sogenannten Memoiren von Dolgorukov. Diese erschienen zunächst 1943 in Khurasan/Iran, ein Jahr später in Teheran. In dieser Verschwörungsgeschichte wird propagiert, dass die Babi und die Bahai der Beweis für eine Konspiration der Freimaurer, der jüdischen Zionisten und anderer seien, die



alle den Islam zerstören wollten. Den Babi und den Bahai wurde vorgeworfen, dass sie alles tun würden, um den Feinden des Islam zu helfen, den Islam zu zerstören. Zudem gelten die Bahai wie die Juden als die Subjekte der globalen Konspiration.

Die Bahai sollen auch britische Agenten gewesen sein. Dann heißt es wiederum, dass neue Dokumente belegen würden, dass die Bahais auch mit den revolutionären russischen Bolschewisten zusammengearbeitet hätten. Die Bahais sollen sogar bei der Zerschlagung einer nordiranischen Rebellengruppe um Mirsa Kuchak Khan, in den 20er Jahren, mitgewirkt haben. Natürlich sollen sie auch mit dem KGB zusammengearbeitet haben.

Natürlich wird nach Belieben die Bahai-Religion auch als eine zionistische Angelegenheit dargestellt. Es heißt: „Die Bahai-Religion ist eine Sekte, die die zionistischen Aktivitäten in den islamischen Ländern eigentlich verdecken sollte, um die Säulen der islamischen Herrschaft zu zerstören. Juden wollten unter dem Deckmantel der Bahai-Religion die islamische Welt unterwandern. Die Bahai wiederum hätten den Juden geholfen den „jüdischen Staat“ aufzubauen. Prinzipiell wird den Bahai vorgeworfen, dass sie „internationale Zionisten“ seien. Zwar seien die Erfinder der Bahai-Sache Russen und Engländer, so bleiben die Amerikaner in den Schauermärchen der islamischen Verschwörungstheorien auch nicht tatenlos, denn diese „stärken“ die Bahai.

Weitere Pogrome sind möglich

Solche Beschuldigungen gegenüber einer Religionsgemeinde, die weltweit über sieben Millionen Anhänger hat, entbehrt jeder Grundlage. Die Kayhan-Artikel mit den Verschwörungsideologien über die Bahai wurden kürzlich zu einem Buch zusammengetragen, das billig vertrieben wird. Es ist auch nicht das einzige Buch, das den revolutionären Mordgesellen und deren loyale Diener eine Legitimation für weitere Verfolgungen liefert. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass die islamische Diktatur und ihre Ideologen vom Himmel gefallen sind. Denn auch sie bereiten ihre Pogrome strategisch vor.

Die Bahai werden im übrigen nicht nur in Iran, sondern in der gesamten islamischen Welt verfolgt, besonders auch in Ägypten.

Bahai glauben in der Tat, dass Mohammad nicht der letzte Offenbarer Gottes gewesen, sondern dass nach ihm der Stifter der Bahai-Religion, Bahauallah, erschienen sei. Da im Islam Mohammad als das „Siegel der Propheten“ gilt, werden die Bahai als blasphemische Abtrünnige betrachtet. Für Abtrünnige ist im Islam die Todesstrafe vorgesehen.



Iran: Verbot wegen eines Interviews ¹⁰⁸

Die in Kanada lebende iranische Dichterin Saqi Qahreman, wurde am 4. August von der Zeitung Sharq interviewt. Zwei Tage später wurde die Zeitung verboten. Grund: Qahreman sei eine Lesbin.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Sharq war zuvor am 11. September 2006 verboten worden - wegen einer Karikatur. Nun wurde das Verbot damit begründet, dass die bekannte iranische Dichterin Saqi Qahreman eine „konterrevolutionäre homosexuelle und verdorbene Frau sei.“ Die Zeitung Aftab dokumentierte dennoch das Interview.

Die Entschuldigung des verantwortlichen Redakteurs der Zeitung, Mohamadreza Rahmanian, reichte nicht dafür aus, das Verbot zu verhindern. Er kapitulierte und erklärte, er wolle nie wieder für eine Zeitung arbeiten.

In einer Art Selbstkritik wurde ein anderer Redakteur der Zeitung Sharq von Kayhan zitiert, der behauptet habe, dass die „Homosexuellen die Redaktionen der Zeitungen unterwandert hätten.“ Er entschuldigte sich für das Interview und warnte die Redakteure anderer Zeitungen vor dem Versuch der Einflussnahme „solcher Gruppen.“

Saqi Qahreman ist im Jahre 1956 in Mashad geboren und hat mehrere Gedichtsbände geschrieben. Gegenwärtig lebt sie in Kanada und gibt die Zeitschrift Cheraq heraus.

In dem Interview hob Qahreman hervor, für sie habe Emigration keine Bedeutung. Die Leser und diejenigen, die für die Zeitschrift schrieben, würden im Iran leben. Gerade sie würden Themen der Homosexualität artikulieren. Ihre Schriften, die nicht allein aus Gedichten bestünden, würden Grenzen überschreiten.

Sharq schrieb, es heißt, Saqi Qahreman würde „nicht schreien, wenn sie leidet, sondern die Gewissheiten ihres Gegenübers in Zweifel verwandeln.“ **Fließende Grenzen**

Die Zeitung Scharq fragte, ob sie in ihrer Dichtung die Grenzen zwischen einem „femininen Schreibstil“ und einem „männlichen Schreibstil“ überwinden wolle?

Qahreman antwortete, dass meistens die Protagonisten und die Antagonisten sich gegenseitig neutralisieren würden. Sie glaubt, dass sie die Grenzen des „femininen“ und des „männlichen“ Stils überwinden könne, da sie sich nicht in einer geschlossenen femininen Gesellschaft bewege. Sie wisse eigentlich nicht, was der

¹⁰⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061601/Iran-Verbot-wegen-eines-Interviews.html>, 11.08.07



Interviewer unter „männlichem und femininem Stil“ verstehe. Die Unterschiede zwischen männlichen und femininen Schreibweisen müssten doch überwunden werden, „zugunsten einer Identität, die je nach Bewusstsein die Weiblichkeit und Männlichkeit identifizierbar mache.“

Die menschliche Identität müsse sich doch von der Uniformität befreien und zulassen, dass jeder Mensch so lebt, wie der Mensch tatsächlich ist. Der Mensch müsse die Übergänge zwischen den Geschlechtern wahrnehmen. Sie hebe in manchen Gedichten die Grenze zwischen den Geschlechtern auf, keineswegs zugunsten einer femininen Sprache, sondern „zugunsten von Männern und Frauen, die im Namen des Geschlechts verurteilt werden.“

Diktatur der Sprache

Der Interviewer Mojtaba Purmohssen fragte die Lyrikerin: „Glaubst du, dass die persische Sprache sich auf einer männlichen Achse bewegt, d.h. glaubst du an eine Diktatur der persischen Sprache, die sogar die Männer bezwingt und den Frauen nicht erlaubt feminin zu schreiben? Glaubst du nicht, dass einige in den letzten 10 Jahren versucht haben eine „Frauensprache“ in die Literatur einzubringen?“

Qahreman: „Der Mann war schon immer die Achse. Aber der Mann ist wegen des Patriarchats zu einer Achse Mann geworden, nicht wegen der Natur seiner Glieder. Die Diktatur der Sprache hat auch den Männern nicht erlaubt über sich zu schreiben. Es herrscht die Sprache des Patriarchats, nicht deine Sprache, nicht die Sprache eines Mannes, der du bist.“

In den letzten zehn Jahren seien Grenzen überschritten worden, die erlauben, dass die Identität des Schriftstellers oder der Schriftstellerin sprachlich zum Ausdruck kommt. Die Alternative einer „femininen Sprache“ müsse in der Tat gegenüber der offiziellen „patriarchalischen“ Sprache gestärkt werden. Die Benutzung einer „femininen Sprache ist ein erster Schritt und kann als ein Instrument zum Verständnis der Teile der Gesellschaft dienen, die zum Schweigen verurteilt waren.“

Qahreman weiter: „Die Sprache muss sich jenseits des kulturellen Geschlechts zum Ausdruck bringen.“ Es sei nur ein Spezifikum der patriarchalischen Gesellschaft, die den Männern und Frauen spezifische Rollen zuschreibe.

„Sie schreibt anders als die anderen.“

Der Interviewer der Zeitung Scharq schreibt, dass es keinen Zweifel gäbe, dass Saqi Qahreman „feminin“ schreibe. Scharq konstatiert, dass sie anders schreibe als die anderen und auch die „traditionelle Sprache der Frauen, die in der Männersprache wurzele, überwunden habe.“

Qahreman erwiderte, dass es beispielsweise „nicht ein nur männliches oder nur feminines Gedicht gäbe.“ Die Männlichkeit und die Weiblichkeit würden sich



annähern, feminine Gefühle würden den männlichen manchmal ähneln und umgekehrt.

Manchmal würden Gedichte, die von Männern geschrieben worden seien, einer Frauensprache nahe kommen. Manchmal würden sogar die Mauern zwischen den Männern und den Frauen verschwinden.

„Wir sehen nicht, wir vermuten nur.“

Qahreman sagte der Zeitung: „In unserer Kultur ist es tabu direkt zu sein. Wir sind daran gewöhnt den Schleier zu sehen und zu vermuten, was sich dahinter verbirgt. Wir sehen nicht aktiv, wir vermuten nur.“

In einem Gedicht habe sie das Leben mit dem Tod verglichen, da in der Gesellschaft nicht gelebt werde und wenn jemand mit dem Leben nicht verbunden sei, sei dieser wie tot.

Mojtaba Purmohssen, der Interviewer der verbotenen Zeitung, stellte fest, dass die Dichterin sich durch sehr viel Arbeit und Anstrengungen entwickelt haben müsse, da man doch eigentlich nicht als Dichter auf die Welt komme.

Sharq kann sich seit Montag nicht mehr entwickeln, wie der Chefredakteur der Zeitung, Rahmanian, am letzten Montag sagte: „Sharq ist ab heute tot.“

Iran: Wenn Diktaturen in die deutsche Zivilgesellschaft hineinregieren ¹⁰⁹

In Artikel 4 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes ist das Grundrecht auf ungestörte Ausübung der Religion gewährleistet. Ausgerechnet im interreligiösen Dialog in Hamburg verhindern Vertreter des iranischen Gottesstaates die Ausübung eines deutschen Grundrechts.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Wenn die Intoleranz sich durchsetzt

Religiös-politische Vertreter des Iran schleusen die iranische Religionspolitik in den säkularen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland ein. Mit der Begründung, das Baha'itum sei keine Religion, so wie Revolutionsführer Ayatollah Khomeini es propagiert, werden sogar deutsche Baha'i aus dem interreligiösen Dialog in Hamburg ausgesperrt. Iranische Religionspolitiker verhindern das verbriefte Recht der deutschen Baha'i auf Religionsfreiheit. In der islamischen Welt, gegenwärtig

¹⁰⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061632/Iran-Wenn-Diktaturen-in-die-deutsche-Zivilgesellschaft-hineinregieren.html>, 15.11.07



insbesondere in Iran und in Ägypten , werden die Baha'i verfolgt. Inzwischen werden sie auch in Deutschland diskriminiert. Nicht von Seiten des Staates, sondern von schiitischen Minderheiten in Hamburg, die von der „Islamischen Republik Iran“ befehligt werden.

Interreligiöser Dialog klingt immer positiv und nach gegenseitiger Achtung und Respekt, aber nicht im Interreligiösen Forum Hamburg (IFH). Dort wird der harmonische Anspruch des Dialogs zwischen Christen, Juden, Buddhisten, Hindus, Muslimen und Baha'i zunichte gemacht. Schiitische und sunnitische Muslime haben sich in einem Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V. organisiert. Mit einem Vetorecht hat die Schura die Baha'i aus dem Interreligiösen Forum ausgegrenzt. Die meisten muslimischen Organisationen begrüßen die Teilnahme der Baha'i am Dialog. Immerhin sind in der Hamburger Schura rund vierzig Moscheen organisiert. Aber die Imam Ali-Moschee unter Führung des iranischen Ayatollah Ghaemmaghami und des Revolutionsführers Ali Khamenei hat sich durchgesetzt.

Juden, Christen, Buddhisten und die meisten muslimischen Vereine hätten nichts gegen die Teilnahme der Baha'i am Interreligiösen Forum Hamburg. Aber leider haben sich in der Schura alle muslimischen Gruppen dem Befehl des Ayatollah Ghaemmaghami untergeordnet.

Der khomeinistischen Staatsdoktrin zufolge sind die Baha'i „Agenten“ und nicht Angehörige einer Weltreligion. Daher werden sie im Iran verfolgt. Laut eines Geheimplans sollen alle ihre kulturellen Zentren im Ausland eliminiert werden. In Iran werden sogar Schulkinder, die der Baha'i-Religion angehören, drangsaliert, geschmäht und verschiedenen Formen intensiven physischen Drucks ausgesetzt. Studenten wird das Recht auf Hochschulbildung verweigert. Hass und Misstrauen bestimmen die Berichterstattung über die Baha'i-Religion im Iran.

Von diesem Ungeist der iranischen Staatspolitik geleitet, werden die Baha'i nun auch in Deutschland diskriminiert.

Dabei ist die Baha'i Religion eine anerkannte Weltreligion. So sehen es Religionswissenschaftler und Theologen gleichermaßen wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 5. 2. 1991. Aber diese Auffassung wird nicht von Religionspolitikern, die von khomeinistischen Machthabern und Ideologen befehligt werden, geteilt.

Wenn Ayatollah Ghaemmaghami im Namen des Dialogs gegen den Dialog handelt

Das Islamische Zentrum Hamburg ist der Träger der Imam-Ali-Moschee. Diese in Hamburg an der Außenalster liegende Moschee wurde zwischen 1960-65 gebaut.



Kein Geringerer als Ex-Präsident Khatami leitete diese Moschee in den iranischen Revolutionsjahren 1978-80.

Seit 2004 ist Ayatollah Ghaemmaghami der Leiter dieser Moschee. Zwar hat er Anfang 2006 im Kontext der gewalttätigen Proteste im Karikaturenstreit die Muslime aufgefordert „sich nicht zu gesetzwidrigen aggressiven Handlungen hinreißen zu lassen“ und nicht am begonnenen Weg der ‚Integration‘ zu zweifeln. Aber Religionsfreiheit ist auch für Ayatollah Ghaemmaghami kein verteidigungswürdiger Wert. Denn er folgt dem Gesetz der „islamischen Republik Iran“ und setzt dieses auch an der Alster im Hamburg um.

In Iran sowie in der Schura und damit auch im Interreligiösen Forum Hamburg hat sich im Kontext des Ausschlusses der Baha'i das Gesetz Khomeinis durchgesetzt. Der iranische Gottesstaat regiert damit in die zivilgesellschaftlichen Angelegenheiten in Hamburg hinein. Auf diesem Weg wird gegenwärtig die iranische Staatspolitik auch in Deutschland fortgesetzt.

Wenn der Verfassungsschutzbericht über die Imam-Ali-Moschee schreibt

Auf der Seite 253 des Verfassungsschutzberichtes des Jahres 2006 ist zu lesen: „Das ‚islamische Zentrum Hamburg‘ (IZH) ist eines der wichtigsten islamischen Zentren in Deutschland und nimmt hinsichtlich des iranischen ‚Revolutionstransfers‘ eine besondere Rolle wahr. Das IZH verbreitet die schiitische Glaubenslehre, verbunden mit der Propagierung einer theokratischen Staatsdoktrin, nach der die Staatsgewalt nicht vom Volk ausgehe, sondern allein religiös legitimiert werden könne. Das IZH wird von Seiten des iranischen Außenministeriums beeinflusst, insbesondere durch die Bestellung des jeweiligen Leiters des IZH.“ Das IZH sei europaweit eines der aktivsten Propagandazentren der Islamischen Republik Iran. Das Ziel des IZH sei es, Muslime anderer Nationalitäten politisch-religiös zu beeinflussen und „für die weltweite Expansion der iranischen Revolutionsidee“ zu instrumentalisieren. Und im Mykonos-Urteil kann man nachlesen, dass das Islamische Zentrum Hamburg auch „der Sammlung nachrichtendienstlicher Informationen“ diene.

Wenn totalitäre Diktaturen in die deutsche Zivilgesellschaft hineinregieren

Ayatollah Ghaemmaghami vertritt genau diese iranische Staatsmoschee, die Ayatollah Khamenei untersteht und damit den Gesetzen des iranischen Staates verpflichtet ist.

Wäre der Lackmestest für das Verständnis von Freiheit und Demokratie eines in Hamburg praktizierenden Klerikers nicht seine Zusage zu einem interreligiösen Dialog ohne verordnetes Ausschlussverfahren einer Diktatur?

Das Problem hat sogar den deutschen Bundestag beschäftigt. Der Abgeordnete Volker Beck fragte, wie denn die Bundesregierung diesen „Vorfall und die Bedeutung



der Glaubensfreiheit im Rahmen der Islamkonferenz erörtern werde?“ Staatssekretär Dr. August Hanning antwortete am 6.11.2006 lapidar: „Die Bundesregierung hat keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Interreligiösen Forums in Hamburg. Sie kann den betreffenden Fall daher nicht bewerten.“

Entzieht sich hier die Bundesregierung nicht ihrer Verantwortung, wenn zugeschaut wird, wie politisch-religiöse Vertreter eines totalitären Staates in die zivilgesellschaftlichen Angelegenheiten in Deutschland hineinregieren? Integration ist auch eine Angelegenheit der Zivilgesellschaft, aber nicht, wenn von Diktaturen gesteuerte religiöse Fanatiker die Regeln bestimmen.

Iran: Besorgniserregendes Urteil ¹¹⁰

Die staatlichen Repressionen gegen die Angehörigen der Bahai-Religion im Iran nehmen zu. Einige muslimische Geistliche, Politiker und Journalisten manipulieren die Massen mit ihrer Anti-Bahai-Propaganda. Diese soll den Hass der Bevölkerung gegen die Religionsgemeinschaft schüren.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Kriegsrecht gegen Bahai?

Der einflussreiche iranische Staatskleriker Ayatollah Makarem Shirasi hat kürzlich in einem besorgniserregenden Urteil die Bahai als „Kofare Harbi“ bezeichnet. „Kofare Harbi“ bedeutet „kriegerische Ungläubige.“ Gegen „Kofare Harbi“ gibt es nach dem islamischen Gesetz ein Kriegsrecht, das heißt, sie können getötet werden. Das Urteil des Ayatollah Shirasi wurde von einer iranischen Organisation namens „Ansare Al Mehdi“ (Helfer des Mehdi, Messias), im Rahmen der Veröffentlichungen eines „Kulturinstituts“, das sich „Nur el-Mehdi“ (Licht des Messias) nennt, herausgegeben.

Das Urteil des „Kofare Harbi“ besitzt in der Tat eine neue Qualität. Denn bisher wurden Bahai als „Kofare Mortad“, also als Abtrünnige bezeichnet. Nach der Selbstdefinition einer schiitisch-islamischen Website müssen „Kofare Harbi“ getötet werden, da sie den Islam bekämpfen. Falls diese sich nicht in direkter Kampfhandlung befinden, müssten sie dennoch sofort verhaftet werden und in den Kerker gesteckt werden. Ein solches Urteil ist absurd. Sogar aus den unten aufgeführten Aussagen des Hojatoleslam Kossari ist zu entnehmen, dass die Bahai-Religion einen militanten Dschihad gar nicht erlaubt, wie dieser im Islam existiert.

Hojatoleslam Abdolkarim Kossari ist ein iranischer Kleriker, der gegenwärtig in der irakischen Stadt Najaf lebt. Im folgenden bezieht er sich auf das obige Urteil von

¹¹⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061647/Iran-Besorgniserregendes-Urteil.html>, 18.01.08



Ayatollah Makareme Shirasi und zeigt aus islamischer Perspektive die Unterschiede zwischen Islam und der Bahai-Religion auf, meint aber die iranische Bevölkerung vor den Bahai „warnen“ zu müssen. Was für den Kleriker Kossari verpönt ist, möge einem aufgeklärten Menschen als verteidigungswürdig gelten:

Eine „verirrte Sekte“?

Kossari zufolge würden die Bahai seit 150 Jahren versuchen, die islamischen Gesetze aufzuheben, um die „Macht von den Klerikern zu nehmen.“ Kossari zufolge sind die Bahai „hartnäckige Feinde der Prinzipien der Philosophie des Herrschaftssystems des Klerus.“ Tatsache ist, dass Bahai niemanden „entmachten“, aber in der Tat in ihrer Religion keinen Klerus haben und viele Gesetze alter Religionen als unzeitgemäß betrachten und diese in ihrer Religion für sich abgeschafft haben. Sie verfechten aber einen demokratischen Pluralismus der Meinungen und Glaubensvorstellungen.

Als schiitisch-muslimischer Geistlicher spricht Kossari im Jargon des ersten iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini von „ferqeye sale“, der „verirrten Sekte“. Diese Vorstellung ist in der „Islamischen Republik Iran“ Staatsprogramm. Die Bahai hingegen gelten als Offenbarungsreligion in der Reihe von Judentum, Christentum und Islam und somit als neue Weltreligion.

Gemeinschaftliches Beten?

Er stellt fest, dass die Bahai nicht wie die Muslime beispielsweise am Freitagsgebet gemeinschaftlich beten. Sie würden es auch ablehnen, dass Geistliche von Minaretten aus als Vorbeter fungieren. Fakt ist: Die Bahai beten zwar gemeinsam, aber nicht laut, sondern jedes Mitglied der Gemeinde, ob Mann oder Frau, Kind oder Erwachsener, spricht ein Gebet in der Gruppe. Für den Hojatoleslam gilt dies als Abweichung von den Lehren, der „großen Führer.“

Todesstrafe für den Abtrünnigen?

Ein weiterer Vorwurf ist, dass die Bahai nicht die Todesstrafe aussprechen würden, wenn jemand „die islamischen Gesetze ändern will.“ Hojatoleslam Kossari hebt hierbei hervor, die Bahai würden einen Abtrünnigen aus ihren Reihen nicht töten. Sie würden manchen feindlich gesinnten Abtrünnigen sogar „unehrenhaft“ begegnen - mit Freundschaft. Ein solches Verhalten würde aber die gesellschaftliche Moral schädigen. Im Islam dagegen würde gemäß Dutzenden von Überlieferungen die Todesstrafe für einen Abtrünnigen zur Geltung kommen.

Dschihad und Mord, um andere Religionen zu besiegen?

Die Bahai würden von „Liebe und Freundschaft zu allen Völkern und Religionen sprechen und das Todesurteil und den Dschihad aufheben.“ Stolz pocht der iranische Kleriker darauf, dass in „Dutzenden Suren des Koran die Macht des



Schwertes und das Fließen des Blutes der Heiden und Ungläubigen vorgesehen sei, um andere Religionen zu besiegen“.

Unreinheit?

Baha' u' llah, der Offenbarer der Bahai-Religion, habe gesagt, dass nichts „Najis“, das heißt unrein sei. Die Bahai würden permanent von „Sauberkeit“ sprechen, schreibt Kossari. Damit wollten sie nur davon ablenken, dass „unzählige islamische Rechtsgelehrte und Persönlichkeiten über die Unreinheit der ungläubigen Sunniten, Juden, Christen und Zoroastrier gesprochen haben.“ Hojatoleslam Kossari ist sich gewiss, dass die Bahai die „Grenzen zwischen dem Falschen und dem Richtigen aufheben wollen, um Chaos zu erzeugen.“

Ehe mit Ungläubigen?

Tatsächlich dürfen Bahai Angehörige anderer Religionen und sogar Atheisten heiraten. In seiner hartherzigen Verstocktheit betont Kossari, im Islam sei jedoch die „Heirat mit Ungläubigen verboten.“ Er schreibt: „Eine muslimische Frau darf niemals einen Ungläubigen heiraten.“ Denn ein „schmutziger Ungläubiger“ dürfe niemals eine „keusche Muslimin berühren.“

Freie Entscheidung der Jugendlichen?

Kossari hebt die islamische Regel hervor, wonach ein muslimisches Kind, das in einer muslimischen Familie geboren sei, automatisch Muslim werde. Wenn ein Muslim seine Religion ändern wolle, verdiene er die Todesstrafe, wegen Abtrünnigkeit. Bahai-Jugendliche dürften dagegen selber freiwillig sich entscheiden, welcher Religion sie angehören wollen oder auch nicht. Das ist für diesen muslimischen Geistlichen Kossari höchst verwerflich.

Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern?

Die Bahai würden davon ausgehen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt seien. Dies widerspreche dem islamischen Gesetz. Kossari schreibt: „Selbstverständlich sind Frauen körperlich stark und haben auch nicht weniger Verstand und Intelligenz als Männer. Gleichzeitig sind Frauen emotional und ihre sexuellen Instinkte sind mehrfach stärker.“ Daher bräuchten Frauen einen Vormund, ansonsten würden sie in die Prostitution gezogen werden. Die Bahai dagegen würden gar das Kopftuch und den Schleier ablehnen. Zudem würden Bahai-Frauen ihre selbst Männer aussuchen. Bahai-Frauen dürften auch in religiösen Institutionen mitentscheiden, was im Islam verboten sei.

Die Bahai hätten zudem das Gesetz, dass ein Mädchen mit neun Jahren strafmündig sei und verheiratet werden könne, abgeschafft. Tatsächlich ist es nach heutigem europäischem Recht verboten ein neun jähriges Kind zu heiraten. Im heutigen Iran ist das Mindestheiratsalter auf zwölf Jahre bei Mädchen und 15 Jahre bei Jungen



festgelegt. Wenn eine verheiratete Frau fremd gehe, hätte sie nach islamischem Gesetz die Strafe der Steinigung verdient. Auch dies würden die Bahai gänzlich ablehnen.

Steinigung?

Die Bahai würden „das Licht der islamischen Gesetze als grausam und wild“ bezeichnen. Sie würden das „Abhacken von Händen und Füßen, die Kreuzigung, Steinigung und das Köpfen“ ablehnen. Dabei sei „gemäß dem islamischen Gesetz das Abhacken der Hände eines Diebes eine Pflicht.“ Der „Mob“ müsse kraft solcher Gesetze bestraft werden.

Tatsächlich wurde kürzlich im Iran wieder gesteinigt, und zwei jungen Menschen wurden die Körperteile in Anwesenheit eines Arztes „amputiert“. Vergessen wir nicht: Dies gilt als göttliche Strafe in der „Islamischen Republik Iran“. Wie amnesty international in einem neuen Bericht schreibt, werden bei der Steinigung Männer bis zur Hüfte und Frauen bis unter die Brust eingegraben. Dann werden sie öffentlich – also unter den Augen von Richter, Zeugen und Schaulustigen - solange mit Steinen beworfen, bis sie tot sind. Die Steine, die für diese Art der Hinrichtung gewählt werden, dürfen nicht zu groß und nicht zu klein sein. „Die Absicht ist klar: Der Tod durch Steinigung soll langsam und qualvoll eintreten,“ so Ruth Jüttner, ai-Expertin.

Folter?

Den Bahai gelte darüber hinaus die Strafe des Auspeitschens als „Folter“ und daher als „illegitim“. Sie würden von Menschenrechten sprechen, was nach Hojatoleislam Kossari inhaltlich hohl sei und dem Islam widerspreche. Die Bahai gefährdeten die „Keuschheit der islamischen Ummat.“

Solche Ansichten über den gegenwärtigen Iran erregt das Staunen, denn im islamischen Gottesstaat des Iran leben die meisten Prostituierten und Drogensüchtigen des Mittleren Ostens. Iranische Soziologen führen dies auf die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung der Menschen zurück, die hilflos und ohne Zukunft unter der Diktatur leiden.

Sklaverei?

Im Islam sei die Sklaverei durchaus erlaubt. In der Tat ist Sklaverei in der Bahai-Religion verboten.

Bewaffneter Kampf?

Die Bahai würden anders als im Islam den bewaffneten Kampf, die bewaffnete Revolution und den Terrorismus ablehnen. Dabei sei es im Islam erlaubt, „ungerechte Könige“ mit denselben Mitteln zu bekämpfen.



Ein Blick in das Strafgesetzbuch des Iran würde ausreichen, um zu bestätigen, dass Hojatoleslam Abdolkarim Kossari in der Tat von islamischen Strafen spricht, die in der iranischen Strafgesetzgebung seit 29 Jahren festgeschrieben sind. In der Tat ist der neue Totalitarismus der Herrschaft des politischen Islam in der Verfassung und Strafgesetzgebung des Iran verankert.

Keine Menschen?

Einem authentischen Bericht aus dem Iran zufolge haben sich Bahai-Schüler, die wegen ihres Glaubens von der Schule verwiesen worden sind, an das Majlessmitglied Herrn Kuchaksadeh gewandt, um eine Beschwerde vorzubringen, warum Kinder nur wegen ihres Glaubens von der Schule verwiesen würden. Kuchaksadeh erwiderte: Bahai würden „zwar wie Menschen aussehen, aber keine Menschen sein.“

Die Entmenschlichung der Bahai seitens iranischer Politiker ist in der Tat eine mehr als besorgniserregende Angelegenheit.

Der archimedische Punkt des politischen Friedens

Wenn der archimedische Punkt eines demokratischen politischen Friedens die universellen Menschenrechte sind, dann stehen Vorstellungen solcher muslimischer Staatskleriker einer totalitären Diktatur diesem Friedensprinzip diametral entgegen.

Iran: Todesstrafe für Abtrünnigkeit und Prophetenbeleidigung ¹¹¹

Eine Gesetzesvorlage zum islamischen Strafgesetz beschäftigt das islamistische „Parlament“. Weder die Steinigung soll abgeschafft werden, noch die Todesstrafe für Kinder. Eine Erweiterung der Todesstrafe für Prophetenbeleidigung ist vorgesehen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der Karikaturenstreit in Dänemark wird offenbar die Erweiterung der iranischen Strafgesetzgebung beeinflussen, sagt Soheila Vahdati, eine in den USA lebende Menschenrechtsaktivistin und Journalistin. Denn in der neuen Gesetzesvorlage ist für „Abtrünnigkeit, Beleidigung der religiösen Heiligtümer und Zauberei“, sowie für „Prophetenbeleidigung“ die Todesstrafe vorgesehen. Falls das Gesetz durchkommt, was sehr wahrscheinlich ist, werden iranische Gerichte in Zukunft die Todesstrafe für „Prophetenbeleidigung“ aussprechen dürfen.

¹¹¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061649/Iran-Todesstrafe-fuer-Abtruennigkeit-und-Prophetenbeleidigung.html>, 16.01.08



Vorweg: Körperamputation, Steinigung und die Todesstrafe auch für Minderjährige sind seit der Gründung der Islamischen „Republik“ Iran Teil der staatlichen Gesetzgebung, trotz internationaler Proteste. Auch die Strafmündigkeit der Kinder bleibt. Nach Artikel 141-1 der neuen Gesetzesvorlage ist ein Junge mit 15 Jahren und ein Mädchen mit neun Jahren volljährig und damit strafmündig. Das Heiratsalter der Mädchen wurde vor mehreren Jahren auf 13 Jahren erhöht. Mit der Erlaubnis des Vaters und eines muslimischen Richters können dennoch neunjährige Mädchen verheiratet werden. Dies ist eine Bestätigung des in den letzten 29 Jahren vorherrschenden Strafgesetzes. Demnach können Kinder unter 18 Jahren weiterhin hingerichtet werden.

Wenn die Gesetzesvorlage verabschiedet wird, gilt sie als ein Dauergesetz, das nicht mehr einfach im Rahmen der Islamischen „Republik“ Iran revidiert werden kann.

Der männliche Schwur ohne Beweisführung und die Todesstrafe

Soheila Vahdati schreibt, dass die neue Gesetzesvorlage eine „ernste Gefahr für die Sicherheit des Lebens der iranischen Bürger bedeutet.“ In dieser Gesetzesvorlage seien neue Gründe und Vorwände für Todesstrafen definiert worden, wie zum Beispiel für „Abtrünnigkeit, Beleidigung der religiösen Heiligtümer und Zauberei.“ Im übrigen sind in der gegenwärtigen islamischen Strafgesetzgebung Kreuzigung, Abschneiden zuerst der rechten Hand und dann des linken Fußes vorhanden.

Der Richter braucht nach Artikel 213-1 weiterhin keine Beweise für die Begründung eines Todesurteils. Ein negativer Eindruck, den der Richter von dem Angeklagten erhält, reicht aus, um eine Todesstrafe auszusprechen. Das Todesurteil kann demnach von „Gefühl und Sichtweise des Richters“ abhängen. Zeugen sind weiterhin nicht zwingend erforderlich. Schließlich brauchen auch Zeugen keine wirklichen Beweise zu liefern. Im Falle des Mangels an Beweisen kann der muslimische Kläger nach Artikel 314-9 Familienangehörige als Zeugen vorladen lassen. Als Beweisführung reicht ein Schwur. Im islamischen Vergeltungsgesetz, „Qissas“, kann der Kläger im Falle eines unbeabsichtigten Mordes 25 männliche Familienangehörige als Zeugen vorführen, die schwören, dass der Kläger Recht hat. Und wenn der Kläger nicht so viele männliche Familienangehörige hat, reicht es aus, wenn der Kläger selbst 50 Mal schwört, dass er die Wahrheit sagt.

Soheila Vahdati gibt zu bedenken, dass, während in westlichen Staaten DNA-Tests eingeführt werden, das Prinzip des männlichen Schwurs ohne Beweisführung im heutigen Iran ausreichend ist, um einen Menschen hinzurichten.

Wenn das Geld nicht reicht, hilft der Staat, die Hinrichtung auszuführen

In Artikel 323-22 wird ein Fall beschrieben, in dem die Eltern des Ermordeten eine bestimmte Summe an die Angeklagten oder an die Verwandten der Angeklagten zahlen müssen, damit der Angeklagte tatsächlich auch hingerichtet wird. Falls die



Familie des Ermordeten dieses Geld nicht hat und der Richter die Hinrichtung des Mörders unter allen Umständen befürwortet, kann der Staatsanwalt aus dem Staatsfiskus Geld nehmen, das Blutgeld zahlen und den Angeklagten hinrichten lassen.

Tatsächlich können Menschen viele Jahre nach einer Tat hingerichtet werden. Eine Vergeltungsstrafe verjährt nach der islamischen Gesetzgebung des Iran nicht. Zudem können einfache kriminelle Vergehen wie Diebstahl, bei Wiederholungen mit der Todesstrafe geahndet werden. Nach Artikel 216-2 kann im Falle der wiederholten Straftat die Todesstrafe ausgesprochen werden.

Nach Artikel 323-24 darf der Hingerichtete nicht verstümmelt worden sein. Das Erhängen eines Menschen, Körperamputationen oder das Auspeitschen gelten aber nicht als Verstümmelungen. Wenn der Ankläger oder die Eltern des Ermordeten den Mörder verstümmeln, bekommen sie lediglich drei bis sechs Monate Gefängnisstrafe (Artikel 323-24).

Mahdur al-Dam ist jemand, der nach islamischem Gesetz die Todesstrafe verdient hätte. Wenn jemand einen Madur al-Dam, dessen Schuld nachweisbar sei, tötet, wird er nicht verurteilt. Wenn aber jemand nur annimmt, einen Mahdur al-Dam getötet zu haben und keinen Beweis liefert, reicht sein Glaube einen Mahdur al-Dam getötet zu haben, um nur drei bis fünf Jahre Gefängnisstrafe für einen vorsätzlichen Mord zu bekommen.

Kürzlich wurden die Mörder von zwei Jugendlichen frei gesprochen, weil die Getöteten das islamische Gesetz verletzt haben sollen. Der Richter glaubte den Mördern, dass die Getöteten Mahdur al-Dam waren. Faktisch sind Tötungen, die unter dem Begriff Mahdur al-Dam begangen werden, willkürliche staatlich legitimierte Hinrichtungen, schreibt Soheila Vahdati zu Recht.

Gewissens- und Meinungsfreiheit als Anlass für die Todesstrafe

Sogenannte Haddstrafen sind nach Artikel der 211-12 „Haq ul-Ilahi“, das heißt von Gott befohlenen Gesetze, die auch heute ihre Gültigkeit haben. Einige „Vergehen“ werden in der neuen Gesetzesvorlage neu definiert, beispielsweise werden Gründe für die Hinrichtung von Andersdenkenden aufgeführt:

Nach Artikel 224-1 steht die Prophetenbeleidigung [Sab el Nabi] unter Strafe. Auch „Abtrünnigkeit, Zauberei und Bedat-garai“ verdienen nach der neuen Gesetzesvorlage die Todesstrafe. Bedat-garai bedeutet Innovationen, neue Weltanschauungen und prinzipiell neue Ideen, die den herrschenden Prinzipien widersprechen. Unter Artikel 225-11 kann nachgelesen werden, dass „jeder Muslim, der eine Erneuerung in der Religion erfindet, [...] als Abtrünniger gilt.“ In dieser Form ist dieser Artikel neu.



„Abtrünnige“, die muslimische Eltern haben und konvertieren wollen, verdienen nach dieser staatlichen Gesetzesvorlage die Todesstrafe. Dies war auch in der bisherigen Gesetzgebung der Fall. Neu ist, dass die Interpretationsmöglichkeiten des Richters zum Nachteil der Andersdenkenden und Andersgläubigen größer geworden sind.

Denn nach Artikel 225-4 gibt es zwei Formen von Abtrünnigkeit: Mortade Fetri [Geborener Abtrünniger] und Mortade Melli [Nationaler Abtrünniger]. Mortade Fetri ist ein Abtrünniger, der mindestens einen muslimischen Elternteil hat und plötzlich neue Ideen verfolgt, die den islamischen Gesetzen widersprechen. Sogar neunjährige Mädchen und fünfzehnjährige Jungen, die sich von einer nicht-islamischen Idee angesprochen fühlen und daran festhalten, verdienen nach diesem vermeintlichen Gottesgesetz die Todesstrafe.

Mortade Melli ist nach Artikel 225-5 der Abtrünnige, der keine muslimischen Eltern hatte, Muslim wird und später aus dem Islam wieder austritt. Mortade Melli ist auch derjenige, der einen muslimischen Elternteil hat, der als Erwachsener „so tut, als ob er Muslim wäre“ und dann blasphemisch wird. Auch er „verdient“ die Todesstrafe. Während eine Mortade Fetri nach Artikel 225-7 die Todesstrafe ohne Einschränkung bekommen soll, will man dem Mortade Melli nach Artikel 225-8 drei Tage Zeit geben, um zu „bereuen“. Wenn er/sie nicht bereut und an seinem Glauben festhält, wird die Todesstrafe verhängt. Das ist nichts anderes als ein Gesetz der Zwangsislamisierung von Menschen, die vom Islam abkehren wollen.

Apostasie war Vahdati zufolge in den achtziger Jahren kein offizielles Verbrechen, auch wenn viele deswegen hingerichtet wurden. Nun wird Apostasie rechtlich untermauert und wird mit der Todesstrafe belegt. Artikel 225-10 zufolge bekommen die Frauen einen Pluspunkt, wenn sie abtrünnig werden. Sie können demnach von der Todesstrafe verschont bleiben, aber dafür eine Dauerhaftstrafe bekommen. Sie würden auch „islamische Führung“, Erschad, also Extraschulungen erhalten, und falls sie bereuen, könnten sie sofort entlassen werden. Ein solcher Habitus führt sicher nicht zur Gleichberechtigung der Geschlechter.

Nach Artikel 225-12 würde ein Muslim, der mit „Zauberei“ zu tun hat und eine „neue Sekte“ gründet, die Todesstrafe bekommen. Auch diese Gesetzesvorlage ist neu. Nach Artikel 12-7 bis 121-10 können Bürger, verhaftet, verbannt, körperlich gezüchtigt werden oder Geldstrafen erhalten, wenn sie „die gesellschaftlichen Interessen“ missachtet haben. Somit bekommen die Gerichte freie Hand, um willkürlich zu handeln.

Steinigung bleibt in der iranischen Strafgesetzgebung

Das Gesetz der Steinigung [Rajm] soll bleiben und ist in Artikel 221-5 enthalten. Nur falls in einem international bekannt werdenden Fall die Ausführung der Steinigung dem Ruf der Islamischen Republik schaden würde, könnte im Einzelfall darauf



verzichtet werden, wobei gleichzeitig betont wird, dass die Regierung dem Druck des Westens nicht nachgebe.

Staatlich und religiös legitimierte Verheiratung von Kindern

In Artikel 423-86 geht es um die Behandlung von Mädchen. Demnach ist es theoretisch möglich, dass ein Mädchen ab dem 9. Lebensjahr mit der Erlaubnis des Vaters und ohne seine Zustimmung an einen dreißigjährigen Mann verheiratet wird. Eine solche Ehe darf vollzogen werden und ist religiös legitimiert. Wenn aber das Mädchen infolge des aggressiven Sexualverkehrs Opfer einer Vergewaltigung wird und der Fall eines „Fistula“ [perianale Fistel] eintritt, dann müsse der Mann Blutgeld zahlen.

Die Genitalbeschneidung wird nach islamischem Gesetz im Iran in der Tat mit Blutgeld bestraft und zwar nach Artikel 423-91. In der gesamten islamischen Strafgesetzgebung des Iran ist das Blutgeld für Männer und Frauen unterschiedlich. Nur für das Embryo beider Geschlechter, das heißt vor der Geburt haben Frauen und Männer nach Artikel 427-1 gleiches Blutrecht.

Wie Soheila Vahdati bemerkt, sind nicht nur Frauen, sondern auch Nicht-Muslime nach dem Blutgesetz weniger Wert als Muslime, und zwar schon seit 29 Jahren auch in der iranischen Staatsgesetzgebung.

Wächterrat disqualifizierte die meisten Reformislamisten

Im Vorfeld der Wahlen wurden mehr als siebenzig Prozent der reformislamistischen Kandidaten offenbar vom Wächterrat disqualifiziert. Insbesondere Kandidaten der linksislamistischen Modschahedine Enqelabe Eslami wurden nicht zugelassen. Diese Organisation wird der Majmae Rohaninie Mobares, der kämpfenden Geistlichkeit zugeordnet.

Kandidaten der linksislamistisch-moderaten Organisation von Mehdi Karrubi, „Etemade Melli“, „Nationales Vertrauen“, wurden jedoch zugelassen. Es ist davon auszugehen, dass die Gesetzesvorlage ohne großen Widerspruch verabschiedet wird.

Hojatiye: Eine schiitische Geheimorganisation ¹¹²

Die Hojatiyeh ist eine Geheimorganisation, die an die Wiederkehr des zwölften Imam, an die Wiederkunft des Messias glaubt. Diese Organisation will die Baha'i im Iran vernichten. Auch staatliche iranische Institutionen verfolgen die Baha'i,- allein wegen ihrer Identität.

Von Wahied Wahdat-Hagh

¹¹² <https://honestlyconcerned.info/2008/02/29/hojatiye-eine-schiitische-geheimorganisation/>, 05.03.08



Die Grundlage der Staatsphilosophie der „Islamischen Republik Iran“ ist die Frage nach der Wiederkehr des zwölften Imam, der als Messias betrachtet wird. Der revolutionäre Klerus müsse unbedingt seine Herrschaft errichten, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der zwölfte Imam zurückkehrt. Das war die Sicht des „Revolutionsführers“ Ayatollah Khomeini. Schon Ali Schariati behauptete, dass der bewaffnete Kampf gegen den Imperialismus und gegen das Schahregime die Wiederkehr des Mahdi, des Messias, beschleunigen werde.

Auch die Hoatiyeh glaubt an den zwölften Imam, aber mit einem anderen Habitus. Die Geheimorganisation der Hojatiyeh verhielt sich von Anbeginn nicht revolutionär. Sie versuchte erfolgreich Einfluss auf die Macht auszuüben. Seit über 50 Jahren verfolgt diese Organisation das programmatische Ziel der Vernichtung der Baha'í-Religion. Sie kämpft ferner gegen alle Säkularisten.

Die Hojatiyeh hat auch die schiitische Haqqani-Schule stark beeinflusst und arbeitete stets mit ihr zusammen. Ayatollah Mesbahe Yasdi, ein Lehrer des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinedschad, gehört dieser Schule an. Die messianischen Vorstellungen des iranischen Präsidenten sind nicht neu. Auch einige Regierungsangehörige des Präsidenten Ahmadinedschad glauben, dass die Welt tief versinken muss, bis der 12. Imam erscheint.

Die Gründungsgeschichte der Hojatiyeh

Scheich Mahmud Halabi ist der Begründer der Organisation der Hojatiyeh. Halabi hatte zuvor gemeinsam mit Mohammad Taqi Shariati einen Verein namens „Verein zur Verbreitung islamischer Wahrheiten“ gegründet. Abedsadeh war ein weiterer Mitstreiter von Halabi, der den „Koran-Verein“ leitete. Sie arbeiteten gegen die britisch-iranischen Beziehungen und unterstützten in diesem Kontext den damaligen Ministerpräsident Mohammad Mussadiq, der wiederum die „Nationale Front“ des Iran führte.

Für Halabi gab es eigentlich nur einen Feind: Die Baha'í-Religion. Er gründete daher bald einen Verein, der explizit „Anti-Baha'í-Verein“ hieß. Im Jahre 1953 wurde dieser Verein in „Anjomane Hojatiye Mahdawiye“, der „messianische Hojatiye Verein“ umbenannt. Halabi erlitt eine schwere persönliche traumatische Niederlage als einer seiner besten Genossen, Abbas Alawi, Baha'í wurde. Er beschloss seinen Kampf gegen die Baha'í zu verstärken, schreibt Reza Khojasteh Rahimi, Redaktionsmitglied der in Teheran erscheinenden „Shahrwande Emrooz“. Diese Zeitschrift wird von Mohammad Qochani herausgegeben, einer der intellektuellen Unterstützer des Ex-Präsidenten Mohammad Khatami. **Hojatiyeh erhält freie Hand vom Schah, damit er still hält**

Saeed Harjarian, ein weiterer islamistischer Intellektueller im gegenwärtigen Iran schreibt in der selben Zeitschrift, dass der Schah nach dem CIA-Putsch von 1953 rund zwei Jahre lang der Hojatiyeh freie Hand gelassen habe, damit diese gegen die



Baha'i hetzen können. Mohammad Taqi Falsafi, ein Mitglied der Hojatiyeh erhielt die Möglichkeit eine Anti-Baha'i-Sendung im staatlichen Radio zu senden. Das war der Preis dafür, dass die Organisation nicht politisch gegen das Schahregime agierte. Die Hojatiyeh arbeitete still weiter. Tatsächlich überzeugte Halabi sogar den Großayatollah Mohammad Hussein Tabatabai Borujerdi eine Fatwa gegen die Baha'i zu schreiben. Falsafi machte aber einen Fehler und ging einen Schritt zu weit. Er agitierte auch gegen die Bodenreform des Schahs. Daraufhin ließ Assadollah Alam, Justizminister des Schahs, Falsafi verhaften.

Hojatiyeh vor der „islamischen Revolution“

Strategisch hatte die Organisation der Hojatiyeh sich in den 60er und 70er Jahren entschieden sich nicht politisch zu beteiligen. Geistliche wie Ayatollah Ahmad Khansari setzten sich immer wieder für Hojatiyeh ein, damit die Organisation nicht verboten werde. Halabi gründete innerhalb der Hojatiye „Komitees“ mit unterschiedlichen Aufgaben. Ein Komitee bekam die Aufgabe die Baha'i auszuspionieren und ein weiteres „Komitee“ war für die Propaganda gegen die Baha'i zuständig. Halabi selbst schrieb ein tausendseitiges Buch, um die Baha'i-Religion zu widerlegen, schreibt die iranische Zeitschrift.

Die Hojatiye interessierte sich nicht für den Kampf gegen den Schah und gegen den Imperialismus. Sie unterstützten auch nicht die politischen Aktivitäten des jungen Khomeini im Jahre 1963. Für sie war der Kampf gegen den Imperialismus zweitrangig. Halabi glaubte in den 60er Jahren, anders als Khomeini, dass der „Retter“, der zwölften Imam, kommen werde, und erst nach seinem Erscheinen werde eine islamische Revolution reif sein. Halabi glaubte, dass der Messias die Revolution führen müsse. Daher beteiligte er sich auch nicht an den Protesten gegen den Schah. Erfolgreich hatte Falsafi, einer der Mitglieder dieser Geheimorganisation, doch auch eine Zeitlang sogar vom Schah die Möglichkeit erhalten gegen die Baha'i-Religion zu agitieren.

Hojatiyeh nach der „islamischen Revolution“

Als die „islamische Revolution“ im Jahre 1979 tobte, gehörte Scheich Mahmud Halabi nicht zu den Revolutionären. Er änderte seine Strategie erst als Ayatollah Khomeini an die Macht kam. Halabi kandidierte sogar für das erste Pseudoparlament Khomeinis und bekam 307.374 Stimmen in Mashad. Dies reichte dennoch nicht aus, um ins Madschless zu kommen.

Halabi wollte nun die Islamische „Republik“ mitgestalten. Seine Organisation legte sogar einen Verfassungsentwurf vor. Auch ohne das Erscheinen des zwölften Imam, war Halabi damit einverstanden, dass das Prinzip der Herrschaft des Klerus in der Verfassung festgeschrieben werde.



Und trotzdem war Hojatiyeh nicht gänzlich von den khomeinistischen Revolutionären willkommen. Die Anhänger dieser Geheimorganisation hatten nicht gegen den Schah gekämpft und sie arbeiteten auch noch selten mit den anderen islamistischen Gruppierungen zusammen. 1982 kritisierte Ahmad Jannati diese Organisation öffentlich. Die Hojatiyeh waren damit aufgefallen, Schlüsselpositionen im iranischen Geheimdienst zu besetzen. Reza Khojaesteh Rahimi berichtet, Jannati habe damals die Hojatiyeh gefragt: „Warum wollt ihr unbedingt in die Geheimdienstzentren? Wollt ihr euch kulturell betätigen oder politisch? Warum gebt ihr eure Informationen nicht weiter an die revolutionären Organe? Dürfen denn etwa die Revolutionsgarden und andere revolutionäre Organe nicht über die Informationen verfügen, die ihr habt? Sollen die revolutionären Organe nicht die Konterrevolution verfolgen? Warum wollt ihr nicht eng mit den Revolutionsgarden zusammenarbeiten?“

Die Organisation der Hojatiye antwortete auf die Fragen des mächtigen Klerikers konziliant. Man wolle keineswegs die staatlichen Institutionen politisch beeinflussen. Es gehe nur um eine religiöse „Pflichterfüllung.“ Die Hojatiyeh bekam dennoch massive Kritik. Ayatollah Khomeini persönlich, aber auch Ayatollah Madani kritisierten die Hojatiye, weil diese unkontrollierbar erschien. Die Hojatiyeh aber versuchte immer wieder ihre Treue zur „Islamischen Revolution“ unter Beweis zu stellen. Gleichzeitig wurde die Organisation von anderen einflussreichen Persönlichkeiten der islamischen „Republik“, wie Abolqassem Khase-Ali unterstützt. Ab 1983 wurde es wieder leise um die Hojatiyeh. Sie wollten überleben und langfristig Einfluss ausüben, auf die Macht im Staat.

Taher Ahmadzadeh schreibt in derselben Zeitschrift, dass die Hojatiye-Mitglieder sich zwar nicht an der Revolution beteiligt haben, aber viele von ihnen seien nach der Revolution in die Partei Khomeinis, in die „Islamisch Republikanische Partei“ eingetreten. Dennoch blieben die Fragen und Konflikte über die richtige Taktik. Sollten zuerst die Baha'i bekämpft werden, was die Hojatiye forderte oder der US-Imperialismus, was Khomeini forderte. Beide gehörten trotz der Differenzen zu einer islamistischen Front, die Baha'i, den US-Imperialismus, Israel, die westlichen Demokratien insgesamt und alle iranischen Säkularisten bekämpfen wollten.

Hojatiyeh sollen dieselben Rechte haben wie alle anderen islamischen Gruppen

Auch Emadol-Din Baqi war staatlicher „Menschenrechtsbeauftragter“. Er selbst sagt, dass er ein glühender Anhänger Khomeinis war und mit den Revolutionsgardisten Kontakt hatte. Es ist nicht klar, ob er für die Revolutionsgardisten direkt gearbeitet hat, wie manche Experten behaupten. Tatsache ist, dass er die Entlassung einiger Universitätsprofessoren seit der Regierungsübernahme von Ahmadinedschad kritisierte und deswegen für eine kurze Zeit ins Gefängnis kam und gegen Kautions frei gelassen wurde. Dennoch vertritt er merkwürdige Ansichten und setzt sich für die Freiheit der Hojatiyeh ein.



Baqi sagt in einem Interview mit der oben genannten Zeitschrift, dass viele der islamischen Revolutionäre „Begegnungen“ mit der Hojatiye gehabt haben. Auch er hatte regen Kontakt mit ihnen. Baqi entschuldigt die Hojatiye damit, dass diese zwar nicht wirklich gegen den Schah gekämpft habe, aber immerhin soll die Organisation nach der Revolution Bücher veröffentlicht haben, die das Ziel verfolgten nachzuweisen, dass der Messias ein islamischer Revolutionär sein müsse. Letztlich habe auch Ali Schariati ähnlich argumentiert, allerdings vor der Revolution. Für Schariati habe der Guerillakämpfer die Rolle gehabt im bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus das Kommen des Messias zu beschleunigen.

Baqi entdeckt sogar Ähnlichkeiten in den pauperistischen Visionen von Hojatiye und mancher Sozialisten. Beide gingen davon aus, dass die Unterdrückung und Armut zunehmen müsse, bis ein „Retter“ der Welt wiederkehre. Zwar haben die Sozialisten nicht wirklich auf einen „Retter“ gewartet, aber pauperistische Sozialisten gab es in der Tat, wie es sogar einen Präsidenten Ahmdinedschad gibt, der glaubt, dass die Wiederkehr des Messias anstehe, weswegen er militärisch aufrüstet und aufrüstet.

Im Iran können die Baha'i allein wegen ihrer öffentlichen Identität verhaftet werden. Der islamistische Khomeinibewunderer und vermeintliche „Menschenrechtler“ Baqi sagt über die Organisation, die seit über 50 Jahren das Ziel verfolgt die Baha'i zu vernichten, dass die „Hojatiye dieselben Rechte haben sollen, wie alle anderen islamischen Gruppen in der Islamischen Republik Iran.“

Alle Islamisten unterschiedlicher Schattierungen sollen die gleichen Rechte haben, nicht aber die nicht-islamistischen Iraner, die sich als Muslime, Juden, Christen, Zoroastrier, oder Baha'i, als Frauen und Jugendliche, als Kurden, Araber, Türkmene, Beluchen oder Perser für eine Trennung von Staat und Religion und für einen freien Iran einsetzen.

Kritik und Warnungen iranischer Konstitutionalisten ¹¹³

Iranische Konstitutionalisten sind demokratische, parlamentarische Monarchisten. Sie vertreten das säkular-liberale Bürgertum des Iran. Im Iran kamen sie nie zum Zug, auch wenn sie sich seit über 100 Jahren für ein demokratisches Parlament einsetzen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Für die iranischen parlamentarischen Monarchisten sind Spanien, Schweden, Belgien, Niederlande oder Großbritannien ein ernst zunehmendes politisches Modell, für den Iran. Zu ihren alten Spitzenkräften gehört Dariush Homayoun. Er war

¹¹³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061670/Kritik-und-Warnungen-iranischer-Konstitutionalisten.html>, 14.04.08



Herausgeber einer bürgerlichen liberalen Zeitung, Ayandegan, die Khomeini zu Beginn seiner Herrschaft verbieten ließ.

Dariush Homayoun schreibt, dass „Religion nicht das Problem ist.“ Es gehe letztlich nicht um Islam, sondern darum, was man heute daraus mache. In der islamischen Welt setzen sich religiöse Intellektuelle mit der Moderne auseinander. Die Religion müsse sich dem Fortschritt anpassen. Als ein historisches Phänomen könne die Religion sich unterschiedlich gebärden. Prophet Mohammad habe beispielsweise zehn Jahre lang friedlich in Mekka gepredigt. Aber die Verbreitung habe Grenzen gehabt. Dann habe der Prophet mit einer Armee von rund 10.000 Anhängern Medina militärisch erobert. Das war damals. Heute kann man den Islam jedoch nicht mit militärischer Gewalt verbreiten und durchsetzen.

Homayoun schreibt, die islamische Revolution von 1979 und der neu entstandene islamische Staat das Ziel verfolgen, die Tradition der Herrschaft des Propheten wieder zu beleben. Homayoun zufolge sei Prophet Mohammad nicht nur ein Religionsstifter gewesen, sondern auch ein politischer und militärischer Führer. Mohammad habe jedoch die damals wichtigen gesellschaftlichen Bedürfnisse der Zeit berücksichtigt. Daher sei seine Politik auch erfolgreich gewesen, weil er die Nöte seiner Zeit verstanden habe und dafür gekämpft habe.

Das heutige Problem entstehe dadurch, dass sich die iranischen Kleriker und die Islamisten an die Stelle Mohammads setzen, ihn nachahmen, aber die Probleme der heutigen Gesellschaft nicht verstehen wollen.

Homayoun sagt, der Islam habe historisch und an verschiedenen Orten der Welt stets viele Gesichter gehabt. Heute habe die iranische Bevölkerung kein Problem mit der Religion an sich, aber mit einer bestimmten Staatsdoktrin.

Es sei ergänzt, dass Muslime auch erkennen müssen, dass die historische Religion des Islam nicht auf alle Fragen der heutigen Welt eine Antwort haben kann. Die Vorstellung vom „Siegel des Propheten“ als letztgültiger Wahrheit sollte durchaus von muslimischen Intellektuellen und Gelehrten überdacht werden. Wäre es nicht geradezu ungerecht, wenn heutige Gesellschaften nach gesellschaftlichen Lösungsperspektiven und Gesetzen, die vor 1370 Jahren ihre Gültigkeit für eine bestimmte Zeitperiode und für einen bestimmten Raum hatten, reguliert werden sollten? Eine Säkularisierung der islamischen Welt und eine Trennung von Staat und Religion sind in der Tat das Gebot der Stunde.

„Totalitarismus und der destruktive Mensch“

Seyyed Dschalil Morteza ist einer der Sprecher der Konstitutionalisten. Er lebt in München. Die utopische Staatsdoktrin des heutigen Iran sei totalitär, schreibt Morteza. In der Tat handelt es sich um eine Utopie, die eine vergangene Geschichte von vor über 1300 Jahren zum Modell hat. Ein totalitäres System entfremde heute



die Menschen, verändere ihr Wesen und könne aus ihnen sogar Selbstmordattentäter machen. Die Persönlichkeit des Menschen werde in einem unmenschlichen totalitären Staat zerstört. Totalitäre Staaten würden stets im Namen der Humanität, der Freiheit, der Brüderlichkeit und der höheren religiösen Werte Verbrechen begehen. Totalitäre Führer würden sich durch Lügen auszeichnen. Individualität dürfe in einem totalitären Staat nicht existieren.

Morteza beschreibt den neuen Totalitarismus als eine islamische Herrschaftsform, die die Trennung von Staat und Religion aufgehoben habe und eine einheitliche Staatsideologie propagiere. Den bekannten Eckpfeilern der staatlichen Propaganda, der strengen Geheimpolizei und der staatlichen Repression fügt Morteza „die Einheit der intellektuellen Elite und des Mobs“ hinzu.

Dies sei möglich, da die Individualität und das individuelle Denken verboten seien. Die Eliten würden der Gesellschaft stets Angst machen, ihnen mit Krisen drohen. Gleichzeitig würden sie unantastbare Heiligtümer predigen. Angstgefühle und die Anpreisung von Heiligtümern werden den Menschen nicht nur eingeredet, sondern mit Hilfe der Gewalt von Pressure Groups, eines gewalttätigen Mobs, der religiös falangistischen Hisbollah-Gruppen aufgezwungen. Die im Iran herrschende Ideologie bezeichnet Morteza als eine utopistische, nationalistisch-expansionistische, rassistische Ideologie mit sozialen Gebaren und als populistisch. Dank einer solchen Ideologie könnten Intellektuelle ermordet werden und Andersdenkende in schärfster Form verfolgt werden.

Kriegsgefahr: Resultat der iranischen Außenpolitik

Shahin Fatemi ist Professor für Internationale Wirtschaft an der American University of Paris. Fatemi schreibt, dass im Mai 2006 ein Artikel in der „New York Sun“ erschienen sei. Der Autor habe den Brief von Ahmadinedschad an Präsident Bush als eine Kriegserklärung des Iran an Bush interpretiert. Damals habe der Artikel den Charakter eines Witzes gehabt.

Fatemi meint, dass in den letzten Wochen aber ein ernstes Kriegsproblem sichtbar geworden sei. Der US-amerikanische General Petraeus gehe gegenwärtig davon aus, dass das iranische Regime an dem Bombenattentat vom 23. März 2008 in Bagdad beteiligt gewesen sei. Die Qods-Einheiten der iranischen Armee würden die Aufständischen im Irak militärisch ausbilden und ausrüsten. Dies würde alle iranischen Versprechungen zuwider laufen, die gegenüber den irakischen Regierungsmitgliedern gemacht worden seien.

Prof. Shahin Fatemi ist der Überzeugung, dass die libanesische Hisbollah, Syrien und die Islamische Republik Iran Angst haben, dass die Wahrheit des Attentats vom 23. März ans Licht kommt. Sie wollten um jeden Preis verhindern, dass die UNO sich mit dem Fall beschäftige.



Fatemi benennt die „irrationalen außenpolitischen Ziele“, die Iran in Richtung Krieg treiben: „Unterstützung der libanesischen Hisbollah, Einmischung in irakische Angelegenheiten, verbale Kriegserklärungen, Bedrohung Israels, um Hamas zu dienen.“ Fatemi sagt zu Recht, dass eine solche irrationale Politik „direkt die iranischen Interessen gefährdet und die materiellen und moralischen Ressourcen des iranischen Volkes verschwendet.“

Pahlavi fordert demokratischen Konsens für den Iran ¹¹⁴

Reza Pahlavi ist der Sohn des 1979 gestürzten Schahs. Er spricht von Menschenrechten und Demokratie. Er weiß, dass noch ein weiter steiniger Weg zu bewältigen ist, bis eine säkulare Demokratie im Iran errichtet wird. Die Fehler seines Vaters scheint der Prinz nicht mehr wiederholen zu wollen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Reza Pahlavi bezeichnete die kürzlich durchgeführten Wahlen in Iran als eine „Travestie, als eine traurige Farce.“ Die herrschende Regierung mache dem Volk ständig Versprechen, die sie nicht einhalten könne, schrieb er in einem „Brief an die Welt“, der in der Washington Post und in Le Figaro veröffentlicht wurde.

Reza Pahlavi hat Visionen eines demokratischen Iran. Er weiß, dass ein Gros der iranischen Jugend die Islamische „Republik“ ablehnt. Rund 70 Prozent der iranischen Bevölkerung habe lediglich die Herrschaft der „islamischen Extremisten“ kennen gelernt. Millionen Iraner seien in den letzten 28 Jahren in Armut und Angst aufgewachsen.

Die junge Generation in Iran fordere eine „neue Vision“, schreibt Pahlavi. Die Jugend werde „unter der antiquierten klerikalen Herrschaft immer mehr frustriert und werde immer rebellischer.“ für Ve Die iranische Regierung unterstütze terroristische Organisationen und verschwende Milliarden für Projekte, die den Interessen des Volkes mitnichten entsprechen.

Nicht nur junge Menschen fordern, dem Prinz zufolge, „fundamentale Änderungen.“ Unter dem klerikalen Regime haben Frauen ihre Freiheiten verloren, religiöse und ethnische Minderheiten werden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Reza Pahlavi protestiert gegen die Unfreiheit von Intellektuellen und von Arbeiterführern.

Reza Pahlavi spricht und schreibt wie ein menschenrechtsorientierter Demokrat. Er geht davon aus, dass sich die Frustration der Jugend in eine positive und nicht aufhaltbare Kraft verwandeln könne. In seinem Brief bittet er die Weltöffentlichkeit

¹¹⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061671/Pahlavi-fordert-demokratischen-Konsens-fuer-den-Iran.html>, 14.04.08



geradezu um Hilfe, dem Iran eine „neue Ära“ zu ermöglichen. Er fordert in der Tat ein anderes politisches System für den Iran, befürwortet gleichzeitig keine gewalttätige Revolution. Er spricht von einem „kollektiven Volkswillen“. Eine solche Kraft habe in Indien, in Polen, in Südafrika und in der Ukraine zu einem Wechsel geführt. Es könne „samtene Revolution“ oder „Orange-Revolution“ genannt werden. Das Ziel sei eine „friedliche demokratische Konversion.“

Ziviler Ungehorsam statt Krieg

Er warnt auch vor der Gefahr eines Krieges. Unter einem Krieg werde am meisten die iranische Bevölkerung leiden. Ein „kollektiver Volkswille“, eine „nationale Einheit“ sollten einen zivilen Widerstand gegen die klerikale Diktatur organisieren, um einen Krieg zu verhindern. Daher ruft er zum zivilen Ungehorsam der iranischen Bevölkerung auf. Gleichzeitig spricht er sich für den Abbruch aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen europäischer Staaten mit dem Iran aus.

Verfassungsgebende Versammlung

Reza Pahlavi hat offenbar von den bitteren Erfahrungen der Modernisierungsdiktatur des Schahs und von der islamischen Revolution gelernt. Er will keine Diktatur mehr für den Iran. Er spricht von einer säkularen parlamentarischen Demokratie und fordert eine Trennung von Staat und Religion. Die Verfassung müsse auf Prinzipien der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beruhen. Für den Iran fordert er eine „verfassungsgebende Versammlung“, die die zukünftige Verfassung verfassen solle.

Pahlavi schlägt vor, dass gewählte Vertreter, ob Republikaner oder Konstitutionalisten, in der zukünftigen verfassungsgebenden Versammlung eine Verfassung schreiben müssen, die in einem Referendum zur Wahl gestellt werden müsse. Republikaner und Konstitutionalisten sollten für ein solches Ziel einen demokratischen Konsens finden. Keine der Parteien und Organisationen könne alleine wirksam sein. Ein demokratischer Prozess sei vonnöten und dieser habe nichts mit der Frage König oder Präsident zu tun. Die iranische Bevölkerung befürworte auch einen solchen demokratischen Prozess.

Eine solche „verfassungsgebende Versammlung“ aller Demokraten wurde in der Tat zu Beginn der Islamischen Revolution von Revolutionsführer Khomeini verhindert. Islamische Gesetze wurden damals eingeführt, die den Iran in eine noch größere Katastrophe als zuvor geführt haben.

Wichtig ist bei seinem Ansatz, dass ein demokratischer Prozess innerhalb der Islamischen „Republik“ faktisch ausgeschlossen wird. Die fehlende Trennung von Staat und Religion stehe dem entgegen.

„Es geht nicht um die Regierungsform“



Pahlavi sagt, dass sein Thema gegenwärtig nicht die Frage nach der nächsten Regierungsform im Iran sei. Vielmehr sollten alle Freiheit anstrebenden Kräfte, ob Republikaner oder Konstitutionalisten sich immer mehr annähern. Es sollte ein breites Spektrum an sehr unterschiedlichen politischen Vorstellungen entstehen. Zumal ein Meinungspluralismus für die Zukunft des Iran wichtig sei. In einer „wirklichen Demokratie“ in einem zukünftigen Iran sollen unterschiedliche Meinungen geduldet werden, schreibt Pahlavi.

Pahlavi vertritt die Überzeugung, dass es gegenwärtig gar nicht um die Frage gehen könne, welche Regierungsform in Zukunft errichtet werden solle, ob es eine Republik oder eine Monarchie sei. Es müsse auf jeden Fall ein demokratisches politisches System sein, das die Menschenrechte berücksichtigt. Er selbst verstehe sich zu aller erst als verantwortlicher iranischer Bürger und nicht als Prinz. Daher betrachte er die Probleme seines Landes unparteiisch. Er wolle gegenwärtig sogar lediglich ein Sprecher sein, der wegen des Bekanntheitsgrades seines Namens auf der internationalen Ebene die Probleme des Iran bekannt macht. Es gehe um die Frage, wie man den Iran von der herrschenden „Mafia“ befreie.

Alle Kräfte, ob Rechte oder Linke, ob Konstitutionalisten oder Republikaner sollten mit dem Ziel der Schaffung eines nationalen Einheitsprogramms aktiv werden. Ein solches Ziel müsse auch international diskutiert werden.

Pahlavi will in Zukunft sogar mit den Volksmojahedin und den Anhängern der Khatami-Regierung zusammenarbeiten, um ein neues Regime zu errichten. Tatsächlich werden solche Aussagen im Iran ernst genommen. Farsnews berichtete, Reza Pahlavi habe die Reformer aufgefordert sich zu entscheiden.

Die Flucht mancher Reformer in die USA scheint im Iran doch für Verunsicherung zu sorgen.

Eine föderale Demokratie für den Iran ¹¹⁵

Die Demokratische Partei Kurdistan wurde am 16. August 1945 in Mahabad gegründet. Die PDKI ist eine sozialdemokratische Partei und Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Bei den ersten Madschlesswahlen nach der Machtergreifung von Ayatollah Khomeini bekamen die kurdischen Abgeordneten der PDKI 80% der Stimmen in den

¹¹⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061672/Eine-foederale-Demokratie-fuer-den-Iran.html>. 18.04.08



kurdischen Gebieten, aber einen Platz im „Parlament“ Khomeinis erhielten sie dennoch nicht.

Dr. Abdul Rahman Ghassemlou, der damalige Generalsekretär von PDKI wurde sogar in die Experten-Kommission gewählt, die eine neue Verfassung schreiben sollte. Ayatollah Khomeini soll bei der ersten Sitzung der Kommission gesagt haben: „Wie schade, dass er, Ghassemlou, nicht anwesend ist. Wir hätten ihn sofort verhaften und erschießen lassen.“

Im Juli 1989 wurde Dr. Ghassemlou vom iranischen Geheimdienst in seiner Wiener Wohnung erschossen. Am 18. September 1992 wurden vier iranische Oppositionelle von einem Killerkommando im Berliner Lokal „Mykonos“ erschossen. Dr. Said Scharafkandi, Generalsekretär der PDKI, Mehdi Fatah Abdoli und Homayoun Ardalan gehörten dieser kurdischen Partei an. Nuri Dehkordi gehörte einer unabhängigen linken Organisation an. Er wurde ebenfalls Opfer des iranischen Staatsterrorismus.

Die PDKI wurde kurz nach der islamistischen Machtergreifung als „Partei des Teufels“ für illegal erklärt. Diese sozialdemokratische kurdische Partei tritt für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage innerhalb der iranischen Grenzen ein und unterstreicht dabei das Selbstbestimmungsrecht der iranischen Völker. Die PDKI lehnt jede Form des Terrorismus ab und tritt für politische Lösungen der Probleme im Nahen Osten ein. Als säkulare sozialistische Partei tritt sie für die Trennung von Religion und Staat und für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein.

Iran ist ein Vielvölkerstaat

Mustafa Hedschri, gegenwärtig Generalsekretär der PDKI schreibt, dass außerhalb des Iran nicht bekannt sei, dass der Iran in Bezug auf die Frage der nationalen Identität, Religion und Kultur pluralistisch sei. Meistens wolle man bestimmte Wahrheiten nicht wahrnehmen. Es herrsche auch ein falsches Bild eines „Mullahregimes, das permanent Unterstützung (vom Ausland) erhält, aber den Terrorismus fördert.“ Der europäische Dialog mit dem Iran habe nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt. Hedschri schreibt: „Es gibt drei Alternativen. 1) Eine militärische Strategie gegen die klerikale Regierung. 2) Unterstützung der demokratischen Opposition, um das Regime zu ändern. 3) Akzeptanz der Tatsache, dass das iranische Regime Atombomben bauen wird.“

Der Generalsekretär der PDKI spricht sich eindeutig für eine neue Regierungsform aus, für eine „föderale Demokratie, die den Willen der iranischen Völker berücksichtige.“ Eine solche Regierung müsse die Freiheit der Iraner gewährleisten und dafür sorgen, dass der Iran ein Teil der internationalen Gemeinschaft wird, der positive Beiträge auch für die Welt leistet.



Hedschri meint, dass die militärische Strategie im Irak „Zweifel über deren Erfolg erzeugt hat...“, daher bleibe die Unterstützung der demokratischen Opposition im Iran eine konsequente Lösungsstrategie. Denn niemand könne die „moralische und politische Legitimität eines Regime Changes seitens der Iraner selbst infrage stellen. Ein solcher Erfolg der demokratischen Bewegung sei jedoch nur von Erfolg gekrönt, wenn deutlich werde, dass Demokratie im Iran mit dem Bekenntnis zum Pluralismus der Nationalitäten zusammenhängt.

Das gegenwärtige Regime könne dank des hohen Ölpreises auch ohne die iranische Bevölkerung funktionieren. Daher hänge eine Demokratisierungsstrategie von der Unterstützung der demokratischen Völker Irans ab. Dies würde auch die Stabilität des Mittleren Ostens ermöglichen. Nur ein föderaler demokratischer Vielvölkerstaat könne dem Märchen eines Iran, der nur aus einem Volk bestünde, ein Ende setzen.

Keine Demokratie ohne Freiheit der Völker und der religiösen Minderheiten

Eine demokratische Zukunft des Iran ist nach Meinung vieler Experten von einer Dezentralisierung des Iran, d.h. vom Aufbau einer föderalen Struktur abhängig. Am 13. März 2008 trafen sich Vertreter der iranischen Völker sogar mit dem Iran-Ausschuss einer auswärtigen Kommission des US-amerikanischen Kongresses. Daran nahmen nicht nur Vertreter von Menschenrechtsgruppen, sondern auch Vertreter der iranischen Völker und von religiösen Minderheiten teil.

Von den religiösen Minderheiten waren u.a. Vertreter der Baha'i-Religion, der iranischen Christen, Juden und Zoroastrier anwesend und haben Redebeiträge über die Lage ihrer Gemeinden gehalten. Besonders besorgniserregend ist demnach die Lage der Baha'i. Zudem haben Vertreter der nationalen Minderheiten der iranischen Araber, Beluchen, Kurden und Türken und selbstverständlich der Perser berichtet.

An dieser Veranstaltung haben ferner Vertreter einer paniranischen sehr rechts orientierten Gruppe teil genommen, die die Existenz der iranischen Völker gänzlich ablehnt. Wie Voice of America berichtete, hat diese ultranationalistische Gruppe die Veranstaltung eher blockiert.

Tatsache ist, dass - ganz gleich, ob in einer zukünftigen säkularen demokratischen Republik oder in einer säkularen demokratischen parlamentarischen Monarchie - die Rechte der iranischen Völker und der religiösen Minderheiten gewährleistet werden müssen.

Dr. Miro Aliyar, Sprecher der PDKI in Wien, wird am 3. Mai in Berlin die Ziele seiner Partei auf einer Konferenz des Mideast Freedom Forum Berlin vorstellen und diskutieren. Er schrieb, dass seine Partei bereit wäre mit allen oppositionellen Parteien zusammenzuarbeiten. Auf jeden Fall müsse die „Existenz der nicht-persischen Völker anerkannt werden.“



Iranische Pasdaran wollen Pejak vernichten ¹¹⁶

Die iranischen Revolutionsgardisten sind sich sicher, dass die USA und England die militante kurdische Gruppe der PEJAK mit schweren Waffen wie z.B. Raketen ausrüsten. Basirat, eine Internetzeitung der Revolutionsgardisten, schreibt über ihre Feinde und über ihr eigenes Selbstverständnis.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Pejak ist die Abkürzung für „Partiya Jiyana Azad a Kurdistan“, „Partei für das freie Leben von Kurdistan.“ Die militärischen Stützpunkte dieser militanten kurdisch-nationalistischen Gruppe befinden sich im Norden des Irak, im Ghandil Gebirge. Die Pejak soll zur Hälfte junge Frauen rekrutiert haben und sich mit der türkischen PKK für die Autonomie der Kurden im Iran und in der Türkei einsetzen. Die Pejak wurde im Jahre 2004 gegründet.

Pejak und PKK

Basirat, der Internetzeitung der iranischen Revolutionsgardisten zufolge, hat diese Gruppe dem Iran militärische Angriffe angekündigt. Pejak soll in einer Erklärung „Anschläge auf iranischem Boden“ angekündigt haben. Zudem habe Ronahi Ahmad, Sprecher der Pejak, gesagt: „Die Aufständischen sind bereit für einen langen Kampf gegen den Iran.“ Ahmad zufolge verfüge Pejak über Waffen, mit denen auch Teheran von iranischem Territorium aus im Nordwesten des Iran, angegriffen werden könne.

Die Zeitung der Revolutionsgardisten, die sich Pasdaran, Wächter der islamischen Revolution nennen, behauptet, dass die USA seit über zwei Jahren diese „antiiranische, terroristische und sezessionistische Gruppe“ unterstütze. Zudem würden „beluchische und arabische Sezessionisten“ Unterstützung bekommen.

Die Analyse der iranischen Pasdaran

Revolutionsgardisten interpretieren die Drohungen wie folgt: Falls die Pejak von den kurdischen Ghandil-Bergen Teheran angreifen wolle, dann müsse sie über Raketen verfügen, die weite Strecken überwinden können. Zumindest würde eine einfache terroristische Gruppe, die Partisanen-Operationen ausführe und punktuell Bomben lege, nicht dazu in der Lage sein Raketen dieser Reichweite abzufeuern. Zudem könne eine solche Gruppe nur dann eine derartige „Kriegserklärung“ aussprechen, wenn andere Staaten ihr Waffen zur Verfügung stellen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können nur die Amerikaner und die Engländer eine solche Rolle spielen, so die Revolutionsgardisten.

¹¹⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061674/Iranische-Pasdaran-wollen-Pejak-vernichten.html>. 02.05.08



Insbesondere seien die Verbindungen dieser Gruppe mit dem Ausland von Interesse. Abdul Rahman Haji Ahmad sei kürzlich in die USA gereist. Zudem verfüge er über die deutsche Staatsbürgerschaft und sei in Köln gemeldet. Europäische Regierungen würden sogar von einem Boykott der Eröffnungsfeier der Olympiade wegen der chinesischen Politik sprechen, sie würden aber nichts gegen Pejak unternehmen. Der Westen wolle die „Ethnien“ im Iran voneinander spalten und religiöse Widersprüche schüren.

Pasdaran wollen die Pejak vernichten

In einer anderen Erklärung schreiben die Revolutionsgardisten, dass ihre spezielle Aufgabe sich von der anderer Bereiche der iranischen Armee unterscheidet. Denn die Aufgabe der Revolutionsgardisten sei die „Verteidigung der islamischen Revolution und deren Errungenschaften.“ Die Revolutionsgardisten seien „die starke Armee der Herrschaft des Klerus und des Führers.“

Im Jahre 1990 kontrollieren die Revolutionsgardisten die iranische Luftwaffe, Marine und Bodentruppen. Auch die freiwilligen Bassiji-Einheiten und die Ghods-Armee stünden unter dem Befehl der Pasdaran. Die Pasdaran seien gemeinsam mit den Bassiji-Einheiten eine Volksarmee. Sie seien als eine „nationale Macht“ zu betrachten, so die Zeitschrift dieser revolutionären Militärorganisation eines totalitären Staates.

Ayatollah Khomeini habe am 26.11.1979 die Gründung einer 20 Millionen Armee der Bassiji angeordnet. Die Bassiji haben sich demnach seit 28 Jahren bewährt, so auch im achtjährigen Krieg gegen den Irak als 100.000 Mann-Armee zur Unterstützung der Bodentruppen, oder als 12 Millionen Mann starke Armee bei den jährlichen Manövern, ebenso bei der Zusammenarbeit mit den Ordnungskräften, wenn es um die „soziale Sicherheit“ gehe oder mit der Bereitstellung von 50.000 „Bassiji-Wahlhelfern“. Zudem haben die Pasdaran „Bassiji-Zellen“ gegründet, die in muslimischen Staaten, wie z.B. Irak, Libanon, Palästina und Afghanistan die islamische Revolution in der Konfrontation gegen das zionistische Regime und gegen die Weltarroganz stärken.“ Tatsächlich haben sich die Pasdaran in allen gesellschaftlichen und staatlichen Dimensionen institutionalisiert. Sie haben sogar eigene Universitäten und medizinische Zentren eingerichtet.

Zudem würden die Pasdaran die Herrschaft des Klerus „lieben“ und seien bereit als „Märtyrer“ im Kampf gegen „Konterrevolutionäre“ aus dem Innern und gegen äußere Feinde zu sterben. Die Pasdaran würden als revolutionäre Kraft stets bereit sein der iranischen Armee zur Hilfe zu kommen. Auch in der iranischen Sicherheitspolitik und bei Geheimdienstaktivitäten zur Bekämpfung von Aufständen seien die Pasdaran präsent. Zu Beginn ihrer Geschichte haben die Pasdaran als eine Guerillabewegung auf Befehl Khomeinis agiert, berichtet die Zeitung Basirat. Die Pasdaran haben von Anfang an die Revolution gegen Aufständische, Kommunisten und „Heuchler“ in Turkmenistan, in Kurdistan, im arabischen Khusistan, in Asarbaijan bekämpft. Zur



Verteidigung der Pasdaran zitiert Basirat Ayatollah Khomeini, der gelobt habe, wie Pasdaran die „gottlosen Demokraten und Kommunisten gänzlich vernichtet haben.“

Die Pasdaran haben nicht nur die „umstürzlerischen Nationalreligiösen“ bekämpft, schreibt ihre Zeitschrift. Gemeint sind die Anhänger von Basargan, dem ersten Ministerpräsidenten Khomeinis. Diese wurden sehr bald von Ayatollah Khomeini als Verfechter eines US-amerikanischen Islam gebrandmarkt. Die Revolutionsgardisten, die nicht verschweigen, im Namen der Unterstützung der islamischen Revolution im Mittleren Osten militante Bewegungen zu unterstützen, würden auf jeden Fall die „kleinen konterrevolutionären Gruppen, wie Pejak vernichten,“ schreibt Basirat. Totalitäre Diktaturen sind nie ein Stabilitätsfaktor gewesen. Die Garantie für Stabilität und Sicherheit könnte nur eine säkulare Demokratie im Iran liefern, die für inneren und äußeren Frieden sorgt.

Iran geht gegen Minderheit der Bahai vor ¹¹⁷

7 Bahai verhaftet und eingesperrt.

In einer seit langem beispiellosen Aktion sind sechs führende Mitglieder der iranischen Bahai-Gemeinde vom Geheimdienst verhaftet und in das berüchtigte Evin-Gefängnis eingewiesen worden. Iranische Geheimdienstler stürmten überfallartig die Wohnungen der Bahai. Nach stundenlangen Durchsuchungen wurden sie weggebracht.

Die Verhaftungen erinnern an die ersten Jahre der islamischen Revolution. 1980 und 1981 wurden Mitglieder des damaligen Geistigen Rates der Bahai verschleppt und später hingerichtet. Die fünf Männer und eine Frau, die es jetzt traf, gehören einer Koordinierungsgruppe an, die sich um die Belange der rund 350 000 im Iran verbliebenen Bahai kümmerten. Ein siebtes Mitglied war schon im März verhaftet worden.

Im Iran wurden die Bahai seit der Entstehung der Glaubensgemeinschaft verfolgt, gequält und getötet. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden etwa 20 000 Babi, eine Vorläuferbewegung, von staatlichen Autoritäten und dem Mob der Straße bestialisch getötet. Unter der Pahlavi-Dynastie genossen die Bahai zwar individuelle Freiheiten, aber immer wieder wurde die Regierung vom schiitischen Klerus aufgestachelt, um gegen die Bahai vorzugehen. In den 30er Jahren galt die Bahai-Literatur als verboten. Eine Eliteschule wurde 1934 verboten, weil den Schülern das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter und pluralistische Wertvorstellungen vermittelt wurden.

¹¹⁷ <https://www.ksta.de/iran-geht-gegen-minderheit-der-bahai-vor-13557534>, 16.05.08



Im Jahre 1955 erteilte die Schah-Regierung den Rundfunkanstalten schließlich die Erlaubnis, eine Vortragsreihe eines Predigers namens Mohammad Taqi Falsafi zu senden. Es handelte sich um einen Deal. Falsafi sollte auf die Propaganda gegen den Schah verzichten, bekam aber dafür ein Forum für Propaganda gegen die Bahai. Kein Geringerer als der damalige Verteidigungsminister begleitete Scheich Falsafi, als das Kuppelgewölbe des Gemeindezentrums der Bahai in Teheran im selben Jahr zerstört wurde.

Seit der Etablierung der klerikalen Diktatur im Iran wird die staatliche Verfolgung der Bahai immer systematischer. In den ersten Jahren nach der Revolution wurden mehr als 200 Bahai hingerichtet, allein wegen ihrer Glaubensvorstellungen. Hunderte wurden verhaftet, Zehntausende verloren ihre Arbeit und ihre Rente. Heilige Plätze der Bahai, sogar Friedhöfe werden immer wieder zerstört. Angehörigen der Bahai-Religion ist das Universitätsstudium verboten. In den Achtzigerjahren versuchten die Bahai private Heimuniversitäten zu gründen. Unter Präsident Chatami im Jahre 1998 wurden sie geschlossen.

Besonders beunruhigt die Bahai ein Gesetzentwurf, der zum ersten Mal in der iranischen Geschichte die islamische Todesstrafe für Abtrünnige legalisiert. Der Entwurf wurde kürzlich von den höchsten Instanzen des Staates abgesegnet. Sollte das Apostasiegesetz verabschiedet werden, müssen alle Gerichte des Landes einen iranischen Mann, der kein Muslim mehr sein will, hinrichten. Eine Frau würde lebenslänglich inhaftiert. Alternativ hätten die Betroffenen die Möglichkeit, nach einem Kurs für „islamische Führung“ ihrem „Irrglauben“ abzuschwören .

Geiseln der iranischen Religionsdiktatur ¹¹⁸

350 000 Anhänger der Glaubensgemeinschaft der Bahai leben im Iran. Sie werden verfolgt - auch deshalb, weil sie Israel anerkennen

Der Vorwurf lautet: "Gefährdung der nationalen Sicherheit". Eine Anschuldigung, die den iranischen Geheimdienst gezielt zuschlagen lässt: Sieben Mitglieder der Koordinierungsgruppe der Bahai nahmen Teherans Häscher fest und übergaben sie den Knechten des gefürchteten Teheraner Evin-Gefängnisses. Die Bahai würden mit "Ausländern und besonders mit Zionisten Verbindungen haben", schob Regierungssprecher Qolamhussein Elham eilig als Begründung nach.

Die Bahai aber streben nicht nach politischer Macht, sie haben nicht einmal eine Partei. Trotzdem hat die religiöse Machtelite die Bahai-Administration 1980 verboten, ebenso wie die säkularen Parteien, die alle seit spätestens 1982 verboten sind. Die Bahai werden im Iran verfolgt, ihnen ist der Zugang zu staatlichen Ämtern verwehrt. Ärzte, Apotheker, Professoren oder Lehrer, die der Religionsgemeinschaft

¹¹⁸ https://www.welt.de/wams_print/article2030737/Geiseln-der-iranischen-Religionsdiktatur.html, 25.05.08



angehören, dürfen seit 1979 ihrem Beruf nicht mehr nachgehen, seit Ayatollah Khomeini sein Land mit der islamischen Revolution überzog. Aus den iranischen Universitäten werden Studenten, die sich zum Bahai-Glauben bekennen, ausgeschlossen. Wie sollten sie die nationale Sicherheit gefährden?

Die Bahai sind Andersgläubige und begeben sich damit in der totalitären Religionsdiktatur bereits auf einen ideellen Kollisionskurs. Der iranischen Staatsideologie fielen Tausende von Andersdenkenden zum Opfer, im Namen der islamischen Revolution wurden und werden Muslime und Nicht-Muslime massiv unterdrückt. Dabei ist die Bahai-Religion humanistisch und aufklärerisch. Sie propagiert das Prinzip der Liebe, Hoffnung und Verantwortung für Mensch und Natur. Es sei besser, keine Religion zu haben, als eine Religion, die zur Gewalt aufruft, lautet ein Leitsatz. Die Suche nach Wahrheit ist ihnen ebenso wichtig wie Meinungsvielfalt oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie befürworten demokratische Parlamente, treten Parteien aber nicht bei.

Bahauallah, der Offenbarer der Bahai-Religion, schlug Ende des 19. Jahrhunderts eine Erweiterung der parlamentarisch-demokratischen Systeme auf internationaler Ebene vor. Die Welt benötige eine Weltlegislative, Weltexekutive und Weltjudikative auf demokratischer Grundlage, sagte er. Auf der Grundlage universeller Menschenrechte unterstützen die Bahai die Vereinten Nationen.

Für sich selbst haben die Bahai den Klerus abgeschafft. Sie beten direkt zu Gott. Das politische System des Iran ist jedoch auf dem Prinzip der "Statthalterschaft der Rechtsgelehrten" aufgebaut. In der iranischen Verfassung ist verankert, dass die Fortsetzung der islamischen Revolution im "In- und Ausland" geplant sei zum Ziel der "Errichtung einer einheitlichen Islamischen Weltgemeinschaft". Ein Widerspruch zu den Grundsätzen der Bahai, die für eine Welt kultureller und religiöser Vielfalt eintreten.

Das iranische Mullah-Regime wirft den Bahai vor, Zionisten zu sein, weil ihr Weltzentrum in der israelischen Hafenstadt Haifa liegt. Bahauallah, in Persien geboren, wurde Mitte des 19. Jahrhunderts nach Akka in der Nähe Haifas verbannt. Was die Bahai in den Augen der iranischen Mullahs zu Staatsfeinden macht, ist ihre Überzeugung, dass Israel - zumal als Mitglied der UN - ein Existenzrecht habe. Die Bahai erkennen Israel an, weil sie glauben, dass mit der neuen Offenbarung ein alttestamentarisches Versprechen erfüllt wird und die Juden nach 2000 Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehren. Sie mischen sich aber nicht in die Parteipolitik ein.

Die offizielle Staatsdoktrin des Iran besagt dagegen: Palästina ist seit 1948 besetzt. Schon Ayatollah Khomeini wollte Jerusalem "befreien", und der jetzige Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat sich zum Ziel gesetzt, alles zu tun, damit Israel aus "den Annalen der Geschichte getilgt" werde.



Gleiches hat die Diktatur offenbar mit der Bahai-Gemeinde im Iran vor: Sie soll vernichtet werden. Die Administration dieser religiösen Gemeinde wurde schon 1980 verboten. Die Machthaber fürchten ein wachsendes Interesse der iranischen Bevölkerung an der Bahai-Religion. Und da sie nicht alle etwa 350 000 Bahai im Iran einsperren können, nehmen sie Geiseln. Die sieben verhafteten Geiseln heißen: Behrouz Tavakkoli, Saeid Rezaie, Fariba Kamalabadi, Vahid Tizfahm, Jamaloddin Khanjani, Afif Naeimi und Mahvash Sabet.

A Religion for Whores and Junkies ¹¹⁹

Christians in Iran are in danger: Muslim converts to Christianity will soon be threatened with life-long imprisonment or even the death penalty. The Iranian regime calls on the population to denounce the activities of Christian communities accusing them of collaborating with foreign intelligence agencies and to be the reason for a decline of values in the Iranian society.

Whoever in Iran converts to Christianity is considered a security risk by the regime in Tehran. The news agency Farsnews, which is close to the military, has recently published a four-part study related to the danger posed by the growing Christian communities in Iran. Together with a draft bill making apostasy from Islam a crime punished by death penalty for men and life-long imprisonment for women, this regime propaganda could herald the coming of systematic persecution of Christians in Iran.

At the end of June, Farsnews reported on the missionary fervour of Christian communities. The report argues that Christians are influenced by foreign satellite broadcasts and financed by ecclesiastical organisations. Christian youth are provided with books and CDs and receive access to internet weblogs and satellite television. At least 30 Persian-language websites and 180 weblogs were "identified".

The popular news agency also gives an account of the allegedly perfidious strategies of the missionaries: They often use women "to seduce men." The Christian notion of "joy" is associated with the "listening of pop music, collective singing, kissing, dancing and wine drinking." Particularly susceptible to this are academics, addicts, prostitutes and of course political enemies – groups that the Iranian regime accused of being "morally void." Atheists are allegedly drawn to Christianity because they live "without an identity".

Farsnews suspects that the missionary activities are not only an attempt to win religious and social influence. It alleges that under the disguise of the spread of Christianity contacts with foreign intelligence services could be established.

¹¹⁹ <https://www.ksta.de/gastbeitrag--christen-im-iran-eine-religion-fuer-huren-und-junkies-13161338>, 30.06.08
(Englische Fassung)



The result: The news agency calls on the Iranian population to do everything in order to stop the spread of Christianity. It appeals to population to inform the authorities over any suspicious missionary activity. The reports on the activities of the Christian communities ought to be collected and published on Islamist internet sites. Additionally, religious Muslim students are urged to set up discussion forums.

Medienhetze gegen Angehörige der Baha'i Religion ¹²⁰

Mit skrupellosen propagandistischen Lügen und Verschwörungstheorien hetzen die iranischen Medien gegen die Baha'i. Religiöse Fanatiker fühlen sich davon angesprochen und stecken Wohnhäuser einfacher Baha'i-Familien in Brand. Der Anti-Bahismus ist ein Bestandteil der staatlichen Doktrin der totalitären Diktatur.

von Wahied Wahdat-Hagh

Während die UNESCO im Juli 2008 die Baha'i-Heiligtümer in Israel als Weltkulturerbe anerkannt hat, verschlimmert sich die Lage der Angehörigen der Baha'i-Religion im Iran. Dort werden nicht nur die heiligen Stätte der Baha'i zerstört, inzwischen wird sogar der Privatbesitz von Baha'i angezündet.

Baha'i World News Service meldete am 28. Juni, dass in verschiedenen iranischen Städten Häuser von unschuldigen iranischen Baha'i von Unbekannten in Brand gesteckt wurden. In Rafsanjan, Fars, Babolsar und in Karaj, wurden Wohnhäuser regelrecht angezündet und teilweise mit Molotowcocktails beworfen. Die Bewohner konnten knapp dem Tod entkommen.

Hetzkampagnen von Zeitungen wie Kayhan, Sprachrohr des muslimischen Führers des Iran, schüren regelrecht den Hass der religiösen Fanatiker gegen Baha'i.

Said Sajadi, dessen Hetzen gegen die Baha'i in den letzten Jahren immer wieder in dem iranischen Führerblatt Kayhan veröffentlicht wurden, hat seit 20. Juli 2008 eine neue Hass-Serie in dieser Propagandazeitung begonnen.

Behzad Jahangiri wurde Anhänger des Ayatollah Khomeini

Es ist die Geschichte eines jungen Menschen, namens Behzad Jahangiri, der sich gegen seinen Vater, der Baha'i war, im Zuge der Islamischen Revolution von 1979 auflehnt und später Muslim wird. In Hamedan, wo auch viele Juden wohnen, wie in Kayhan betont wird, sei Jahangiri in einer Baha'i-Familie geboren worden. Behzad Jahangiri habe aber infolge der islamischen Revolution von 1979 Abstand von den

¹²⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061681/Medienhetze-gegen-Angehoerige-der-Baha-i-Religion.html>, 01.08.08



Baha'i genommen. Die Gründe klingen einfach: Sein Vater habe gesoffen. Als kleiner Junge sei er von seinem Vater sogar gezwungen worden auf Festen Alkohol zu trinken.

Diese Geschichte klingt nicht überzeugend: Denn in der Baha'i-Religion sind berausende Mittel verboten, weil diese das seelische Leben zerstören. Anders als unter dem im Iran praktizierten Islam peitschen die Baha'i aber niemanden wegen Alkoholkonsums aus. Wenn ein Baha'i trinken sollte, wird ihm empfohlen weniger zu trinken und langfristig mit dem Trinken aufzuhören.

Heiligtümer

Welche Heiligtümer hat aber Behzad Jahangiri? Die "heiligste Zeit" seines Lebens sei die Militärzeit, wohlgermerkt unter der Schreckensherrschaft des Ayatollah Khomeini. Kayhan zitiert Jahangiri wie folgt: "In dieser Zeit wurde ich nicht ständig kontrolliert und nahm nicht an Veranstaltungen teil und lebte neben freien und sich aufopfernden Muslimen." Ausgerechnet in der Armee des Ayatollah Khomeini habe er dank der Hilfe von einem "Haj Aqa Scheybani" begonnen nach der "Wahrheit zu suchen." Schon 1979 habe er sich dann öffentlich von der "politischen Sekte der Baha'i" distanziert und sei zum Islam übergetreten. In der Tat werden im gegenwärtigen Iran diejenigen, die zum Islam übertreten, ihre Anzahl mag sehr wenig sein, als Helden gefeiert. Für diejenigen aber, die keine Muslime mehr sein wollen, ist die Todesstrafe vorgesehen.

Für Jahangiri ist dennoch nicht nur die Armee seit der Revolution, sondern auch das "System der Islamischen Republik Iran" eine "heilige" Angelegenheit.

Baha'i kennen keine Zwangsheirat

Es ist wahr, dass Baha'i-Frauen keinen Schleier tragen, deswegen werden sie von Jahangiri verurteilt. Dennoch kennen die Lügengeschichten des Herrn Jahangiri keine Grenzen: Beispielsweise wird behauptet, dass Baha'i-Räte bestimmen würden, welche Frau welchen Mann in der Gemeinde heiraten soll. Ein kleiner Einblick in die Baha'i-Literatur oder in eine Baha'i-Website oder in eine Baha'i-Gemeinde irgendwo in der Welt würde jedoch klären, dass im Gegenteil die Baha'i-Frauen von Kindesbeinen an zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit erzogen werden. Es gibt unter Baha'i keine vermittelten oder gar Zwangsehen. Dies ist den religiösen Fanatikern im Iran, die islamische Zeitehe und Polygamie befürworten, ein Greuel.

Umso absurder ist der Vergleich der Baha'i mit den Nazis. Die Nazis hätten am Ende des Krieges nur innergermanisch geheiratet, das würden die Baha'i auch tun. Wahr ist aber, dass die Baha'i interkonfessionell heiraten dürfen, es gibt oft emanzipierte Mischehen.



Baha'i streben eine Angleichung der sozialen Klassen an

Die Baha'i seien sehr reich und materialistisch, lautet das Vorurteil. Laut Kayhan stamme Jahangiri aus einer armen Familie, die in der Baha'i-Gemeinde deswegen nicht sehr beliebt gewesen sei. Daher wollte er schon als Kind lieber mit muslimischen Kindern spielen, als mit Kindern der Baha'i-Gemeinde, so die Darstellung in Kayhan. Dabei sind es nicht die Baha'i-Kinder, die andere Kinder diskriminieren, sondern umgekehrt werden die Baha'i-Kinder sogar in iranischen Schulen diskriminiert und verfolgt. Zudem lernen Baha'i-Kinder, dass in einer idealen Gesellschaft die Kluft zwischen Arm und Reich aufgehoben werden solle und keine großen Klassenunterschiede existieren sollen.

Kayhan berichtet, dass Behzad Jahangiri während der Islamischen Revolution mit den Demonstranten, die gegen den Schah protestierten, sympathisierte, dabei seien die Baha'i jedoch generell Anhänger des Schah und dessen Frau Farah Pahlavi gewesen. Leider berichtet Kayhan nicht darüber, dass das Baha'i-Zentrum in Teheran schon 1955 zerstört worden ist.

Blinder Gehorsam?

Jahangiri wirft den Baha'i vor, blinden Gehorsam gegenüber den Oberen der Gemeinde zu führen. Tatsache ist, dass es zum ABC der Baha'i-Lehre gehört, dass blinder Gehorsam verboten und die selbständige Suche nach Wahrheit ein Gebot der Stunde ist.

Die staatliche Propaganda des Iran ist in der Tat mehr als absurd. In einem weiteren Teil der Serie sollen die Baha'i während des achtjährigen Iran-Irak-Krieges Gott angebetet haben, Saddam Hussein zu helfen den Iran zu besiegen. Die Baha'i beten zwar für den Frieden in der Welt, aber die geringste Kenntnis über die Baha'i-Religion würde klären, dass sie nicht für Diktatoren beten und erst recht nicht für Saddam Hussein. Aber zur staatlichen Propaganda gehört, dass alle Andersdenkenden entweder Zionisten, Imperialisten oder Anhänger Saddam Husseins waren oder sind.

Die Baha'i wurden von den Nazis verfolgt

Weltbekannt ist, dass das Eigentum der Baha'i im Iran meist konfisziert worden ist. Nun behauptet Kayhan aber, dass während des achtjährigen Krieges gegen den Irak die Baha'i Häuser und Appartements gekauft haben und dadurch reich geworden seien. Natürlich sollen die Befehle für den Kauf von Häusern aus Israel gekommen sein. So sollen Baha'i Hunderte von Apartments gekauft haben, die als Verstecke dienen sollten. Oder die Baha'i sollen getrauert haben als ein Attentat gegen Ayatollah Khamenei in den 80er Jahren gescheitert ist. In einem Zug werden die Baha'i und die Führer der Volksmujahedin, die einen bewaffneten Kampf gegen den



Iran führen, erwähnt, ohne erkennen zu wollen, dass Baha'i einen bewaffneten Kampf gegen eine Regierung prinzipiell ablehnen.

Die Ruchlosigkeit des Autors kennt keine Grenzen, denn obwohl deutsche Baha'i in den 30er Jahren in Deutschland stark verfolgt wurden, werden sie hier mit den Nazis gleichgestellt.

Die Bahai gelten als „Najis“ Die Menschenrechtlerin, Monireh Baradaran, die selbst in den 80er Jahren in einem iranischen Gefängnis war, schrieb kürzlich in einem Artikel, dass die Baha'i in den Gefängnissen als „Najis“, als „unrein“ galten.

Hunde gelten als „Najis“. Diese Haltung herrschte nicht nur in den Gefängnissen vor. Bis heute werden die Baha'i verfolgt, weil sie Baha'i sind. Ihre öffentliche Identität ist verboten.

In der Tat ist der Anti-Bahaismus ein Bestandteil der staatlichen Doktrin der totalitären Diktatur. Wenn Häuser iranischer Baha'i-Familien in Brand gesteckt werden, müssen die gegenwärtigen iranischen Machthaber als die wahren Brandstifter zur Rechenschaft gezogen werden.

IRNA lügt ¹²¹

Shirin Ebadi, Friedensnobelpreisträgerin im Jahr 2003, und ihre Tochter Nargess Tawassolian haben eine gerichtliche Beschwerde gegen die staatliche Nachrichtenagentur IRNA eingelegt. Beide haben darin erklärt, überzeugte Schiiten zu sein.

von Wahied Wahdat-Hagh

Am 6. August erschien ein Artikel in der staatlichen Nachrichtenagentur des Iran, IRNA, in der die Behauptung aufgestellt wurde, dass die Tochter von Schirin Ebadi zum Bahaitum übergetreten sei. Schirin Ebadi und ihre Tochter Nargess Tawassolian dementierten und legten eine gerichtliche Beschwerde ein. Nargess Tawassolian schrieb in einer Erklärung, dass der Autor des IRNA-Artikels „phantasiert“ habe. Sie sei stolz eine „Schiitin“ zu sein.

Todesdrohungen

Auf einer Pressekonferenz des „Vereins der Verteidiger der Menschenrechte“, der in Teheran von Schirin Ebadi geleitet wird, beklagte sie am letzten Montag zunächst die Todesurteile gegen einige kurdische Menschenrechtsaktivisten. Zudem brachte sie Beispiele, wie einigen Vertreterinnen der iranischen Frauenrechtsbewegung

¹²¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061684/IRNA-luegt.html>, 22.08.08



vorgeworfen wird, die Prostitution zu verbreiten. Sie betonte, dass die iranische Frauenrechtsbewegung stets friedliche Mittel eingesetzt habe, um ihre Ziele zu erreichen. Wie die Zeitung Kargozaran berichtete, thematisierte sie auf der Pressekonferenz auch das Problem der Todesdrohungen, denen sie in den letzten Jahren ausgesetzt war.

Sie erinnerte auch daran, dass eine Gruppe, die sich „Anti-Bahai-Verein des Iran“ nennt, sie ermorden wollte. Damit wird deutlich, dass der Artikel in IRNA nur die Spitze des Eisbergs von Drohungen und Einschüchterungen darstellt.

Der iranische Journalist, Abdolreza Tajik, gehörte ebenfalls zu den Rednern der Pressekonferenz. Er kam zu dem Schluss, dass IRNA bisher keinen einzigen Beweis geliefert habe, dass Nargess Tawassolian tatsächlich Bahai sei.

Tatsächlich hat Schirin Ebadi gemeinsam mit Herrn Abdolfatah Soltani und Herrn Ismailsadeh die Aufgabe der Verteidigung von sieben grundlos und willkürlich verhafteten Mitgliedern einer Koordinationsgruppe der iranischen Baha'i-Gemeinde übernommen. Wie Autnews meldete, geht Ebadi davon aus, dass dies ein Grund war, sie in dieser Form unter Druck zu setzen.

Auf der genannten Pressekonferenz des Vereins der Verteidiger der Menschenrechte sprach auch Hassan Jussef Eschkewari, der den Beruf des Geistlichen nicht mehr ausüben darf. Eshkewari hob hervor, dass eine Anwältin nicht bestraft werden dürfe, wenn sie einen iranischen Bürger verteidigt. Aber genau dies ist im Iran umstritten, denn Bahai gelten als vogelfrei und haben keine Rechte, noch nicht einmal das Recht immer ihre Toten begraben zu dürfen.

„Wir sind alle iranische Bahai.“

Tatsächlich hatte Schirin Ebadi zuvor in einem Interview mit der persischen Sendung von Radio-France hervorgehoben, dass der Vorwurf, ihre Tochter sei eine Bahai, einer „Beschimpfung“ gleich käme

Diese Aussage wurde wiederum im Exil und im Iran heftig diskutiert. Ein bekannter iranischer Intellektueller, Ali Keshtgar, kritisierte aus dem Exil, dass seit 30 Jahren die Tötung eines Bahai im Iran erlaubt sei, ihr Blut dürfe fließen, weil sie als Mahdural-dam, „todeswürdig“ gelten, weil sie sich vom Islam losgesagt haben. Keshtgar geht in einem viel diskutierten Artikel ausführlich auf die Verfolgung der Bahai ein. Auch nicht-Bahai seien beim Ausmaß einer solchen katastrophalen Verfolgung verpflichtet mit den Bahai zu sympathisieren und sich in symbolischer Form zu solidarisieren und auszurufen: „Wir sind alle iranische Bahai.“ Shianews, eine Nachrichtenagentur im Iran, gehörte zu denen, die wiederum auf Keshtgars Artikel reagierte und ihn als Kommunisten beschimpfte.

Wie Shirin Ebadi in einem Interview mit Rooz sagte, habe sie als Anwältin in der Vergangenheit Royalisten und Mujahedin verteidigt. Nun werde sie auch die Bahai



verteidigen und dennoch stolz darauf sein eine Schiitin zu sein. Sie sagte: „Wenn man mich sogar zehn Jahre lang ins Gefängnis wirft, werde ich mich, wenn ich heraus komme, im elften Jahr wieder mit ihrer Lage beschäftigen.“

Schon am 2. August hatte Farsnews Schirin Ebadi vorgeworfen, dass sich das Weltzentrum der Bahai, das sich in der israelischen Stadt Haifa befindet, bei Schirin Ebadi für die anwaltliche Vertretung der sich in Haft befindenden iranischen Bahai bedankt habe.

Für die iranischen Propagandamedien sind die Bahai „israelische Spione“. Und wenn eine iranische Anwältin wie Schirin Ebadi, Angehörige der Bahai-Religion verteidigt, muss sie nach der verkürzten Logik der totalitären Diktatur wahrscheinlich auch selbst Bahai sein, was ihr und ihrer Tochter das Leben kosten könnte. Schirin Ebadi hat immer wieder betont, dass sie die Rechte aller Iraner verteidige.

Desinformationspolitik

Die Bahai International Community spricht deutlich von der Desinformationspolitik der iranischen Medien. In einer Erklärung heißt es, dass Bahai ihren Glauben nicht leugnen. Wenn Shirin Ebadi und ihre Tochter Bahai wären, würden sie es sagen. Das Ziel der iranischen Medien sei eindeutig irrationale Angst und Vorurteile zu erzeugen. Es sei eine bekannte Taktik der iranischen Autoritäten: Jede Person oder Gruppe, die sich für Bahai einsetze, würde öffentlich geschmäht und eingeschüchtert werden. Auch die Behauptung, Bahai würden Instruktionen aus dem Isreal bekommen, sei absurd. Schirin Ebadi und ihre Kollegen würden Personen mit sehr unterschiedlichem Hintergrund verteidigen. Es heißt aber nicht, dass die Anwälte für den Glauben ihrer Klientel Partei ergreifen würden.

Sogar die persisch-sprachige Website des israelischen Außenministeriums hat in diesem dramatischen Konflikt interveniert und in einem aufklärenden Artikel erklärt: Israel werde die heiligen Stätte der Bahai, die in Israel liegen, schützen, genauso wie die heiligen Stätten des Christentums, des Islam und des Judentums in Israel geschützt werden. Der Schutz der Religionsfreiheit sei eine moralische und internationale Verantwortung des israelischen Staates. Dieser Schutz umfasse „alle Religionen der Menschheit und auch die Religion Bahauallahs. Und dies gehört zu den größten Ehren Israels.“

Schade, dass zu den Ehren der Islamischen „Republik“ Iran gehört die heiligen Stätte der Bahai im Iran zu zerstören und die Mitglieder der Bahai-Gemeinde zu verfolgen, zu verhaften und grundlos hinzurichten.



Massenhinrichtungen in iranischen Gefängnissen ¹²²

Im Iran und im Exil gedenken Iraner den Massenhinrichtungen des Jahres 1988. Der islamistische Staatsterror begann schon im Jahre 1979 und dauert seit nunmehr fast 30 Jahren an.

von Wahied Wahdat-Hagh

Kaweh Shahrus zufolge hat es das iranische Regime in den letzten 30 Jahren geschafft, viele seiner staatlichen Verbrechen zu vertuschen. Einer der erfolgreichsten Geheimhaltungsversuche seien bis heute die Massenhinrichtungen vom Sommer 1988. Über dieses Thema berichtete Shahrus im übrigen in Vorträgen an der juristischen Fakultät der Stanford University und an der Harvard University.

An die 80er Jahre erinnern sich Überlebende mit Grauen. Die Gefängnisse waren überfüllt, bis die Massenhinrichtungen durchgeführt wurden.

„Todeskommissionen“

Die Befehle zur Hinrichtung in verschiedenen Gefängnissen, in Schiras, Ahwas, Mashad kamen aus Teheran. Beauftragte der Regierung kamen überallhin wo es Gefängnisse gab, um die Hinrichtungen zu überwachen und zu bestätigen. Die Gefangenen nannten sie „Todes-Kommissionen“. Diese bestanden aus Vertretern der Justiz und des Geheimdienstes. Einer der Mitglieder solcher „Todeskommissionen“ war Mostafa Purmohammadi, der erste Staatsminister unter der Präsidentschaft von Ahmadinejad. Er wurde im Mai 2008 abgesetzt und ist gegenwärtig Direktor der staatlichen „Kontrollbehörde“. Auf Befehl von Ayatollah Khomeini sollten diese „Todeskommissionen“ untersuchen, wer „Mohareb“, also Kämpfer gegen das Regime, und wer „Mortad“, Abtrünniger, ist. Beide Gruppen sollten hingerichtet werden. Die Mitglieder der Volksmujahedin, die als „Mohareb“ galten wurden sofort umgebracht.

Denjenigen, die anderen oppositionellen Organisationen angehörten, wurden Fragen gestellt, wie: „Sind Sie ein Muslim?“, „Beten Sie?“, „Sind Sie bereit Minenfelder für die Armee der Islamischen Republik zu säubern?“ Ayatollah Montazeri schätzt, dass innerhalb von zwei Monaten zwischen 2800 bis 3800 Menschen hingerichtet wurden, schreibt Shahrus. Er schreibt, dass viele Gefangene, die diesen Vorgang der Massenhinrichtungen mit verfolgen mussten, psychische Probleme bekamen und zudem infolge von Folter Selbstmord begingen. Die Gefängniswärter sollen stets die Selbstmorde begrüßt haben.

Im Sommer 1988 wurden hauptsächlich Mitglieder und Sympathisanten der Volksmujahedin hingerichtet, unter ihnen waren aber auch viele Mitglieder linker

¹²² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061685/Massenhinrichtungen-in-iranischen-Gefangnissen.html>, 29.08.08



Organisationen, die alle namentlich bekannt sind. Menschenrechtsorganisationen führen 4485 Menschen namentlich auf, die im Sommer 1988 hingerichtet wurden. Asre-nou.net hat diese Namenslisten veröffentlicht. Tatsächlich sollen jedoch mehr Menschen exekutiert worden sein.

Ali Akbar Rafsanjani und Ali Khamenei gehören zu den Verantwortlichen

Die Familienangehörigen, die erst nach den Hinrichtungen vom Tod ihrer Angehörigen erfuhren, wurden nicht informiert, wo die Massengräber liegen. Ali Akbar Rafsanjani und Ali Khamenei gehören zu den Verantwortlichen dieser Massenmorde. Bis heute leugnen sie jedoch die Durchführung der Exekutionen. Schahrus ist davon überzeugt, dass, wenn das internationale Völkerrecht hier greifen würde, die Massenhinrichtungen als ein völkerrechtlicher Straftatbestand, als „Verbrechen gegen die Menschheit“ anerkannt würden.

Er fragt ferner, wen es eigentlich wundert, dass niemand im Iran die Verantwortung für Morde an Intellektuellen übernehmen will, wenn die Verantwortlichen für die Massenmorde wie Mostafa Pourmohammadi, sowohl vom Kabinett des Ex-Präsidenten Khatami als auch von Ahmadinejad belohnt wurden.

Die Todes-Quarantäne

Reza Fani-Yasdi war selbst im Jahr 1988 in Mashad im Gefängnis. In einem Interview mit Monireh Baradaran, Leiterin eines Internet-Archivs zur Aufarbeitung der dunklen Geschichte iranischer Gefängnisse, Bidaran, schildert er, was sich im Gefängnis abgespielt hat, nachdem Ayatollah Khomeini die UN-Resolution 598 unterzeichnet und damit den Frieden mit dem Irak akzeptiert hat.

Fani-Yasdi erinnert sich, wie binnen weniger Tage die Abteilung, die rund 400 Gefangene hatte auf rund 100 Gefangene reduziert wurde. Die anderen waren nach und nach abgeführt und hingerichtet worden. Die Befehle zur Hinrichtung wurden von einem Stab erteilt, der in regelmäßigen Abständen aus Teheran nach Mashad kam und festlegte, wer zu der nächsten Gruppe gehört, die in die „Quarantäne“ geht. Nach der „Quarantäne“ kam der Tod.

Den Familienangehörigen wurde seitens der Gefängnisleitung berichtet, man habe ihre Angehörigen „befördert“. Wohin wurde nicht mitgeteilt. Es gab Gerüchte, wonach sie vielleicht auf eine Insel, auf die Drogenabhängige verbannt wurden, geschickt worden waren. Der Zynismus der terroristischen Macht meinte ins Jenseits „befördert“. Explizit aber wurde verleugnet, dass überhaupt Hinrichtungen stattgefunden haben. Bis heute ist nicht eindeutig, wo die Hingerichteten begraben wurden. Wahrscheinlich an einem Ort, der „Laanatabad“ hieß, „Siedlung der Verdammten“.

Fani-Yasdi erinnert sich an grausame Geschichten. Der Vater eines Hingerichteten Mojaheds wollte von der Staatsanwaltschaft erfahren wo sein Sohn Bahram ist, sonst



würde er sich umbringen. Moqeissi, einer der Verantwortlichen soll gesagt haben, dann tue es, bringe Dich um. Und der verzweifelte Vater habe sich aus dem Fenster des Gerichtsgebäudes gestürzt und sei gestorben.

Kein Eingeständnis unter Khatami

Jafar Behkish schreibt, dass viele Familienangehörige der Hingerichteten Hoffnung hatten, dass sich in der Regierungszeit des Ex-Präsidenten Mohammad Khatami etwas für sie ändern würde. Khatami habe zwar manchmal schöne Worte ausgesprochen, aber weder er noch seine Mitarbeiter hatten ein wirkliches Interesse die Geschichte der Massenhinrichtungen aufzuarbeiten. Behkish schreibt, dass dies auch nicht verwunderlich sei, da Khatami und einige der einflussreichsten Persönlichkeiten der Reformbewegung auch im Jahr 1988 wichtige staatliche Ämter bekleideten. Nach dem Sturz der Reformbewegung seien auch die wenigen Auseinandersetzungen mit der Reformbewegung zu Ende gegangen.

Auch in diesem Jahr veranstalten Exil-Iraner weltweit eine Gedenkveranstaltung zu den Massenhinrichtungen des Jahres 1988. In Berlin wird zudem auch an die staatsterroristischen Mykonosattentate vom 17.9.1992 gedacht.

Hamid Nowzari, einer der Organisatoren der Berliner Gedenkveranstaltung sagt: „Diese Gedenkveranstaltung wird parallel sogar von Angehörigen der Ermordeten im Iran durchgeführt. Die Besonderheit dieses Verbrechens ist, dass die iranischen Machthaber darüber schweigen und niemand die Verantwortung dafür übernommen hat.“

Dieses Schweigen will auch amnesty international brechen. In einer Erklärung vom 19.8.2008 fordert amnesty international, dass die Verantwortlichen der Massenhinrichtungen im Iran verurteilt werden müssen.

Der Staatsterror begann mit der Islamischen Revolution

Tatsächlich haben die Verbrechen der Islamischen „Republik“ Iran schon mit ersten Hinrichtungen kurz nach der Revolution begonnen, als religiöse Fanatiker an der Macht unschuldige Menschen ermordeten. Ein Film über Mona, eine junge Bahai, die gemeinsam mit anderen unschuldigen Frauen erhängt wurden, soll im nächsten Jahr in die Kinos kommen.



Kein Recht auf Bildung für Andersdenkende ¹²³

Menschenrechtler beklagen den Mangel an Bildungsfreiheit im Iran. Der Zugang zu Universitäten und höheren Schulen ist Andersdenkenden verwehrt - Oppositionelle dürfen nicht studieren.

von Wahied Wahdat-Hagh

In einer Erklärung des „Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte“, dessen Vorsitz Shirin Ebadi innehat, wird betont, dass Bildung sowohl im Islam als auch in der Verfassung der Islamischen „Republik“ gewährleistet sein soll. Weiterhin wird in der Erklärung, die am 1. September in der Exil-Nachrichtenagentur iran-emrooz auszugsweise erschien, hervorgehoben, dass Personengruppen oder Einzelne immer wieder vom Recht auf Studium ausgeschlossen werden. In der Erklärung wird betont, dass „keine Instanz eine Person oder Personengruppen vom Recht auf Bildung generell ausschließen darf.“ Auch ein iranisches Gericht dürfe nicht Strafen erlassen, die einen Ausschluss vom Studium zur Folge haben.

Oppositionelle dürfen nicht studieren

Mehdi Samani, Studentenvertreter der vom Studium ausgeschlossener Iraner, gehörte zu den Rednern der Pressekonferenz. Laut der Exil-Agentur iran-emrooz.net berichtete Samani, dass Personen, denen vorgeworfen wird Oppositionelle zu sein, nicht studieren dürfen. Für Studenten, die nicht anerkannten islamischen Vereinigungen angehören, werde das Studium auf eine unbekannte Zukunft verschoben.

Samani habe persönlich Erfahrungen mit einem „Ordnungskomitee“ sammeln können. Dieses Komitee habe veranlasst, dass sein Studium für zwei Semester aufgeschoben wird. Als Grund wurde ein Interview angegeben, das er mit einem ausländischen Sender geführt hatte. Samani betonte, dass seine Geschichte kein Einzelfall sei.

Der Ausschluss von Studenten aus der Universität ist verboten

Shirin Ebadi erinnert auch an die dramatische Lage von Kindern, die aus materiellen Gründen keine Schule besuchen können. Sie erinnerte auch an die Lehrer, die große Probleme mit den staatlichen Verwaltungen haben, weil sie ihr Recht einfordern würden. Sie zitierte aus Statistiken der Unicef, die belegen, dass die iranischen Universitäten inzwischen ein sehr niedriges Niveau haben. Viele Akademiker seien geflohen oder seien als Universitätsprofessoren vorzeitig entlassen worden, weil sie nicht linientreu waren.

¹²³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061686/Kein-Recht-auf-Bildung-fuer-Andersdenkende.html>, 05.09.08



Mohammad Seifsadeh, Anwalt und Mitglied des „Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte“ vertrat sogar die Meinung, dass diejenigen, die Menschen vom Studium ausschließen, laut der gegenwärtigen Strafgesetzgebung bestraft werden müssten. Denn ein Gesetz, das den Ausschluss vom Studium erlaube, existiere nicht. Daher sei der Ausschluss von Studenten aus der Universität verboten. Es sei tragisch, dass alles im Namen der Religion geschehe.

Batebi verteidigt Bildungsfreiheit für iranische Bahai

Ahmad Batebi wurde weltbekannt, als er als junger Student auf einer Demonstration am 9. Juli 1999 in Teheran das blutige Hemd eines Kommilitonen vor den Kameras hochhielt. Sein Photo, das auf dem Titelbild der Zeitschrift The Economist erschien, ging durch die Welt. Nach langjähriger Haft setzt er seine journalistischen und Menschenrechtsaktivitäten gegenwärtig in den USA fort. Am 2. September schrieb er in der Zeitung Rooz über das Bildungsverbot für Bahai-Studenten im Iran. Er schreibt, dass auch in diesem Jahr die meisten abgelehnten Anträge der Bahai-Studenten damit begründet wurden, dass die Anträge angeblich nicht vollständig seien.

Batebi schreibt, es gäbe keine genaue Statistik darüber wie viele Anträge abgelehnt worden seien, weil die Koordinatoren der Verwaltungsangelegenheiten der iranischen Bahai Gemeinde gegenwärtig in Haft seien. Auf jeden Fall sei es absurd, dass die Antragsunterlagen der Studenten bemängelt werden. Denn falls die Anträge unvollständig gewesen seien, würden diese erst gar nicht zur Zulassungsprüfung zugelassen werden. Die vorgetragene Begründung diene lediglich dazu, dass weder im In- noch im Ausland die Bahai gegen das Verfahren vorgehen können.

Batebi zitiert aus dem Brief eines Bahai-Studenten, Hessam Missaqi, der sogar schon im dritten Semester an einer Universität in Isfahan studierte. Plötzlich sei er informiert worden, dass die Universität von höheren Instanzen den Bescheid bekommen habe, dass Bahai-Studenten entlassen werden müssten. Die Universität habe sich sogar in einem Brief dagegen verwehrt, mit der Begründung, dass man eingetragene Studenten nicht grundlos entlassen könne und habe um eine Revision der Entscheidung gebeten: Die Universitätsleitung habe aber das Schreiben dem Studenten Missaqi mitgegeben, er solle sich selbst damit bei den entscheidenden Stellen beschweren.

Missaqi wandte sich an Dutzende Stellen in Isfahan und in Teheran, schrieb Briefe an Mitglieder des islamischen „Parlaments“, sogar Internetbriefe an den Weblogg des Präsidenten Ahmadinejad. Alles ergebnislos. Zwei Semester seien seitdem vergangen. Missaqi gilt inzwischen als exmatrikuliert, denn nach einer Regelung werden Studenten, die zwei Semester hintereinander aussetzen, exmatrikuliert. Er habe gleichzeitig den Antrag gestellt, vom Militärdienst befreit zu werden, vergeblich. Er müsse jetzt zum Militär, dürfe aber nicht studieren.



Batebi fordert gleiche Rechte für alle Iraner

Batebi schreibt, dass seit der Islamischen Revolution immer wieder Bahai-Studenten allein wegen ihres Glaubens von den Universitäten ausgeschlossen wurden. Zudem sei die Bahai-Gemeinde als Ganzes starken Repressalien ausgesetzt. Tatsächlich befinden sich gegenwärtig 25 Bahai grundlos und willkürlich in Haft. Insbesondere besorgniserregend ist die Lage von Haleh Rouhi, Sasan Taqva and Raha Sabet, die in Schiras verhaftet wurden, und der sieben Koordinatoren der Bahai-Gemeinde, Frau Fariba Kamalabadi, Herr Jamaloddin Khanjani, Herr Afif Naeimi, Herr Saeid Rezaie, Herr Behrouz Tavakkoli, Herr Vahid Tizfahm und Frau Mahvash Sabet. Batebi erinnert daran, dass sich Ayatollah Montazeri dafür ausgesprochen habe den Bahai das Recht auf Wasser und Boden zu geben. Batebi geht aber weiter und fordert gleiche Rechte für alle Iraner.

Batebi fordert Meinungsfreiheit für Bahai

Batebi kommt zu dem Schluss, dass das islamische Regime „ideologische“ Probleme mit den Bahai habe. Die Ideologie des Regimes basiere auf der Herrschaft des Klerus bis zum Zeitpunkt der Niederkunft des Messias. Die Bahai dagegen würden glauben, dass Bahauallah der Stifter einer neuen Religion sei. Bahauallah verstarb 1892 unweit von Akka, in Israel. Zudem würden die Bahai glauben, dass die Bahai-Religion die Grundlage der kulturellen Entwicklung der Menschheit sei. Batebi schreibt, dass eine solche Vorstellung in der schiitischen Gesetzgebung abgelehnt werde und daher seien viele Bahai, obwohl Iraner ihrer „elementarsten Rechten beraubt.“

Nach schiitischer Vorstellung haben in Dar-al-Islam, im Haus des Islam, noch nicht einmal die dort anerkannten Religionen das Recht zu missionieren, d.h. auch Christen dürften im heutigen Iran nicht ihre Lehre verbreiten. Batebi erinnert daran, dass der Glaube eines Menschen eine persönliche Angelegenheit sei, auch die religiöse Vorstellung sei eine individuelle Angelegenheit. Man könne daher keine staatlichen Anordnungen geben, wer an was glauben müsse. Daher sei es natürlich, dass ein Regime letztendlich den individuellen Willen eines Menschen nicht beeinflussen könne. Batebi schreibt, dass jeder Muslim für sich das Recht bekommen müsse die Wahrheit zu suchen. Der Klerus spreche nicht für alle Muslime. Jeder Einzelne könne sich mit Fragen der Suche nach Wahrheit und Erkenntnis auseinandersetzen, auch mit den Vorstellungen der Bahai-Religion. Das islamische Regime habe zwar alle materiellen und propagandistischen Mittel in der Hand, habe aber dennoch Angst - nicht nur vor der Bahai-Religion, sondern vor jeder anderen Form des Denkens, die von der staatlichen Propaganda abweicht.

Ahmad Batebi, einer der Führer der iranischen Studentenbewegung fordert schließlich Meinungsfreiheit für Bahai, auch in der islamischen Welt.



Iranische Kurden im Hungerstreik ¹²⁴

In iranischen Gefängnissen befinden sich 54 Kurden im Hungerstreik. Andersdenkende sind im Iran bedroht. Auch das Apostasiegesetz wurde vom islamischen Pseudo-Parlament ratifiziert.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die Lage der iranischen Kurden ist prekär. Das kann niemand leugnen. Taqi Rahmani ist ein Aktivist der Nationalreligiösen Bewegung, die zwar den ersten Ministerpräsidenten unter Khomeini, Mehdi Basargan, stellte, aber bald faktisch verboten wurde. Als Organisationsmitglieder der Nationalreligiösen können ihre Kandidaten, die laut Khomeini einen amerikanischen Islam verfechten, nicht an den Wahlen teilnehmen. Rahmani ging in einem Interview am 10. September mit der Exilzeitung Rooz auf die Lage der Kurden im iranischen Vielvölkerstaat ein. Zum Hintergrund: Im Iran leben neben der kurdischen Minderheit die Mehrheitsbevölkerung der Perser sowie die Minderheiten der Aserbajdschaner, Araber, Turkmenen, Luren und Belutschen. Peripherie und Zentrum im Gottesstaat Rahmani spricht von einer Kluft, die zwischen der „Peripherie und dem Zentrum“ im Iran existiere. Viele Provinzen seien kaum industrialisiert. Eine der größten Errungenschaften in Kurdistan stelle beispielsweise der Handel mit Grenzstaaten dar, also mit dem Irak, der Türkei und Armenien. Dies ist positiv. Negativ wirkt sich die Migration in das Zentrum aus, nach Teheran. Viele junge Kurden seien in die Hauptstadt ausgewandert, um dort Arbeit zu finden. Zwar hat es im islamischen Madschless, das euphemistisch auch „Parlament“ genannt wird, unter Khatami einen Kurden gegeben, aber es sei beispielsweise kein einziger Belutschi dort vertreten. Auch die Sunniten sind im schiitischen Staat benachteiligt. Rahmani hebt hervor, dass in Teheran noch nicht einmal eine sunnitische Moschee existiere. Die Sunniten dürften auch nicht in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Städten von den Minaretten ihrer Moscheen aus zum Gebet rufen. Rahmani stellt fest, dass die Regierung von Ahmadinejad sehr hart gegen die Zivilgesellschaft vorgehe. Zu Unrecht seien viele hingerichtet worden. Roozonline berichtete am 8. September von der illegalen Verhaftung des Lehrers und des Journalisten Masud Kurdpour. Mehr als vier Wochen seien inzwischen seit seiner Verhaftung vergangen. Bisher habe jedoch keine offizielle Instanz erklärt, warum er verhaftet worden ist. Kurdpour sitze immer noch in der Stadt Mahabad in Einzelhaft in einem Gefängnis des Geheimdienstes. Kurdpour sei schwer gefoltert worden und sein gesundheitlicher Zustand sei katastrophal.

Die Zerstörung der kurdischen Identität in iranischen Gefängnissen

Seit knapp zwei Wochen befinden sich ferner mindestens 54 kurdische Gefangene in verschiedenen iranischen Gefängnissen im Hungerstreik. Die Gefängnisse befinden

¹²⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061687/Iranische-Kurden-im-Hungerstreik.html>, 12.09.08



sich in den Städten Sanandaj, Saghes, Urumiyeh und Teheran. Die Kurden wollen auch im Gefängnis ihren Widerstand fortsetzen, schreibt Rooz. In einer Erklärung haben sich die politischen kurdischen Gefangenen zu Wort gemeldet. Sie kritisieren darin die herrschende Macht im Iran, die dabei sei alle philosophischen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die der Macht entgegentreten, zu unterdrücken. Die kurdischen Gefangenen sprechen von einer zweifachen Unterdrückung. Es gehe nicht nur darum einen Menschen gefangen zu nehmen. Im Zuge des Anspruchs, in der Gefangenschaft einen neuen Menschen zu schaffen, soll die Identität der Inhaftierten zerstört werden, bis hin zur Tötung des Gefangenen. Der Anspruch der Schaffung eines neuen Menschen verwandle sich in Zerstörung eines Menschen und dessen Geschichte. Daher müsse der Widerstand auf beiden Ebenen zur Geltung kommen. Mit dem Hungerstreik soll sowohl das Gefängnis und die politische Inhaftierung als auch der Versuch der Zerstörung des Menschen bekämpft werden. Die Erklärung der kurdischen Gefangenen geht auch auf die spezifische Diskriminierung der Kurden ein. Die doppelte Unterdrückung der Gefangennahme und der Zerstörung der Identität, beziehe sich besonders auf ihre kurdische Identität, die zerstört werden solle. Die kurdischen Gefangenen, die in den Gefängnissen der Islamischen „Republik“ Iran, um ihre Identität, aber auch um ihre Freiheitsvorstellungen kämpfen, wollen nicht aufgeben. Systematische Ermordung von Andersdenkenden legalisiert Das iranische Pseudo-Parlament hat die Strafgesetzgebung, die für Apostasie die Todesstrafe vorsieht, ratifiziert. 196 Majless-Mitglieder stimmten mit ja, sieben mit nein und zwei Personen enthielten sich der Stimme. Nun können Menschen, die keine Muslime mehr sein wollen oder Andersdenkende, die von einem islamischen Gericht als Apostaten eingestuft werden, ganz legal und systematisch hingerichtet werden.

Besorgniserregendes Strafgesetz im Iran ¹²⁵

Eine Neuauflage der islamischen Strafgesetzgebung ist im iranischen "Parlament" in der ersten Runde mit einer absoluten Mehrheit ratifiziert worden. Abtrünnige sollen hingerichtet werden dürfen. Das Leben von Hunderttausenden ist in Gefahr.

von Wahied Wahdat-Hagh

Wie die staatliche iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete, wurde im islamischen „Parlament“ über das Strafgesetz, das 428 Artikel beinhaltet, abgestimmt: 196 Mitglieder stimmten mit ja, 7 mit nein und 2 Personen *enthielten sich der Stimme*.

Zwar sollen einzelne Formulierungen und Detailfragen in einer weiteren Runde diskutiert und womöglich verändert werden, aber die Maßnahmen gegen

¹²⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061688/Besorgniserregendes-Strafgesetz-im-Iran.html>, 20.09.08



Andersdenkende und Andersgläubige werden kaum revidiert werden können. Darüber herrscht Einigkeit. Tatsächlich wird nach der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes eine Änderung im Rahmen der Islamischen „Republik“ Iran nicht so bald möglich sein. Auf lange Zeit sollen dann Körperamputationen, Peitschenhiebe, Folter und Hinrichtung als vermeintlicher göttlicher Wille durchgesetzt werden. Die ratifizierte Fassung ist sogar verschärft worden. Abtrünnige sollen noch nicht einmal mehr die Möglichkeit bekommen abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. Von der Idee, dass „im Glauben kein Zwang“ bestehe, so wie es im heiligen Buch der Muslime steht, kann im Iran seit 30 Jahren nicht mehr die Rede sein.

Christenverfolgung

Die Nachrichtenagentur Farsi Christian News Network schrieb in einem Leitartikel, dass das ratifizierte islamische Strafgesetz der Anfang vom Ende der Religionsfreiheit und der *Menschenrechte im Iran* sei. Das Gesetz stelle die wahre islamische Gerechtigkeit dar. Hunderttausende Iraner mit einem muslimischen Hintergrund riskierten nun den Galgen, so die ernst zu nehmende Stimme eines iranischen Christen. Gegenwärtig sind drei iranische Christen, Mahmoud Matin und Arash Bassirat in Schiras, ferner Ramtin Sudmand in Mashad von einer Hinrichtung bedroht, weil sie als Abtrünnige bestraft werden sollen. Für Abtrünnige ist die Todesstrafe vorgesehen. In Artikel 225-1 heißt es, wenn ein Muslim ausdrücklich bekannt gibt aus dem Islam ausgetreten zu sein, ist er ein Abtrünniger. Ein „geborener“ Abtrünniger ist jemand, dessen Mutter oder Vater zum Zeitpunkt der Embryonalbildung Muslim war. Wenn diese Person nun als erwachsener Muslim aus dem Islam heraustritt, wird er nach Artikel 225-4 „geborener“ Abtrünniger genannt. Nach 225-7 ist für den „geborenen“ Abtrünnigen die Todesstrafe vorgesehen. Ein „nationaler Abtrünniger“ ist ein Mensch, dessen Eltern bei seiner Embryonalbildung keine Muslime waren, dieser als Erwachsener eine Zeitlang als Muslim auftritt, dann aber vom islamischen Glauben abschwört.

Atheisten und Frauen, die die islamische Kleiderordnung nicht beachten, können als Apostaten verurteilt werden

Es kann festgehalten werden, dass das Gesetz der Apostasie zwar schon immer im Islam existiert hat, aber zum ersten Mal soll dieses Gesetz systematisch als konsequent auszuführendes staatliches Gesetz durchgesetzt werden. Ayatollah Tehrani erklärte schon am 26. Juli 2008 auf seiner Website, dass als ein Abtrünniger auch gelte, wer die Existenz Gottes ablehnt, die Vorstellung der körperlichen Auferstehung und das Leben nach dem Tode nicht akzeptiert. Abtrünniger sei auch ein religiöser Mensch, der zwar an Gott glaubt, aber nicht an den Propheten Mohammad. Er gelte als Kafir, Ungläubiger und damit als Abtrünniger. Wenn ein Muslim dem widerspreche, dass die Verschleierung der Frauen eine notwendige Pflicht ist, gilt die Person als Ungläubige und damit als Abtrünnige. Auch wenn sich jemand über die Religion lustig mache, könne als Abtrünniger verurteilt werden. Hinrichtungen dürfen nach Artikel 224 Prophetenbeleidigung vollzogen werden. Ein



deutliches Beispiel sei das Todesurteil von Imam Khomeini gegen Salman Rushdie. Er habe nicht direkt den Islam verleugnet, habe aber den *Propheten beleidigt*. Wird also Rushdies Todesurteil ein Modell für weitere Todesurteile?

Todesstrafe für Homosexuelle, Peitschenhiebe für Lesben und das Blutgesetz

Es ist bekannt, dass im Islam das Blutgeld, ein vom Täter oder seiner Familie aufzubringender finanzieller Ausgleich für den Tod oder den Schaden eines Opfers, für Frauen und Männer unterschiedlich hoch ausfällt. Nun soll lediglich bei Straßenverkehrsunfällen das Blutgeld einer Frau mit dem eines Mannes gleich gestellt werden, berichtete am 10. September die *Wirtschaftszeitung Donyae Eqtesad*. Nach Artikel 422-3 ist beispielsweise festgeschrieben, dass eine Gleichheit des Blutgeldes nur dann auftrete, wenn es sich um höchstens 1/3 des gesamten Blutgeldes handle. Ansonsten gelte das islamische Gesetz, dass das Blutgeld der Frau halb so viel wert ist, wie das eines Mannes. Beim Ehebruch, der die Todesstrafe nach sich ziehen kann, wird das Verständnis der Gleichberechtigung besonders deutlich. Da gelten vier weibliche Zeugen so viel wie die Stimme von zwei Männern.

Nach Artikel 221-18 bis 221-20 ist für männliche Homosexualität die Todesstrafe vorgesehen. Falls der Mann jedoch gesteht, dass er weniger als vier Mal einen „widerrechtlichen Geschlechtsverkehr“ hatte, bekommt er 70 Peitschenhiebe. Zwei Lesben, die miteinander einen widerrechtlichen Geschlechtsverkehr haben, werden zu 74 Peitschenhieben verurteilt. Wenn mehrere Frauen unter einer Decke erwischt würden, gäbe es für jede Frau 99 Peitschenhiebe.

Ein Gesetz nicht nur für Iraner

In der neuen Strafgesetzgebung sollen auch harte Strafen in punkto nationaler Sicherheit erlassen werden. Davon betroffen sind nicht nur Weblogger im Iran und nicht nur Iraner im In- und Ausland Nicht-Iraner im In- und insbesondere auch im Ausland. Beispielsweise werde sich ein Iraner oder ein Ausländer nach Artikel 112.3 „strafbar“ machen, wenn er oder sie gegen den iranischen Staat und gegen die „nationale Sicherheit“ des Iran handle. Aus dem bisherigen Umgang mit iranischen Andersdenkenden ist bekannt, dass eine Protestaktion gegen Menschenrechtsverletzungen ausreichen könnte, um sich einen solchen Vorwurf einzuhandeln. Nun würden sich nicht nur dänische Karikaturisten oder ein Salman Rushdie schuldig machen, sondern jede Kritik der Diktatur, auch von einem europäischen Intellektuellen formuliert, würde geahndet werden. Einem kritischen europäischen Journalisten sei daher empfohlen in Zukunft besser nicht in den Iran zu reisen. Zur staatlichen Willkür der Strafverkündung kommt die Möglichkeit der systematischen Verhaftung bis zur Hinrichtung im Inland hinzu, da die Gesetze so ausgelegt werden können, dass jeder Kritiker als Feind gegen den Islam, gegen Gott oder gegen den Staat bestraft werden kann.



Die deutsche Politik schweigt, wegen Marktinteressen

Die Verfolgung der religiösen Minderheit der Bahai nimmt neue Ausmaße an. Beim Teheraner Freitagsgebet am 19. September sammelten religiöse Fanatiker Unterschriften gegen die Bahai im Iran. Ihre Forderungen lautete, die Versammlungen der Bahai-Gemeinden endgültig zu unterbinden. Die Unterschriften wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. Die Bahai-Administration ist im Iran ohnehin seit 30 Jahren verboten. Die Gemeindemitglieder treffen sich bestenfalls *in privaten Räumen zum Gebet*.

Während die deutsche Regierung und die deutschen Politiker zu diesen gefährlichen Entwicklungen im Iran schweigen, hat die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit eine Erklärung abgegeben und von einer Bedrohung der iranischen Gesellschaft gesprochen. Es wird zu Recht davor gewarnt, dass wenn dieses Gesetz, das im vorletzten Stadium ratifiziert worden ist, in Kürze umgesetzt sein wird, Angehörige vieler religiöser Minderheiten mit der Todesstrafe *bestraft werden könnten*.

Ban Ki-Moon kritisiert Iran ¹²⁶

von Wahied Wahdat-Hagh

Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechte

Im Iran können Kinder hingerichtet werden, Frauen, wegen unislamischer Kleidung verhaftet werden, religiöse Minderheiten als Ungläubige verfolgt werden. Die Friedhöfe der Baha'í werden regelmäßig zerstört.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat am 20. Oktober seine Sorgen über die massiven Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Minderheiten im Iran geäußert. Er ist besorgt über die zunehmende Häufigkeit der Hinrichtungen, über Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen, Universitätsstudenten, Lehrer, Arbeiter, andere Aktivisten und über massive Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten, wie die Angehörigen der Bahai-Religion. Ban Ki-Moon kritisierte ferner Steinigungen, die immer noch in einigen Fällen praktiziert worden seien, obwohl öffentlich erklärt worden sei, dass man keine Steinigungen mehr durchführe. Ban Ki-Moon kritisierte auch die öffentlichen Hinrichtungen. Folter sei beispielsweise in der iranischen Verfassung verboten, Körperstrafen, wie Auspeitschen würden jedoch auch öffentlich weiter praktiziert werden. Schon Anfang Oktober hatte der Generalsekretär Ban Ki-Moon in einem Bericht an die UNO-Generalversammlung die Menschenrechtsverletzungen massiv kritisiert.

¹²⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061693/Ban-Ki-Moon-kritisiert-Iran.html>, 25.10.08



Ban ging am 20. Oktober auch auf die Todesstrafe für Kinder ein. Zwar hatte ein iranischer Beamter, Hossein Zebhi, vorgeschlagen, dass die Todesstrafe für Kinder aufgehoben werden sollte. Zebhi schränkte dann aber ein, dass nach islamischem Gesetz nur Familienangehörige des Opfers sich für ein Blutgeld statt für die Hinrichtung entscheiden können. Tatsächlich sind allein in diesem Jahr im Iran 6 Menschen unter 18 Jahren hingerichtet worden.

Die grausame Sittenpolizei führt „Säuberungen“ durch.

Die Sittenpolizei der totalitären Diktatur geht immer härter gegen die iranischen Frauen vor. „Roozonline“ berichtete am 22. Oktober, dass verstärkt auch Autofahrerinnen und Mitfahrerinnen, die in ihren PKWs ihre Kopftücher nicht ordnungsgemäß tragen, kontrolliert und verhaftet werden. Sogar die Autos von Fahrerinnen oder Mitfahrerinnen, die die Kleiderordnung nicht einhalten, werden zwischen einer Woche bis zu zwei Monaten beschlagnahmt.

Die Sittenpolizei agiert nach dem Motto eines staatlichen „Programms zur sozialen Sicherheit“. Die islamische Gesellschaft soll sogar von alleinstehenden und alleine wohnenden Frauen, die gegen die islamischen Kleidervorschriften verstoßen haben, „gesäubert“ werden. Wohnungen von weiblichen Singles seien Orte des Verderbens.

Im Winter sollen Frauen noch nicht einmal Stiefel anziehen dürfen, offenbar, weil die Konturen der Beine sichtbar werden. Frauen, die sich „unislamisch“ kleiden, werden in einer Spezialkartei als Mob, „Arazel wa Obash“ aufgeführt. Falls Frauen mehrfach wegen schlechter Bekleidung verhaftet werden, bekommen sie einen Extra-Ausweis und müssen sich regelmäßig bei der Polizei zur Kontrolle melden.

Zoroastrier werden als Ungläubige bezeichnet

Besonders besorgniserregend sind Maßnahmen gegen die religiösen Minderheiten im Iran. „Iran Press Watch“ meldete, dass laut einer schriftlichen Aussage des Revolutionsführers, Ali Khamenei, sogar Zoroastrier, Angehörige der altpersischen Religion, inzwischen als Ungläubige behandelt werden sollen. Obwohl Zoroastrier, Christen und Juden zu den Buchreligionen zählen.

„Iran Press Watch“ veröffentlichte ein Dokument, das die Handschrift von Ayatollah Khamenei beinhaltet. Es geht um folgenden Fall: Ayatollah Khamenei, Revolutionsführer des Iran, wurde schriftlich gefragt, wie man die Erben einer zoroastrischen Familie behandeln müsse, wenn einer der Erben Muslim geworden sei. Der Revolutionsführer urteilte schriftlich, dass falls einer der Erben Muslim geworden sei, dieser die gesamte Erbschaft bekommen müsse, da die anderen Ungläubige, „Kafar“, seien. In diesem Urteil des Obersten staatlichen Führers werden sogar die Zoroastrier als „Kafar“ bezeichnet.



Friedhofsschändungen

Am 23. Oktober veröffentlichten die „Human Rights Activists in Iran“ ein offenbar geheimes Dokument, das aus dem Büro des iranischen Führers stammt. Daraus geht hervor, dass die drei jungen Bahai, die in Schiraz seit über 10 Monaten in Haft sitzen, unschuldig sind. Dennoch werden die drei Bahai, die als Sozialarbeiter tätig waren, immer noch in Haft gehalten, wie „Iran Press Watch“ berichtet.

Die Friedhöfe der Bahai werden seit Jahren unter eindeutiger Befürwortung der iranischen Machthaber zerstört. Staatliche Medien schüren propagandistisch den Hass gegen die Bahai. Religiöse Fanatiker scheuen sich nicht Friedhöfe zu zerstören. Am 23. Oktober 2008 wurde ein weiterer Bahai-Friedhof in Ghaemshahr gänzlich zerstört. Alle Grabsteine dieses Friedhofes wurden zerstückelt. „Iran Press Watch“ berichtet, dass am 29. September 2008 ein Bahai-Friedhof in Isfahan zerstört worden ist.

Über 2500 Bäume wurden auf diesem Friedhof, der sich ohnehin außerhalb der Stadt befindet, zerstört. Ein besonderes Bewässerungssystem, das in diesem Friedhof alle Bäume tropfenweise am Leben hielt, wurde von aufgehetzten Fanatikern ebenfalls gänzlich zerstört. Schon vor sechs Jahren, d.h. unter der Regierung des Präsidenten Khatami waren die Bäume dieses Friedhofes mit rund 900 Gräbern zerstört worden.

Ahang Rabbani schreibt: „Wir wissen, dass das gegenwärtige Regime glaubt, dass die Bahai Gemeinschaft kein Recht auf Leben und Existenz hat.“ Er fragt, was denn die Bäume getan haben: „Aber warum haben die Bäume nicht das Recht zu leben und zu wachsen? Welches Verbrechen haben diese Bäume begangen, außer dass sie in der Nähe von Bahai waren. Welches Verbrechen haben diese Bäume begangen?“ Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Activists“ in Iran, die von dem berühmten früheren Studentenaktivist Ahmad Batebi geleitet wird, hat Photos und ein Video über die Zerstörung des Bahai-Friedhofs veröffentlicht. Schauen Sie sich bitte die Photos und dieses Video an. Urteilen Sie selbst über die niederen Schandtaten von religiösen Fanatikern, die im Namen Gottes im Iran begangen werden.



Bahai leben im Iran ohne Menschenrechte ¹²⁷

Die universellen Menschenrechte werden in der Islamischen „Republik“ Iran mit den Füßen getreten. Als Menschen ohne jegliche Rechte gelten insbesondere die Bahai im Iran.

von Wahied Wahdat-Hagh

Anlässlich des internationalen Menschenrechtstages am 10. Dezember erinnert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists In Iran an eine Demonstration, die am 7. Dezember 1953 in Teheran stattgefunden hatte. Bei dieser Demonstration, die die Solidarität mit dem damaligen Ministerpräsidenten Mossadegh zum Ausdruck bringen sollte, wurden drei iranische Studenten erschossen: Schariat Razavi, Ghandchi und Bozorgnia. Der 7. Dezember gilt seitdem als Tag des Studenten im Iran.

Auch in diesem Jahr versammelten sich einige hundert Studenten vor dem Gebäude der Teheraner Universität. Sie forderten u.a. die Freilassung von Studenten aus iranischen Gefängnissen und ein Ende der Diskriminierung von iranischen Frauen.

Staatliches Bildungsverbot für Bahai

Am 7.10.2008 veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists In Iran eine Erklärung von zwei Bahai-Studenten, die diese stellvertretend für alle Bahai, die im Iran nicht studieren dürfen, abgegeben haben. Darin knüpfen Navid Khanjani und Hesam Misaqi an die Ereignisse des 7.10.1953 an.

Heute, 55 Jahre später, würde einem großen Teil der iranischen Jugend das Recht auf universitäre Ausbildung verwehrt werden. Seit mehr als 30 Jahren haben die iranischen Bahai keine zivilen Rechte mehr inne. Bis 2004 hatten sie noch nicht einmal das Recht die Zugangsprüfung für die Universität abzulegen. Zwar seien in den letzten Jahren einige Wenige immatrikuliert worden, die meisten von ihnen seien aber inzwischen wieder exmatrikuliert worden, allein wegen ihrer Weltanschauung. Eine Handvoll Bahai dürften gegenwärtig an den iranischen Universitäten studieren, weil man internationale Reaktionen einschränken wolle.

Kulturelles Verbrechen

Khanjani und Misaqi sprechen zu Recht von einem „kulturellen Verbrechen“, denn jährlich würden rund 1000 neue Studienbewerber abgelehnt werden, die allein wegen ihres Glaubens nicht studieren dürfen. Die Studenten erinnern daran, dass der Architekt der Teheraner Universität, die vor der Islamischen Revolution gebaut worden sei, Hussein Amanat, ein Bahai gewesen sei. Amanat habe auch das

¹²⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061701/Bahai-leben-im-Iran-ohne-Menschenrechte.html>, 13.12.08



Wahrzeichen der Stadt, das Azadi-Denkmal, gebaut. Die iranischen Studenten, die wie Amanat Bahai seien, würden aber heute an derselben Universität, die von einem Bahai entworfen worden sei, nicht mehr studieren dürfen.

Auch die erste Mädchen-Schule im Iran sei im Jahre 1909 von Bahai gegründet worden. Eine Schule, die damals auf Druck fanatischer Geistlicher wieder geschlossen worden sei. Heute dürften die Kinder der Gründer solcher Schulen nicht mehr an iranischen Universitäten studieren.

Khanjani und Misaqi nahmen zwar nicht an den diesjährigen Studentenaktionen teil, erklärten aber, mit dem Herzen bei den iranischen Studentenaktivisten dabei zu sein. Khanjani und Misaqi hoffen eines Tages in Freiheit an Aktionen teilnehmen zu können, an denen Studenten aller Weltanschauungen und Glaubensrichtungen mitwirken.

Friedhofsschändungen staatlich gelenkt

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists In Iran berichtete am 9.12.2008 erneut über die systematische Zerstörung der Bahai-Friedhöfe. Zwar sei die Zerstörung der Gräber von Bahai kein neues Phänomen, aber dieses Phänomen habe in den letzten Monaten eindeutig zugenommen.

Willkürliche Verhaftungen

Die Menschenrechtsorganisation liefert einen Bericht über den Bahai-Friedhof in Qaemshahr: Vor rund 100 Jahren habe Abdolqani Abdi das Grundstück der Bahai-Gemeinde geschenkt. Schon im Jahre 1983 haben einige Muslime, die in der Nähe des Friedhofes gelebt haben, die Bahai daran gehindert einen ihrer Verstorbenen dort zu begraben. Die Leiche durfte dann auf einem Friedhof in Darzikola beigesetzt werden.

Dieser Friedhof wurde in den letzten Monaten mehrfach zerstört. Am 12.5.2008 wurde nun die Bahai-Gemeinde vom iranischen Geheimdienst in Qaemshahr gewarnt auch in Darzikola keine Toten beisetzen zu dürfen. Eine Erlaubnis zur Einrichtung eines neuen Friedhofs wurde nicht erteilt. Gleichzeitig wurden zwei Mitglieder der Bahai-Gemeinde in der Region von Mazandaran willkürlich verhaftet. Am 23. Oktober schließlich wurde der Friedhof von Darzikola mit Bulldozern zerstört, nur wenige Grabsteine überstanden die Zerstörung. Danach wurde dieser Bahai-Friedhof noch zwei Mal, am 3. November und am 22. November angegriffen, um die verbliebenen Grabsteine zu zerstören.

Das Recht auf Bildungsfreiheit

Das Geheimdienstministerium hat in der Provinz Mazandaran einen neuen Vertreter. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass er paramilitärische Kräfte antreibt, damit diese Bahai Gräber schänden, berichtete Iranpresswatch. Iranpresswatch berichtete ferner,



drei Bahai, die als Sozialarbeiter in der Stadt Yasuj tätig waren, seien am 23.11.2008 verhaftet worden. Ruhiiyyih Yazdani, Zulaykha Musavi und Ali-Askar Ravanbakhsh haben Kindern zwischen 5 und 7 Jahren aus armen Familien Lesen und Schreiben beigebracht. Ihnen wird „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ vorgeworfen, weil sie als Bahai Kinder helfen wollten ein besseres Leben zu führen.

Anlässlich des sechzigsten Jahrestags der Internationalen Menschenrechte haben sich, wie Timesonline berichtete, Professoren, Geistliche, Schriftsteller und Politiker für die iranischen Bahai eingesetzt und das Recht auf Bildungsfreiheit auch für Bahai im Iran gefordert: Lord Parekh of Kingston-upon-Hull; Baroness Kennedy of the Shaws; Deborah Orr; Mairead Corrigan Maguire; Nobel Peace Laureate; Professor Stephen Chan; Department of Political and International Studies, SOAS; Professor Geraldine van Bueren; Queen Mary University of London; Professor Peter Finn; Principal, St Mary University College, Belfast; Professor Tony Gallagher; School of Education; St. Mary's University College, Belfast; Lord Gifford; Bishop Idris Jones; Primus of the Scottish Episcopal Church; The Right Rev David Lunan; Moderator of the General Assembly of the Church of Scotland; Norman Richardson; Stranmillis College, Belfast; Pierrot Ngadi; Co-ordinator , Refugee Wales; Francis Davis; Director, International Young Leaders Network; Patrick Yu, Executive Director, Northern Ireland Council for Ethnic Minorities, Professor Colin Sucking; Former Vice Principal, University of Strathclyde, The Most Rev. Keith Patrick O'Brien, Cardinal and Archbishop of St Andrews and Edinburgh.

30 Jahre nach der islamischen Revolution im Iran ¹²⁸

Todesstrafe und Hinrichtungen, Auspeitschungen und körperliche Amputationen kennzeichnen die bittere Realität des Iran, 30 Jahre nach der Islamischen Revolution. Bedroht vom herrschenden Gesetz sind insbesondere die Bahai.

von Wahied Wahdat-Hagh

Mehrangiz Kar arbeitete 22 Jahre als Anwältin in der „Islamischen Republik Iran“ bis sie in die USA emigrierte. In einer Analyse der iranischen Strafgesetzgebung kommt Kar zu dem Ergebnis, dass nach 30 Jahren islamischer Revolution rohe Gewalt gegen Frauen, Männer, Kinder, Muslime und Nicht-Muslime eine legitime Form angenommen hat und gesetzlich verankert ist. Der folgende Text basiert auf der persischen Fassung der Analyse von Mehrangiz Kar, die am 11.2.2009 in Roozonline erschien.

Zudem wird abschließend auf die besorgniserregende Lage der Bahai hingewiesen.

¹²⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061707/30-Jahre-nach-der-islamischen-Revolution-im-Iran.html>, 27.02.09



Todesurteile Gemäß Artikel 90 wird ein Mann oder eine Frau hingerichtet, wenn sie mehrfach fremd gehen. Und laut Artikel 95 können sogar Geisteskranke unter diesem Vorwurf hingerichtet werden. Im Gesetz wird betont, dass das islamische Gesetz im Land der Feinde des Islam nicht umsetzbar sei. Andererseits wird in Artikel 7 betont, dass die Iraner, die im Ausland derartige Taten begehen, im Iran verurteilt werden können, wenn sie im Iran verhaftet werden sollten. Daher sind Exiliraner und Europäer, die mit Iranerinnen eine sexuelle Beziehung pflegen, nicht automatisch geschützt vor dem islamischen Gesetz, zumindest dann nicht, wenn sie in den Iran gehen. Laut Artikel 179 wird ein Mann oder eine Frau hingerichtet, wenn diese(r) mehrfach, wegen des Konsums von alkoholischen Getränken erwischt und ausgepeitscht wird und dennoch weiterhin Alkohol konsumiert. Die Hinrichtung erfolgt beim vierten Mal des nachgewiesenen Alkoholkonsums. Laut Artikel 180 können auch Geisteskranke, die mehrfach getrunken haben, hingerichtet werden.

Laut Artikel 157 wird im Falle des unerlaubten sexuellen Verkehrs, nachdem drei Mal Auspeitschungen erfolgt sind, beim vierten Mal das Todesurteil ausgesprochen. Gegenüber Nicht-Muslimen ist besonders Artikel 82 diskriminierend. Wenn ein Nicht-Muslim mit einer muslimischen Frau unerlaubten sexuellen Verkehr hat, wird der Nicht-Muslim direkt beim ersten Mal hingerichtet. Will heißen, dass ein Europäer, der mit einer Iranerin in Europa nichtehelichen Sexualverkehr hat, nach iranischem Gesetz im Iran hingerichtet werden kann, wenn er dort gefasst wird. Denn ein solcher Sexualverkehr gilt als Vergewaltigung der Muslimin. Im selben Artikel 82 wird auch für Vergewaltigung im allgemeinen die Todesstrafe festgelegt.

Gemäß Artikel 111 werden zwei Homosexuelle, die volljährig und bei Verstand sind, im Falle einer eindeutigen sexuellen Beziehung hingerichtet. Nach Artikel 112 wird ein erwachsener Mann, der Sexualverkehr mit einem Minderjährigen hatte, hingerichtet. Falls der Minderjährige sich freiwillig hingegeben hat, wird dieser mit 74 Peitschenhieben bestraft. Nach Artikel 122 werden zwei Männer beim vierten Mal hingerichtet, wenn sie drei Mal Sexualverkehr hatten, aber nicht ineinander eingedrungen waren und drei Mal ausgepeitscht worden sind. Wenn zwei lesbische Frauen schon drei Mal wegen sexueller Beziehung zueinander ausgepeitscht worden sind, werden sie gemäß Artikel 131 beim vierten Mal hingerichtet.

Zwar ist im islamischen Gesetz, so wie es im Iran festgeschrieben worden ist, für einen Mörder die Todesstrafe vorgesehen, aber nicht immer wird ein Mörder hingerichtet, denn es gibt auch die Möglichkeit der Entschädigung, die im Blutgesetz niedergelegt ist.

Nur ein muslimischer Mann gilt als ein vollständiger Mensch

Das Blutgesetz ist das Gesetz des ius sanguinis, das die Ungleichheit der Menschen festlegt. Die Blutgesetze sind besonders diskriminierend gegenüber Nicht-Muslimen und Frauen. Nur ein muslimischer Mann gilt als ein vollständiger Mensch, der den höchsten Blutpreis besitzt. Eine muslimische Frau ist halb so viel wert wie ein



muslimischer Mann. Der iranischen Juristin Frau Kar zufolge wird ein Muslim nie zum Tode verurteilt, wenn dieser einen Nicht-Muslim tötet. Wenn ein Muslim eine Muslimin tötet, wird er nicht zum Tode verurteilt. Wenn aber die Familienangehörigen der getöteten Frau die Hälfte des Blutpreises des Mörders an den Mörder zahlen, kann der Mörder bestraft werden. D.h. die Familienangehörigen des Opfers müssen obendrein Geld zahlen, damit der Mörder überhaupt strafrechtlich verfolgt wird. Wenn ein Vater oder der Großvater ein Kind oder Enkelkind tötet, wird er nie zum Tode verurteilt. Denn Kinder sind nach islamischem Recht das Eigentum des Vaters. Nach Artikel 220 kann der Vater bestenfalls dazu verurteilt werden das Blutgeld für das Kind zu zahlen.

Wenn ein Mann auch nur annimmt, dass seine Frau einen Ehebruch begangen hat und sie tötet, wird er nie hingerichtet. Das islamische Gesetz schützt den Mörder, der seine Annahmen nicht beweisen muss. Dieser kann straflos weiter leben. Beim geringsten Verdacht darf der Mann seine Frau und deren vermeintlichen Liebhaber töten und geht straffrei davon. Der Mörder wird nach Paragraph 630 noch nicht einmal verhört.

Die Juristin Mehrangiz Kar schreibt, dass die Morde, die von Menschen, die sich den Anschein der Frömmigkeit, des „Schutzes der islamischen Werte“ geben, nicht wegen ihrer Taten hingerichtet werden. Das Gericht kann von einer Verurteilung absehen, wenn der Getötete als Mahdur al-dam, als jemand, dessen Blut nichts wert ist, gilt. Kar führt das Beispiel der Kettenmorde an Intellektuellen an, die in den 90er Jahre begangen wurden. Die Verantwortlichen wurden nicht belangt, da die Intellektuellen antiislamisch argumentiert haben sollen. Frau Kar führt auch das Beispiel der Bahai auf, deren Blut keinen Wert hat, zumindest nicht in der „Islamischen Republik Iran“. Kar schreibt, dass sie sich in ihrer gesamten Dienstzeit von 22 Jahren in der „Islamischen Republik“ als Anwältin nicht daran erinnert, dass jemand wegen der Tötung eines Bahai hingerichtet worden sei. Auch erinnert sich die Anwältin nicht daran, dass ein Mörder eines Christen oder eines Juden die Todesstrafe erhalten habe. Zwar betone die iranische Justiz stets, dass wenn der Mörder eines Angehörigen einer anerkannten religiösen Minderheit, die der Christen und der Juden, von einem Nicht-Muslim ermordet werde, dieser die Todesstrafe verdiene, aber ein muslimischer Mörder braucht so viel nicht zu fürchten. Schutz für den muslimischen Mörder von nicht-Muslimen bieten Artikel 226 und Artikel 295, die Freiräume für den muslimischen Richter schaffen.

Gemäß Artikel 222 darf auch ein Geisteskranker von einem gesunden Muslim getötet werden.

Auspeitschung ist Folter Gemäß Artikel 84 der iranischen Strafgesetzgebung werden ein verheirateter alter Mann oder eine verheiratete alte Frau, die fremd geht, gesteinigt. Bevor diese gesteinigt werden, müssen sie 100 Peitschenhiebe bekommen. Gemäß Artikel 83 wird eine verheiratete Frau, die mit einem Jugendlichen sexuell verkehrt zu 100 Peitschenhieben verurteilt. Gemäß Artikel 88



werden eine unverheiratete Frau oder ein unverheirateter Mann, die unerlaubten Geschlechtsverkehr eingehen zu 100 Peitschenhieben verurteilt. Gemäß Artikel 174 wird jeder Mensch, der Alkohol konsumiert zu 80 Peitschenhieben verurteilt. Gemäß Artikel 121 werden zwei Männer, die nicht ineinander eingedrungen sind, aber sexuell verkehrt haben, jeweils zu 100 Peitschenhieben bestraft. Wenn der aktive Mann ein Nicht-Muslim war, wird der Nicht-Muslim mit dem Tode bestraft. Gemäß Artikel 123 werden zwei nackte Männer, die unter einer Decke entdeckt werden, zu 99 Peitschenhieben bestraft. Wenn zwei Frauen miteinander sexuell verkehren, bekommen sie gemäß Artikel 129 jeweils 100 Peitschenhiebe.

Hinrichtung plus Folter Wenn eine verheiratete Frau, die mit ihrem Ehemann eine sexuelle Beziehung hat, dennoch fremd geht, wird sie gesteinigt. Wenn sie das Vergehen gesteht, muss gemäß Artikel 83 und Artikel 99 zuerst ein Kleriker den Stein werfen, dann die Menge. Wenn sie das Vergehen nicht gesteht, aber Zeugen es bestätigen, muss zuerst die Menge den Stein auf sie werfen und erst dann der Kleriker. Laut Artikel 101 muss der Richter die Bevölkerung vom Termin der Steinigung unterrichten. Laut Artikel 102 wird der Mann bis zur Hüfte und die Frau bis zur Brust eingegraben, bevor die Steinigung beginnt. Die Frau soll keine Fluchtmöglichkeiten haben. Laut Artikel 104 sollen die Steine nicht so groß sein, dass die Person schon nach einem oder zwei Würfen stirbt. Der Stein soll aber auch nicht zu klein sein. Die Person soll jedenfalls gequält werden, bevor sie stirbt.

Die Anwältin, Frauen- und Menschenrechtlerin Kar betont, dass speziell in Bezug auf sexuelle Vergehen die Zeugenaussage der Frau überhaupt nicht zur Geltung kommt. Die Stimme einer Zeugin zählt nicht. In anderen Fällen zählt die Zeugenaussage einer Frau halb so viel wie die Zeugenaussage eines Mannes, aber manchmal gilt die Stimme der Frau überhaupt nicht. Körperamputationen sind ein anderes Kapitel der islamischen Strafgesetzgebung: Vier Finger, der rechte Arm oder das linke Bein eines Diebes können gemäß Artikel 198 und 201 abgehackt werden. Das linke Bein wird abgehackt, wenn der Dieb weiterhin stiehlt, auch wenn seine vier Finger schon abgehackt worden sind.

Laut Gesetz sind Männer ab fünfzehn und Frauen ab sage und schreibe neun Jahren strafmündig. Dies legt Artikel 49 der iranischen Strafgesetzgebung fest. Das Gesetz bestraft kleine Mädchen also sechs Jahre früher als Jungen. Wenn ein fünfzehnjähriger Junge oder ein neunjähriges Mädchen einen Mord begehen, kann der Richter für Minderjährige die Todesstrafe aussprechen. Hingerichtet werden sie ab siebzehn Jahren.

Die besorgniserregende Lage der Bahai Abschließend soll die Lage der Bahai hervorgehoben werden. Sie gelten als vogelfrei. Ihr Blut hat keinen rechtlichen Wert. Sie können willkürlich getötet werden. Gegenwärtig werden sieben Führungsmitgliedern Spionage für Israel vorgeworfen. Ihnen droht die Todesstrafe. Die Bahai verfügen über keine Bürger- und Menschenrechte im Iran. Noch nicht einmal Ayatollah Montazeri ist bereit den Bahai wirkliche Bürgerrechte zu geben.



Ayatollah Montazeri, der nach dem Tode Khomeinis Führer der „Islamischen Republik Iran“ werden sollte, ging wegen seiner Kritik der Massenhinrichtungen von 1988 in eine legale Opposition. Bis heute ist er der Meinung, dass die Ziele der Islamischen Revolution nicht umgesetzt worden sind. Am 14. Mai 2008 gab Ayatollah Montazeri eine Fatwa und sprach den Bahai das Recht auf Wasser und Boden zu. Dieses Gesetz geht auf das alte persische Reich von vor 2000 Jahren zurück, ein Recht, das den land- und besitzlosen Bauern zugesprochen worden ist. Ein Lebensrecht ohne vollständige Bürgerrechte. Am 14. Juni 2008 schrieb Ayatollah Montazeri, dass die Bahai Ungläubige seien und politisch bekämpft werden müssen. Ohnehin ist die Bahai-Administration seit 30 Jahren verboten. Und die Bahai dürfen ihre Identität nicht öffentlich preisgeben. Sie sind als gesellschaftliches Subjekt seit 30 Jahren verboten. Sie dürfen nicht studieren, sogar ihre Gräber werden infolge der staatlichen Anordnung zerstört. Da Pogromstimmung gegen Bahai existiert, spricht sich Ayatollah Montazeri gegen Völkermord aus, will den Bahai aber nur dann Rechte als Iraner einräumen, wenn sie zum Islam übergetreten sind. Die Bahai werden nicht als Angehörige einer religiösen Minderheit im Iran anerkannt, auch wenn sie die größte religiöse Minderheit des Iran sind.

Bürgerrechte und Menschenrechte für jeden Iraner können nur in einem freiheitlichen demokratischen Staat und bei einer Trennung von Staat und Religion Wirklichkeit werden. Abschließend kann geschlussfolgert werden, dass die islamische Strafgesetzgebung des Iran eine ernsthafte Barriere ist für die Demokratisierung des Iran.

Anti-Bahaismus im Iran ¹²⁹

Die staatliche Hasspropaganda und die Verschwörungstheorien gegen die Bahai im Iran nehmen kein Ende. Jetzt sollen sogenannte „Kryptojuden“, auch „Anusim“ genannt, für die Verbreitung der Babi- und Bahai-Religion im Iran verantwortlich gewesen sein.

von Wahied Wahdat-Hagh

Farsnews ist nicht irgendeine iranische Nachrichtenagentur. Es ist eine staatliche Nachrichtenagentur und ein Sprachrohr der iranischen Militärs. Ein Beispiel für staatliche Hasspropaganda erschien am 1. März 2009.

Staatliche Lügen: Kryptojuden sind schuld an der Verbreitung der Bahai-Religion

Abdollah Schahbazi, der Autor des in Farsnews erschienenen Artikels, ist im Iran kein unbekannter Name. Er war ein aktives Mitglied der zu Zeiten der Sowjetunion moskauorientierten kommunistischen Tudeh-Partei. Er gründete Ende der 80er Jahre

¹²⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061710/Anti-Bahaismus-im-Iran.html>, 06.03.09



ein Forschungsinstitut, das offen und eng mit dem Geheimdienst der „Islamischen Republik Iran“ zusammenarbeitete. Er gehörte zu den namhaften Figuren, die die Wahl von Ahmadinejad bei den neunten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 unterstützten. Schahbazi, der Alt-Kommunist und Neu-Islamist, der Antisemit und Anti-Bahai, meint ernsthaft in seinen Forschungen entdeckt zu haben, dass „Kryptojuden“ eine „wichtige Rolle bei der Entstehung und Verbreitung des Babismus und Bahaismus in der neueren Geschichte des Iran gespielt haben.“

Natürlich sind die Juden schuld

Schahbazi gehört zu den iranischen Autoren, die seit Jahren gegen die Bahai hetzen. Schahbazis Verschwörungstheorien bestehen aus Halbwahrheiten, die letztlich der Verleumdung der Bahai und natürlich der Juden dienen.

Shahbazi glaubt zu wissen, dass in den Anfängen der Entstehung der Babi-Religion im 19. Jahrhundert nicht Muslime zur Babi-Religion und Bahai-Religion übergetreten seien, sondern Kryptojuden, die lediglich muslimische Namen angenommen hatten. Wahr ist, dass die Babi-Religion im Iran auf Drängen des schiitischen Klerus im Keime erstickt worden ist und die Bahai seit der Entstehung ihrer Religion im Iran verfolgt werden. Wahr ist auch, dass eine Reihe von Juden, aber auch viele Zoroastrier und Muslime Bahai wurden. In verschiedenen Schriften behauptet der immer einflussreicher werdende Hasspropagandist der „Islamischen Republik Iran“ Schahbazi, dass jüdische Zionisten vor etwa 150 Jahren zunächst beschlossen haben einen neuen Glauben zu erfinden. Sie seien aber nicht erfolgreich gewesen. Deswegen seien einige von ihnen zunächst zum Islam übergetreten, um dann als Muslime den Babi-Glauben anzunehmen. Als Juden seien sie gescheitert, deswegen wollten sie als Muslime die Babi und Bahai unterstützen. Die Logik des Ahmadinejad-Anhängers ist schlicht und einfach und falsch: Ein guter Muslim kann doch kein Babi oder Bahai werden, denkt er. Also müssen es Juden gewesen sein, die Babi und später Bahai wurden. Es entspricht den Tatsachen, dass viele Juden zu Beginn der Entstehung der Bahai-Religion den neuen Glauben annahmen. Ebenso wahr ist, dass trotz der Verfolgung und Hasspropaganda des muslimischen Klerus viele Zoroastrier und Muslime Bahai wurden. Ein historischer Fakt ist, dass die meisten Babi tatsächlich aus dem Islam übergetreten waren. Historischer Fakt ist auch, dass die mehr als zwanzigtausend Babi, die im 19. Jahrhundert auf Druck des Klerus und der staatlichen Obrigkeit getötet wurden, alle konvertierte Muslime waren. Aber genau das können die Ideologen des heutigen Terrors nicht zugeben und müssen daher antisemitische Geschichten erfinden.

Comte de Goubineau

Schahbazi zitiert sogar aus Berichten des damaligen französischen Botschafters im Iran, des bekannten Rassentheoretikers Comte de Goubineau, der 1855 von Napoleon III in den Iran gesandt wurde. Tatsächlich hatte der französische Botschafter Goubineau, der die Menschheit in verschiedene Rassen einteilte und zu



den Begründern der Theorie des europäischen Rassismus gehörte, auch über die Babi-Bewegung geschrieben. Goubineau schrieb aber positiv über die Babi-Bewegung, dieses Mal nicht aus rassistischen Gründen, sondern weil er wahrscheinlich den revolutionären Geist der Babi bewunderte. Die Babi setzten sich entschieden für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Iran ein. Der Bab hob sogar einige aus heutiger Sicht reaktionäre islamische Gesetze auf. Beispielsweise traten die Babi für mehr Rechte für Frauen ein. Der Botschafter Napoleons III in Teheran bewunderte daher die Babi-Bewegung, unabhängig von seiner Rassenlehre. Schahbazi, der Altkommunist und heute islamistischer Anhänger von Ahmadinejad interessiert sich gar nicht für die Beweggründe, aus denen der Gesandte Napoleons III, Goubineau, beispielsweise auf einen Mullah Yazdi eingeht, der sehr gelehrt gewesen sein soll und eine wichtige Rolle zu Beginn der Babi-Bewegung gespielt haben soll. Schahbazi ist es nur wichtig, dass dieser Mullah Yazdi angeblich ein Kryptojude gewesen sein soll und den neuen Glauben in der Provinz Khorassan verbreitet habe, um den Islam zu zerstören. Für Goubineau war es gar nicht wichtig, ob der Mullah Yazdi ein Konvertierter war, wahrscheinlich wusste er es gar nicht. Schahbazi aber, der offenbar Goubineau gelesen hat, macht die große Entdeckung, als ob wirklich iranische Juden eine religiöse Bewegung hervorgerufen haben, die als Bahai-Religion inzwischen weltweit mindestens fünf Millionen Anhänger hat. Es wäre untertrieben, wenn man diese Haltung von Schahbazi als paranoid bezeichnen würde. Denn diese Propaganda ist keine staatliche „Rhetorik“, sondern dient der realen Verfolgung der iranischen Bahai. Für Schahbazi ist es wichtig, dass ein Kryptojude (Anusim) nie ein wirklicher Muslim werden kann und daher „heimlich“ Jude bleibt, als „heimlicher“ Jude wird er also bestenfalls Babi oder Bahai, um den Islam zu bekämpfen. Ja, insbesondere die jüdischen Bahai seien berühmt für ihre Feindseligkeit gegen den Islam. Wahr ist aber, dass die Bahai den Islam als eine historische Religion respektieren, auch wenn Baha'u'llah, der Offenbarer der Bahai-Religion die islamische Strafgesetzgebung und viele andere Gesetze des Islam aufgehoben hat. Die Bahai gehen in der Tat nicht davon aus, dass Mohammad das „Siegel der Propheten“ war. Wahr ist schließlich, dass die „Islamische Republik Iran“ mit totalitärem Willen anachronistische Gesetze durchsetzen will gegen den Willen der Gesellschaft. Dabei hemmt die totalitäre Diktatur die Entwicklung und den Fortschritt der iranischen Gesellschaft. Anti-Bahismus und Antisemitismus sind keine „rhetorischen“ Formeln im Iran, wie manche Journalisten und Wissenschaftler behaupten, sondern feste Bestandteile der herrschenden Ideologie und Praxis der sich religiös legitimierenden Diktatur.

Meinungsfreiheit vs. Meinungsäußerungsfreiheit

Es ist eine historische Tatsache, dass in der „Islamischen Republik Iran“ gedachte Meinungen zwar frei sind, aber nicht die Äußerung der Meinung, wie der iranische Oberstaatsanwalt Ayatollah Dori Najafabadi kürzlich bestätigte. Als gesellschaftliche Subjekte sind die Bahai seit 30 Jahren vernichtet. Aktuell sollen sieben führende Bahai verurteilt werden, weil sie angeblich für Israel spioniert haben. Es wird befürchtet, dass sie hingerichtet werden. Tatsächlich werden die Bahai nur wegen



ihrer weltoffenen Glaubensvorstellungen verfolgt und hingerichtet. Die Bahai International Community hat einen lesenswerten offenen Brief an Ayatollah Najafabadi geschrieben. Darin wird verdeutlicht, dass im Iran nicht nur keine Meinungsfreiheit existiert, sondern die Freiheit des Gewissens der gesamten iranischen Nation und nicht nur die der iranischen Bahai auf dem Spiel stehe.

Iranische Feste und Proteste ¹³⁰

Das Nowruzfest ist ein altes iranisches Neujahrsfest. Nowruz heißt der neue Tag. Es wird seit über 2500 Jahren im Iran gefeiert. Heute wird dieser Tag immer mehr zu einem Tag des iranischen Widerstandes gegen die islamistische Herrschaft.

von Wahied Wahdat-Hagh

Das neue iranische Jahr 1388 fängt am 21. März an. Die Feierlichkeiten beginnen jedoch schon am letzten Dienstagabend des alten Jahres.

Chaharshanbesuri ist ein altiranisches, vorislamisches Fest, das von der iranischen Bevölkerung heute noch massenhaft gefeiert wird. Am letzten Dienstagabend des Jahres wird auf den Straßen ein kleines Feuer angezündet, Kinder und Erwachsene, Frauen und Männer springen über die Flammen und singen: „Du gibst mir das Gelb und ich dir die Röte.“ Das Feuer, das leuchtende Gelb und die glühende rote Farbe gehören in der langen alten Tradition der Iraner zum Leben und besonders zum Frühling, wenn die Natur wieder zu leben beginnt.

Eine Art von Passionsspiel

Seit Jahrhunderten ziehen sich an diesem Tag junge Iraner und Iranerinnen einen Schleier auch übers Gesicht, damit sie nicht gesehen werden. Sie gehen von Haus zu Haus und klopfen an die Türen ihrer Nachbarn und schlagen mit zwei Löffeln aufeinander. Man nennt diese Tradition, Qashoqsani, Löffelschlagen, und die Hausherrn geben dann den klopfenden unangemeldeten Besuchern an der Tür Süßigkeiten.

Es heißt, manche iranische Mädchen hoffen an einem solchen Tag leichter einen freundlichen Mann kennen zu lernen und ihn zu heiraten. Es heißt auch, dass die Mädchen sich auf die Straßen stellen und der zufällig gesprochenen Rede eines passierenden Mannes heimlich zuhören, um dann daraus mögliche Schlussfolgerungen für ihre eigene Zukunft zu ziehen, was einer Art von Passionsspiel gleich kommt.

¹³⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061712/Iranische-Feste-und-Proteste.html>, 20.03.09



Großayatollah gegen nationales Fest

Großayatollah Makrem Shirazi ist der Meinung, dass das Feuerfest, das am letzten Dienstag des Jahres begangen wird, Chaharshanbesuri, auf „Aberglauben“ zurückzuführen sei, wie Farsnews am 16.3.2009 berichtete. An einem solchen Tag würden „Jugendliche unwürdige Schritte unternehmen.“ Ayatollah Makarem Schirazi sagte: „Dieses Fest hat keinen Platz in der islamischen Kultur“. Er fuhr fort: „Der geehrte Prophet des Islam hat zu Beginn seiner Botschaft einige arabische Sitten, die auf Unwissenheit zurückzuführen sind, abgelehnt. Wir müssen auch gegen diese falschen Sitten des Chaharshanbesuri Widerstand leisten und dieses Fest abschaffen.“

Er argumentiert nicht gegen das Nowruzfest, das iranische Neujahresfest an sich. In der Tat konnten die Islamisten in den letzten 30 Jahren dieses iranische Fest nicht abschaffen. Sehr wohl wollte der Revolutionsführer Ayatollah Khomeini zu Beginn der islamischen Revolution von 1979 nicht nur das Neujahrsfest, sondern sogar das Schachspiel abschaffen, da das Schachspiel doch einen König habe und mit Königen spielt man nicht. Aber auch dies gelang den Islamisten letztlich nicht. Immerhin ist das Schachspiel ursprünglich ein iranisches Spiel.

Das Fest als Nein zur Islamischen Republik

Farsnews ging in einem anderen Bericht so weit zu argumentieren, dass die Sitte, dass Knaller und Raketen bei diesem Fest abgeschossen würden, eigentlich überhaupt nichts mit dem alten Iran zu tun habe, sondern aus China importiert worden sei.

Tatsache ist, dass auch in diesem Jahr dieses altiranische Fest von vielen Iranern als ein Nein zur „Islamischen Republik“ gefeiert wurde. Die Menschen tanzten in nicht besonders islamischer Manier auf den Straßen iranischer Städte und sangen Lieder. Im Feuer des altiranischen Festes sollen auch viele Iraner Photos von gegenwärtigen iranischen Machthabern öffentlich verbrannt haben, berichten iranische Exilmedien. Iranpressnews berichtete, dass Tausende im gesamten Iran von Sicherheitskräften verhaftet worden seien. Ein nationaler Festtag hat sich erneut in einen Tag des Protests gegen das islamische Regime verwandelt, berichten iranische Medien.

Religiöser Formalismus gegen iranische Kultur

Hassan Jussefi Eschkewari, früher Kleriker, geht in diesem Zusammenhang auf die Geschichte der arabischen Eroberung des Iran und dessen Islamisierung ein. Eschkewari erklärt, dass die Araber vor etwa 1000 Jahren zwar das alte Rechtssystem des Iran teilweise übernahmen, weil sie selbst keine Gerichtsbarkeit in Form von Gerichten kannten, aber stets Schwierigkeiten hatten die iranische Mythologie zu respektieren und zu akzeptieren. Eschkewari schreibt, dass nur Hochkulturen Mythologien schaffen und die arabische Welt damals keine



Mythologien kannte wie sie im Iran verfasst wurden. Für manche arabische Herrscher galten daher das „Nowruzfest“, das Neujahresfest, oder „Chaharshanbesuri“, das Feuerfest, die alle auf Traditionen der altiranischen Religion Zarathustras zurückgehen, lediglich als „Aberglauben“.

Eschkewari erinnert aber auch daran, dass es Ausnahmen gab, beispielsweise habe der schiitische Imam Ali durchaus eine positive Haltung gegenüber den altiranischen Zeremonien, Festlichkeiten und Mythologien gehabt. Dennoch seien bis heute auch besonders als gelehrt geltende Kleriker, wie Morteza Motahari, ein Lehrer des Ex-Präsidenten Mohammad Khatami, gegenüber den iranischen Mythologien besonders negativ eingestellt. Beispielsweise habe Motahari das Feuerfest als „dumm“ bezeichnet. Für Jussefi Eschkewari ist diese negative Reaktion gegenüber den alten iranischen Traditionen und Mythologien nur ein Beweis für dessen „religiösen Formalismus“.

Der Stellenwert der Symbolik in der iranischen Kultur

Eschkewari fährt fort und meint, dass „diese Leute“, er meint den herrschenden Klerus, die gesamten alten iranischen Traditionen, die von deren Definition des Islam abweichen als „falsch“ abstempeln. Eschkewari betont den Stellenwert der Symbolik in der iranischen Kultur und Literatur. Symbole haben demnach die alten Mythologien besonders geprägt. Diese existieren Eschkewari zufolge auch im Islam und man könne doch nicht alle alten Mythologien als „dumm“ bezeichnen.

Eschkewari erinnert, dass die altiranischen Feste zum Erbe eines alten Volkes gehören. Jeder Iraner müsse die Erinnerung an die alten nationalen Traditionen festhalten. Das Feuer sei ein altes Symbol der altpersischen Religion Zarathustras. Das Symbol des Feuers sei aber schon immer von Muslimen mit Misstrauen betrachtet worden. Feuer und Licht seien aber in der alten persischen Kultur ein Leben spendendes Symbol. Eschkewari meint, dass auch Mythologien wahr seien und nicht wie manche behaupten würden „irrationaler Aberglauben“.

Auch die ursprünglich aus dem Iran stammende Religionsgemeinschaft der Bahai feiert weltweit das iranische Neujahresfest, in einer Form, die nicht mehr nur auf den alten Iran bezogen ist, sondern Bestandteil einer neuen Weltreligion geworden ist. Für die Bahai ist der 21. März ein Festtag. Über fünf Millionen Bahai, ob Afrikaner, Inder oder Europäer, ob Chinesen, Japaner oder Lateinamerikaner, feiern am 21. März den ersten Tag des Jahres 166 des Bahai-Kalenders.



Verfolgung von Bahai und Christen im Iran ¹³¹

Die systematische Verfolgung der Bahai im Iran verschärfte sich im Monat April. Willkürlich werden immer wieder einzelne Bahai verhaftet. Manchmal werden sie gegen eine hohe Kautionsfreigabe freigelassen. Sie sind aber nicht alleine von den staatlichen Repressionen betroffen, auch Christen stehen wie nie zuvor unter Druck.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die Behandlung von religiösen Minderheiten im Iran ist ein Lackmustest für die Freiheit der Gesellschaft. Im Iran gibt es eine Vierklassengesellschaft, wenn es um die Behandlung der religiösen Gruppen und religiösen Minderheiten geht. Die Khodis sind die anerkannten Muslime, die sich mit der absoluten Herrschaft des Klerus identifizieren und sich den diktatorischen Anforderungen fügen. In der zweiten Klasse sind die weniger loyale Muslime, die die religiöse Verfassung der totalitären Diktatur nicht akzeptieren und für eine säkulare Demokratie eintreten. Zur dritten Gruppe gehören die anerkannten religiösen Minderheiten der Christen, Zoroastrier und Juden, die im Rahmen der islamischen Rechtsordnung einen geringeren Rechtsstatus innehaben als die Muslime. Sie werden in vielfacher Hinsicht rechtlich diskriminiert, z.B. durch das Blutgesetz. Sich nicht mehr zum Islam bekennende Muslime, sogenannte Apostaten, ob Atheisten und neu konvertierte Christen oder Bahai werden prinzipiell verfolgt. Offen kann ein solches politisches System nicht genannt werden.

Ein Beispiel für Willkürherrschaft gegenüber Bahai

Am 8. April rief ein Beamter des iranischen Geheimdienstes bei der Familie Vahdat Dana in Schiraz an. Der Beamte teilte ohne einen Grund zu nennen Frau Vahdat Dana mit, ihr Ehemann möge am nächsten Morgen im Informationsministerium vorstellig werden. Frau Dana bestand auf eine schriftliche Mitteilung, berichtet Iran Press Watch. Als am 12. April Herr Vahdat Dana sein Haus verlassen wollte, um zur Arbeit zu gehen, wurde er vor seiner Haustür von Beamten aufgefordert sie zu begleiten und mit ihnen ins Gefängnis des Geheimdienstes, das als „Pelak 100“, Hausnummer 100, bekannt ist, zu gehen. Herr Vahdat Dana bestand auf einen Haftbefehl. Die Beamten produzierten einen handschriftlich geschriebenen Zettel, worauf geschrieben stand: „Individuen, die von Interesse sind, mögen ermittelt und verhaftet werden.“ Herr Vahdat Dana bestand darauf, dass ein offizielles Schreiben mit seinem Namen vorgelegt werden müsse, bis er freiwillig ins Gefängnis gehe. Die Beamten gingen zunächst.

Umgehend schrieb Herr Vahdat Dana einen Brief an Hojatt-ul-Islam Musavi-Tabar, der als Ankläger im Revolutionsgericht zuständig ist. Dieser Kleriker hat daraufhin schriftlich angeordnet, falls die „Beamten des Geheimdienstministeriums in der Lage

¹³¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061718/Verfolgung-von-Bahai-und-Christen-im-Iran.html>, 04.05.09



seien einen Haftbefehl zu schreiben, müsse Herr Vahdat Dana die Beamten begleiten.“ Am 25. April um 12:30 gingen die Geheimdienstagenten erneut ins Haus von Herrn Vahdat Dana und forderten die Ehefrau auf umgehend ihren Mann anzurufen. Er müsse sofort nach Hause kommen. Als Herr Vahdat Dana zu Hause ankam, verhafteten sie ihn, erstellten vor Ort einen Haftbefehl, der mit dem Namen des Richters Rezai-Dadyar unterschrieben wurde.

Herr Vahdat Dana leidet an einer Herzkrankheit, bekommt aber keine medizinische Behandlung.

Einige Verhaftungen von Bahai im Monat April werden aufgeführt: Wie Bahai World News Service berichtet, wurden am 21. April Michel Ismaelpur in Mazandaran verhaftet, ohne Haftbefehl. Am 26. April wurde Herr Safaju ohne jegliche Erklärung in Karaj verhaftet. Am 27. April wurden Siamak Iqani und Susan Tabianian in Semnan verhaftet.

Rund 39 Bahai sitzen gegenwärtig in iranischen Gefängnissen ohne eine Anklage, allein auf Grund ihres Glaubens, weil sie an Baha'u'llah glauben, der für Bahai ein Offenbarer Gottes ist, der 1863 eine neue Religion gründete. Für den iranischen Staatsklerus ist dies ein Dorn im Auge.

Am 8. März 2009 hatte das islamistische „Parlament“ ein Budget von 3 Millionen Dollar für den landesweiten Kampf gegen „Bahai, Sufis und Teufelsanbeter“ verabschiedet. Unter sogenannten Teufelsanbetern versteht der iranische Staat Jugendliche, die z.B. Heavy Metall-Musik hören. Gemeinsam ist den „Teufelsanbetern“, den muslimischen Sufis und den Angehörigen der jüngsten Weltreligion der Bahai die Verfolgung durch den iranischen Staat.

Verschärfte Verhaftungen von Christen

Wie „Christian Examiner online“ berichtet, wurden zwei Christinnen mit dem Vorwurf von „Aktivitäten gegen die Regierung“ verhaftet. Die verhafteten Frauen befinden sich offenbar in einem schlechten gesundheitlichen Zustand. Zudem wurde eine pentecostalische Kirche in Teheran geschlossen. Drei weitere männliche Christen wurden in dem Zusammenhang verhaftet, auch ihnen wurden „Aktivitäten gegen die Regierung“ vorgeworfen.

Die Organisation „International Christian Concern“ berichtete: „Iranische Beamte haben die Verfolgung von Christen in dramatischer Form gesteigert, nachdem eine große Zahl von Muslimen zum Christentum übergetreten sind.“ Allein im letzten Jahr seien mehr als 50 Christen verhaftet worden, weil sie einen neuen Glauben angenommen haben. Einige von ihnen seien gefoltert worden, einige seien an den Folgen der Folterungen im Gefängnis gestorben.



International Christian Concern erinnert an das Apostasiegesetz, das für einen Austritt aus dem Islam die Todesstrafe vorsieht. Die endgültige Entscheidung des islamischen „Parlaments“ über dieses Gesetz wird im Herbst dieses Jahres erwartet.

Die Verfolgung der Bahai und die iranischen Präsidentschaftswahlen ¹³²

Im Vorfeld der sogenannten Präsidentschaftswahlen im Iran ist die Verfolgung der Bahai zum politischen Thema geworden. Jamile Kadivar spricht von Rechten, die die Religionsgemeinschaft der Bahai als Iraner haben. Indessen forderten junge Bahai bei einer Wahlveranstaltung in Isfahan ihr Recht auf einen Studienplatz.

von Wahied Wahdat-Hagh

Im Iran konkurrieren lediglich vier Islamisten der ersten Stunde um den Platz des iranischen Präsidenten: Amtsinhaber Mahmoud Ahmadinejad, Mohssen Rezaie, Ex-General der iranischen Revolutionsgardisten und „gemäßigter Konservativer, Mehdi Karoubi, Mitbegründer der kämpfenden Geistlichkeit und Mir Hussein Moussavi, Ex-Ministerpräsident.

Von freien Wahlen kann hier keine Rede sein. Eher weisen die sogenannten Präsidentschaftswahlen auf die Tatsache hin, dass das islamistische Establishment der totalitären Diktatur des Iran sich über die Taktiken, wie die Ziele der islamischen Revolution zu verwirklichen sind, nicht immer einig ist.

Interessant ist, dass im Vorfeld genau dieser Pseudo-Wahlen die Verfolgung der Bahai im Iran ein Thema geworden ist.

Jamile Kadivar verteidigt die Rechte der Bahai als Iraner

Die Freiheit der Bahai ist Thema bei reformislamistischen Intellektuellen geworden. Beispielsweise hat sich Frau Jamile Kadivar, Professorin für Politikwissenschaft, die sich für die Wahl des Klerikers Mehdi Karoubi zum Präsidenten aktiv einsetzt, wie folgt geäußert: „Die Bahai verfügen als iranische Bürger über Rechte, die die Regierenden beachten und offiziell anerkennen müssen.“ Ähnlich hatte sich Ayatollah Montazeri geäußert. Er hatte sich zudem dafür ausgesprochen, die Bahai dennoch politisch zu bekämpfen, weil er als Muslim die Bahai-Religion nicht anerkennt.

Für Frau Diane Alai, Sprecherin der Bahai International Community, sind die Ausführungen von Frau Kadivar sehr positiv zu bewerten, weil damit deutlich werde, dass die Verletzung der Menschenrechte in der iranischen Gesellschaft durchaus

¹³² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061721/Die-Verfolgung-der-Bahai-und-die-iranischen-Prasidentschaftswahlen.html>, 30.05.09



diskutiert wird. Es muss hinzugefügt werden, dass die Menschenrechte der Bahai aber vom totalitären islamistischen Staat systematisch missachtet werden.

Diane Alai betonte, dass genauso wie die Bahai sich für Menschen- und Frauenrechte oder die Freiheit des Studiums für alle Iraner einsetzten, gäbe es auch gesellschaftliche Solidarität mit den Bahai. Diane Alai hob hervor, dass viele Iraner heute die staatliche Unterdrückung der Bahai ablehnten. Die iranischen Bahai wollten lediglich ihre Religion, wie alle anderen Iraner, ausüben und als Iraner dem Fortschritt ihres Landes dienen, sagte Alai in einem Interview mit Radio Zamane.

Ayatollah Khomeini: Bahai haben keine Rechte im Iran

Hussein Schariatmadari, Herausgeber der Zeitung Kayhan und ein Berater des iranischen „Führers“, stellt hingegen Jamile Kadivar wie eine Vaterlandsverräterin dar. Kayhan, eine Zeitung, die als Sprachrohr des zweiten Revolutionsführers Ali Khamenei gilt, verleugnet die Bahai-Religion. Auch in der iranischen Gesetzgebung wird die Bahai-Religion nicht als Religion anerkannt. Schariatmadari meint, die Bahai seien eine „Partei, die fünfte Säule Israels und eine terroristische Gruppe.“

Schariatmadari zitiert auch den ersten iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, der schon im Jahr 1962 die Forderung vorbrachte, dass die „Bahai kein Recht haben sollen religiöse Versammlungen durchzuführen.“ Heute ist dies staatliches Gesetz geworden.

Anhänger von Ayatollah Borujerdi verteidigen Bahai

Die Anhänger des verhafteten Ayatollah Kazemeini Borujerdi haben in einer Erklärung die staatlichen Repressionen gegen die Angehörigen der Bahai-Religion kritisiert.

Der Gesundheitszustand von Ayatollah Borujerdi, der sich im Gefängnis aufhält, ist gegenwärtig besonders kritisch. Dieser schiitische Kleriker fordert die Trennung von Staat und Religion, was in der Tat die ideologische Grundlage der herrschenden khomeinistischen Staatsideologie der „absoluten Herrschaft des Klerus“ unterminiert.

Die staatliche Verfolgung der Bahai ist gesetzeswidrig

Hussein Kashani meint, dass noch nicht einmal die herrschende Strafgesetzgebung beachtet würde, wenn es um die Behandlung der Bahai ginge. Beispielsweise heißt es in Paragraph 570 der iranischen Strafgesetzgebung, dass alle „staatlichen Instanzen, die anders als im Gesetz vorgeschrieben die persönlichen Rechte von Individuen verletzen“ bestraft werden müssen. Im Iran werden sie aber belohnt.

Für Kashani ist die Behandlung der Bahai sogar nach herrschendem iranischen Gesetz gesetzeswidrig. Kashani führt aus, dass Mahvash Sabet, eine der sieben Frauen und Männer, die als Mitglieder einer nationalen Koordinationsgruppe der



Bahai-Gemeinde in Haft sitzen, schon am 5. März 2008 verhaftet worden sei. Sie sei, wie viele andere Bahai, in inoffizieller Form aufgefordert worden sich beim Geheimdienst zu melden und sei dann verhaftet worden. Der Anlass ihrer Verhaftung war, dass sie sich um die Beisetzung eines Bahai in Mashad gekümmert habe. Willkürlich werden immer wieder Bahai daran gehindert ihre Toten zu begraben. Kürzlich wurde das Gelände eines Bahai-Friedhofes in der nördlichen Provinz Mazandaran von den iranischen Behörden sogar zum Verkauf angeboten. Zuvor war der Friedhof zerstört worden, berichten die Human Rights Activists Iran.

Auch für die anderen sechs führenden Bahai, die seit 14. Mai in Haft sitzen, gibt es nur absurde und keine konkreten Vorwürfe. Sie seien Spione, würden Verschwörungen planen und gegen den Staat Propaganda betreiben. Ihnen wird inzwischen vorgeworfen „Mofssed Fel-Arz“, „Missetäter der Erde“ zu sein. Dafür schreibt das islamische Gesetz die Todesstrafe vor. Kashani schreibt, dass die Richter oft aus purem „religiösen Fanatismus“ urteilen würden.

Die sieben Bahai haben seit einem Jahr kaum Tageslicht gesehen. Sie befinden sich in kleinen Zellen, die kein Fenster haben. In der Woche würden sie wenige Minuten die Möglichkeit haben ein wenig Tageslicht zu bekommen, wenn sie den Raum verlassen. Seit über einem Jahr müssen sie nach Aussagen von Kashani auf hartem betonierte Boden schlafen, so dass ihre Körper schon schmerzhaft Wunden tragen.

Tatsache ist auch, dass bei regelmäßigen willkürlichen Verhaftungen iranische Staatsbeamte das private Eigentum der Bahai, vom Bargeld über wertvolle Gegenstände bis hin zu heiligen Büchern regelrecht stehlen, schreibt Kashani. Oft ist es vorgekommen, dass bei Verhaftungen sogar Kinder gequält wurden.

Bahai-Studenten protestieren

Wie Iranpresswatch am 29. Mai berichtete, protestierten junge Bahai indessen für das Recht der Bahai auf einen Studienplatz. Bei einer Rede des Präsidentschaftskandidaten Mir Hussein Moussavi an der Isfahaner Universität am Samstag den 22. Mai hielten die jungen Bahai stillschweigend Transparente hoch, auf denen das Recht auf ein Studium für Bahai gefordert wurde.

Zivilgekleidete Geheimdienstmitarbeiter beschlagnahmten sofort die Plakate. Der Kandidat Moussavi reagierte aber noch nicht einmal auf diesen Zwischenfall.



Genozid der iranischen Bahai ist möglich ¹³³

Laut einer Studie des Senitel Projektes sind Genozide voraussagbar. Christopher Tuckwood kommt in dieser Studie zu dem Schluss, dass das iranische Regime bestimmte Vorbereitungen treffe, um einen Genozid an den iranischen Bahai durchzuführen, falls der politische Befehl dazu komme.

von Wahied Wahdat-Hagh

Der folgende Text basiert auf den zentralen Aussagen einer Studie des Senitel Projektes, in der überzeugend dargelegt wird, dass bestimmte Faktoren einen Genozid der Bahai wahrscheinlich machen.

Von Anbeginn ihrer Entstehungsgeschichte wurden die Angehörigen der Bahai-Religion verfolgt. Zwar wurden die Menschenrechte auch vor der Islamischen Revolution nicht eingehalten, aber seit 1979 werden die Menschenrechte der Bahai im Iran systematisch verletzt.

Ein Genozid ist wahrscheinlich

Wachsende ökonomische Not in der Gesellschaft erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Genozids an den iranischen Bahai. In Bedrängnis geraten, sucht die Mehrheitsgesellschaft stets Sündenböcke, die für alle Probleme herhalten müssen. Die Mehrheitsgesellschaft macht die Minderheit für ihre eigenes Unglück verantwortlich und reagiert ihr gegenüber besonders aggressiv.

Gleichzeitig sucht die Bevölkerungsmehrheit ihre Sicherheit bei radikalen und charismatischen Führern, besonders wenn diese der Mehrheit versprechen, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu sorgen. Meistens sind es arbeitslose Jugendliche, die die Bereitschaft mit sich bringen die Minderheiten zu attackieren. Zwar beträgt die offizielle Arbeitslosenquote im Iran nur 12,5% im Jahr 2008. Tatsächlich liegt die Zahl viel höher; hinzu kommt, dass die Löhne sehr niedrig sind.

Der iranische Staat kontrolliert die Medien

Als einen weiteren Faktor, der einen Genozid möglich macht, führt Tuckwood den starken Staatsapparat an. Der iranische Staat kontrolliert die Medien und kann auf polizeiliche, militärische, paramilitärische und geheimdienstliche Ressourcen zurückgreifen. Ein solches System ist in der Lage einen Genozid durchzusetzen ohne eine Strafmaßnahme befürchten zu müssen.

Außerdem handelt es sich um ein ideologisch motiviertes revolutionäres Regime, das utopische Visionen verfolgt, die für Minderheiten sehr gefährlich werden können.

¹³³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061729/Genozid-der-iranischen-Bahai-ist-moeglich.html>, 10.07.09



Tuckwood schreibt zu Recht, dass es zwar schwer ist zu bestimmen, ob das Regime tatsächlich eine genozidale Vernichtung der Bahai-Gemeinde plant, aber es sind in der Tat ausreichend Dokumente vorhanden, die belegen, dass die Überlebensfähigkeit der Bahai-Gemeinde verhindert werden soll. Staatliche Dokumente, die seit 1993 öffentlich sind, belegen, dass die iranische Regierung den „Fortschritt und die Entwicklung“ der Bahai-Gemeinde „blockieren“ will. Die Bahai sollen nicht an den Universitäten studieren dürfen und ihre religiösen Aktivitäten sollen unterbunden werden. Es war unter der Präsidentschaft von Hashemi Rafsanjani als in einem Geheimpapier gefordert wurde, dass „ihre kulturellen Wurzeln im Ausland zerstört werden müssen.“

Härtere Methoden der Diktatur können nicht ausgeschlossen werden

Ende 2005 gab es einen Befehl der iranischen Armee, die iranische Polizei, die Geheimdienste und Revolutionsgardisten mögen alle iranischen Bahai identifizieren.

Zwar wird nicht direkt gefordert, dass die Bahai physisch ausgelöscht werden sollen, aber offenbar sollen die Bahai gezwungen werden ihren Glauben aufzugeben und zum Islam überzutreten. Noch versucht die iranische Regierung ihre Ziele der Erstickung der Bahai-Gemeinden mit „soften“ Ansätzen durchzusetzen, aber härtere Methoden der Diktatur können nicht ausgeschlossen werden.

Indizien und Stufen eines genozidalen Prozesses

Der Autor dieser Studie geht davon aus, dass die Verfolgung der iranischen Bahai große Ähnlichkeiten aufweist mit historisch bekannten Genoziden.

Erstens werden die Angehörigen der Bahai Religion im Iran nicht als eine religiöse Minderheit klassifiziert und haben daher keine Rechte und erfahren keinen staatlichen Schutz.

Zweitens hat die Mehrheit der Iraner überhaupt keine persönlichen Erfahrungen mit einzelnen Bahai gemacht und ist lediglich von der staatlichen Propaganda beeinflusst worden. Eine solche Tatsache ist wichtig für die Formation von Stereotypen und die Dehumanisierung von Zielgruppen, schreibt Tuckwood. Drittens zeigt die staatliche und mediale Hasspropaganda im Prozess der Dehumanisierung der Bahai ihre Wirkung. Die Bahai werden als Häretiker betrachtet, weil sie an einen Propheten glauben, der nach Mohammad erschienen ist. Außerdem wird den Bahai vorgeworfen für ausländische Mächte, wie für die USA und für Israel zu arbeiten. Bahai werden als „Prostituierte“ beschimpft. Sie sollen „inzestuös“ sein und „schmutzig“. Tuckwood meint zu Recht, dass es für die Täter leichter ist Bahai zu ermorden, wenn sie zuvor dehumanisiert werden. Gleichzeitig dient die Dehumanisierung den neutralen Beobachtern entweder dazu sich an den Morden zu beteiligen oder still zu halten.



Personen werden willkürlich verhaftet

Viertens verfügt der iranische Staat über Kräfte, die einen Genozid durchaus möglich machen. Die konventionelle Armee, Revolutionsgardisten, Polizei und die Bassij-Milizen. Da die Bassij-Milizen und die Ansare Hisbollah, zwar von staatlichen Stellen geleitet, aber weniger angebunden sind, können diese in einer sehr breiten Form Anti-Bahai-Gewaltakte durchführen. Im übrigen geschieht dies bereits, indem Häuser von Bahai angezündet werden oder Friedhöfe zerstört werden oder Einzelpersonen willkürlich verhaftet werden.

Fünftens ist das Ziel der iranischen Regierung die Bahai von der Gesellschaft zu trennen. Jedem Iraner, der eine Gleichbehandlung der Bahai mit den Muslimen fordert, wird daher vorgeworfen mit ausländischen Mächten zusammenzuarbeiten.

Sechstens hat die iranische Regierung längst Schritte unternommen, um die gesellschaftliche Position der Bahai abzuwerten. Dadurch wird eine mögliche Vernichtung der Gemeinde vorbereitet. Als Vorbereitungsmaßnahmen gelten, Ausschluss von staatlichen Stellen, Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Partizipation und Ausschluss von akademischer Ausbildung.

Das Regime ist potentiell in der Lage die iranische Bahai-Gemeinde zu vernichten

Der Autor der Studie geht davon aus, dass das iranische Regime entschlossen ist die kulturelle Überlebensfähigkeit der iranischen Bahai-Gemeinde zu zerstören. Zudem besitzt das Regime das Potential die Bahai-Gemeinde physisch zu vernichten. Zwar hat das Regime einen solchen Schritt zur physischen Zerstörung noch nicht unternommen, aber einige Faktoren weisen darauf hin, dass die Verfolgung intensiviert werden soll oder gar ein genozidales Massaker durchgeführt werden soll.

Die Sicherheitslage der Bahai kann sich unter folgenden Bedingungen verschlechtern: - Wenn sich die ökonomische Lage im Iran verschlechtert, kann dies zu verstärkten sozialen Konflikten führen, mit dem Ergebnis, dass die arbeitslosen Jugendlichen sich noch mehr radikalisieren, sich von Volksmilizen der Bassiji rekrutieren lassen und größere Anti-Bahai-Feindseligkeiten entwickeln.

- Je mehr die radikal-konservativen Kräfte die Hebel der Macht monopolisieren, desto mehr werden sie die Gelegenheit nutzen religiöse Minderheiten, insbesondere die Bahai, zu unterdrücken.
- Wenn die konservative Macht sich besonders herausgefordert fühlt, kann ihr Verbrechen immer größer werden.

– Die Machthaber können noch aggressiver vorgehen, wenn sie gewahr werden, dass die sanfteren Mittel der „Bekehrung“ der Bahai zum Islam gescheitert sind, mit



der Konsequenz, dass die physische Vernichtung der Bahai-Gemeinde geplant werden könnte.

Potentielle Faktoren, die einen Genozid möglich machen

Bei wachsenden externen Bedrohungen könnte sich das Regime veranlasst fühlen die als solche wahrgenommenen internen Feinde zu vernichten. Ein solches Dilemma kann wahrscheinlicher werden, wenn Israel oder die USA den Iran militärisch angreifen sollten. Zumal die Bahai ohnehin als die „fünfte Kolonne“ dieser Staaten gelten. D.h. bei wachsender Kriegsgefahr steigt auch die Gefahr eines Genozids. Auch inländische Unruhen und Protestbewegungen, seien diese von politischen Rivalen oder ethnischen Minderheiten, können die Gefahr steigern, dass die Machthaber die Verfolgung der Bahai intensivieren.

Welche Faktoren weisen auf eine zukünftige Eskalation hin?

Es gibt einige Faktoren, die den Weg eines Genozids anbahnen: Die Regierung versucht Fluchtwege, die die verfolgte Zielgruppe nutzen könnte, um in das Ausland zu reisen, zu sperren. Die Bahai Gemeinde könnte ghettoisiert werden, so dass eine massenhafte Verhaftung leichter wird. In der Geschichte der Genozide wurden die Männer von Frauen einer Community getrennt. Es gibt zudem die Gefahr, dass Bahai-Kinder von ihren Eltern getrennt werden, da das Ziel des Regimes die Konversion der Bahai zum Islam zu erzwingen, gescheitert ist. Eine Trennung der Kinder von ihren Familien könnte dazu dienen, das Wachstum der Gemeinde zu verhindern.

Das iranische Regime könnte seine militärischen und paramilitärischen Instrumente einsetzen, um seine Ziele zu erreichen: Armee, Revolutionsgardisten, Polizei, Bassij-Milizen, Ansare Hisbollah oder die Hojjatieh-Gruppe.

Abschließend kommt die Studie zu dem Schluss, dass zwar keine konkreten systematischen genozidalen Absichten des Regimes vorliegen, aber die Absicht den Bahai-Glauben zu zerstören sei deutlich und weitere Schritte könnten auf diesem Wege beschritten werden. Die iranische Bahai-Gemeinde sei verarmt, ohne Führung und ohne einen gesetzlichen Schutz. D.h. das iranische Regime hat bereits viele Vorbereitungen getroffen, um einen Genozid der iranischen Bahai-Gemeinde durchzuführen, falls der politische Befehl dazu komme.

Im übrigen erinnert dieses Warten auf den Befehl für einen Genozid gegen die iranischen Bahai an das iranische Atomprogramm. Kein Geringerer als Hans Rühle, von 1982 bis 1988 Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, machte in einem Artikel deutlich, dass der Iran auf dem Niveau einer ‚virtuellen Macht‘ verharren wolle, „um für den letzten Schritt auf eine günstige weltpolitische Gelegenheit zu warten.“



Aktuell sind weitere Todesstrafen möglich

Im Schauprozess gegen sieben führende Bahai im Iran wird am 11. Juli 2009 ein Urteil erwartet. Ihnen wird zu Unrecht „Spionage für Israel und USA“ vorgeworfen. Beweise wurden bisher nicht geliefert. Die iranischen Bahai werden lediglich wegen ihrer Glaubensvorstellungen verfolgt, weil sie davon ausgehen, dass Mohammad nicht der letzte Gottesoffenbarer war.

Payam Akhavan, kanadischer Völkerrechtsprofessor, der an der Mc. Gill Universität lehrt, befürchtet, dass die staatlichen Repressionen in Massenexekutionen und Folter von Führern der Reformbewegung enden können. Staatlich begangene massive Menschenrechtsverletzungen müssen bestraft werden, so wie Präsident Solobodan Milosevic bestraft worden ist. Die Vereinten Nationen müssen die Botschaft verbreiten, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht ungestraft bleiben, so der Professor für Völkerrecht Akhavan.

Völkerrechtsprofessoren fordern Tribunal gegen das iranische Regime

Auch der Völkerrechtsprofessor und Kanadas Exjustizminister Irwin Cotler strebt eine Klage gegen Ahmadinejad vor einem Weltstrafgericht an. Die iranischen Machthaber würden nicht nur die Bahai massiv unterdrücken, sondern auch zum Hass und Genozid der Juden in Israel aufrufen. Dies mache sie zum Komplizen des Verbrechens gegen die Menschheit. Die iranische Regierung müsse völkerrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Gefährliche Mission ¹³⁴

Das Parlament hat ein Gesetz über den Abfall vom Islam verabschiedet. Noch ist offen, ob es in Kraft tritt. Betroffene praktizieren ihren Glauben schon heute nur im Geheimen.

Das Regime in Teheran sendet zurzeit unterschiedliche Signale, ob die Todesstrafe für Muslime, die den Islam verlassen, weil sie zum Christentum konvertieren, im Strafgesetzbuch festgeschrieben wird. Darüber sollte im Herbst endgültig entschieden werden. Der Gesetzentwurf war in einer ersten Lesung vom Parlament in Teheran im September vergangenen Jahres mit großer Mehrheit verabschiedet worden. 196 Abgeordnete stimmten mit Ja, nur sieben mit Nein, zwei enthielten sich der Stimme.

Nun soll angeblich das Parlament die beabsichtigte Änderung im Strafrecht gestrichen haben. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Parlament, Hojatoleslam Ali Schahroki, soll Medienberichten zufolge am 27. Juni über den

¹³⁴ https://www.achgut.com/artikel/wahied_wahdat_hagh_gegaehrliche_mission



Beschluss informiert haben, dass im neuen Gesetz der Abfall vom Islam gar nicht erwähnt werde. Laut Meldung der Nachrichtenagentur Farsi Christian News Network (FCNN) sind die Christen im Iran über diese Aussage erstaunt und irritiert. Tatsächlich entscheiden der Wächterrat und der Revolutionsführer in letzter Instanz über diese noch offene Frage.

Die innerislamistischen Auseinandersetzungen um die Strafgesetzgebung werden immer sichtbarer. Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang mit den Protesten nach der umstrittenen Präsidentenwahl. Joseph K. Grieboski, Präsident des Instituts für Religion und öffentliche Politik in Washington, sieht darin kein Zeichen der Öffnung, sondern nur Selbstschutz des Regimes: „Würde das Regime die Präsidentschaft von Machmud Achmadinedschad hochhalten und dann ein restriktives Strafrecht durchsetzen, würde der internationale Druck auf den Iran für das Regime untragbar werden.“ Nach Ansicht der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ist die angekündigte Zurücknahme des Gesetzesentwurfs ein „rein kosmetischer Schachzug“. Nach wie vor gibt es im Iran nach islamischem Recht die Möglichkeit, vom Islam Abgefallene hinzurichten.

Die Bestrafung des Abfalls vom Islam, der Apostasie, wurde bisher im Iran willkürlich praktiziert. In einem Strafgesetz festgeschrieben, wäre künftig jedes iranische Gericht daran gebunden. Fest steht, dass nach wie vor aus dem Islam konvertierte Christen verhaftet und verurteilt werden. Es geht dabei nicht um die sogenannten ethnischen Christen, die Mitglieder der armenischen und assyrischen Kirche, sondern vor allem um evangelikale Christen, die aktiv Mission betreiben. Die unabhängige regimekritische Internet-Agentur „Roozonline“ berichtete am 15. Juli, dass zwei Frauen, die 30-jährige Marsiye Aminsadeh und die 27 Jahre alte Mariam Rostampur vor rund vier Monaten in Teheran verhaftet worden sind. Sie waren Sozialarbeiterinnen und halfen unentgeltlich Menschen, die Probleme hatten, gleich, welcher Rasse und Religion sie angehörten. Den zwei Christinnen werden Apostasie und Verstöße gegen die nationale Sicherheit vorgeworfen. Sie befinden sich in dem berüchtigten Evin-Gefängnis. Wegen der täglichen Verhöre soll ihr Zustand sehr schlecht sein. Sie haben keinen Anwalt und keine medizinische Hilfe bekommen. Laut „Roozonline“ befinden sich zur Zeit mindestens 50 Christen in iranischen Gefängnissen, unter anderem in Teheran, Schiras, Maschad und Urumije.

Die jüngsten politischen Ereignisse im Iran brachten eine neue Phase des Erstarkens der totalitären Diktatur. Der Druck auf die iranischen Christen wächst in dem Moment, in dem ausländischen Mächten etwa die Schuld an den Unruhen gegeben wird, die infolge der Wahlfälschungen ausgebrochen sind. Den iranischen Christen ist das Argument der Einflussnahme fremder Mächte bekannt, da ihnen unter dem islamistischen Regime immer schon vorgeworfen worden ist, vom Westen beeinflusst zu sein. Der Hintergrund für diese Vorwürfe: Iranische Christen sind oft in Kontakt mit europäischen oder US-amerikanischen Kirchen und sind mit deren Netzwerken verbunden. Das Regime setzt hier an und wirft ihnen sogar Auslandsspionage vor.



Iranische Christen werden immer wieder als Geisel für die Probleme des Regimes mit dem Westen genommen.

Die Zusammenarbeit mit christlichen Websites oder christlichen Fernsehsendern, die ihre Programme über Satellit ausstrahlen, findet gezwungenermaßen heimlich statt. Die Christen im Iran sind aber auf den Informationsfluss genau dieser Medien angewiesen, da mit Hilfe moderner Technologien die persischsprachige Bibel, christliche Kinderbücher und Gebete verbreitet werden. Die Agentur FCNN – eine Hauptquelle für Nachrichten über christliche Kirchen und Gemeinschaften im Iran – berichtet von Hunderttausenden Iranern, die die Botschaft von Jesus Christus annehmen würden. Daher müssten die iranischen Christen mit einer neuen Welle der Unterdrückung und Verfolgung rechnen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Einschätzung, wie die iranischen Christen sich bei den letzten Wahlen verhalten haben. Eine Mehrheit, die an den Wahlen teilgenommen hat, soll den iranischen Präsidentschaftskandidaten Mir Hussein Mussawi gewählt haben, weil man hoffte, „schlimm sei besser als noch schlimmer“. Die Wahlen aber hätten klar gezeigt: Das politische System des „Welajate Fakihi“ erlaube es nicht, dass eine andere politische Position ernsthaft zum Zuge komme. Diejenigen, die geglaubt haben, im Iran herrsche eine „minimale Demokratie“, seien eines Besseren belehrt worden, berichtet FCNN.

In einem weiteren Bericht dieser Agentur werden deutliche Positionen vertreten: „Es gibt einen politischen Machtkampf zwischen zwei Elementen, die beide despotisch und repressiv sind. Es gibt keinen Kampf zwischen Despotie und Freiheit. Daher wird man sicher mit noch mehr Druck auf die Kirche rechnen müssen. Wir wissen, dass uns schwere Zeiten bevorstehen. Dennoch werden die iranischen Christen den neuen Glauben, den sie angenommen haben, unter keinen Umständen aufgeben.“ Infolge der letzten Unruhen und Repressionen verlassen aber immer mehr iranische Christen den Iran. Seit der ersten Regierung von Achmadinedschad ist die Lage der iranischen Christen viel schlimmer geworden. Wie die Bedrohungen in Zukunft aussehen könnten, ist noch nicht klar. Gleichzeitig berichtet FCNN von einem Anwachsen des Interesses der iranischen Jugend für das Christentum. Mindestens 70 Prozent der Iraner sollen mehr Freiheiten für religiöse Minderheiten und eine Trennung von Staat und Religion befürworten. Je mehr die Menschen die Gewalt der despotischen Herrschaft spüren würden, desto mehr würden sie sich vom Christentum angezogen fühlen.

Josef Hovsepien, der Sohn des iranischen Bischofs Haik Hovsepien-Mehr, der 1993 entführt und getötet worden ist, sagte am 4. Juli dieses Jahres in einem Gespräch mit der Agentur, dass „in Zeiten der Krise die Einheit der Gemeinden gefestigt“ werde. Besonders „die Jugend sucht eine Religion, die ihr nicht zwanghaft auferlegt worden ist“.



Eine Christin erinnert im Gespräch an die Zeit vor der islamischen Revolution von 1979, als sie mit anderen Christen, Juden, Bahai und Anhängern des Zoroastrismus in der Stadt Schiras glücklich zusammenlebte. In den 1980er-Jahren aber seien zwei ihrer Freundinnen eines Tages von fremden Männern aus der Schulklasse abgeholt worden. Später habe sie von deren Mutter erfahren, dass ihr Vater, ein Bahai, verhaftet und hingerichtet worden sei. In ihrer Familie ging man nun davon aus, dass die Situation der Christen sich ähnlich verschlimmern werde.

Inmitten der Bedrohung und Verfolgung gibt es aber immer wieder auch Ereignisse, die einen Anflug von Heiterkeit zeigen. So wird erzählt, dass eines Tages die Satellitenschüssel eines iranischen Pfarrers vom Dach seines Hauses gestohlen wurde. Der Dieb habe sich einige christliche Sendungen angeschaut und sei daraufhin Mitglied einer illegalen Hauskirche geworden.

Die Hauskirchenbewegung bleibt gefährdet und im Untergrund, da in den offiziellen Kirchen noch nicht einmal auf Persisch gepredigt werden dürfe, weil die Machthaber Angst haben, dass sich noch mehr Menschen vom Christentum angezogen fühlen könnten. Erst im Mai dieses Jahres wurde eine Hauskirche in Karadsch von paramilitärischen Bassidsch-Einheiten entdeckt und überfallen. Die Mitglieder der Hauskirche wurden verhaftet.

Eine Schande in der iranischen Geschichte ¹³⁵

Immer mehr iranische Intellektuelle verteidigen die Menschenrechte der Bahai. Gleichzeitig setzt sich die staatliche Hetzpropaganda des iranischen Regimes gegen die Angehörigen der Bahai-Religion fort.

von Wahied Wahdat-Hagh

Prof. Abbas Milani ist einer der bekanntesten Iran-Experten und lehrt als Direktor der Abteilung Iranian Studies an der Stanford Universität. In einem Artikel, der am 15.8.2009 in „The New Republic“ erschien, verteidigte er die Freiheit der iranischen Bahai.

Er kritisierte, dass die sieben Mitglieder des inzwischen aufgelösten nationalen Koordinationsrates der iranischen Bahai-Gemeinde seit über einem Jahr in Haft sitzen. Am 17.8.2009 wurde bekannt, dass der Prozessbeginn gegen die sieben ehemals führenden Bahai auf den 18.10.2009 verschoben worden ist. Ihnen wird verschwörungstheoretisch „Spionage und Gefährdung der nationalen Sicherheit“ des iranischen Regimes vorgeworfen.

¹³⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061733/Eine-Schande-in-der-iranischen-Geschichte.html> 21.08.2019



Antisemiten übertrugen die Mechanismen des Antisemitismus auf die Bahai

Abbas Milani fordert mit einer entschiedenen Bemerkung: nie wieder Pogrome im Iran. Der Wissenschaftler warnte vor einer Wiederholung von Pogromen wie sie im 19. Jahrhundert stattgefunden haben und im 20. Jahrhundert zum Holocaust führten. Iranische Antisemiten hätten sich schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts alle subtilen Techniken der Verfolgung von Juden angeeignet, so Milani, und diese auf die iranischen Bahai projiziert.

Theologische und ethische Differenzen

Milani schreibt, dass es verstehbar sei, dass die schiitisch-islamische Lehre mit dem Bahai-Glauben in einem Spannungsverhältnis stehe. Die Schiiten glauben an den zwölften Imam, der in Gestalt eines Messias noch erscheinen müsse, Mohammad sei dabei die letzte Gottesoffenbarung für alle Zeiten. Die Bahai hingegen verfechten das Prinzip der fortschreitenden Gottesoffenbarung, die weder mit dem Islam noch mit dem Bahai-Glauben selbst zu einem Ende gekommen ist.

Milani hebt hervor, dass in der zivilisierten Welt theologische Differenzen nicht mehr mit Gewalt ausgetragen werden dürfen, wie die Islamisten es praktizieren. Auch an dieser Stelle kann ergänzt werden, dass Bahai davon ausgehen, dass es sogar besser sei auf eine Religion zu verzichten, wenn diese gewalttätig werde.

Milani geht zu Recht auch auf die Friedensvision der Bahai ein, die in deutlichem Widerspruch zu der wachsenden Gewalt der Islamisten stehe. Auch das Prinzip der Gleichberechtigung beider Geschlechter stünde im Gegensatz zur „Frauenfeindlichkeit“ der Islamisten. Und die Tatsache, dass Kinder, die in Bahai-Familien geboren werden, erst in jugendlichem Alter selbst entscheiden welcher Religion sie angehören möchten, steht im Gegensatz zu einer Staatsreligion, die Konvertiten mit der Todesstrafe bestraft.

Eine Schande in der iranischen Geschichte

Abbas Milani sagt, dass die Behandlung der iranischen Bahai in den letzten 150 Jahren eine „Schande in unserer Geschichte“ sei. Er vertritt die Position, dass Iran keine Demokratie werden könne, solange die Bahai-Frage nicht gelöst ist. Wörtlich schreibt er: „Der Iran kann keine Demokratie werden, solange die Bahai nicht als Bürger der Gesellschaft anerkannt werden, genauso wie die Zoroastrier, die Juden, die Christen oder Mitglieder jeder anderen Glaubensrichtung.“ Auch Nicht-Gläubige sollen dieselben Rechte wie Gläubige bekommen. Der Staat dürfe sich nicht in private Angelegenheiten der Menschen einmischen.

Kurzer historischer Überblick einer Verfolgungsgeschichte

Milani erinnert an die Verfolgungsgeschichte der Babi und der Bahai zur Zeit der Qajaran-Könige Mitte des 19. Jahrhunderts. Die ersten Konvertiten, die Babi, wurden



damals grausam gefoltert und hingerichtet. Er weist auch auf den viel gelobten Modernisten und Ministerpräsidenten Amir Kabir im 19. Jahrhundert hin, der diejenigen Iraner umbringen ließ, die keine Muslime mehr sein wollten. Milani stellt fest, dass das Leben der Bahai in der Pahlavi-Dynastie „relativ“ geschützt war. Der Historiker berichtet davon, dass viele Bahai zu den herausragenden Persönlichkeiten gehört hätten, die die Modernisierung und Industrialisierung des Iran im 20. Jahrhundert vorangebracht haben. Die Bahai haben sich in der Schahzeit für den Fortschritt ihrer Heimat eingesetzt, trotz des großen Widerstandes des schiitischen Klerus. 1955 war es Ayatollah Borujerdi gewesen, der den Schah unter Druck setzte sogar die heiligen Zentren der Bahai zerstören zu lassen.

Die Zeloten der Hojjatiyeh-Gruppe sind im Iran an der Macht

In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gründete ein Kleriker namens Roghani eine Gruppe, die sich Hojjatiyeh nennt. Die Zeloten dieser fanatischen Gruppe wollten stets ihre Frömmigkeit gegenüber dem „verschwundenen Imam“ mit ihrem Kampf gegen die Bahai unter Beweis stellen. Die Hojjatiyeh infiltrierten sogar die Bahai-Gemeinden, um deren Mitglieder zu identifizieren. Auch nach der islamischen Revolution setzte diese Gruppe heimlich ihre Arbeit fort und sorgte für ein Erstarren der Verfolgung der Bahai. Nach der islamischen Revolution verloren Tausende Bahai dank der gnadenlosen Aktivitäten der Zeloten der Hojjatiyeh-Gruppe ihr Hab und Gut, schreibt Milani. An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass Ayatollah Khomeini selbst den Bahai sehr feindlich gesinnt war, sie als Zionisten beschimpfte und sie für alle Probleme des Iran schuldig machte.

Abbas Milani hebt zu Recht hervor, dass der Mentor und der spirituelle Guru des Präsidenten Ahmadinejad, Ayatollah Mesbahe Yazdi, zu den Führern dieser Gruppe gehört. Milani vergleicht die Verfolgung und die herrschende Gesetzgebung im Iran in Bezug auf die Bahais mit den Rassengesetzen, die 1935 im deutschen Nationalsozialismus eingeführt wurden.

„Never again, Never More, Never in the Name of Iran.“

Der Historiker weist gleichzeitig daraufhin, dass immer mehr Iraner, unter ihnen einige schiitische Kleriker, erkannt haben, dass die Verfolgung der Bahai eine „Schande“ in der iranischen Geschichte darstelle. Die Worte des iranischen Historikers sind gleichzeitig eine Warnung vor neuen Pogromen: „Never again, Never More, Never in the Name of Iran.“

Und doch wächst jenseits der kämpferischen Worte von Abbas Milani die staatliche Hetzjagd gegen die iranischen Bahai. Immer häufiger erscheint in den offiziellen iranischen Medien die hasserfüllte Propaganda, die die Bahai dämonisieren soll. Inzwischen soll laut eines neuen staatlichen Erlasses sogar Kindern aus Bahai-Familien der Schulbesuch verwehrt werden. Es reichte offenbar nicht, dass Bahai nicht an Universitäten studieren dürfen, dass ihre Friedhöfe zerstört werden.



Abbas Milanis Erkenntnisse, dass die staatliche Behandlung der Bahai große Ähnlichkeiten mit den Rassengesetzen des deutschen Nationalsozialismus aufweisen, sollten eine Mahnung an alle Bürger, Wissenschaftler und Politiker westlicher Demokratien sein, die jenseits ihrer partikularen Wirtschaftsinteressen, eine humane Welt verfechten.

"Christen sind Bürger zweiter Klasse" - Iran-Experte Wahdat-Hagh über die Christenverfolgung in Iran. ¹³⁶

INTERVIEW

BRÜSSEL, 30. Oktober 2009 (ZENIT.org) - Der Iranexperte Wahied Wahdat-Hagh hat in einem Interview mit ZENIT vor der Gefahr für viele Tausend Christen im Iran durch die bevorstehende Apostasiegesetzgebung gewarnt. Angehörige von religiösen Minderheiten seien in der Theokratie Bürger zweiter Klasse, teilweise aber sogar vogelfrei, erklärte er gegenüber Michaela Koller. Der Komeinismus hindere den Iran an einer fruchtbringenden internationalen Kooperation, sagte der Experte im Gespräch mit Michaela Koller. Der Politikwissenschaftler ist Mitarbeiter der "European Foundation for Democracy" in Brüssel. Die Stiftung erforscht seit 2005 den Islamismus weltweit und erhält unter anderem von der Europäischen Union und nationalen Regierungen öffentliche Fördermittel. Wahdat-Hagh verfasste den Beitrag „Zum Beispiel Iran: Christenverfolgung in der Islamischen Republik“ in „Feindbild Christentum im Islam“, herausgegeben von Ursula Spuler-Stegemann bei Herder, 2009.

ZENIT: Papst Benedikt XVI. hat dem neuen Botschafter der Islamischen Republik Iran beim Heiligen Stuhl, Akbat Naseri, bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens die Mahnung mit auf den Weg gegeben, der Iran möge das Recht der Christen auf Religionsfreiheit achten. Wie sieht die rechtliche Stellung der Christen im Iran aus?

Wahdat-Hagh: Wir müssen zwischen den traditionellen ethnischen Christen und den neuen christlichen Bewegungen im Iran unterscheiden. Die armenische und die assyrische Kirche etwa haben sich mehr oder weniger angepasst, wenn die Angehörigen auch nicht so leben können, wie sie wollen. So werden ihre Anhänger in Bezug auf Bildung und Arbeit systematisch diskriminiert und die Frauen unterliegen dem Gesetz der Zwangsverschleierung. Die Christen und die Angehörigen anderer anerkannten Religionen, wie Judentum und Zoroastrier gelten als Dhimmis. Faktisch sind die Dhimmis Bürger zweiter Klasse, weil sie nicht dieselben Rechte haben wie die Schiiten. Im übrigen gelten auch Christen als Kafar, als Ungläubige. Nur, wer den Koran als letzte Offenbarung Gottes anerkenne, sei ein Gläubiger. Ungläubige, Kafars, gelten auch als „schmutzig“.

¹³⁶ <https://de.zenit.org/articles/christen-sind-burger-zweiter-klasse/> 30.10.09



ZENIT: Wie geht es denn Minderheiten, die nicht einmal diesen Dhimmi-Status haben?

Wahdat-Hagh: Dazu zählen die Bahai. Sie gelten als vogelfrei. Das Leben eines Christen ist in der iranischen Rechtspraxis schon weniger wert als das eines Muslims, etwa bei Entschädigungszahlungen nach Verkehrsunfällen. Das Leben der Bahai hat in dieser Auslegung überhaupt keinen Wert. Der Grund dafür ist deren Glaube an eine Offenbarung Gottes, die nach Mohammed erschienen ist. Zudem glauben die Bahai an Gleichberechtigung der Geschlechter und das Gebot, sich für den Weltfrieden einzusetzen. Sie verzichten zudem auf politische Gewalt. Das sind alles Themen, die im fundamentalistisch-totalitären Islam, so wie ihn die Staatsdoktrin im Iran widerspiegelt, ein Tabu ist.

ZENIT: Der Papst hat zudem an die lange Tradition des Katholizismus im Iran erinnert. Sind die verschiedenen christlichen Kirchen unterschiedlich stark von den Einschränkungen in der Religionsfreiheit betroffen?

Wahdat-Hagh: Wirklich gefährlich leben die Iraner, die in den letzten Jahren zum Christentum übergetreten sind und sich der stetig wachsenden Hauskirchenbewegung angeschlossen haben. Je nach Quelle heißt es, diese Hauskirchen seien inzwischen stärker als die katholische Kirche im Iran. Die Konvertiten gelten als Apostaten und können hingerichtet werden. Im Islam darf ein Muslim nicht zu einem anderen Glauben übertreten. Dafür gibt es die Todesstrafe. Ein neues Apostasiegesetz, das die Todesstrafe zum Staatsgesetz macht, soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Dann ist das Leben von Hunderttausenden in Gefahr.

ZENIT: Der Papst hat die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Quelle aller anderen Freiheiten bezeichnet. Was heißt dies konkret am Beispiel des Iran?

Wahdat-Hagh: Der Papst hat etwas sehr Richtiges gesagt. Im Islam ist dies noch ein großes Problem. Liberale Muslime sagen zwar, dass es keinen Zwang im Islam gibt. Aber laut Gesetz darf kein Muslim vom Islam austreten, da der Koran als letztes Wort Gottes gilt. Für den Iran heißt dies, dass es dort keine Glaubens- und Gewissensfreiheit gibt und daher tatsächlich auch alle anderen Freiheiten nicht existieren. Frauenrechte kann es daher in der Islamischen Republik Iran genauso wenig geben wie Pressefreiheit. Auch die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ist davon berührt. Erst recht ist das Recht auf Leben für Apostaten ausgehebelt. Die Existenz der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist seit dem Moment im Iran verfassungsmäßig verboten, seit alles vom islamischen Gesetz abhängig gemacht wurde.

ZENIT: Viele Beobachter sehen in dem Regime des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschads die massiven Menschenrechtsverletzungen verankert. Wie



gingen denn andere wie etwa Mir-Hossein Mussavi mit dem Recht auf Religionsfreiheit um?

Wahdat-Hagh: Als Mussavi in den achtziger Jahren Ministerpräsident war, wurde die gesamte säkulare Opposition regelrecht vernichtet. Er warnte damals vor einer Zusammenarbeit mit den USA und mit Europa. Im inner-islamistischen Konflikt um die Macht im islamischen Gottesstaat hat sich die soziale und freiheitliche Bewegung, die Mussavi als Schutzschild nimmt, sehr radikalisiert. Mussavi beruft sich heute noch auf den totalitären Ideologen und Revolutionsführer Ayatollah Khomeini. Manche sagen aber, dass er sich verändert habe. Die Zukunft muss zeigen, ob er sich von der totalitären Diktatur der Islamischen Republik verabschieden wird.

ZENIT: Der Papst sprach auch eine internationale Kooperation an, um zu einem globalen Frieden zu gelangen. Was muss denn geschehen, damit der Iran diese Einladung glaubwürdig annehmen kann?

Wahdat-Hagh: Die Frage ist, was der Iran machen muss, damit eine internationale Kooperation zu einem globalen Frieden möglich ist. Es reicht nicht aus, wenn Ideologen wie Khatami von Dialog der Zivilisationen sprechen. Der Iran muss die totalitäre Ideologie des Khomeinismus überwinden, den eigenen Bürgern elementare Freiheiten einräumen. Ein demokratischer Iran kann auch glaubwürdig an einem globalen Frieden arbeiten. Zivilgesellschaftliche Potentiale hat der Iran dafür.

Ein iranischer Schauprozess ¹³⁷

Für die Anklagepunkte gegen die sieben Ex-Koordinatoren der Bahai-Gemeinde ist in der iranischen Straf-un-rechtspraxis die Todesstrafe vorgesehen. Die Welt darf nicht wegschauen. Sanktionen gegen die khomeinistische Diktatur sind angebracht.

von Wahied Wahdat-Hagh

Am 11. Januar 2010 fand der erste Prozesstag gegen die seit Frühjahr 2008 verhafteten sieben Führungskräfte der iranischen Bahai-Gemeinde statt. Wann der zweite Termin sein wird, ist unklar, wahrscheinlich Anfang Februar. Der Ablauf am ersten Prozesstag hat erneut bewiesen, dass die Praxis der politischen Gesinnungsjustiz im Iran nichts mit dem Vollzug rechtsstaatlicher Gerichtsbarkeit zu tun hat:

Ein Richter las die Anklagepunkte vor und fragte Herrn Jamoldin Khanjani, einen der Angeklagten, ob er den Anklagepunkten zustimme. Dieser wies alle Punkte entschieden zurück. Der Richter fragte ihn, ob er zu seiner Verteidigung etwas sagen wolle. Herr Khanjani wies wiederum auf seinen Anwalt hin. Der Anwalt bekam aber keine Redeerlaubnis. Er sah seine Klienten zum ersten Mal im Gerichtssaal. Der

¹³⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061748/Ein-iranischer-Schauprozess.html>, 15.01.10



Prozess wurde wahrscheinlich auf den 7. Februar verschoben. Erwartet werden Todesurteile für unschuldige Menschen, die lediglich einen anderen Glauben haben als die Machthaber der totalitären Diktatur. In iranischen Revolutionsgerichten werden die Urteile oft vom Geheimdienst und der politischen Führung im Voraus bestimmt. Der Richter bestätigt und verliest die Urteile am Ende eines Schauprozesses.

Absurde Vorwürfe

Die iranischen Nachrichtenagenturen veröffentlichten die folgenden absurden Anklagepunkte: Spionage für fremde Mächte, Zusammenarbeit mit Israel, Propaganda gegen das Regime, Durchführung von illegalen Versammlungen, Verschickung von Dokumenten an fremde Mächte.

Alles Lug und Trug. Von Spionage kann keine Rede sein, zumal die Angeklagten keinen Zugang zu irgendwelchen staatlichen Geheimnissen haben. Die Administration der Bahai-Gemeinde wurde in der Tat schon zu Beginn der Revolution verboten. Die Bahai trafen sich seitdem lediglich in privaten Kreisen zum Gebet. Und die sieben Koordinatoren kümmerten sich um Gemeindeangelegenheiten wie Heirat und Beerdigungen. Die staatliche Politik gegenüber den Bahai-Gemeinden besteht seit der islamischen Revolution aus Hasspropaganda und systematischer Verfolgung der Bahai, bis hin zur Zerstörung von Friedhöfen. Das Ziel der iranischen Staatsführung ist offenbar die Vernichtung der iranischen Bahai-Gemeinden.

Tatsächlich warfen schiitische Geistliche schon in den 1940er Jahren den Bahai vor Agenten Russlands, Englands, der USA und inzwischen Israels zu sein. Dabei steht die Bahai-Religion im Iran für einen kulturellen Wertewandel, Fortschritt und Modernität. Sie steht unter anderem für Gleichberechtigung von Mann und Frau, für Meinungspluralismus und Glaubensfreiheit und für soziale Gerechtigkeit. Die Bahai bevorzugen auch eine parlamentarische Demokratie als die beste existierende politische Herrschaftsform. All das ist ein Dorn in den Augen des schiitischen Klerus.

Das Feindbild des khomeinistischen Regimes

Das Feindbild Nummer 1 nach innen der iranischen Machthaber sind die Bahai. Wenn die Regierung die sogenannte grüne Oppositionsbewegung im Iran diffamieren will, verbreiten die staatlichen Ideologen ganz offen Lügen und behaupten die grüne Opposition und ihre Anführer stünden der Bahai-Religion nahe. Was man den Bahai wahrlich nicht vorwerfen kann, ist, dass sie Demonstrationen organisieren. Kayhan, das iranische Führerblatt, warf am 5.1.2010 sogar der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi vor Bahai zu sein. Sie ist Muslimin und hatte als sie noch im Iran lebte Zugang zu den Akten der sieben angeklagten Führungsmitglieder der Bahai-Gemeinde. Ebadi hat in einem Interview am 13.1.2010 hervorgehoben, dass sie nichts in den Akten gefunden habe, was auf Spionage hinweisen würde. Die khomeinistischen Machthaber wollen die islamische Opposition



unter Druck setzen, sich von den Bahai zu distanzieren und hofft mit solchen Methoden die Bahai leichter unterdrücken zu können.

Das Regime wirft den Bahai vor religiöse Gefühle der Muslime zu beleidigen. Die Frage ist umgekehrt zu stellen, ob nicht die Diktatur der religiösen Fanatiker die religiösen Gefühle der Iraner verletzt und obendrein die iranische Bahai-Gemeinde als Geisel nimmt. Beleidigen die iranischen Machthaber des Iran nicht ihre eigene Religion, wenn der Ayatollah Mesbahe Yazdi die sexuelle Vergewaltigung von politischen Gefangenen zwecks Informationsgewinnung in einer Fatwa genehmigt und absegnet?

Zeit für neue Sanktionen

Der Iran-Experte und hochrangige US-Diplomat John Limbert, der 1979 einer der 53 US-Geiseln in Teheran war, sagte kürzlich, dass die USA nie in Bezug auf die staatlichen Gewalttaten und die Misshandlung eines Volkes ruhig bleiben werden.

Dreißig Jahre lang hat die Welt zugeschaut, wie das iranische Regime die Bahai systematisch verfolgt und inzwischen das eigene Volk massiv unterdrückt, wie das Regime den Terrorismus exportiert hat und droht Israel zu vernichten und wie kein anderes Land auf der Welt gegen westliche Demokratien Propaganda betreibt. Die Frage ist, wann der Zeitpunkt erreicht sein wird, dass die europäischen Regierungen aus Protest gegen das khomeinistische Unrechtssystem ihre Botschafter aus dem Iran abberufen oder andere Sanktionsformen wie einen Stop des Benzinexports in den Iran durchführen.

Hinrichtungen im Iran als Demonstration der Macht ¹³⁸

Dr. Soheila Vahdati lebt in den USA und ist eine bekannte Menschenrechtlerin. Sie kritisiert die Todesstrafe und erklärt, warum diese ein Instrument zur Verbreitung von Angst ist und die Hinrichtung von Andersdenkenden politischen Mord darstellt.

Eine Gruppe von iranischen Müttern, die sich täglich vor einem Teheraner Gefängnis trifft, warnt vor einer Wiederholung der Massenhinrichtungen der 80er Jahre. Die Frauen fordern die Freilassung ihrer Söhne und ihrer Töchter .

Am 28.1.2010 sind zwei Oppositionelle hingerichtet worden. Eine unbekannte Zahl von weiteren Demonstranten soll noch exekutiert werden.

Nach den Protesten der letzten Wochen war die politische Ruhe in den iranischen Straßen nicht wirklich wieder zurückgekehrt, als sich bereits die Nachricht von neuen Hinrichtungen verbreiteten. Vahdati stellt fest:

¹³⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6266813/Hinrichtungen-im-Iran-als-Demonstration-der-Macht.html>, 05.02.10



Wirkliche Gerichtsprozesse gibt es nicht

Noch sei die Anzahl und die Identität der bei den Demonstrationen gegen die Präsidentschaftswahl am 12. Juni 2009 auf Verdacht verhafteten Personen nicht bekannt. Auch sei nicht bekannt, was ihnen zur Last gelegt wird. Es gäbe keinen wirklichen Gerichtsprozess. Die iranische Justiz habe angekündigt die Akten im "Eilverfahren" zu behandeln und binnen weniger Tage Urteile zu verkünden .

Soheila Vahdati befürchtet, dass die ausgesprochenen und anstehenden Todesurteile lediglich dazu dienen, den potentiellen zukünftigen Demonstranten Angst einzujagen, damit diese sich nicht auf die Straße wagen. Die iranischen Machthaber würden keinen Widerspruch dulden. Es ginge nicht darum "Gerechtigkeit" walten zu lassen, auch juristisch seien die Todesstrafen und die Hinrichtungen nicht legitimierbar.

Den iranischen Machthabern ginge es um eine politische Machtdemonstration. Die iranisch-US-amerikanische Menschenrechtlerin bezweifelt, dass Todesstrafen und Hinrichtungen tatsächlich die politische Macht eines Staates beweisen könnten.

Dr. Vahdati erinnert auch an die anstehende Verurteilung der sieben Ex-Koordinatoren der iranischen Bahai Gemeinde und weiterer inhaftierter Bahai. Tatsächlich wurden 10 Bahai rund eine Woche nach den Protesten des Aschura-Tages verhaftet. Ihnen wird eine Mitverantwortung für die Demonstrationen vorgeworfen. Solche Vorwürfe dienen lediglich dazu, politische Lügen zu verbreiten.

Politisch motivierte Todesstrafe

Vahdati spricht von politischen Urteilen und Hinrichtungen, die nicht mit der Hinrichtung von politischen Gegnern gleichgesetzt werden können. Denn noch nicht einmal gemäß der herrschenden islamischen Strafgesetzgebung dürften die Bahai einfach hingerichtet werden. Prinzipiell seien Todesurteile, die noch nicht einmal juristisch zu begründen seien, politische Instrumente der Machthaber.

Es geht also um politische Urteile und um politischen Mord. Vahdati stellt die rhetorische Frage, ob die im Iran verhängten Todesstrafen und Hinrichtungen nicht ein Beweis für herrschenden "Terror" wären.

Diese Frage muss sicher mit Ja beantwortet werden. Das Ziel der Machthaber sei lediglich die Schaffung eines politischen Klimas von Angst und Schrecken. Es sei unklar, was mit mindestens 300 Gefangenen, die bei den Demonstrationen der letzten Monate verhaftet worden seien, geschehen werde.

Sprache als Instrument der Verdeckung des politischen Mordes

Das Regime benutze Begriffe, um die Menschen als Feinde zu definieren. Einige Beispiele seien geliefert: "Arazel" (Pöbel), "Obasch" (Mob), "Mofsed fel Ars"



(Heuchler auf Erden) oder Terroristen, Schmuggler und Spione. Die Hinrichtung von Menschen, deren Schuld nie bewiesen, aber die zum Täter gemacht werden, reicht aus, um ein juristisch strafbares Phänomen zu konstruieren. Somit werden dem Bürger, der im Grunde das Recht besitzt gegen Hinrichtungen zu protestieren, seine Rechte entzogen, denn der juristische Weg existiert nicht. Was existiert, ist lediglich der ideologisch-sprachliche Vorwurf, der für die Hinrichtung ausreicht .

Die iranischen Machthaber würden permanent versuchen, die Hinrichtungen ideologisch zu begründen, damit die Bevölkerung diese leichter hinnimmt. Dr. Vahdati stellt zwar fest, dass es nachvollziehbar sei, dass die Bevölkerung Mörder bestraft sehen will. Sie fragt aber, warum denn die Bevölkerung die Hinrichtung von Demonstranten hinnimmt. Sie selbst antwortet auf die Frage: Das Regime habe zuvor "das Gesicht der zum Tode Verurteilten entmenschlicht. Das Regime stelle den Gefangenen nicht mehr als einen "Mensch" dar, sondern nur noch als einen Verbrecher. Das Verbrechen eines solchen ideologisch definierten "Verbrechers" werde auch niemals wirklich bekannt.

Die Hinrichtung eines entmenschlichten Gefangenen ist eine "reine Pflichterfüllung seitens des Justizapparates", schreibt die Menschenrechtlerin Vahdati.

Das herrschende Gesetz wird nicht umgesetzt

Der im Iran lebende Anwalt Abdol Fatah Soltani ist der Meinung, dass die Teilnahme an Demonstrationen keineswegs den Vorwurf des "Mohareb" (Feinde Gottes) verdienen. "Mohareb" ist ein weiterer politischer Begriff, der einen "Kämpfenden" gegen die Sache Gottes beschreiben soll. Für einen "Mohareb" ist im iranischen Rechtssystem die Todesstrafe vorgesehen. Fünf weiteren Demonstranten wurde laut einem Bericht von Radio Farda vom 1.2.2010 vorgeworfen "Mohareb" zu sein. Ihnen droht nun die Todesstrafe .

Abdol Fatag Soltani, der kürzlich den Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg erhielt, beschreibt die Lage wie folgt: Die Beschuldigten würden nach einem Verhör, dessen Rechtmäßigkeit nicht geklärt sei, direkt zum Gericht geführt. Dort würde die Anklageschrift verlesen, ein Zwangsanwalt würde dem Angeklagten formal zugewiesen werden. Die Familienangehörigen würden in dem ganzen Prozess nicht das Recht bekommen, mit den Inhaftierten Kontakt aufzunehmen. Da dies nicht gewährleistet werde, könne man nicht davon sprechen, dass das Gesetz umgesetzt werden würde. Die praktizierten Methoden seien daher nicht legal. Soltani habe angeboten, unentgeltlich als Anwalt für diejenigen, die als "Mohareb" gelten, tätig zu werden, habe aber das Recht der Verteidigung nicht bekommen. Die Familienangehörigen würden durch das Fernsehen erfahren, ob und wie ihre Angehörigen verurteilt würden. Soltani bezeichnet diese Methoden als "Menschenrechtsverletzung an den Inhaftierten".



Soltani sagt, dass "Mohareb" sogar laut der religiösen Gesetze nur derjenige sein kann, der eine Waffe trage und sich bewaffnet habe, aber die Demonstranten haben alle an friedlichen Demonstrationen teilgenommen. Selbst wenn sie Eigentum zerstört hätten, könnten sie nur deswegen verurteilt werden, dürften aber nicht mit Kämpfern gleichgesetzt werden, die einen bewaffneten Kampf führen.

Laut Soltani sind für einen "Mohareb" vier Strafen vorgesehen: Hinrichtung, Kreuzigung, die Amputation der Beine und der beiden Arme oder die Verbannung. Die Verbannung werde kaum praktiziert. Manchmal würden die Gefangenen im Namen der Verbannung in ein Gefängnis einer entfernten Provinz gebracht, wo sie fünf oder zehn Jahre festgehalten werden. Dies sei aber nicht ursprünglich mit Verbannung gemeint gewesen. Denn Verbannung heiße nicht, dass sie woanders in den Kerker geworfen werden. In den meisten Fällen werde der Verurteilte hingerichtet.

Moussavis Kritik

In einem Interview mit Kaleme.org sagte der an den ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini und die islamische Revolution glaubende Mir Hussein Moussavi, dass er keine Hoffnung mehr in die herrschende iranische Justiz setze, denn die Gerichtsakten von Angeklagten würden faktisch von „Sicherheitskräften und Militärs“ zusammengestellt werden. Moussawi beklagt, dass die Ziele der islamischen Revolution noch immer nicht erreicht worden seien. Er gesteht sogar ein, dass eine „Despotie im Namen der Religion die schlimmste Form der Despotie ist.“ Nicht alle Strukturen, die zu einer Diktatur führen könnten, seien nach der islamischen Revolution von 1979 zerstört worden. Heute könnten die „Wurzeln, die zu einer Diktatur führen, gesehen werden.“ Denn die Gefängnisse seien wieder voll von „Kindern des Volkes.“

Moussavi kritisiert die „Lügen“, die iranische Staatsmedien verbreiten. Er plädiert für einen friedlichen Protest gegen die Wahlen und gleichzeitig für ein Festhalten an der herrschenden khomeinistischen Verfassung im Iran. Die Medienfreiheit müsse umgesetzt werden, so wie es in der Verfassung vorgesehen sei. Er fordert auch die paramilitärischen Kräfte der Bassiji auf, „mit Liebe“ mit der Bevölkerung umzugehen.

Moussavi macht erneut deutlich, dass er lediglich die Freiheit der reformislamistischen Zeitungen und Intellektuellen fordert und bestenfalls Verhältnisse wieder einführen will, die in den 80er- bis Mitte der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts im Iran vorgeherrscht haben. In dieser Zeit gab es aber keine Meinungsfreiheit für säkulare Iraner, die zu Tausenden hingerichtet wurden.

Auch Ex-Präsident Khatami hat sich erneut zu Wort gemeldet und plädierte für eine „Rückkehr zur Verfassung“, als ob in den letzten 30 Jahren Freiheit und Rechtsstaatlichkeit im Iran geherrscht hätten.



Staatliche Verbrechen im Iran ¹³⁹

Die Menschenrechtsorganisation "Iran Human Rights Documentation Center" hat in New York einen neuen bewegenden Bericht vorgelegt. Darin werden massive Menschenrechtsverletzungen seit der Wiederwahl des Präsidenten Ahmadinedschad am 12. Juni 2009 nachgewiesen.

Im neuen Bericht des Iran Human Rights Documentation Center (IHRDC) kommen Zeugen zu Wort.

Menschen, die von staatlichen Agenten in iranischen Gefängnissen gefoltert und vergewaltigt worden sind. Viele von ihnen wollen aus Angst vor Verfolgung nicht namentlich erwähnt werden.

Die Autoren des 128-seitigen Berichts gehen zunächst ausführlich auf die landesweiten Proteste nach der zehnten Präsidentschaftswahl im Juni 2009 ein. Die Motive der Demonstranten waren deutlich: Sie warfen den Machthabern Wahlbetrug vor. Präsidentschaftskandidat Moussavi erklärte sich zum Sieger, die Regierung gab dagegen bekannt, dass Ahmadinedschad mit 62 Prozent der Stimmen gewonnen habe. Das iranische Regime griff hart gegen protestierende Demonstranten durch, sogar elektronische Kommunikationsmittel wie Mobiltelefone und Internet wurden zeitweise heruntergefahren. Ausländischen Journalisten wurde es verboten, über die Proteste zu berichten. Hunderte einheimische Journalisten wurden verhaftet und eingeschüchert. In den ersten Wochen nach der Wahl wurden nach offiziellen Angaben rund 4000 Menschen verhaftet. Im Juni wurden mindestens 30 Menschen getötet, berichtet IHRDC. Eine noch unbekannte Zahl von Gefangenen sei infolge der Verletzungen durch Vergewaltigung und Folter gestorben.

Allein am 27.12.2009, am Aschura-Tag, wurden laut IHRDC mehrere Hundert Menschen verhaftet. Der Aschura-Tag steht für den Märtyrertod des Imam Hussein in der Frühgeschichte des Islam. Die iranischen Demonstranten beriefen sich auf den gerechten Imam Hussein und forderten von der Diktatur Gerechtigkeit. Die Antwort der Diktatur war unbarmherzig: Das Regime warf den Demonstranten vor, Ziele einer „samtenen Revolution“ zu verfolgen. Manche Demonstranten wurden wieder freigelassen, viele wurden vorher gefoltert und vergewaltigt. Vielen Inhaftierten wurde jeder Kontakt zu Angehörigen verwehrt und viele mussten öffentliche Bekenntnisse in Schauprozessen abgeben. Im Kahrizak-Gefängnis wurden die Verhafteten teilweise so hart gefoltert, dass das Regime die Schließung des Gefängnisses anordnete. Immerhin waren drei Gefangene wegen Mangel an medizinischer Versorgung im Gefängnis gestorben. Die Angehörigen vieler ermordeten Demonstranten und Gefangenen bekamen noch nicht einmal die Erlaubnis ihre Nächsten beizusetzen.

¹³⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6363244/Staatliche-Verbrechen-im-Iran.html>, 12.02.10



Die Schauprozesse

Anfang August 2009 begann eine neue Reihe von Schauprozessen in Teheran. Die IHRDC liefert ausführliche Informationen über die Massen-Schauprozesse und vergleicht diese mit den stalinistischen Schauprozessen. Die Autoren des Berichts erinnern auch daran, dass das Pahlavi-Regime vor der Revolution solche „Taktiken“ benutzt habe. Tatsächlich haben Schauprozesse eine eigene Geschichte im Iran: Zu Beginn der Revolution von 1979 wurden säkulare Intellektuelle, die der revolutionären linken Bewegung angehörten, im Fernsehen dem Volk vorgeführt. Manche bereuten ihre Taten und wurden dennoch erbarmungslos hingerichtet. In dem Menschenrechtsbericht ist die Sprache von fünf Massen-Schauprozessen, in denen einige namhafte Reformintellektuelle, Royalisten und Volksmodschahedin, Intellektuelle, denen man vorwirft umstürzlerische Ziele zu verfolgen, im Staatsfernsehen vorgeführt wurden.

Dem IHRDC-Bericht zufolge sind die Schauprozesse noch nicht einmal mit dem iranischen Rechtssystem vereinbar und erst recht nicht mit dem Völkerrecht. Denn Gefangene haben auch im Iran ein Recht auf einen Anwalt eigener Wahl, auch das Prinzip der Unschuldsvermutung müsse eingehalten werden, was mitnichten in solchen Prozessen der Fall sei.

Paramilitärische Bassiji wurden vor der Wahl mobilisiert

In den Monaten nach der Wahl wurden von Ahmadinejad Dutzende Studentenfürher, Gewerkschafter, Frauen- und Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Oppositionelle willkürlich verhaftet.

Paramilitärische Bassiji waren lange vor den Wahlen vom 12. Juni 2009 mobilisiert worden. Die IHRDC zitiert Zeugen, die beschreiben, wie Bassij-Motorradfahrer Demonstranten brutal und willkürlich verletzen. Besonders hart sollen die Bassij-Einheiten gegen Frauen vorgegangen sein.

Laut dem IHRDC-Bericht gibt es im Iran rund 400.000 Bassiji, ca. 90.000 von ihnen sind in ständigem Einsatz und 300.000 sind Bassiji-Reservisten. Es werde auch davon ausgegangen, dass bis zu 1 Mio. Bassiji mobilisiert werden könnten, wenn auch die studentischen Bassiji-Einheiten einberufen würden. Die Bassij werden von den Revolutionsgardisten befehligt.

Vergewaltigungen und Folter

Authentische Zeugen berichten, wie Studentenheime angegriffen wurden. Eine Studentin berichtet von sexuellen Vergewaltigungen bei den Überfällen in den studentischen Einrichtungen. Manche sollen zu Tode geprügelt worden sein, mit elektrischen Schlagstöcken, im übrigen made in Germany.



Mindestens zwei Studenten sollen allein im Juni 2009 im Campus eines Teheraner Studentenheims ermordet worden sein. Auch in einem weiteren Studentenheim in Schiras sollen in den ersten Tagen nach der umstrittenen Wahl zwei Studenten gezielt getötet worden sein. Die Angriffe auf die Studenten in Schiraz sollen so brutal gewesen sein, dass der Universitätsdirektor aus Protest zurücktrat. Am 20. Juni, wurde Neda Agha-Soltan auf offener Straße ermordet. Sie wurde zur Symbolfigur des Widerstandes und der „Opfer“ des Regimes.

Sogar Bürger Griechenlands, Kanadas, Frankreichs, der USA und Ortsangestellte der britischen Botschaft in Teheran wurden verhaftet.

Der Bericht stellt fest, dass sowohl nach dem herrschenden islamischen Gesetz im Iran als auch nach den internationalen Menschenrechtsnormen der „Opposition“ ein Demonstrationsrecht gegeben werden müsse. Dieses Demonstrationsrecht werde zwar den Anhängern von Ahmadinedschad gegeben, aber nicht den Anhängern seiner Rivalen. Dieser Fakt sei eine eindeutige Rechtsverletzung. An der Stelle muss hinzugefügt werden, dass die säkulare Opposition schon kurz nach der Revolution von 1979 eliminiert worden ist.

Verbrechen gegen Menschlichkeit

In dem Bericht wird davor gewarnt, dass wenn festgestellt werde, dass Folter, Morde, das Verschwindenlassen von Menschen systematisch und weit verbreitet in der „Islamischen Republik Iran“ praktiziert werde und die staatlichen Täter bewusst gehandelt haben, ein Fall der Verletzung des Völkerrechts vorläge. Der Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit werde dadurch erfüllt.

Insgesamt tragen laut IHRDC der Revolutionsführer Ali Khamenei, Präsident Ahmadinejad, führende Beamte der Revolutionsgardisten und der Bassij, so wie der Polizei (NAJA), aber auch die Leitung der iranischen Justiz die Verantwortung für das harte Vorgehen gegen Demonstranten und den sadistischen Umgang mit Gefangenen.

Die IHRDC will durch die Dokumentation und Analyse von Menschenrechtsverletzungen und durch die Identifizierung von denjenigen Führern, die für die Verbrechen im Iran verantwortlich sind, für Haftbarkeit sorgen.

Der in Kanada lehrende Völkerrechtsprofessor Payam Akhavan, der im Vorstand der IHRDC mitwirkt, schrieb in einem Mail-Interview, dass „Iran kein Unterzeichnerstaat des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) ist und wenn sogar der UN-Sicherheitsrat nicht bereit sei den Fall anzunehmen, bald eine andere Regierung im Iran herrschen werde. Um eine Kultur der Herrschaft des Gesetzes und des Respekts vor Menschenrechten abzusichern, müssen glaubwürdige Gerichtsverfahren eingeleitet werden, entweder vor nationalen Gerichten oder einem internationalen Gericht.“ Prof. Akhavan plädiert zudem für eine



„Wiederversöhnungskommission“, um die Probleme des Iran historisch aufzuarbeiten.

Der Tag Gottes

Im Vorfeld des Jahrestages der Islamischen Revolution wurden einige iranische Journalisten verhaftet. „Jomullah“, „Tag Gottes“ heißt der 11. Februar. Am 11.2.2010 sollen iranische Polizisten auf iranische Demonstranten, die gegen die gegenwärtig im Iran herrschende Diktatur demonstriert haben, sogar geschossen haben.

Besonders sollen die Bassiji gegen junge Frauen vorgegangen sein. Auch der Präsidentschaftskandidat Karoubi und die Frau des Präsidentschaftskandidaten Moussavi wurden angegriffen und geschlagen. Staatliche Medien berichteten, dass Herr Moussavi verschleiert vom Ort der Demonstrationen geflohen sei, um unerkannt zu bleiben. Demonstranten berichteten mit Kurzfilmen, die mit Mobiltelefonen aufgenommen worden sind, von einer faktischen militärischen Belagerung mancher Bezirke der Hauptstadt Teheran.

Die Verfolgung der Baha'i ist besonders besorgniserregend

Im Vorfeld des sogenannten „Tag Gottes“ wurden mehrere Baha'i in Teheran verhaftet. Wie die Human Rights Activists berichten, wurden am 10. Januar sechs Bahai willkürlich verhaftet. Am 3. Januar 2010 waren 10 Baha'i verhaftet worden.

Das gerichtliche Verfahren - das eher einer Farce entspricht als einem legalen Prozeß - gegen die sieben Führungsmitglieder der Bahai-Gemeinde ist nach einer kurzen Sitzung am 7.2.2010 erneut auf ein unbekanntes Datum verschoben worden.

Der Tag des Derwischs im Iran ¹⁴⁰

Die iranischen Derwische sind Muslime und glauben an den Koran, dennoch werden sie diskriminiert. Sie glauben, dass der Mensch direkt mit Gott Zwiesprache halten kann.

von Wahied Wahdat-Hagh

Die Gonabadi-Derwische des Nematollahi-Ordens gehören zu einer iranischen Sufi-Gemeinde, die stark diskriminiert wird, sogar ihre Gebetshäuser werden zerstört. Die Derwische beten zu Gott, aber anders als der iranische Staatsklerus vorschreibt. Nachdem am 18.2.2009 ein Gebetshaus in Isfahan mit Bulldozern dem Erdboden gleich gemacht wurde, entschieden sich die iranischen Derwische am 22. Februar 2009 eine Protestaktion vor dem khomeinistischen „Parlament“ in Teheran durchzuführen. Es war eine friedliche Protestaktion, die mit Gewalt zerschlagen

¹⁴⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6580210/Der-Tag-des-Derwischs-im-Iran.html>.
26.02.10



wurde. An diesem Tag wurden mehr als 800 Derwische, Frauen und Männer, verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen die „nationale Sicherheit des Landes“ zu gefährden. Die meisten wurden freigelassen. Fünfzehn Sufis wurden rund drei Monate in Einzelhaft festgehalten. Im letzten Jahr entschieden die iranischen Sufis des Nematollahi-Ordens den 22. Februar als den „Tag des Derwischs“ auszurufen.

Tag des Derwischs wurde auch in Deutschland gefeiert

Helmut Gabel, Mitglied des „internationalen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Sufis und Studenten im Iran“ sagte über den Tag des Derwischs 2010: „Heute, am 22. Februar um 9.30, d.h. Punkt 12.00 Teheraner Zeit haben sich Sufis in der ganzen Welt für die Dauer von genau 121 Sekunden (2 Minuten und eine Sekunde) in ihren Herzen verbunden, sich konzentriert und sich dadurch miteinander verbunden, um den Menschen im Iran Mut und Kraft und Hilfe aus der geistigen Welt zu geben.“

Helmut Gabel hofft, dass infolge der „defensiven“ Aktionen die iranische Regierung aufhört die iranischen Derwische zu unterdrücken. Der Tag des Derwischs habe zudem einen „offensiven Charakter“, weil an diesem Tag die Derwische ihre „Solidarität mit den anderen Menschen, die im Iran verfolgt, gefoltert und bedrängt würden, zeigen wollen.“

Helmut Gabel will zudem vor dem „messianischen Revolutionsgedanken“ des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad warnen.

Seine Vorstellungen dürften sich nicht in Europa ausbreiten, so Gabel. Es sind insbesondere Gruppen im Umfeld der Hojjatiye, die für die Diskriminierung der Sufis verantwortlich seien.

Für die Derwische ist der messianische Glaube von Ahmadinedschad, der im Übrigen gleichzeitig die Staatsphilosophie der „Islamischen Republik Iran“ darstellt, purer Aberglaube. Tatsächlich haben in den letzten Monaten die Derwische ihre Protestaktionen gegen das „dunkle und despotische Klima“ im Iran verstärkt.

Gebetshäuser zerstört

Schon im Februar 2006 war ein Gebetshaus (Hosseinieh) der Sufis in Qom geräumt worden.

Im Mai desselben Jahres wurden rund 52 Mitglieder des Nematollahi-Ordens wegen „Missachtung der Anweisungen von Regierungsvertretern“ und der „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu Geld- und Prügelstrafen verurteilt. Die Zerstörung der Gebetshäuser der Gonabadi-Derwische und ihre Verhaftungen setzten sich im Jahr 2008 und 2009 fort und dauern bis heute an.



Der im Juni 2007 verstorbene Ayatollah Lankarani hatte im Jahr 2006 behauptet, die Sufis würden die „Jugend verführen“. Und um dieser Fatwa gleich Nachdruck zu verleihen, verbot er den Iranern jeglichen Kontakt mit Sufis. Den Derwischen wird vorgeworfen mit ausländischen Mächten in Kontakt zu stehen.

Gott und Staat dienen

Es gibt neue und alte Bewegungen von Gnostikern im Iran, die eine lange Tradition im Islam haben. Die traditionelle Frage von Gnostikern ist: Wie, auf welchem Weg erkennt der Mensch Gott? Die Sufis empfehlen den Weg über das Herz.

Am 9.2.2010 zitierte die iranische Nachrichtenagentur Aftab den Leiter der Kulturabteilung des iranischen Ministeriums für Wissenschaft, Herrn Dschalalidara, der vor dem negativen Einfluss von neu aufkommenden gnostischen Bewegungen warnte.

Eine neu aufkommende Gnostiker-Bewegung würde den Studenten ein „falsches“ Verständnis vom Islam beibringen und ihnen ein Gefühl von „extremen“ Vorstellungen der „Nachsicht“ und „Verzeihung“ vermitteln. Er erinnerte daran, dass die Gnostiker das islamische Gesetz nicht mehr ernst nehmen würden. Sie würden sogar propagieren, dass die Beziehung zwischen Mensch und Gott durch das Herz ginge. Dschalalidara warnte vor solchen Vorstellungen, die aus „Leichtsinn“ heraus den Islam säkularisieren wollten.

Tatsächlich respektieren Derwische nicht die Rolle der Kleriker als Vermittler zwischen Mensch und Gott und auch nicht die Staatsideologie des Iran, die davon ausgeht, dass der Revolutionsführer Ali Khamenei Stellvertreter Gottes auf Erden ist.

Mehrnews warnte ebenfalls vor der Gefahr der Einflussnahme von neo-gnostischen Bewegungen, die die „iranischen Universitäten angegriffen haben.“ Sie hätten die „Identität der iranischen Jugend zu ihrer Zielscheibe“ gemacht.

Laut Tabnak hat der Kleriker Hojatoleslam Ranjbaran, ein Vertreter des Revolutionsführers Ali Khamenei, vor dem Anwachsen des Einflusses der Gnostiker auch unter den Professoren iranischer Universitäten gewarnt. Zwar sei die iranische Jugend gegenüber dem „System und dem Führer“ sehr loyal und pflichtbewusst, aber es gäbe einen negativen Einfluss von „devianten Gnostikern“. Ranjbaran ist der Meinung, dass „wenn Moral und Sittlichkeit nicht im Dienst der Gesellschaft und des politischen Systems der Islamischen Republik stehen, dann ist eine solche Moral nicht edel.“

Ein historischer Blick auf die Verfolgung der Sufis

Die Sufis glauben, dass jede Einmischung des Klerus in die irdischen Belange eine Gefahr für den Islam bedeutet. Dies bringt einen prinzipiellen Konflikt mit dem Staatsklerus an der Macht mit sich.



Der Konflikt zwischen den Sufis und dem schiitischen Klerus begann vor rund 900 Jahren, im vierten Jahrhundert der islamischen Zeitrechnung, als die frühen schiitischen Dynastien im Iran errichtet wurden. Sobald der schiitische Klerus ihre Machtpositionen stabilisierte, wurden die Sufis, die sich zwar auf den Koran beziehen, aber einen direkten Weg zu Gott suchen, unterdrückt.

In der Safawiden-Dynastie, (1501-1722) die zum ersten Mal in der iranischen Geschichte die Schia zur Staatsreligion machte, gab es einen ersten Höhepunkt der Unterdrückung der Sufis:

Im Jahre 1576 wurde dem Leiter der damaligen Sufi-Gemeinde die Augen ausgestochen. Shah Ismael II befahl, die Sufis „ob klein oder groß, ob jung oder alt zu ermorden.“ An einem Tag sollen über 500 Sufis hingerichtet worden sein.

Als weiteres Beispiel sei Shah Abbas angeführt, der für seine despotische Herrschaft bekannt war. Shah Abbas verkündete im Jahre 1594 das Todesurteil für den Derwisch Khosro. Sohrab Nikusefat schreibt im ersten Buch seines zweibändigen Werkes über die „Ermordung von Andersdenkenden im Iran von Safawiden bis zur Islamischen Revolution“: „Derwisch Khosro wurde erhängt, tot an vier Kamelen festgebunden und durch die Stadt Ghazvin geführt.“

Schah Abbas wurde auch selbst aktiv und säbelte mit eigenem Schwert den Sufi Mir Seyyed Ahmad Kaschi in zwei Teile.

Die Verfolgung der Sufis ging auch unter der Qajaran-Dynastie weiter: Im Jahr 1797 verkündete der Freitagsimam von Kerman, ein Kleriker namens Mullah Abdullah Mojtahed, eine Fatwa, die dazu aufrief einen Anhänger des Nematollahi-Ordens zu steinigen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde ein Mohammadali Kermanschahi, genannt Behbahani der Sufimörder, berühmt für seine Grausamkeit.

Einerseits wurden die Sufis als Andersdenkende stets in der islamischen Geschichte verfolgt, andererseits zählten die besten und bekanntesten Dichter wie Hafiz, Molawi und Saadi zu ihnen. Es sollte niemanden wundern, dass auch in der „Islamischen Republik Iran“ die Sufis diskriminiert werden.



Iran will in den UN-Menschenrechtsrat ¹⁴¹

Die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi und die Menschenrechtsaktivistin Shadi Sadr haben sich gegen die Aufnahme des Iran in den UN-Menschenrechtsrat ausgesprochen. Die Südafrikanerin Navanethem Pillay, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, hat aber nichts dagegen.

Frau Navanethem Pillay meint, dass der „Menschenrechtsrat kein Klub von Staaten mit guter Menschenrechtsbilanz“ sein sollte. In einem Interview mit Standard sagte sie: „Opfer aus Ländern, wo Menschenrechte verletzt werden, brauchen dieses Forum, um ihre Anliegen zur Sprache zu bringen .

Sie will alle Mitgliedsstaaten fragen, was sie für die Menschenrechte in ihrem Land tun.

Diese Rechnung kann aber nicht aufgehen, denn die iranische Regierung ist kein Opfer von Menschenrechtsverletzungen, sondern Täter. Zudem plant die iranische Regierung das UN-Gremium für die eigene totalitäre Ideologie zu missbrauchen.

„Verhindert den Eintritt des Iran“

In einem offenen Brief vom 20.4.2010 an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hebt die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi hervor, dass der Iran 1976 dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, sowie 1976 dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und 1994 dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes beigetreten ist. Aber weder in der nationalen iranischen Gesetzgebung noch in der Praxis würden diese befolgt werden.

Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 12. Juni 2009 steht Iran vor der größten innenpolitischen Zerreißprobe seit der Revolution vor 30 Jahren. Klicken Sie sich durch die Ereignisse der letzten Monate und verfolgen Sie die Geschichte des Iran zurück bis ins Jahr 1979:

Viele Gesetze, die nach der Revolution von 1979 verabschiedet worden seien, würden die Frauen aufgrund ihres Geschlechts diskriminieren. Sie nennt das Beispiel eines Gesetzes, das viele Frauen diskriminiert: Ein Mann könne vier Frauen haben und ohne einen triftigen Grund könne er sich wieder von der Frau scheiden lassen. Umgekehrt hat die Frau aber nicht ein solches Recht.

Diskriminierung auf Grundlage religiöser Vorurteile

Die iranische Verfassung würde auf Grundlage von religiösen Prinzipien die Iraner diskriminieren, sagt Shirin Ebadi. Die Staatsreligion sei der schiitische Islam. Andere

¹⁴¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7318819/Iran-will-in-den-UN-Menschenrechtsrat.html>, 24.04.10



islamische Bewegungen, aber auch die zoroastrische, christliche und jüdische Religion seien anerkannt. Ebadi schreibt: „Im Iran leben aber Anhänger anderer Religionen, wie die Baha'i oder Iraner, die prinzipiell keine besondere Religion haben und generell ethischen und nicht göttlichen Normen folgen.“

In der iranischen Gesetzgebung würden aber überhaupt „keine Rechte für solche Gruppen existieren,“ schreibt Ebadi. Solche Gruppen seien von allen zivilgesellschaftlichen, politischen und kulturellen Rechten ausgeschlossen. Die Baha'i hätten laut Gesetz von Anbeginn der Revolution an noch nicht einmal ein Recht auf ein Universitätsstudium.

In der iranischen Gesetzgebung würden leider auch die Angehörigen der anerkannten Religionen nicht über gleiche Rechte verfügen wie die schiitischen Muslime, besonders nicht in der Strafgesetzgebung.

Ungleichbehandlung von Muslimen und Nicht-Muslimen

Shirin Ebadi stellt fest, dass laut islamischem Gesetz jede unverheiratete Frau und jeder unverheiratete Mann, die oder der nicht-ehelichen Sexualverkehr ausübt mit 100 Peitschenhieben bestraft wird. Wenn die Frau aber eine Muslimin und der Mann nicht Muslim sei, beispielsweise ein Christ sei, würde die Muslimin 100 Peitschenhiebe bekommen, der Mann aber hingerichtet werden.

Wenn ein Muslim einen Nicht-Muslim, beispielsweise einen Juden umbringe, werde der Muslim höchstens eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren bekommen. Wenn aber ein Nicht-Muslim einen Muslim tötet, wird er die Todesstrafe bekommen, falls die Verwandten des Ermordeten ihm nicht verzeihen.

Shirin Ebadi hebt hervor, dass Strafen wie Steinigung, Amputation von Armen und Beinen, Kreuzigung, Auspeitschungen in der iranischen Gesetzgebung existieren und immer wieder umgesetzt werden.

Mädchen sind mit 9 Jahren strafmündig

Die Friedensnobelpreisträgerin Ebadi prangert auch das sehr niedrige Mündigkeitsalter in der iranischen Strafgesetzgebung an. Mädchen würden mit 9 Jahren und Jungen mit 15 Jahren strafmündig werden. Für viele Kinder sei auf dieser Grundlage die Todesstrafe ausgeführt worden.

Ebadi geht in ihrem offenen Brief auch auf die Zensur ein. Jedes Buch, das im Iran veröffentlicht werde, müsse eine staatliche Erlaubnis besitzen. Daher seien viele Bücher verboten worden. Die Zensur würde auch die Zeitschriften und die Zeitungen betreffen. Eine Kritik der Verfassung sei beispielsweise dem Mediengesetz zufolge verboten.



Ebadi betont, dass sie nicht alle diskriminierenden Gesetze, die nach der Revolution verabschiedet wurden und in Kraft getreten seien, aufzählen könne. Als Beispiel kritisiert sie die Vollmachten des Wächterrates. Der Wächterrath ist für die Disqualifizierung von Kandidaten verantwortlich, wenn diese Andersdenkende sind.

Mörder werden staatlich gedeckt

Die Antwort der Machthaber auf die friedlichen Proteste von Millionen von Iranern nach den Wahlen von Juni 2009 sei brutal und gewalttätig gewesen. Einige identifizierte Mörder von Demonstranten würden von staatlichen Stellen sogar in Schutz genommen werden.

In der Tat seien viele Aktivisten, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen, verhaftet worden. Shirin Ebadi kritisiert die Tatsache, dass viele von ihnen „hinter verschlossenen Türen zum Tode verurteilt seien.“ Die politischen Gefangenen würden gefoltert werden und verfügen noch nicht einmal über die Rechte, die einfache Kriminelle im Gefängnis haben.

Iran ist ein großes Gefängnis für Journalisten, schreibt Shirin Ebadi. Viele Zeitungen wurden verboten und viele Internet-Nachrichtenagenturen gefiltert. Der Empfang von exiliranischen Satellitenfernsehen wird gestört. Emails und Telefonate werden stark überwacht.

Iranische Studenten werden bei kleinster Kritik in Haft gesteckt, berichtet Ebadi. Iranische Frauen, die sich für gleiche Rechte einsetzen, werden unter dem Vorwurf umstürzlerisch zu sein, verhaftet. Für über hundert Frauenaktivistinnen seien strafrechtliche Akten angelegt worden.

Shirin Ebadi schreibt in ihrem offenen Brief, dass Arbeiter und Lehrer verhaftet oder von ihrem Arbeitsplatz entlassen werden, weil sie höhere Löhne fordern.

Die iranischen Völker haben keine Rechte

Iran ist ein Vielvölkerstaat in dem arabische, türkische, kurdische, belutschische Völker leben. Die Perser stellen etwa die Hälfte der iranischen Bevölkerung dar. Shirin Ebadi kritisiert, dass die nicht persischen Völker in ihren jeweiligen Provinzen noch nicht einmal in den Schulen ihre Kinder in ihren eigenen Sprachen unterrichten dürfen und ihnen die Kultur ihres Volkes vermitteln können.

Auch manche schiitische Bewegungen, wie die Gonabadi-Derwische würden diskriminiert werden, hebt Ebadi hervor.

Hoffnung auf Ablehnung der Mitgliedschaft des Iran

Ebadi kritisiert, dass das Regime die Menschenrechtsaktivisten vehement unter Druck setzt. Sie werden willkürlich verhaftet. Ihnen wird manchmal die



Ausreisegenehmigung verwehrt, nur weil das Regime Angst hat, dass die Welt über die systematischen Menschenrechtsverletzungen im Iran etwas erfährt. Für manche Menschenrechtler hat das Regime die Todesstrafe ausgesprochen, so Ebadi.

Schließlich fragt Shirin Ebadi, ob die „Islamische Republik Iran, die seit Jahren die Menschenrechte verletze die Qualifikation für einen Eintritt in den UN-Menschenrechtsrat besitzt?“

Shirin Ebadi schreibt explizit: „Es gibt die Hoffnung, dass der Antrag der iranischen Regierung auf eine Mitgliedschaft in den UN-Menschenrechtsrat abgelehnt wird.“

Die iranische Juristin und Menschenrechtlerin Shadi Sadr, die den Lech Walesa Preis und Human Rights Defenders Tulip-Preis erhalten hat, warnte ebenfalls vor einer Aufnahme der iranischen Regierung in den UN-Menschenrechtsrat. Shadi Sadr sagte, dass die iranische Regierung versuchen würde jede Stimme, die seiner Wahl dienen könnte zu kaufen.

Shadi Sadr warnt davor, dass Vertreter iranischer Regierung eines Tages in diesem Gremium einfach die Position vertreten könnten, dass beispielsweise „niemand bei den Demonstrationen im letzten Jahr getötet worden sei.“

In der Tat sind manche muslimische Staaten geneigt den Iran in den Menschenrechtsrat zu wählen.

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verliert endgültig seinen Sinn, wenn die „Islamische Republik Iran“ als Mitglied dieses Organs ihre totalitären Ideen dort propagieren und umsetzen würde.

Kein 1. Mai im Iran ¹⁴²

Im Vorfeld des 1. Mai hat der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei eine Rede vor einer Versammlung von iranischen Arbeitern gehalten. Er betonte, dass Arbeiter „Mojaheds auf dem Weg Gottes“ seien.

Im materialistischen Denken sei der Arbeiter lediglich ein Instrument, sagt der iranische Revolutionsführer. Im Islam aber sei der Arbeiter ein „Mojahed auf dem Weg Gottes“. Für seine Arbeit werde der Arbeiter auch „Gotteslohn“ bekommen.

Khamenei meint, dass die iranische Arbeiterklasse im achtjährigen Krieg gegen den Irak ihre „Prüfung sehr gut bestanden“ habe.

¹⁴² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7413353/Kein-1-Mai-im-Iran.html> , 30.04.10



Der Feind habe stets versucht die iranische Arbeiterklasse als einen „politischen Hebel gegen das islamische System zu benutzen“. Dieser Versuch sei aber gescheitert.

Der iranische Revolutionsführer beschrieb das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber wie folgt: „Im islamischen System beruht das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber auf Versöhnung, Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit von Zielen.“

"Tod Amerika, Tod Israel"

Khamenei unterscheidet die islamistische Vision von der kapitalistischen und der sozialistischen. Wie auf seiner offiziellen Website zu lesen ist, sagte der Revolutionsführer:

„Wir lehnen den Arbeitgeber wie die sozialistische Vorstellung es tut, nicht ab. Wir sagen auch nicht, dass der Arbeitgeber alle Vollmachten innehat. Wir glauben, dass eine menschliche und islamische Beziehung und die Kooperation der Beziehungen dieser zwei ehrenvollen Subjekte den Fortschritt des Landes realisieren werden.“

Kayhan berichtete zudem am 29.4.2010, Khamenei habe betont, iranische Arbeiter würden seit 30 Jahren mit ihren Fäusten in den Mund der Amerikaner hauen.

Wie an jedem Freitag sendete Radio Teheran auch am 30. April das Freitagsgebet. Wie an jedem Freitag wurde „Tod Amerika“ und „Tod Israel“ gerufen. Die linken und marxistischen Gruppen, die seit 30 Jahren im Iran verboten sind, wurden massiv angegriffen. Es wurde beim Freitagsgebet Bezug genommen auf den zu Beginn der Revolution verstorbenen Ayatollah Morteza Motahari. Schon dieser habe sich während der Revolution von 1979 gegen die marxistischen und linken Organisationen ausgesprochen, die die iranischen Arbeiter verführen wollten.

Der Grundtenor des Freitagsgebets war einfach gestrickt: Die Lehrer und Wissenschaftler seien für den Fortschritt des Iran verantwortlich und die Arbeiter für die Produktion. Sie alle sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren und gemeinsam die Feinde des Islam bekämpfen. Bei diesem Freitagsgebet wurde auf die anstehende „Revolution des Mahdi“, des angeblich noch zurückkehrenden 12. Imam verwiesen. Die Fiktion der Ideologie der Rückkehr des 12. Imam gemischt mit der Idee einer „Revolution von Mahdi“ gegen den Westen ist in der Tat eine explosive ideologische Mischung.

Der Tag der Islamischen Kommunalräte und des Persischen Golfes

Der Tag der islamischen Kommunalräte, die nicht ohne Überlegung zwei Tage vor dem 1. Mai begangen wird, soll die islamistische Mobilisierung an der Basis der Gesellschaft stärken. In einer Rede vom 29.4.2010 sagte Präsident Ahmadinejad



über die Räte: „Die Räte müssen selbst auf sich aufpassen.“ Er warnte vor einer Abweichung der Kommunalräte von der herrschenden politischen Linie.

Am 30. April wurde zudem der „Tag des Persischen Golfes“ gefeiert. Ahmadinejad bezog sich in einer Rede sogar auf den altpersischen König Xerxes. Dieser habe schon vor 2500 Jahren die Sklaverei abgeschafft. Tatsächlich gibt es eine Diskussion in der arabischen Welt, ob der Golf nicht „Arabischer Golf“ heißen sollte. Nicht der Internationalismus der Arbeiter, sondern ein khomeinistischer Nationalismus wird ein Tag vor dem 1. Mai propagiert.

Moussawi und seine Frau Zahra Rahnaward kritisieren den sozialen Misstand

Mir Hussein Moussawi hat im Vorfeld des 1. Mai die Inflation, die niedrige Produktivität, die Nicht-Bezahlung von Arbeiterlöhnen im Land kritisiert. Moussawi kritisierte, dass der „nationale Markt den Fremden überlassen“ werde. Dies würde das Leben der Arbeiter beeinflussen. Moussawi ist weiterhin der Überzeugung, dass die Einhaltung der Verfassung eine Lösung für die iranische Gesellschaft sei. Er ist der Meinung, dass weil die Verfassung nicht eingehalten werde, die „muslimischen Märkte nicht in der Lage sein würden sich gegen die Invasion der fremden Märkte zu verteidigen.“ Daher könne die iranische Industrie nicht verteidigt werden, berichtete Jaras.

Zahra Rahnaward, die Ehefrau von Moussawi forderte die Entlassung aller Arbeiteraktivisten und Lehrer aus der Haft. Sie kritisierte Ahmadinejad, der in Interviews mit ausländischen Medien behaupten würde, dass der Iran frei sei.

Sie fordert weiterhin Neuwahlen und hält dabei an der khomeinistischen Verfassung fest. Jaras meldete auch, dass eine Gruppe von politischen Gefangenen im Iran am 1. Mai einen Hungerstreik beginnen wolle.

Unerlaubte Arbeiterdemonstrationen in Teheran angekündigt

Wie Roozonline berichtete, werden am 1. Mai Arbeiter in Teheran demonstrieren. Angeprangert werden Probleme wie Massenentlassungen, Schließung von Fabriken und permanente Verhaftung von Arbeiteraktivisten.

Die Diktatur hat jegliche Demonstration am 1. Mai verboten. Es sollen lediglich staatlich kontrollierte Veranstaltungen durchgeführt werden. Dennoch haben elf verschiedene Arbeiterorganisationen und Syndikate eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Sie kämpfen für die Gründung von legalen unabhängigen Arbeitervereinigungen und für Meinungsfreiheit, berichtete Roozonline.

Auch iranische Studenten verschiedener Universitäten haben angekündigt sich mit der iranischen Arbeiterbewegung zu solidarisieren.



Die säkulare politische Opposition kritisiert das Regime

Die Nationale Front des Iran, eine Bewegung, die sich auf den nationalistischen Politiker und Ex-Ministerpräsidenten Mossadegh beruft, warnte die iranischen Arbeiter vor der staatlichen Ideologie der „Islamischen Republik Iran“, die den Arbeitern seit 30 Jahren die „Gerechtigkeit von Imam Ali“ verspreche. Dabei seien seit der Revolution von 1979 lediglich Arbeiterverbände gegründet worden, die der Herrschaft des Regimes dienten, aber nicht den Interessen der Arbeiter. Sogar staatliche Institutionen würden indessen zugeben, dass Millionen Menschen im Iran unter der Armutsgrenze leben. Die Nationale Front des Iran schreibt, dass sogar Unternehmer unter der Herrschaft der „Islamischen Republik“ leiden. Die Nationale Front kritisiert die „unmenschlichen, antinationalen und antidemokratischen herrschenden Strukturen“. Ausdrücklich heißt es: „Mafiose ideologisch-religiöse Banden“ würden die Rechte der iranischen Bürger „opfern“. Die iranische Mittelschicht könne nicht alleine den Kampf für Bürgerrechte gewinnen. Die in Europa ansässige Exilorganisation der Nationalen Front spricht sich für einen „demokratischen Kampf“ gegen das herrschende Regime aus und fordert alle „ethnischen und Klasseninteressen“ zunächst beiseite zu schieben.

Verschiedene sozialistische Exilorganisationen sprechen sich gegen die Politik der muslimischen Reformer und für die Abschaffung des herrschenden Regimes im Iran aus.

Solche Organisationen gehen in ihren Analysen davon aus, dass die iranischen Arbeiter keine Rechte innerhalb der Islamischen Republik bekommen werden.

Im Iran sollen 1120 Gefangene hingerichtet werden ¹⁴³

Die Grüne Bewegung des Iran verfügt über ein Dokument, wonach 1120 Gefangene hingerichtet werden sollen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Die Nachrichtenagentur der „Irangreenvoice“ berichtet über ein „geheimes Schreiben“ des iranischen Justizministers Sadeq Laridschani, das an den Revolutionsführer Ali Khamenei gerichtet ist. In diesem „geheimen Schreiben“ bittet der Justizminister das Staatsoberhaupt des Iran, Ali Khamenei, das Todesurteil von 1120 Gefangenen zu unterschreiben. Die Hinrichtung der 1120 Personen sei zuvor vom Obersten Gerichtshof beschlossen worden, berichtet „Irangreenvoice“.

¹⁴³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article9053155/Im-Iran-sollen-1120-Gefangene-hingerichtet-werden.html> 17.08.10



Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Schreiben echt ist, soll sehr hoch sein, da manche Anhänger des Ex-Ministerpräsidenten Moussavi noch sehr gute Kontakte zur staatlichen Bürokratie des Iran haben sollen.

„Irangreenvoice“ zufolge werden in der Regel die Todesurteile vollstreckt, sobald der Oberste Gerichtshof, wie in diesem Fall, die Hinrichtungen entschieden hat. Gegenwärtig schaue die Weltöffentlichkeit jedenfalls auch auf die Menschenrechtslage im Iran, daher habe der Justizminister Ali Khamenei um eine endgültige Entscheidung gebeten. Offiziell seien die meisten der 1120 Verurteilten wegen Drogenhandels zum Tode verurteilt worden, wie aus dem Schreiben hervorgeht.

Die iranischen Gefängnisse seien überfüllt und würden mehr als sechs Mal so viel Insassen haben, wie die eigentliche Kapazität der Gefängnisse erlauben würde, erläutert „Irangreenvoice“.

Hamid Nowzari, Geschäftsführer des Vereins iranischer Flüchtlinge in Berlin sagt zu diesem Plan: „Diese Art von Geheimbriefen zur Hinrichtung von Gefangenen, insbesondere von politischen Gefangenen, hat eine lange Tradition in der Islamischen Republik Iran. Kurz nach der Revolution wurde eine Liste von Angehörigen der Bahai-Religion aufgestellt, um die Führung der Gemeinde zu liquidieren. Anfang des Frühlings 1981 wurden die Namen der oppositionellen Gruppen und Parteien und deren Funktionären, Mitgliedern und Anhängern aufgelistet, um diese im Sommer 1981 zu verbieten und zu liquidieren. Im Sommer 1988 unterzeichnete Khomeini ein Schreiben, in dem er verfügte, dass alle politischen Gefangenen, die sich nicht zum Islam bekennen, hingerichtet werden sollen. Im Sommer 1988 wurden um 4000 Gefangene hingerichtet und in den 90er Jahren wurden systematisch Intellektuelle und Schriftsteller ermordet und nun der Brief des iranischen Justizministers. Offenbar geht es hier um eine neue Hinrichtungswelle. Wir dürfen es nicht verschweigen und wir müssen es der Welt sagen.“

Gefangene der Despotie

Die „Irangreenvoice“ hat am 11.8.2010 eine Liste von 125 „Gefangenen der Despotie“, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen Ahmadinedschad verhaftet worden sind, aufgestellt. Es handelt sich um einen Teil von namhaften Gefangenen, die in diesem Zusammenhang verhaftet wurden. „Irangreenvoice“ ruft nun alle Iraner dazu auf im islamischen Fastenmonat Ramadan, der am 11.8.2010 begann, täglich für gruppenweise ausgewählte Gefangene zu beten .

Und der reformorientierte Ayatollah Dastgheyb warnte die iranische Regierung vor dem „falschen Weg“, den sie gehe. Er fuhr fort: „Ihr behauptet, dass ihr an den Koran und Sunnat und den Tag der Wiederauferstehung glaubt und ihr glaubt die Besten zu



sein. Aber es ist wahrscheinlich, dass ihr euch irrt.“ Er widersprach den Vorwürfen der Regierung, dass der kritische Klerus das Volk aufhetzen würde .

Die „Irangreenvoice“ hat eigene Gebete für ihre Anhänger ausgesucht und ins Netz gestellt, die während des islamischen Fastenmonats gesprochen werden sollten und will damit auch im religiösen Sinne ein Zeichen setzen und sich von der Regierung distanzieren .

Internationaler Protest

Regierungen und Menschenrechtsorganisationen haben die Aufhebung des Urteils des iranischen Unrechtssystems gegen das Führungsgremium der iranischen Bahai-Religionsgemeinschaft gefordert. Die sieben Führungsmitglieder der iranischen Bahai-Gemeinde waren am 8. August allein wegen ihrer Glaubensvorstellungen zu jeweils 20 Jahren Haft verurteilt worden. Laut einer Erklärung der Organisation „Human Rights and Democracy Activists in Iran“ sind die sieben Bahai in das berüchtigte Rajai Gefängnis In Gawhar-dasht/Karaj gebracht worden .

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Markus Löning hat in einer Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes die Aufhebung des Urteils gegen die sieben Führungsmitglieder der Bahai-Religionsgemeinschaft gefordert .

Neben den Regierungen Australiens, Kanadas und Frankreichs hat auch EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton gegen das Urteil protestiert. Ashton hat die sofortige Freilassung der sieben Bahai gefordert .

Der Sprecher des US-Außenministeriums in Washington, Philipp J.Crowly, äußerte am 10.August beim täglichen „Briefing“ der Presse die lange währende Besorgnis der US-Regierung in Bezug auf die Verfolgung von religiösen Minderheiten. Er sagte über die iranische Gesellschaft: „Es ist nicht eine tolerante Gesellschaft. Und wir sind besorgt über das spezielle Urteil, aber auch über andere Aktionen der iranischen Regierung .“

Am selben Tag hatte US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton erklärt, dass die Vereinigten Staaten den Völkern der Welt beistehen werden, wenn sie ihre universellen Menschenrechte einfordern und die Freiheit verteidigen .

"Can you solve this?" ¹⁴⁴

In Iran, many young people are denied the right to study, be they Muslim or Bahai. If they campaign for human rights and right to education, they are expelled from the university. The Bahai, as a matter of principle, are forbidden the right to study.

¹⁴⁴ <http://europeandemocracy.eu/2011/08/can-you-solve-this-german/> 30.08.11



Viele junge Menschen bekommen im Iran kein Recht auf Studium. Ob Muslime oder Bahai. Wenn sie sich für Menschenrechte und Recht auf Bildung einsetzen, werden sie von der Universität verwiesen. Die Bahai haben prinzipiell kein Recht auf Studium.

Majid Dori wurde wegen seiner politischen Aktivitäten von der Universität exmatrikuliert und am 9. Juli 2009 in Teheran verhaftet. Er wurde zuerst zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 20. Mai 2010 wurde seine Gefängnisstrafe auf sechs Jahre herabgesetzt. Ihm wurde Kontakt mit iranischen Organisationen, die außerhalb des Iran aktiv sind, vorgeworfen. Studenten wie Majid Dori, die allein wegen ihres politischen Denkens verhaftet werden, nennt man im Iran „setaredar“ (Sternträger).

Zia Nabavi ist Muslim und Sprecher des „Rates zur Verteidigung des Rechts auf Studium in der iranischen Stadt Babol. Er wurde lediglich wegen seiner Menschenrechtsaktivitäten zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Er hat erfolgreich Chemie zu Ende studiert und sich erst danach für das Fach Soziologie beworben. Er bestand die Aufnahmeprüfung, durfte aber nicht studieren. Er wurde zudem am 15. Juni 2009 verhaftet und sitzt seitdem in Haft. Er wurde zu 15 Jahren Gefängnisstrafe und 74 Peitschenhieben verurteilt. Zudem wurde er von der nordiranischen Stadt Babol in ein Gefängnis in der südiranischen Stadt Ahwas gebracht. Sein Anwalt erfuhr von dem Richter, dass das Urteil direkt vom Geheimdienstministerium verkündet worden sei. Am 29. Mai 2010 wurde die Gefängnisstrafe auf 10 Jahre herabgesetzt, berichtet das „Human Rights House of Iran.“ Zia Nabavi gehört zu den „Sternträgern“.

Sama Nurani ist Bahai. Er begann sein Studium der Medizin in Tabriz im Oktober 2008. Als die Zensurbehörden davon erfuhren, dass er Bahai ist und er sich für das Recht auf Studium anderer Studenten einsetzt, wurde er exmatrikuliert. Er zählt zu den „Sternträgern“, weil er nur wegen seiner religiösen Zugehörigkeit zur Bahai-Religion am 3. März 2010 verhaftet worden ist. Am 26. April 2010 wurde er zunächst gegen eine Kautionsfreigabe freigelassen. Am 11. Juli 2011 wurde erneut eine Haftstrafe gegen ihn ausgesprochen. Er wurde zu einem Jahr Gefängnisstrafe verurteilt. Er betont, dass er sich stets auf legalem Wege für das Recht auf Studium eingesetzt hat. Ihm wird aber vorgeworfen, dass er „Propaganda gegen das Regime“ verübt habe, berichtet die Menschenrechtsorganisation „Committee of Human Rights Reporters“. Es gehört zu den grausamen Absurditäten einer islamistischen Diktatur, die, um Angst und Schrecken zu verbreiten, einen Menschen, der sich friedlich für das Recht auf Studium einsetzt, verhaftet. Auch Sama Nurani zählt zu den iranischen „Sternträgern“.

Die Bahai International Community forderte in einem offenen Brief an die iranische Regierung ein „Ende der ungerechten und unterdrückerischen Politik.“ Jeder Mensch habe gemäß seiner Fähigkeiten die Pflicht sich Wissen anzueignen, um die Gesellschaft zu verbessern. Es sei unethisch und gegen alle gesetzlichen und



religiösen Maßstäbe, wenn junge Menschen daran gehindert würden sich Wissen anzueignen. Keine Regierung dürfe ihre Bürger von diesem Recht abhalten.

Mehdiye Golru ist Muslimin. Nach der Wahl von Präsident Ahmadinejad im Sommer 2006 war sie aktiv in muslimischen Studentengruppen in Teheran. Zwei Monate vor der Beendigung ihres Studiums wurde sie exmatrikuliert. Im Sommer 2007 wurde sie zum ersten Mal verhaftet. Sie wurde damals nach einer Woche freigelassen. Am 2. Dezember 2009 wurde sie erneut gemeinsam mit ihrem Ehemann Vahid Lalipur verhaftet, ohne Haftbefehl. Ihr Ehemann, der politisch nicht aktiv war, wurde nach zwei Monaten gegen eine Kautionsfreilassung freigelassen. Die Verhörbeamten wollten unter Zwang das Geständnis erpressen, dass sie Kontakt mit den Volksmujahedin habe. Einen solchen Vorwurf hat sie stets abgelehnt. Am 7. Juli 2010 wurde sie zunächst zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Am 25. Juli 2010 wurde ihre Haftstrafe auf zwei Jahre reduziert. Am 16. April 2011 wurde eine neue Gerichtsakte mit neuen Vorwürfen gegen sie eröffnet. Sie habe „gegen das System“ propagiert, wurde ihrem Anwalt mitgeteilt. Sie soll eine studentische Aktion mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Der gesundheitliche Zustand von Mehdiye Golru ist sehr schlecht und die geforderte Kautionsfreilassung ist so hoch, dass ihre Familie den hohen Betrag nicht zahlen kann. Indessen wurde ihr Ehemann erneut am 23. August 2011 verhaftet. Er hatte in einem Brief an seine Ehefrau, der im Internet veröffentlicht wurde, hervorgehoben, dass er und sie immer an die Unschuld so vieler verhafteter Personen geglaubt haben. Er bezeugte in dem Brief seine Liebe zu seiner Ehefrau und dass sie gemeinsam daran glaubten, dass sie ihrer Rechte beraubt wurden. Nun gehören sie beide zu den „Sterntägern“ der „Islamischen Republik Iran“.

Bahai und Nicht-Bahai setzen sich auch im Exil für das Recht von jungen Iranern auf ein Studium ein. Es lohnt sich die Aktion im Internet zu verfolgen unter www.can-you-solve-this.org

Iran und die Erklärung der Menschenrechte ¹⁴⁵

Die wissenschaftliche Abteilung des iranischen Pseudo-Parlaments lehnt die Menschenrechte und westliche Demokratien ab. Das islamische Menschenrechtsverständnis geht prinzipiell davon aus, dass das islamische Gesetz als von Gott offenbartem Gesetz die Menschenrechte definiert. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 wird daher abgelehnt.

Die Kairoer Erklärung zu den Menschenrechten im Islam wurde am 5. August 1990 von den Mitgliedstaaten der Organisation Islamischer Konferenz verabschiedet. Im Juli 2008 erklärte Präsident Ahmadinejad diesen Tag zum „Internationalen Tag der Islamischen Menschenrechte“. Nun vergleicht die wissenschaftliche Abteilung des

¹⁴⁵ https://www.achgut.com/artikel/iran_und_die_erklaerung_der_menschenrechte, 19.08.11



iranischen Pseudo-Parlaments in einer neuen 48-seitigen Studie vom August 2011 die islamischen und die „westlichen“ Menschenrechte miteinander. Darin wird die Behauptung aufgestellt, dass der geistige Vater der „Islamischen Menschenrechte“ der am 16. November 1998 verstorbene Kleriker und Philosoph Mohammad Taghi Jafari gewesen sei. Gleichzeitig wird in dieser „parlamentarischen“ Studie des Iran erklärt, warum die „westliche Demokratie“ kein gutes politisches System darstellt.

Taghi Jafari war der Meinung, dass Menschenrechte nur auf der Grundlage eines bestimmten Wertesystems definiert werden können. Er war der Meinung, dass das Menschenbild, das der Philosophie der Menschenrechte zugrunde liegt den Vorstellungen des Propheten der Muslime entsprechen müsse. Daher sprach er von islamischen Menschenrechten, die anders definiert seien als die „westlichen Menschenrechte.“ Der universelle Anspruch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird daher nicht anerkannt und als „westlich“ herabgewürdigt. Jafari ging davon aus, dass das islamische Gesetz heute einen universellen Anspruch besitze, denn es handle sich dabei um das letzte Wort Gottes. Daher sollten die „islamischen Menschenrechte“ den Vorstellungen des Propheten der Muslime entsprechen.

Hojatul-Islam-wal-Muslimin Reza Zahravi, der Autor der „parlamentarischen“ Studie schreibt in Anlehnung an Jafari, dass die „westliche Sicht der Menschenrechte auf friedlicher Koexistenz beruhe, die mit Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft einhergehe.“

Ein solcher Ansatz wird in der Studie abgelehnt. Denn dieser schaffe nicht eine „Grundlage, die alle Menschen als eine Familie“ betrachte. Ein solches Ziel könne nur erreicht werden, wenn „höhere Ziele, die auf der Grundlage des Islam beruhen, geschaffen werden.“

Um den Unterschied zu den „islamischen Menschenrechten“ herauszuarbeiten, zitiert Zahravi den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, der stets betont habe, dass der Westen immer „unter dem Deckmantel der Menschenrechte verschwörerisch“ gehandelt habe. Khomeini habe gesagt, dass es „Menschen gibt, die im Namen der Menschenrechte die Menschenrechte verletzen.“

Und am 28. Juni 1989 habe der gegenwärtige Revolutionsführer Ali Khamenei gesagt: „Wir glauben nicht an die Menschenrechte, die heute von den Regierungen und den Organisationen, die von den Großmächten abhängig sind, verkündet werden. Für uns ist das alles List und Lüge.“

Die Menschenrechte, so wie der Islam sie definieren würde, seien „fortschrittlicher“ als die westliche Sichtweise, habe Ali Khamenei schon am 12. März 1990 hervorgehoben, heißt es in der Studie. Und ebenfalls im März 1990 habe Khamenei gesagt: „Die Menschenrechte sind ein Betrug. Amerika und viele der Großmächte glauben gar nicht an Menschenrechte. Sie lügen. Die Menschenrechte sind gut für



die Überlistung von Menschen und als allgemeines Druckmittel. Wenn sie eine Regierung unter Druck setzen wollen, werfen sie ihr Menschenrechtsverletzung vor.“

Ayatollah Jafari habe hervorgehoben, heißt es in der Studie, dass „im Islam die Menschenrechte religiös definiert worden“ seien. Daher beruhe ein solches „Rechtssystem auf dem Willen Gottes. D.h. Gott hat all die Gesetze und Pflichten für die Menschen geschaffen.“ Daher müsse der Mensch die Gesetze Gottes mit Freude ausführen und müsse davon ausgehen, dass diese zum „Wachstum der Menschen“ beitragen. Diese islamischen Gesetze beruhen auf dem Propheten Abraham und da sich „alle Religionen auf Abraham berufen, ist die weltweite Verantwortung für die Menschenrechte evident“, meinte Jafari der Studie des Majless zufolge.

Die westliche Sicht der Menschenrechte würde davon ausgehen, dass alle Menschen in der Welt die gleichen Rechte haben, was die Grundlage der westlichen Freiheitsvorstellungen sei. Ein solcher Ansatz wird abgelehnt, da für die westlichen Menschenrechte „der innere Wert des Menschen“ kein Thema sei.

Hier wird eindeutig der Superioritätsanspruch, ein totalitärer Anspruch, deutlich, der dem Muslim, der an Khomeini glaubt, einen anderen „inneren Wert“ zuspricht, als anderen Muslimen und Andersdenkenden.

Im westlichen Menschenrechtsverständnis gehe man davon aus, dass alle Menschen, trotz ihrer nationalen und kulturellen Zugehörigkeit gleich seien. Eine solche Gleichheit wird abgelehnt. Solche Menschenrechte hätten nur einen Sinn, wenn „Rechte für das Leben der Menschen“ existieren würden, heißt es in der Studie. Wenn der Mensch sich „höhere Werte“ angeeignet habe, sei auch die Verwirklichung der wahren Liebe zwischen den Menschen möglich. Eine zwischenmenschliche Liebe sei wiederum abhängig von der Liebe der Menschen zu Gott.

Das Problem dieser Interpretation ist aber, dass Vertreter einer irdischen totalitären Diktatur bestimmen, wie dieses Verhältnis zu Gott auszusehen hat. Das offensichtliche Problem ist aber, dass die iranischen Machthaber und der Staatsklerus darüber befinden wie eine Abhängigkeit des Menschen von Gott auszusehen hat.

Auch hier wird die totalitäre Utopie des Islamismus sichtbar. Der Islam wird überhöht und damit wird auch der islamistische Herrscher und die herrschende Klasse des Staates über die anderen Menschen gestellt. Gleiche Rechte bekommt der Mensch dieser Philosophie zufolge nur als treuer Untertan in einer islamistischen Diktatur, wie die der „Islamischen Republik Iran.“

In der wissenschaftlichen Studie des iranischen Pseudo-Parlaments werden die westlichen Menschenrechte mit einem „Schloss“ verglichen, das auf die Spitze eines heißen Vulkans gebaut worden sei.



Die westlichen Menschenrechte würden Meinungsfreiheit und Abschaffung der Armut als ihre Motive aufführen. Diese Themen seien aber gar nicht das Ziel, sondern nur ein Mittel zum Zweck.

In der Studie des iranischen „Parlaments“ wird betont, dass es Unterschiede zwischen den islamischen und westlichen Menschenrechten gebe. Beispielsweise gehe das islamische Menschenrechtsverständnis davon aus, dass die Menschen nicht von anderen Menschen eine Belohnung fordern sollten. Denn der Mensch werde durch seine Nähe zu Gott gütig. Die Menschen sollten aus ihrer Überzeugung heraus einander helfen. Der Islam würde die Menschen als Mitglied einer Familie betrachten. Ihre Beziehung untereinander müsse „brüderlich“ sein.

Der Verfasser der Studie unterstellt, dass das westliche Verständnis der Menschenrechte Religionen und Gottesverständnis ablehnen würde. Dies ist nicht nachvollziehbar, denn gerade die UN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verteidigen eine Religionsfreiheit, die beispielsweise im Iran nicht existiert.

Mit einer geradezu absurden Argumentationskette werden die „westlichen Menschenrechte“ in Frage gestellt. Es wird beanstandet, dass im „westlichen“ Verständnis der Menschenrechte der Mensch im Mittelpunkt aller Dinge stehe und nicht Gott. Es wird gefragt, ob das Verständnis vom Menschen darauf beschränkt sei, dass der Mensch ein Lebewesen sei, das von „unbewussten Gesetzen der Natur beherrscht“ werde, nach einem „ziellosten Leben“ strebe, die „Natur zerstöre“, sich in „Kämpfe verstricke“ und nach einem „genussvollen Leben“ „unter die schwarze Erde“ gehe? Der Leser der Studie könnte den Eindruck bekommen, als ob das westliche Verständnis der Menschenrechte ein rein nihilistisches sei und Religionen per se ablehne. In einer geradezu banalen Form wird behauptet, dass die „westlichen Menschenrechte“ keine „höheren Ziele“ kennen würden.

Der Mensch müsse zuallererst „seinen Platz in der übernatürlichen Welt finden“, wo sein eigentlicher Platz ist, und solange könne man nicht von den Menschen erwarten, dass sie sich einigten. D.h. ein menschlicher Konsens kann nur über den Islam entstehen - obendrein so, wie der Staatsklerus im Iran diesen interpretiert.

In der Studie des islamistischen Pseudo-Parlaments wird kulturalistisch argumentiert. Jeder Mensch und jede Gesellschaft suche für sich Prinzipien auf deren Grundlage Gesetze geschaffen würden, die gemäß der eigenen Kultur konzipiert seien. Der Autor dieser Studie, ähnlich wie die Machthaber der totalitären Diktatur im Iran, geht davon aus, dass auf der „Grundlage der westlichen Menschenrechte das Gesetz, worauf die Kultur beruhe, nicht definiert werden könne.“ Daher sei auch nicht klar, was der Westen unter „Gerechtigkeit“ verstehe. Deswegen brauche der Westen die „höhere Moral“ des Islam.



In dieser Studie ist die Rede von einer „verantwortungsbewussten Freiheit“, die nur in einer islamischen Gesellschaft entstehen könne. Daher sei die Freiheit im Westen keine Freiheit. Es sei nur eine Freiheit von Egoisten. Die wahre Freiheit entstehe auf der Grundlage des islamischen Rechts.

In der Studie wird auch kritisiert, dass die westlichen Menschenrechte in einem demokratischen Staat umgesetzt werden müssten. Ein solcher Staat sei aber das Problem. Jeder könne in einem demokratischen Staat frei nach seinem Geschmack leben, solange dieser nicht die Rechte der anderen verletze. Dies führe dazu, dass die „hohen ethischen Maßstäbe eines Menschen zerstört würden.“

Offenbar ist dies der Grund, warum seit 32 Jahren die Islamisten im Iran alle Andersdenkenden entweder in den Kerker geworfen, ermordet oder ins Exil gejagt haben.

Der Autor der Studie sieht aber auch Gemeinsamkeiten der westlichen und der islamischen Menschenrechte. Es wird festgestellt, dass beide „Systeme“ das Recht auf Leben thematisiert haben. Beide würden die Würde des Menschen berücksichtigen. Beide „Systeme“ würden davon ausgehen, dass die „Verantwortlichen“ einer Gesellschaft das Recht auf Lehre und Erziehung bekommen. Die Verantwortlichen beider Systeme würden auch das Recht auf Freiheit in ihrer Verfassung definieren.

Das Problem bleibt auch hier, dass die Machthaber einer Diktatur, die die Meinungsfreiheit per Definition ablehnt, gleichzeitig die Freiheit definieren will.

Am Ende der Studie werden die Differenzen zwischen den islamischen und „westlichen“ Menschenrechten ausgearbeitet. Im Islam werde das Leben als ein Geschenk Gottes verstanden, aber im Verständnis der westlichen Menschenrechte sei eine solche Vorstellung nicht vorhanden. Im Islam dürfe niemand seinem eigenen Leben Schaden zufügen, daher sei auch die Abtreibung außer aus medizinischen Gründen, verboten. Im Westen hingegen nicht.

Im islamischen Verständnis würde Gott den Menschen eine innere Würde verleihen. Zudem gäbe es eine Form der Würde, die von Werten bestimmt werde. Hier muss man schon fragen, wo die Würde der politischen und aus religiösen Gründen Inhaftierten im Iran geblieben ist. Wo ist die Würde der verstorbenen Menschen, beispielsweise der Angehörigen der Bahai-Religion, geblieben, die als Verstorbene kein Recht auf eine Ruhestätte bekommen? Wo ist die Würde eines jungen Menschen geblieben, der nicht studieren darf, weil er Bahai ist?

Der Gipfel des Zynismus wird erreicht, wenn behauptet wird, dass nach westlichem Menschenrechtsverständnis zwar eine Schulpflicht bestehe, der Islam aber das Recht auf lebenslange Erziehung fordere. Als ob nicht zu Beginn der Islamischen Revolution von 1979 die Universitäten in einer „islamischen Kulturrevolution“



islamisiert wurden, als ob gegenwärtig nicht wieder eine forcierte Islamisierung der Universitäten mit Hilfe der gewalttätigen Bassij-Kräften stattfände.

Im islamischen Recht muss der Großvater das Erziehungsrecht der Kinder übernehmen, in den westlichen Staaten sei dies aber nicht so geregelt. Es wird dabei verschwiegen, dass ein Großvater nach iranischem Recht sogar das Recht auf die Tötung seiner Enkelkinder bekommt, falls diese sich seiner Meinung nach beispielsweise unislamisch verhalten. Eine Tatsache, die von allen iranischen Menschenrechtlern, die sich mit Kinderrechten im Iran auseinandersetzen, beanstandet wird.

Die Studie geht dann auf das „Menschenrecht auf Almosen“ im Islam ein. Ein Recht auf Almosen gäbe es im Westen nicht. Auch die Medien müssten dafür sorgen, dass die Menschen dem Islam dienen. Im Westen würden die Medien nur im „Dienste der Selbstsucht“ arbeiten. Im Islam dürfe niemand bedingungslos das Recht auf Meinungs- und Glaubensfreiheit nutzen. Im Islam dürfe die Freiheit nicht dazu benutzt werden, um jede Meinungs- und Religionsüberzeugung zu verkünden.

Die Praxis belegt die Gültigkeit dieser falschen Argumentation. Der Iran gilt als das größte Gefängnis der Welt für Journalisten, die sich diesen von der Regierung diktierten „höheren Werten“ nicht unterordnen.

Natürlich werden in dieser Studie die islamischen Menschenrechte gegenüber den „westlichen“ als die höheren und besseren Werte dargestellt.

Das ideologische Verständnis der Menschenrechte, das die „wissenschaftliche Abteilung des iranischen Parlaments“ vertritt, beweist lediglich den totalitären Herrschaftsanspruch des Islamismus.

„Ich schäme mich, dass ich noch frei bin“¹⁴⁶

Navid Khanjani ist ein iranischer Menschenrechtler. Er darf im Iran nicht studieren, weil er Bahai ist. Auf legalem Wege versuchte er sein Recht auf akademische Bildung einzufordern. Dafür wurde er am 2. März 2010 verhaftet. Nach 65 Tagen wurde er gegen eine Kautions von rund 65.300 Euro freigelassen. Im Februar 2011 wurde ein neues Urteil gegen ihn verkündet. Er wurde zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Zudem hat er ein Ausreiseverbot bekommen. Er ging in Berufung. Zwischenzeitlich setzt er seine Menschenrechtsaktivitäten fort. Noch ist nicht klar, wann er wieder ins Gefängnis kommt. 12 Jahre Haft für einen Menschenrechtsaktivisten ist die Höchststrafe, die für Weblogger bisher vergeben wurde. Dennoch schreibt er weiter auf Facebook und auf seinem Weblog.

¹⁴⁶ http://www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article/ich_schaeme_mich_dass_ich_noch_frei_bin/
02.08.2011



Am 30. Juli 2011 schrieb Khanjani über seinen Mitstreiter, Sama Nourani: „Heute Nacht bin ich voller Sorge. Was war unser Verbrechen? Was wollten wir denn mehr als ein wenig Freiheit?“

Navid Khanjani und sein inzwischen verhafteter Freund dürfen im Iran nicht studieren. Daher fragt er die „Herren“ des Geheimdienstes und die Revolutionsgardisten: „Wäre es so schwer zu ertragen gewesen uns an einer Universität zu erleben?“

Khanjani schreibt über Sama Nourani: „Sein einziges Verbrechen war sein Protest gegen seinen Rauswurf aus der Universität von Tabriz. Morgen muss er dafür Tribut zahlen. Er hat sich auf legalem Wege für sein Recht auf Studium eingesetzt. Der Preis des Tributs ist ein Jahr Gefängnis.“

Khanjani richtet seine Worte an seinen Freund Sama Nourani. Er erinnert sich an ihre gemeinsame Zeit im Gefängnis: „Du musst sicher sein, dass ich es nicht vergesse, als sie mich von der Einzelzelle zu Dir und zu Iqan brachten. Damals kannte ich die Gefängniskorridore der Abteilung A nicht so gut. Als wir mit Augenbinden von der Zelle in den Hof geführt wurden, hast du auf mich aufgepasst, dass ich nicht den falschen Weg gehe. Das wäre für die Wächter ein Anlass, um mir wieder Probleme zu bereiten. Und du sollst nur wissen, dass ich mich schäme, dass ich noch frei bin und du ins Gefängnis gehst.“

Khanjani schreibt, dass er selbst und ein anderer Freund, Schayan Vahdati, in den letzten Tagen von Zivilbeamten zum Geheimdienstministerium zitiert worden sind. Er konnte sich wegen daraus entstandener Probleme nicht von seinem Freund Sama verabschieden.

Nachdem Navid Khanjani und Schayan Vahdati am 26. Juli 2011 vom Geheimdienstministerium vorgeladen worden waren, gab Khanjani der Menschenrechtsorganisation Committee of Human Rights Reporters ein Interview. In diesem Interview erklärt er, dass die Vorladung illegal gewesen sei, weil diese nur mündlich und auf der Straße von Zivilbeamten ausgesprochen worden sei. Die Zivilbeamten haben den Personalausweis von Shayan Vahdati einkassiert. Khanjani hatte seine Papiere nicht bei sich gehabt. Er sagt in dem Interview, dass er sich gemeinsam mit einigen anderen Aktivisten am 25. Juli an einer Schweigesitzung beteiligt habe. Die Aktivisten hatten sich dieses Mal in der Nähe eines Flusses in Isfahan versammelt. Da einige Seitenzweige dieses Flusses von Austrocknung bedroht sind.

Khanjani ist nicht zum Termin gegangen, da ihm dieser Termin mit illegalen Methoden und nicht schriftlich übermittelt worden sei. Sein Mitstreiter Schayan Vahdati ging aber zum Termin ins Geheimdienstministerium. Die Beamten forderten von ihm Navid Khanjani abzuliefern, sonst würde er seine Papiere nicht



zurückbekommen. Er wurde zunächst entlassen. Beide wollen andere Schritte unternehmen, um Vahdatis Papiere zurückzubekommen.

In einer anderen Notiz schrieb Navid Khanjani über eine Freundin, die verhaftet worden ist. Sie heiße Marziye Wafamehr. Sie habe stets gesagt, dass sie den Iran, dessen Menschen und Natur liebe. In einer seiner Notizen schreibt Navid Khanjani einige Zeilen, die er an sie richtet. Er schreibt: „Du kannst nichts sehen. Um Dich herum sind Mauern einer Einzelzelle. Erlaube es mir, dass ich dir es sage. Marziyeh, die entwurzelten Menschen hier denken nicht an Dich. Marziyeh, Wurzeln zu schlagen, hat hier einen hohen Preis. Marziyeh, hier wird niemand Mitleid mit dir haben, wenn du in der Einzelzelle weinst. Marziyeh, hier denkt niemand daran, dass du eine Knsterin warst, die von der ‚Liebe zum Iran‘ sprach. Vielleicht kann ich alles in einem kurzen Satz zusammenfassen: Hier hat niemand eine Ehre. Ja, Marziyeh, hier ist die Ehre gestorben. Hier ist sogar keine Spur mehr von der Leiche der Ehre. In der Stille unserer Stadt haben die Geier sogar die Leichen der Ehre aufgefressen. Ich schaue nicht auf das Gefängnis der Stadt. Ich habe schreckliche Angst, dass die vorläufige Freiheit mir noch mehr Gefühle der Übelkeit bereitet.“

In einer anderen Notiz schreibt er: „Freunde, ganz gleich was passiert. Ich werde bis zum letzten Blutstropfen bei Euch im Iran bleiben. In der Hoffnung auf einen freien Iran ohne Diskriminierung.“

Navid Khanjani hat sich entschieden nicht zu fliehen. Niemand weiß, wann die Beamten der totalitären Diktatur ihn abholen werden. Warum? Weil er sich für die Freiheit aller Iraner, auch die der Bahai eingesetzt hat.

Iran reformiert sich ¹⁴⁷

Am 8. Januar 2011 veröffentlichte die staatliche iranische Nachrichtenagentur ISNA eine Fatwa von Großayatollah Makarem Schirasi:

“Das Tragen des Kreuzes während des Namas (des täglichen Gebets) und auch sonst ist haram. Und auf jeden Fall stellt es ein Problem dar für das Gebet.“

Haram bedeutet verboten. Beispielsweise sind im Islam Alkohol und Schweinefleisch verboten.

Dem einflussreichen Großayatollah zufolge stört das Tragen des Kreuzes die Zwiesprache mit Gott, das Gebet.

Es stellt sich nun die Frage, welcher Muslim, der ein islamisches Gebet spricht, auch ein Kreuz trägt?

¹⁴⁷ https://www.achgut.com/artikel/iran_reformiert_sich, 13.01.11



Betrifft es Ex-Muslime, die zum Christentum übergetreten sind, aber aus Angst vor Verhaftung und der Todesstrafe für Apostasie in aller Öffentlichkeit das islamische Gebet sprechen? Handelt es sich um Christen, die mit dem öffentlichen Beten ihre Achtung vor dem Islam zur Schau stellen?

Auf jeden Fall muss es ein gesellschaftliches Problem im heutigen Iran sein, wenn das Tragen von Kreuzen verboten wird, auch wenn es noch nicht klar ist, wie dieses Verbot durchgesetzt werden soll.

Erst vor wenigen Tagen warnte der Teheraner Bürgermeister Morteza Tamadon die „falschen und abweichlerischen Sekten, die es auf unsere Jugend abgesehen haben.“ Der Teheraner Bürgermeister meint, dass die Engländer die christlichen Kirchen lenken würden. England sei „das Mutterland des Verderbens“, habe der Bürgermeister gesagt, berichtete Farsnews am 4. Januar 2011.

Welches Verständnis haben die iranischen Machthaber von den Menschenrechten?

Dr. Mohammad Larijani ist Direktor des staatlichen „Menschenrechtsrates“ im Iran, Berater des Revolutionsführers Ali Khamenei und einer der fünf Söhne des verstorbenen Ayatollah Mirsa Hashem Amoli.

Laut Kayhan vom 14. Dezember 2010 sagte Larijani, dass eine Gruppe der Reformer, die an den Demonstrationen im letzten Jahr teilgenommen hat vom „Westen unter dem Vorwand der Verteidigung der Menschenrechte unterstützt wird.“ Gemeint sind die Proteste infolge der Wahlmanipulationen. Einige der Reformer sollen einen „Putschversuch“ unternommen haben. Larijani griff auch die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi an und warf ihr vor wie die Sprecherin des „Auswärtigen Amtes der USA und von Großbritannien zu sprechen“.

Dr. Mohammad Larijani verteidigte zudem die Verhaftung der Anwältin und Menschenrechtlerin Nassrin Sotudeh. Sie sei wegen „Propaganda gegen den Islam“ in Einzelhaft genommen worden. Die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Nassrin Sotudeh wurde mit einer 11jährigen Gefängnisstrafe, 20 Jahren Berufsverbot und 20 Jahren Ausreiseverbot bestraft, meldete BBC Farsi am 9. Januar 2011. Auch Schiwa Nazarahari, eine weitere Menschenrechtsaktivistin wurde zu vier Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt.

Larijani meint, dass „Menschenrechtsaktivitäten sich nicht mit Aktivitäten, die für den Sturz des Systems unternommen werden, vermischen dürfen.“ Im Jahre 2008 bekam Frau Sotudeh von der italienischen Menschenrechtsorganisation „Human Rights International“ einen Preis als Auszeichnung für ihren unermüdlichen Einsatz für Frauen- und Menschenrechte. Für Larijani ist die Menschenrechtlerin ein Staatsfeind.

Larijani hat seine Gründe, warum er glaubt, dass die Verteidigung von Menschenrechten mit der Beleidigung des Islam gleichzusetzen ist. Er hatte schon am 1. Dezember 2010 in einem Interview mit der iranischen Nachrichtenagentur



gesagt, dass „Menschenrechte ein Instrument zur Vertuschung der Aktivitäten von Terrorgruppen sind.“

Larijani will die Vereinten Nationen erobern und kritisiert, die UNO sei „nicht das Haus der Briten und der Amerikaner, sondern das Haus aller Staaten.“ Er will die UNO von „ihren Händen befreien.“ Allen Ernstes glaubt Larijani, dass die „Islamische Republik Iran“ die beste Demokratie sei und irgendwann in UNO auch derselbe Zustand herrschen muss wie im Iran.

Roozonline berichtete am 13. Dezember 2010, Mir Hussein Moussawi, Ex-Ministerpräsident in der Ära Khomeini, habe von den „totalitären Machthabern“ im Iran gesprochen. Er warf der Regierung Ahmadinejad die vollständige „Beseitigung aller Rivalen“ vor. Moussawi, der heute noch die totalitäre Verfassung des Iran verteidigt, sagte, dass die Regierung dabei sei die Bassij-Einheiten als eine militante Partei zu organisieren. Tatsächlich sind die Bassiji, die als eine Einheit der Revolutionsgardisten organisiert sind, in den letzten Jahren zu einer staatlichen Truppe zur Zerschlagung jeglicher sozialen Bewegung aufgebaut worden.

Die totalitäre Diktatur mobilisiert immer mehr gegen diejenigen, die einen Wandel im Iran verteidigen. Der Direktor des iranischen „Menschenrechtsrates“, Mohammad Larijani, bezieht sich laut Farsnews vom 14. Dezember 2010 auf Ayatollah Khomeini, der zur Bekämpfung der „liberalen, amerikanischen Muslime“ aufgerufen hatte. In Anlehnung an Zitate von Khomeini fordert er die „Durchsetzung aller Scharia-Gesetze“. Die „Rechte der Menschen“ würden nur bei einer konsequenten Umsetzung der Scharia-Gesetze verwirklicht werden können. Die Richter und die Gerichte sollen landesweit konsequent die islamischen Gesetze umsetzen. Die Polizei und die Ordnungskräfte sollen ebenfalls konsequent die Befehle der islamischen Gerichte ausführen, damit endlich die „islamische Gerechtigkeit“ im Sinne von Ayatollah Khomeini realisiert werde. Die Revolutionsgardisten sollen mit Hilfe der Bassiji die „Ruhe und Sicherheit“ der Bevölkerung sichern.

Wie IRNA am 14. Dezember 2010 berichtete, schlug Hojatul-Islam Alireza Panahian, Vertreter des Revolutionsführers Khamenei, in dieselbe Kerbe und beschuldigte die „Liberalen“ Unruhe im Iran stiften zu wollen. Ayatollah Khomeini habe die Liberalen als „schön aussehende giftige Schlangen“ bezeichnet. Sie seien „Feinde des Propheten Gottes“.

Die khomeinistischen Machthaber sind dabei alle ihre Rivalen, auch die muslimischen, zu beseitigen. Die iranische Außenpolitik wird zur Atompolitik und die Innenpolitik zur reinen Repression. An Menschenrechte im Iran soll niemand mehr denken.



Die Zerschlagung der Zivilgesellschaft ¹⁴⁸

Hojatuleslam Mostafa Purmohammadi hat schon hohe Ämter im Iran bekleidet. Er war Geheimdienstminister und Innenminister. Falls es eines Tages einen internationalen Strafgerichtshof für den Iran geben sollte, würde Purmohammadi ein Kandidat für die Anklagebank sein. Heute ist er der Chef des iranischen Zollamtes, kümmert sich aber auch um Fragen der Aufstandsbekämpfung. Er ist der Meinung, dass die „Aufstände zu Ende“ seien, wie ISNA am 22. Februar berichtete.

Der Feind müsse erkannt werden und er solle keine Bewegungsfreiheit erlangen, meint Purmohamadi.

Ferner ist er der Überzeugung, dass die Aufstände in der arabischen Welt sich nur gegen den Westen richten und daher will er Konsequenzen ziehen, um die Aufstände im eigenen Land zu zerschlagen. Denn seiner Meinung nach seien die iranischen Aufstände vom Westen gelenkt, im Gegensatz zu den arabischen Aufständen, die sich gegen den Westen richteten. Daher müsse man die Führung der iranischen Aufstände als „Konterrevolutionäre“ bezeichnen und als „Elemente, die sich gegen die islamische Revolution“ richten. Diese „Elemente“ haben Purmohammadi zufolge das Ziel die „Säulen der Revolution und der islamischen Ordnung zu treffen.“ Sie würden sich zu Unrecht auf Ayatollah Khomeini berufen. Khomeini habe immer wieder betont: „Wenn der Feind Euch lobt, zweifelt an Euch.“ Warum würden denn die Führer der Grünen Bewegung nicht an sich zweifeln? Diese Frage betrifft Mehdi Karoubi und Mir Hussein Moussavi, die unter Hausarrest stehen.

Purmohammadi fordert Härte: „Wir müssen heute mit allen Mitteln die Konterrevolution bekämpfen.“

Ali Larijani, Vorsitzender des islamischen Pseudoparlaments meint, dass die US-Amerikaner einen „schwachen Islam“ in der arabischen Welt umsetzen wollen. Larijani führt den Grund für den Aufstand in Ägypten auf dessen „Abhängigkeit von Israel und USA“ zurück. Larijani meint zudem, dass die „Zeit des Nationalismus und der Linken“ zu Ende gekommen sei. Das „islamische Erwachen“ bestimme die Entwicklung der islamischen Gesellschaften.

Angesichts der besorgniserregenden Nachrichten aus dem revolutionären Ägypten ist in der Tat die Frage berechtigt, wohin Ägypten steuert. Die Verfolgung der Bahai sollte immer einer der Messfaktoren sein, die die dramatische Entwicklung der Verhältnisse in der islamischen Welt verdeutlichen. Am 24. Februar wurde von Balatarin berichtet, dass ägyptische Bauern das Haus und Land eines anderen ägyptischen Bauern, der Bahai sei, angezündet haben. Auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und das Feld des Bauern verbrannten. Als die Feuerwehr kommen wollte, blockierten ägyptische Jugendliche den Weg der Feuerwehr, so dass das Hab

¹⁴⁸ https://www.achgut.com/artikel/die_zerschlagung 25.02.11



und Gut des ägyptischen Bahai-Bauern gänzlich zerstört wurde. Eine kritische Frage sei erlaubt: Kann sich eine islamische Revolution in Ägypten wiederholen?

Die in den USA ansässige Menschenrechtsorganisation, Iran Human Rights Documentation Center (IHRDC) hat die neuen massiven Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Allein in der zweiten Februarwoche seien 10 Menschen wegen Drogenhandels hingerichtet worden. Nach völkerrechtlichen Kriterien dürfen Drogenhändler aber nicht mit Hinrichtung bestraft werden.

Mehrangiz Kar ist Juristin und lebt im Exil. Sie schreibt, dass ein Teil der Zivilgesellschaft, die sich unter der Präsidentschaft Khatamis gebildet hatte, inzwischen im Exil lebt und im Internet aktiv ist. Sie warnt vor der Zivilgesellschaft, die lediglich im Internet aktiv ist und die Realität und die „schrecklichen Gefängnisse“ im Iran vergisst. Sie beschreibt die Realität der iranischen Verhältnisse und bezeichnet die iranischen Sicherheitskräfte als „Wölfe“ die auf die Bevölkerung gehetzt werden.

Mehrangiz Kar stellt fest, dass Ägypten nicht die Ölmengen habe, die die „iranischen Verbrecher besitzen.“ Sie bringt dieses Argument, um die brutale Macht der iranischen Diktatur zu charakterisieren.

Die iranischen Machthaber finanzieren ihre Diktatur mit Öleinnahmen und keineswegs mit Gottessegen.

Mehrangiz Kar argumentiert gegen die These der iranischen Machthaber, die davon sprechen, dass der Aufstand erledigt sei. Sie sagt, dass die iranische Jugend „Blut schluckt und nicht daran zweifelt, dass die Verhältnisse sich ändern müssen.“ Und da in den letzten Jahren alles versucht worden sei, das politische System im Iran zu reformieren, müsse man heute eine „neue politische Methode anwenden.“ Man könne nicht mehr wie in der Vergangenheit den „Sturz“ des politischen Systems aus den politischen Diskussionen ausblenden. Dies dürfe weder aus taktischen noch aus strategischen Gründen geschehen, so Mehrangiz Kar, die im April 2000 als Rednerin an der Konferenz der Böll-Stiftung in Berlin teilgenommen hatte.

Wenn das iranische Regime sage, dass die Bewegung tot sei, würden die Machthaber nur deswegen so argumentieren, weil sie „das Nahen der Stunde ihres eigenen Todes leugnen wollen,“ so Mehrangiz Kar in einem Artikel vom 13. Februar 2011 in Roozonline.

Angesichts der Brutalität des iranischen Regimes argumentiert Kar, dass das Leben der iranischen Jugend nicht einfach geopfert werden dürfe. Mehrangiz Kar argumentiert, dass solange die breite Masse der iranischen Bevölkerung nicht auf die Straßen gegangen ist, die Jugend nicht einfach ihr Leben aufopfern sollte.

Tatsächlich radikalisiert sich die iranische Protestbewegung, aber auch die totalitäre Macht der Diktatur spitzt sich immer mehr zu.



Als die reformislamistische Partizipationsfront, die sich selbst als Sprecher der Grünen Bewegung versteht, erklärte, dass sie nur im Rahmen der khomeinistischen Verfassung ihre Proteste kundtun will, gab es Proteste aus der Grünen Bewegung. Ein Gros dieser vielfältigen Bewegung hofft längst nicht mehr auf die Reformierbarkeit des politischen Systems des Khomeinismus und wollte daher nicht mehr von den Reformislamisten vertreten werden.

Die systematische Verfolgung der Bahai im Iran ¹⁴⁹

Die Verfolgung der Bahai im Iran hat eine historische Dimension, die vor der Islamischen Revolution von 1979 begann. Seit der Gründung der „Islamischen Republik Iran“ ist die Verfolgung von Staats wegen systematisch geworden.

Sarah Mahboubi, eine junge Bahai, wurde am 9. April verhaftet. Grund: Zugehörigkeit zur Bahai-Religion. Sama Noorani, Iqan Shahidi und Bashir Ehsani sind weitere junge Menschen, die verhaftet wurden. Sie sind junge Menschenrechtler und setzten sich bis zu ihrer Verhaftung für ihr Recht auf Studium ein. Sie sind Bahai. Allein die Zugehörigkeit zu dieser jungen Weltreligion kann zur Verhaftung führen. Bashir Ehsani wurde zudem vorgeworfen eine Satellitenschüssel auf dem Dach seines Hauses gehabt zu haben. Gegenwärtig sind 79 Bahai in Haft, nur weil sie Bahai sind.

Als der internationale Druck wuchs, wurde die Gefängnisstrafe der sieben ehemaligen Koordinatoren der iranischen Bahai-Gemeinde von 20 auf 10 Jahren herabgesetzt. Seitdem die Weltöffentlichkeit mit anderen Themen als Iran beschäftigt ist, wurde die Strafe erneut auf 20 Jahre erhöht. Dies bedeutet faktisch die Todesstrafe für sieben Menschen, die nur wegen ihres religiösen Glaubens zur Abschreckung der iranischen Bahai-Gemeinde in einem der schlimmsten Gefängnisse dieser Welt sitzen.

Ohne Zweifel wollen die totalitär denkenden und handelnden Machthaber des Iran die iranische Bahai-Gemeinde, die mindestens 300.000 Mitglieder hat und die größte religiöse Minderheit des Iran ist, vernichten.

Eine der aktivsten Gruppen, die seit rund 60 Jahren hinter den Kulissen der Macht heimlich arbeitet, nennt sich die Hojatiyeh. Die Organisation der Hojatiyeh übt heute einen besonderen Einfluss auf die Regierung von Ahmadinejad aus. Die Hojatiyeh arbeitete stets parallel zu anti-Bahai-Aktivitäten von Khomeini und seinen Anhängern. Weil die Hojatiyeh mit dem Geheimdienst des Schahregimes zusammenarbeitete, gab es Probleme mit dem ersten iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini. Aber im Kampf gegen die Bahai gab es immer einen Konsens mit anderen Islamisten. Im Juni 2010 stellte die heimlich arbeitende Hojatiyeh-Organisation den Antrag bei der iranischen Zensurbehörde auf öffentliche Tätigkeit.

Ein Blick auf die Geschichte der Verfolgung der Bahai vor der islamischen Revolution von 1979 in der Pahlavi-Ära lohnt sich. Denn eine genauere Untersuchung zeigt,

¹⁴⁹ https://www.achgut.com/artikel/die_systematische_verfolgung_der_bahai_im_iran/ 15.04.11



dass die in der „Islamischen Republik Iran“ umgesetzte Verfolgung der Bahai von Gruppen wie Hojatiye schon vor der Revolution praktiziert wurde.

Die anti-Bahai-Gruppe Hojatiyeh wurde mit dem Ziel gegründet die Bahai-Religion zu bekämpfen. Diese Gruppe ist der am besten organisierte Verein in der Pahlaviära. Diese Gruppe hatte keineswegs eine ideologische Übereinstimmung mit der Monarchie, übte aber immensen Druck auf die damaligen staatlichen Institutionen aus, um gegen die Bahai vorzugehen. Nach der islamischen Revolution unterwanderte diese Organisation alle staatlichen und politischen Institutionen, um ihre Ziele heimlich durchzusetzen.

Die Hojatiye wurde von Scheich Mahmud Zakerzadeh Towlai, alias Halabi, gegründet. Halabi war ein religiöser Schüler, der auch im Iran „Talebe“ genannt wird. Er hatte einen Mitstreiter Namens Abbas Alawi. Beide setzten sich mit den Bahai-Schriften auseinander, um diese zu widerlegen. Abbas Alawi wurde Bahai. Diese Tatsache war ein schwerer Schlag für Halabi, denn er glaubte, dass Alawi nicht aus eigener Erkenntnis Bahai geworden war. Während Alawi sich später für die Verbreitung der jungen Bahai-Religion einsetzte, wurde Halabi zu einem der schlimmsten Feinde der Bahai.

Halabi gründete seinen Verein im Jahre 1953 in Mashad, zog aber nach Teheran und übte dort seine Hauptaktivitäten aus. Dort gründete er Anti-Bahai-Schulungsklassen, an denen hauptsächlich junge Menschen teilnahmen. Dieser anti-Bahai-Verein wuchs in den 70er Jahren und konnte viele Zweige in den verschiedensten Provinzen des Iran errichten. Nach der islamischen Revolution verstrickte sich diese Organisation in verschiedenen politischen Diskussionen, die dazu führte, dass dieser Verein kaum öffentlich auftrat. Er nistete sich aber in verschiedenen staatlichen Institutionen ein. Offiziell war und ist den Mitgliedern des Hojatiye-Vereins untersagt sich politisch zu betätigen, um so mehr sind sie hinter den Kulissen der Macht aktiv.

Mehdi Qani, ein altes Mitglied dieser Organisation geht davon aus, dass sich der Hojatiye-Verein schon vor der Islamischen Revolution von 1979 in allen Städten und Provinzen des Iran institutionell ausgebreitet hatte. Die Anhänger der Hojatiye waren sogar in der Armee des Schahs aktiv geworden.

Die Mitglieder des Hojatiyeh-Vereins wurden in Abendklassen und Wochenendkursen geschult, meist im privaten Rahmen. Die Unterrichtsthemen waren schiitisch-islamisches Recht, Islam und seine Geschichte und die Kritik der Bahai-Religion.

Die Schüler solcher Kurse sollten lernen, wie man der Lehre der Bahai-Religion widersprechen kann. Die Kursteilnehmer wurden zudem darin unterrichtet, wie man Menschen, die Bahai geworden waren wieder zum Islam bekehren kann. Solche Gruppen wurden „Erschad-Gruppen“ genannt. „Erschad“ bedeutet „Bekehrung“ und



„Belehrung“. Eine weitere Abteilung dieser Organisation, die sich „Forschungsgruppe“ nannte, sollte direkt die Bahai-Gemeinden unterwandern, um konkrete Informationen über die Bahai zu bekommen.

Es ist unklar, ob es ein Zufall ist, dass das Ministerium für Kultur und islamische Führung des Iran, das Erschad-Ministerium heißt.

Die Mitglieder des Hojatiye-Vereins sammelten Informationen über die Termine und Inhalte der Bahai-Treffen. Lange vor der Islamischen Revolution spionierte diese Organisation die Bahai-Gemeinden aus. Die Hojatiye-Gruppen koordinierten ihre Arbeit mit ihren Sympathisanten im Ausland. Es gab drei „Koordinationsbüros“, die ihre anti-Bahai-Aktivitäten international organisierten mit dem Ziel die Verbreitung der Bahai-Religion zu verhindern. Die Hojatiye gründeten sogar Zweigstellen in Indien und Pakistan. Von 1950 bis in die 1970er Jahre wurden Hunderte Muslime in ideologischer Hojatiye-Propaganda geschult. Viele von ihnen spielten wichtige Rollen in der „Islamischen Republik Iran“.

Historisch relevant ist, dass Hojatiye von Teilen des berüchtigten Geheimdienstes des Schahs, vom SAVAK, unterstützt wurden. Zudem bekamen sie regelmäßig einen bestimmten Prozentsatz von den Spendengeldern, die an Großayatollahs gingen.

In Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst des Schahs wurden Hojatiye-Mitglieder in die Bahai-Gemeinden eingeschleust, um die Identität der Gemeindemitglieder herauszufinden. Das Ziel war die Bahai gezielt unter Druck zu setzen und die Familien mit diversen Methoden zu schikanieren. Die Hojatiye-Mitglieder veröffentlichten gezielt gefälschtes Material, das auf den ersten Blick zur Bahai Literatur gehören könnte und verschickten diese an Bahai und Nicht-Bahai, um Irritation herbeizuführen.

Bahai wurden gezielt teilweise direkt von örtlicher Polizei daran gehindert Kontakt mit anderen Bahai aufzunehmen. Eine Vernetzung der Bahai-Gemeinden sollte gezielt verhindert werden. Manchmal verursachten Hojatiye-Mitglieder absichtlich einen Konflikt mit dem Hausherrn, wo ein Bahai-Treffen stattfand. Dies führte schließlich dazu, dass die örtliche Polizei die Hausherrn warnte keine Bahai-Versammlungen mehr bei sich abzuhalten. Auch an dieser Stelle arbeiteten schon in der Pahlavi-Ära gelegentlich Geheimdienst, örtliche Polizei und die Hojatiye-Gruppen zusammen. Die Hojatiye-Mitglieder bedrohten auch tatsächlich interessierte Muslime, die sich über die Bahai-Religion informieren wollten, sie sollten nicht mehr an Informationsveranstaltungen der Bahai teilnehmen. Sie forderten Nachbarn und Freunde der Bahai auf ihre Kontakte mit ihnen abzubrechen. In kleineren Städten wurden die Iraner, meist vom Klerus, dazu aufgerufen keinen Handel mit Bahai zu betreiben.



Schon zu Schahzeiten versammelten sich Muslime in Moscheen und lauschten den Abschwörungen eines Menschen zu, der aus der Bahai-Religion ausgetreten war oder oft auch nur vorgab ein Ex-Bahai zu sein.

Es handelte sich dabei regelrecht um hasserfüllte Anti-Bahai-Shows. Ferner schrieben im Namen von Bahai Propagandisten die nicht Bahai waren gefälschte Abschwörungen in großen iranischen Zeitungen. Das Ziel war die Diffamierung und Dämonisierung der Bahai-Religion. Bei Gerichtsprozessen hatten die Bahai auch vor der Islamischen Revolution kaum eine Chance auf Erfolg. Sogar Fachliteratur, die nichts mit Bahai-Religion zu tun hatte, aber von Bahai geschrieben wurde, wurde auf Druck der Hojatiye oft seitens der staatlichen Behörden verboten.

Schon in der Pahlavi-Ära war es gesetzlich festgelegt, dass Bahai nicht zu den anerkannten religiösen Minderheiten gehören. Dies hatte zur Folge, dass im Regelfall Bahai mitnichten staatliche Ämter annehmen konnten.

Im Gegenteil wurden die Bahai im Berufsleben auch unter dem Schah diskriminiert. Die Diskriminierung hatte aber Grenzen und war nicht so systematisch wie seit 1979. Mit dem Beginn der Islamischen Revolution sahen die Anhänger der Hojatiye die Gelegenheit bald die Bahai-Gemeinden gänzlich zu vernichten. Mit der Islamischen Revolution wuchs die heimliche Macht der Hojatiye in allen Dimensionen der staatlichen Administration, von der Justiz bis zum Pseudo-Parlament. Die Geschichte der systematischen Unterdrückung und Verfolgung der Bahai in der „Islamischen Republik Iran ist in der Tat eine blutige und traurige Geschichte von Pogromen.

Zu Beginn der Islamischen Revolution kontrollierten die Hojatiye-Gruppen sogar eigene Gefängnisse, wo Bahai willkürlich verhaftet wurden. Viele Bahai wurden auf offener Straße Opfer von angeblich zufälligen Unfällen oder sie wurden auf offener Straße erstochen oder erschossen. Unter ihnen waren namhafte Professoren und Wissenschaftler, die ihr ganzes Leben der iranischen Gesellschaft gewidmet hatten.

Der vorangegangene historische Bericht lehnt sich an einer Buchveröffentlichung des iranisch-dänischen Professors, der in Kopenhagen Iranistik lehrt. Der englische Titel des Buches von Fereyduun Vahman, das auf Persisch erschienen ist, heißt: „160 Years of Persecution, An overview of the Persecution of the Baha'is of Iran“.

Kein Gott in iranischen Gefängnissen ¹⁵⁰

Während Politiker und Vertreter des iranischen Regimes im In- und Ausland die „moralische“ Gesellschaft und Staatspolitik des Iran beschwören, schreien die Missstände in den iranischen Gefängnissen zum Himmel.

¹⁵⁰ https://www.achgut.com/artikel/kein_gott_in_iranischen_gefaengnissen/ 25.05.11



Die iranischen Gefängnisse sind die Hölle. Viele Gefangene leiden unter ansteckenden Krankheiten wie AIDS und stecken andere Gefangene an. Sexueller Missbrauch von Gefangenen sowie Foltermethoden wie Auspeitschungen gehören dort zum Alltag. Die Gefangenen werden mit Elektroschocks an den Geschlechtsteilen zu falschen Geständnissen gezwungen. Mit speziellen Apparaten werden den Gefangenen die Nägel herausgerissen. Manchmal werden den Gefangenen auch starke Psychopharmaka verabreicht, ohne dass sie etwas davon wissen, um Wahrnehmungsstörungen zu verursachen. Im eiskalten Winter werden manche Gefangene, die nur ihre Unterwäsche anbehalten dürfen, in den Hof gejagt, um dort stundenlang zu frieren. In einem überfüllten Gefängnis in der südiranischen Stadt Ahwas beispielsweise müssen manche Gefangene außerhalb der Zelle in Kartons schlafen.

Die hygienischen Verhältnisse sind besonders katastrophal. In Qarchak, etwa 45 km von Teheran entfernt, sind in einer großen Halle ohne Zellen etwa 400 Gefangene untergebracht. Die sanitären Anlagen sind minimal. Die Zellengefängnisse in der Stadt sind überfüllt. Qarchak stellt ein Massenlager dar. Dort sind auch Frau Fariba Kamalabadi und Frau Mahvash Sabet untergebracht, zwei der sieben ehemaligen iranischen Bahai-Führungsmitglieder. Sie und andere Bahai sitzen in iranischen Gefängnissen nur weil sie einen anderen Glauben haben als die Machthaber im vermeintlichen Staat der Vertreter der Sache Gottes.

„Wo war Gott in der dunklen Kammer des Gefängnisses?“

Als Hamed, der Schwiegersohn des iranischen Philosophen und Dissidenten Abdolkarim Soroush verhaftet wurde, kritisierte Soroush in einem offenen Brief die iranische Regierung. Seinen Brief betitelte er wie folgt: „Verdammt sei die islamische Republik, die Ungläubige züchtet.“

Von Hamed hatten die Folterer gefordert ein öffentliches Geständnis im Fernsehen abzulegen, wonach sein Schwiegervater Soroush von Feinden bezahlt werde. Hamed wurde schließlich freigelassen und ging ins Ausland. Soroush schreibt, Hamed sei psychisch und körperlich gefoltert worden. Beispielsweise musste Hamed eine ganze Nacht nackt im Kühlhaus des Gefängnisses aushalten. Hamed sei kurz vor dem totalen Zusammenbruch nach Hause geschickt worden. Er sei so verzweifelt gewesen, dass er täglich seinen Kopf gegen die Wände schlug und sich dabei blutig verletzte. Dabei war er ein hoch intelligenter Mensch. Soroush erinnert sich, dass Hamed nichts mehr von Gott hören wollte. In einem Gespräch mit Hamed habe Soroush ihm gesagt, dass Gott ihre Untaten nicht ungesühnt lassen werde. Hamed habe darauf erwidert: „Es gibt keinen Gott. Ich schwöre, es gibt keinen Gott. Gott ist nicht da.“

Hamed habe gefragt: „Wo war Gott in der dunklen Kammer des Gefängnisses.“ Je mehr er im Gefängnis nach Gott geschrien habe, desto mehr hätten die „Bestien“ ihn geschlagen. Wo sei Gott gewesen als drei Folterer ihn schlugen, fragte Hamed



seinen Schwiegervater, den berühmten muslimischen Philosophen des Iran. Soroush schreibt, dass Hamed ihn herausforderte, denn er habe in seinem ganzen Leben theologische und philosophische Schriften verfasst. Soroush schreibt, dass das Gewissen und der Glaube seines Schwiegersohnes sichtlich erschüttert waren. Er betont: „Es war kein geringes Ereignis. Hamed hat Gott gesucht und nicht gefunden.“ Soroush schreibt, dass er Hamed ermutigt habe wieder aufzustehen. Er solle für eine bessere Welt kämpfen, in der es keine Folter mehr gibt.

Soroush vergleicht in seinem offenen Brief die iranischen Folterer des „Welayat“, der Herrschaft des Klerus, mit Bestien und schreibt: „Diese Tiere, diese Bestien des Welayat, die dich überfielen, waren keine ‚Monafiq‘ (Unruhestifter) sie waren Gläubige und ihr Glaube stärkte ihre Wildheit. Denn sie überfielen Dich im Namen Gottes.“ Diese Gläubigen Folterer sehen Soroush zufolge im „Foltern und in Vergewaltigungen und Hinrichtungen eine Aufgabe.“ Sie würden diese auch im Namen der Gesetze und der Religion legitimieren. Diese „Bestien“ seien „psychisch kranke Menschen.“

Und dennoch gaukeln Propagandisten der khomeinistischen Diktatur der Welt vor, einen moralischen Staat und moralische Gesetze zu haben.

Wenn im Namen der Religion Gewalt ausgeübt wird, ist es besser keine Religion zu haben.

Weiter im Pogrom ¹⁵¹

Fariba Kamalabadi, eine der sieben ehemaligen iranischen Bahai-Führungsmitglieder hat vor wenigen Wochen in einem telefonischen Gespräch mit einem Verwandten an die Führer der freien Welt appelliert etwas für sie zu tun. Das Gespräch dauerte nur eine Minute: „Sie sollen jetzt alles tun, was sie können, damit man vielleicht oder zufällig eines Tages unsere Körper wieder findet.“ Sie hatte zuvor auch gesagt: „Sagt der iranischen Regierung, dass sie unser Todesurteil sofort verkündet, damit wir den Märtyrertod sterben. Damit wir nicht in dieser unvorstellbaren Lage, die unter dem Niveau eines Tieres ist und nicht unserer Menschenwürde entspricht, weiter verbleiben.“

Am Wochenende (21. - 22. Mai 2011) gab es in mehreren iranischen Städten Übergriffe auf Bahai, die sich in einem Fortbildungsprogramm beteiligt haben. Sie haben an dem privaten „Institute for Higher Education“ (BIHE) gearbeitet.

Der iranische Staat verbietet den Bahai, an Universitäten zu studieren. Am Samstag wurden über 30 Wohnungen und Häuser überfallen. Mindestens 14 Personen wurden verhaftet. Die iranische Regierung verfolgt systematisch die Bahai. Ihr Ziel ist die Vernichtung der iranischen Bahai-Gemeinde.

¹⁵¹ https://www.achgut.com/artikel/weiter_im_pogrom4/



Die totalitäre Diktatur geht gegen alle Andersdenkenden vor: Nassrin Sotudeh, eine muslimische Rechtsanwältin wollte die Menschenrechte ihrer Mandanten verteidigen, bis sie selbst ins Gefängnis kam.

Frau Nassrin Sotudeh ist Frauenrechtlerin und Anwältin und sitzt seit über neun Monaten im Evin-Gefängnis. Im Folgenden wird ein Brief dokumentiert, den Frau Sotudeh an ihre Kinder Nima und Mehrawe geschrieben hat. Der Sohn Nima ist gerade vier Jahre alt. Da Sotudeh kein Papier bekam, um den Brief zu schreiben, ist der Brief auf Toilettenpapier verfasst worden. Sie muss wegen ihrer frauen- und menschenrechtlichen Aktivitäten 10 Jahre im Gefängnis verbringen und hat für 20 Jahre ein Berufs- und Ausreiseverbot. Der Brief wurde am 18. Mai 2011 in Roozonline veröffentlicht. Er ist im Februar 2011 im Teheraner Evin-Gefängnis geschrieben worden.

„Lieber Nima, Salam

Es ist sehr schwer Dir einen Brief zu schreiben. Du bist so unschuldig und ich weiß nicht, wie ich es Dir sagen soll wo ich gerade bin und woher ich Dir diesen Brief schreibe. Du weißt doch noch nicht, was Worte wie Gefängnis, Verhaftung, Urteil, Gericht, Unterdrückung, Zensur, Gewaltherrschaft oder Befreiung, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und..... bedeuten.

Was soll ich Dir nur sagen, dass ich mit Dir wie du jetzt gerade bist, reden will und nicht mit Dir irgendwann in der Zukunft. Wie soll ich Dir erklären, dass ich selbst nicht entscheiden kann, ob ich nach Hause komme oder nicht, ob ich zu Dir hinfliege oder nicht. Du hast deinem Vater gesagt, dass Mama zuerst ihre Arbeit beenden müsse und dann komme sie sicher nach Hause. Wie soll ich Dir erklären, dass keine „Arbeit“ der Anlass sein kann, dass ich so von Dir getrennt und entfernt bin. In Wirklichkeit hat niemand das Recht mich wegen der „Arbeit“ so weit von Dir zu trennen. Niemand hat das Recht im Namen der „Arbeit“ die Rechte meiner Kinder so stark einzuschränken, so dass ich während meiner sechsmonatigen Untersuchungshaft noch nicht mal die Gelegenheit bekam Dich nur eine Stunde zu sehen.

Was hätte ich Dir antworten sollen als du mich letzte Woche fragtest, ob ich nach Hause komme? Und ich sagte Dir in Anwesenheit der Wächter des Untersuchungsgefängnisses: „Meine Arbeit wird noch länger dauern. Ich komme später.“ Und dann hast du deinen Kopf geschüttelt und gesagt es geht in Ordnung. Du hast meine Hand zu Dir gezogen und hast mit deinen kindlichen Lippen meine Hände geküsst.

Mein lieber Nima,

ich habe in den letzten zwei Monaten zwei Mal sehr viel geweint. Das erste Mal habe ich um meinen Vater geweint, weil ich nicht um ihn trauern durfte. Das zweite Mal habe ich an dem Tag geweint, als ich nicht nach Hause kommen durfte. Als ich in meine Zelle ging, habe ich willenlos geweint.



Mein lieber Nima,
die Gerichte haben immer wieder den Aktenunterlagen zufolge im Interesse des Schutzes und der Erziehung der Kinder entschieden. Es wurde nicht genehmigt, dass ein dreijähriges Kind 24 Stunden lang ununterbrochen den Vater im Gefängnis besuchen darf. Die Begründung der Gerichte in solchen Fällen ist, dass ein dreijähriges Kind nicht für die Dauer von 24 Stunden von der Mutter getrennt werden darf. Denn die Trennung von der Mutter würde dem Kind psychischen Schaden zufügen.

Dasselbe Gericht kann aber die Rechte der Kinder missachten, wenn es davon ausgeht, dass die Mutter dabei ist Schritte gegen die nationale Sicherheit zu unternehmen.

Ich will eigentlich gar nicht mit Dir darüber reden, dass ich niemals etwas gegen "ihre" Sicherheit unternommen habe und lediglich als eine Anwältin gegen die Entscheidungen und Stimmen protestierte, die sich gegen meine Mandanten richteten.

Natürlich möchte ich Dir nicht beweisen und Dir sagen, dass der Inhalt meiner Interviews stets anschaulich dargestellt und öffentlich war. Es gehört doch zur Arbeit einer professionellen Anwältin, dass sie manche gerichtliche Stimme auch kritisiert. Deswegen soll ich 11 Jahre Haft verdient haben?

Aber ich möchte sagen: Ich bin nicht die erste Person, für die ein solches ungerechtes Urteil ausgesprochen worden ist. Aber ich hoffe, dass ich die letzte Person bin, auch wenn es sehr unwahrscheinlich ist.

Zudem bin ich sehr froh, dass ich gemeinsam mit meinen Mandanten im Gefängnis sitze. Meine Verteidigungsreden für meine Mandanten, die mit mir inhaftiert sind, waren aus nichtgerichtlichen und illegalen Gründen unwirksam.

Außerdem will ich als eine Frau sagen, dass ich die Ehre besaß, viele Aktivisten und Protestierende, die sich gegen die Entscheidungen der Präsidentschaftswahl stellten, zu verteidigen. Deswegen bin ich stolz auf die harte Strafe, die sie mir auferlegten. Denn mir ist es lieber, dass ich als Anwältin eine höhere Strafe bekomme als meine Mandanten.

Die unaufhörlichen Kämpfe der Frauen haben bewiesen, dass die anderen, seien sie von der Opposition oder vom Regime, nicht mehr ignoriert werden können. Aber ich weiß nicht, wie ich Dir von dem, was ich am meisten liebe, erzählen kann. Wie soll ich Dir es sagen, dass du für den Richter und den Verhörbeamten oder auch für den Justizapparat beten solltest. Bete für sie, damit sie ihre Herzensruhe und geistige Ruhe bekommen, damit vielleicht auch wir eines Tages in Ruhe leben können, wie die Menschen in anderen Teilen der Welt.



Mein Lieber, wer in solchen Fällen tatsächlich der Sieger ist, ist nicht die Frage. Es geht nicht darum, ob eine gerichtliche Verteidigung gut oder schlecht war. Denn meine Anwälte haben mich auf eine unvergleichliche Art und Weise verteidigt. Es ist die Schuldlosigkeit und Bescheidenheit der Menschen, die zwischen den Rädern von unheimlichen Gerichtsentscheidungen zermalmt werden. Sicherlich werden am Ende die Unschuldigen die Sieger dieses Spiels sein. Daher will ich, dass du mit deiner kindischen Schuldlosigkeit für die Freiheit aller unschuldigen Gefangenen betest und nicht nur für die Freiheit der politischen Gefangenen.“

Iranische Integrationsspiele ¹⁵²

In recent months there has been much speculation on presidential powers as well as on the way in which they are gradually being stripped away from Iranian president Ahmadinejad. In fact, there is an ongoing dispute between some members of the Khomeinist 'pseudo-parliament,' the Majless, and president Ahmadinejad. In the following article, the author explores the power struggles at the heart of the Iranian regime.

In den letzten Monaten ist viel über die Macht und über die langsame Entmachtung des iranischen Präsidenten Ahmadinejad spekuliert worden. Tatsächlich gab es eine Streitdebatte zwischen einigen Mitgliedern des khomeinistischen Pseudo-Parlaments, Majless, und Ahmadinejad. Da das islamistische Majless mitnichten ein parlamentarisches Volksvertretungsorgan ist, wird im folgenden nur vom "Majless" die Rede sein und nicht vom Parlament. Es geht in diesem Beitrag auch um die Schwächung der langfristigen Machtambitionen des Präsidenten Ahmadinejad. Immerhin wurden einige seiner Anhänger, die staatliche Ämter bekleidet haben, verhaftet.

Es waren die Alleingangsversuche des iranischen Präsidenten, die immer wieder Konflikte verursachten. Das Majless, in dem die khomeinistischen Rivalen des Präsidenten sitzen, stoppte mit Hilfe des Wächterrates und des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei den Präsidenten. Ali Khamenei herrscht neben weiteren totalitär-polykratischen Machtorganen. Mit seinen Machtworten stellt der "Rahbar", "Führer", immer wieder einen Ausgleich zwischen den polykratischen Machtzentren dar, in diesem Fall auch zwischen Majless und dem Präsidenten.

In den letzten Monaten warfen die Rivalen Ahmadinejads ihm vor, dass er Ayatollah Khamenei nicht gänzlich folge. Ahmadinejad widersprach stets und beteuerte seine hundertprozentige Loyalität gegenüber dem Revolutionsführer. Die innerislamistischen Machtrivalitäten entstehen in diesem Fall durch die Frage, wer welches Amt, welches Ministerium und welche Machtposition langfristig kontrolliert. Denn es gibt zwischen den verschiedenen totalitären Machtorganen Rivalitäten.

¹⁵² https://www.achgut.com/artikel/iranische_integrationsspiele/ 17.07.11



Auch wenn die Bereitschaft khomeinistischen Konsens herzustellen nicht zu unterschätzen ist.

Die Ironie des gesamten Konflikts lag daran, dass Majless-Sprecher Ali Larijani und seine Anhänger genau den Plan der Zusammenlegung von Ministerien, den Ahmadinejad vorgeschlagen hatte, am Ende des Streits als ihren eigenen Plan realisierten und feierten. Das Majless wollte wenigstens gefragt werden.

Das Majless beschloss Ende Juni den Plan der Verschmelzung einiger Ministerien wie folgt: von 194 anwesenden Mitgliedern gaben 174 Mitglieder ihre Ja-Stimme, fünf stimmten mit Nein und fünf enthielten sich der Stimme. Das Ministerium für Industrie und Bergbau wurde in das Handelsministerium eingegliedert. Das Ölministerium wurde in das Energieministerium, das Ministerium für Wohlfahrt und soziale Angelegenheiten in das Ministerium für Arbeit, und das Ministerium für Städtebau in das Verkehrsministerium integriert.

Genau diesen Plan hatte ursprünglich auch Ahmadinejad vorgeschlagen. Er wollte den Plan durchsetzen ohne eine Entscheidung des Majless darüber abzuwarten.

Auch Ahmadinejad wollte siegreich aus dem Konflikt herausgehen. Er hob daher hervor, dass das Majless doch eine gute Entscheidung getroffen habe. Ahmadinejad konnte sich siegreich zeigen, denn er hatte sich schließlich durchgesetzt und lobte nach dem ganzen Hickhack sogar das Majless für seine gute Entscheidung.

Es wurde auch ein neues Sportministerium gegründet. In diesem Zusammenhang gab es den Konflikt, ob Ahmadinejads Mann Minister für Sport und Jugend wird. Ahmadinejad hatte Hamid Sajad vorgeschlagen. Er wurde mit 13 Jahren Mitglied der Bassij-Einheiten, die heute einen Teil der Revolutionsgardisten sind. Hamid Sajad ist ein prominenter Läufer, der bei internationalen Wettkämpfen oft Medaillen für den Iran gewonnen hat. Das Majless hat zwar nichts gegen Bassij, entschied sich im Juni aber gegen Ahmadinejads Kandidaten: Insgesamt waren 247 wahlberechtigte Majlessmitglieder anwesend. Sajadi bekam aber nur 87 Stimmen, 137 stimmten mit Nein und 23 Personen enthielten sich.

Es gibt Majless-Mitglieder, die der Meinung sind, dass Ali Dai, der Fußballer, ein guter Sport-Minister sein könnte.

Ein weiteres Beispiel ist, dass Ahmadinejad höchst persönlich das Ölministerium leiten wollte, nachdem er den Ölminister entlassen hatte. Das Majless, Ali Larijani in Person, erwiderte, das sei nicht möglich. Am Ende übernahm Mohammad Ali Abadi die Leitung des Ölministeriums.

Auch um die Erweiterung des Ministeriums für Kultur und islamische Führung gab es Diskussionen mit dem Präsidenten. Dem Majless missfiel, dass Ahmadinejad die Organisation für Kulturerbe, Handwerk und Tourismus unter Kontrolle hatte und entschied sich im Juni diese Organisation insofern zu schwächen, als sie dem



Ministerium für Kultur und islamischer Führung untergeordnet wurde. Auch dafür gab es eine Abstimmung im Majless: Von 217 anwesenden Majless-Mitgliedern stimmten 149 für eine Eingliederung in das genannte Ministerium, 43 Mitglieder stimmten dagegen und 9 Personen enthielten sich der Stimme. Für einige strenge islamistische Traditionalisten haben Ahmadinejad und sein Umfeld in letzter Zeit zu nationalistisch argumentiert. Ihrer Meinung nach könnte der nationalistische Populismus eines Ahmadinejad den herrschenden Islam schwächen.

Besonders bei der Frage der Zusammenlegung beschwerte sich das Majless beim Wächterrat und beim "Rahbar", dem Führer. Der Wächterrat formulierte seine Entscheidung sachlich. Das Majless müsse formal diese Entscheidung treffen, wobei natürlich der Wächterrat und der Führer die ganze Prozedur befürworten müssen. Als Ahmadinejad gegen den Wächterrat polemisierte, wurde Ayatollah Khamenei deutlich. Die Entscheidung des Wächterrates dürfe nicht in Frage gestellt werden, auch nicht vom Präsidenten.

Das Majless und der Wächterrat verfolgten eine Zickzackstrategie. Sie lehnten zunächst den Vorschlag des Präsidenten aus formalen und inhaltlichen Gründen ab, um abschließend selbst das gleiche Programm umzusetzen. Dies diene dazu Hürden für Ahmadinejad aufzubauen.

In diesem Konflikt schlugen die Wogen oft sehr hoch. Eine kurze Bilanz: Zunächst hatten 200 Majlessmitglieder in einem Protestbrief gegen den Alleingang Ahmadinejads protestiert. Sie hatten sogar ein Verbot für die Zusammenlegung der Ministerien gefordert. Nachdem längst das Majless selbst die Entscheidung über die Zusammenlegung der Ministerien getroffen hatte, beantragten etwa 100 Majless-Mitglieder dennoch eine Befragung von Ahmadinejad. Dieses Mal sorgte nicht der Wächterrat oder der Revolutionsführer für Ruhe, sondern das Majless-Direktorium. Eine Befragung des Präsidenten sei unnötig. Der Revolutionsführer sprach dann auch noch ein Machtwort zur Beruhigung der Lage. Khamenei rief dieses Mal zur „Einheit des Wortes“ auf. Die Verschmelzung der Ministerien sei „sehr wichtig“ gewesen. Das Majless und die Regierung sollen sich gegenseitig unterstützen und zusammenarbeiten. Die Parole "Einheit des Wortes" stammt von Khomeini, der zu seiner Lebzeit immer wieder die verschiedenen islamistischen Gruppierungen aufforderte den Kurs und die Linie der Macht nicht zu verlassen.

In den iranischen Medien wurde auch der Rücktritt des Geheimdienstministers Heydar Maslahi im April 2011 viel diskutiert. Er ist ein Mann des Präsidenten. Nach einigem Hin und Her befürwortete Ali Khamenei, dass Maslahi Geheimdienstminister bleibt. Prompt bewies Maslahi auch, dass er handeln kann. Er sorgte für die Zerschlagung der Fernuniversität der Bahai, er verhaftete parallel dazu Dutzende vermeintliche CIA-Agenten und feierte die Rückkehr eines iranischen Geheimdienstagenten namens Madhi, der über Monate im Ausland die oberen Ränge der Exilopposition infiltriert hatte.



Mahdi hatte erklärt, dass er sich abgesetzt habe und nun die Opposition organisieren wolle. Er verbreitete das Gerücht, dass die Hälfte der Armee auf ihn hören würde und er in der Lage sei eine Exilregierung zu gründen. General Madhi kehrte im Juni 2011 in den Iran zurück, mit einem Paket voll von Informationen über die Exilopposition. Ahmadinejad und sein Geheimdienstminister plus Revolutionsführer konnten nun gemeinsam den Coup feiern.

Ahmadinejad hatte um seine populistische Politik durchzusetzen zwei Strategien gehabt. Einmal argumentierte er nationalistisch und gleichzeitig hob er die messianische Komponente der khomeinistischen Staatsideologie besonders deutlich hervor. Manche seiner Anhänger, die mit solchen Parolen ihre Machtposition stärken wollten und offenbar auch auf den baldigen Tod des Revolutionsführers setzten, wurden als "Abweichler" identifiziert. Der Begriff "Abweichler" wurde auch von einigen früheren Anhängern von Ahmadinejad benutzt, um das Umfeld von Ahmadinejad zu treffen.

Als Vertreter der „abweichenden Bewegung“ gelten Esfandiar Rahim Maschai und seine Freunde. Mitte Juli wurde Azadeh Ardakani, die Englischlehrerin von Maschai, die gleichzeitig das nationale Museum des Iran geleitet hatte, entlassen. Maschai gehört seit Jahren zu den engsten Mitarbeitern und nahen Verwandten von Ahmadinejad. Mashai wurde zunächst zum Sekretär des Präsidenten gewählt. Khamenei gab jedoch sein Nein. Mashai trat freiwillig zurück. Ahmadinejad setzte ihn dann umgehend als seinen Büroleiter ein. Den „Abweichlern“ um Ahmadinejad wird von Traditionalisten unterstellt zu nationalistisch und nicht ausreichend religiös zu argumentieren.

In April/Mai 2011 wurden rund 25 Personen, die um Esfandiar Rahim Mashai arbeiteten und in Amt und Würden waren, verhaftet. Es handelte sich um eine klare Säuberung. Dieser Kreis von islamistischen Abweichlern wollte partiellen Nutzen aus der messianischen Staatsideologie des Iran ziehen. Sie setzten diese für die Stärkung ihrer eigenen Machtposition ein. Abbas Amirifar, ein naher Mitarbeiter von Maschai wurde verhaftet, weil er eine DVD über das baldige Erscheinen des Messias, des verschwundenen 12. Imam, vertrieben hatte. Der Film ist inzwischen in Youtube zu sehen. Offenbar hat sich die Machtclique Hoffnungen gemacht, dass sie nach dem Tod des Revolutionsführers Ali Khamenei die Macht ergreifen oder zumindest ihre Machtposition ausbauen können.

Khamenei und sein Geheimdienst gingen gezielt und entschieden gegen das Umfeld von Maschai vor. Er selbst und natürlich auch Präsident Ahmadinejad sollten nur gewarnt werden, dass sie keine Alleingänge machen können.

Maschai schlug auch zurück und warnte. Beispielsweise warf er seinen Rivalen vor Zwietracht zwischen ihm und dem Revolutionsführer Khamenei säen zu wollen. Es war Maschai, der sagte: „Wir betrachten das Leben im Lichte der absoluten Herrschaft des Klerus als eine Übung für das Leben unter der Regierung des



Messias und betrachten den Gehorsam gegenüber dem Revolutionsführer als ein Mittel unseren Glauben an den kommenden Messias zu stärken.“ Beide, Maschai und Ahamdinejad, betonten stets, dass sie sehr eng mit dem Revolutionsführer verbunden seien.

Der Glaube an den Messias und die Legitimation der Herrschaft durch den Messiasglauben sind im Iran systemimmanent. Nur darf sich diese Vorstellung nicht gegen den Revolutionsführer richten. Falls die Machtmonopolisten eine solche Abweichung feststellen, stehen Verhaftungen sogar unter den engsten Kreisen auf der Agenda.

Schließlich warnte auch Ahmadinejad am 29. Juni, dass falls man ihn und seine Minister noch mehr einschränken wolle, er plaudern und einiges dem Volk mitteilen werde, was es offenbar noch nicht weiß. Seine rote Linie sei sein Regierungskabinett. Niemand dürfe es antasten.

Das islamistische Establishment ist durchaus in der Lage ein Gleichgewicht zu halten, auch wenn immer wieder Köpfe rollen.

Khamenei will nicht, dass die Streitereien mit Ahmadinejad sich zu einem unlösbaren Konflikt entwickeln. Diese sollten die Stabilität der Diktatur nicht gefährden. Er setzt darauf, dass Ahmadinejad ohnehin nicht zum dritten Mal Präsident werden kann. Es muss angenommen werden, dass die Clique um Ahmadinejad auch weiterhin versuchen wird in Ministerien und anderen Organen ihre Machtbasis und Einflusszonen zu erhalten.

Gleichzeitig machen die innerislamistischen Machtkonflikte und insbesondere die Verhaftungen deutlich, dass der Geheimdienst und der Wächterrat nicht die geringste Abweichung von der Linie der Diktatur dulden.

Diejenigen, die in der innerislamistischen Streitkultur ein demokratisches Potential sehen, befinden sich auf dem Irrweg. Denn die khomeinistische totalitäre Macht erscheint im Informationszeitalter in digitaler Form, per Satellit und im Internet als bunt.

Last not least: Die Gegner von Ahmadinejad können strenger sein, als man denkt. Beispielsweise kritisieren sie, warum das Gesetz für „Keuschheit und Hijab“ zur noch strengeren Durchsetzung der islamischen Zwangsverschleierung der Frauen noch nicht durchgesetzt worden sei.

(Quellen: Farsnews, IRNA, ISNA, Mehrnews, Kayhan, Tehran Times, BBC-Farsi, Radio Farda)



Iran: Studentenbewegung 9. Juli ¹⁵³

Am 9.7.1999 griffen Mitglieder der Ansare Hisbollah ein Studentenwohnheim in Teheran an. Seitdem protestieren iranische Studenten jedes Jahr am 9. Juli. Ansare Hisbollah ist eine paramilitärische Truppe, die dem islamischen Staatsführer Ali Khamenei folgt.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Am 9. Juli 2007 wurden nach offiziellen Angaben 16 Akademiker und Schüler verhaftet. Sechs der Studenten hatten vor den Toren der Amirkabir-Universität um 6.00 morgens einen Sitzstreik begonnen und sich mit den in Haft sitzenden Studenten solidarisiert. Um 7.30 wurden sie verhaftet.

Um Ca. 11.00 wurden weitere 10 Schüler, Studenten und Wissenschaftler verhaftet, die sich im Büro der Studentenorganisation „Tahkime Wahdat“, „Festigung der Einheit“ aufhielten. Der Zentralrat der studentischen Organisation veröffentlichte am selben Tag eine Protesterklärung, in der die Freilassung aller verhafteten Studenten, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt hatten, gefordert wurde. Sie befinden sich gegenwärtig im Teheraner Gefängnis.

„Es sind keine Studenten. Es sind Drogensüchtige“

Der Sprecher der iranischen Judikative, Aliresa Jamshidi, stellte gegenüber der Presse die Behauptung auf, dass die Verhafteten überhaupt „keine Studenten“ seien. Sie hätten sich „an Diskussionen, die die Sicherheitsfragen des Landes betreffen, beteiligt und illegale Schritte unternommen.“

Ein Augenzeuge berichtet, dass plötzlich das gelbe Fahrzeug einer Polizei-Spezialeinheit vor das Gebäude der Studentenorganisation vorgefahren sei. Eine ältere Frau habe die Schaulustigen vertrieben. Ein Offizier habe auf die Fragen der Bevölkerung hin gesagt, dass sie die „Aufgabe haben Drogensüchtige aufzusammeln.“

Diese sind jedoch zunächst in eine Polizeistation, die speziell für „Aufstandsbekämpfung“ zuständig ist, gebracht worden und befinden sich inzwischen in dem berüchtigten Evin-Gefängnis. Insgesamt sollen in den letzten Tagen sogar mehr als 16 Studenten verhaftet worden sein. Parallel zu diesen Verhaftungen wurde auch der Arbeiterführer Mansour Osanlou von Zivilpolizisten regelrecht entführt. Alle in Iran erscheinenden Medien sind von den staatlichen Instanzen aufgefordert worden, „keine inoffiziellen Informationen“ zu übermitteln, berichtet Rooz. Nur diejenigen Informationen dürften weiter gegeben werden, die offiziell von Staatswegen verkündet werden.

¹⁵³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061586/Iran-Studentenbewegung-9-Juli.html>
13.07.07



Ex-Universitätsdirektor erinnert an die „islamische Kulturrevolution“

Dr. Mohammad Maleki, der erste Direktor der Teheraner Universität nach der islamischen Revolution und inzwischen ein Dissident lieferte eine Analyse der Lage der iranischen Universitäten. Er hat zwar schon unter dem Schah für die Freiheit der Universitäten gekämpft, aber die neue islamische Unfreiheit hat Maleki zufolge mit der islamischen Revolution begonnen.

Er erinnert an die „islamische Kulturrevolution“ und die „Säuberungen der Universitäten“ und führt diese auf die Entstehung von zwei wichtigen islamistischen Flügeln, die bis heute das Machtsystem bestimmen, zurück. Die linksislamistische Organisation der „Mojahedin der islamischen Revolution“, die heute als eine Reformorganisation auftritt, habe zu Beginn der Revolution alle sicherheitspolitischen und geheimdienstlichen Organe unter ihre Kontrolle gebracht, während die Islamischrepublikanische Partei die politischen Organe beherrscht habe.

Diese zwei Organe hätten vom Beginn der islamischen Revolution an die Machtzentren des Staates, wie den Revolutionsrat kontrolliert. Die Universitäten seien langsam aber sicher institutionell islamisiert worden. Maleki schreibt, dass seit den Anfängen der Gründung der Islamischen Republik die „Unabhängigkeit der Universitäten nicht geduldet wurde.“ Studentische Anhänger der zwei genannten islamistischen Fraktionen haben nicht nur am 4.11.1979 die US-amerikanische Botschaft besetzt, sondern hätten sich auch für die erfolgreiche Durchführung der „islamischen Kulturrevolution“ eingesetzt, woraufhin am 4. Juni 1980 die Universitäten geschlossen wurden, weil sie sich gegen die Islamisierung gewehrt haben. Und am 22.9.1980 begann der Iran-Irak-Krieg, der faktisch die Legitimation für die Vernichtung der systemfremden Opposition lieferte. Die Universitäten blieben bis 1983 geschlossen. In dieser Zeit wurden Organisationen, wie „akademische Jihad“, „Studentische Bassiji-Gruppen“ und die studentische Organisation der Tahkime Wahdat gegründet.

Prof. Maleki berichtet, dass über Jahre ideologisch hörige Studenten mit staatlichen Geldern Studienplätze bekommen haben. Erst zu Beginn der 90er Jahre sei eine neue Generation von Studenten entstanden, die langsam die staatliche Ideologie in Frage stellten und den Machthabern nicht einfach glaubten. Maleki erinnert aber auch daran, dass der Ex-Präsident Khatami nie Position für die Studenten bezogen habe. Tatsächlich hat sich die Studentenbewegung immer mehr verselbständigt. Maleki schreibt: „Wir haben gesehen, wie die Studenten zwei verführerische Präsidenten, Khatami und Ahmadinejad aus der Universität herausgeworfen haben.“ Tatsächlich bezeichneten sie Khatami, der im Universitätsgelände mit ihnen diskutieren wollte, als Lügner und Ahmadinejad wurde ausgebuht.

Maleki schreibt: „Ich sage es immer wieder, auch wenn sie nicht nur einmal, sondern Dutzende von Malen gegen die Universität putschen, auch wenn sie von



„Kulturrevolution“ sprechen, werden die „Studenten immer wieder gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpfen.“

Studentische Fragen an die Diktatur

Zwar verurteilte auch der Zentralrat der reformorientierten „Partizipationsfront“ die Verhaftung der Studenten, aber immer mehr Stimmen machen deutlich, dass im Rahmen der Islamischen Republik Iran eine Demokratisierung der Gesellschaft nicht möglich ist.

In einer Erklärung des „islamischen Vereins der Teheraner Hochschule für Wirtschaft“ heißt es: „Die Unterdrückung der Studentenbewegung gehört immer noch zu den Prioritäten der staatlichen Maßnahmen.“ Die Studenten forderten die Freilassung aller verhafteten Studenten und fragten: „Wie lange noch soll diese despotische Politik fortgesetzt werden? Wie viele Studenten wollen sie noch verhaften?“

Iran: Wenn der islamische Gottesstaat demokratische Studenten foltert ¹⁵⁴

Trotz der massiven staatlichen Repressionen bildet sich immer wieder neuer gesellschaftlicher Widerstand im iranischen Gottesstaat. Neben den regelmäßig protestierenden Arbeiter-, Lehrer-, und Frauengruppen, sind Stimmen aus der iranischen Studentenbewegung zu hören.

Von Wahied Wahdat-Hagh

In den 80er Jahren wurde die gesamte systemfremde Opposition auch an den Universitäten verboten. Die islamische Kulturrevolution sorgte damals dafür, den Staatsapparat, die Gesellschaft, und die Universitäten von nicht-khomeinistischen Kräften zu „säubern“. Mit Ahmadinejad ist dieser revolutionäre Anspruch erneuert und verstärkt worden. Dennoch diversifiziert sich die studentische Demokratiebewegung. Es gibt royalistische, nationalbürgerliche, sozialdemokratische und auch sozialistische Gruppen, die den herrschenden Islamismus überwinden wollen.

Trotz der staatlichen Repressionen melden sich sogar neue Gruppen zu Wort, wie die „sozialistischen Studenten der polytechnischen Fakultät der Teheraner Universität“. Deutlich kristallisieren sich die Differenzen zwischen säkularen Kräfte und muslimischen Organisationen heraus. Kayvan Amiri Elyasi berichtet,

¹⁵⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061629/Iran-Wenn-der-islamische-Gottesstaat-demokratische-Studenten-foltert.html> 09.11.07



muslimische Organisationen hätten schon „linke“ Studenten gewarnt, diese mögen „nicht zu weit zu gehen.“

Die Diktatur sägt an ihren eigenen Ästen

Nicht nur neu entstandene säkulare Organisationen werden verfolgt, sondern auch die islamische reformorientierte Opposition wird unter Druck gesetzt. Ihre akademischen Schriften werden zensiert. Reformorientierte Professoren werden von den Universitäten hinausgeworfen. Frauen, die es mit der Kleiderordnung an Universitäten und in der Gesellschaft nicht so ernst nehmen, werden verhaftet. In einem Artikel kritisiert Elyasi, die „Herrschenden“ würden keine unabhängige studentische Organisation dulden. Sogar kulturelle Verbände würden permanent verboten werden. Sie würden als „eine Gefahr für die Existenz der herrschenden Verhältnisse wahrgenommen werden.“ Daher geht Elyasi davon aus, dass nur ein „kollektives bewusstes Handeln die herrschenden Zustände ändern könne.“ Und genau deswegen verfolge wiederum die Regierung das Ziel „die studentischen Aktionen zu zersetzen.“

Studenten kritisieren die muslimischen Reformen

Elyasi gehört einer neuen „linken“ studentischen Gruppe an. Diese werden zu einer Zeit besonders aktiv, zu der die Repressionen sehr zugenommen haben. Elyasi kritisiert die muslimischen Reformkräfte. Diese müssten wissen, dass sie von unzufriedenen Teilen der Gesellschaft bald überholt würden. Zumal die demokratische studentische Bewegung, die sogenannten Reformkräfte negieren würde. Für Elyasi umfasst die demokratische Bewegung eine Bandbreite, die weit über seine studentische Gruppe hinausgeht. Gemeint sind säkulare Gruppen, die sich für eine säkulare Demokratie einsetzen, im Gegensatz zu islamistischen Gruppen, die die Diktatur im Namen von „Reformen“ stabilisieren.

Schon im Jahre 1999, als die Studentenbewegung auf den iranischen Straßen zerschlagen wurde, habe die Reformbewegung sehr wohl wahrgenommen, dass ihre Feinde die Masse der demokratisch orientierten Bevölkerungsteile seien und „nicht ihre alten Höhlenfreunde.“ Mit den „Höhlenfreunden“ meint Elyasi wohl die bärtigen Staatskleriker des Iran. Die Kritik von Elyasi macht die tiefe Kluft zwischen potentiell vorhandenen säkularen Kräften und den Reformislamisten deutlich.

Reformislamisten sind ein Hindernis für die Demokratiebewegung

Elyasi kommt zu dem Ergebnis, dass die Reformislamisten ein Hindernis für die Erreichung der Ziele der Demokratiebewegung seien. Prinzipiell hofften die Reformislamisten bei Wahlen auf die Unterstützung der politisierten Teile der Gesellschaft. Elyasi meint, die „Reformer“ haben einen paradoxen politischen Zustand herbeigeführt, gemeint sind Ex-Präsident Khatami, Mehdi Karrubi und andere.



Diese Kräfte verfolgten eine Strategie, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht mehr aufgehen könne. Die „Reformer“ würden letztlich vorschlagen, bei den kommenden Wahlen erneut die „Schlechten zu wählen, um das Schlimmste zu vermeiden.“ Will heißen, dass die „Reformer“ gewählt werden wollen, um den Status quo der Diktatur zu erhalten. Ihr Ziel sei, die Reformer wieder an die Macht kommen zu lassen.

Reformislamistische Strategie ist ein Teil der Unterdrückungspolitik

Elyasi zufolge würden die „Reformer“ ein Bild entwickeln, wonach Ahmadinedschad allein an der Unterdrückung der Studenten schuld sei. Tatsächlich habe das islamische Regime als Ganzes die Befürchtung, dass im Falle der kleinsten gesellschaftlichen Öffnung die Proteste der Arbeiter, der Frauen, der Lehrer, der Studenten, der ethnischen Minderheiten und der Jugend erneut entflammen würden. Dies würde eine Polarisierung mit sich bringen, die alle herrschenden muslimischen Faktionen um jeden Preis vermeiden wollten. Daher würden sowohl die sogenannten „Hardliner“ als auch die „Reformer“ eine massive Unterdrückung der Demokratiebewegung befürworten.

Für Elaysi ist die „Reformstrategie ein Teil der Unterdrückungspolitik.“ Die Reformpolitiker hätten nichts anderes zu tun, als die unzufriedenen Bevölkerungsteile zum „Schweigen aufzurufen.“ Die Machthaber würden versuchen die Studenten zu isolieren. Diese litten ohnehin unter großen finanziellen Probleme und haben kaum die Chance ihre Meinung zu äußern.

Amir Jaqubali, ebenfalls ein iranischer Student, warnt indessen vor einer zweiten Auflage der „Kulturrevolution“. Es gäbe das staatliche Bestreben die Basis der Bassiji-Studenten an den Universitäten und in den Schulen zu stärken. Die Bassiji-Einheiten sind freiwillige Einheiten, die dem Befehl der iranischen Armee untergeordnet sind.

Studentischer Bericht über die Zustände in Gefängnissen des iranischen Gottesstaates

Eine iranische Menschenrechtsgruppe berichtet indessen über Foltermethoden, die gegen Studenten eingesetzt werden. Die Studenten würden in kleine und dunkle Zellen gesteckt. Nur eine schwache Lampe sei Tag und Nacht an, so dass das Zeitgefühl verloren ginge. Besonders in der Abteilung 209 eines Gefängnisses des iranischen Geheimdienstes hätten die verhafteten Studenten keine Möglichkeit, mit ihren Freunden und Verwandten in Kontakt zu treten. Man würde ständig Drohungen aussprechen und vom Verrat ihrer Freunde erzählen, um ihren Widerstandswillen zu brechen. Wenn sie irgendwo hingeführt würden, dürften sie nicht aufrecht gehen. Sie müssten sich weite Strecken und sogar über Treppen im „Hühnergang“ hockend fortbewegen. Studenten, die nichts anderes als Meinungsfreiheit und Demokratie gefordert haben, müssten Augenbinden tragen, wenn sie ins Badezimmer oder auf



die Toilette geführt werden. Nur in der Einzelhaft dürften die Augenbinden abgemacht werden.

Manchmal müssen sie bei Verhören über 8 Stunden einfach an der Wand stehen. Um Angst zu erzeugen, würden über Lautsprecher beispielsweise Herzklopföne oder stöhnende Stimmen die ganze Nacht gesendet werden. Gefoltert werde meist in nahe liegenden Zellen, so dass die anderen Studenten die Schreie ihrer Freunde hören. Manchmal würden ein Student oder eine Studentin gleichzeitig von mehreren Folterbeamten verhört werden, die abwechselnd schreien, harte Schläge erteilen und die Person hin und her werfen.

Manchmal würden die Verhöre mitten in der Nacht stattfinden. Die Studenten würden aus dem Schlaf geweckt, direkt ins Verhörzimmer geführt und über mindestens eine Stunde geschlagen. Und falls ihnen der Kontakt mit Familienangehörigen für etwa zehn Minuten gewährt würde, sei stets ein Geheimdienstmitarbeiter anwesend.

Der Iran und der 9. Juli ¹⁵⁵

Am 9. Juli 1999 demonstrierten iranische Studenten für Pressefreiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die Demonstrationen wurden brutal niedergeschlagen. Im Vorfeld des 9. Juli 2008 herrschte ein Klima der Angst und des Schreckens an den Universitäten.

von Wahied Wahdat-Hagh

Ezzat Ebrahim-Nejad wurde bei den Juli-Demonstrationen der Teheraner Studenten im Jahre 1999 von bisher nicht identifizierten Mitgliedern der Ansare Hezbollah oder von Sicherheitskräften erschossen. Die Ansare Hezbollah gelten als die private Armee des Führers und fügen sich seinem Befehl. Puran Ebrahim-Nejad ist die Schwester von Ezzat. Sie schrieb in einem offenen Brief am 7. Juli 2008: „Im Namen Gottes der Freiheit.

Der 9. Juli ist das Symbol des Freiheitswillens des iranischen Volkes. Dieser Freiheitswille ist an diesem Tag mit aller Gewalt und mit undemokratischen Mitteln unterdrückt worden.“ Puran Ebrahim-Nejad hebt hervor, dass am 9. Juli 1999 die „Kinder dieses Landes gegen den Diktator aufgestanden sind, um zu sagen, dass sie bereit sind zu jeder Zeit jeden ungerechten Herrscher zu bekämpfen.“ Sie schrieb: „Wir sind auf der Suche nach Menschlichkeit und nach einem wachen Bewusstsein. Denn ein wacher Mensch wird sich nie der Tyrannei ergeben.“ Humanität sei nicht nur eine Idee, sondern auch mit Taten verbunden.

Die Geschichte der studentischen Juli Demonstrationen geht auf das Jahr 1952 zurück, als Studenten für den damaligen Ministerpräsidenten Mossadegh und gegen den Schah demonstrierten. 1999 demonstrierten iranische Studenten gegen die

¹⁵⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061680/Der-Iran-und-der-9-Juli.html> 14.07.08



islamische Diktatur und für Pressefreiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die Demonstrationen begannen am 8. Juli 1999 mit einer friedlichen Demonstration von etwa 200 Studenten gegen das Verbot der Zeitung Salam. Am 9. Juli eskalierte die Lage. Sicherheitskräfte und Ansare Hezbollah, zivilgekleidete fanatische Anhänger des Führers Ali Khamenei, griffen ein Studentenheim auf dem Teheraner Universitätscampus an. Dutzende Studenten wurden schwer verletzt. Die Heimeinrichtung wurde kurz und klein geschlagen. Der Student Akbar Mohammadi starb später im Gefängnis an den Folge seiner Verletzungen.

Neun Jahre später: 8 Juli 2008

Neun Jahre später gibt es keine Demonstrationen und die studentische Opposition ist gespalten. Ahmad Batebi gehörte 1999 zu den Demonstranten, die Demokratie und Menschenrechte forderten. Er wurde weltberühmt, nachdem auf dem Titelblatt der Zeitschrift „The Economist“ sein Photo abgebildet wurde, wie er das blutige Hemd eines niedergeschossenen Studenten hochhielt. In den Juli Auseinandersetzungen von 1999 wurde Batebi verhaftet. Nach langjähriger Haft im Iran flüchtete er vor wenigen Monaten mit Hilfe der Demokratischen Partei Kurdistans in die USA. In verschiedenen Interviews forderte er in den letzten Tagen ein unabhängiges Gericht, das die Verantwortlichen für die Verbrechen der letzten 29 Jahre verurteilt. Batebi geht heute davon aus, dass innerhalb der Staatsverfassung des Iran keine demokratische Entwicklung möglich ist. Die Verfassung müsse gänzlich reformiert werden. Eine andere Grundordnung würde aber auch die Abschaffung des politischen Systems der totalitären Diktatur im Iran bedeuten. Daher ist eine Änderung der Verfassung einer Diktatur leichter gesagt als getan.

In den letzten Tagen wurden auch willkürlich Dutzende unschuldige Studenten verhaftet. Es gab weder Demonstrationen noch Proteste. Die Einschüchterungsstrategie der Diktatur hat längst ihre Wirkung gezeigt. Lediglich die linksislamistische Organisation der Partizipationsfront organisierte eine legale Veranstaltung zum Gedenken an die Studentendemonstrationen. Sie haben daran erinnert, dass die Universitäten inzwischen in der Woche um den 9. Juli geschlossen werden, damit keine Proteste stattfinden können. Auf der Konferenz wurde kritisiert, dass Präsident Ahmadinejad kürzlich gesagt habe, die iranischen Universitäten seien so frei, dass Präsident Bush kommen könne, um dort frei zu diskutieren. Mostafa Tajsadeh, Mitglied der Partizipationsfront hob hervor, dass die Mörder von Ezzat Ebrahim-Nejad noch nicht gefunden worden seien. Die Worte von Tajsadeh machen deutlich, wie sich die Lage in der totalitären Diktatur verschärft hat. Während unabhängige Studenten von Säuberungen der Universitäten zu Beginn der Revolution sprechen, spricht Tajsadeh davon, dass die „Machtmonopolisten“ die Kontrolle über die Universitäten in den letzten Jahren gänzlich übernommen haben, seitdem auch Reformislamisten immer mehr Probleme bekommen. Die kritischen Stimmen, die kritischen Universitätsprofessoren seien in den letzten Jahren von den Universitäten vertrieben worden. Tajsadeh sieht die Probleme nicht in der khomeinistischen Verfassung und nicht in der Idee der Islamischen Republik. Er



sagte, das Problem sei der „religiöse Despotismus und die Diktatur.“ Die Studenten hätten auch kein Problem mit dem Islam, sondern mit der Diktatur.

Damit ziehen sich bestimmte linksislamistische Kräfte langsam aus dem brutalen Geschehen in der Islamischen „Republik“ heraus, ohne die Verantwortung für ihre historische Rolle in der Islamischen „Republik“ übernehmen zu wollen. Während die Linksislamisten immer noch die Utopie einer Islamischen Republik ohne Diktatur hochhalten, geht ein Gros der demokratischen Studenten und der iranischen Bevölkerung davon aus, dass die islamistische Diktatur Iran in eine Sackgasse geführt hat. In den Tagen vor dem 9. Juli 2008 Dutzende Studenten in Mashhad und in Tehran verhaftet. Weitere Journalisten und Frauenrechtler wurden verhaftet. Die Studentenorganisation Tahkime Wahdat erklärte, dass die „Islamische Republik zu Mitteln der Politik der Angst und des Schreckens greift.“ Die Politik der willkürlichen Verhaftung der Studenten und Intellektuellen wurde stark kritisiert.



Geschlechtsspezifische Apartheid

Iran: Staatliche Gewalt gegen Frauen ¹⁵⁶

Die islamische Diktatur im Iran verstärkt die Kontrolle über die Privatsphäre der Iraner. Die iranischen Frauen sind besonders davon betroffen. Inzwischen kritisieren sogar einige Kleriker die Praxis des Staatsklerus. Im Exil wächst der Widerstand der Frauen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Big Brother lässt grüßen

Im Iran werden speziell Frauen von der staatlichen Polizei ausgebildet, um die Gleichheit von Mann und Frau zu bekämpfen. Die staatliche Diskriminierung der iranischen Frauen ist immens. Am 20. November erklärte Oberst Mohammad Husseini von der iranischen „Ordnungspolizei“, dass ab sofort „Wächterinnen auf Sportplätzen und sogar auf Hochzeitsfeiern persönlich anwesend sein werden“. Rund 120 Wächterinnen würden gegenwärtig gezielt von der iranischen Polizei ausgebildet. Die Wächterinnen sollen präventive Aufgaben übernehmen, indem sie kontrollieren, ob Frauen und Männer die Kleidungsvorschriften einhalten. Dies sei als ein Schutz der Bürger zu verstehen, damit sie keine weiteren Probleme bekommen. Das Ziel ist die Kontrolle der Privatsphäre der iranischen Frauen.

Im Iran gibt es in der Tat eine Einheit, die sich „Polizei für moralische Sicherheit“ nennt. Nach einer Meldung der Teheraner Polizei vom 20. November seien seit Mitte November rund 4800 „Gesindel“ genannte Personen verhaftet worden. Mindestens 31 von ihnen seien zum Tode verurteilt worden. Und rund 1500 von ihnen seien zu langen Haftstrafen verurteilt worden. „

Eine Frau, die sich unislamisch kleidet, wird im Iran kriminalisiert. Daher fallen in diesen staatlichen Statistiken sowohl Kriminelle als auch Menschen, die sich nach eigenem Gutdünken kleiden wollen, unter das straffällige Gesindel.

Das in Europa und in USA neugegründete internationale Netzwerk zur Solidarisierung mit der iranischen Frauenbewegung schreibt, dass die staatlichen Scharia-Gesetze im Iran zu den primitivsten Formen der Gewaltanwendung gehören: „Diese Gesetze werden als Kampf gegen Verderbtheit und als eine Strategie zur Gesundung der Gesellschaft dargestellt. Aber die Entwicklung der Kriminalität und der gesellschaftlichen Missstände sowie das bisher unbekannte Ausmaß an Prostitution, Frauenhandel und die Probleme der Drogensucht zeigen das Ausmaß

¹⁵⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061634/Iran-Staatliche-Gewalt-gegen-Frauen.html>
23.11.07



des gesellschaftlichen Verfalls im Iran unter dem islamischen Regime, das mit einem moralischen Anspruch angetreten ist.“

Kleriker kritisiert die Kleriker

Während die größte iranische Frauenwebsite „Sanestan“, übersetzt „Frauenestan“, vor wenigen Tagen vom iranischen „Ministerium für Kultur und islamischer Führung“ geschlossen worden ist, wachsen die Proteste im In- und Ausland. Sogar schiitische Geistliche, wie Ayatollah Mussawi Tabrizi kritisieren explizit die Verhaftung von Frauen unter dem Vorwurf, diese hätten „Schritte gegen die nationale Sicherheit“ unternommen. Ayatollah Tabrizi hat sogar die Frauenproteste als „legitim“ bezeichnet, solange bei Demonstrationen keine Waffen eingesetzt werden. Zudem sprach er sich für eine Änderung und Anpassung der islamischen Gesetze an die Bedürfnisse der Zeit aus. In den letzten 28 Jahren der Geschichte der islamistischen Diktatur im Iran wurden solche Stimmen kaum gehört oder ihre Anregungen wurden zumindest kaum umgesetzt.

Iranische Exilfrauen wenden sich gegen die staatliche Gewalt gegen Frauen

Shahla Shafiq ist eine Sprecherin des parteiübergreifenden internationalen Netzwerks zur Solidarisierung mit der iranischen Frauenbewegung. In einem Radiointerview forderte sie die Aufhebung aller Frauen diskriminierenden Gesetze der Islamischen Republik Iran. Frauendiskriminierung sei im Iran Gesetz und stehe im Gegensatz zu allen Erklärungen der Menschenrechte. Zudem sprach sie sich gegen die Islamisierung von gesellschaftspolitischen Fragen der Demokratie, der Gleichberechtigung und der Menschenrechte aus. Für sie ist die Frage nach der Emanzipation der iranischen Frauen nicht von der Frage der politischen Freiheit zu trennen und daher sei diese eng verknüpft mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen.

Zwangsverschleierung sei das Symbol der Unterdrückung. Man könne es in den letzten Monaten beobachten, wie unter dem Vorwand des Kampfes gegen schlechte Bekleidung die gesamte Gesellschaft in Schach gehalten werde. Die staatliche Unterdrückungspolitik führe zu einer Erstickung aller gesellschaftlichen Bewegungen, daher habe sich das neue Netzwerk zur Aufgabe gemacht, eine Stimme gegen die staatliche Unterdrückung im Iran zu werden.

Monireh Kazemi ein weiteres Mitglied des genannten Netzwerkes meint, dass infolge der herrschenden Scharia-Gesetze im Iran der Mann mittels Zeitehe Frauen kaufen darf. Die Frau würde dem Willen des Mannes unterliegen. Die staatlichen Gesetze des Iran würden somit den Weg für sexuelle Vergewaltigung der Frau anbahnen. Im Islam können Mädchen schon mit neun Jahren verheiratet werden. Das Heiratsalter für Mädchen ist nach Protesten auf 13 Jahre heraufgesetzt worden. Damit bleibt der sexuelle Missbrauch von Mädchen legal. Kazemi zufolge ist ein iranisches Mädchen heute im Alter von 9 Jahren schon strafmündig. Die Lage der Frauen im Iran müsse



eine Warnung sein an alle muslimischen Frauen anderer Gesellschaften. Das islamische Scharia-Gesetz dürfe nicht im 21. Jahrhundert als Zivil- oder Strafrecht eines Staates zur Geltung kommen.

Monireh Kazemi sagt, dass iranische Frauen auch ein Recht auf Selbstbestimmung ihrer Bekleidung haben. Besonders primitiv seien die Blutrache-Gesetze und die Steinigung. Allein im letzten Jahr seien fünf Personen im Iran gesteinigt worden.

Wenn ein Ehemann seine Frau töte, werde er vom Gesetz im Namen der Verteidigung der Ehre gesetzlich in Schutz genommen. Wenn aber eine Frau im Falle einer Vergewaltigung sich nur verteidige und dabei den Verteidiger töte, werde sie mit der Todesstrafe bedroht. Das islamische Erbrecht habe ebenfalls katastrophale Folgen für die Frauen. Beispielsweise dürfen Ehefrauen noch nicht einmal ihr Haus, in dem sie mit ihren verstorbenen Man zusammen gelebt haben, behalten. Alles gehe an die männlichen Familienmitglieder des Ehemannes.

Die Frauenrechtlerin Monireh Kazemi sieht keine Chance, dass die Frauen im Rahmen der Gesetzgebung der Islamischen Republik Iran ihre Rechte bekommen. Sogar die Frauenrechte, die in der Schahzeit erkämpft worden seien, seien wieder abgeschafft worden.

„Was verstehen sie unter dem Wort Gerechtigkeit?“

Für die Freilassung von Aktivistinnen der Frauenbewegung aus der Haft setzt sich auch Shirin Ebadi im Iran ein. Sie kritisierte die Verhaftung von Delaram Ali, Ronak Safarsadeh und Zahra Bani Ameri. Diese Frauen hatten am 12. Juni 2006 an einer friedlichen Kundgebung für Gleichberechtigung, Menschenrechte und Demokratie teilgenommen. Ebadi sagte: „Ich sage es der Weltbevölkerung: Die Frauen wurden nur verurteilt, weil sie sich für Frauenrechte eingesetzt haben. Sie bekommen solche Urteile lediglich, weil wir alle gegen die Polygamie sind, weil wir ein gleichwertiges Blutrecht fordern. Zu Unrecht wirft man uns Apostasie vor oder wir würden die nationale Sicherheit gefährden. Wir erklären dies der Welt.“

In diesem Zusammenhang sei an zwei weitere Ereignisse erinnert: Frau Haleh Rouhi und Frau Raha Sabet, zwei Frauen der Baha'i-Gemeinde in Schiras und ein junger Mann, die in einem privaten Sozialprojekt arbeiteten, wurden Anfang dieser Woche verhaftet. Ihnen wird lediglich die Arbeit in einem Sozialprojekt vorgeworfen. Die Projektmitarbeiter halfen armen Menschen in der Stadt Schiras. Grausam ist gegenwärtig der Druck auf Kinder aus Baha'i-Familien. Allein in Schiras wurden rund 17 Schüler und Schülerinnen von der Schule herausgeworfen, nur weil sie Baha'i sind. Besonders Mädchen aus Baha'i-Familien lernen früh von ihren Eltern die Gleichberechtigung der Geschlechter als ein Lebensprinzip.

Erinnert sei auch an die bestialische Hinrichtung von Parvaneh und Dariush Forouhar am 22. 11. 1998. Parastou Forouhar, die Tochter fragte am Jahrestag der



Hinrichtungen im Hinblick auf die iranischen Machthaber: „Was verstehen sie nur unter dem Wort Gerechtigkeit?“

Iran: Frauen werden mit Gewalt gezwungen zu gehorchen

157

Simin Behbahani ist eine authentische Stimme des gegenwärtigen Iran. Sie lebt im Iran und ist eine der berühmtesten iranischen Schriftstellerinnen und Lyrikerinnen. Für ihren Kampf für Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter bekam sie 1998 den Hellman/Hammett Preis von Human Rights Watch verliehen. Ein Jahr später wurde sie mit der Carl-von-Ossietsky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte geehrt.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Simin Behbahani ist der Auffassung, dass seit der islamischen Revolution die Iraner einen „unerträglichen Druck“ ertragen müssen. Sie prangert Hinrichtungen und Gefängnisaufenthalte von Andersdenkenden an. Sie sagt: „Es fehlen die nötigen Dinge, die wir für ein relativ ruhiges Leben brauchen. Der psychische Druck und all die Gründe, die unseren Geburtsort in eine Hölle verwandelt haben, lasten auf den Schultern unseres Volkes. Aber dieses geduldige Volk hat Widerstand geleistet und wird es auch weiterhin tun. In der Hoffnung, dass es eines Tages einen Schritt unternimmt, damit seine Sorgen ein Ende nehmen.“

Gegen die Zwangsverschleierung Simin Behbahani hält nichts von der Zwangsverschleierung. Eine schlechte Verschleierung bedeute gar nichts. Aber eine „gute Verschleierung“ sei das eigentliche Problem, wenn Frauen dadurch „die Hände und Füßen gebunden werden.“ Es sei falsch, wenn manche Geistliche und die iranischen Machthaber sagen würden: „Dein Hejab [Kopfbedeckung] ist deine Würde“ oder „deine Keuschheit“. Frauen, ob Muslime oder nicht, bräuchten keinen Chador oder „sonstige Kopfbedeckung“. Sie sagt: „Eine Frau, die einen ‚guten‘ Hejab trägt, kann im übrigen viel besser Verursacher von Sittenverderbtheit werden“, und fügt hinzu: „Hejab bedeutet eine direkte Beleidigung von Frauen und von Männern. Basta!“

Simin Behbahani fordert die „Bewusstwerdung der Frauen über ihre selbstverständlichen Rechte.“ Die iranischen Frauen sollten ermutigt werden sich Wissenschaften anzueignen. Sie sollten ermutigt werden, sich gegenseitig mehr zu unterstützen. Zumal aufgeklärte iranische Frauen sich für „die Notwendigkeit der Einhaltung der emanzipatorischen Rechte“ einsetzen würden. Ferner würden sie sich gegen „Rache- und Hassgefühle“ aussprechen.

¹⁵⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061640/Iran-Frauen-werden-mit-Gewalt-gezwungen-zu-gehoren.html> 14.12.07



Ein quasi luftleerer Raum Für die iranische Schriftstellerin, Simin Behbahani, spielen im übrigen besonders die persischsprachigen Exilmedien eine relevante Rolle. Sie sagt dazu: „Sie haben dieselbe Rolle, wie die Luft bei der Vermittlung von Stimmen. Wenn Sie eine Glocke in einem luftleeren Raum bewegen, hört man sie nicht klingen.“ Damit spielt sie auf die Lage der Gesellschaft in der sie lebt an. Ein quasi luftleerer Raum, in dem die Gesellschaft kein Gehör findet. Daher fordert sie die Exilmedien auf mit Verantwortung Nachrichten in den Iran zu vermitteln.

Simin Behbahani vergleicht die iranische Gesellschaft mit dem Westen. Sie ist der Meinung, dass in der „zivilisierten Welt die meisten Barrieren“ für die Entwicklung der Frauen aufgehoben worden seien. Sie meint: „Und Sie sehen dass dort Frauen und Männer die gleichen Voraussetzungen haben und Frauen können auch die höchsten Ebenen der Gesellschaften erreichen und diese verwalten.“

Im Iran jedoch sei die Lage anders. Es habe in der iranischen Geschichte Aufstände gegeben, in der Frauen eine wichtige Rolle gespielt haben. Diese sozialen Bewegungen hätten sich teilweise vor den Frauenkämpfen in Europa ereignet. Die gesellschaftliche Lage im Iran sei auch anders als in vielen anderen östlichen Gesellschaften, wo Frauen sich „noch mehr den ungleichen Gesetzen verpflichtet fühlten.“ Aber die iranischen Frauen haben Simin Behbahani zufolge mitnichten die männlichen Vorrechte akzeptiert. Für Simin Behbahani ist die Zwangsverschleierung keine kulturelle oder religiöse Angelegenheit einer gesamten Gesellschaft. Sie sagt: „Die iranischen Frauen werden mit Gewalt gezwungen zu gehorchen. Sie tun es nicht aus Freude und nicht freiwillig.“

Frauenbewegung unter Druck Der Druck auf die iranische Frauenbewegung wächst. Jelwe Jawaheri, Mitglied der „Kampagne für eine Million Unterschriften“ wurde am 1.12.2007 im Teheraner Revolutionsgericht verhaftet. Nachdem sie einige Stunden im Sonderuntersuchungsgericht verhört worden war, wurde sie wegen „Störung der öffentlichen Ordnung, der Propaganda gegen das System, und der Veröffentlichung von verleumderischen Inhalten auf der Website Change for Equality“, verhaftet und in das Evin-Gefängnis abgeführt. Am 18.11.2007 wurde Mariam Husseinkhah, ebenfalls unter ähnlichen Vorwürfen, in das berüchtigte Evin-Gefängnis abgeführt. Die "Reporters without Borders" setzen sich gegenwärtig für ihre Freilassung ein.



Wie die Zwangsverschleierung im Iran eingeführt wurde ¹⁵⁸

Die Zwangsverschleierung der Frauen wurde mit der islamischen Revolution im Iran eingeführt. Nima Namdari hat dies in einer iranischen Frauen-Online-Zeitschrift untersucht. Der folgende Text beruht auf dessen historischer Untersuchung. Namdari ist mit der iranischen Frauenrechtlerin Nasrin Afzali verheiratet.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Unverschleiert sein, heißt nackt sein

Am 16.1.1979 verließ der iranische Kaiser Mohammad Reza Pahlavi den Iran. Am selben Tag veröffentlichte die Zeitung Kayhan ein Interview mit Ayatollah Montazeri. Dieser erklärte das islamische Verständnis von „nackt“ sein, bedeute das Fehlen einer Kopfbedeckung. Er plädierte für den islamischen Hijab für Frauen und die Geschlechtertrennung. Ansonsten würde der Islam die „rechtmäßigen“ Freiheiten gewährleisten.

Einer historischen Analyse von Nima Namdari zufolge wurde dieser Begriff „nackt“ seitdem in der „religiösen und revolutionären Literatur“ des Iran wiederholt aufgegriffen. Zunächst reagierten viele Frauen in Leserbriefen, die Kayhan damals noch abdruckte. Darin brachten säkulare iranische Frauen und Männer ihre Sorge zum Ausdruck, dass „verschleierte Frauen unverschleierte Frauen auf der Straße beleidigten.“ Die Lage eskalierte schon in der revolutionären Phase, als der Schah ausgereist war, aber die Islamische „Republik“ noch nicht ausgerufen worden war. Kayhan wiederum veröffentlichte Auszüge aus Protestschreiben säkularer Organisationen, die sich beschwerten, dass manche „uninformierte Gruppen Frauen bedrohen, Mädchen mit Messer angreifen und ihre Kleidung anzünden und sie mit Säure bespritzten.“

„Sie werden aber daran gehindert werden gegen die Sitten zu verstoßen.“

Tatsächlich war Ayatollah Khomeini noch im Pariser Exil, als Kayhan am 21.1.1979 ein Interview mit ihm veröffentlichte, in dem er sagte, dass es in der Entscheidungsgewalt der Frauen selbst liege, ob sie einen „Schleier anziehen“.

Der Ton der neuen Machthaber änderte sich schnell: Am 23.1.1979 veröffentlichte dieselbe Zeitung ein weiteres Interview mit Ayatollah Khomeini. Eine unverschleierte Frau führte das Interview. Die Interviewerin fragte: „Dass Sie mich ohne Kopfbedeckung empfangen, deutet doch darauf hin, dass die Bewegung eine fortschrittliche Bewegung ist. Glauben Sie, dass wir Frauen alle einen Hijab tragen müssen?“ Ayatollah Khomeini erwiderte: „Ich habe Sie nicht eingeladen. Ich wusste nicht, dass Sie kommen. Und wenn ich Sie empfangen, hat dies nichts damit zu tun,

¹⁵⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061666/Wie-die-Zwangsverschleierung-im-Iran-eingefuehrt-wurde.html> 20.03.08



ob der Islam fortschrittlich ist oder nicht. Fortschritt hat auch nichts mit den Vorstellungen mancher Männer oder Frauen zu tun. Fortschritt bedeutet ein vollkommener Mensch werden, nicht ob eine Frau ins Kino oder in die Disko geht. Diese Fortschritte hat euch der Schah verschafft, das war ein Rückschritt. Die Frauen werden frei sein zu studieren oder richtige Sachen zu tun. Sie werden aber daran gehindert werden gegen die Sitten zu verstoßen.“ Am 1.2.79 kehrte Ayatollah Khomeini in den Iran zurück. Der gesellschaftliche Diskurs über Frauen änderte sich. Schon am 3.2.1979 wollte Khomeini Frauen und Männer getrennt empfangen, morgens Männer, abends Frauen. Nur wenige Intellektuelle wandten sich gegen die Aufhebung eines Familiengesetzes, das unter dem Schah eingeführt wurde. Für Parvin Ardalan, die kürzlich den Olof-Palme-Preis gewann, bedeutet die Aufhebung des damaligen Familiengesetzes die Aufopferung der Errungenschaften der Frauenbewegung für eine Islamisierung der Gesellschaft.

Die Skizzierung des historischen Verlaufs gibt Parvin Ardalan recht. Ausgerechnet ein Tag vor dem Weltfrauentag, am 7.3.1979, gab der „Revolutionsführer Khomeini“ den Befehl, dass „Frauen nicht nackt in islamischen Ministerien arbeiten dürfen.“ Frauen dürften zwar in staatlichen Bürokratien arbeiten, aber nicht ohne islamischen Hijab.“ Gleichzeitig wurde im staatlichen Fernsehen propagiert, der 8. März stünde in einer westlichen Tradition. Auf den Straßen wurden Frauen immer mehr mit der Parole von islamistischen Männern und Frauen beschimpft: „Ja Rusari, ja tusari,“ was so viel bedeutet, wie „entweder Kopftuch oder ein Schlag auf den Kopf“. Iranische Frauen wurden immer häufiger auf offener Straße angegriffen und mit Steinen beworfen.

Es ist interessant, dass am 8.3.1979 ein Interview mit Hojatoleslam Eshraqi veröffentlicht wurde, der mit der Tochter von Ayatollah Khomeini verheiratet war. Eshraqi gab die Anweisung, dass Hijab nicht das gleiche wie Schleier bedeute. Ein Kopftuch reiche aus und zwar auch in Universitäten und in allen öffentlichen Institutionen. Es wäre auch besser, wenn Frauen, die einer religiösen Minderheit angehören, sich dieser Regelung anpassen. Im übrigen ist die Tochter des in Vergessenheit geratenen Hojatoleslam Eshraqi mit dem Ex-Präsidenten Mohammad Khatami verheiratet.

Der Druck auf Lehrerinnen und Schülerinnen wuchs damit auch täglich. Es gab Demonstrationen und Kundgebungen. Der Ernst der Lage war für viele immer noch nicht sichtbar. Homa Nateq, eine säkular und demokratisch orientierte Historikerin, sagte in diesen Tagen, dass die säkularen Frauen nichts gegen den Hijab hätten, sie seien lediglich gegen eine Zwangsverschleierung. Die Frauen sollten selber entscheiden, ob sie ihren Kopf bedecken wollen oder nicht. Kayhan zitierte am 10.3.1979 auch eine andere bekannte Frau, Simin Daneshwar, die den Wiederaufbau des Landes als das Hauptziel erachtete und nicht die Nebenfrage des Kopftuches.



Abas Amir Entesam, der Sprecher der provisorischen Regierung, 1981 unter dem Vorwurf der Spionage für die USA verhaftet, gehörte zu den Wenigen, die offiziell eine Zwangsverschleierung ablehnten, denn er pochte auf das Prinzip der Zwanglosigkeit im Islam. Dagegen sagte Ayatollah Taleqani am 11. März, die Frauen sollten doch ihren Kopf bedecken. Er wies auf die Gefühle eines armen jungen Mannes hin, der keine Arbeit und kein Geld habe. Ein solcher Mann würde doch „geplagt“ werden, wenn er eine 50-Jährige sehen würde, die sich schön mache wie eine 15-Jährige. Derselbe Ayatollah Taleqani verteidigte die „revolutionären“ Hinrichtungen und forderte gar, man müsse viel mehr „ehemalige Polizisten“ hinrichten, um „Gerechtigkeit zu schaffen.“

Mojtahed Schabasteri trat im staatlichen Fernsehen auf, das damals noch unter der Leitung des später hingerichteten Sadeq Qotbsadeh stand. Shabasteri warnte damals die protestierenden säkularen Frauen, die doch alle nur Anhängerinnen des Schahregimes seien.

Am 12. März berichtete Kayhan von Frauendemonstrationen gegen „staatliche 13 Punkte Verordnungen“, die die Zwangsverschleierung vorschrieben. Frauen aller Altersklassen protestierten, Studentinnen und Schülerinnen. Dennoch wurde das Kopftuchproblem auch weiterhin von laizistischen Intellektuellen als nebensächlich betrachtet. Die Proteste ließen nach, da die provisorische Regierung von Basargan noch nicht die Zwangsverschleierung als staatliches Gesetz einführte. Laizisten und Khomeinisten wollten zunächst den großen Feind besiegen.

Am 17. März berichtete Kayhan, dass ein junges Paar öffentlich ausgepeitscht wurde. Grund: Unkeusche Beziehung. Es war die Zeit der Ruhe vor dem großen Sturm. Nun demonstrierten auch islamische Frauen für die Zwangsverschleierung. Qotbsadeh, der Leiter des staatlichen Fernsehens, kündigte die neuen Aufgaben der Medien an: Die Propagierung der islamischen Sitten. Die staatliche Zwangsverschleierung sollte langsam aber sicher eingeführt werden. Bis zur endgültigen Einführung der staatlichen Zwangsverschleierung gab es einen regelrechten Kulturkampf um den Schleier. Beispielsweise argumentierte die Anti-Hijab-Fraktion, eine Kopfbedeckung würde die Frau bei der Arbeit behindern. Die Islamisten argumentierten mit der Geschlechtertrennung. Wenn diese vollständig eingeführt werde, würden Frauen, wenn sie unter sich sind, auch mal den Schleier ablegen dürfen.

Die erste staatlich organisierte Geschlechtertrennung fand am 1.4.1979 statt, als Khomeini das Volk scheinbar per Referendum wählen ließ. Es sollte sich für oder gegen die Monarchie entscheiden, ohne zu wissen, was eine Islamische „Republik“ mit sich bringen würde. Wichtig war aber, dass Männer und Frauen, sich getrennt nach ihrem Geschlecht einreihen mussten, um zu wählen, an manchen Orten gab es sogar unterschiedliche Wahlurnen für Männer und Frauen.



Am 27.6.1979 wurde staatlich angeordnet, dass am Kaspischen Meer nur geschlechtergetrennt geschwommen werden darf. Und natürlich gingen die Zeiten des Bikinis und der Badeanzüge für Frauen auch zu Ende. Mit Schleier geht die Islamistin ins Wasser, ins Vergnügen, weil es angeblich sittlich ist.

Kayhan berichtete am 29.7.1979, Schülerinnen aus den armen südlichen Gebieten von Teheran forderten auf Demonstrationen die Geschlechtertrennung in Schulen. Es waren Schülerinnen einer reinen Mädchenschule, die für eine konsequente islamische Revolution demonstrierten.

Im Sommer 1979 verschärfte sich der Prozess der Zwangsverschleierung durch die staatlichen „Säuberungskomitees“. Sie „säuberten“ staatliche und nicht staatliche Institutionen, Medienanstalten etc.. Hojatoleslam Khodai forderte im Oktober 1979 Schülerinnen auf nur mit Kopftücher in die Schule zu gehen. Frauen gingen mit Kopftüchern zur Arbeit, da sie ihre Arbeit nicht verlieren wollten.

Im Jahr 1979 wurden rund 600 Frauen, wegen angeblicher „sexueller Vergehen“ hingerichtet. Täglich wurden junge Menschen öffentlich ausgepeitscht.

Nima Namdari schreibt, dass das Modell der neuen revolutionären Kleidung für die Frauen, der lange Mantel, schon vor der Revolution von den revolutionären islamischen Bewegung der Volksmudschahein eingeführt worden war. Diese Uniform wurde sogar von Einheiten der Revolutionsgardisten übernommen. Es galt nicht nur das Wort des charismatischen Führers Ayatollah Khomeini, auch revolutionäre islamische Intellektuelle, wie Ali Schariati, haben das Bild der revolutionären verschleierten Frau geprägt. Die islamisch-republikanische Partei wählte den Geburtstag von Fatima Zahra, jüngste Tochter des Propheten Mohammad, zum Tag der Frau. Fatima war schon für Ali Schariati das Vorbild der islamischen Frau. Fatima in Uniform wurde nun mit gehobenen Fäusten abgebildet. Ali Schariati hatte vor der Revolution den bewaffneten Kampf, als den wahren islamischen Weg, propagiert.

Das Kopftuch wurde ideologisiert und war in der Tat auch ein Zeichen der Loyalität zur neuen Herrschaft. Frau Zahra Rahnaward war der intellektuelle Kopf der neuen islamischen Frau. Unter dem Schah trug sie keine Kopfbedeckung, nun propagierte sie das Kopftuch bis zum Erscheinen des Messias. Sie predigte auch, dass das Nicht-Tragen von Kopftüchern das Zeichen für die Nicht-Befolgung der revolutionären Ziele sei.

Schon im Sommer 1979 galt die Nicht-Bedeckung der Haare der Frauen als ein Zeichen der Treue zum Schah. Und als am 5. November 1979 die provisorische Regierung von Basargan aufgab, war die Zwangsverschleierung endgültig ein historisches Faktum.



Iran, die Republik der Frauendiskriminierung ¹⁵⁹

Am 8. März haben die iranischen Frauen sich erneut zu Wort gemeldet obwohl der internationale Frauentag im Iran verboten ist. Friedliche Proteste im In- und im Ausland gegen die geschlechtsspezifische Apartheidpolitik kennzeichneten den Tag auch in diesem Jahr.

Die Juristin, Frauenrechtlerin und Publizistin Mehrangiz Kar meint, dass der 8. März für die iranischen Frauen nicht nur der internationale Frauentag, sondern ein Tag der zivilgesellschaftlichen und friedlichen Proteste sei, gegen die Menschenrechtsverletzungen eines Regimes, das aus der Revolution herausgewachsen sei.

Der 8. März 1979 sei der Beginn der Proteste iranischer Frauen gewesen, die sich gegen die von Ayatollah Khomeini angeordnete Zwangsverschleierung der Frauen richteten. Diese Proteste hörten nie auf, bis eine zivilgesellschaftliche Bewegung nach dreißig Jahren entstand.

Mehrangiz Kar erinnert daran, dass über Jahre die iranischen Frauen unter den Bedingungen der „religiösen Despotie“ den 8. März in privaten Kreisen gefeiert haben. Unter der Präsidentschaft von Mohammad Khatami sei die Frauenbewegung auf die Straße gegangen und unter Ahmadinedschad sei diese so stark geworden, dass Ex-Geheimdienstminister Mohsseni Ejei sogar davon sprach, dass eine „sanfte und samtene Revolution“ angestrebt werde und die Gleichberechtigung fordernde Frauenbewegung nur ein Vorwand sei.

Viele iranische Frauen hatten sich laut Mehrangiz Kar über Jahre in privaten Kreisen weiter gebildet und informiert, um eines Tages eine gesellschaftliche Bewegung zu werden. Die Forderungen nach Reformen seien in den Jahren vor der Präsidentschaft Khatamis langsam gewachsen und seien unter seiner Präsidentschaft von den Frauen öffentlich artikuliert worden. Die Frauen hatten über Jahre still in privaten Räumen gegen die Zwangsverschleierung argumentiert und die diskriminierenden Familiengesetze angeprangert.

Kar kritisiert die im Iran herrschenden „Aqas“, Herren, die den 8. März als illegal und gegen die Scharia gerichtet, erklären. Mit Gewalt, Unterdrückung und Zensur könnten die Forderungen der iranischen Frauen nicht zunichte gemacht werden.

¹⁵⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6755997/Iran-die-Republik-der-Frauendiskriminierung.html> 13.03.2010



Ungleiche und unfaire Gesetze

Auch der iranische Schriftstellerverband erinnerte in einer Erklärung daran, dass sich die iranischen Frauen immer wieder gegen die „falschen Sitten und Selbstbetrug“ gewandt haben.

Die iranischen Frauen hätten in den „letzten drei Jahrzehnten mehr als alle anderen den Druck der Hinrichtungen und der Steinigungen gespürt.“ Die iranischen Frauen hätten in den letzten drei Jahrzehnten „mehr als je zuvor in den Krallen ungleicher und unfairer Gesetze gezappelt“, denn sie seien nicht einmal das zweite Geschlecht, sondern zählten manchmal nichts. Frauen seien zu Objekten gemacht worden, deren paar Haarsträhne nur ein kollektiver Albtraum darstellt. Ihre Kleidung und Körper würden polizeilich bewacht werden. Die Frauen hätten dennoch mutig die „Vergewaltigungen in den Gefängnissen und Folterstätten entlarvt“. Sie hätten das „widerliche Gesicht und die bestialische Verhaltensweise der Unterdrücker entschleiert“.

Der iranische Schriftstellerverband gratulierte am 8. März den Frauen der ganzen Welt und hofft, dass die Forderung nach Freiheit und Gleichheit ins allgemeine Bewusstsein dringe, so dass der Weg für eine freie Gesellschaft ohne Diskriminierung und Unterdrückung angebahnt werde.

Iranische Mütter fordern die Freiheit aller politischen Gefangenen

Mütter, die besorgt um ihre Töchter und Söhne vor Gefängnissen demonstrierten, wurden selbst verhaftet .

Sogar einige der Unterstützer der Mütter wurden verhaftet. Andere Mütter und ihre Freunde, die sich mit ihnen solidarisieren, demonstrieren weiter. Es herrscht Willkür und kein Gesetz. Sie sind in der berüchtigten Abteilung 209 des Evin-Gefängnisses eingekerkert. Sie haben nichts getan außer für Demokratie, Menschen- und Frauenrechte, außer für die Freilassung von unschuldigen Menschen aus den schlimmsten Gefängnissen der Welt zu demonstrieren. Deswegen werden sie entführt, sie verschwinden und werden auch offiziell verhaftet. In einer Erklärung fordern iranische Mütter Freiheit und Menschenrechte und erklären, dass sie „die Mütter dieses Landes sind“ und als solche die „bedingungslose Freiheit“ aller politischen Gefangenen fordern.

Tahirih, eine historische Symbolfigur

Eine der wichtigsten Symbolfiguren der iranischen Frauenbewegung ist im übrigen Tahirih, die Mitte des 19. Jahrhunderts als Anhängerin der Babi-Bewegung ihren Schleier beiseite warf. Sie zählt zu den Heldinnen der iranischen Frauenbewegung und musste auch für ihren Mut mit ihrem Leben zahlen. Denn die iranische Regierung der Ghajaren-Dynastie konnte nicht eine Dichterin aushalten, die sich sogar traute mit den gelehrten Männern des damaligen Iran zu diskutieren. Zu einem



Minister, in dessen Haus sie festgehalten wurde, sagte sie: „Du kannst mich töten, sobald es Dir beliebt; aber du kannst die Befreiung der Frauen nicht aufhalten.“ Schließlich wurde sie erdrosselt.

Ayda Fadschr schrieb am 8. März in der Zeitung Roozonline, die iranischen Frauen seien schon zu Beginn der konstitutionellen Revolution von 1905 in Frauengruppen aktiv in der sozialen Bewegung gewesen.

Im 19. Jahrhundert habe es keine Gruppenaktivitäten gegeben.

Ayda Fadschr erinnert an die islamische Revolution von 1979, an der auch Frauen teilnahmen. Das Bewusstsein dieser Frauen war in den Jahrzehnten zuvor gestiegen, im übrigen nicht zuletzt durch einige Gesetze, die den Frauen mehr Rechte einräumten als zuvor in der traditionellen islamischen Gesellschaft. Sie erinnert aber auch daran, dass der Schah seine neuen Gesetze zur Verbesserung der Lage der Frauen in der Familie lediglich mit der Zustimmung von Ayatollah Hakim in Irak durchsetzen konnte, der offenbar fortschrittlicher war als die im Iran lebenden Ayatollahs.

Zwar hatte der damals noch Oppositionelle Ayatollah Khomeini 1961 das Frauenwahlrecht für die Iranerinnen abgelehnt, aber 1979 konnte er sich nicht mehr gegen das Frauenwahlrecht stellen. Die Frauen waren nicht mehr bereit dieses Recht, das sie sich erkämpft hatten, aufzugeben.

Ayada Fadschr erinnert daran, dass mit der islamischen Revolution die iranischen Frauen alle ihre Rechte, die sie in den Jahrzehnten zuvor erlangt hatten, wieder verloren haben. Dennoch behauptete Khomeini, dass er an die Gleichberechtigung von Frauen und Männern glaube. Offenbar hatte er ein anderes Verständnis davon.

Iranische Frauen haben dennoch bei den Demonstrationen der letzten Monate bewiesen, dass sie bereit sind für ihre Rechte zu kämpfen. Sie versammeln sich wieder privat, berichtet Ali Schirasi. Bisher haben sie sehr teuer dafür bezahlt, wenn wir an die Frauen denken, die immer noch im Gefängnis sitzen, nur weil sie Menschen- und Frauenrechte gefordert haben.

Die frauenfeindliche Staatspolitik des Iran ¹⁶⁰

Iranische Regierungsstellen planen, dass weibliche Angestellte in staatlichen Institutionen uniformierte Kleidung tragen müssen.

¹⁶⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article7519740/Die-frauenfeindliche-Staatspolitik-des-Iran.html> 07.05.2010



Sehr bald soll ein frauenfeindliches Staatsprogramm im Iran umgesetzt werden, das sich „Programm für Keuschheit und Hijab“ nennt. Hijab ist eine strenge Kopfbedeckung. Das Programm ist vom iranischen Innenministerium mit der Unterstützung der Forschungsabteilung der Al-Zahra Universität entwickelt worden.

Die erste Serie der dreiteiligen Kleidung, bestehend aus einer Hose, langem Mantel und Hijab, soll mit Hilfe staatlicher Subventionen hergestellt und weiblichen Beschäftigten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Bei einer Massenproduktion sollen die Kleidungsstücke dann billiger als gegenwärtig auf dem Markt erhältlich, zur Verfügung gestellt werden. Offenbar steht ein weiteres staatstragendes khomeinistisches Unternehmen hinter dieser erweiterten Stufe der Zwangsverschleierung der Frauen im Iran.

Der Innenminister beginnt staatlichen Institutionen

Wie die iranische Wirtschaftszeitung „Donyaye Eqtesad“ am 26.4.2010 berichtete hat der iranische Innenminister Mostafa Mohammad Najar angekündigt, dass das Programm „Keuschheit und Hijab“ seit einem Jahr in Planung ist. Die „religiösen Glaubensvorstellungen“ der Bevölkerung sollen dadurch gestärkt werden.

Der iranische Innenminister kündigte an, dass das Programm zunächst in staatlichen Institutionen umgesetzt werden soll. Innenminister Najar kündigte ernsthaft an, dass das Programm der neuen uniformierten Kleidungs Vorschriften sich nicht nur auf Frauen beziehe, sondern auch Männer seien davon betroffen.

Kindergärten als Hort der „islamischen Kultur“

Farsnews zufolge habe der „Oberste Rat der Kulturrevolution“ schon am 3.1.2006 das Gesetz zu diesem Programm verabschiedet. Das Gesetz sei nur bisher nicht umgesetzt worden.

Laut diesem Gesetz, das Farsnews veröffentlichte, werden „Ordnungskräfte, Kulturinstitutionen und Gerichte“ die unislamische Bekleidung der Frauen bekämpfen.

Das Ministerium für Kultur und Islamische Führung werde alle Zeitungen, Zeitschriften und anderen Medien stärker beaufsichtigen. Materielle Förderung für künstlerische Produktionen werde es für diejenigen Künstler geben, die „neue und attraktive Wege für die Verbreitung der Kultur der Keuschheit“ anbieten.

"Geistige Hygiene"

Mohammad Nabi Habibi, Vorsitzender der khomeinistischen Faktion der „Motalefe Islami“, die Präsident Ahmadinedschad unterstützt, kritisierte wie ILNA am 4.5.2010 berichtete, die unislamische Kopfbedeckung der iranischen Frauen, die man dort



„Bad Hijabi“ nennt, : „Es sieht so aus, als ob ein gesellschaftliches Spektrum der Konterrevolution wegen den Ergebnisse der zehnten Präsidentschaftswahlen so stark enttäuscht ist, dass sich die Personen aus diesem Spektrum gegen die von Gott gegebenen Gesetze richten. Sie verarbeiten ihre Frustration indem sie ihre Kopfbedeckung schlecht oder manchmal gar nicht tragen.“

Es sollte an dieser Stelle daran erinnert werden, dass laut islamischem Gesetz Frauen, die in der Öffentlichkeit kein Kopftuch tragen mit 70 Peitschenhieben bestraft werden.

Habibi fuhr laut ILNA fort: „Dieses unerfreuliche Phänomen bedroht die geistige Hygiene und die gesellschaftliche Moral.“ Er warf manchen Mitgliedern der „Grünen Bewegung“ im Iran vor dieses „Phänomen“ zu schüren.

70 Peitschenhiebe für versäumtes Kopftuch

Habibi kann jedenfalls nicht die Frau von Ex-Präsidentschaftskandidat Moussavi gemeint haben, denn sie trägt eine islamisch korrekte Kopfbedeckung.

Hojatolislam Sediqqi, Freitagsimam von Teheran, hatte am 16.4.2010 tatsächlich die nicht islamische Kopfbedeckung der Frauen als eine Sünde bezeichnet, die nicht nur das „Herz der Jugend zum erzittern bringt“, sondern auch den „Zorn Gottes herbeiführt.“

Sediqqi bezog sich dann auf eine Aussage des Präsidenten Ahmadinedschad, der davon gesprochen hatte, dass „menschliche Sünden Erdbeben verursachen können.“

Um Erdbeben zu vermeiden, müssen also staatlich definierte menschliche Sünden vermieden werden. Die iranischen Machthaber wissen offenbar, dass das politische System des Iran zumindest erschüttert werden könnte, wenn eines Tages die iranischen Frauen durch einen Massenaufstand unterstützt von ihren Männern ihre Kopftücher ablegen würden.

Neue Gesetzgebung: Frauen im Ausland nicht betroffen

BBC-Persian meldete jedenfalls am 4. Mai, dass von der neuen Gesetzgebung die iranischen Frauen im Ausland nicht betroffen seien. Majid Jafarsadeh, Mitarbeiter des Präsidentenbüros habe versichert, dass Präsident Ahmadinedschad sich des Öfteren mit Frauen, die keine Kopfbedeckung haben, träfe und es würde nichts passieren.

Es sei daran erinnert, dass Ayatollah Khomeini am 26.2.1979 das Familienschutzgesetz von 1967, das den iranischen Frauen neue Rechte eingeräumt hatte, abgeschafft hat. Am 3.3.1979 erklärte Ayatollah Khomeini, dass Frauen nicht mehr den Beruf einer Richterin ausüben dürfen. Und am 6.3.1979 wurde staatlich



angeordnet, dass alle Frauen am Arbeitsplatz einen islamischen Hijab tragen müssen.

Nun haben Frauen weniger Rechte bei der Scheidung Auch das gegenwärtige khomeinistische „Familienschutzgesetz“ soll in Zukunft die Rechte der iranischen Frauen noch mehr einschränken. Laut Artikel 23 der neuen Familienschutzgesetzesvorlage sollen die iranischen Männer sogar ohne die Erlaubnis der ersten Frau das Recht bekommen weitere drei Frauen und Zeitehen einzugehen. Bisher sollte formal die erste Frau eines muslimischen Mannes ihre Erlaubnis dazu geben, was sie unter Druck auch meist tat. Die Frau wird bei einer Verabschiedung der neuen Gesetzesvorlage noch weniger Rechte haben über ihre Scheidung zu entscheiden. Dafür erleichtert Artikel 22 sogar die Möglichkeiten des Mannes für eine Zeitehe, berichtete die iranische Frauenorganisation Familylaw.

Es gibt allen Grund dazu diese dreißigjährige frauenfeindliche Staatspolitik als eine geschlechtsspezifische Apartheidpolitik einer totalitären Diktatur zu bezeichnen.

Iranische Revolutionsgardisten als Brandstifter ¹⁶¹

50 Häuser von Anhängern der Bahai-Religion wurden in einem kleinen Dorf im Nordiran in Brand gesteckt.

Iran feiert Islamische Revolution
von Wahied Wahdat-Hagh

50 Häuser von einfachen Bahai-Familien, die auf dem Land im nordiranischen Dorf Ivel wohnen, wurden zerstört, berichtete „Rahana“ am 25. Juni.

Als einige der Bahai diesen Akt des staatlich geschürten und durchgeführten Hasses und der Zerstörung bei der Polizei und bei der örtlichen Behörde meldeten, wurden sie faktisch ignoriert.

Polizeibeamte sollen „Rahana“ zufolge berichtet haben, dass die Revolutionsgarden einige Militäreinheiten in Ivel stationiert haben sollen. Die Revolutionsgardisten sollen „Befehle von höheren Instanzen“ erhalten haben, um die Häuser der Bahai in Brand zu stecken.

Tatsächlich wurden die 50 Häuser der Bahai zunächst in Brand gesteckt und dann mit Bulldozern dem Erdboden gleich gemacht. Der zurückgebliebene Schutt wurde mit Lastwagen weggeschafft.

Die Bahai sollen vertrieben werden und von ihnen sollen keine Spuren übrig bleiben.

¹⁶¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article8314694/Iranische-Revolutionsgardisten-als-Brandstifter.html> 05.07.2010



Auf Staatsbefehl werden nicht nur die Ruhestätten der Toten zerstört, man verwüstet auch die Häuser von Lebenden. Wirft man einfachen Bauern etwa vor für Israel oder für die USA zu spionieren?

Geheimdienstler gaben sich als Bankangestellte

Allein ein Blick auf die Ereignisse der letzten Wochen macht das Ausmaß des systematischen Pogroms gegen die Bahai sichtbar.

Am 29. Mai 2010 wurde ein Bahai-Friedhof in Mashad zerstört, wie Bahai World News Service (BWNS) berichtete.

„Rahana“ berichtete am 24.6.2010 von der willkürlichen Verhaftung von Sarah Mahbubi. Am 19. Juni drangen Geheimdienstbeamte in die Wohnung ihrer Eltern ein. Sie beschlagnahmten zwei Computer, CDs, Bücher und Photos. Sarah Mahbubi war nicht zu Hause. Einige Tage später ging Frau Sarah Mahbubi freiwillig zum Geheimdienstministerium und wurde sofort verhaftet. Wahrscheinlich wirft man ihr Menschenrechtsarbeit vor, schreibt Rahana. Sarah Mahbubi setzte sich für das Recht junger Andersdenkender auf ein Studium ein.

Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 12. Juni 2009 steht Iran vor der größten innenpolitischen Zerreißprobe seit der Revolution vor 30 Jahren. Klicken Sie sich durch die Ereignisse der letzten Monate und verfolgen Sie die Geschichte des Iran zurück bis ins Jahr 1979:

Am 22. Juni wurde Nura Nabilsadeh, ein weiterer Bahai, in Mashad verhaftet. Er musizierte mit einigen anderen jungen Menschen in einem Kinderheim, als Trost für die verwaorsten Kinder. Der iranische Geheimdienst verhaftete ihn. Kann ein Musiker, der unentgeltlich für Kinder in Kinderheimen arbeitet, ein Spion sein?

Der junge Menschenrechtler Navid Khanjani sollte eigentlich gegen Kautio freikommen. Er hatte lediglich die Rechte von Andersdenkenden auf ein Studium gefordert. Die Diktatur wollte ihn aber nicht entlassen und erhöhte die zu zahlende Kautio um rund 90.000 EUR.

In einem anderen Fall bezahlten die Eltern von Frau Nahid Qadiri eine hohe Kautio, damit sie Hafturlaub bekommt.

Die Diktatur kassierte die Kautio und ließ die junge Frau nicht in den Hafturlaub gehen. Frau Nahid Qadiri wird vorgeworfen mit anderen über die Bahai-Religion gesprochen zu haben. Ihr physischer und psychischer Zustand soll sehr schlecht sein.

Das khomeinistische Regime hat Angst vor einer Religion, die den Frieden predigt, denn die iranischen Machthaber predigen den militanten Dschihad, den Krieg.



Die wirtschaftliche Strangulation

Laut einem schriftlichen Befehl des Direktoriums der nationalen Sicherheitskräfte vom 9. April 2007 werden alle iranischen Polizeikräfte angewiesen die Unternehmen der Bahai zu identifizieren und folgende Unternehmen zu schließen.

1) Alle Bahai-Unternehmen, die unter der Kategorie Kultur, Werbung und Kommerz fallen, sollen geschlossen werden. Einige Beispiele aus diesem Bereich wurden explizit genannt: Zeitungen, Periodika, Juweliergeschäfte, Uhrmachereien, Cafes, Gravurläden, Autoverleih, Touristenindustrie, Buchverlage, Hostel- und Hotelmanagement, Schneidereiausbildung, Photographen, Filmaufnahmeunternehmen, Internetspielläden, Internetcafes.

2) Jegliches Geschäft mit Nahrungsmitteln. Die Bahai könnten das Essen der Muslime kontaminieren, heißt es. Genannte Beispiele: Caterings bei Empfängen, Restaurants, Lebensmittelgeschäfte, Kebabläden, Cafes, Metzgereien, Supermärkte, Eisverkaufläden, Läden, die frische Fruchtsäfte verkaufen, Bäckereien, Cafes.

3) Generell alle erfolgreiche Geschäfte, in denen die Bahai hohe Profite machen.

Infolge dieser Maßnahme wurden in den letzten Jahren hunderte Geschäfte, die den Bahai gehörten, geschlossen.

Die wirtschaftliche Strangulation der Bahai begann direkt nach der islamischen Revolution von 1979 und verstärkte sich in den 90er Jahren. Viele Bahai bekamen seit der Gründung der Islamischen Republik keine Rente und ihr Eigentum wurde konfisziert. Der erste Befehl zur Entlassung der Bahai aus Fabriken, Ämtern und anderen Einrichtungen kam schon im Dezember 1981. Der Befehl wurde aber nicht konsequent umgesetzt. Im Jahre 1982 wurden Bahai-Arbeiter und Angestellte in verschiedenen Fabriken und Unternehmen gezwungen ihren Glauben aufzugeben oder es drohte ihnen die Entlassung. In einigen Fabriken mussten sie mit extra gekennzeichnetem Besteck und Tellern essen, damit das Essen der muslimischen Arbeiter nicht „najiss“ wird, nicht schmutzig wird. Auch Hunde gelten als „najiss“.

Es gibt ein staatliches Dokument, datiert am 25.2.1991, das belegt, dass die heute miteinander verfeindeten Politiker Ex-Präsident Hashemi Rafsandschani und der gegenwärtige Revolutionsführer Ali Khamenei gemeinsam beschlossen, dass das „System den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Bahai verhindern muss.“

Allein die wirtschaftliche Strangulation der Bahai im Iran ist durchaus mit der Situation der Juden in den 30er Jahren im Nationalsozialismus vergleichbar.

Aktuell von der Todesstrafe bedroht sind die sieben Führungsmitglieder der iranischen Bahai-Gemeinde: Behrouz Tavakkoli, Saeid Reaie, Fariba Kamalabadi, Vahid Tizfahm, Jamaloddin Khanjani, Afif Naemi und Mahvash Sabet.



Ihnen wird zu Unrecht „Spionage für Israel“ vorgeworfen.

Iran verletzt Frauenrechte ¹⁶²

Staaten die Frauenrechte verletzen, wollen in UN-Gremien, die weltweit Frauenrechte durchsetzen sollen.

Die UN-Generalversammlung feierte am 2. Juli dieses Jahres ihre Entscheidung „neue Strukturen“ geschaffen zu haben, die weltweit die Gleichberechtigung von Frauen realisieren sollen.

Generalsekretär Ban Ki-Moon hatte betont, die UN-Frauen würden „weltweit die Gleichstellung der Geschlechter durchsetzen.“ Die UN-Frauen erklärten, die „globalen Standards der Mitgliedstaaten verbessern“ zu wollen.

Am 10. November werden nun die 54 Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen ECOSOC den Vorstand der neuen UN-Frauen-Institution wählen. Ausgerechnet Iran und Saudi-Arabien gehören zu den Kandidaten. Der Iran wurde schon am 28. April 2010 von der Asiengruppe des ECOSOC in die Kommission für die Rechtsstellung der Frau gewählt. Bloß halten solche Staaten, die massiv Frauenrechte verletzen, nichts von den Normen der UN-Charta.

Zudem ist der Iran seit dem 18. Mai 2009 Mitglied des Gremiums zur Strafrechtspflege der ECOSOC. Allerdings wurden im Jahr 2009 in der totalitären Diktatur der „Islamischen Republik Iran“ 388 Menschen hingerichtet. Auspeitschungen, harte Foltermethoden und Körperamputationen gehören zur Strafrechtspraxis des Iran.

Was spricht noch dagegen, dass der Iran in die Organisation der UNO für Frauenrechte gewählt wird?

Laut einem Report der Global Gender Gap ist die Lage der iranischen Frauen im weltweiten Maßstab seit 2006 schlechter geworden. Im Jahr 2010 befindet sich der Iran auf dem 123. Platz von 134 Staaten im weltweiten Maßstab und im Jahr 2006 besetzte der Iran noch Platz 108.

Im UN-Menschenrechtsbericht der Generalversammlung vom 15. September 2010 wird hervorgehoben, dass die Diskriminierung der Frauen in der Straf- und Zivilgesetzgebung massiv und durchgehend vorhanden ist. Insbesondere werden die iranischen Frauen in den Rechtsbereichen der Eheschließung, der Scheidung, der Nationalität, des Erziehungsrechts und der Erbschaft diskriminiert. Laut Artikel 115 der iranischen Verfassung können Frauen nicht das Amt des Präsidenten ausüben. Keine Frau wurde bisher als Mitglied des Wächterrats ernannt oder in andere Institutionen berufen, in denen wichtige politische Entscheidungen getroffen werden.

¹⁶² <https://europeandemocracy.eu/expert/wahied-wahdat-hagh/> 10.11.2010



Frauen dürfen nicht Richterinnen werden. Das Problem der Zeitehe treibt Hunderttausende junge iranische Frauen in die Prostitution. Denn solche Frauen, die aus Not mit alten reichen frommen Männern eine religiös „abgesegnete“ Zeitehe eingegangen sind, werden von der Gesellschaft ausgeschlossen.

Tatsächlich lehnt die iranische Staatsideologie das universelle Verständnis der Frauen- und Menschenrechte ab. Der Politiker Mohammad Javad Larijani sagte noch am 25. Oktober: „Die iranischen Intellektuellen sollen die Inhalte der westlichen Menschenrechte korrigieren.“ Wenn es nach den iranischen Machthabern ginge, würde die Hinrichtung von Ehebrecherinnen und Polygamie zur neuen Norm der UNO werden.



Antiamerikanismus

Iran: US-iranischer-Dialog ohne Annäherung ¹⁶³

Iranische und US-amerikanische Diplomaten haben erstmals nach 28 Jahren offizielle Gespräche in Bagdad aufgenommen. Auch wenn keine Annäherung stattfindet: Gespräche zwischen Rivalen können auch dazu führen, dass die Differenzen transparenter werden.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Iranische Geiselpolitik

Das iranische Regime hat im Vorfeld der Gespräche ein deutliches Signal gegeben, dass ein Dialog nicht Friede, Freude, Eierkuchen heißen müsse, was mit der altbekannten Tradition der islamistischen Politik der Geiselnahme korrespondierte: Vier US-amerikanisch-iranische Wissenschaftler, die sich im Iran aufhielten, wurden unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet: Hale Esfandiari, Parnaz Azima, Kian Tajbakhsh und Ali Shakeri. Die willkürlichen Verhaftungen zeigen, dass das iranische Regime mitnichten an eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA auch nur denkt.

Nur Revolutionsgardisten können verhandeln

Ursprünglich sollte sich Dr. Mohammad Javad Zarif, iranischer UN-Botschafter, mit Ryan Crocker, dem US-Botschafter in Bagdad treffen. Schließlich entschieden sich Präsident Ahmadinejad und der Revolutionsführer Ali Khamenei für einen anderen Kandidaten. Hassan Kazemi-Qomi, Geheimdienstler und Mitglied der Al-Quds-Einheiten der Revolutionsgarden und gegenwärtiger Botschafter in Bagdad, der die Verhandlungen schließlich führte.

Die ursprüngliche Idee, Zarif als Kopf einer Verhandlungsdelegation nach Bagdad zu schicken, stammte von Dr. Ali Larijani, Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates. Der Physiker Dr. Larijani gilt als ein Befürworter der Verbesserung der Beziehungen zu den USA. Daher intervenierte General Morteza Rezaie, Mitarbeiter der Geheimdienstabteilung der Revolutionsgarden, Zarif und Larijani würden die Interessen des Landes zu weich vertreten und seien daher keine geeigneten Kandidaten.

Was wurde ausgeblendet und was diskutiert? Ausgeblendet waren Themen wie das iranische Atomprogramm, die im Irak verhafteten iranischen Agenten, die

¹⁶³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061549/Iran-US-iranischer-Dialog-ohne-Annäherung.html> 01.06.07



militante Aufständische im Irak unterstützt haben und die im Iran in Haft sitzenden iranisch-amerikanischen Wissenschaftler.

Während der US-amerikanische Botschafter, Ryan Crocker, das iranische Regime aufforderte die Bewaffnung und Finanzierung der militanten Aufständischen im Irak endlich zu unterbinden, sagte der iranische Botschafter höhnisch: „Wir nehmen die amerikanischen Vorwürfe nicht ernst.“ Dabei haben Terroristen der „Mahdi Armee“ selbst zugegeben, Waffen von iranischen Pasdaran, Revolutionsgarden, erhalten zu haben.

Der iranische Delegationsleiter forderte die Ausweisung der oppositionellen Volksmujahedin aus dem Irak, hat aber auch angekündigt, dass der Iran bald Strom und Benzin nach Irak exportieren, den Tourismus ausbauen und neue Fluglinien nach Irak einrichten wolle. Insbesondere beabsichtige der Iran, die Sicherheitsprobleme des Iraks zu lösen. Ausgerechnet das iranische Regime, das den sofortigen Abzug der westlichen Armeen aus dem Irak fordert, will im Irak Militärhilfe leisten, um die „Sicherheit des Landes zu gewähren“.

Gemeinsame Interessen minus Demokratisierung

Der reformislamistische Intellektuelle, Mashalla Schamsolwaezin, schrieb, dass vor dem Hintergrund, dass der „Iran von manchen arabischen Staaten und von den Besatzern in den USA als eine destruktive Macht betrachtet werde, der Iran lediglich das Ziel verfolge, die Amerikaner an ihre Aufgaben im Irak zu erinnern.“ Er schreibt, dass „Amerika mit dem Irakkrieg ursprünglich die Ziele verfolgt habe, einen Broader Middle East zu etablieren, die Demokratisierung der politischen Systeme des Mittleren Ostens voranzutreiben, den Frieden zwischen den Arabern und Israel herzustellen sowie die strategischen US-Interessen im Mittleren Osten zu institutionalisieren.

Nach der dreijährigen Krise im Irak ist Amerika jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass die ursprünglich gesetzten politischen Ziele modifiziert werden müssen. Inzwischen sind die Ziele minimiert worden. Es geht lediglich noch um die Stabilisierung der irakischen Regierung, den Zeitplan des Rückzugs der militärischen Kräfte aus dem Irak und den Schutz der politischen und territorialen Einheit des Irak.

Diese Minimalziele widersprechen nicht den iranischen Interessen.“ Shamsolwaezin zufolge habe ein Dialog nur Zukunft, wenn beide Seiten den „jeweiligen Machtbereich auch respektieren.“ Er ist zudem der Meinung, dass eine iranisch-amerikanische Annäherung insbesondere „Israel schaden werde“. Die reformislamistische Losung verlangt demnach von den USA eine Kapitulation vor der Diktatur und eine Entsolidarisierung von Israel.



Keine gemeinsamen Interessen und kein Dialog

Hussein Schariatmadari, Herausgeber der Zeitung Kayhan, die als ein Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Khamenei gilt, sagte: „Was sich bei dieser Begegnung ereignet hat, war lediglich die Bekanntgabe der jeweiligen Positionen. Wir haben im Irak keine gemeinsamen Interessen mit Amerika.“ Wie der Revolutionsführer Ali Khamenei betont habe, widerspreche ein Dialog mit den USA der iranischen Politik. Die iranische Regierung sei lediglich ihrer Pflicht nachgekommen und habe die US-Regierung gewarnt.

Indessen hat sich Moqtada Sadr, schiitisch-irakischer Kleriker und Chef der „Mahi-Armee“ gegen einen iranisch-amerikanischen Konsens ausgesprochen, obwohl er sich lange im Iran aufgehalten hat. Er kritisierte die iranische Regierung, denn diese wolle „nicht wirklich, dass die Amerikaner den Irak verlassen.“ Ein Dialog mit Vertretern der US-amerikanischen Regierung würde nur eine „Kapitulation“ bedeuten.

Im übrigen forderte Ayatollah Jannati am Freitag in seinem Freitagsgebet, den Abzug der Amerikaner aus dem Irak mit folgender Begründung: „Ihr seid verantwortlich für jede Explosion, für die Unsicherheit und Verfall im Irak. Verlassen Sie Irak, damit Irak sicherer wird. Wenn ihr verlasst, werden wir den Irakern auch helfen.“ Er betonte, dass die Feindschaft zwischen Iran und den USA geblieben sei.

Chicken-Strategie

Bezeichnenderweise geht Hassan Abbasi, einer der Theoretiker der revolutionären Garden davon aus, dass ein „Konfrontationskurs als Chicken-Strategie“ nicht mehr zu vermeiden sei. Die Situation ähnele den Spielen der amerikanischen Jugendlichen, zwei PKWs rasen aufeinander zu, bis eine Seite Angst bekommt und umlenke.

Tatsächlich genießt das iranische Regime immer noch einen erheblichen europäischen Vertrauenskredit. Dies haben die Atomgespräche zwischen dem iranischen Unterhändler Ali Larjani und dem Chefdiplomaten Javier Solana erneut bewiesen. Zwar wurden keine konkreten Ergebnisse erzielt und Solana ist der Meinung, dass je mehr Zeit vergehe, desto komplizierter eine Einigung werde.

Aber die bittere Ironie der Geschichte könnte doch sein, dass das iranische Regime gerne lange diskutiert, um Zeit zu gewinnen. Denn nur so könnte bald der „point of no return“ erreicht werden. Die iranische Regierung scheint nicht umlenken zu wollen, zumal Präsident Ahmadienjad die Vereinigten Staaten mit einer Batterie vergleicht, die bald leer sein wird.



Iran: Der Ernstfall ¹⁶⁴

Zum ersten Mal hat ein Oberbefehlshaber der iranischen Revolutionsgarden ein Interview in einem ausländischen Fernsehsender gegeben. General Mohammad Ali Dschafari warnte die Vereinigten Staaten von Amerika. Die islamische Einheit könne die größte Macht der Welt erzeugen, sagte er in Al Jazeera.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Der General spricht über amerikanische Niederlagen und Ziele

Auf die Frage was General Dschafari vom Besuch des Präsidenten Bush Anfang Januar im Mittleren Osten halte, antwortete dieser: Die US-Regierung habe zunächst versucht Iran und seine muslimisch-arabischen Nachbarn zu spalten. Die Reisen des Präsidenten Ahmadinedschad haben aber dazu geführt, dass die Einheit des Iran und dessen Nachbarn gestärkt werde. Daher seien inzwischen die Sorgen der amerikanischen Regierung gestiegen. Der iranische General fährt fort: „Danach entschied sich der amerikanische Präsident die Region zu besuchen und seine Lügen, die wir seit 30 Jahren kennen, weiter zu verbreiten. Ohne Zweifel war das Ziel dieser Reise die Spaltung des Iran von den Ländern in der Region.“ Zudem habe der Präsident das „Jerusalem besetzende Regime“, gemeint ist Israel, unterstützen wollen.

General Dschafari geht davon aus, dass für den Iran infolge der Reise des amerikanischen Präsidenten „keine neuen Sicherheitsprobleme“ entstanden seien. Denn Iran sei ein zu mächtiger Staat. General Dschafari ist davon überzeugt, dass Bush nicht in den Mittleren Osten gereist sei, um einen Krieg vorzubereiten. Denn die US-Politik habe eine große Niederlage erlitten, wegen der Stellungnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde, aber auch infolge des Berichtes der 16 US-amerikanischen Geheimdienste. Diese hatten berichtet, dass der Iran sein militärisches Atomprogramm gestoppt habe.

Der General fordert die Einheit der islamischen Welt, damit diese die größte Macht wird

Dem iranischen General zufolge ginge es dem amerikanischen Präsidenten nicht um den Iran, aber eher um Israel. Präsident Bush habe das Ziel verfolgt die arabischen Regierungen unter Druck zu setzen, damit sie schweigen, wenn die Israelis den Gaza-Streifen „umzingeln.“ Dschafari wurde gefragt, wie sich die militärische Macht des Iran darstelle. Er wich aus und hob die „moralische Macht des Islam“ hervor, die unter Führung von Ayatollah Khomeini zur „Wachsamkeit“ der islamischen Welt geführt habe. Der General sagte: „Die islamische Einheit und die Wachsamkeit kann die größte Macht erzeugen, insbesondere wenn diese Macht sich im Rahmen einer

¹⁶⁴ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061651/Iran-Der-Ernstfall.html> 01.02.08



Regierung, eines Herrschaftssystems und einer Ummat befindet.“ Der iranische General glaubt, dass der Westen deswegen seit dem Sieg der „Islamischen Revolution im Iran“ sehr besorgt sei. Historische Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Die Wahrscheinlichkeit, dass die islamische Welt unter die Führung des iranischen Regimes gerät, ist kaum gegeben.

Der General spricht von der Macht der Masse der Anhänger der Islamischen Revolution Dschafari sagt, er würde nie von den „materiellen und militärischen Möglichkeiten des Iran und von dessen Waffen sprechen.“ Aber die Amerikaner würden stets ihre materielle und militärische Macht hervortun. Die US-Amerikaner seien „alte Feinde der islamischen Revolution.“ Aber die vermeintliche Masse der Anhänger der Islamischen Revolution spielt für den iranischen General eine unterstützende und erwähnenswerte Rolle. In der Tat könne eine große Macht aus dem Sieg der islamischen Revolution erwachsen. Denn die Unterstützer dieser Revolution seien vor allem die iranische Bevölkerung und hinzu kämen die Muslime anderer Regionen dieser Welt.

Der General bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika als den Feind aller Muslime

Auf die Frage, was der Iran machen werde, falls die USA den Iran angreifen würden, erinnerte der iranische General an das Durchhaltevermögen der Iraner im achtjährigen Krieg gegen den Irak. Iran beherrsche zwar nicht die militärische Stärke des Westens, sei aber bereit sich um jeden Preis zu verteidigen. Dschafari antwortete auf die Frage, wie sich die iranische Regierung verhalte, falls die USA den Iran militärisch aus einem benachbarten Land angreifen würden, wie folgt: „Es ist unser natürliches Recht einen solchen Angriff zu beantworten. Ich kenne die Sorgen der Nachbarstaaten. Auf jeden Fall sind dort US-amerikanische Militärs stationiert. Es ist jedenfalls unser Recht mit allen Mitteln, ob mit Raketen oder anderen Waffen zu antworten.“

Das iranische Militär würde dennoch darauf achten die arabische Zivilbevölkerung zu schützen und nur amerikanische Ziele anvisieren. Die technologische Entwicklung der iranischen Armee würde den Iranern durchaus erlauben zielgenau zu treffen. Der General schloss das Interview mit folgendem Satz: „Wir alle glauben, dass Amerika der Feind aller Muslime ist und es ist unsere Pflicht uns gegen die Weltarroganz zu erheben und diese niederzuwerfen. Es ist auch die Pflicht aller Muslime jedem muslimischen Land zur Hilfe zu kommen, wenn dieses von Amerika angegriffen wird.“ Die Zeitschrift der iranischen Revolutionsgarden veröffentlichte das oben zusammengefasste Interview am 28. Januar.



Ayatollah Jannati will Präsident Bush gleich mit dem Schwert köpfen und Ahmadinedschad will den Terrorismus exportieren

Ayatollah Ahmad Jannati ist nicht irgendwer im Iran. Er ist Vorsitzender des totalitären Organs des Wächterrates. Er kritisierte die arabischen Regierungen, die den US-Präsidenten überhaupt einladen. In seinem Freitagsgebet am 25. Januar sagte er über den US-amerikanischen Präsidenten: „Dieser kleine Mann kommt in islamische Länder und anstatt dass ihr ihn mit einem Schwert köpft, gebt ihr ihm auch noch ein Schwert.“

Und ein iranischer Militärexperte meint, dass im Ernstfall Iran kraft seiner Mittelstreckenraketen, die eine Reichweite zwischen 2500-3000 km haben mindestens die Hälfte von Israel zerstören könnte, zumal die Hisbollah dem Iran in einer kriegerischen Auseinandersetzung beistehen würde.

Immerhin ist sich auch der iranische Präsident Ahmadinedschad sicher, dass Israel es „nie wagen würde Iran anzugreifen.“ Denn solche Maßnahmen würden nicht den „Kollaps des zionistischen Regimes verhindern.“

Derselbe Präsident sprach erst am 29. Januar von einer „göttlichen Kultur des Märtyrertums“. Nur der Märtyrertod der Jihadisten hat nichts mit dem Martyrium von Urchristen zu tun. Denn Ahmadinedschad propagiert den „Export der Kultur des Märtyrertodes für die ganze Welt.“ Dies ist nicht mehr und nicht weniger als dass ein Präsident eines UNO-Staates den Export des Terrorismus propagiert.

Ein iranischer Politiker in Voice of America ¹⁶⁵

Die Iraner dürfen heute ihr zukünftiges Pseudoparlament „wählen“. Sie wählen nicht ihre Kandidaten, sondern die des khomeinistischen Politbüros, des Wächterrates und des Führers. Daher sollen hier Stimmen Gehör finden, die meist untergehen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Dr. Nuruldin Pirmosen, von den heutigen Wahlen ausgeschlossenes Mitglied des Madschless, kritisierte die Wahlen in Voice of America.

Iran marschiert in die falsche Richtung: nach Russland

Nuruldin Pirmosen war der Sprecher der Minderheit im iranischen Pseudoparlament, Madschless. Bei seinem Aufenthalt in den USA gab er Wafa Mostaqim, Moderator der persischsprachigen Sendung von Voice of America, ein Interview. Inzwischen

¹⁶⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061664/Ein-iranischer-Politiker-in-Voice-of-America.html> 14.03.08



werfen iranische Medien die Frage auf, ob Pirmosen überhaupt in den Iran zurückkehren werde, denn er habe doch mit dem Interview dem Feindsender gedient.

Pirmosen gestand in Voice of America, dass er an Reformen geglaubt habe. Er habe sogar ein Jahr lang gewartet, bis er angefangen habe, die Regierung Ahmadinedschad zu kritisieren. Diese Regierung verbreite die „Kultur der List“ und habe alle Schlüsselpositionen mit ihren Anhängern besetzt. Die qualifizierten Kräfte seien dagegen nun disqualifiziert worden. Pirmosen kritisierte die Regierungspolitik, die zu Inflation und Kapitalflucht geführt habe. Die Regierung regiere eigentlich ohne das Madschless. Zumindes werde das Madschless erst gar nicht informiert. Die Mitglieder wüssten nicht, wie viel Geld beispielsweise an Russland bezahlt worden sei, damit die Leichtwasserreaktoren in Bushehr fertig gestellt werden. Die Regierung gäbe auch dem Madschless nicht bekannt, wohin genau die Öleinnahmen überhaupt fließen.

Pirmosen kritisierte in Voice of America die russlandfreundliche Politik des iranischen Regimes. Putin handle nicht gemäß iranischer Interessen. Iran müsse endlich mit den USA und der übrigen Welt verhandeln, zumal die USA dem Iran viel näher stünden als Russland. Pirmosen meint, dass er aus Ardebil an der iranisch-russischen Grenze stamme. Kaum ein Iraner wolle in Russland leben. Dagegen lebten 3,5 Millionen erfolgreich in den USA. Das Kapital der in den USA lebenden Iraner betrage allein 6000 Milliarden US Dollar.

Anstatt die „Mauer des Misstrauens“ zu durchbrechen, propagiere die iranische Regierung eine „Theorie des Aberglaubens“ gegen die USA und laufe Russland hinterher. Die russisch-iranischen Beziehungen würden aber den iranischen Interessen mitnichten nützen.

Pirmosen kritisierte die gefährliche Konfrontationspolitik des Iran in Hinblick auf das Atomprogramm. Immer wenn der UN-Sicherheitsrat Resolutionen gegen den Iran verabschiedet habe, sei am selben Tag ein Hamas-Führer mit iranischen Politikern demonstrativ aufgetreten. Weder der Wächterrat noch der Präsident nehmen offenbar die Entscheidungen der UNO ernst.

Pirmosen weist auf die 40 Millionen jungen Menschen hin, die andere Bedürfnisse hätten als die Iraner vor 30 Jahren. Die Reformer hätten sich zunächst für die Teilnahme an den Wahlen ausgesprochen, aber dank der hohen Zahl von Ausschlüssen schlittere das Land in eine „vollkommene Diktatur.“ Solange der Wächterrat alle Kandidaten im Vorfeld auswähle, würden die Wahlen stets eine Niederlage sein.



Bekannte Intellektuelle boykottieren die Wahlen

Ferner haben einige namhafte iranische Intellektuelle, die sich „nationalistische Kräfte“ nennen, angekündigt die Wahlen zu boykottieren. Sie stellen fest, dass ein „pluralistisches Parlament“ eine demokratische Herrschaft gewährleiste. Im Iran dürften die Bürger jedoch nicht ihre Kandidaten wählen. Die Institution, die über die Wahlen im Iran wache, verhindere, dass qualifizierte Persönlichkeiten die „Leitung der Gesellschaft“ übernehmen. Täglich würde das „Spektrum der wählbaren Kandidaten schmaler werden.“ Die Unterzeichner dieser Erklärung warnen, dass langfristig die Bevölkerung mit unterschiedlichen Methoden auf die Gleichgültigkeit und Gewalt der Regierung antworten werde.

Sie kritisieren, dass die staatliche Macht im Iran in den Händen einiger weniger Menschen konzentriert sei. Das Madschless könne nicht mehr das „Haus des Volkes“ genannt werden. Die Wahlen seien „lächerlich und würden das iranische Volk lächerlich machen.“

Tot geborene „Wahlen“

Die Website „Madresseye Feministi“, die „feministische Schule“, wurde im Vorfeld der Wahlen gefiltert, d.h. iranische Internetbenutzer können diese Website nicht mehr lesen. Im Folgenden wird ein Artikel zusammengefasst, der dort kurz vor dem Verbot veröffentlicht worden ist.

Die anonyme Autorin schreibt, je näher die Wahlen rückten, desto lauter würden die „Schreie der Reformer“ in den Wohnzimmern der iranischen Mittelschichten. Sie wirft die Frage auf, ob der vermeintlich existierende Dualismus zwischen dem republikanischen und dem islamischen Charakter des politischen Systems überhaupt eine ausschlaggebende Rolle spiele.

Die Reformer seien nicht wirklich eine relevante Bewegung im Iran. Republikanische Ziele könnten gar nicht im Rahmen der iranischen Verfassung umgesetzt werden.

Die Autorin fragt, was denn überhaupt zu erwarten wäre, wenn sogar die Reformkandidaten disqualifiziert werden würden. Zumal sie auch in den letzten 30 Jahren keine Reformen durchgesetzt haben. Die Wahlen im Iran seien eine Totgeburt.

Die Reformbewegung unter Khatami habe strukturelle Probleme im politischen System des Iran deutlich gemacht. Es seien Strukturprobleme, die elementare Freiheiten nicht zulassen würden. Die Reformer hätten stets ihre Partizipation am politischen System als einen Sieg gefeiert, als ob sie wirklich mit ihrer Teilnahme an der Macht auch erfolgreich Reformen durchgesetzt und Freiheiten eingeführt hätten.

Die Autorin differenziert zwischen dem Phänomen der Revolution von 1979, die erfolgt sei, um der Gesellschaft Freiheit zu bringen, und der historischen Tatsache



der Errichtung eines politischen Systems, das durch den Klerus geschaffen wurde. Schon die frühere gesellschaftliche Unterstützung für den Ex-Präsidenten Khatami sei lediglich mit dem Wunsch nach Freiheit zu erklären. Diese Ideale seien jedoch durch den „Aberglauben“ an die Regierung „kanalisiert“ worden. Die Freiheitsvorstellungen der Iraner seien schließlich durch die „populistischen Konservativen“, die Ahmadinedschad unterstützen, vollends unterdrückt worden.

Die Autorin konstatiert, dass die Gesellschaft in der Reformbewegung Freiheitsvorstellungen formuliert habe, die schon in der Revolution von 1979 formuliert worden seien. Diese würden die „unerfüllten Hoffnungen“ der Iraner widerspiegeln.

Wahlen seien im Iran bedeutungslos. Dies sei bereits bei der Khatami-Bewegung deutlich geworden. Denn schon im Prozess der Wahlen der Khatami-Regierung seien alle gesellschaftlichen Akteure zum Gehorsam gezwungen worden. Auch die Khatami-Regierung habe potentielle politische Entwicklungen der Gesellschaft gänzlich eingeschränkt, indem vorgeschrieben worden sei, innerhalb der islamischen Verfassung arbeiten zu müssen. Diese Strategie habe schließlich zur Folge gehabt, dass das politische System es geschafft habe, seine Widersprüche zur gesellschaftlichen Realität zu kaschieren.

Es sei in der Logik des politischen Systems, dass nun auch manche „Kinder der Revolution und Anhänger von Imam Khomeini“ von der Kandidatenliste der Wahlen ausgeschlossen würden. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit davon auszugehen, dass die Reformer jemals die Mehrheit im Madschless erreichen könnten und infolge dessen die politischen Verhältnisse ändern könnten.

Iran mahnt die USA ¹⁶⁶

Der Iran fordert den neuen amerikanischen Präsidenten auf, seine Politik gegenüber dem Iran zu ändern. Im Falle eines Angriffs der USA will man mit Terroraktionen reagieren.

von Wahied Wahdat-Hagh

Kein Geringerer als der Vorsitzende des iranischen Pseudo-Parlaments, Ali Larijani, warnte am 29. Oktober die USA, der Iran werde mit Terroraktionen reagieren, falls der Iran angegriffen werde. Er sagte: „Die Schwäche der USA und der Zionisten ist ihr Mangel an Mojahed-Kräften, an Heiligen Kriegern, und an Kräften, die bereit sind Märtyrer zu werden.“ Die militärischen Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass nicht starke militärische Ausrüstung, sondern „Risikobereitschaft und starker

¹⁶⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061695/Iran-mahnt-die-USA.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 07.11.2008



Wille“ maßgebend sind, so wie die „Märtyrer“ es verstanden haben. Larijani sagte: „Amerika muss aufpassen, dass es seinen riesigen Körper nicht auf Mienen der Mojahedin wirft, die bereit sind den Märtyrertod zu sterben.“ Damit droht der als moderat geltende Politiker den USA mit Terroranschlägen.

Auch Khamenei, der iranische Revolutionsführer, zog einen Strich durch die Rechnung derjenigen, die auf die Eröffnung einer US-Botschaft in Teheran hoffen, was durchaus möglich erscheint. Wie die offizielle Website des iranischen Revolutionsführers berichtet, sagte Ali Khamenei am 29. Oktober in Bezug auf die iranisch-amerikanische Konfrontation: „Die Propagandamaschinen des Westens, insbesondere die amerikanischen, tun so, als ob ein Ende der Konfrontation eine Sackgasse für das iranische Volk und ein Erfolg für Amerika bedeuten würde. Dies ist eine reine Lüge. Denn das Ende dieses Weges bringt nur eine Sackgasse für das arrogante amerikanische Regime mit sich.“

Verbaler Schlagabtausch zwischen Nato-Offizier und iranischen Militärs

Am Tag der Wahl Barack Obamas zum neuen US-amerikanischen Präsidenten ist es zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen einem Nato-Offizier und iranischen Militärs gekommen. Der italienische Vize-Admiral Maurizio Gemignani sagte, die iranischen Drohungen den persischen Golf zu sperren, seien nur eine „Fantasie“, berichtete die iranische Zeitung „Etemaad“ am 6.11.2008.

Am selben Tag warnte General Masud Jasaeri von der Propagandaabteilung der iranischen Armee vor weiteren Provokationen seitens der USA. Er kritisierte, dass US-amerikanische Hubschrauber in den letzten Tagen in der Nähe der irakisch-iranischen Grenze geflogen seien. Es habe die Gefahr bestanden, dass die Hubschrauber in iranisches Gebiet eindringen. Er warnte vor der Möglichkeit, dass die USA einen Angriff, den sie kürzlich in Syrien unternommen haben, auch gegen den Iran durchführen. Die US-Hubschrauber hatten ein Al-Qaida Lager in Syrien angegriffen.

Jasaeri warnte jedenfalls, dass der Iran ohne Probleme den persischen Golf und die Meerenge von Hormus sperren werde, falls der Iran angegriffen werde.

Neuer militärischer Stützpunkt

Tatsächlich hat der Iran am 27. Oktober 2008 einen neuen militärischen Stützpunkt im Hafen von Jask, der sich im östlichen Teil der Meerenge von Hormus befindet, errichtet. Bei einem militärischen Manöver, das an diesem Tag in Jask durchgeführt wurde, warnte der iranische General Seyyed Abdolrahim Mussawi die USA: „Es ist nur im Interesse der Feinde, wenn sie sich dem Willen der Völker fügen.“ Er fuhr fort: „Sie haben bisher einen hohen Preis für ihre Frechheiten bezahlt.“ Dabei wies er auf die hohen Kosten des Krieges in Afghanistan und im Irak hin, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur IRNA, am 27.10.2008.



Die Zeitung „Etemaad“ berichtet, dass der Bau des militärischen Stützpunktes in Jask kurz vor der Wahl des neuen US-amerikanischen Präsidenten eine Vorgeschichte hat: Im Juli dieses Jahres hatte Mohammadali Jafari, Oberbefehlshaber der iranischen Revolutionsgarden davon gesprochen, dass falls der Iran angegriffen werde, er Schritte zur Kontrolle des Ölexportes aus der Region des Persischen Golfes unternehmen werde. Jafari drohte damals: „In Anbetracht der Länge der iranischen Küste an der Meerenge von Hormus und in Anbetracht der speziellen geographischen Lage besitzt der Iran dank der Ausrüstung seiner bewaffneten Kräfte eine natürliche Gelegenheit, um die Meerenge für eine unbestimmte Zeit zu schließen,“ schrieb „Etemaad“ am 6.11.2008. Mitte September haben dann die Revolutionsgardisten den Befehl bekommen alleine für die Kontrolle des persischen Golfes und des kaspischen Meeres zuständig zu sein. General Rahim Safawi, gegenwärtig militärischer Berater des iranischen Revolutionsführers, Ali Khamenei, warnte tatsächlich, dass die iranischen Raketen eine Reichweite haben, die mindestens das gesamte Gebiet des persischen Golfes umfasst und damit alle 200.000 bewaffneten Kräfte der US-Armee in der Region „ernsthaft“ bedroht, hebt die Zeitung hervor.

Die Meerenge von Hormus ist als eine geostrategische Region sehr wichtig für die Weltwirtschaft. Rund 90 Prozent der iranischen Exporte und Importe passieren die genannte Meerenge.

China, Russland und Iran gemeinsam gegen die USA

In einem Kommentar schreibt die als „moderates“ Blatt bekannte Zeitung „Etemaad“, dass drei neue Mächte, China, Iran und Russland die US-amerikanischen Interessen in Asien stürten. Die Zeitung schreibt, „falls China, Iran und Russland sich die Hände reichen, werden die gierigen Amerikaner große Probleme bekommen. Denn diese asiatischen Mächte werden es nicht erlauben, dass manche Regierungen von der anderen Seite der Welt mit kolonialen Verhaltensweisen sich in Angelegenheiten dieses Teils der Welt einmischen.“ Aus diesem Grund habe Obama begriffen, dass die USA möglichst schnell aus dem „irakischen Sumpf“ herausgehen müssen.

Ähnlich sei es mit Afghanistan. Auch der Versuch „Mahmud Abbas als Vertreter aller Palästinenser zu installieren“, sei gescheitert. Die Lage sei dort außer Kontrolle geraten. Der anonyme Kommentator dieser Zeitung gibt Obama recht, dass die Zeit großer Veränderungen angebrochen sei, schlussfolgert aber dass diese Änderungen lediglich die Staaten treffen werden, die zu den Anhängern der USA gehören. Daher müsse man „Wellen von Unruhen in Staaten erwarten, deren Regierungen von der USA verwaltet werden.“ In anderen Worten – so schreibt die moderate iranische Zeitung „Etemaad“ - würden die Staaten, die sich auf die USA stützen mit großen Krisen zu rechnen haben.



Irgendwann wird es wieder Probleme geben

Die moderate Zeitung Kargozaaran schreibt, dass der neue amerikanische Präsident gute Experten in den letzten Jahren kennen gelernt habe, wie Parag Khanna und Rashid Khalidi. Diese könnten bald als seine Berater die amerikanische Außenpolitik mitprägen. Die Zeitung schreibt: „Die Periode von Obama kann dafür sorgen, dass der Iran die Gelegenheit nutzt, sich ohne ausländische Einflussnahme seinen eigenen Problemen zu widmen.“ Es wird aber eingeräumt, dass nach einigen Monaten der Iran „sicher neue Probleme mit den USA bekommen werde,“ schreibt Kargozaaran am 6.11.2008.

Ahmadinejad gratuliert Obama

Ahmadinejad mahnt Obama, er möge doch die Innen- und Außenpolitik der USA korrigieren. Dies sei der Wille aller Völker der Welt und des amerikanischen Volkes. Natürlich beanstandete der iranische Präsident die „kriegerische“ Politik der USA und die Lage der Palästinenser. Ahmadinejad empfiehlt, dass Obama sich auf den „Weg Gottes“ begeben müsse. Ahmadinejad wünscht sich von Gott, dass eines Tages die Welt in Liebe, ohne Gewalt und gerecht regiert werde.

Fragt sich nur, warum das iranische Regime sein eigenes Volk seit knapp 30 Jahren mit totalitärer Gewalt drangsaliert?

Irans Präsident warnt vor taktischer Politik der USA ¹⁶⁷

Der Iran fordert „bedingungslose direkte Gespräche“ mit den USA, will aber weder die Existenz Israels anerkennen, noch auf seine Unterstützung der Terrorbewegungen der Hamas und der Hisbollah verzichten und schon gar nicht auf sein Uran-Anreicherungsprogramm.

von Wahied Wahdat-Hagh

Wird die diplomatische Eiszeit zwischen den USA und Iran zu Ende gehen? Der amerikanische Präsident bat die iranische Regierung die Fäuste zu öffnen, diese nicht mehr gegen die USA zu richten. Obama will Frieden und hat jetzt schon implizite Forderungen an den Iran gestellt: Ende der Faustpolitik heißt ein Ende der Unterstützung von terroristischen Organisationen wie der Hamas und ein Ende der Urananreicherung. Erst vor wenigen Tagen hat der politische und religiöse Führer des Iran Ali Khamenei der Hamas jede mögliche Unterstützung versprochen. Und just am 27.1.2009 fand erneut eine den Holocaust leugnende Konferenz in Teheran statt, an der der französische Revisionist Fredrick Toben teilnahm. Der iranische

¹⁶⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061705/Irans-Prasident-warnt-vor-taktischer-Politik-der-USA.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 30.01.2009



Präsident begrüßte die Konferenz und der Regierungssprecher Qolamhussein Elham nahm daran teil.

Ahmadinejad warnt vor einer neuen amerikanischen Taktik

Präsident Ahmadinejad freut sich über den angekündigten Kurswechsel in der US-Politik, hält sich mit Warnungen aber auch nicht zurück. Am 28.1.2009 erwiderte er auf die Aufforderung Obamas der Iran möge seine Fäuste öffnen, wie folgt: „Die neue Regierung Amerikas sei mit der Parole einer Änderung an die Macht gekommen. Es ist eine gute Parole. Aber eine Änderung kann zwei Formen annehmen. Es kann eine prinzipielle und grundlegende Änderung sein oder eine taktische Änderung und eine Änderung der Worte und der politischen Waffen.“ Wenn die USA sich aber nach der zweiten Methode ändern wollen, dann würde dies sehr bald offenbar werden und die „Völker der Welt werden sich dagegen stellen,“ so der iranische Präsident. Amerika müsse sich gegenüber dem iranischen Volk entschuldigen. O-Ton Ahmadinejad: „Wir begrüßen eine Änderung, unter der Bedingung, dass diese in die richtige Richtung geht und grundlegend ist. Wenn aber jemand mit dem expansiven Geist des Herrn Bush, nur mit anderen Worten, mit dem iranischen Volk spricht, wird die iranische Antwort dieselbe sein wie seit Jahren.“

"Geht nicht diesen Weg"

Der Wächterrat, das Politbüro der „Islamischen Republik Iran“, ist eines der totalitären Organe, die den Kurs iranischer Politik bestimmen. Ayatollah Ahmad Jannati ist Vorsitzender dieses Organs und er hält sich mit seinen Warnungen keineswegs zurück. Am 29.1.2009 sagte er gegenüber Journalisten: „Diejenigen, die eine Verbindung mit Amerika aufbauen wollen und grünes Licht für ein Treffen mit Obama gegeben haben, schaffen uns nur Probleme.“ Explizit sagte Ayatollah Jannati: „Geht nicht diesen Weg. Werdet nicht abhängig von Amerika. Und verletzt nicht die Bevölkerung. Ich warne Euch.“ Nur diejenigen, die eine „westliche und amerikanische Tendenz“ haben und die islamische Revolution nicht schätzen würden, seien bestrebt eine Abhängigkeit zu den USA herzustellen. Mit der islamischen Revolution und dem Sturz des Schahs sei der „amerikanische Arm im Land abgehackt worden.“

Die "listigen" amerikanischen Strategien

Davud Ahmadinejad, Bruder des iranischen Präsidenten ist dessen Stellvertreter und zudem der Vorsitzende des „Komitees für passiven Widerstand“. Diese staatlich finanzierte Organisation macht in Friedenszeiten potentielle militärische Angriffsziele für die iranische Armee ausfindig, plant Tarnungsstrategien für iranische Militär- und Industrieanlagen, aber auch Strategien für den asymmetrischen Krieg.

Erst am 26. Januar äußerte sich Davud Ahmadinejad zu den neuen „listigen“ US-amerikanischen Strategien, die auch unter Präsident Obama das Ziel verfolgten Iran



einen „Schlag zu versetzen.“ Davud Ahmadinejad sagte: „Imam Khomeini sagte, der Kommunismus muss ins Museum und der Kommunismus ging ins Museum, genauso müssen wir uns bemühen den Imperialismus ins Museum der Geschichte zu bringen.“ Obama wolle nur das äußerliche Gesicht der USA ändern. Das neue amerikanische Ziel sei die Infragestellung der Fortsetzung des antiamerikanischen Widerstandes des Iran. Daher müsse der Iran alles tun, damit Obama die Rolle eines Gorbatschow übernehme.

Die Machthaber handeln nach ideologischen Vorhaben

Die Wahl des neuen US-Präsidenten sei nur ein „neues Komplott“, meint Davud Ahmadinejad. Daher bestehe die Aufgabe weiterhin darin die „Weltbevölkerung zur Einheit gegen die Weltarroganz (USA) und zum Gehorsam gegenüber dem iranischen Führer zu bewegen.“

Der Bruder des iranischen Präsidenten wirft der US-Regierung auch vor für die 6000 Toten der Attentate vom 11.9. verantwortlich zu sein.

Die staatliche Ideologie des Iran ist nicht nur Rhetorik. Die Machthaber handeln nach ideologischen Vorgaben, auch wenn nicht immer erfolgreich. Die iranischen Islamisten glauben, dass Amerika ins Museum gehört, dass westliche Systeme frevelhafte verfallende Systeme sind.

Die iranischen Islamisten glauben auch, mit Gewalt weiterhin den historisch längst gescheiterten Versuch fortsetzen zu müssen, den Iran vollständig gemäß der staatlichen Interpretation zu islamisieren.

In diesen Tagen erleben wir, wie die Machthaber sogar Friedhöfe zerstören, um die iranische Geschichte zu kaschieren. Erst kürzlich vernichteten sie den Friedhof Khavaran, wo Massengräber von Oppositionellen aus den 80er Jahren existieren. In Khavaran sind Linksintellektuelle, Marxisten und sogenannte Gottlose beerdigt. Auch Teile eines weiteren Bahai-Friedhofes in Teheran wurden vernichtet. Das iranische Regime will jede Spur von hingerichteten Andersdenkenden vernichten.

"Die Karotte" Atombombe?

Iran fordert „bedingungslose direkte Gespräche“ mit den USA, will aber weder die Existenz Israels anerkennen noch auf seine Unterstützung der Terrorbewegungen der Hamas und der Hisbollah verzichten und schon gar nicht auf sein Uran-Anreicherungsprogramm. In der Zeitung Kayhan, Sprachrohr des politischen und religiösen Führers Ali Khamenei, konnte man kurz nach der Wahl Obamas lesen, dass der Iran auf eine Fortsetzung der Politik von „carrots and sticks“ nicht eingehe, denn die eigentliche Karotte für den Iran sei das Anreicherungsprogramm. Es stellt sich die Frage, ob das iranische Regime etwa doch die Atombombe als die eigentliche Karotte will?



Die Macht der iranischen Islamisten ist gekennzeichnet durch den totalitären Wahn die USA, als die Spitze der westlichen Demokratien, ins Museum stecken zu wollen, aber auch jede Spur von Andersdenkenden, sogar die der Toten zu vernichten.

Iranische Reaktionen auf die USA ¹⁶⁸

Der von Interpol gesuchte Ex-General der Revolutionsgardisten Dr. Mohssen Rezai meint, dass der Iran durch seine Diplomatie und militärische Stärke einen weiteren Krieg der USA verhindert habe. Und der iranische Präsident Ahmadinejad setzt weiter auf die islamische Revolution als paradigmatisches Gegenmodell zur westlichen Demokratie.

von Wahied Wahdat-Hagh

Am 29. März diesen Jahres schrieb Dr. Mohssen Rezai einen Artikel in Tabnak, in dem er eine Frage im Titel aufwarf: „Warum ist es nicht zu einem Krieg zwischen Iran und den USA gekommen?“

Rezai war zu Beginn der islamischen Revolution einer der Begründer der linksislamistischen Organisation der Mojahedin Enqelabe Eslami, Mojahedin der islamischen Revolution. Er war 16 Jahre lang Oberbefehlshaber der islamischen Revolutionsgardisten. Heute ist er Vorsitzender der „Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen“ euphemistisch auch Schlichtungsrat genannt. Rezai wird, wegen seiner Verstrickung in das Bombenattentat gegen das jüdische Zentrum in Buenos Aires im Jahre 1994 von Interpol gesucht. Bei dem Anschlag starben 94 Menschen.

Konflikte zwischen der britischen Marine und dem Iran

Zudem werden im Zusammenhang mit diesem terroristischen Kapitalverbrechen folgende Personen von Interpol gesucht: Ali Fallahian (Ex-Geheimdienstminister), Mohssen Rabbani (Ex-Kulturattache), Ahmad Reza Asghari (Ex-Diplomat) und Ahmad Vahidi (General der Revolutionsgardisten).

Rezai schreibt, dass die iranisch-amerikanischen Auseinandersetzungen während des Irakkrieges (März -Mai 2003) sehr ernst waren. Immerhin sei es zu Konflikten zwischen der britischen Marine und dem Iran gekommen. Wie die amerikanische Seite hervorgehoben habe, habe es auch Probleme zwischen der US-Marine und iranischen Schnellbooten im Hormuskanal gegeben.

¹⁶⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061714/Iranische-Reaktionen-auf-die-USA.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 03.04.2009



Der goldene Gürtel

Der Ex-General meint, einige Nachrichten hätten damals deutlich gezeigt, dass Amerika zwischen den Jahren 2007 und 2008 einige Male einen Krieg gegen den Iran anzetteln wollte. Der Vorwand für einen Krieg sei das Atomprogramm und die Aussagen iranischer Politiker gegen Israel gewesen. Der Hauptgrund aber sei ein originär amerikanischer Plan der Neokonservativen. Diese wollten die gesamte Region vom Norden des Indischen Ozeans über Süd Russland bis hin zum Westen Chinas politisch neu ordnen, meint der Ex-General. Im Zentrum eines solchen Plans sei ein Regime Change für den Iran vorgesehen gewesen. Rezai meint, dass die Amerikaner dabei waren den „goldenen Gürtel der Region zu besetzen.“ Dieser „goldene Gürtel“ umfasse Afghanistan, Iran, Irak und Syrien. Die geopolitischen Ziele seien deutlich erkennbar gewesen. Das Mittelmeer sollte mit China verbunden werden und der Indische Ozean mit Russland.

Auf diesem Wege wollte Amerika, so Rezai, mittels seiner Marine die „Kreuzung des internationalen Energiezentrums besetzen und von dort aus seine globale Herrschaft ausweiten.“ Das Ziel sei gewesen, eine neue geopolitische Lage für die USA herbeizuführen.

Der Iran brachte den neokonservativen Plan zum Scheitern

Der Iran habe dazu beigetragen, dass die US-amerikanische Strategie nur in Afghanistan und in Irak aufgegangen, in Syrien und im Libanon jedoch gänzlich gescheitert sei. Zudem haben die USA ihr Ziel „Luftangriffe auf die atomaren Anlagen und Wirtschaftszentren des Iran“ durchzuführen, nicht umsetzen können.

Folgende Gründe zählt der General auf, warum die US-amerikanischen Angriffe nicht unternommen wurden: 1) Die US-amerikanischen Angriffsziele seien international von iranischen und anderen Analytikern entlarvt worden. 2) Die iranische Staatsführung habe die Möglichkeit von US-Angriffen ernstgenommen. Deswegen sei die iranische Armee in voller Verteidigungsbereitschaft gewesen. 3) Zudem habe der Iran ernsthaft gedroht, dass im Falle eines US-Angriffes, die iranischen Vergeltungsschläge schwer sein würden. 4) In militärischen Manövern habe der Iran bewiesen, wie stark die US-amerikanische Marine im persischen Golf von neu entwickelten iranischen Raketen, die im Ernstfall von iranischen Schiffen abgefeuert würden, getroffen werden könnte. 5) Weiterhin habe der Iran seine Atomgespräche mit Europa fortgesetzt und sogar neue Vorschläge gemacht, die seinerzeit von Herrn Larijani vorgetragen worden seien. 6) Die USA haben nach Rezais Auffassung im Libanon (Julikrieg 2006, zwischen Israel und Hisbollah) eine Niederlage erlitten. Der Libanon-Krieg sollte der Anfang eines Krieges gegen den Iran sein. In Wirklichkeit sollen sowohl die vom Iran getroffenen militärischen Aufrüstungsmaßnahmen, als auch die weltweiten politischen Entlarvungsaktionen dazu geführt haben, dass der Druck der Weltöffentlichkeit einen Angriff der USA auf den Iran verhinderte.



Wenn diese Maßnahmen nicht getroffen worden wären, wäre ein US-iranischer Krieg sicher gewesen. Am Ende seines Artikels lobt der General all die „demütigen Soldaten der Heimat“, die Iran geholfen haben. Der Ex-General schreibt abschließend, dass er einen der Oberbefehlshaber der Armee gefragt habe, was er denn über die feindlichen Drohungen denke. Er habe geantwortet, noch nie in seinem Leben habe er an so vielen Manövern teilgenommen.

Wenn Ahmadinejad auf Obama reagiert

Iranische und US-amerikanische Politiker reden weiterhin aneinander vorbei. Präsident Obama hat angekündigt, auch nach Abzug der US-Kampftuppen im Jahre 2010 rund 50.000 US-Soldaten im Irak stationiert zu lassen und die Anzahl der Soldaten in Afghanistan um 21.000 aufzustocken. Die Strategie der Fortsetzung der Einbindung Afghanistans und Iraks in einen westlichen Kontext in der Politik des amerikanischen Präsidenten Barak Obama wird immer sichtbarer. Der iranische Präsident Ahmadinejad setzt dagegen auf das paradigmatische Gegenmodell der islamischen Revolution und der Reislamisierung. Indessen skandierten fanatisierte Anhänger von Präsident Ahmadinejad bei seinem Auftritt am 1. April in Khusistan: „Tod Amerika!“, wie Farsnews berichtete.

Irna berichtete, dass Ahmadinejad am 1. April in seiner Rede mit Andeutung auf Obamas Nowrouz-Rede gesagt habe: „Wenn irgend jemand daran denkt Aggressionen gegen das Volk auszuüben und gegenüber dem Volk unhöflich wird und einen Verrat begeht, muss er wissen, dass das iranische Volk bereit ist, jede angreifende Hand abzuhacken.“

Entwicklungsmodelle für die Region

Ahmadinejad ging konkret auf die US-Politik ein, als er sagte: „Sie sagen uns, dass die Welt nicht mit Terrorismus und Militarisierung verwaltet werden kann, das sagt das iranische Volk auch. Aber warum mobilisieren sie militärische Feldzüge in Ländern, die weit von ihnen entfernt sind? Warum mischen sie sich in die Angelegenheiten anderer Staaten ein. Sie sollten das Geld, das sie für Kriege ausgeben für ihre eigene Bevölkerung ausgeben und die Welt in Frieden lassen.“

Tatsächlich verfiht die „Islamische Republik Iran“ ein anderes Entwicklungsmodell für die Region als die USA. Während die USA Afghanistan und Irak in langfristig ein prowestliches System einbinden und das iranische Regime schwächen wollen, beanspruchen die fundamentalistischen Machthaber im Iran die Führung und Reislamisierung der islamischen Welt. Islamistischer Terror und Diktatur dienen den religiösen Fundamentalisten im Iran als Mittel, das den Zweck der Islamisierung der Welt heiligt.



Ahmadinejad mimt den starken Präsidenten ¹⁶⁹

Präsident Ahmadinejad wirbt mit Geldversprechungen nach innen und militärischer Stärke nach außen. Unumstritten ist er nicht. Aber der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei fordert einen starken Präsidenten und verteidigt ihn damit.

von Wahied Wahdat-Hagh

Ein konservativer Gegner des Präsidenten Ahmadinejad und Betreiber der Nachrichtenagentur alef.ir heißt Ahmad Tawakoli. Dieser hat öffentlich Ahmadinejad kritisiert, weil er am 24. April 2009 in Islamshahr seinen Zuhörern falsche Statistiken vermittelt und diese falschen Informationen sogar an den „Führer“ Ali Khamenei weitergereicht habe.

Tatsächlich hat Ahmadinejad jedem bedürftigen Iraner eine Subvention von umgerechnet monatlich 46 Euro versprochen. Tawakoli sagte diese Summe war angedacht gewesen, bevor diese im islamischen „Parlament“, dem Majless diskutiert worden sei. Tawakoli fügte hinzu, dass die Benzinpreise sich vervierfacht und Diesel eine 21-fache Preiserhöhung erlebt habe. Eine bedürftige fünfköpfige Familie würde umgerechnet und real nicht rund 230 EUR Subvention bekommen, sondern bestenfalls rund 80 EUR, berichtete alef am 25. April 2009.

Milde Gaben fürs Volk

Das Forschungsinstitut des islamischen „Parlaments“, Majless, ist der Frage einer Subventionierung eines jeden Iraners nachgegangen und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass jeder Iraner budgetbedingt höchstens einen Satz von umgerechnet zwischen 10 bis 22 EUR monatlich Subventionen empfangen könne und nicht wie Ahmadinejad in seiner Rede in Islamshahr von 46 EUR gesprochen hatte. Ahmadinejad hatte zudem bei seinem Vortrag mit der Vernichtung Israels gedroht. Solche Drohungen heizen die Stimmung bei solchen Massenveranstaltungen besonders an.

Das Finanzversprechen, ergänzte Ahmadinejad mit der Warnung an den Westen, dass der „Götze des Zionismus zerbrochen werden muss“ Dies ist wohl eine weitere Umschreibung für den eliminatorischen Antizionismus des iranischen Präsidenten, ein Merkmal der totalitären Ideologie des iranischen Diktatur. Er sagte: „Sie sollen wissen, dass die freiheitlichen Völker, das iranische Volk und die Bewohner von Islamshahr diese moderne Götzenanbetung nicht akzeptieren werden. Sie werden mit Macht diese Götzen zerbrechen.“ Der iranische Präsident bestand darauf, dass die „islamische Revolution schon längst exportiert worden sei.“. Sogar in Amerika würden Muslime Parolen der Islamischen Revolution ausrufen.

¹⁶⁹ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6074623/Ahmadinejad-mimt-den-starken-Prasidenten.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 25.05.09



"Die islamische Revolution wurde längst exportiert"

Auch Karrubi, der reformwillige, aber bisher reformunfähige Rivale Ahmadinejads hat den gegenwärtigen Präsidenten kritisiert, er würde sein „Wahlprogramm stehlen“, berichtete Roozonline am 28. April.

Karrubi hatte ebenfalls den Iranern mehr Geld versprochen, falls er gewählt werden würde. Beide, Ahmadinejad und Karrubi, stehen unter dem Verdacht Wahlstimmen mit Finanzversprechen kaufen zu wollen.

Kritiker gibt es genug

Mir Hussein Moussawi ist ein weiterer Rivale von Ahmadinejad. Er warnte bei einer Rede in einer Versammlung von Arbeitern vor den Versprechen, die der gegenwärtige Präsident äußert und sagte dazu: „Eine Schmerztablette kann manchmal gefährlich sein. Die Menschen werden für eine kurze Zeit sehr fröhlich, aber langfristig wird es tödlich.“ Er verglich Ahmadinejads Reden mit einer Schmerztablette, die kurzfristig wirkt.

Demokratische Wahlen sind nicht in Sicht.

Sogar Abbas Abdi, ein weiterer reformwilliger aber reformunfähiger Intellektueller sagte in einem Interview mit der Zeitung Roozonline am 28. April 2009: „Gegenwärtig gibt es keine Grundlage für die Planung von demokratischen Forderungen und Reformen.“ Die politischen Kräfte seien „nicht in der Lage solche Forderungen ernsthaft zu verfolgen. Auch das Machtgleichgewicht erlaubt nicht die Realisierung solcher Parolen.“

Raketentests sollen Stärke demonstrieren

Ali Khamenei meint, dass die „Vorstellungen des iranischen Volkes auf der internationalen Bühne mit Entschlossenheit verteidigt werden müssen, damit die Welt die Größe der Wahl des Volkes erkennt.“ Zuvor hatte er Kräfte im Inneren kritisiert, die sich auf die „Seite der Großmächte stellen“ und nicht iranische Interessen verteidigten, berichtete Kayhan am 17. Mai.

Präsident Ahmadinejad kündigte indessen den erfolgreichen Test einer neuen Langstreckenrakete an. Die Sajil-2 hat eine Reichweite von 2000 bis 3000 Kilometern und kann Ziele auch in Europa treffen.



Iranische Konfrontationspolitik ¹⁷⁰

Iranische Politiker und Medien geben den USA die Schuld an den Massenaufständen der letzten Wochen. Einem Dialog mit den USA geben die iranischen Medien kaum eine Chance. Alle Zeichen stehen auf Konfrontationspolitik.

von Wahied Wahdat-Hagh

Der Kleriker Hojatoleslam Hussein Taeb ist Befehlshaber der paramilitärischen Bassiji, die sich „Kräfte des Bassiji-Widerstandes“ nennen. Taeb meint, die USA hätten eine zentrale Rolle bei den Protesten im Zuge der sogenannten Präsidentschaftswahlen gespielt.

Laut Farsnews vom 2.8.2009 geht Taeb davon aus, dass die USA im ersten Jahrzehnt nach der Islamischen Revolution eine „Putschstrategie erfolglos verfolgt haben.“

Die "kulturelle Invasion"

Im zweiten Jahrzehnt, d.h. in den 90er Jahren soll die US-amerikanische Außenpolitik eine Strategie der „kulturellen Invasion“ anvisiert haben. Dabei haben die US-Amerikaner die Erfahrung machen müssen, dass der Iran sich vom Irak sehr unterscheidet, betont Taebi. Erst im dritten Jahrzehnt soll sich die US-Außenpolitik auf Israels Sicherheit konzentriert haben. Aber auch diese Strategie sei gescheitert, meint Taeb.

In der gegenwärtigen vierten Phase soll die US-Außenpolitik mit „einem neuen Diskurs versucht haben, der Islamischen Republik einen Schlag zu versetzen,“ ist Taeb sich sicher. Die USA habe offiziell einen Dialog mit dem Iran angestrebt. Die US-Regierung soll aber absichtlich ein „Scheitern des Dialoges bezweckt haben“. Auf jeden Fall habe die US-Regierung erkennen müssen, dass die „nationalen Interessen des Iran unantastbar seien.“ Inzwischen wollen die US-Politiker mit der „Psyche der iranischen Bevölkerung spielen,“ meint Taeb.

Der Bassiji-Offizier meint, das persischsprachige BBC Fernsehen und andere persischsprachige Exilfernsehen seien gegründet worden, um das „iranische Wahlsystem durcheinander zu bringen.“ Westliche Regierungen sollen den Präsidentschaftskandidaten Moussawi kontaktiert haben, um die Proteste zu steuern.

Erstaunlich ist, dass Taeb die Millionen protestierenden Iraner als von den USA verführte Elemente darstellt.

¹⁷⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061732/Iranische-Konfrontationspolitik.html?wtrid=onsite.onsitesearch> 07.08.09



"Die USA haben einen strategischen Bedarf für einen Dialog mit dem Iran"

Anders argumentiert Mehdi Mohammadi. Am 27.7.2009 schrieb er in der Zeitung Kayhan, dass die USA nie eine politische Strategie in Hinblick auf den Iran besaßen.

Nach langer Überlegung seien US-Politiker lediglich zu dem Ergebnis gekommen, dass man „mit dem Iran reden“ müsse. Die US-Regierung habe längst mit Israel eine Übereinkunft über die Frage eines Dialoges mit dem Iran gefunden. Solange aber kein Dialog stattgefunden habe, könne auch keine US-Strategie gebildet werden. Gleichzeitig solle aber der Iran wirtschaftlich und mit Kriegsdrohungen unter Druck gesetzt werden, damit dieser einlenke, weiß Kayhan zu berichten.

"Strategischer Bedarf für einen Dialog mit dem Iran"

Mohammadi glaubt auch die israelische Perspektive zu kennen: Israel gehe davon aus, dass die US-Regierung zwar nicht die iranische Atombombe verhindern könne und ihre Verbündeten daher mittels eines Raketenabwehrschirms in Osteuropa schützen wolle. Daraus schlussfolgert der iranische Analyst der Zeitung Kayhan, dass die USA einen „strategischen Bedarf für einen Dialog mit dem Iran“ haben.

Außerdem ist sich Kayhan sicher, dass die USA davon ausgehen, dass die „objektiven Gefahren für ihre nationale Sicherheit in Pakistan und Afghanistan“ liegen und nicht im Iran. Für Mohammadi sind weder die israelischen Kriegsdrohungen noch die Sanktionspläne des US-Kongresses relevant, denn die US-Regierung orientiere sich nach den Dialogangeboten der G 8. Die einzige Sorge der US-Regierung sei, dass möglicherweise der Iran nicht auf ein Dialogangebot mit den USA eingehe. Und wenn die USA an Strafmaßnahmen denke, sei das Ziel lediglich den Iran an den Verhandlungstisch zu ziehen.

Der Iran solle nach der Vorstellung der G 8 bis September 2009 in Hinblick auf sein Atomprogramm einlenken. Eine solche Forderung lehnen die iranischen Machthaber kategorisch ab.

Differenzen im Hinblick auf die israelischen Siedlungen

Iranische Kommentatoren und Politiker wissen ganz genau, dass in einem Dialog mit dem Iran nicht nur das iranische Atomprogramm, sondern die Unterstützung des islamistischen Terrorismus gegen Israel ebenfalls eine Rolle spielen wird. Deswegen geht Hessamuddin Borumand in seinem Artikel von 1.8.2009 in der Zeitung Kayhan auf die Differenzen zwischen den USA und Israel in Hinblick auf die israelischen Siedlungen ein, entdeckt aber einen großen Widerspruch zwischen der islamistischen Sicht eines Friedens und den Vorstellungen des Westens in Bezug auf den in eine Sackgasse geratenen Friedensprozess.



Kayhan schreibt, der von beiden verfochtene Friedensprozess sei ein „amerikanisch-zionistischer Friedensweg“. Präsident Obama versuche sogar den arabischen Regierungen eine „zionistische“ Lesart des Friedensprozesses „einzuspritzen.“

"Die falsche Identität des zionistischen Regimes"

Kayhan, das Sprachrohr des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei, schreibt, dass der Frieden in den letzten 60 Jahren nicht möglich war, wegen der „falschen Identität des zionistischen Regimes“. Weiter heißt es in der Zeitung: „Der einzige Weg ist die Auslöschung des künstlichen und illegitimen zionistischen Regimes von der Geographie der Region.“

Der einzige Weg zur „Neutralisierung der amerikanischen Tricks“ sei die „Konfrontation“. Eigentlich würden weder die US-Amerikaner noch die Zionisten den „islamischen Widerstand gefährden, sondern die konzilianter Araber, die den Amerikanern grünes Licht geben, damit der zionistisch-amerikanische Frieden“ möglich werde. Der Autor wiederholt die staatliche Ideologie der sogenannten Islamischen Republik, wonach „Ruhe nur mit Gewissheit im Mittleren Osten einkehrt, wenn das künstliche Regime von der politischen Geographie der Region vollständig gelöscht worden ist.“

Die passende Antwort

Es gibt auch direkte Angriffe auf Ex-Präsident Khatami und Ex-Premierminister Moussawi. Ayatollah Seyyed Ali Akbar Qoreischi, Mitglied des Expertenrates, der den Revolutionsführer ernennt, warf Khatami und Moussawi vor im Auftrag von Israel, den USA und von England die Proteste geschürt zu haben. Explizit sagte er, dass Khatami und Moussawi die „Entwicklung der Revolution blockieren wollten und den Staat stürzen wollten.“

Kein Geringerer als Ali Larijani, Vorsitzender des iranischen Majless, ein islamistischer Versammlungsrat, der zu Unrecht als Parlament bezeichnet wird, sagte bei der Amtseinführung von Ahmadinejad, das iranische Volk werde „zum gegebenen Zeitpunkt dem Westen die geeignete Antwort geben.“



Obama, Iran und die Menschenrechte ¹⁷¹

Während die Menschenrechtslage im Iran sich zunehmend verschlechtert, streicht Präsident Obama seine finanzielle Unterstützung für renommierte Menschenrechtsinstitute in den USA.

von Wahied Wahdat-Hagh

Am 6. Oktober 2009 berichtete die US-amerikanische Zeitung „The Boston Globe“, dass die Obama-Regierung die finanzielle Unterstützung des renommierten „Iran Human Rights Documentation Center“ (IHRDC) gestrichen habe. Das Zentrum veröffentlichte zwölf Berichte auf Englisch und auf Persisch. Darin wurden Zwangsgeständnisse, Massenhinrichtungen in iranischen Gefängnissen, die brutale Vorgehensweise von parallel tätigen Geheimdiensten sowie Verhaftungen von Journalisten und Bloggern dokumentiert. Auch die Verletzung der Minderheitenrechte und die gezielten Exilhinrichtungen des Regimes finden sich in den Berichten.

„The Boston Globe“ geht davon aus, dass die unbegründeten Kürzungen eine Änderung der Obama-Administration im Hinblick auf die Demokratieförderung bedeuten könnten. Roya Boroumand, die Begründerin einer der wichtigsten iranbezogenen Menschenrechtsorganisationen, der Boroumand Foundation, die sich u.a. mit der Dokumentation der im Iran hingerichteten Menschen beschäftigt, sagte gegenüber der amerikanischen Zeitung: „Wenn die Rationalität, die ist, dass wir die Finanzierung der Menschenrechtsarbeit stoppen, um die iranische Regierung nicht zu provozieren, dann ist es die absolut falsche Message.“ Das würde bedeuten, dass der wirkliche Glaube an die Menschenrechte eigentlich fehle, dass die amerikanische Regierung diese nur dann berücksichtige, wenn es genehm sei, so Roya Boroumand.

Prioritäten der Menschenrechtsarbeit haben sich nicht verändert

Die Presseabteilung des U.S. Department of State hat auf die Frage warum drei Millionen Dollar für diese wichtige Menschenrechtsarbeit gestrichen worden seien, am 7.10.2009 hervorgehoben dass sich die Prioritäten des Budgets für die Region nicht verändert haben. Das Budget sei dafür da, die Zivilgesellschaft, die Menschenrechte im Iran zu unterstützen. Der Sprecher der Presseabteilung des State Department konnte zum konkreten Fall der Streichung der Gelder des „Iran Human Rights Documentation Center“ nichts im Details sagen.

Dabei warnte der stellvertretende amerikanische Außenminister, James Steinberg, am 6.10.2009 vor den „schrecklichen Repressionen“ des iranischen Regimes. Präsident Obama habe betont, dass die iranische Bevölkerung ein „universelles Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ habe. Wenn die iranische

¹⁷¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061739/Obama-Iran-und-die-Menschenrechte.html>
10.10.09



Regierung den Respekt der internationalen Gemeinschaft wolle, müsse sie selbst die Rechte der eigenen Bevölkerung respektieren.

Bei den Verhandlungen der G5+1 mit dem Iran in Genf sollen sogar Menschenrechtsthemen thematisiert worden sein. Iran willigte zwar ein seine Urananreicherung teilweise nach Russland zu verlagern, aber kritische Beobachter sind sich einig, dass der Iran lediglich Zeit gewinnen will. Iran hatte in Genf zugesagt, etwa 80 Prozent seiner (dem Westen bekannten) Bestände von etwa 3,5 Prozent angereichertem Uran nach Russland sowie nach Frankreich zu schicken. Dort solle das Uran auf knapp 20 Prozent angereichert werden.

Wie die exiliranische Nachrichtenagentur Gooya am 7.10.2009 berichtete, ist die erste Todesstrafe für einen der mehr als 100 inhaftierten Demonstranten, die gegen den offensichtlichen Wahlbetrug protestiert hatten, ausgesprochen worden. Es handelt sich um den Royalisten Mohammadreza Ali-Zamani.

Menschenrechtspolitik oder Atomdeal

Prof. Payam Akhavan, kanadischer Völkerrechtsprofessor, lehrt nicht nur an der McGill Universität, sondern ist auch Mitbegründer des IHRDC und einer der Vorstandsmitglieder des Menschenrechtsinstituts, dessen Gelder gerade gestrichen worden sind. In einer Mail an den in Brüssel ansässigen Thinktank European Foundation for Democracy schrieb Prof. Akhavan: „Präsident Obama war mein Kommilitone an der Harvard Universität. Er glaubte stets mehr an einen Dialog als an Konfrontation, was in der Tat eine gute Sache ist. Wenn aber die einzig und allein existierende Basis eines Dialoges das Atomprogramm ist, dann wird die Botschaft an den Iran geschickt, als ob für die systematischen Menschenrechtsverletzungen keine Kosten entstehen.“

Was immer die Motivation für einen Verzicht auf die Unterstützung der US-Regierung für Menschenrechtsorganisationen sei, der Iran bekomme die Botschaft, dass ein Kompromiss bei den Atomverhandlungen die „Repression der demokratischen Bewegung im Iran entschuldigen werde.“ Ein solcher Schritt würde die progressiven Kräfte im Iran, die langfristig die „einzige Basis für Frieden und Stabilität im Iran sind, entmutigen. Denn ein autoritäres Regime, das mit Gewalt herrscht, ist sowohl eine Bedrohung für das eigene Volk als auch für seine Nachbarn.“ so Prof. Akhavan.

Menschenrechte dürfen nicht Opfer des Dialogs werden

Einer der Iran-Experten der European Foundation for Democracy, Joshua Goodman, hat auch die Streichung der Finanzen für wichtige iranische Menschenrechtsorganisationen in den USA kritisiert: „Die Entscheidung die Finanzierung von Menschenrechtsorganisationen, die das Verbrechen des iranischen Regimes dokumentieren, zu beenden, kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeit solcher Organisationen besonders gebraucht wird. Diese Entscheidung ruft



auch eine Reihe von Fragen hervor.“ Organisationen wie IHRDC und die Boroumand Foundation würden besonders respektiert werden, gerade wegen ihrer vitalen Arbeit. Goodman fügte hinzu: „Der Fehler der US-Regierung ihre Entscheidungen nicht zu erklären, habe zu großen Spekulationen geführt. Und auch jetzt hat es noch einen spekulativen Charakter, wenn davon ausgegangen wird, dass die Administration die Menschenrechte geopfert hat, um die Atomakte voranzubringen. Wenn es wahr wäre, wäre es ein sehr störende strategische Entscheidung und würde eine schreckliche Botschaft an das iranische Volk schicken.“

Der iranisch-amerikanische Historiker Abbas Milani ist Direktor der Iranian Studies an der renommierten Stanford University. In einem Interview mit der Exilzeitung Roozonline warnt Prof. Milani davor, dass Menschenrechte Opfer des iranisch-US-amerikanischen Dialoges werden. Zunächst vergleicht Milani die Säuberungen und die Islamisierung der iranischen Universitäten seit der Revolution von 1979 mit den stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion, als beispielsweise der Versuch unternommen wurde eine marxistische Sozialwissenschaft einzuführen oder die Biologie zu „proletarisieren“. Ähnlich wollen die khomeinistischen Machthaber im Iran alles islamisieren. Dennoch blickt Milani positiv in eine demokratische Zukunft des Iran. Die Überwindung der „despotischen“ Herrschaft des Klerus sei die Voraussetzung für eine Demokratisierung. Dann könnten auch die wirtschaftlichen Probleme des Iran, die Arbeitslosigkeit und die Probleme der iranischen Frauen gelöst werden. Er erinnerte daran, dass 60 bis 70 Prozent der neuen iranischen Mittelschicht aus akademisch gebildeten Frauen bestehe. Die Gesellschaft habe ein großes Potential für einen demokratischen Iran.

Dagegen baue der Revolutionsführer Ali Khamenei seine Macht lediglich auf die Revolutionsgardisten und die Bassiji auf. Khamenei könne nur noch mit Gewalt herrschen, daher sei seine Zeit abgelaufen. Die Lösung sei eine Republik, die ihre Legitimität vom Volk bekommt. Tatsächlich beruht die Herrschaft des Staatsklerus im Iran auf einer khomeinistischen Interpretation des islamischen Gesetzes als Gottesgesetz.

Milani spricht sich gegen eine Einmischung von ausländischen Mächten in die Angelegenheiten des Iran aus und vertritt dabei die Position, dass die russische Regierung sich am meisten in die inneren Angelegenheiten des Iran einmische. Abbas Milani befürwortet Wirtschaftssanktionen, vergleichbar mit denen, die gegen das Apartheidregime von Südafrika eingesetzt wurden. Im Falle von Südafrika wuchs dadurch der Unmut der Bevölkerung gegen das repressive Regime.

Milani befürwortet gleichzeitig einen direkten iranisch-US-amerikanischen Dialog. Dabei dürfe die US-Regierung aber nicht auf Menschenrechtsforderungen verzichten.



Gegen einen Dialog mit den USA ¹⁷²

In einem 34-seitigen Bericht des iranischen Majless (Pseudoparlament) vom August 2011 werden die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates, der Europäischen Union und der USA gegen den Iran analysiert und kritisiert. Eine zentrale These dieses Berichts ist, dass die Sanktionen dazu dienen den Iran an den Verhandlungstisch mit den USA zu zwingen.

Die Perspektiven und Wahrnehmungen in der Politik sind oft sehr unterschiedlich. Während deutsche Iran-Experten immer wieder davon sprechen, dass die US-Regierung auf den Iran zugehen müsse, sagen die Politikstrategen im Iran genau das Gegenteil. In einer neuen Studie der wissenschaftlichen Abteilung des iranischen Majless wird nicht nur die Sanktionspolitik des Westens kritisiert. Ein Dialog mit den USA wird abgelehnt.

In dem Bericht werden die Sanktionen gegen den Iran in vier Kategorien eingeteilt und akribisch benannt. Sie werden in UN-Sanktionen, EU-Sanktionen, Sanktionen von Länderkoalitionen und einseitige Sanktionen der USA unterteilt.

Als Beispiel für Länderkoalitionen werden die Sanktionen, die von Japan, Südkorea, den Arabischen Emiraten und Australien im August 2010 gegen den Iran verhängt wurden, genannt.

Nach einer langen Auflistung der Sanktionen gegen den Iran, konzentriert sich der Bericht auf die einseitigen US-Sanktionen. Washington würde die Sanktionen unter dem „Vorwand“ der Produktion von Massenvernichtungswaffen, dem Kampf gegen den Terrorismus und dem Einsatz gegen Menschenrechtsverletzungen durchführen. Das Thema Menschenrechte würde dabei instrumentalisiert werden, heißt es in dem Bericht. Da aber die inhaltlichen Prämissen der genannten Probleme abgelehnt werden, wird den USA und allen anderen Staaten, die Sanktionen gegen den Iran verhängt haben, vorgeworfen, dass es ihnen weder um Terrorismus, noch um Menschenrechte und auch nicht um Massenvernichtungswaffen gehe.

Mostafa Delawarpureqdam, Mitarbeiter der wissenschaftlichen Abteilung des iranischen Majless und Autor des Berichts warnt die iranischen Politiker vor einem Dialog mit den USA. Die Sanktionen würden das Ziel verfolgen Iran unter Druck zu setzen, um einen politischen Dialog mit den USA zu akzeptieren. Zudem soll die iranische Regierung nach innen geschwächt und nach außen soll der Einfluss des Iran vermindert werden.

Denn das Ziel dieser Sanktionen sei die Entwicklung der iranischen Atomforschung zu stoppen, die regionale Politik des Iran zu stören und gesellschaftliche Unsicherheit im Iran herbeizuführen. Zudem soll der Iran gezwungen werden seine finanziellen Ausgaben für seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu steigern. Auch soll der Iran gezwungen werden seine Politik mit den US-amerikanischen Interessen zu harmonisieren.

¹⁷² <https://www.achgut.com/artikel/gegen/> 25.08.11



Der Autor des Berichts betont, dass Politiker der demokratischen Partei der USA hinter den meisten Sanktionsgesetzen, die menschenrechtlich begründet wurden, stehen. Besonders die Sanktionen gegen Mitglieder der iranischen Revolutionsgardisten (Wächter der islamischen Revolution), der Justiz, der Bassij und der Polizei seien unter der demokratischen Regierung der USA forciert worden. Dafür sei der einhundertundelfte US-Kongress, der vom 3. Januar 2009 bis 3. Januar 2011 im Amt war, verantwortlich gewesen.

Der iranische Berichtersteller und Analytiker vermutet, dass der Druck des amtierenden einhundertzwölften Kongresses und der US-Regierung im Zuge der anstehenden neunten Majlesswahlen im Jahr 2012 wahrscheinlich steigen werde.

Die Menschenrechtspolitik der USA würde sich sehr stark auf die Unterstützung und Entwicklung der Potentiale der exiliranischen Hyperspace-Aktivitäten beschränken. Zudem sollen die Sanktionen dazu dienen, heißt es in dem Bericht, die gesellschaftlichen „Unruhen zu beschleunigen“. Ferner soll das „Potential der iranischen Sicherheitskräfte und der Polizei geschwächt werden.“ Auch die „Kluft zwischen den Institutionen der Macht und der Gesellschaft“ soll kraft der Sanktionspolitik vergrößert werden, befürchtet der Wissenschaftler des iranischen Majless. Zudem sollen die Sanktionen immer mehr auch „juristische und natürliche Personen treffen, die im Zusammenhang mit dem Atom- und Raketenprogramm stehen.“

Die wissenschaftliche Abteilung des iranischen Majless weist alle Vorwürfe des UN-Sicherheitsrates, die in den Resolutionen 1696, 1737, 1747, 1803, 1835 und 1929 vorgenommen wurden, von sich. Auch die Sanktionen der Europäischen Union und der USA werden selbstverständlich abgelehnt. Stattdessen wurden in den letzten Jahren mehrere Berichte zur Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in den USA veröffentlicht. In einem Bericht zur Menschenrechtslage in den USA vom November 2010 werden beispielsweise Statistiken über die Armut und die Probleme in den US-amerikanischen Gefängnissen oder über rassistische Diskriminierung veröffentlicht. Um das politische System der US-amerikanischen Demokratie zu diskreditieren, wird auf soziale Probleme, die auch in marktwirtschaftlichen Gesellschaften existieren, hingewiesen. Der Autor des genannten Berichts forderte beispielsweise im Jahr 2010 die Regierung von Präsident Ahmadinejad auf, in den Gremien der Vereinten Nationen aktiv zu werden und die Menschenrechtsverletzungen in den USA anzuprangern.

Ähnlich berichten staatliche Medien des Iran immer wieder über die Diskriminierung von Muslimen durch europäische Regierungen und staatliche Institutionen.

Die Logik der totalitären Diktatur und der wissenschaftlichen Abteilung des angeblich demokratischen Organs des Majless ist einfach. Sie bemängeln soziale Probleme in den europäischen und der US-amerikanischen Gesellschaft, stellen die Rechtsordnung der westlichen Demokratien in Frage und verwerfen jegliche



Demokratisierungsansprüche der eigenen Bevölkerung und verhöhnen die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates, des Europäischen Parlaments und der US-Regierung.



Antisemitismus

Iran: Hasspropaganda als Krimi ¹⁷³

"THE WALL STREET JOURNAL online" berichtete euphorisch darüber, dass das iranische Staatsfernsehen eine Serie über die Verfolgung der Juden zeige. Fehlanzeige: Die iranischen Machthaber sind sehr wohl mit dieser Art der antiisraelischen Propaganda einverstanden.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Zu optimistisch

Seit einigen Wochen hocken Millionen Iraner montags um 22.00 Uhr vor dem „bärtigen Kasten“ (so pflegen die Iraner das iranische Staatsfernsehen zu bezeichnen, denn man sieht oft nur Bärte von Klerikern). Sie schauen fern, nicht etwa um einem Vertreter des Staatsklerus zu lauschen, sondern um einem Krimi über die Judenverfolgung in den vierziger Jahren zu folgen.

Es war ausgerechnet THE WALL STREET JOURNAL online, das euphorisch darüber berichtete, dass das iranische Staatsfernsehen ja weder den Holocaust als Märchen bezeichne, wie der Präsident des Landes, noch die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus verleugne. Farnaz Fassih, die Autorin dieses Artikels ist sogar der Überzeugung, dass Ali Khamenei, der iranische Staatsführer, Ahmadinedschads Worte nicht begrüßt habe.

Ein Liebesfilm?

Die Filmreihe spielt in den vierziger Jahren. Die 22-teilige Reihe über die europäischen Juden komme überraschend, schreibt Farnaz Fassih in THE WALL STREET JOURNAL. „Zero Degree Turn“ sei ein Film über die Liebe zwischen einem iranisch-palästinensischen Muslim Habib Parsa, der in Paris Philosophie studiert, und einer französischen Jüdin. Die Geschichte spielt in der Zeit, zu der Paris von Nazis besetzt war. Das Leben der jüdischen Geliebten des jungen iranischen Philosophen und deren Familie gerät in Gefahr. Der junge iranische Philosoph nutzt seine Kontakte und besorgt Pässe, damit einige Juden in den Iran fliehen können. Interessant ist, dass es nach dem Film Kontakte zwischen dem Vater des iranischen Philosophiestudenten, der eine Zeit lang iranischer Diplomat in Jerusalem war, und dem Hitler-Fan Hajj Amin-Al-Husseini, angesehenen Gast beim Hitler und Mufti von Jerusalem, gegeben habe. Die damaligen Beamten unter dem Schah von Persien hätten jedoch verhindert, dass der iranische Diplomat und Freund des Muftis von Jerusalem an einer Konferenz desselben Nazisympathisanten Hajj Amin-Husseini teilnahm.

Historisch ist es belegt, dass der Charge d'affaires, Abdol Hussein Sardari, der in der iranischen Botschaft in Paris arbeitete, für über Tausend europäische Juden Pässe besorgte, damit sie vor den Nazis in den Iran fliehen konnten. Damals regierte der

¹⁷³ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061618/Iran-Hasspropaganda-als-Krimi.html>, 24.09.07]



Reza Schah im Iran. Zwar leben etwa 25.000 Juden noch im Iran, aber über 100.000 Juden sind seit der islamischen Revolution aus dem Iran geflohen.

Ahmadinejad: „Ich leugne nicht den Holocaust“

Muslime helfen Juden - ein Thema für das Staatsfernsehen der Islamischen Republik? Warum nicht? Zumal das Judentum im Islam als eine Gesetzesreligion anerkannt ist, zumal auch die anerkannten religiösen Minderheiten sich der Scharia, dem Staatsgesetz unterordnen müssen.

Zunächst aber zurück zur Frage der hierzulande bekannt gewordenen „Holocaust-Leugnung“. Die iranischen Machthaber leugnen nicht die Ermordung der Juden im Nationalsozialismus. Sie relativieren ihn, wenn sie beispielsweise wie Präsident Ahmadinejad von einem „Märchen“ sprechen.

Ahmadinejad sagte explizit in einem Interview: „Ich leugne nicht den Holocaust.“ Vielmehr relativiert er den Holocaust, wenn er sagt: „Im zweiten Weltkrieg sind mehr als 60 Millionen Menschen gestorben. Zwei Millionen waren Militärangehörige. Die anderen waren einfache Bürger. Sie hatten sich am Krieg nicht beteiligt. [...] Warum konzentrieren sie sich nur auf eine bestimmte Gruppe?“

Laut der im Iran erscheinenden Zeitung Partosokhan, vom 21. Februar 2007, hatte aber schon Ali Khamenei, der iranische Staatsführer, „kategorisch vom Märchen des Holocaust“ gesprochen. Zudem habe Khamenei sich in seinem Freitagsgebet am 12.5.2000 wie folgt auf die französischen Revisionisten bezogen:

„Wenn schon jemand aufsteht und wie der Franzose einige Bücher gegen den Zionismus schreibt und es auch als eine Unwahrheit bezeichnet, dass Juden in Brennöfen verbrannt worden sind, behandeln sie ihn ganz anders als sonst. Wenn jemand unabhängig von den Kapitalisten und den kapitalistischen Zentren handelt, darf er weder sprechen, noch darf ihn jemand überhaupt hören. Für ihn gibt es keine Meinungsfreiheit. Jawohl. Die Kapitalisten sind frei. Sie können mit Hilfe ihrer Zeitungen, Radios und Fernsehanstalten sagen, was sie wollen. Eine solche Freiheit bringt keine Wertfreiheit. Diese Freiheit ist ein Anti-Wert.“

Das ist der O-Ton des iranischen Diktaturführers, Ali Khamenei. Kein Wunder, dass Ahmadinejad rund sechs Jahre später Neonazis nach Teheran einlud, die die Existenz von Brennöfen und die Vergasung von Menschen in Frage stellen sollten. Deswegen werden Khomeinisten keine Nazis. Der Islamismus ist eine totalitäre Ideologie, unterscheidet sich aber von der kommunistischen und der nationalsozialistischen Ideologie und ist daher eine dritte Form.

Kein Geringerer als Khatami kam Ahmadinejad prompt zur Hilfe und lieferte eine Erklärung für Ahmadinejads Ausbrüche: „Erstens habe ich nicht den Eindruck, dass Herr Ahmadinejad den Holocaust leugnet. [...] Was ich von seinen Ausführungen verstehe, ist, dass wenn der Holocaust wahr ist, warum dann die Palästinenser die Entschädigung dafür zahlen müssen?“

In der Tat zeigten die iranischen Machthaber bei der Teheraner Holocaust-Konferenz ihre Nähe zu internationalen Faschisten und Nazis. Der Rassenwahn der Nazis ist doch eine Barriere für eine allzu große Koalition der Islamisten mit den Nazis, trotz der gemeinsamen Feindbilder: Demokratie, universelle Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter und anderes. Islamisten instrumentalisieren das Thema, um gegen Israel zu hetzen.



Und die Mehrheit der iranischen Juden fühlt sich jedoch zu Recht diskriminiert, wenn ihnen jegliche Solidarität mit der jüdischen Heimatstätte und der einzigen Demokratie im Mittleren Osten, mit Israel als Verrat angerechnet wird. Sie müssen den antisemitischen Hass aushalten, wenn sie noch im Iran leben wollen.

Das größte Gefängnis für Journalisten im Mittleren Osten

Beabsichtigt das iranische Staatsfernsehen etwa dem Präsidenten eine Ohrfeige zu verpassen - im „größten Gefängnis für Journalisten“, wie die Organisation Reporter ohne Grenzen es schon oft festgestellt hat? Nein, die unheilige Un-Logik des neuen islamischen Antisemitismus ist einfach: Wenn die Juden sich der islamischen Herrschaft ergeben, ist es gut. Aber ein jüdischer Staat, der die westliche Demokratie und Modernität mitten in der islamischen Welt repräsentiert, wird nicht geduldet, zumindest solange ein totalitäres islamistisches Gegenmodell des islamischen Gottesstaates mit der anachronistischen Gesetzgebung verfochten wird.

Im Zero Degree Orbit erfahren die Iraner, was sie wussten: dass die Juden während des zweiten Weltkrieges verfolgt wurden. Es sei daran erinnert, dass bereits in den 60er Jahren der antinazistische Film „Sounds of Music“ im Iran über Jahre ein Kino-Hit war.

Antisraelische Hasspropaganda: „Die zionistische Lüge“

In Zero Degree Orbit geht es vor allem um die „zionistische Lüge“. Der jüdische Staat ist die zionistische Erfindung, die verleugnet wird. Ein Staat, der infolge der Kollaboration zwischen Zionisten und den Nazis zustande gekommen ist. Beide Seiten hätten gemeinsam die Juden gezwungen nach Palästina auszuwandern. Zionisten töteten sogar einen iranischen Rabbiner in Paris, um die Juden zur Auswanderung in ihre ursprüngliche Heimat zu zwingen. Das erzeugt Hass, auch in der arabischen Welt und in Europa.

Eine verschwörungstheoretische perfide Milchmädchenrechnung ist es, wenn Millionen iranischen Fernsehzuschauern jeden Montagabend eingetrichtert wird, dass es Zionisten waren, die iranische Juden umbrachten, damit diese nach Palästina gehen. Unterm Strich wird Israel als ein Produkt der mit den Nazis zusammenarbeitenden Zionisten und den Nazis, die die deutschen Juden loswerden wollten, dargestellt.

Historische Fakten: Haavara-Abkommen

Das Haavara-Abkommen diente nicht der Kollaboration, sondern der Flucht vor den Nazis. Um der Flucht aus Deutschland geordnet zu organisieren, führten Repräsentanten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland im Frühjahr 1933 Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium. Im August 1933 wurde das sogenannte Haavara (Transfer)-Abkommen geschlossen: Juden, die das Nazi-Deutschland verlassen wollten, konnten ihr Vermögen bei einer der Transfer-Banken in Deutschland einzahlen. Palästinensische Importeure konnten von diesem Geld Waren aus Deutschland kaufen. Die Einträge erhielten die jüdischen Auswanderer in Palästina nach Abzug von Kosten. Es gab aber auch zionistische Gruppen außerhalb Deutschlands, die den internationalen Wirtschaftsboykott gegen NS-Deutschland unterstützten und das Abkommen bekämpften.



Zero Degree Orbit schürt auch den Hass gegen Juden und Israelis in Europa

Eine solche Filmserie ist nicht weniger als ein Teil der staatlichen Hasspropaganda einer totalitären Diktatur. Dumm gelaufen, dass THE WALL STREETS JOURNAL und einige deutsche Zeitungen geradezu dafür geworben haben, dass diese Filmserie auch im Internet und im iranischen Satellitenkanal Jameh Jam, der obendrein über den europäischen Satelliten Hot Bird zu empfangen ist, gezeigt wird. Niemand sollte sich wundern, wenn der neue Antisemitismus auch in Europa ein immer größeres Problem wird.

Iran: Mehr als eine Predigt¹⁷⁴

Ahmadinejad hat in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung bewiesen, dass er ein überzeugter Apokalyptiker ist, der an einen Messias glaubt, der kommen werde, um das islamische Weltreich zu errichten und um die Herrschaft der westlichen Welt aufzuheben. Das ist mehr als eine Predigt.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Ende der westlichen Macht vorhergesagt

Nicht zum ersten Mal sprach der iranische Präsident Ahmadinejad von einem göttlichen Willen, der dafür sorgen werde, dass der verschwundene zwölfte Imam wieder erscheinen werde, um den islamischen Frieden weltweit durchzusetzen. Die Welt befindet sich demnach in einer Übergangsphase zur islamischer Weltherrschaft. Der Garant für die Realisierung der zukünftigen islamischen Weltherrschaft ist kein Geringerer als der verschwundene 12. Imam, der als Messias dafür Sorge, dass auf der Welt Liebe und Gerechtigkeit vorherrschen werde.

Genau dies war auch die Begründung der Staatsphilosophie von Ayatollah Khomeini. Die Legitimation für die Herrschaft des Klerus gelte bis zur Wiederkehr des Messias. Vor diesem Hintergrund rechnete Ahmadinejad in New York gleich mit der westlichen Welt ab. Er erklärte, dass die Völker und Regierungen der Welt sich nicht den Ungerechtigkeiten mancher Mächte fügen müssen. Ohnehin sei die Zeit dieser westlichen Mächte abgelaufen, ihr Vorherrschaftsanspruch sei passé. Die westlichen Mächte seien nicht geeignet die Welt zu führen.

Ahmadinejad zeigte adäquat zu dieser politischen Grundhaltung nicht den geringsten Respekt vor dem UN-Sicherheitsrat. Dieser sei ineffektiv. Dort seien nur Großmächte vertreten. Zum Kanon seines Denkens gehört ohnehin die Weltvorstellung, dass der islamische Gottesstaat zukunftsweisend sei und sonst gar nichts.

Menschenrechte? Nein, danke

Ahmadinejad hält auch nichts vom Prinzip der universellen Menschenrechte, sowie diese in der UN-Charta festgeschrieben sind. Unter Islamisten herrscht die Vorstellung, dass die Schariagesetze, die Feqh, die wahren Rechte der Menschen darstellen und nicht irgendwelche von Menschen erdachte Vorstellungen. Zumal, wie

¹⁷⁴ <https://honestlyconcerned.info/2007/09/29/iran-mehr-als-eine-predigt/>,
28.09.07



Ahmadinejad hervorhob, die Menschenrechte gleichzusetzen seien mit kapitalistischen Unternehmerinteressen. Dies werde täglich an der Irakpolitik sichtbar.

Ahmadinejad beklagte den Hunger, die Armut und den Analphabetismus in der Welt. Als ob wirklich für all das Elend in der Welt die westliche Vorherrschaft verantwortlich sei. Er ging aber auch nicht darauf ein, warum die Menschen im iranischen Gottesstaat heute ärmer sind als vor dreißig Jahren. Die westliche Welt verfällt nach seiner Vorstellung, die Zukunft gehöre dem Islam. Das iranische Regime beansprucht auch nur die Führung der islamischen Welt.

Allerdings verschwieg er, dass im iranischen Gottesstaat gegenwärtig die meisten Prostituierten im Mittleren Osten leben, dass im islamischen Gottesstaat große Drogen- und Aidsprobleme existieren, dass die iranische Gesellschaft heute sehr arm ist, dass Arbeitslosigkeit und Inflation unlösbare Probleme darstellen. Er wusste in seiner Rede an der Columbia Universität aber zu berichten, dass in der Islamischen Republik keine Homosexuellen existieren.

Er vergaß aber zu sagen, dass der vermeintliche göttliche Wille, der im Iran herrsche, dafür Sorge, dass Jugendliche unter dem Vorwurf der Homosexualität erhängt werden. Ahmadinejad glaubt tatsächlich, dass der Staat jeden Homosexuellen erwischt und erhängt, weswegen es keine Homosexuellen im Iran gebe. Aber darüber spricht der höfliche Präsident nicht. Auch nicht darüber, dass er vor wenigen Monaten die islamische Polygamie empfahl, die die Ursache für die Prostitution im Iran ist. Er sprach von der heiligen Familie und nicht von der Verhaftung von Tausenden Frauen und Jugendlichen, wegen unislamischer Bekleidung. Alles zukunftsweisender göttlicher Wille?

Auf einer Pressekonferenz in New York wurde der Präsident nach der Verfolgung der Angehörigen der Baha'i-Religion gefragt. Er kannte die Namen der Offenbarer der jüdischen, der christlichen und der islamischen Religion. Und fragte, wer denn eigentlich der Offenbarer der Baha'i sei. Er vergaß zu sagen, welche Rolle die Baha'i in der Entwicklung der iranischen Geschichte in den letzten 170 Jahren gespielt haben. Offenbar weiß der Präsident es nicht.

Ja, der iranische Präsident forderte die Demokratisierung der UNO, aber an eine Demokratisierung des Iran denkt er nicht.

Ist es nicht beschämend, dass unter der Fahne der UN-Charta, die für die Durchsetzung der universellen Menschenrechte zuständig ist, eine solche Umkehrung der Tatsachen propagandistisch von einem Vertreter einer totalitären Diktatur geführt wird?

„Illegitimes zionistisches Regime“

Ahmadinejad bezeichnete in seiner UN-Rede Israel als ein „illegitimes zionistisches Regime. Er fügte hinzu: „Die kulturlosen Zionisten terrorisieren die Bevölkerung in ihren Häusern. Die Terroristen bekommen dann Friedensmedaillen.“ Dabei ist es das iranische Regime, das seine Einnahmen aus dem Ölgeschäft für die Förderung von terroristischen Bewegungen im Mittleren Osten ausgibt, insbesondere für die Hizbollah, Hamas und Jihade Islami. Das iranische Regime unterstützt irakische Aufständische und die syrische Regierung, die demokratische Politiker in Libanon



ermorden lässt. Denn im Iran gelten diese Kräfte der terroristischen Gewalt als Befreier. Sie sind es, die dafür sorgen werden, dass der vermeintliche göttliche Wille einer islamischen Herrschaft in der Region und wohl der islamischen Weltherrschaft durchgesetzt werden.

Ein Tag vor der Rede des Präsidenten in New York konnte man in der Zeitung Kayhan, die als Sprachrohr des Staatsführers des Iran, Ali Khamenei, gilt, lesen, dass ein Vertreter der Jihade Islami in Teheran stolz vom Abwurf zweier Raketen auf Israel berichtete und sicher war, dass das „Leben des Jerusalem besetzenden Regimes bald zu Ende geht.“

Atomprogramm ist kein Thema mehr

Ahmadinejad erklärte ausdrücklich, dass „aus unserer Sicht das Thema Atomprogramm ein Ende gefunden hat.“ Es gibt einige Fragen, die lediglich im Rahmen der IAEA untersucht werden müssten. Er betonte den friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms. Die iranischen Machthaber glauben, dass der Frieden erst nach dem Ende der westlichen Vorherrschaft kommen könne. Nach der schiitischen Vorstellung im Islam werde der kommende Messias eine letzte Schlacht gegen die böse Welt führen. Die iranische Gesellschaft wird auf diese messianistische Endperspektive seit Monaten vorbereitet.

Ahmadinejad und der iranische Führer Ali Khamenei meinen, dass die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates nicht legitim seien, weil das Gremium immer noch von den Siegermächten des zweiten Weltkrieges dominiert werde. Wollen Ahmadinejad und die Verantwortlichen des iranischen Regimes etwa den nächsten Weltkrieg gewinnen, wenn sie von der islamischen Weltherrschaft träumen?

Es ist demnach nur konsequent, dass der Iran wenige Tage vor dem Auftritt des Präsidenten in New York weiter entwickelte Raketen testete, die inzwischen Athen erreichen können. Dabei hatte der Iran der EU zugesagt die Raketen nicht mehr weiter zu entwickeln. Die neuen Raketen können fünfhundert Kilometern weiter fliegen als Schahab 3-Raketen. Die Schahab-3 Raketen hatten nach iranischen Angaben schon vor drei Jahren eine Reichweite von zweitausend Kilometern.

Just einen Tag vor dem UN-Auftritt des Präsidenten berichtete das iranische Führerblatt Kayhan, dass „der Westen nur die Teile des iranischen Atomprogramms kennt, von denen die IAEA-Inspektoren wissen. Sie wissen nicht mehr.“ Der Westen wüsste einfach nicht, ob infolge eines militärischen Angriffs auf Iran alle Anlagen zerstört werden könnten.

Ist das iranische Atomprogramm wirklich kein Thema mehr? Hat Präsident Ahmadinejad nicht einfach das Podium in der UN-Generalversammlung missbraucht, wenn er unter der Fahne der universellen Menschenrechte höflich, als ob es sich um eine Predigt handeln würde, die Zeit der westlichen Demokratien als beendet erklärt, als ob die Welt wirklich islamisch werden müsste?



Iran: Die zerrissene Gesellschaft ¹⁷⁵

Während einige Hundert Studenten auf einer Demonstration Demokratie und Menschenrechte forderten und Ahmadinejad als „Faschisten“ bezeichneten, verbrannten am Al-Quds-Tag Tausende von Iranern israelische und amerikanische Fahnen.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Studenten protestieren für Demokratie und Menschenrechte

Eigentlich wollte Präsident Ahmadinejad mit den Studenten diskutieren. Sein Vorgänger hatte dies auch gewagt, und es endete in einem Eklat. Ahmadinejad sagte seinen Dialog mit den iranischen Studenten kurzfristig ab. Das empörte die Studenten. Auf Plakaten schrieben sie: „Wir haben auch Fragen, warum nur Columbia?“ An der Columbia Universität hatte der Präsident Journalisten Fragen beantwortet. Seine Antworten waren für die iranischen Studenten „einfache Lügen“. Wie BBC berichtete, riefen die Studenten der Teheraner Universität sogar „Tod dem Diktator“, „Marg bar Diktator“. Sie forderten auch die Freiheit der gefangenen Studenten und protestierten gegen die Entlassung von kritischen Professoren. Die islamische Diktatur im Iran bereitet sich gegen sich radikalisierende soziale Bewegungen vor und kündigte an, diese massiv zu bekämpfen. Der Teheraner Polizeichef kündigte neue Maßnahmen zur Gewährleistung der „sozialen Sicherheit“ an.

Shirin Ebadi unterstützt die Studenten

Nicht ohne Grund arbeitet inzwischen Shirin Ebadi, Friedensnobelpreisträgerin, mit einer Gruppe von Studenten, die ein „Komitee zur Verteidigung des Rechts auf Ausbildung“ gegründet haben. Allein von der Alame-Universität sollen in letzter Zeit 30 Studentenaktivisten exmatrikuliert worden sein, weil sie sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben.

„Kommunisten und Liberale“

Für die Bassiji-Studenten, Anhänger Ahmadinejads, sind die protestierenden Studenten, die Freiheiten für den Iran fordern, auch nur „Diener der Imperialisten“ oder gar „Marxisten, Kommunisten und Liberale, die eins gemeinsam haben“: Sie würden nicht zur islamischen Kultur, Geschichte und Zivilisation gehören.

Der Revolutionsführer sprach mit den anderen Studenten

Statt Ahmadinejad traf sich gleich der Staatsführer, Ayatollah Khamenei, der „große Führer der islamischen Revolution“ mit einigen Hundert auserwählten Studenten.

¹⁷⁵ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061621/Iran-Die-zerrissene-Gesellschaft.html>, 12.10.07



Khamenei weiß, dass viele Iraner das Konzept des Welayate Faqih, der Herrschaft des Klerus im Iran ablehnen, daher sagte er über „feindseliges Verhalten“ scheinbar jovial: „Dagegen sein heißt Feindschaft, aber wenn jemand nicht an etwas glaubt, ist er nicht gezwungenermaßen dagegen.“ Studenten sollten sich nicht feindselig verhalten, riet der „Revolutionsführer“ den Studenten seines Landes.

Ahmadinejad wird immer unbeliebter

Ein iranisches Meinungsforschungsinstitut ist kürzlich zu dem Ergebnis gekommen, dass 53 Prozent derjenigen, die Ahmadinejad gewählt haben, schwer enttäuscht von ihm sind. Tatsächlich konnte Ahmadinejad nicht zeigen, dass seine Regierung auch nur willig ist „soziale Gerechtigkeit“, eine seiner Parolen, herzustellen. Von der Eindämmung der Inflation und der Arbeitslosigkeit und von der Gewährleistung von gesellschaftlichen Freiheiten ganz zu schweigen.

Al-Quds-Tag: Der Marsch der hassenden Masse

Präsident Ahmadinejad und die gesamte Palette der Politiker des islamischen Staates und die Masse der Anhängerschaft haben oft interne Differenzen über die für sie maßgebliche strategische Frage, wie der Islam die Welt erobern kann. Aber über eine Frage herrscht eine unerklärliche Einigkeit: Israel müsse zerstört werden. Deswegen mobilisiert der iranische Staat seit 28 Jahren die muslimischen Massen, um am Al-Quds-Tag für die Zerstörung Israels zu marschieren. Der Palästina-Israel-Konflikt wird ideologisch instrumentalisiert, um den Kampf zur Reislamisierung der islamischen Welt zu führen. Es geht den iranischen Politikern nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um den „Sieg des Islam“. Gefordert wird, wie Präsident Ahmadinejad es betonte, fordert der Iran die „Befreiung des gesamten palästinensischen Gebietes“, das heißt ein Großpalästina. Tausende marschierten in Teheran und in anderen iranischen Städten auf den Straßen und verbrannten US-amerikanische und israelische Fahnen. Sie riefen auch „Tod Frankreich“.

Aufschlussreich waren die Aussagen des iranischen Ex-Geheimdienstkoordinators Fallahian, der sich laut Urteil des Berliner Kammergerichts neben Ex-Präsident Rafsanjani einen Ruf für iranischen Staatsterrorismus im Falle des Mykonosattentats verschafft hat. Fallahian erinnerte an Khomeini, der schon im Jahre 1963 von „Israel als einem Krebsgeschwür“ gesprochen hatte.

Der in manchen europäischen Staaten und unter Islamisten als „moderat“ geltende Ex-Präsident Rafsanjani schlug in dieselbe Kerbe, wie der verstorbene Ayatollah Khomeini und Präsident Ahmadinejad. Rafsanjani ist der Meinung, dass die „Europäer das Problem des Zionismus gelöst haben.“ Rafsanjani meinte, dass die Europäer im zweiten Weltkrieg erfolgreich die Zionisten vertrieben. Der „moderate“ Rafsanjani sagte, dass die „Europäer die Zionisten vertreiben wollten, was zur Ursache des Unglücks der Palästinenser wurde.“ Außerdem goss der „Moderate“ Öl ins Feuer der islamischen Terrorbewegungen und verurteilte Friedenskonferenzen zwischen Israel und der palästinensischen Regierung. Friedenskonferenzen seien nur „Zeitverschwendung“.

Auch die reformorientierte Organisation des Präsidentschaftskandidaten Mehdi Karrubi forderte ihre Anhängerschaft auf, an der Hass-Demonstration teilzunehmen.



Ex-Präsident Khatami brachte seinen „Hass gegen die Unterdrücker“ in einem „Gebet“ zum Ausdruck, als ob er nicht wüsste, was die iranischen Studenten über den unterdrückerischen iranischen Staat denken würden. Und kein Geringerer als Rafsanjani machte deutlich, dass am Al-Quds-Tag die „islamische Einheit demonstriert“ werden müsse.

Es geht um den neuen Totalitarismus, nicht um Israel

Wie gut kennen die Iraner eigentlich Jerusalem? Wie gut kennen sie die Al-Aqsa-Moschee? Erst vor wenigen Tagen musste das iranische Staatsfernsehen eingestehen, dass seit 28 Jahren Jahren ein falsches Bild der Al-Aqsa Moschee auf einem iranischen Geldschein abgedruckt ist. Die als die Al-Aqsa-Moschee deklarierte Moschee ist nicht die Al-Aqsa-Moschee. Seit 28 Jahren wollen die iranischen Machthaber Jerusalem befreien. Und erst jetzt merken die Iraner, dass sie ein falsches Bild von der Al-Aqsa-Moschee haben. Die iranischen Khomeinisten aller Schattierungen, Reformer und Hardliner, kämpfen jedoch weiter für die Reislamisierung der islamischen Welt und langfristig der ganzen Welt.

Europa sollte sich angesprochen fühlen, denn es geht nicht um Israel. Es geht um die Realisierung eines totalitären Herrschaftsmodells. Die iranischen Politiker scheren sich kaum um die Freiheit der Palästinenser, so wenig, wie die Freiheit des eigenen Volkes sie interessiert.

Es geht um die Durchsetzung eines totalitären Weltbildes der islamischen Herrschaft im 21. Jahrhundert, der Reislamisierung der islamischen Welt und der Kontrolle der islamischen Welt unter iranischer Führung. Es sei gestattet daran zu erinnern, dass die meisten arabischen Staaten eine iranische Atombombe mehr fürchten, als sie sich jemals von einer israelischen Bombe bedroht fühlten.

Iran: Die iranischen Grünen melden sich zu Wort¹⁷⁶

Dr. Kazem Mousawisadeh ist ein Sprecher der iranischen Grünen Partei im Exil. Die iranischen Grünen sind mit ihren Themen erstaunlich nah am Puls der Zeit, wenn sie in Erinnerung rufen: „Der Hauptfeind unserer Zeit ist weder Imperialismus noch Zionismus, sondern Fundamentalismus und das religiös-faschistische System.“

Von Wahied Wahdat-Hagh

Atombombe und Antisemitismus

Während die islamische Regierung im Iran seit 28 Jahren die Zerstörung Israels fordert, beginnen iranische Exilorganisationen damit, ihre Position zu Israel neu zu definieren. Nicht nur Royalisten, die traditionell Beziehungen zu Israel und USA begrüßen, sondern auch die iranischen Grünen preschen nun mit neuen Ansätzen vor.

¹⁷⁶ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061627/Iran-Die-iranischen-Gruenen-melden-sich-zu-Wort.html>, 02.11.07



Der Vertreter der iranischen Grünen ist der festen Überzeugung, ist der festen Überzeugung, dass das „Schicksal des Iran mit dem Schicksal der Juden und Israels untrennbar und direkt verbunden sei.“ In der staatlichen Ideologie des Iran würden Antisemitismus, Menschenrechtsverletzungen und eine kriegerische Expansion eine „untrennbare Einheit bilden.“ Zudem sei die Atombombe für das Überleben eines solchen politischen Systems notwendig, mahnt er. Die Atombombe werde aber auch zur Beschleunigung der ideologisch-politischen Ziele benötigt.

Fakt ist, dass das iranische Regime gegenwärtig nicht daran denkt, die Urananreicherung zu stoppen.

Das islamische Regime gebe öffentlich zu, die Juden und den Staat Israel von der Weltkarte radieren zu wollen. Moussawizadeh schreibt: „Es werden Oppositionelle, Frauen und homosexuelle Menschen als Spione für Israel und Amerika, als Juden, Gottlose und Unreine bezeichnet und bestraft.“

Der Antisemitismus werde zudem als außenpolitisches Instrument zur Mobilisierung reaktionärer und fundamentalistischer Kräfte im Mittleren Osten eingesetzt. Der Grünen-Politiker fragt, warum Ahmadinejad den Holocaust in aller Öffentlichkeit verleugnete? Und antwortet selbst: „Die Mullahs wollten austesten, inwieweit die Weltöffentlichkeit, insbesondere die Europäer, gegen dieses Verhalten protestieren würden.“ Durch das passive Hinnehmen Europas und anderer Staaten der Welt könnten die Mullahs glauben, dass ein zweiter Völkermord an den Juden erduldet würde, warnt er.

Für Moussawizadeh ist es keine Frage, dass das iranische Regime 16 Jahre auf einen Dialog mit Europa gesetzt habe, um Zeit zu gewinnen, die nötig sei, um die Atombombe zu bauen. Die Opfer der europäischen Appeasementpolitik seien vor allem die Menschen im Iran und in Israel. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Europa würden im Iran von der „Militärregierung und den Pasdaran sowie den Sicherheitskräften verantwortet werden.“

Moussawizadeh kritisiert die europäische Appeasement-Politik. Der Iran sei ein „dringendes Problem für seine Nachbarländer und für die ganze Weltgemeinschaft.“ Dem Politiker der Grünen zufolge, - er ist ein promovierter Ingenieur – ist die Scharia mit modernen politischen Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechten nicht vereinbar. Die iranische Regierung würde mitnichten auf die Appelle der europäischen Regierungen hören. Die europäischen Regierungen würden sich an den Verbrechen der iranischen Regierungen sogar mitschuldig machen, gibt er zu bedenken.

Expansive Ziele

Außenpolitisch versuche das iranische Regime kraft der Strategie des Heiligen Krieges seine eigene Macht auszuweiten. Das Regime wolle nicht nur Israel zerstören, sondern die gesamte Welt erobern. Nicht von ungefähr habe Ahmadinejad die gesamte Weltbevölkerung aufgerufen, zum Islam zu konvertieren. Das Ziel sei eine internationale, islamische Herrschaft unter der Führung von Revolutionsführer Ali Khamenei zu errichten. Dieser Anspruch auf Weltherrschaft sei eine Parallele zur Politik des Nationalsozialismus, stellt er besorgt fest. Angestrebt werde nicht die Herrschaft der „arischen Rasse“, sondern die religiöse Vorherrschaft des Islam.



Moussawizadeh geht davon aus, dass eine „offene Konfrontation mit dem Westen und Israel mit Sicherheit vorprogrammiert“ sei.

Terrorismus

Die europäische Beschwichtigungspolitik habe ignoriert, dass das Teheraner Regime terroristische Netzwerke in der Region und auch in Europa aufgebaut hat, bemerkt Moussawizadeh. Das Mullah-Regime sei nicht mehr gezwungen, seine eigenen Soldaten und Revolutionsgardisten über die iranische Grenze hinaus zu senden, um Länder wie Irak und Israel anzugreifen. Die Mullahs könnten „von Teheran aus durch ihre terroristischen paramilitärischen Kräfte im Ausland leicht operieren. Durch die Hizbullah im Libanon, durch die Hamas in Gazastreifen, Badr- und Sadrbrigaden in Irak, Al Kaida sowie durch die Taliban in Afghanistan.“

Dr. Kazem Moussawizadeh hat brisante Informationen vorgelegt. Beispielsweise leite Jafar Sahraroudi gegenwärtig die Badr- und Quds-Brigaden der iranischen Armee. Sahraroudi sei der Mörder des iranischen Spitzenpolitikers Dr. Abdolrahan Ghasemlou in Wien gewesen. Er wurde am 13. 7. 1989 in Wien ermordet.

Der Grünen-Politiker erhebt auch schwere Vorwürfe gegen den gegenwärtigen iranischen Botschafter in Berlin, Pasdar Akoundzadeh Basti. Er sei für die Ermordung von Dr. Kazem Radjavi in Genf verantwortlich. Zudem sei er auch „für die Koordination der geheimen Beschaffung von nuklearen Materialien und Logistik aus Europa für die Atomprojekte der Mullahs verantwortlich.“ Er wurde am 24. 4. 1990 in Genf ermordet.

Moussawizadeh fordert das Ende der „Kollaboration“ Europas mit dem Mullah-Regime. Er sagt: „Für die Wirtschaftsinteressen und Machtspiele der Europäer, Chinas und Russlands gegen die USA müssen die iranischen und israelischen Menschen in der Region leider mit dem Leben zahlen.“

Er fordert „umfassende UN-Sanktionen gegen das Regime“. Zudem fordert der Grünen-Politiker, dass ein internationales Gericht die verantwortlichen Politiker des iranischen Regimes verurteilt. Außerdem müsse „Europa sofort die Revolutionsgardisten, Ali Khamanei und Ahmadinejad in die Terroristenliste der europäischen Länder aufnehmen.“

Schließlich fordert Moussawizadeh auch einen Dialog der europäischen Regierungen mit der iranischen Exilopposition.

Der Grünen-Politiker fasst ein Prinzip seiner Partei wie folgt zusammen: „Der Hauptfeind unserer Zeit ist weder Imperialismus noch Zionismus, sondern Fundamentalismus und das religiös-faschistische System.“

Vor wenigen Tagen veröffentlichte ein Website der iranischen Royalisten die Analyse der iranischen Grünen. Sein Text erschien auch auf der persischsprachigen Homepage des israelischen Außenministeriums.

Zwar lässt sich nicht genau verifizieren, wie stark die iranischen Grünen wirklich sind. Sie sollen aber deutlichen Zulauf haben und viele Anhänger in der iranischen Studentenbewegung im Iran und im Exil. Eins hat Kazem Moussawizadeh in der Tat geschafft. Statt ideologische Mantras zu zitieren, verfolgt er eine klare strategische Prämisse der neuen iranischen Grünen: Demokratie im Iran könne nur gemeinsam mit den Vereinten Nationen, USA und Israel realisiert werden.



Eine Brücke zwischen Iran und Israel ¹⁷⁷

Sein eigentlicher Name ist Manuchehr Samchechi. Er ist mit zwanzig nach Israel ausgewandert. Im Iran ist er unter dem Namen Menashe Amir sehr bekannt. Er leitete die persischsprachige Sendung von Radio Israel und ist heute Chefredakteur der persischsprachigen Website des israelischen Außenministeriums.

Von Wahied Wahdat-Hagh

Gemeinsame Geschichte: Menashe Amir hat auch eine eigene Kolumne auf einer persischsprachigen Website des israelischen Außenministeriums. Darin schreibt er über sich, über die feindliche Haltung Irans gegenüber Israel und über die kulturellen Gemeinsamkeiten die Iran und Israel haben.

Er berichtete beispielsweise darüber, wie das Purimfest in Israel gefeiert wird. Es sei ein Fest, das untrennbar zur iranischen Geschichte gehöre. Hamman, ein Minister des Königs Xerxes, plante die Vernichtung der iranischen Juden. Königin Ester setzte sich für die Rettung der Juden ein und ein Massenmord an ihnen wurde verhindert. Purim werde wie ein Karnevalsfest gefeiert. Während eines solchen Festes müssen die Israelis heute aber für höchste Sicherheitsmaßnahmen sorgen, weil sie auch während des Karnevals von terroristischen Anschlägen und von Selbstmordattentätern bedroht werden.

Amir bekommt regelmäßig Anrufe aus dem Iran. Immer wieder berichten Iraner aus ihrem Land, dass sie sich eine andere politische Herrschaft wünschen, eine Regierung, die eine friedliche Politik mit den Nachbarn Irans verfolge, schreibt Amir. Er berichtet, einmal habe ihn ein Anrufer gefragt, wo denn das Grabmal Daniels liege, der auch den Muslimen heilig sei. Tatsächlich liegt es in der iranischen Stadt Schusch.

Eine Brücke

Menashe Amir schreibt, dass er „mit Entschlossenheit“ sagen könne, dass Hussein Schariatmadari der Herausgeber der Zeitung Kayhan sein Kollege sei. Es sei keine Ehre ein Kollege von Herrn Schariatmadari zu sein, der jeden Rivalen als „Zionisten“ bezeichne und sich für keine Lüge schäme. Im übrigen sind auch die Cartoons dieser Zeitung besonders geschmacklos.

Menashe Amir habe, als er 17 Jahre alt gewesen sei, angefangen bei der Zeitung Kayhan zu arbeiten. Es ist 50 Jahre her, dass der heutige Leiter der persischsprachigen Sendung von Radio Israel bei Kayhan anfang. Drei Jahre lang habe er Artikel aus dem Französischen für die Zeitung übersetzt. Sein iranischer Name sei eigentlich Manuchehr Samchechi. Er sei im Alter von 20 Jahren nach Israel emigriert und habe sich dann Menashe Amir genannt. Der eigentliche Grund für diese Umbenennung sei eigentlich die Tatsache gewesen, dass der Laut „Tsche“ im Hebräischen nicht existiert. Die meisten Israelis hätten seinen Namen falsch ausgesprochen, weswegen seine argentinische Ehefrau sich immer aufgeregt habe.

¹⁷⁷ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061673/Eine-Bruecke-zwischen-Iran-und-Israel.html>, 25.04.08



Zudem ergebe Amir sowohl im Persischen (Befehlsgeber), im Arabischen, (Prinz) und im Hebräischen (Erhaben) einen Sinn.

Menashe Amir schreibt, er wollte nicht über sich schreiben, aber etwas über die Zeitung Kayhan sagen, die sich in ein Schimpfblatt verwandelt habe. Herr Hussein Schariatmadari beleidige jeden und erzähle Unwahrheiten über alle. Er, Amir, habe ein Photo einer Demonstration in einer Zeitung aus Bahrain gesehen, auf der gegen Schariatmadari protestiert wird. Die Demonstration richte sich gegen eine Aussage von Schariatmadari, wonach Bahrain zum iranischen Territorium gehöre. Offenbar habe Schariatmadari gehofft, nationalistische Gefühle bei den Iranern zu schüren und die Regierung von Bahrain zu warnen keine Häfen für die US-amerikanische Marine bereitzustellen. Ansonsten würde die iranische Regierung den Bahrainern Schwierigkeiten bereiten. Die Regierung von Bahrain habe protestiert. Der iranische Außenminister sei daraufhin nach Bahrain gereist und habe sich für diese Aussage von Sch... in der Kayhan entschuldigt. Dies war erforderlich, da Kayhan als Sprachrohr des iranischen Führers Ali Khamenei gilt. Dennoch haben sich die Proteste der Bahrainer gegen das iranische Regime fortgesetzt.

Amir schreibt, warum er diese Geschichte nun wiedergibt: Auf einem Photo dieser Bahrainer Zeitung sei eine iranische Fahne zu sehen: Grün, Weiß, Rot. Aber auf dem weißen Feld seien ein Hakenkreuz und ein Judenstern abgebildet.

Im Mittleren Osten würde man für jeden Konflikt die Juden, Zionisten und die Israelis verantwortlich machen. Auch die Islamische Republik habe stets die „Zionisten“ für alles verantwortlich gemacht. Für Ayatollah Khomeini sei sogar Saddam Hussein ein „Zionist“ gewesen. Schon immer sei in der Islamischen Republik Iran in einer üblen Form von dem Begriff „Zionismus“ Gebrauch gemacht worden. Wenn es irgendwo Reismangel gebe, seien die „Zionisten“ schuld, wenn es irgendwo eine „Überschwemmung“ gebe, seien Zionisten schuld“. Manche „Elemente der Islamischen Republik haben sogar die Zerstörung der Zwillingstürme von New York als eine „zionistische Verschwörung“ bezeichnet.

Sie glauben mit Lügen ihre Ziele erreichen zu können, aber die iranische Bevölkerung sei wachsam.

Menashe Amir wird nach Berlin kommen und am 2. Mai auf der Konferenz des Mideast Freedom Forum Berlin einen Vortrag halten.



Iran feiert Ahmadinejad als Eroberer von Genf¹⁷⁸

Nach Ahmadinejads Hassrede in Genf steht die UN vor einem Scheideweg. Werden islamistischen Hasspropagandisten in Zukunft alle Türen geöffnet oder wird staatliche Volksverhetzung international völkerrechtlich geächtet?

von Wahied Wahdat-Hagh

Es lief alles planmäßig ab. Präsident Ahmadinejad war nach Genf gekommen, um die UN für seine Hasspropaganda zu missbrauchen. In einem Treffen mit dem Generalsekretär der UN Ban Ki-Moon hatte Ahmadinejad zuvor versprochen nicht zu „spalten“. Kannte Ban Ki-Moon die staatliche Ideologie des Iran nicht? Wusste der Generalsekretär nicht, dass der iranische Präsident das Gegenteil von dem bezweckt, was die UN-Konferenz erreichen wollte?

Der iranische Präsident lehnte in seiner Genfer Rede die Legitimität des UN-Sicherheitsrates ab und machte erneut deutlich, dass der Iran das Existenzrecht Israels nicht anerkenne. Schon ein kleines Zitat aus Ahmadinejads Rede macht das Problem deutlich: „Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sie durch den Missbrauch des Holocaust und unter dem Vorwand, dass die Juden geopfert worden seien kraft einer Armee ein Volk obdachlos gemacht. Sie haben einige Menschen aus Europa und Amerika dahin gebracht und ein vollständig rassistisches Regime in den besetzten palästinensischen Gebieten errichtet. Sie haben unter dem Vorwand der Wiedergutmachung von rassistischem Unheil in Europa die grausamsten Rassisten in einer anderen Region, in Palästina, an die Macht gebracht.“

Im realsozialistischen Jargon sprach der iranische Präsident von den Ungerechtigkeiten dieser Welt. Nicht besonders überzeugend waren seine Klagen allein deswegen, da die islamistische Diktatur im Iran bewiesen hat, dass sie nicht in der Lage ist die eigenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Der Eroberer von Genf

Die Rajanews betitelte eine Photoserie über den Empfang des iranischen Präsidenten nach seiner Genfer Rede in Teheran wie folgt: „Das Volk empfängt den Eroberer von Genf.“ Fahnen der libanesischen Hisbollah wurden geschwungen und weiter hieß es auf Transparenten: „Du Besitzer der Armee von Imam Ali, sei willkommen.“ Oder „Lob dem mutigen Sohn des iranischen Volkes.“

Ohne Zweifel hat Ahmadinejad mit seiner Genfer Hassrede im „Präsidentenwahlkampf“ der Islamisten Punkte gemacht. Immerhin 210 Mitglieder des islamischen „Parlaments“ des Iran haben laut Farsnews vom 21. April die Rede des iranischen Präsidenten in Genf in Form einer schriftlichen Erklärung gelobt.

Es wäre ein Witz, wenn Ahmadinejad nicht erneut Präsident wird

Für Jafar Qaderi, Mitglied des islamistischen „Parlaments“ wäre es ein „Witz, wenn Ahmadinejad nicht erneut Präsident werde,“ schreibt Roozonline am 22.4.2009. Über

¹⁷⁸ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061717/Iran-feiert-Ahmadinejad-als-Eroberer-von-Genf.html>. 24.04.09



70 Prozent der Prinzipialisten würden Ahmadinejad wählen. Beispielsweise sind sich die „Anhänger der Imam-Linie und des Führers“ einig, dass der einzige geeignete Kandidat für die Wahlen Ahmadinejad sei. Zudem sei geplant, dass ein Sammelpool von 14 prinzipialistischen Gruppen, die sich „Front der Anhänger von Ahmadinejad“ nennen, für seine Wiederwahl einsetzen. Auch die einflussreiche Gruppe der „Motalefe“, die sich um den Politiker Mohammad Nabi Habibi scharen, hat sich vehement für Ahmadinejad ausgesprochen.

Ahmad Tawakoli ist ein Prinzipialist und Chefredakteur einer Website, die sich Alef nennt und durch radikale antisemitische und Anti-Bahai Texte auffällt. Tawakoli lobte die Rede des Präsidenten und rief zur Verteidigung von Ahmadinejad auf. Wie Fars am 21. April berichtete, sagte Tawakoli, der mit Ali Larijani, Sprecher des iranischen Pseudo-Parlaments nahe verwandt ist und in den 80er Jahren unter Ministerpräsident Mir Hussein Moussawi Arbeitsminister war: „Gott sei Dank. Der Präsident konnte in der Konferenz von Genf nicht besser handeln.“

Der „mutige“ Präsident

Mir Hussein Moussawi gilt als einer der wichtigsten Rivalen von Ahmadinejad im innerislamistischen Streit um die zukünftige Präsidentschaftswahl. Moussawi „verurteilte“ die Personen, die den Präsidenten während seines Vortrages in Form von Protesten „beleidigt“ hatten. Moussawi erinnert sich auch an eine Anekdote zu Lebzeiten Khomeinis als Ministerpräsident. Damals wollte ein iranischer Politiker, den er nicht nennt, eine Rede in der UNO halten. Ayatollah Khomeini habe dann prompt gefragt, ob die Gefahr nicht bestünde, dass sein Flugzeug von den Amerikanern konfisziert werde. Moussawi habe geantwortet, dass er nicht davon ausginge, dass etwas passieren würde.

Kein Geringerer als Großayatollah Hussein Nuri Hamedani ist der Meinung, dass die Rede von Ahmadinejad in Genf gezeigt habe, wie mutig der Präsident sei. Der Großayatollah Hamedani lobte auch die Regierung der Schweiz, die trotz des „amerikanischen und israelischen Widerspruchs“ die Durban II Konferenz in Genf durchgeführt habe. Und Hojatoleslam Ali Akbar Mohtashempur, der die libanesische Hisbollah aufgebaut hat und Ex-Präsident Khatami bei seinen Wahlen unterstützte, schlug in dieselbe antisemitische und antiwestliche Kerbe wie Ahmadinejad. Mohtashempur meinte am 21. April, dass im Jahre 2001 die Konferenzteilnehmer entschieden durchgesetzt hatten, dass das „zionistische Regime als rassistisch“ bezeichnet werde. Später habe Südafrika aber große politische Krisen erlebt und soll sich nach Meinung von Mohtashempur daher gezwungen gefühlt haben eine neue UN-Resolution zu fordern, in der Israel nicht mehr als rassistisch beschrieben wird.

Auch Hussein Saffar Harandi, Minister für Kultur und islamische Führung stimmte in die Hasstiraden mit ein, als er sagte: „Ahmadinejad hat in der Genfer Konferenz, im Herzen Europas, den „Zionismus herausgefordert.“ Das waren nur einige wenige Beispiele, wie islamistische Demagogen Politik machen.

Volksverhetzung

Vor diesem Hintergrund stellt sich in der Tat die Frage, wieso die Welt zuschaut, dass Vertreter einer totalitären Diktatur auf der Bühne der Vereinten Nationen offen Volksverhetzung betreiben? Immerhin sind die Vereinten Nationen gegründet worden, damit die Verbrechen des Nationalsozialismus sich nie wieder ereignen.



Der Uno-Generalsekretär Ban Ki-Moon hatte in einem Gespräch mit Ahmadinejad vor seinem Auftritt deutlich gemacht, dass seine Weltorganisation den Zionismus nicht mit Rassismus gleichsetze.

Während muslimische iranische Intellektuelle im Iran die staatliche Behandlung der Bahai im Iran als eine Form der kulturellen Apartheidspolitik und als eine Form des Rassismus kritisieren, bezeichnete Präsident Ahmadinejad trotz vorheriger Warnungen von Ban Ki-Moon verschwörungstheoretisch den „Weltzionismus als die Manifestation des Rassismus“.

Ist die permanente staatliche Anstachelung zur terroristischen Gewalt gegen einen UN-Staat Israel nicht gleichzusetzen mit Volksverhetzung? Die staatliche Propaganda der islamistischen Diktatur kann nicht ewig als Rhetorik herunter gespielt werden. Denn die Propaganda ist ein probates Mittel der Volksverhetzung nach innen gegen Bahai und nach außen gegen einen Staat Israel, der von der UN legitimiert wird.

Volksverhetzungen solcher Art verstärken die politische Gewalt von Terrorgruppen und steigern die Gefahr von Pogromen im Iran. Diese sind nicht die Folge belangloser Rhetorik, sondern der Aufstachelung zum Hass und müssen als solche als ein völkerrechtliches Problem geächtet werden.

Iranische Politiker stellen Existenz Israels in Frage ¹⁷⁹

Seit 30 Jahren fordert das khomeinistische Regime mal den Verfall und den Untergang Israels und mal dessen Zerstörung. Auch in diesem Jahr wurde Israel vom Revolutionsführer Ali Khamenei als Krebsgeschwür bezeichnet. Präsident Ahmadinedschad leugnete den Holocaust und stellte die Existenz Israels als eine Bedrohung dar.

von Wahied Wahdat-Hagh

Im Juli 1979 verkündete Ayatollah Khomeini die Einführung des Al-Quds-Tages: "Ich verlange von allen Moslems der Welt und von allen moslemischen Regierungen, dass sie die Hände dieser Usurpatoren und ihrer Unterstützer abhacken. Ich lade alle Moslems der Welt ein, dass sie gemeinsam den letzten Freitag im heiligen Monat Ramesan als Al-Quds-Tag [Jerusalem Tag] wählen und ihre internationale moslemische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des moslemischen palästinensischen Volkes erklären. Ich wünsche vom allmächtigen Gott den Sieg der Moslems über die Gottlosen." [Textauszug nach der iranischen Zeitung Ettelaat 8.8.1979]

Der Tag des Antisemitismus

Auch in diesem Jahr skandierten vom iranischen Staat mobilisierte Massen am 18.9.2009: „Tod Israel. Tod Amerika. Tod England. Palästina wird siegen, Israel wird zerstört werden. Die Freiheit Palästinas bedeutet so viel wie die Freiheit des Islam. Khamenei ist unser Führer, der Erbe des Propheten.“

¹⁷⁹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061737/Iranische-Politiker-stellen-Existenz-Israels-in-Frage.html>, 13.11.09



In der offiziellen Erklärung zum Al-Quds-Tag wird daran erinnert, dass Ayatollah Khomeini vor rund dreißig Jahren den letzten Freitag des islamischen Fastenmonats zum Al-Quds-Tag ernannt habe. Auch in diesem Jahr wurde Israel als ein „unechter jüdischer Staat“ bezeichnet, der von „arroganten“ Mächten unterstützt werde. In der offiziellen Erklärung, die der staatlichen Doktrin der „Islamischen Republik Iran“ seit 30 Jahren entspricht, wird gefordert, dass die „Besatzung auf der Landkarte der islamischen Welt, insbesondere in Afghanistan, im Irak und in Jerusalem und in Palästina“ ein Ende nehmen muss. Weiterhin wird hervorgehoben, dass das „Heilige Land den Palästinensern gehört.“

Zerstörung Israels gefordert

Kein Geringerer als der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei bezeichnete Israel als ein „künstliches Regime, das ein Volk zerstört hat.“ Khamenei bezeichnete den Al-Quds-Tag als den „Tag des Schreis der muslimischen Umma gegen das tödliche Krebsgeschwür des Zionismus.“ Der politisierte Begriff des Krebsgeschwürs gehört unter Khomeinisten zum guten Ton. Auch der wissenschaftliche Sekretär des Präsidenten Ahmadinedschad, Waezzadeh, sagte am Rande der Al-Quds-Demonstration in Teheran gegenüber ISNA: „Die Zerstörung des Krebsgeschwürs Israel ist zu Gunsten aller muslimischen Völker und sogar vieler anderer Staaten der Welt außer von einigen arroganten westlichen Staaten.“

Ahmadinejads antikolonialer Kampf

Zwar dürfte Ex-Präsident Rafsanjani nicht reden, stattdessen hielt der iranische Präsident Ahmadinedschad am 18.9.2009 in Teheran sogar eine „Freitagspredigt“. Für Ahmadinejad ist das „größte Weltproblem Palästina und alle Pläne der arroganten Mächte sind nur im Sinne der Zionisten formuliert worden.“ Ahmadinedschad meinte, dass nach dem ersten Weltkrieg, dank der „nachlässigen Haltung“ der Muslime, Palästina in „Vormundschaft des alten Kolonialismus“ geraten sei. In dieser Zeit habe der „verbrecherische und organisierte Zionismus begonnen Ländereien aufzukaufen.“ Mit Hilfe der britischen Kolonialisten hätten die Zionisten die Palästinenser vertrieben. Schon vor dem zweiten Weltkrieg sollen Ahmadinedschad zufolge die Aktivitäten der Zionisten in Europa zugenommen haben. Der iranische Präsident sagte, dass die Zionisten in den europäischen Staaten ein „kompliziertes Schauspiel im Namen des Antisemitismus veranstaltet haben.“ Dem iranischen Präsidenten zufolge hätten „die europäischen Völker und Regierungen die Juden gehasst und wollten sie eigentlich aus Europa verjagen.“ Der Antisemitismus sei von den europäischen Regierungen und von den Zionisten geplant worden.

Ahmadinejads Holocaustleugnung

Der iranische Präsident sagte dann: „Nach dem zweiten Weltkrieg behaupteten sie, dass der Holocaust während des Krieges stattgefunden habe. Sie behaupteten, dass viele Juden in Brennöfen ermordet worden sind. Sie hatten in Wirklichkeit zwei Parolen: Erstens, die Unschuld des jüdischen Volkes, einhergehend mit vielen Lügen und komplizierter Propaganda. Zudem schufen sie ein psychologisches Klima, dass



die Juden unschuldig seien. Zweitens wurde propagiert, dass die Juden ein unabhängiges Land brauchen.“ Durch eine massive Propaganda sei die Weltöffentlichkeit von diesen Vorstellungen manipuliert worden, meint der Präsident. Der iranische Präsident fährt fort, dass er in den letzten vier Jahren einige Themen bezüglich der „Unschuld“ der Juden angesprochen habe. Aber nun wolle er darauf eingehen inwiefern diese „Unschuld eine Lüge ist.“ In seiner Rede, die er auf der rituellen Freitagsgebetsveranstaltung hielt, wiederholte Ahmadinedschad sein alten Fragen, warum keine „freie“ Forschung über den Holocaust erlaubt sei, und warum man eine „Black Box“ geschaffen habe.

„Die Europäer wollten die Juden aus Europa vertreiben“

Der offenbar durch Wahlfälschung an die Macht gekommene Präsident Ahmadinedschad fuhr fort: „Wir fragen, wenn sich der Holocaust ereignet hat, wo hat er sich ereignet? Hat er nicht in Europa stattgefunden? Wer hat behauptet, dass es damals einen Antisemitismus gab? Wo hat sich dieser Antisemitismus ereignet? In Europa? Wer hat den Antisemitismus erzeugt? Die europäischen Regierungen haben ihn erzeugt.“ Die Thesen des Präsidenten sind einfach, deswegen wiederholt er diese gerne: Die Europäer wollten eigentlich die Juden aus Europa vertreiben und sie in Palästina ansiedeln. Deswegen haben die Europäer den Antisemitismus geschaffen. [Offenbar kennt der iranische Präsident die Geschichte des Antisemitismus im europäischen Mittelalter nicht.] Die Europäer hätten sowohl den Antisemitismus erfunden als auch die „Verbrechen der Zionisten“ unterstützt. Beides habe der Verfolgung der kolonialen Ziele gedient.

Der iranische Präsident hatte dann eine Blitzidee, warum denn nicht jedem Volk das Recht gegeben werde einen unabhängigen Staat aufzubauen. Warum habe man dieses Recht nicht den amerikanischen Indianern gewährt? Wenn die Juden ein Recht darauf hätten in Palästina einen eigenen Staat zu gründen, warum „gibt man Amerika nicht den Indianern zurück.“ Nach dieser Logik müsste dann Europa in 72 Staaten eingeteilt werden, da in Europa 72 verschiedene Völker leben würden, weiß Ahmadinedschad. Auch Russland müsste zerstückelt werden. Ahmadinejad zufolge sei diese Logik falsch und würde immer mehr Probleme schaffen.

Er fragt dann, warum das „jüdische Volk in Palästina angesiedelt werden muss. Warum werden sie nicht in Europa oder in Kanada angesiedelt.“ Ahmadinedschad steigert seine Hasspropaganda indem er den muslimischen Völkern in der Region vorwirft einen großen Fehler im 20. Jahrhundert begangen zu haben. „Diese Nachlässigkeit hat dazu geführt, dass der Feind die Möglichkeit bekommen hat, eine wichtige Brücke im Herzen des Mittleren Ostens und der islamischen Welt zu bauen.“ Für Ahmadinejad beruht die Gründung Israels auf einer Lüge

Für den iranischen Präsidenten beruht die Gründung des „zionistischen Regimes“ auf einer Lüge. Wörtlich sagte Ahmadinedschad: „Eine Lüge, die auf einer unbegründeten Behauptung und auf einem Märchen beruht; die Besetzung Palästinas hat nichts mit dem Holocaust zu tun.“

Nachdem der Präsident die trivialisierten politischen Formeln über die 500-jährige Kolonialgeschichte in seine Hasstiraden eingebaut hat, kommt er wieder auf Israel zurück: „Dieses zionistische Regime ist wahrlich ein boshafter Baum. All seine



Wurzeln, Äste und Blätter widerspiegeln Verbrechen, Unterdrückung und Verderben für die Menschlichkeit," so der iranische Präsident.

Weiterhin sagte er: „Die Existenz eines solchen Regimes bedeutet Bedrohung und dauernde Unsicherheit und die Erweiterung der Herrschaft der Arroganz in der ganzen Welt.“ Daher sei Widerstand gegen das „zionistische Regime ein nationales, religiöses und islamisches Gebot für jeden Menschen.“ Der iranische Präsident spricht den Israelis sogar die Religiosität ab, indem er sagt: „Das ist eine große Lüge, dass die Zionisten mit Juden und Christen gleichzusetzen sind.“ Die „Zionisten“ wollten gar die religiöse Kultur zerstören. Es sei ein „menschliches Gebot gegen das „zionistische Regime Widerstand zu leisten. Die eigentliche Existenz dieses Regimes ist eine Beleidigung der Menschen. Sie setzen das Märchen des Holocaust in die Welt. Sie lügen. Sie schauspielern. Sie entfachen selber den Antisemitismus und unterstützen gleichzeitig die Juden.“ Gleichzeitig würden sie alle menschlichen Werte dem Regime opfern. Ahmadinejad glaubt auch, dass der Zionismus die „Manifestation des Rassismus“ sei. Er behauptete, dass manche europäischen Regierungen die iranischen Machthaber gebeten haben nicht gegen die „Zionisten“ zu schimpfen, weil dann die Europäer von der israelischen Regierung unter Druck gesetzt werden würden. Der iranische Präsident ist mitnichten bescheiden und forderte daher die „revolutionären“ Völker auf eine „internationale antizionistische Front“ zu bilden. Er fuhr fort: „Ihr müsst wissen, dieses Regime ist im Verfallsprozess. Verbündet Euch nicht mit ihm.“ Er beteuerte, dass Israel zum Untergang verdammt sei.

Eine terroristische Organisation zu Gast in Teheran

Welche palästinensischen Kräfte vom iranischen Staat unterstützt werden, wird in derselben ISNA-Meldung deutlich, wenn auf die Rede von Ramazan Abdullah, Generalsekretär der Partei „Islamischer Dschihad in Palästina“ eingegangen wird. Es ist die Sprache vom „Kampf der muslimischen Welt gegen Israel.“ Jeder würde an diesem Tag „Tod Israel“ rufen. Abdullah wiederholte einen Satz des Revolutionsführers und Gründers der „Islamischen Republik Iran“, der in der Tat von „Israel als Krebsgeschwür, das am Körper und Leben der muslimischen Welt eingepflanzt worden ist“ gesprochen hatte. Heute würde das palästinensische Volk „stellvertretend für die islamische Welt gegen Israel kämpfen“. Abdullah sprach sich explizit gegen friedliche Lösungen des Palästina-Israel-Konfliktes aus und sagte: „Das palästinensische Volk muss seine Einheit bewahren. Versöhnliche Dialoge werden uns nicht zum Ziel führen. Der einzige Weg ist die Errichtung der Fahne der Einheit des Jihad.“ Der Generalsekretär ist jedenfalls nicht bereit auch nur eine „Handbreit auf die palästinensische Erde zu verzichten.“

Die Islamische Republik Iran ist gegen eine Zweistaatenlösung

Ali Larijani, Vorsitzender des islamistischen Pseudo-Parlaments warf am 19.9.2009 den Vereinten Nationen vor im Jahr 1947 einen „Verrat“ begangen zu haben. Er sagte: „Im Jahr 1947 hat die UN in einem verräterischen Beschluss entschieden Palästina in zwei Teile, einen arabischen und einen jüdischen, einzuteilen.“ Larijani kritisiert, dass die USA und die Sowjetunion Israel sofort anerkannten, lobt aber die



arabischen Staaten, die Israel den Krieg erklärten. Natürlich verurteilt Larijani auch den ägyptischen Präsidenten Anwar El-Sadat, der einen „versöhnlichen Umgang mit dem zionistischen Regime hatte,“ so Larijani. Der angeblich „moderate“ Larijani warnte auch den US-amerikanischen Präsidenten: „Wir sagen auch dem Obama und den Amerikanern, die mit Israel verbunden sind, dass wenn ihr den Todesgesang Israels hören wollt und die Leiche Israels zu Grabe tragen wollt, dann bedroht uns.“ Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten auf das Leben ihrer Soldaten achten, denn gleich wer die iranischen Interessen verletze, müsse dauerhaft leiden. Ali Larijani, der auch als ein Freund von Javier Solana Geschichte gemacht hat, bezeichnete den „amerikanischen Friedensplan als eine politische List, die nur oberflächlich schön aussehe, aber in seinem Wesen hinterlistig ist und die Zerstörung des palästinensischen Widerstands als Ziel verfolgt.“

Der innerislamistische Machtkampf und die Demokratieforderungen der Bevölkerung Iraner demonstrierten am Al-Quds-Tag zu Tausenden in den Straßen Teherans gegen Ahmadinedschad. Einige Demonstranten distanzieren sich eindeutig von Palästina und Libanon und riefen nationalistische und antirussische Parolen. Sie nutzten die antiisraelischen Demonstrationen als Gelegenheit um gegen den Wahlbetrug von Ahmadinedschad zu demonstrieren. Sie riefen: „Tod dem Diktator“. Ein Teil der iranischen Gesellschaft will die khomeinistische Diktatur überwinden und schreitet jenseits des innerislamistischen Machtkampfes zwischen Ahmadinedschad und Moussawi.

Ahmadinedschad prophezeit den "Untergang" Israels ¹⁸⁰

Ein Jahr nach dem Gaza-Krieg schüren iranische Politiker erneut den Hass gegen Israel. Dabei versucht das iranische Regime die islamische Welt unter seiner ideologischen Herrschaft zu vereinen. Gleichzeitig warnt das Regime die iranische Opposition kein „Spielball der westlichen Feinde“ zu werden.

von Wahied Wahdat-Hagh

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinedschad verschickte eine Botschaft an die libanesische Hisbollah und griff Israel scharf an. Laut der iranischen Zeitung Kayhan vom 20. Januar 2010 ist Mahmud Ahmadinedschad der Meinung, dass das „zionistische Regime sich in der Periode seines Falls und seines Untergangs“ befindet.

Dabei benutzte Ahmadinejad die Begriffe „Soqut“ und „Uful“. Soqut kann als „Fall“ und als „Vernichtung“ übersetzt werden. „Uful“ heißt „Untergang“. Der iranische Präsident attackierte damit Israel und bezog sich auf den Goldstone-Report. Ahmadinedschad sagte auch: „Es gibt die Hoffnung, dass wir in Zukunft Zeugen von größeren Siegen der größten Mujahedin (Kämpfer) auf dem Wege Gottes sind.“ Einen solchen Sieg machte der iranische Präsident davon abhängig, in wieweit die

¹⁸⁰ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article6061749/Ahmadinedschad-prophezeit-den-Untergang-Israels.html>, 22.01.10



islamischen und arabischen Staaten die „Volkskämpfe“ der Hisbollah gegen „Aggressoren und Besatzern“ verteidigen und unterstützen.

Der iranische Außenminister über das „alberne Kind des Westens“

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki bezeichnete in einer Versammlung von ausländischen Botschaftern in Teheran den Staat Israel als ein „zionistisches Regime, das ein albernes Kind des Westens“ sei, meldete Kayhan am 20.1.2010. Mottaki fügte hinzu: „Das zionistische Regime weist nach 60 Jahren illegitimen Lebens ein Zeugnis voll von Verbrechen und Staatsterrorismus auf.“ Mottaki ging dann auf den Gaza-Krieg ein. Er sagte: „Heute sprechen die Unterstützer des zionistischen Regimes von Demokratie und Menschenrechten.“ Diese Parolen seien „hohl“. Auch der iranische Außenminister bezog sich auf den Goldstone-Bericht und sprach von der „Katastrophe von Gaza“.

Iranische Politiker treffen Seyyed Hassan Nassrallah in Beirut

Die Nachrichtenwebsite der iranischen Regierung meldete am 18. Januar 2010, dass der „parlamentarische Sekretär des iranischen Präsidenten, Mir Taj-al-dini, sich mit dem Generalsekretär der libanesischen Hisbollah getroffen habe. Mir Taj-al-dini wurde wie folgt zitiert: „Die Standhaftigkeit der Jugend des islamischen Widerstandes und die libanesischen Hisbollah haben bewiesen, dass in Libanon eine Generation herangewachsen ist, die der Herrschaft der Zionisten, insbesondere deren gut ausgerüsteten Armee widerstehen kann.“ Der Vertreter des iranischen Präsidenten fügte hinzu: „Die neuen Drohungen der Zionisten sind nur ein psychologischer Krieg.“ Mahatir bin Mohamad meldet sich wieder

Auch der frühere Ministerpräsident von Malaysia, Mahatir bin Mohamad, hat sich laut der staatlichen Nachrichtenagentur des Iran erneut über „das zionistische Regime“ geäußert. Er sagte: „Die Zionisten stellten immer ein Problem für die Europäer dar. Deswegen haben sich die Europäer dazu entschieden sie zu transferieren und Israel zu gründen, damit sie die Zionisten endlich loswerden.“

Mahatir Mohamad kritisierte auch die Politik des US-amerikanischen Präsidenten Obama mit folgenden Worten: „Die Taten von Barack Obama im letzten Jahr haben nicht nur die Amerikaner zur Verzweiflung gebracht, sondern die ganze Welt.“ Obama habe keines seiner Versprechen bisher erfüllt. Seine Politik stelle die „Fortsetzung der Politik von Bush dar“. Mahatir Mohammad meinte, dass das „Ereignis vom 11.9.“ einen Vorwand geliefert habe, um die Muslime und die islamische Welt anzugreifen, berichtete IRNA am 21.1.2010.

Khamenei warnt die „privilegierte Klasse“

Es ist interessant zu wissen, dass das persische Wort „Khawass“ für „Adel“ oder für „privilegierte Klasse“ steht. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei warnte die „privilegierte Klasse“ - damit meint er das islamistische Establishment - die Einheit zu bewahren und keine „zweischneidigen Positionen“ anzunehmen.

Der iranische Revolutionsführer sprach von den „Feinden“, die die „Einheit des Volkes“ vertuschen wollten und vortäuschen wollten, dass das „Volk geteilt“ sei. Der Revolutionswächter erinnerte an den Al-Quds-Tag, an dem, wie er sagte, einige



„Parolen zugunsten des zionistischen Regimes ausgegeben haben“. Andere hätten am 4. November 2009 proamerikanische Parolen ausgerufen. Sie hätten damit „gegen den Islam und gegen das islamische System“ agitiert. Er erinnerte aber auch an den 11. Februar. An diesem Tag der Revolution erwartet Khamenei, dass die Iraner für „die Größe“ der islamischen Revolution auf die Straßen gehen, berichtete ISNA am 19.1.2010.

Beobachter erwarten am 11.2.2010 im Übrigen erneut Demonstrationen gegen die „Islamische Republik Iran“.

Die Kultur des Jihad und des Märtyrertodes

Der als „moderat“ bekannt gewordene Ali Larijani, Vorsitzender des khomeinistischen Pseudo-Parlaments, warnte ebenfalls vor Stimmen, die von einem „Wahlbetrug“ sprechen würden. Ein solches Argument würde die „Republik“ im Iran infrage stellen. Larijani befahl, im Iran gäbe es „keinen Betrug.“ Denn der Revolutionsführer „wache“ über das Land, schrieb Farsnews am 21.1.2010.

Larijani meinte, dass die „islamische Revolution die falschen Paläste der Welt zum erzittern gebracht habe.“ Larijani fährt fort und meint, wenn die „islamische Republik die Säulen des Imperialismus nicht gebrochen hätte, hätten die arabischen Staaten in der Region es nie gewagt sich gegen Amerika und Israel zu wenden.“ Die USA würden dann in der Lage sein, sogar das „russische Schild“ zu brechen und die absolute Macht zu gewinnen.

Hier sieht man, dass aus der Perspektive eines iranischen Politikers wie Ali Larijani Russland für den Iran nur ein Schutzschild gegenüber den USA darstellt.

Larijani erinnerte an die Relevanz des „Märtyrertodes“ und des „Jihad“, die die islamische Revolution möglich gemacht hätten. Der „moderate“ Larijani sagte: „Wenn die Hisbollah, Irak und die Hamas das Rückgrad Israels gebrochen haben, dann liegt es am Jihad und dem Märtyrertod.“ Diese zwei Prinzipien hätten sich in eine „Kultur“ verwandelt.

Verschwörungen der Feinde

Der iranische Präsident Ahmadinedschad warnte auch die islamische Welt vor den „Verschwörungen der Feinde“. Er warnte vor „Intrigen“, die die Muslime spalten könnten. Ahmadinedschad lehnte ausdrücklich die Aufteilung des Islam in schiitischen und sunnitischen Islam ab. Alle „Iraner seien ein wichtiges Kapital des Iran“ und gehörten zu einem „einzigen Körper“, so der Präsident. Aus der Perspektive der „Islamischen Republik Iran seien alle Iraner Brüder und Schwestern.“ Die „muslimische Ummat“ müsse über die Pläne der Feinde informiert werden, berichtete IRNA am 16.1.2010.

Lotfollah Forusandeh, einer der Staatssekretäre des iranischen Präsidenten warnte diejenigen protestierenden Stimmen aus dem Iran, die „mit ihren zweischneidigen Positionen zu Spielbällen der Feinde würden.“

Khatami gegen Karoubi und Moussawi

Indessen kritisierte Ex-Präsident Mohammad Khatami den Ex-Ministerpräsidenten Moussawi und den Ex-Präsidentschaftskandidaten Karoubi, berichtete Kayhan am 21.1.2010. Kayhan zitierte Khatami, der hervorgehoben habe, in einem telefonischen



Gespräch Karoubi und Moussawi gebeten zu haben sich nicht öffentlich sondern nur schriftlich gegenüber dem Revolutionsführer zu äußern. Sie sollten dem Ayatollah Ali Khamenei schriftlich ihre Meinung mitteilen, aber einräumen, dass sie sich der Meinung des Revolutionsführers fügen würden. Kayhan bezieht sich dabei auf die Ausführungen eines iranischen Politikers, Hujjat-ul-Islam Hussein Ibrahim, der beschwört habe, dass Khatami ihm diese Ausführungen persönlich mitgeteilt habe. Khatami hat dies bisher nicht dementiert. Kayhan schreibt, Mohammad Khatami habe verschiedentlich die Meinung vertreten, dass Karoubi „den Weg der Reformer zurück zur Macht gänzlich versperrt habe.“

Khamenei will "Krebsgeschwür Israel herausschneiden" ¹⁸¹

Der iranische Führer Ayatollah Khamenei hielt eine "Freitagspredigt", die ein neues Kapitel der Diktatur einleiten wird.

von Wahied Wahdat-Hagh

Diese historische "Freitagspredigt" ist eine Warnung an die inneren und äußeren Gegner des totalitären Regimes.

Es ist nicht neu, dass sich die iranischen Machthaber auf das heilige Buch der Muslime berufen. Neu ist aber, mit welcher Vehemenz der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei am Freitag, den 4.6.2010, seine politischen Gegner warnte und sie als „Feinde des Imam Khomeini“ einstufte. Khamenei warnte vor jeglicher „Abweichung“ vom Kurs der islamischen Revolution.

Die Positionen von Ayatollah Khomeini, Begründer der „Islamischen Republik“, seien beispielsweise gegenüber dem „liberaldemokratischen Westen“ eindeutig ablehnend und negativ gewesen.

Khamenei verbietet den Iranern nun von den Positionen Khomeinis Abstand zu nehmen. Es sei wichtig dem Befehl zum Dschihad zu folgen und den Befehl, das islamische Blutgesetz umzusetzen, und auch dem Befehl zur Verschleierung der Frauen zu folgen. Khamenei sagt, dass es Personen gibt, die früher Anhänger seines Vorgängers Ayatollah Khomeini gewesen seien, aber heute vom „Wege abweichen“. Er meint damit Mir Hussein Moussavi und Mehdi Karoubi. Ob islamisch oder nicht, wer die Linie des Revolutionsführers verlässt, wird zum Feind erklärt.

Khomeini als Vorbild

Als ein Beispiel erinnerte Khamenei an das, was Khomeini seinerzeit der kommunistischen Opposition empfohlen hatte. Diese sollte aufhören die Islamische „Republik“ zu bekämpfen. Sie sollte aus dem Exil zurückkehren und freiwillig ihre Strafe auf sich nehmen. Sie sollte sogar Hinrichtungen aushalten, damit sie von „göttlicher Strafe und Qual“ befreit werde, so das iranische Staatsoberhaupt Ayatollah Ali Khamenei am 4.6.2010. Zumindest sollte die Exilopposition, auch wenn sie nicht in den Iran zurückkehre, alles bereuen, was sie bisher getan hat und aufhören die „islamische Ordnung“ zu bekämpfen.

¹⁸¹ <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article8038861/Khamenei-will-Krebsgeschwuer-Israel-herausschneiden.html>, 14.06.10



Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 12. Juni 2009 steht Iran vor der größten innenpolitischen Zerreißprobe seit der Revolution vor 30 Jahren. Klicken Sie sich durch die Ereignisse der letzten Monate und verfolgen Sie die Geschichte des Iran zurück bis ins Jahr 1979:

Khamenei warnte die islamische Opposition sich in die Reihe der US-Amerikaner, der Briten und der Royalisten zu begeben. Khamenei kritisierte diejenigen iranischen Kräfte, die von den US-Amerikanern und von anderen Mächten gelobt werden. Spätestens wenn solche westlichen Mächte jemanden im Iran lobten, sollte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sie falsch handeln.

Damit spielte Khamenei auf die begeisterten Zurufe, die die so genannte „Grüne Opposition“ aus dem Ausland erhält. Dies ist die Perspektive der Machthaber einer Diktatur. Die iranische Zivilgesellschaft braucht heute mehr als je zuvor die Hilfe des Westens, sei es auch durch die Aufklärung beispielsweise der Sendungen von BBC-Persian, Voice of America, Radio Israel oder Deutsche Welle in persischer Sprache.

"Krebsgeschwür herauschneiden"

Der iranische Revolutionsführer Khamenei bezeichnete Israel als „eine künstliche geographische Einheit“ und erneut als ein „Krebsgeschwür“. Er äußerte seine antiisraelische Vernichtungsideologie, als er sich auf Ayatollah Khomeini beziehend, sagte: „Imam [Khomeini] sagte direkt, dass Israel ein Krebsgeschwür ist. So, was macht man denn mit einem Krebsgeschwür? Außer das Herausschneiden des Geschwürs, gibt es denn dafür sonst ein Heilmittel?“ Eindeutiger kann die antisemitische und antiisraelische Vernichtungsideologie der iranischen Staatsdoktrin nicht zum Ausdruck gebracht wird.

Die staatlichen Übersetzer der offiziellen staatlichen Website von Ayatollah Khamenei auf Deutsch haben die Zeilen zusammenfassend ungenau wie folgt übersetzt:

„Der Imam hat offen Israel als Krebsgeschwür bezeichnet und es versteht sich von selber, dass die Behandlung eines Krebsgeschwürs in seiner Entfernung besteht.“

Waffentransporte und iranische Hilfe für Hamas

Der Iran hat angekündigt Schiffe mit Medikamenten nach Gaza zu schicken. Vor diesem Hintergrund sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass der Iran schon im Januar 2009, d.h. vor eineinhalb Jahren plante, ein Schiff über das Mittelmeer zu schicken, ausdrücklich mit dem Ziel die Blockade gegen Waffentransporte nach Gaza zu durchbrechen.

Damals wie heute half Ägypten den israelischen Behörden dabei zu verhindern, dass ein Schiff unkontrollierte Ware nach Gaza transportiert. Waffenschmuggel nach Gaza sollte und soll unterbunden werden. Im Januar 2009 stoppte Ägypten im Suez Kanal ein iranisches Schiff, das Waffen für Gaza geladen hatte.

Einerseits setzt der Iran seine Vernichtungsideologie gegen Israel fort, andererseits wollen die iranischen Machthaber aus dem Konflikt um Gaza profitieren. Wie die iranische Nachrichtenagentur schon am 1.6.2010 meldete, nahm der Leiter des iranischen Roten Kreuzes sofort nach dem Flotilla-Konflikt Kontakt mit dem Leiter des palästinensischen Roten Kreuzes auf und versprach iranische Hilfeleistungen. Offenbar sollte es dieses Mal keine Waffen und Gelder und ideologische Munition für



den bewaffneten Kampf geben, sondern zusätzlich zu den bekannten Formen der „Zusammenarbeit“ medizinische Hilfsmaßnahmen.

Am 6.6.2010 meldete IRNA, dass das iranische Rote Kreuz im Iran landesweit rund 3.500 Spendendosen verteilt hat. Die Iraner sollten für Gaza spenden. Es handelt sich um eine rein staatlich gelenkte Aktion.

Und zwei Tage später meldete IRNA, dass ein iranisches Schiff mit Medikamenten und ein weiteres Schiff mit „freiwilligen Helfern und Friedensaktivisten“ nach Gaza fahren werden.

Kayhan meldete am 8.6.2010, dass drei Schiffe und ein Flugzeug in Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Roten Kreuz Gaza zur Hilfe kommen werden.

Welche Bedeutung hat die inner-islamistische Kooperation?

Menschenleben zu retten, ist immer ein tugendhaftes Verhalten. Aber geht es hier um Freiheit und Humanität?

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete am 10.6.2010, dass die „Stiftung für humanitäre Hilfe und Menschenrechte“ (IHH) nicht wirklich als eine humanitäre Hilfsorganisation bezeichnet werden kann. Das politische Anliegen dieser Organisation, die auf der „Freiheitsflotte“ traurige Berühmtheit erlangte, speise sich „aus dem radikalen Islamismus“. Die IHH vertrete eine „antiisraelische Ideologie, die sich nicht nur in mancher Hinsicht mit jener der palästinensischen Hamas überschneidet, sondern auch mit großem propagandistischen Aufwand verbreitet wird,“ so Joseph Croitoru in der FAZ

Aus dem Erkenntnis von Joseph Croitoru kann man auch auf die totalitäre Ideologie derjenigen khomeinistischen Machthaber im Iran schließen, die seit 30 Jahren nicht nur ihr eigenes Volk unterdrücken, sondern jeglichen Frieden im Nahen Osten verhindert haben, in dem sie Terrorbewegungen unterstützen.

Alle Menschen der Welt haben das Recht in Würde zu leben, aber ist dies das Ziel der islamistischen Organisationen wie der Hamas, die die Freiheit der Palästinenser für ihre falschen politischen Ideologien missbrauchen? Sind freiheitsliebende Palästinenser nicht selbst Opfer der totalitären islamistischen Ideologie, die beispielsweise eine Koexistenz mit Israel nicht zulässt?

Während im Iran Millionen unter dem Existenzminimum leben und die Menschenrechtsslage katastrophal ist, will ausgerechnet die iranische Führung der Hamas zur Hilfe kommen. Werden die iranischen Schiffe eine islamistische Variante eines trojanischen Pferdes sein, das einmal Hilfsgüter und dann wieder Waffen für terroristische Organisationen exportiert?

Das Verbot des Hamas-TV hilft auch den Palästinensern

Wahrscheinlich hilft gerade die französische Regierung den Palästinensern in Gaza mehr als die iranische Hilfe, wenn sie dafür sorgt, dass das Hamas-TV keine menschenverachtende Hasspropaganda verbreitet.

Die französische Regierung ist seit 9.6.2010 entschlossen zumindest eine Quelle der islamistisch-antisemitischen Hassideologien auszutrocknen, indem sie der antisemitischen Hasspropaganda des Hamas Fernsehens Al-Aqsa-TV einen Riegel vorgeschoben hat.



Die französische Regierung hat dem Satellitensender Eutelsat untersagt weiterhin antisemitische Sendungen der Al-Aqsa-TV auszustrahlen. Zwar können solche Hass-TV-Programme immer noch im gesamten Europa im Internet empfangen werden, aber die französische Regierung hat mit diesem Schritt ein Zeichen gegen totalitäre islamistische Vernichtungsideologien gesetzt. Denn die größte Barriere für den Frieden im Nahen Osten ist die gegen Israel gerichtete Vernichtungsideologie des Islamismus, die zudem die muslimischen Massen verführt.

So stört der Iran die Friedensverhandlungen ¹⁸²

Kurz vor dem Al-Quds-Tag haben in Washington neue Friedensgespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde begonnen. Der Iran will den Frieden aber um jeden Preis verhindern.

Neue Gewalt überschattet Friedensgespräche

Von Wahied Wahdat-Hagh

In Washington haben die neuen direkten Friedensgespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde unter der Schirmherrschaft von US-Präsident Barack Obama begonnen. Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu und der palästinensische Präsident Abbas haben in Washington vereinbart sich künftig regelmäßig zu Gesprächen zu treffen, um gemeinsam Friedensperspektiven zu entwickeln.

Während der ägyptische Präsident Hosni Mubarak und der jordanische König Abdallah die Friedensverhandlungen unterstützen, schüren iranische Politiker den Hass gegen Israel.

Der Iran ist gegen den Frieden

Der iranische Präsident Ahmadinedschad kritisierte die Friedensverhandlungen und stellte die Legitimität der Verhandlungspartner, Abbas und Netanyahu, mit dem zweifelhaften Argument in Frage, dass nur die Hamas als die „offiziellste Vertretung“ Palästinas gelte.

Dabei steht die Hamas auf der europäischen Terrorliste. Ahmadinedschad meint, dass die „Besitzer ihre Verhandlungspartner“ ausgesucht hätten und versucht damit den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas zu delegitimieren.

Der iranische Präsident forderte die Rückkehr aller zehn Millionen Palästinenser als Grundlage für einen Frieden. Ahmadinedschad warnte: „Die zionistischen Besitzer sollten nicht davon ausgehen, dass sie Legitimität und Akzeptanz bekommen, wenn sie nur eine Vereinbarung unterschreiben.“

Ahmadinedschad meint, dass niemand in der Welt die Zionisten, damit meint er die Israelis, respektieren würde. Verschwörungstheoretisch mutmaßt der iranische Präsident, dass die Friedensverhandlungen wahrscheinlich auf ein Ablenkungsmanöver von den innenpolitischen Problemen in den USA

¹⁸² <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article9377698/So-stoert-der-Iran-die-Friedensverhandlungen.html>, 03.09.10

Siehe auch: <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Iran-aktuell/article8493344/So-leugnet-der-iranische-Rundfunk-den-Holocaust.html>, 16.07.10



zurückzuführen seien. Er relativiert seine eigene Spekulation damit, dass die Amerikaner solche Szenarien eigentlich nicht nötig haben.

Der iranische Präsident ging in die Offensive und sagte, dass der Iran „die Bereitschaft besitzt seine Erfahrungen in Bezug auf die militärische Verteidigung“ allen Nachbarn zur Verfügung zu stellen.

Tatsächlich schürt das iranische Regime den Nahostkonflikt, indem islamistische Terrororganisationen unterstützt werden, die als Lakaien des Iran Israel ständig bedrohen sollen. Schon seit Jahren werden die Terrororganisationen militärisch im Iran ausgebildet und bekommen Geld und militärische Ausrüstung aus dem Iran.

Ahmadineschad sprach davon, dass Saudi-Arabien und Ägypten eigentlich zu den Freunden des Iran zählen, die „Einmischung der Feinde“ aber würde diese Freundschaft stören. Der iranische Präsident besteht darauf, dass es „keinen Platz für das zionistische Regime in der Region“ gäbe.

Der Iran fordert die Vernichtung Israels

Das deutsche Programm der staatlichen Nachrichtenagentur des Iran zitierte am 31. August 2010 Ayatollah Khamenei wie folgt: „Der Fußmarsch am Al-Quds-Tag ist der Protestruf der Muslime gegen das Krebsgeschwür Israel in der Islamischen Welt.“

Und in einer Erklärung der Teheraner Revolutionsgardisten ebenfalls vom 31. August 2010 hieß es: „Der Al-Quds-Tag ist der Tag der Explosion des Heiligen Zorns der Armen und der Entrechteten der Welt gegen die ganze Welt der Gewalt und des Glanzes und der List des internationalen Zionismus und des großen Teufels.“ Darin heißt es weiter:

„Der Al-Quds-Tag ist ein praktischer Schritt zur Auslöschung und Zerstörung dieses Krebsgeschwürs. Ohne Zweifel ist das Schicksal des künstlichen und unmenschlichen zionistischen Regimes der Niedergang und die Vernichtung.“

Die Hamas wird auf der offiziellen Terrorliste der EU aufgeführt, für den Iran aber wird jeder Terroranschlag gegen Israel als ein Beweis des Sieges der islamischen Revolution bewertet.

Tatsächlich profitieren die iranischen Machthaber vom Nahost-Konflikt. Denn ein Frieden zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde würde die totalitäre staatliche Ideologie des Iran endgültig in Frage stellen. Demnach soll die gesamte islamische Welt, das heißt auch das Territorium des heutigen Israel, reislamisiert werden und überall dort die Trennung von Staat und Religion aufgehoben und die Scharia als Staatsgesetz eingeführt werden.

1979 rief der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini erstmals zum Al-Quds-Tag auf. An diesem Tag sollte nicht nur weltweit zur Zerstörung Israels aufgerufen werden. Die islamische Revolution sollte als Modell für die Islamisierung der gesamten islamischen Welt exportiert werden. Zudem forderte Khomeini die Gründung einer Partei, der Hisbollah, die die Einheit aller Muslime in der Welt realisieren sollte.



Der antizionistische Antisemitismus ist Staatsprogramm ¹⁸³

Ahmadinejad leugnete erneut das Existenzrecht Israels und rief zu dessen Zerstörung auf. Aber auch das iranische Pseudoparlament (Majless) rief zur Teilnahme an der Al-Quds Demonstration auf.

Ayatollah Khomeinis Sympathisanten lachten als er sagte: „Wenn alle Muslime der Welt gemeinsam am Al-Quds Tag einen Eimer Wasser auf Israel kippen, wird Israel im Wasser versinken.“

Am 8. August 1979 sagte er: „Ich fordere alle Muslime der Welt und alle muslimischen Regierungen auf, den Usurpatoren und ihren Unterstützern die Hände abzuhacken. Und ich lade alle Muslime der Welt dazu ein, gemeinsam den letzten Freitag im heiligen Monat Ramesan zum Al-Quds Tag [Jerusalem-Tag] zu machen und ihre internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes zu erklären. Ich bitte den allmächtigen Gott um den Sieg der Muslime über die Gottlosen.“

Am 24. August 2011 sagte der heutige Revolutionsführer Ali Khamenei: „Der Al-Quds Tag ist ein internationaler islamischer Tag.“ Khamenei sagte, dass die Gründung der „Islamischen Republik Iran“, die Erklärung des Al-Quds Tages und die Verwandlung der Botschaft des „zionistischen Regimes“ in die Botschaft Palästinas in Teheran ein „expansiver Schritt war, der der sechzigjährigen Verschwörung des Kolonialismus, die Palästina von der Weltkarte löschen wollte, entgegen trat.“ Khamenei fügte hinzu: „Der Al-Quds Tag ist auch eine gute Absicherung für die Sicherheit unseres Staates.“ Jeder Iraner, der an diesem Tag demonstriert, sorgt gleichzeitig für die Sicherheit des Iran.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad pocht darauf, dass der „reine Islam“ sich nicht mit Israel und den USA versöhnen könne. Die khomeinistische Interpretation des Islam wird im Iran als der „reine Islam“ bezeichnet.

Schon am 22. August sagte laut ISNA der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad über den Al-Quds Tag, dass die Völker nur mit Hilfe eines festen Glaubens vom „Unglück dieser infizierten Geschwulst und der Niedertracht des gesamten zionistischen Regimes befreit werden.“ Ahmadinejad hob hervor, dass der Al-Quds Tag für den Iran keinen propagandistischen und politischen Zweck erfülle. Er sagte: „Jerusalem ist der Schlüssel und die letzte Konfrontation für die Lösung der historischen Probleme.“ Er fügte hinzu: „Dieses Jahr, wie die Jahre zuvor ist der Al-Quds Tag der Ausgangspunkt des politischen Wandels in der Welt und mit der Auflösung des zionistischen Regimes wird die Menschheit von der Schande dieser Teufel befreit werden.“

In einem Interview mit dem libanesischen Sender Al-Manar sagte der iranische Präsident am 25. August 2011: „Das Problem von Jerusalem ist nicht nur ein Problem für die Islamische Republik Iran oder für die arabischen Staaten oder für die

¹⁸³http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/der_antizionistische_antisemitismus_ist_staatsprogramm/, 26.08.11



islamischen Staaten. Es ist ein Weltproblem.“ Ahmadinejad fügte hinzu: „Jerusalem ist das Herz des Mittleren Ostens und wer Jerusalem beherrscht, kann die Veränderungen in der Region leiten.“ Er bezeichnete Israel als ein „rassistisches Regime“ und fügte hinzu: „Das zionistische Regime ist auf ein materialistisches Denkgebilde gegründet worden und ist der Vertreter der arroganten Welt.“ Ahmadinejad zufolge hat „das zionistische Regime den „Auftrag die Region zu verunsichern.“ Ahmadinejad erklärte seine antiisraelische Haltung wie folgt: „Wir glauben, dass wer Menschlichkeit haben will, der muss für die Vernichtung des zionistischen Regimes, das die Manifestation der Unterdrückung und der Diskriminierung ist, sorgen. Die Islamische Republik Iran wird dieses Thema entschlossen weiterverfolgen und wird diesen Plan und diese Politik niemals aufgeben.“

Ahadinejad formuliert die Ziele der islamistischen Diktatur eindeutig und genau. Er sagt: „Iran ist immer davon ausgegangen, dass das palästinensische Gebiet den Palästinensern gehört. Die Arroganten haben immer im ersten Schritt gefordert, dass das zionistische Regime auf dem Gebiet Palästinas stabilisiert werde. Aber sie haben eine Niederlage erlitten und dieses Ziel nicht erreicht. Aus taktischen Gründen thematisieren sie nun die Zweistaatenlösung. Wenn die Gründung des Staates Palästina ein Schritt auf dem Wege zur Befreiung des gesamten palästinensischen Gebietes ist, begrüßt die Islamische Republik Iran aus dieser Perspektive die Gründung eines palästinensischen Staates.“ Ahmadinejad sagte, jemand könne nicht den Anspruch haben revolutionär zu sein und gleichzeitig „die Existenz des zionistischen Regimes und die Vorherrschaft des Westens befürworten.“

Ahadinejad zufolge würde Israel durch eine Zweistaatenlösung seine eigene Existenz absichern. Die Existenz Israels werde von der US-Regierung abgesichert. Die arabische Welt müsse dafür sorgen, dass die „Linie des Widerstandes“ nicht geschwächt werde. Ahmadinejad sagte: „Alle Parolen müssen sich gegen das zionistische Regime und einen Sieg Amerikas in der Region richten. Denn, wenn sie geschwächt werden, werden alle Diktaturen sowie Diskriminierung und Ungerechtigkeit in der Welt ein Ende finden.“ Einer der zentralen Sätze Ahmadinejads in dem Interview mit Al-Manar, das auch die iranische Nachrichtenagentur ISNA veröffentlichte, lautete: „Der reine Islam kann sich nicht mit dem zionistischen Regime und mit Amerika versöhnen.“ Ahmadinejad warnte auch, dass Syrien dasselbe Schicksal erleide wie Libyen. Der Westen dürfe nicht die arabische Welt kontrollieren.

Der islamistische Antisemitismus ist eine Form des antizionistischen Antisemitismus. Es wäre falsch davon auszugehen, dass der islamistische Antisemitismus sich nur auf den iranischen Revolutionsführer und den Präsidenten beschränkt, denn der antizionistische Antisemitismus ist Staatsprogramm im Iran.

Ayatollah Sadegh Amoli Larijani, Chef des islamischen Justizapparates des Iran sieht die Aufstände und das „islamische Erwachen“ in der arabischen Welt als einen Beweis für die „Relevanz“ des Al-Quds Tages. Er hofft auf die „Vernichtung der Feinde des Islam“ und dass die „gesamte islamische Welt einheitlich für das islamisch-palästinensische Volk aufschreie“, berichtete ISNA am 25. August.



Jeder Islamist, der etwas von sich und von Ayatollah Khomeini hält, hat sich zu Wort gemeldet und zu der Hass-Demonstration gegen Israel und alle demokratischen Staaten aufgerufen.

Am 24. August berichtete Farsnews, dass die Mitglieder des iranischen Majless (Pseudoparlament) gemeinsam „Tod Israel“, „Tod Amerika“ riefen. Es war genau das diktatorische Organ, dessen Mitglieder auch vom deutschen Bundestag empfangen werden. Das Majless rief geschlossen zur Teilnahme an der Al-Quds Demonstrationen auf.

Tatsächlich wurde auch der jüdische Abgeordnete im iranischen Majless, Siamak Mare Sedq, von Farsnews am 25. August ausführlich zitiert. Er wies darauf hin, dass „das islamische Erwachen im Nahen Osten von der Islamischen Revolution und vom Al-Quds Tag geprägt“ sei. Die islamische Revolution im Iran habe gezeigt, dass man mit „einem Nein zum Zionismus und der Weltarroganz“ in die Lage versetzt werde, die „Rechte des heldenhaften palästinensischen Volkes zu verteidigen.“ Farsnews zitierte Siamak Mare Sedq wie folgt: „Alle Völker der Region werden bald gegen das zionistische Regime aufstehen und werden dafür sorgen, dass ein echter Frieden in der Region vorherrscht.“ Das Erwachen der Völker rühre von den „Gedanken der islamischen Revolution und von den Anordnungen, die Imam Khomeini und Ayatollah Khamenei vorgebracht haben.“ Die Befreiung Jerusalems sei eines der „strategischen Ziele“ der Islamischen Revolution.

Die Stimme des iranischen Geheimdienstministers Hojatulislam Maslahi ist relevant, denn um ihn entbrannte vor einigen Monaten ein kleiner Streit zwischen dem Revolutionsführer Khamenei und dessen Präsidenten Ahmadinejad. Der klerikale Geheimdienstminister blieb im Amt und gemeinsam stimmen sie nun gegen Israel und die westlichen Demokratien. Maslahi sagte am 25. August 2011: „Am Al-Quds Tag werden die Knochen des zionistischen Regimes gebrochen.“

Anti-Semitism in the Majlis ¹⁸⁴

The German Bundestag maintains parliamentary relations with the Islamic Republic of Iran's Pseudo-Parliament (the Majlis). The Bundestag believes that "paths of communications amongst Parliamentarians could be important." For this reason it is surely important to be aware of the anti-Semitic stances taken by the scientific department of the Iranian Majlis.

Der Deutsche Bundestag unterhält parlamentarische Beziehungen zum Pseudo-Parlament (Majless) der „Islamischen Republik Iran“. Der Bundestag ist der Auffassung, dass „Gesprächskanäle unter Parlamentariern wichtig sein können.“ Daher ist es sicher auch wichtig zu wissen, welche antisemitische Position die wissenschaftliche Abteilung des iranischen Majless vertritt.

In der Schriftenreihe des iranischen Pseudo-Parlaments werden regelmäßig antisemitische, antiwestliche und antidemokratische Propagandamaterialien veröffentlicht.

¹⁸⁴ http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadqd/article/irans_wissenschaftlicher_antisemitismus/ 12.08.11



Die sogenannte wissenschaftliche Abteilung des iranischen Pseudo-Parlaments hat im Juli/August 2011 eine Studie unter dem Titel „Zionistische Lobby in der Machtstruktur Englands“ herausgegeben. In dem 27-seitigen Bericht wird ausführlich auf die in der internationalen Presse diskutierte Abhöraffaire eingegangen.

Dem Bericht des iranischen Pseudo-Parlaments zufolge ist die „zionistische Lobby“ personifiziert durch den Medienunternehmer Rupert Murdoch schuld an der Abhöraffaire. Da es sich nicht nur um einen antisemitischen Hintergrundbericht einer iranischen Nachrichtenagentur, sondern um einen „parlamentarischen“ Bericht handelt, ist es angebracht den Bericht genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die iranischen Machthaber versuchen unbestritten vorhandene Skandale in einer freien Gesellschaft, wie die britische, antisemitisch zu erklären.

In dieser Studie wird behauptet, dass Murdoch ein „jüdisch australisch-US-amerikanischer Kapitalist“, ein „jüdischer Zionist“ und „rechts-konservativ“ sei. Es wird behauptet, dass Rupert Murdoch eine jüdische Mutter habe, die ihn jüdisch erzogen habe. Vorweg: Murdoch versteht sich selbst nicht als Jude. Seine Vorfahren sollen Christen sein.

Schauen wir uns den Bericht an: Die Massenmedien seien heute eine der wichtigsten Säulen der Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung der Politiker und der öffentlichen Meinung. Dies sei der Grund warum die „zionistische Lobby“ dabei sei die Medien der westlichen Welt zu kontrollieren. Dies geschehe obwohl die Öffentlichkeit über die „rassistische und unmenschliche Politik Israels im besetzten Palästina sehr gut informiert sei.“

Das Ziel des Berichts ist eindeutig. Schuld am Problem der britischen Abhöraffaire sind die Juden.

Die von Murdoch kontrollierten Medien würden einen „starken Einfluss auf die Politik der westlichen Staaten ausüben.“ BBC soll im Interesse der zionistischen Lobby und Israel arbeiten. Der Autor des Berichts, Mehdi Javdani Moqadam, verschweigt, dass BBC zu den israelkritischsten Medien weltweit gehört.

Javdani Moqadam ist der Meinung, dass die britischen Gerichte die Verantwortlichen in den oberen Etagen des Medienunternehmens nicht verurteilen würden, weil der britische Staat Bestechungsgelder von der „zionistischen Lobby“ bekommen würde. Nur ein kleines Spektrum der britischen Linken würde Murdoch persönlich für den Abhörskandal verantwortlich machen.

Obwohl Murdoch „rechtskonservativ“ sei, würde er auch die linke britische Labour-Partei unterstützen. Murdoch habe sogar die US-Regierung dazu bewogen den Krieg gegen den Irak im März 2003 zu beginnen. Als ob tatsächlich ein „zionistischer Jude“, der nicht einmal Jude ist, die Verantwortung für den US-Krieg gegen den Irak tragen könnte.

Murdoch habe einige Schwerpunkte in seiner Arbeit, die in der Studie wie folgt aufgezählt werden: „Unterstützung des zionistischen Regimes und der Juden weltweit; Propagierung und Stärkung der westlichen Kultur sowie der politischen Kultur des Liberalismus und des Wirtschaftsliberalismus; Gegnerschaft zu Muslimen und farbigen Migranten; Unterstützung der expansionistischen und militärischen Politik insbesondere der USA und Großbritanniens.“



Murdoch habe auch ein iranisches Exilfernsehen finanziert, das die „Kultur des Liberalismus“ verbreite. Der Bericht erwähnt nicht den Namen des exiliranischen Satellitenfernsehens, denn Farsi1 ist im Iran sehr beliebt. (<http://farsi1.tv/>.)

Murdochs iranisches Fernsehen würde „Schamlosigkeit für Frauen und Ehrlosigkeit für Männer propagieren. Während das iranische Regime die Vielehe und Polygamie propagiert, wird in der Studie der wissenschaftlichen Abteilung des iranischen Parlaments moniert, dass Farsi1.tv, das Murdoch gegründet hat sogar einen „liberalen Feminismus“ propagieren würde. In dem Bericht ist die Rede von einer westlichen „anti-Kultur“. Tatsächlich ist Emanzipation ein Dorn im Auge der totalitären Machthaber des Iran.

Wie eindimensional die Argumentation dieses Berichts ist, macht die Behauptung deutlich, dass die „zionistische Lobby“ auch schuld an den Menschenrechtsverletzungen in Großbritannien sei.

In der Schlussfolgerung wird der Autor des Berichts deutlich. Israel wird als der „wichtigste strategische Feind“ des Iran bezeichnet. Daher sollen die zionistische Lobby und ihre Medien bekämpft werden.

Kein Wunder, dass in den letzten Tagen ausgerechnet iranische Politiker die gewalttätigen Proteste in Großbritannien vehement verteidigen und die britischen Politiker und Medien angreifen. Kein Geringerer als Ahmadinejad verurteilte die britische Polizei und Regierung wegen ihrer „unmenschlichen Vorgehensweise gegenüber den Benachteiligten“.

Die iranische Regierung und Medien versuchen immer wieder aus den sozialen Problemen in westlichen Demokratien Kapital zu schlagen. Dies geht stets mit antisemitischer Propaganda und mit Verschwörungstheorien einher.

Der iranische Antisemitismus ¹⁸⁵

Die staatliche Nachrichtenagentur des Iran (IRNA) leugnete erneut den Holocaust. Sie bezieht sich dabei auf den Revisionisten Roger Garaudy.

In einem Artikel vom 1. August 2011 kritisierte IRNA mit bekannten antisemitischen Schablonen die „Aktivitäten der weltzionistischen Propagandamedien“. Die Abhöraffaire der News Corporation des Medienunternehmers Rupert Murdoch ist ein Thema für die antisemitische Propaganda im Iran. Denn Murdoch sei ein Jude. Sein Medienunternehmen wird daher von IRNA prompt als einer der „wichtigsten Arme der zionistischen Propaganda“ identifiziert. IRNA kritisiert die Berichterstattung in „westlichen Staaten“, die nicht über die Abhängigkeiten und Verstrickungen der zionistischen Medien informieren würden.

Die zionistischen Medien würden politische Ziele und Interessen gemeinsam mit den westlichen Staaten verfolgen. Schon seit dem 19. Jahrhundert habe IRNA zufolge ein „gemeinsames Kapitel des Zionismus und der europäisch-amerikanischen Politik“ begonnen. Dabei charakterisiert IRNA die Zionisten als „rassistische Juden“.

¹⁸⁵ http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/der_iranische_antisemitismus/, 08.08.11



Schon Rabbi Rasharon habe auf dem zionistischen Kongress des Jahres 1869 in Prag zwei Dinge als besonders relevant hervorgehoben: Gold und die Medien. Seitdem hätten die Zionisten begonnen in Medienanstalten zu investieren, schreibt IRNA.

Das nächste große Ereignis, das IRNA in diesem Zusammenhang interessiert, ist der zweite Weltkrieg und die Gründung des Staates Israel. Der „Propagandaapparat des internationalen Zionismus“ habe seitdem alles getan, um den Interessen des „Weltzionismus“ eine Stimme zu geben.

Die zionistische Propaganda beruhe auf der Verbreitung des „Holocaust-Märchens“. Als Beispiel für eine solche Propaganda führt IRNA den Film Schindlers Liste an. Darin seien die „Juden als unschuldige Menschen dargestellt worden.“ Die jüdische Propaganda würde das Bild verbreiten, dass „die Juden Opfer der unbarmherzigen Verbrechen des rassistischen Hitler-Deutschlands“ geworden seien. Diese jüdischen Medien hätten dann das „Märchen der Verbrennung von sechs Millionen Juden während des zweiten Weltkrieges“ verbreitet. Diese Darstellungen würden heute noch existieren, weil die zionistischen Medien diese weiterhin verbreiten würden.

IRNA schreibt, dass Steven Spielberg ein Jude sei, der mit der zionistischen Lobby in Verbindung stehe. Schindlers Liste habe sieben Oskars wegen der „zionistischen Grabgesänge“ in diesem Film erhalten. Der Hintergrund sei, dass der Zionismus Unterstützung von den US-amerikanischen Freunden Spielbergs bekommen würde. Das Ziel sei es gewesen ein Bild des „unterdrückten Juden“ zu vermitteln, um die Gründung des „zionistischen Regimes“ zu verteidigen. Dabei habe bisher niemand erklären können, warum die „muslimischen Palästinenser die Entschädigung für das Verhalten des deutschen Militärs gegenüber den Juden zahlen müssen.“

Dieser Komplex sei der erste Teil der zionistischen Propaganda. Die nächste Achse derselben Propaganda sei die „Erfindung der Erscheinung eines Retters der Menschheit.“ Wer dieser „Retter“ sein soll, gibt IRNA nicht bekannt. Er habe aber die Aufgabe bekommen „alle Feinde der Juden als Feinde der Menschheit zu bekämpfen.“

Zudem sollen „terroristische Medien“ die „Gründung des usurpatorischen Israel“ verteidigen. Diese „terroristischen Medien“ würden die Muslime negativ darstellen. Hollywood-Filme würden hierbei eine große Rolle spielen. Diese würden die Muslime, insbesondere die Araber als „grausame, kulturlose, rückschrittliche, abergläubige“ Menschen darstellen. Das Ziel dieser Filme sei sogar die Muslime selbst davon zu überzeugen, dass sie rückschrittlich seien, so IRNA.

Den Muslimen solle zudem eingeredet werden, schreibt IRNA, dass sie „mit der Unterstützung von fortschrittlichen, westlichen Völkern, speziell der Amerikaner, von Armut, Unwissenheit und grausamer Unterdrückung befreit werden müssen.“ Es seien die Zionisten, die eine solche Darstellung der Dinge für ihre langfristigen strategischen Ziele der „totalen Weltbeherrschung“ in die Welt setzen würden.

Der anonyme Analytiker der IRNA, der den Hintergrundartikel mit M.M.K. unterzeichnet hat, geht davon aus, dass die zionistischen Ziele eng mit den „kolonialen Interessen des amerikanischen Welthegemons“ verbunden seien.

Für IRNA gehören wahrlich sehr viele Medienanstalten dieser Welt zu den „Instrumenten des Zionismus“: Reuters, Associated Press, Fox Press, United Press,



ABC, NBC, CNN. Zeitschriften wie das Time Magazine, die New York Times und die Washington Post zählt die staatliche Nachrichtenagentur IRNA zu den Medien, die vom Zionismus abhängig seien. Zudem seien nach Auffassung IRNAs neunzig Prozent der US-amerikanischen Kinofilme unter Kontrolle der Koalition der Zionisten und Hollywoods.

IRNA erwähnt auch den britischen Medienunternehmer Robert Maxwell, der zu Lebzeiten den „internationalen Zionismus“ unterstützt habe. Auch George Soros wird als ein jüdischer Helfer des Weltzionismus entdeckt.

IRNA zitiert den rechten Revisionisten Roger Garaudy, der geschrieben habe, dass Zionisten zwar in dieser Welt nicht verwurzelt seien, es aber geschafft hätten „mit Hilfe von Geld, politischer Macht und Medien ihre Herrschaft den europäischen und US-amerikanischen Mächten aufzuerlegen.“ Dies gehe einher mit der einseitigen Information der Dritten Welt durch die Medien.

IRNA kommt zu dem Schluss, dass eine „Gegenstimme gegen den Imperialismus der weltzionistischen Medien“ vonnöten sei. Der „Diskurs der vom internationalen Zionismus beherrschten Medien“ könne durchbrochen werden. IRNA zufolge müssten die Menschen weltweit neue Möglichkeiten bekommen Informationen zu erlangen.

Khomeinis Antisemitismus

Schon wenige Monate nach der islamischen Revolution von 1979 gab Khomeini bekannt, welche Rolle die Politik, die Wissenschaft und die Medien in der „Islamischen Republik Iran“ spielen müssten. Ayatollah Khomeini war der Meinung, dass die iranischen Medien vor 1979 vom Westen gesteuert wurden. In dieser Rede, die als eine Richtlinie für das politische System des Iran zur Geltung gekommen ist, forderte Ayatollah Khomeini einen extremistischen Umgang mit allen nicht-revolutionären Kräften. Er scheute auch nicht seinen Antisemitismus in besonders gefährlicher Form kundzutun. Khomeini sagte am 17. August 1979: „Der Fehler, den wir begangen haben, war, dass wir nicht revolutionär gehandelt haben. Wir haben diesen verdorbenen Schichten zu viel Zeit gegeben. Die revolutionäre Regierung, die revolutionäre Armee, die revolutionären Pasdaran haben alle nicht revolutionär gehandelt. Wenn wir von vornherein dieses verdorbene Regime vernichtet, diesen verdorbenen Damm zerstört und revolutionär gehandelt hätten, wenn wir alle verdorbenen Medien verboten hätten und ihre Direktoren verurteilt hätten und alle verdorbenen Parteien verboten hätten und sie zur Rechenschaft gezogen hätten und die Galgen auf großen Plätzen errichtet hätten und die Verdorbenen hingerichtet hätten, hätten wir heute weniger Mühe. Ich entschuldige mich bei Gott, ich entschuldige mich bei unserem lieben Volk. Ich entschuldige mich, dass wir solche Fehler begangen haben. Wir waren kein revolutionäres Volk. Unsere Armee ist nicht revolutionär. Unsere Polizei ist nicht revolutionär. Unsere Pasdaran sind nicht revolutionär. Wenn wir revolutionär wären, würden wir nicht erlauben, dass sie sich überhaupt rühren. Wir hätten alle Parteien verboten. Wir hätten alle Fronten verboten. Es gibt nur eine Partei und das ist die Hisbollah, die Partei der armen Massen. Und ich warne alle verdorbenen Schichten im ganzen Land, dass wenn sie sich nicht richtig verhalten, wir revolutionär handeln werden.“



In derselben Passage kommt der revolutionäre Antisemitismus des ersten iranischen Revolutionsführers zum Ausdruck, als er auf Imam Ali in Medina zu Lebzeiten des Prophet Mohammad einging: „Imam Ali, der Mann, der ein Vorbild für die ganze Welt ist, der Mann, der ein vollkommener Mensch war, [...] begegnete den Armen mit Barmherzigkeit und er zückte sein Schwert gegen die verschwörerischen Arroganten. Er zückte sein Schwert und tötete. Wie überliefert worden ist, tötete er 700 Menschen, Juden vom Stamm der Banu Qurayza in Medina. Vielleicht sind auch die Israelis vom selben Stamm. Er tötete sie alle mit seinem Schwert. Gott möge mit Erbarmen verzeihen, wenn es Zeit ist zu verzeihen und Rache ausüben, wenn dafür die Zeit gekommen ist.“

Ayatollah Khomeini verglich die in Israel lebenden Juden mit dem Stamm, der auf Befehl des Propheten in Medina vernichtet wurde. 700 Männer wurden getötet und etwa 200 Frauen und Kinder als Sklaven verkauft.

Die Gefahr des heutigen iranischen Staatsantisemitismus liegt genau in dieser Politisierung der Religion. Zumal die Politisierung der Religion nicht nur den Antisemitismus im Iran angebahnt hat, sondern eine totalitäre Herrschaft durchgesetzt hat.

Auch Muslime sollten sich gegen eine solche totalitäre Interpretation des Islam wehren.

Ahamdineshad, die Alternative ¹⁸⁶

Vor 22 Jahren starb Ayatollah Khomeini, der Gründer der „Islamischen Republik Iran“. Am 5. Juni 2011 haben iranische Politiker den Todestag von Ayatollah Khomeini zum Anlass genommen, das Ende Israels heraufzubeschwören. Für Ahmadinejad ist die Forderung nach der Zerstörung Israels eine „heilige Parole“.

Mal fordert der iranische Revolutionsführer Khamenei, dass Israel als „Krebsgeschwür herausoperiert“ werden müsse, mal fordert er eine Volksabstimmung aller Palästinenser.

Wie Farsnews am 5. Juni 2011 berichtete, bezeichnete Ali Khamenei Israel als den Staat der „blutrünstigen Zionisten“ und fuhr fort: „Palästina kann man nicht teilen und es gehört gänzlich den Muslimen. Ohne Zweifel kehrt Palästina wieder in die Arme des Islam zurück. Die amerikanischen Lösungen werden kein Resultat erzielen. Die Lösung dieses Problems ist der Vorschlag, den die Islamische Republik Iran vor einigen Jahren geliefert hat. Die Frage, welches Regime in ganz Palästina herrschen wird, wird durch ein Referendum beantwortet werden. Nachdem das palästinensische Volk über seine Regierung eine Entscheidung getroffen hat, wird das palästinensische Volk darüber entscheiden, wie mit den Zionisten, die aus dem Ausland stammen, umgegangen werden muss.“

Präsident Ahmadinejad ging ebenfalls auf Israel ein und kritisierte vorweg das „heutige kapitalistische System“, das „teuflische Ziele“ verfolgen würde und den

¹⁸⁶ [http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadqd/article/ahamdineshad die alternative/](http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadqd/article/ahamdineshad_die_alternative/)

96.06.11

Siehe auch: <http://www.freiewelt.net/nachricht-6058/iranische-nazis-arbeiten-legal-.html>, 02.12.2010



“zionistischen Verbrechern” sogar den Friedensnobelpreis verleihen würde, berichtete ISNA am 6. Juni 2011.

Ahmadinejad wütete zudem mit Verschwörungstheorien: Es sei das “zionistische Regime” gewesen, das die Aufklärung darüber verhindert habe, wer hinter den Terroranschlägen des 11. September steckte. Auch habe das “zionistische Regime” nicht erlaubt über den Holocaust zu forschen. Ahmadinejad sprach dann über das “Erwachen” der Muslime: “Die Völker der Region sind dabei Gerechtigkeit und göttliche Werte und die reine islamische Kultur Mohammads umzusetzen. Dennoch müssen alle Völker wachsam sein. Die Hauptlinie des Kampfes richtet sich gegen die Vorherrschaft Amerikas und gegen die Existenz des zionistischen Regimes. Solange dieses künstliche zionistische Regime sich auch nur eine Handbreite auf den palästinensischen Boden erstreckt, wird die Region des Nahen Ostens keine Ruhe erleben.”

Er bezog sich dann auf Ayatollah Khomeini, dessen Vorstellungen die “einzige Alternative” seien. Es müsse eine “Weltregierung, die vom 12. Imam geführt wird, errichtet werden.“ Dies sei ein Versprechen der göttlichen Propheten und sei das “größte Geschenk Gottes für die Menschen.” Eine solche Herrschaftsform sei die “einzige Alternative zur kapitalistischen und materialistischen Theorie.”

Ahmadinejad sagte weiterhin: “Das zionistische Regime ist das Symbol und die Bastion der Verbreitung des unmenschlichen Kapitalismus. Alle Völker, insbesondere die Völker der Region müssen wachsam sein. Denn sie sind gekommen, um das zionistische Regime zu retten. Die Parole der Vernichtung des zionistischen Regimes (Mahve regime Zehionisti) ist keine rassistische Parole. Es geht auch nicht um die Eroberung von Regionen, sondern um die Rettung der ganzen Menschheit. Daher hat das iranische Volk seit 32 Jahren Widerstand geleistet und hat nicht aufgehört diese heilige Parole zu verteidigen, trotz des Drucks, der Sanktionen und der Unfreundlichkeiten, die das Volk aushalten musste. Wir stehen zu diesem Kampf bis zum letzten Moment.”

Internal Iranian government tensions over cartoon controversy¹⁸⁷

At the moment, there is an intra-Islamic cartoon controversy raging within the Iranian government, partly because of two caricatures published some months ago which allegedly offend "Islamic values". Ali Akbar Javanfekr, the editor of an Iranian government newspaper 'lan' has been handed down a prison sentence for his trouble.

Nun gibt es auch einen innerislamischen Karikaturenstreit. Unter anderem wegen zweier angeblich gegen »islamische Werte« verstoßender Karikaturen wurde der Herausgeber einer iranischen Regierungszeitung zu einer Haftstrafe verurteilt. Dies ist ein weiteres Indiz für die Verschärfung des Machtkampfes zwischen den Fraktionen des Regimes.

¹⁸⁷ <https://europeandemocracy.eu/2011/12/internal-iranian-government-tensions-over-cartoon-controversy/>, 02.12.2011



Der innerislamische Streit im Iran nimmt ungeahnte Ausmaße an. Am Dienstag vergangener Woche erschien die Regierungszeitung Iran mit einer halbleeren ersten Seite. Es handelte sich um eine Protestaktion. Zwei Tage zuvor hatte die iranische Justiz bekanntgegeben, dass Ali Akbar Javanfekr, der Herausgeber der Zeitung, zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Berufsverbot verurteilt worden war. Javanfekr ist alles andere als ein Oppositioneller, er ist der Chef vom Dienst der staatlichen Nachrichtenagentur Irna und ein Berater Mahmoud Ahmadinejads. Er gehört zum Team des Präsidenten, dennoch wurde er schuldig befunden, »gegen die islamischen Werte« verstoßendes Material veröffentlicht zu haben.

Nach der Verkündung des Urteils gab Javanfekr in den Räumlichkeiten des Iran eine Pressekonferenz. Daraufhin stürmten Sicherheitskräfte das Gebäude und setzten Tränengas und Schlagstöcke ein. Javanfekr und 30 Redaktionsmitglieder wurden vorläufig festgenommen. Ahmadinejad intervenierte, die Festgenommenen wurden wieder freigelassen. Javanfekr gab sich damit aber nicht zufrieden, er forderte die Absetzung der Staatsanwaltschaft der Hauptstadt Teheran.

Die Machtkämpfe zwischen den Fraktionen des iranischen Regimes werden mit immer härteren Mitteln geführt. Nach der Amtsübernahme Ahmadinejads im Jahr 2005 wurden die Reformislamisten, die das von Ayatollah Khomeini geschaffene System nicht in Frage stellen, aber eine Liberalisierung befürworten, aus den Machtpositionen verdrängt. Doch gibt es unter den Konservativen neue Fronten. Ahmadinejad und seine Mitarbeiter werden von einem Teil des Staatsklerus unter Druck gesetzt. Die konservative Justiz will die Macht einiger Nationalisten im Umfeld des Präsidenten einschränken. Ahmadinejad betont aber weiterhin seine absolute Treue zum religiösen Führer Ali Khamenei, dem Staatsoberhaupt des Iran. Das rettet ihn.

Die Zeitung Iran darf weiterhin erscheinen, aber am Montag vergangener Woche, einen Tag nach der Verkündung des Urteils gegen Javanfekr, wurde die reformislamistische Zeitung Etemad verboten, zunächst für zwei Monate. Iranische Medien berichten, dass Javanfekr Etemad ein Interview gegeben hat. Er kritisierte in diesem Interview die »orthodoxen« Gegner des Präsidenten, vor allem den früheren Geheimdienstminister Qolamhussein Mohsseni Ejei. Javanfekr wandte sich auch gegen die Kritiker Esfandiar Rahim-Mashais, des Büroleiters Ahmadinejads. Diesem hatten die orthodoxen Islamisten vorgeworfen, von September 2009 bis März 2011 Geheimverhandlungen mit der US-Regierung geführt zu haben. Javanfekr widersprach, schließlich seien solche Verhandlungen ohne das Wissen Ali Khameneis nicht möglich. Damit brachte er den religiösen Führer in Verlegenheit. Hatte dieser etwa einen heimlichen Dialog mit den USA befürwortet?

Einerseits kritisierte Javanfekr die Dissidenten Mir Hussein Mousavi und Mehdi Karroubi, die sich als die Führung der Grünen Bewegung verstehen, er sprach sich aber auch gegen die menschenunwürdige Praxis aus, manche Demonstranten bis zu 60 Tage lang ohne Haftbefehl in Einzelzellen festzuhalten. Bei Aufständen und Unruhen könnten auch Unschuldige »geschädigt« werden, erforderlich sei jedoch ein schneller Prozess. Von der Versammlungsfreiheit will der treue Diener Ahmadinejads nichts wissen, doch soll die islamistische Justiz schneller arbeiten.



Javanfekr kritisierte auch die Korruption. Doch nicht die Regierung Ahmadinejads trage dafür die Verantwortung, vielmehr sei das staatliche Wirtschaftsaufsichtsamt schuld daran, dass Milliardenbeträge veruntreut werden. Er habe das Amt bereits früher für korrupt erklärt, damals hätten die Beamten dieser Behörde sofort seine Zeitung beschuldigt, Geld unterschlagen zu haben. Javanfekr ging auch auf einen im Iran öffentlich geführten politischen Streit über die Frage ein, ob der religiöse Führer Ali Khamenei tatsächlich befürwortet habe, dass der derzeitige Geheimdienstminister Heydar Maslahi im Amt bleibt.

Der Streit zwischen den beiden konservativen Fraktionen wird von der Zeitung Kayhan, die auf der Seite Khameneis steht, und der staatlichen Nachrichtenagentur Irna sowie der Regierungszeitung Iran ausgetragen, die beide Ahmadinejad unterstützen. Immerhin wird der Chefredakteur von Kayhan direkt vom religiösen Führer ernannt, die Zeitung hat nun Irna vorgeworfen, ein Medium von »Abweichlern« zu sein. Damit ist das politische Umfeld Ahmadinejads gemeint. Noch gilt der Präsident selbst nicht als Abweichler.

Neben dem Interview diente ein Artikel, den Mehdi Kolhar, ein ehemaliger Berater Ahmadinejads, in einer Beilage der Zeitung Iran veröffentlicht hatte, als Beweismittel im Prozess gegen Javanfekr. Kolhar hatte die Meinung vertreten, dass iranische Frauen im 19. Jahrhundert traditionelle Formen von Kopftüchern und Schleiern getragen hätten, die anders aussahen als die heutigen Einheitsschleier. Damals lebten 90 Prozent der Iraner auf dem Land. Kolhar will herausgefunden haben, dass einige Mitglieder des damaligen Hofes der Ghajaran-Dynastie nach Europa gereist seien und dort festgestellt hätten, dass die Farbe schwarz unter den Reichen als schick galt. Die Iraner seien in ihre Heimat zurückgekehrt und hätten daraufhin schwarze Schleier für die Frauen am Hof eingeführt.

Kolhar betont, dass er mitnichten die Zwangsverschleierung ablehne, er meine nur, dass die Kopfbedeckung keineswegs schwarz sein müsse, sondern auch bunt sein dürfe. Diese Ansicht hatte auch Hashemi Rafsanjani vertreten, seit Jahrzehnten einer der einflussreichsten iranischen Politiker. Dass Kolhar die Verschleierung in Schwarz als eine Sitte bezeichnete, die von der allen Khomeinisten verhassten Monarchie aus Europa übernommen worden war, dürfte allerdings die Befürworter der düsteren Einheitstracht besonders verärgert haben.

In der genannten Beilage der Zeitung Iran wurden auch einige Karikaturen abgedruckt. Diese sollen aus der Sicht der Regierungszeitung eigentlich sichtbar machen, dass die iranischen Frauen die islamischen Kleidervorschriften nicht ernst nehmen. Wie Kolhar beteuert auch Javanfekr, dass er die Zwangsverschleierung der Frauen befürwortet. Dennoch urteilte die Justiz, dass die Karikaturen von der Bevölkerung anders verstanden werden könnten. Ohnehin sind die konservativen Richter der Ansicht, dass Witze über so ernste Themen wie die Zwangsverschleierung grundsätzlich unangemessen seien.

Ob schwarzer oder bunter Schleier – solche Differenzen mögen für Nichtislamisten unerheblich erscheinen. Doch im Rahmen der Machtkämpfe im Iran gewinnen sie an Bedeutung. Es sei daran erinnert, dass Ahmadinejad Frauen gestatten wollte, sich Fußballspiele im Stadion anzusehen, selbstverständlich verschleiert und strikt getrennt von den männlichen Zuschauern. Doch der strenge Staatsklerus war



anderer Ansicht, man befürchtete, Frauen könnten im Freudentaumel auch einmal ihre Kopftücher fallen lassen.

Für solche Streitigkeiten glaubt Khamenei nun eine Lösung gefunden zu haben. Um sicherzustellen, dass der nächste Präsident in jeder Hinsicht zuverlässig sein wird, sollen in Zukunft die vom Wächterrat abgesegneten Kandidaten nicht mehr direkt von der Bevölkerung gewählt werden, sondern vom Majless, dem islamistischen Pseudoparlament. Es geht bei diesem Vorschlag nicht nur um Ahmadinejad und seine Meinungsverschiedenheiten mit orthodoxen Klerikern, sondern auch um die Befürchtung, dass die unvermeidliche Wahlmanipulation erneut, wie im Jahr 2009, Massendemonstrationen auslösen könnte.

Ali Larijani, der Sprecher des Majless, befürwortete die Idee des religiösen Führers und ergänzte sie: Statt eines Präsidenten solle es nur noch einen Ministerpräsidenten geben. Das ergibt Sinn, denn so könnten die islamistischen Abgeordneten einen Ministerpräsidenten nach ihrem Gusto wählen. Die Wahlen zum Majless aber werden sich nicht vermeiden lassen. Sie sollen im März kommenden Jahres stattfinden. Der offenbar beunruhigte Geheimdienstminister Maslahi befürchtet, dass die »sensibelsten« Wahlen seit der Revolution von 1979 zu erwarten seien. Tatsächlich könnten innere Widersprüche die totalitäre Diktatur der Islamisten immer mehr destabilisieren.